



Christoph Ernst

# Das Migrationsparadies

Die Lust an der Selbstaufgabe

GHV

*Christoph Ernst hat mit dem 'Migrationsparadies' wieder eine treffende Analyse des Zeitgeschehens geliefert. Mit einer Fülle von Fakten werden Fragen beantwortet, die alle Mitmenschen haben, die verstehen wollen, wie die unkontrollierte Masseneinwanderung zustande kommen konnte und warum sie nicht beendet wird. Die Treiber sind frustrierte Westlinke, die sich an den Ostdeutschen dafür rächen, dass diese 1989 ihre Chimäre vom Sozialismus haben platzen lassen und aus der real existierenden Utopie desertiert sind. Das multikulturelle Paradies, das stattdessen entstehen soll, ist ein Sozialismus-Ersatz. Es wird scheitern, aber vorher viel Schaden anrichten.*

Vera Lengsfeld

*Dieses Buch ist packend und bereitet auf jeder Seite ein Aha-Erlebnis. Obwohl es unser jüngstes kollektives Schicksal behandelt, bleibt es ganz persönlich. Christoph Ernst hat sich die Fähigkeit zu staunen bewahrt, zu staunen über den Aberwitz, der Europa und insbesondere Deutschland heimsucht. Ich glaubte, die Hintergründe der Massenzuwanderung 2015 ff. einigermaßen zu kennen. Aber da täuschte ich mich. Wieso verloren unsere Funktionselementen den Willen zur Selbstbehauptung, bläuen dem Volk Selbstverachtung ein und erziehen es zur kulturellen Unterwürfigkeit? Was treibt mächtige Akteure wie Peter Denis Sutherland, George Soros und Klaus Schwab dazu an, auf ein ethnisch durchmischtes Europa hinzuwirken? Warum dulden und pöppeln wir zugereiste Todfeinde in unserer Mitte? Wie konnte sich in Europa eine islamische Parallelwelt ausbreiten, mit dem erklärten Ziel, die Herrschaft der Scharia durchzusetzen? Wie gelingt es den Islamisten gleichwohl, sich als Beleidigte und Verfolgte aufzuspielen? Christoph Ernst gibt stichhaltige Antworten.*

Frank Böckelmann



ISBN 978-3-87336-870-5

€ 24,80 (D)

[www.gerhard-hess-verlag.de](http://www.gerhard-hess-verlag.de)

Christoph Ernst

# **Das Migrationsparadies**

Die Lust an der Selbstaufgabe

Gerhard Hess Verlag

Christoph Ernst

**Das Migrationsparadies**

Die Lust an der Selbstaufgabe

1. Auflage 2026

© Copyright by  
Gerhard Hess Verlag  
Jahnstraße 14  
73066 Uhingen

Lektorat: Daniel Zöllner  
Cover: Andreas Hoffmann

Druck: Bookpress, Allenstein/Polen

[www.gerhard-hess-verlag.de](http://www.gerhard-hess-verlag.de)  
[info@gerhard-hess-verlag.de](mailto:info@gerhard-hess-verlag.de)

Printed in EU

ISBN 978-3-87336-870-5

# Inhalt

|                 |   |
|-----------------|---|
| Einführung..... | 9 |
|-----------------|---|

## **Linker Antisemitismus**

|  |     |
|--|-----|
| Chemnitz revisited – Sommer 2019 .....             | 21  |
| Das kardinale Dilemma.....                         | 38  |
| Das Migrationskarussell .....                      | 46  |
| Die Gretchenfrage .....                            | 51  |
| Postdemokratische Konzepte .....                   | 58  |
| Die andere Zeitrechnung.....                       | 66  |
| Der wesentliche Unterschied .....                  | 71  |
| Aufgalopp in die Gegenwart.....                    | 76  |
| Unterwegs in die neue Zeit.....                    | 89  |
| Linker Antisemitismus und die Hamas.....           | 97  |
| Die Antwort einer prominenten Kollegin .....       | 107 |
| Naika Foroutan, Edward Said und Léon Poliakov..... | 113 |

## **Die Migrationsagenda der Eliten**

|   |     |
|---|-----|
| McCarthy als Lehrmeister .....                                  | 119 |
| Bosettis und Böhmermänner .....                                 | 126 |
| Ex oriente lux .....  | 132 |
| Verschlungene Pfade ins Vaterland – autobiographische Notizen.. | 136 |
| Der Einstieg in den Ausstieg aus der deutschen Geschichte ..... | 148 |
| Der Missbrauch des Asylrechts .....                             | 153 |

|   |     |
|---|-----|
| Der ‚Vater der Migration‘ und der Ethno-Kult:<br>Sutherlands Ansage beim Council on Foreign Relations ..... | 160 |
| Divide et Impera über Ethnie und ‚Rasse‘ .....  | 166 |
| Migrationsideologen und die Bremer Stadtmusikanten .....  | 169 |
| Die Meister des Universums und die große Transformation.....  | 175 |
| Historische Parallelen zum ‚Great Reset‘ .....  | 182 |

### **Die Abkehr von der Vergangenheit**

|   |     |
|---|-----|
| Die Abrissartistin.....   | 188 |
| Seenotretter .....  | 195 |
| Verdrehter Kolonialismus .....  | 206 |
| Kollektiver Vatermord .....   | 213 |
| Deutschland im Schatten Syriens .....   | 220 |
| Judenhass als gemeinsamer Nenner<br>von Nazis und Islamisten – der Aufstand von 1936..... | 225 |
| Das Erbe des Muftis .....   | 229 |
| Das Denken von Patys Mördern und der Reform-Salafist.....                                 | 234 |
| Historische Kontinuitäten – der EU-Redner Mahmud Abbas.....                               | 241 |
| Die Täter-Opfer-Umkehr und der ‚Baum der Gerechtigkeit‘ .....                             | 246 |
| Oktober 2023:   |     |
| Der Aufschrei eines Vaters und die Spur des Geldes.....                                   | 252 |
| Die Intelligenzia und Israel.....   | 258 |
| Die demografische Zerstörung der Demokratie .....   | 263 |
| Orientierungslos durch die Postmoderne.....   | 269 |
| Das deutsche West-Ost-Drama.....  | 277 |

## **Der Wahnsinn der Gegenwart**

|   |     |
|---|-----|
| Kontinuitäten linker Arroganz.....                            | 281 |
| Joschka Fischer und ‚Linkspopulismus‘.....                    | 289 |
| Teilen und Herrschen mit selbstgeschaffenen Feindbildern..... | 295 |
| Kollektive Compliance .....                                   | 304 |
| Feministische Außenpolitik .....                              | 309 |
| Das Denunziant*innen-Paradies.....                            | 313 |
| Sozialdemokraten und Islamisten .....                         | 319 |
| Fluide Identitäten.....                                       | 327 |
| Deutsches Denunzianten-Stadt: Der Digital Services Act.....   | 333 |
| Milton Friedman revisited .....                               | 338 |
| Die gleichgeschaltete Kirche.....                             | 345 |
| Follow the Science.....                                       | 349 |
| Der Aufstand der Anständigen und die ‚neue Mitte‘ .....       | 354 |

## **Die Schlacht um die Zukunft**

|   |     |
|---|-----|
| J. D. Vance oder der Fuchs im Hühnerstall .....           | 361 |
| Das postfaktische Bullerbü .....                          | 371 |
| „Es grünt so grün, wenn Spaniens Blumen blühen ...“ ..... | 378 |
| Tempora mutantur – Demolition Decorators.....             | 384 |
| Progressive Entheimatung .....                            | 392 |
| Die Schlacht um die Zukunft.....                          | 398 |
| Vergangenheit als Chance.....                             | 403 |
| Variationen von Erinnerung .....                          | 407 |
| Zwischenbilanz .....                                      | 414 |



## Einführung

Upahl liegt Luftlinie geschätzte 35 Kilometer von dem Ort entfernt, wo ich lebe. Es ist ein Dorf in Nordwestmecklenburg mit Anfang 2023 etwa 500 Einwohnern. Im Februar desselben Jahres rollten dort Radlader, um auf einem drei Hektar großen Areal eine Container-Unterkunft für 500 Menschen aus Afghanistan und Syrien zu errichten. Fast alle Upahler hatten dagegen protestiert. Es kämen fast nur junge Männer. Es seien schlicht zu viele, und es gebe nichts, um sie zu beschäftigen. Der Ärger sei vorprogrammiert.

Ich kenne Mecklenburg ein wenig. Ich mag die Landschaft, die sanft geschwungenen Felder, die Seen, den Zungenschlag der Leute, ihre spröde Art und die Bedächtigkeit, die zu den rumpeligen Dorfstraßen passt, die mitunter noch mit Kopfsteinen gepflastert sind. Wo der Horizont nicht mit Windkraftträdern zugestellt ist, taucht man in die Weite, das Spiel der Wolken, die Schreie der Gänse und das Rufen der Kraniche ein. Aber das muss man mögen. Denn sonst gibt es da wirklich nicht viel, und wer aus Kundus oder Aleppo kommt, dürfte andere Himmel gewöhnt sein. Dessen Träume stranden dort im Nirgendwo.

In Lörrach bei Basel, am anderen Ende der Republik, plante die Kommunalverwaltung zeitgleich, vierzig Sozialwohnungen zu entmieten, um Flüchtlinge aus der Ukraine unterzubringen. Viele hielten die Nachricht zunächst für einen schlechten Scherz. Doch die Stadt warf die Einheimischen raus. Bis Jahresende solle die Anlage als Flüchtlingsheim genutzt werden.

Lörrach liegt im Dreiländereck. Die Mieten dort sind ähnlich hoch wie in Köln oder Berlin. Einer der Betroffenen sagte, er sei erst vor fünf Monaten mit seiner pflegebedürftigen Mutter in die Anlage gezogen. Sie hätten drei Jahre auf diese Wohnung gewartet. Zuvor hätten sie sich ein einzelnes Zimmer geteilt.

In Berlin-Wedding kündigte ein kircheneigenes Altenheim den Bewohnern, um das Gebäude in eine Flüchtlingsunterkunft zu verwandeln.

Das ist für den Betreiber lukrativer. Den alten Leuten wurde ihr Zwangsauszug ab dem September 2022 avisiert. Zu dem Zeitpunkt lebten noch 110 Menschen in dem Heim, teilweise über 90-jährig. Ersatzunterkünfte lehnten die meisten ab, ‚wegen der fehlenden räumlichen Nähe zu Angehörigen‘, so eine Sprecherin der Kirche.

Das Land kaut an den Nachwehen der nie aufgearbeiteten ‚Pandemie‘, auf die eine selbstverschuldete Energiekrise folgt, massiv verschärft durch das Abschalten der letzten Kernkraftwerke und das künstliche Verteuern fossiler Energien. Parallel stolpert es in die Neuauflage der Wirren vom Herbst 2015. Für die frische Welle der Völkerwanderer ist es noch schlechter gewappnet. Die Fettpolster sind verheizt. Die Wirtschaft strauchelt, und wo den Langmütigen das Wohlwollen ausgeht, liegen bei anderen längst die Nerven blank. War die Republik vor neun Jahren schon heillos überfordert, so stößt die Maxime, alle Fremden bedingungslos aufzunehmen und auf Kosten der Allgemeinheit durchzufüttern, nun auch physisch an ihre Grenzen. Aber obwohl die Ermüdungseffekte längst voll durchschlagen, hält die Regierung nicht nur an offenen Grenzen fest, die Außenministerin fliegt Tausende angeblich Bedrohter aus Afghanistan ein und subventioniert selbsternannte ‚Seenotretter‘, die Hand in Hand mit nordafrikanischen Schleppern hoffnungsfrohe Migrant\*innen übers Mittelmeer nach Europa schaffen.

Ende März 2024 kündigte die Vertretung des Auswärtigen Amtes in Kairo über das Portal ‚X‘ auf Arabisch an, ab Juni gelte in Deutschland ein neues Staatsbürgerrecht. Nun könnten alle, die Deutsche werden wollten, ihre bisherige Staatsangehörigkeit behalten und einen Doppelpass beantragen. Außerdem sei die Frist bis zur Einbürgerung drastisch verkürzt. Sie betrage im Idealfall nun nur noch drei Jahre. Verantwortlich für die Werbeaktion war die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung Reem Alabali-Radovan. Diese kam 1990 als Tochter irakischer Eltern in Moskau zur Welt und erhielt 1996 deutsches Asyl. Nachdem sie Anfang des Jahres 2021 Mitglied der SPD geworden war, ernannte Kanzler Olaf Scholz sie im Dezember zur Staatsministerin für Migration, Flüchtlinge und Integration. Alabali-Radovan hielt das bisherige Staatsbürgerrecht für heillos antiquiert. Als sie dessen ‚Reform‘

ankündigte, versprach sie: „*Damit klopfen wir den letzten Staub der Kaiserzeit aus dem Staatsangehörigkeitsgesetz.*“

Das klang, als täte die Regierung der Bevölkerung damit einen entscheidenden Gefallen. Tatsächlich ermächtigte sie sich, die Demografie der Nation neu zu definieren. Sie lud geschätzte zweieinhalb Millionen kulturfremder Armutszuwanderer ein, die Zukunft des Gemeinwesens mitzubestimmen. Damit verschärfte sie nicht nur die Pull-Faktoren und schuf zusätzlich Migrationsanreize, parallel enteignete sie die Alteingesessenen.

Ethnie und Kultur definieren den Charakter eines Landes. Vor nicht allzu langer Zeit war Deutschland noch die Heimat der Leute, deren Vorfahren Varianten eines gemeinsamen Glaubens, einer gemeinsamen Sprache und Geschichte teilten. Die gaben sich eine ihnen gemäße Staatsform und Rechtsordnung. Die ist seit 75 Jahren weitgehend freiheitlich, säkular und demokratisch, wenigstens im Westteil des Landes.

Alexander Grau schrieb im *Cicero*, das Staatsbürgerrecht sei die ‚Herzkammer der Demokratie‘. Wer daran ‚herumdoktere‘, verändere unwiderruflich ihren Charakter. „*Genau aus diesem Grund (sollte) ... nur der Souverän darüber entscheiden, wer zum Souverän gehört und wer nicht.*“ Eben deshalb „*sollte es guter demokratischer Brauch sein, dass nicht irgendwelche Regierungen oder Koalitionen über das Staatsbürgerrecht entscheiden*“. Stimmt. Die aktuelle und die vorherige Regierung behaupten seit Jahren die Notwendigkeit einer grundlegenden ‚Transformation‘ des Landes. Ihr Vorhaben rechtfertigt diverse kostspielige Maßnahmen, vorgeblich, um das Klima zu retten, das Sprach- und Denkverhalten zu *ändern*, Geschlechter neu zu definieren oder ‚Meldestellen‘ zur Überwachung der Bevölkerung zu installieren, die missliebige Äußerungen aufspüren und anzeigen. Diese Umformungsmaßnahmen suggerieren Progressivität. Faktisch attackieren sie alle *überlieferten* Formen von Selbstverständnis, Bürgersinn und tradierter Identität.

Im Kern dient das der Abschaffung der Idee eines spezifisch deutsch definierten Kollektivs. Das Land soll in einem größeren bürokratisch-administrativen Komplex namens Europäischer Union (EU) aufgehen.

Die EU hat ein sehr eigenwilliges Verständnis von Meinungs- und Wissenschaftsfreiheit, Bürgerrechten, Eigentumsbegriffen und gemeinsamem Erbe. Das folgt einer kulturrevisionistischen Linie, die an postmodernen, identitätspolitischen Parametern ausgerichtet ist. Dazu passt, dass die deutsche Regierung sich anschickt, die Zukunft ihres Gemeinwesens grundlegend zu ändern, indem sie die vorläufige Zwangseinquartierung vermeintlich notleidender Gäste in deren dauerhaftes Wohnrecht verwandelt. Damit pflügt sie die Wünsche, Ansprüche und Bedürfnisse der Autochthonen unter. Die beraubt sie ihrer Selbstbestimmung und ihres Territoriums.

Hilfsbereitschaft, Großmut und Offenheit sind schöne Eigenschaften. Aber durch Übertreibung wird jede Tugend zur Sünde. Bei den allermeisten Eingeborenen weckt die offizielle Fremdenliebe nur noch Ratlosigkeit, Resignation und Wut. Die von Haus gastfreien Deutschen haben die Nase voll. Ihnen dämmert, dass ihre Führung sie systematisch verschaukelt. Da der Andrang der Fremden längst zu erheblichen Belastungen und Konflikten führt, kann das juristische Zementieren der bisherigen Zuwanderung gegen den Willen der Mehrheit der Eingeborenen eigentlich nur unerfreuliche Ergebnisse produzieren. Bald dürfte sich die diktierte Offenheit bloß noch gewaltsam durchsetzen lassen. Der Weg in die Tragödie ist vorgezeichnet. Doch möglicherweise ist genau das politisch gewollt und längst mit eingepreist.

Die meisten Menschen bewerten die Vor- und Nachteile staatlicher Vorgaben unter Kosten-Nutzen-Kriterien. Tun sie ihnen und ihren Liebsten gut? Bereichern sie ihren Alltag? Steigern sie den Wohlstand und das Allgemeinwohl? Sichern sie die ihre Zukunft und schenken ihren Kindern ein besseres Dasein? Nimmt das Gemeinwohl durch politische Maßnahmen erheblichen Schaden, sollten die Verantwortlichen gegensteuern. Sonst erodiert der gesellschaftliche Zusammenhalt. Damit geht auch das Vertrauen in sie, in die Institutionen und das System kaputt. Das müsste den sogenannten Eliten theoretisch bekannt sein. Aber seit Jahren erleben wir, wie sie die Wünsche und den Willen der Mehrheit der Einheimischen systematisch ignorieren und stattdessen das genaue Gegenteil davon umsetzen. Parallel zur Migration verfällt

die Meinungsfreiheit. Ständig laut beschworen, verabschiedet sich die Demokratie.

Dass die Massenzuwanderung einen Keil in die Gesellschaft treiben würde, war Angela Merkel klar. Doch der Kollateralschaden interessierte sie nicht. Ihr Politberater Matthias Jung, der sich die ‚asymmetrische Demobilisierung‘ für sie ausgedacht hatte, präsentierte dem CDU-Präsidium 2016 ein Strategiepapier, welches das Erstarken der rechtsgerichteten ‚Alternative für Deutschland‘ (AfD) als Chance für die Union pries. Jung versprach, der Aufstieg der AfD werde Rot-Grün weit mehr schwächen als die Christdemokraten. Darauf setzte Merkel.

UN-Migrationschef Peter Denis Sutherland verkündete keine vier Wochen nach der Grenzöffnung, Deutschland werde eine führende Rolle bei der Aufnahme junger Menschen aus Nahost übernehmen. Es habe zugesagt, bis 2021 mindestens 3,3 Millionen Zuwanderer ins Land zu lassen. Das war Ende September 2015 auf einem Panel des ‚Council on Foreign Relations‘ in New York.

Die ‚Bevölkerungsabteilung‘ der ‚Hauptabteilung wirtschaftliche und soziale Angelegenheiten‘ beim Sekretariat der Vereinten Nationen hatte bereits im März 2000 darüber spekuliert, ob ‚Ersetzungsmigration: eine Lösung für schrumpfende und alternde Bevölkerungen‘ sein könne. Das 143-seitige Papier kann bis heute unter dem Titel ‚*Replacement Migration: Is it A Solution to Declining and Ageing Populations?*‘ im Internet abgerufen werden.

Merkel initiierte eine Variante dieses Projekts, ohne Wissen und Zustimmung der eigenen Bevölkerung. Dafür nahm sie Rechtsbrüche in Kauf, opferte die innere Sicherheit, den gesamtgesellschaftlichen Zusammenhalt und jede sozialpolitische Vernunft.

Im Spätherbst 2018 hielten die Christdemokraten in Hamburg ihren Parteitag ab. Dabei ging es nicht nur um die Zukunft der Partei, sondern des Landes und Europas. Die Massenmigration spaltete. Merkel hatte der Union das schlechteste Wahlergebnis seit 1949 beschert. Bevor alles entgleiste, tat eine Kurskorrektur Not. Doch es gelang ihr, Annegret Kramp-Karrenbauer vorzuschieben, die dann nach dem

Debakel der Wahlen in Ostdeutschland auch die Prügel einstecken durfte, die sie eigentlich verdient hätte. Der Kassensturz blieb aus. So gelang Merkel ihr letzter große Coup in politischer Konkursverschleppung. Die Hofpresse sang Elogen. Kaum einer wagte es, den Pferdefuß zu benennen. Kritiker, die auf den Verfassungsbruch, die Demontage des Rechtsstaats und das Stummschalten der Opposition hinwiesen, flogen aus dem Diskurs. Denn fast alle Meinungsmacher und eine breite Allianz von Linksaußen bis in die CDU hinein fanden die mutwillige Entgrenzung großartig. Alle offensichtlichen Probleme waren bloß Petitesse. Zweifel galten als engstirnig, rechts oder ‚islamophob‘. Wer so dachte, dachte nicht nur anders, er dachte falsch. Dahinter tobte der Dünkel, ‚das Volk‘ sei zu borniert, um die ‚richtige Position‘ überhaupt zu erkennen. So zeigte der ‚Fortschrittsblock‘ seine totalitäre Fratze. Diese Verachtung demonstrierte er während der ‚Pandemie‘ erneut.

Das brachte offene Kritik zwar zum Verstummen, doch unter der Oberfläche vertiefte es die Gräben und zerstörte das Vertrauen in die Demokratie. Der Bruch verlief zwischen oben und unten und West und Ost.

1858, drei Jahre, bevor der Bürgerkrieg die USA zerriss, warnte Abraham Lincoln, die Frage der Sklaverei drohe die Einheit der Nation zu zerstören: Ein Haus, das mit sich selbst uneins sei, habe keinerlei Bestand. Derlei Bedenken fochten Merkel nie an. Sie verordnete dem Land Migration in Permanenz. Dass sie damit erfolgreich war, verdankte sie dem Überraschungsmoment, dem Fehlen jeder echten Opposition und dem donnernden Applaus der Medien.

Doch dass sie damit nicht schon zu Anfang scheiterte, lag an der Tatkraft zahlloser Helfer, die das von ihr angerichtete Chaos halbwegs in geordnete Bahnen lenkten.

Dreieinhalb Jahrzehnte nach dem Mauerfall ist Deutschland wieder geteilt. Doch nun besteht die Barriere nicht mehr aus Asbestbeton und Stacheldraht. Sie ist virtuell und nennt sich ‚Brandmauer‘. Politisch trennt sie die AfD vom vermeintlich demokratischen Rest. Diesmal ist die Mauer von Westen aus errichtet. Der ehemalige Osten ist rebellisch.

Dort rangiert die AfD in der Wählergunst längt vor allen Regierungsparteien. Wer in der Berliner Republik zu den ‚Guten‘ zählen will, muss offensiv Abstand halten. Grenzgänger sind so unerwünscht wie im Kalten Krieg. Kontakte zum ‚Klassenfeind‘ werden hart bestraft, ziehen sozialen Boykott, Isolation und oft das Vernichten der Existenz nach sich. Wie einst ist der Todesstreifen dicht vermint. Davor hocken zig Grenzschrützer auf Wachtürmen im Internet und registrieren penibel jede falsche Bewegung. Wer sich zu weit vorwagt, läuft schon bei flüchtigem Kontakt Gefahr, geächtet, geschnitten oder bedroht zu werden. Noch wird keiner weggesperrt, doch die Kriminalisierung der Opposition nimmt Formen an. Angebliche Hassverbrechen stehen hoch im Kurs und werden juristisch verfolgt.

Vielleicht ist die ‚Pegida‘ daran schuld. Ab Oktober 2014 protestierten in Dresden regelmäßig Menschen unter der Überschrift ‚Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes‘. Sie wollten ihren Unmut über die Migrationspolitik äußern. Schon damals ging es den Altparteien nicht mehr darum, den Wünschen dieser Wähler gerecht zu werden. Sie propagierten eine multikulturelle Migrationsgesellschaft. Aber nicht alle waren davon begeistert. Im Osten, wo man den realsozialistischen Mief noch in Erinnerung hatte, kam der Propagandazauber deutlich schlechter an als im verträumten Westen. Als die Unzufriedenen auf die Straße gingen, hätte man mit ihnen reden können. Doch das taten die Wenigsten. Stattdessen beschimpfte man sie lieber.

Ein knappes Jahr später kam die ‚Grenzöffnung‘, die viele, auch ich, anfangs für eine menschliche Geste hielten. Erst als Merkel daraus einen Dauerzustand machte, schwante mir, dass ihr Größeres vorschwebte. Denn obschon rasch klar war, dass nur ein kleiner Teil der Zuwanderer aus Kriegsgebieten kam, sprach sie nun ständig von ‚Integration‘ und erklärte, die ‚Syrier‘ würden eines Tages unsere Renten zahlen.

Ob sie damit noch Not linderte oder nur neues Leid stiftete, darf man getrost die Familien der Toten des Anschlags vom Breitscheidplatz fragen. Oder die Mutter der ermordeten Susanna F. Oder die Frau, die in Freiburg eine spektakuläre Serienvergewaltigung durch Schutzsuchende überlebte. Aber genauso die Hoffnungsfrohen, die ihr letztes

Geld zusammenkratzen, es Schleppern schenken und sich in maroden Booten übers Mittelmeer nach Europa aufmachen. Mir berichtete ein Freund, dass Händler im Senegal ihre Läden verkauften, um derlei Reisen zu finanzieren. Im Senegal bilden sie das Rückgrat der Wirtschaft. Sie schaffen Jobs. Bei uns braucht sie niemand. Sofern sie unterwegs also nicht verdursten oder ertrinken, erwartet sie ein Dasein als Kleindealer oder auf dem Straßenstrich.

Falsche Anreize sind nicht nur dumm, sie sind latent mörderisch. Die Zukunft, die die Altkanzlerin uns allen da bereitet hat, beginnt sich gerade erst zu entfalten. Zugleich hat sich die Frage, was eine Verfassung wert ist, die Regierungen beliebig außer Kraft setzen können, leider auch weitgehend erledigt.

Der britische Politologe Anthony Gledes sagte im September 2015, Merkels Politik sei Gift für Europa. Deutschland werfe alle Regeln *über Bord*. Halte es ‚Dublin‘ nicht mehr ein, gerate das gesamte EU-Gefüge ins Trudeln. Das war neun Monate vor dem Brexit-Referendum. Harald Martenstein schrieb, kein normaler Mensch würde sich zumuten, was die Kanzlerin gerade Deutschland zumute. *„Selbst der Gutmütigste ... würde sich doch, bevor er Gäste aufnimmt, die Frage stellen, wie groß die Wohnung ist, wie viele Gäste er aufnehmen kann, wie viele Mitbewohner seine Brieftasche und seine Nerven verkraften ... und wer die neuen Bewohner überhaupt sind.“*

Im Sommer 1953 verfasste Bertolt Brecht die *„Buckower Elegien“*. Sein Gedicht *„Die Lösung“* ging so: *„Nach dem Aufstand des 17. Juni / Ließ der Sekretär des Schriftstellerverbands / In der Stalinallee Flugblätter verteilen / Auf denen zu lesen war, daß das Volk / Das Vertrauen der Regierung verscherzt habe / Und es nur durch verdoppelte Arbeit / zurückerobern könne. Wäre es da / Nicht doch einfacher, / die Regierung / Löste das Volk auf und / Wählte ein anderes?“*

Etwas zeitverzögert beherzigt die deutsche Regierung nun Brechts Tipp. Sie löst das Volk auf und wählt sich ein anderes. Das tut sie, um ‚unsere‘ Demokratie zu retten. Dabei ist seit dem Ende der Weimarer Republik bekannt, dass freie Gesellschaften nur so lange frei bleiben,

wie sie freiheitliche Werte teilen. Die schönste Verfassung ist für die Katz, wenn nennenswerte Minderheiten *für* den Führerstaat oder die ‚Scharia‘ optieren. Dann ist es mit der Freiheit und der Rechtsstaatlichkeit rasch vorbei.

Das Wesen einer Gesellschaft wird durch die Werte derer bestimmt, die sie prägen. Offene Gemeinwesen fußen auf Meinungsfreiheit und Rechtsstaatlichkeit. Das verlangt zivilen Umgang und ein Mindestmaß an Mündigkeit, Toleranz und Gemeinsinn. Demokratie ist eine Kollektivleistung. Sie fällt weder vom Himmel, noch lässt sie sich verordnen. Sie kostet Kraft, Geduld und Mühe, will erlebt, erfahren und immer wieder neu geübt sein. Demokratien passen nicht zu jedem. Wer von Haus aus totalitär oder autokratisch gestrickt ist, kann damit nichts anfangen. Genauso wenig sind Demokratien etwas für Leute, die ihre Religion absolut setzen. Wer für Gottesstaaten schwärmt, ist in einer Demokratie falsch. Demokratien und Gottesstaaten sind unvereinbar. Das heißt im Umkehrschluss, dass eine Gesellschaft, die demokratisch bleiben will, besser darauf achtet, sich nicht allzu viele Anhänger von Gottesstaaten aufzuhalsen. Das bekommt ihr nicht gut.

Insofern sind Demokratien exklusiv. Das war den Eliten bis vor wenigen Jahrzehnten auch bewusst. Sie respektierten kulturelle Unterschiede und akzeptierten Unvereinbarkeiten. Inzwischen jedoch haben sie eine Kehrtwende vollzogen. Sie relativieren alle Gegensätze und setzen ihre eigene Qualität mutwillig aufs Spiel.

Mein Text sucht einige der Gründe dafür aufzuzeigen und gängige Mythen zu entzaubern. Insofern ergänzt er die *Rassismusfälle*, wo ich mich bereits mit Identitätspolitik, Kulturrelativismus und dem Krieg gegen die freie Rede beschäftigte.

Ein Auslöser für den Text waren die Reaktionen auf die Ermordung Samuel Patys, des 46-jährigen Pariser Lehrers, der dafür umgebracht wurde, dass er versucht hatte, seinen Schülern Meinungsfreiheit näherzubringen. Dazu zeigte er ihnen unter anderem die Mohammed-Karikaturen aus *Charlie Hebdo*, die im Januar 2015 zu dem Massaker in der Redaktion und dem Anschlag auf den jüdischen Supermarkt ‚Hyper Cacher‘ geführt hatten. Dabei stellte er es seinen muslimischen

Schülern frei, die Augen zu verschließen oder den Klassenraum zu verlassen.

Daraufhin rief der algerische Vater eines Mädchens, das gar nicht am Unterricht teilgenommen hatte, mit Hilfe eines marokkanischen Predigers zu Patys Ermordung auf. Die Männer setzten ein Kopfgeld auf ihn aus. Ein junger Tschetschene, der im Internet auf den Appell stieß und Paty nie begegnet war, sah das als Chance, sich ein Speed-Ticket ins Paradies zu sichern. Nachdem er Paty mit Hilfe von Schülern identifiziert, überfallen und geköpft hatte, stellte er ein Bild von dessen abgeschnittenem Kopf auf *Twitter* ein und postete: *„An Macron, den Führer der Ungläubigen ... im Namen Allahs, des gnädigsten Barmherzigsten, habe ich einen eurer Höllenhunde exekutiert, der es gewagt hat, Muhammed zu erniedrigen.“*

Symbolisch köpfte da ein Barbar die Glaubens- und Meinungsfreiheit. Damit griff er alles an, was Europa heilig sein sollte. Überall im Westen hatten kurz zuvor große Demonstrationen für ‚Black Lives Matter‘ (BLM) stattgefunden. Auf den britischen Inseln knieten Sportler und Polizisten öffentlich nieder, um den Kleinkriminellen George Floyd zu ehren. Denkmäler von Winston Churchill verschwanden hinter Holzverschlägen, um sie vor dem Zorn des postkolonialen Mobs zu schützen.

Für Samuel Paty ging niemand auf die Straße, geschweige denn in die Knie. Keiner der diversitätssensiblen Antirassisten stand für den Märtyrer der Meinungsfreiheit auf, und nicht ein deutscher Regierungspolitiker nahm beim Verurteilen der Tat das Wort ‚Islam‘ auch nur in den Mund. Selbst als zwei Wochen später ein Tunesier in Nizza die Notre-Dame-de-l’Assomption stürmte, um betende Rentnerinnen zu schächten, den Küster abzustechen und eine Touristin zu töten, blieb der religiöse Charakter des Terrors tabu. Stattdessen erklärte der kanadische Premier Justin Trudeau ungefragt, die Meinungsfreiheit sei nicht grenzenlos und dürfe niemanden verletzen. Trudeau hätte kaum erbärmlicher reagieren können. Zugleich sprach er vermutlich bloß aus, was alle anderen dachten.

Trudeau gilt als mustergültiger Quotenheld, der alle Prinzipien von ‚Diversity, Equity and Inclusion‘ beherrscht. Besonders tapfer ist er nicht. Als kanadische Trucker gegen seine Corona-Politik protestierten, ließ er ihre Konten einfrieren, floh aus Ottawa und verhängte das Kriegsrecht.

Die deutlich mutigere Publizistin Oriana Fallaci, die als Kind Waffen zu den antifaschistischen Partisanen schmuggelte, schrieb nach den Anschlägen vom 11. September 2001, die sie in New York miterlebte: *„Europa ist nicht mehr Europa. Es ist Eurabien, eine Kolonie des Islam, wo die islamische Invasion nicht nur physisch voranschreitet, sondern auch auf geistiger und kultureller Ebene. Unterwürfigkeit gegenüber den Invasoren hat die Demokratie vergiftet, mit offensichtlichen Auswirkungen auf die Gedankenfreiheit und auch für das Konzept der Freiheit selbst.“*

Offenbar gilt das inzwischen auch für Kanada. Für mich ist der Kern dessen, was europäische Kultur ausmacht, die Glaubensfreiheit. Die fußt auf der Vorstellung eines mündigen Gewissens, was jedem Einzelnen das Recht auf eine eigene Weltsicht gewährt und die Idee universeller Menschenwürde begründet. Diese Vorstellung ist zutiefst christlich. Eben dieser Ethik verdankte Samuel Patys Mörder überhaupt die Chance, sich als Sohn abgelehnter muslimischer Asylbewerber in Frankreich aufzuhalten.

Doch all die Tugendathleten, die kurz zuvor noch hysterisch ‚systemischen Rassismus‘ angeklagt hatten, blieben zu Hause. Die Haltungspresse schwieg. Sämtliche Betroffenenprofis, die unermüdlich im Kampf gegen rechts den Anfängen wehren, Teelichter anzünden, die Fahne hochhalten und Reihen fest schließen, verloren gleichzeitig die Streichhölzer. Das war ein Moment schrecklicher Wahrheit, der zeigte, wie es um uns steht.

Damals fing ich an, mich mit ‚Black Lives Matter‘ zu beschäftigen, dem Exportschlager der Identitätspolitik, der dem Hass auf den Westen ein progressives Antlitz verpasst. Nach dem Mord von Mannheim vier Jahre später sehe ich neben der Tragik eines weiteren vermeidbaren Todes das eigentlich Deprimierende im Gewäsch der Verantwortlichen. Diejenigen, deren Leichtfertigkeit die Tat erst ermöglicht

hat, zeigen einmal mehr, dass sie nichts begreifen wollen. Sie setzen ihre Politik so unbeirrt wie stumpfsinnig fort.

Als ich mir den Kopf darüber zerbrach, wie ich dieses Buch einleiten könnte, stolperte ich über einen alten Text, der im Sommer nach dem Totschlag von Chemnitz entstand, anlässlich des zweiten Konzerts gegen Rechtsextremismus dort.

Das damals Geschriebene ist vor dem Hintergrund der Tragödien von Solingen oder Mannheim noch oder schon wieder aktuell. Denn an der Mechanik der Migrationspolitik hat sich wenig geändert. Darum hier zur Einstimmung eine Art ‚historischer Rückblick‘.

# Linker Antisemitismus

## Chemnitz revisited – Sommer 2019

Vor einer Weile erhielt ich aus der Redaktion ‚Aktuelle Kultur und Politik‘ des *Deutschlandradios Kultur* eine Anfrage. Ich hätte anlässlich der ‚Vorfälle in Chemnitz und dem #wirsindmehr-Konzert im Cicero über die Spaltung der Gesellschaft‘ geschrieben. Tags drauf finde in Chemnitz nun das Festival ‚Wir bleiben mehr‘ statt. Dazu wolle man mit mir über meine Thesen sprechen, gegen sieben Uhr morgens, live, am Telefon, für etwa sechs Minuten.

Sieben Uhr in der Frühe ist zwar nicht meine Zeit, aber Eitelkeit eine sichere Bank. Wendet sich ein bedeutender Sender an dich und bittet um deine Meinung, zudem zu einem Thema, das dich umtreibt, fackelst du zwar, aber nicht allzu lange. Dass in Chemnitz schon wieder ein staatlich gesponsertes Gratis-Konzert stattfinden sollte, obendrein unter einem ähnlich friedfertigen Motto wie im letzten Jahr, war komplett an mir vorbeigegangen. Doch zur Spaltung der Gesellschaft fällt mir einiges ein.

Wir stecken mitten in einer künstlich angeheizten Modernisierungskrise. Je mehr die alten Strukturen erodieren und sich Gegensätze auftun, desto härter wird der Kampf um die Deutungshoheit. ‚*Kosmos Chemnitz – wir bleiben mehr*‘ kommt weich verpackt als Musikevent daher, aber ist eine Kampfansage. Da krachen Globalisierungsgewinner auf Globalisierungsverlierer, Kosmopoliten auf Kleinbürger, Ökokonsumenten auf Mindestlohnempfänger, West auf Ost, postmoderne Stasi auf einstige Bürgerrechtler.

Nur, wieso spricht die Redakteurin mich an? Weder kenne ich Chemnitz, noch sie eines meiner Bücher. Vor einem Jahr habe ich das Konzert mit dem ‚Festival des politischen Liedes‘ verglichen. Da schrieb ich, dass die ‚moralische Mehrheit‘ in meinen Augen ‚weder noch‘ sei und warf den Veranstaltern ‚moralische Masturbation‘ vor.

Von der diesjährigen Sause habe ich keinen Schimmer. Vielleicht versprechen die Hip-Hopper von K.I.Z. ja Eva Herman nun nicht mehr, sie ‚wie einen Staffelläufer grün und blau zu ficken‘ und die Silberlocke im Schloss Bellevue hält sich mit Empfehlungen für Rostocker Punk-Bands zurück.

Beim Stöbern durchs Programm purzele ich unter ‚politritisches Schminken‘ über eine ‚schwarze Sonne‘ auf der Wange der mutmaßlichen Künstlerin. Schwarze Sonnen bestehen aus zwölf in Ringform gefassten Sigrunen, die drei übereinander liegende Hakenkreuze ergeben. Gesehen habe ich derlei zuletzt auf der Wewelsburg, die SS-Chef Heinrich Himmler zum Ordensgral umfunktionierte. Die besuchte ich zusammen mit Leo Frankfurt, der als einer der letzten Überlebenden des Stalag 326 zum 70. Jahrestag der Befreiung nach Holte-Stukenbrock eingeladen worden war, um Joachim Gauck zu helfen, eine Tafel mit den Namen dort umgekommenener Kriegsgefangener zu enthüllen. Tags darauf zeigte uns der Leiter der Gedenkstätte die Burg, wo mehrere schwarze Sonnen in Fußbodenmosaiken strahlten. Vielleicht halten die Chemnitzer Kosmonauten schwarze Sonnen ja für wertfrei. Oder klassischer SS-Schick spricht sie an. Die ‚Antifa‘ in Hamburg trägt auch gern schwarz und schmückt sich mit gekreuzten Knochen und Totenköpfen.

„*Kosmos Chemnitz, wir bleiben mehr*“ bietet Musik und Tanz unterlegt mit Besinnlichem, wie einer Ausstellung über ‚zwei Millionen Jahre Migration‘, deren Titel suggeriert, dass das, was wir seit 2015 erleben, völlig normal ist. Auch der Rest duftet streng nach Baldrian. Nichts gegen Baldrian, aber ich habe mir Edward Hallett Carr zu Herzen genommen. Der riet seinen Historikerkollegen, den Fokus nicht nur auf die Stellen zu richten, wo der Hund bellt, sondern auch auf die, wo er stumm bleibt, obwohl er sich eigentlich die Seele aus dem Leib klaffen müsste.

Bei ‚Kosmos Chemnitz‘ bleibt der Hund überall stumm, wo es um den Auslöser geht. Der Tod von Daniel Hillig ist nirgendwo Thema. An keinem der vierzig Veranstaltungsorte. Gerade so, als habe der Mann nie existiert. Dabei ist nicht nur sein Leben ausgelöscht worden, auch das seiner Familie ging in die Brüche. So wie das der zwei Freunde, die

ihn begleiteten und verletzt wurden. Für all diese Leute wird nichts je wieder so sein, wie es vor dieser Nacht war. Daran soll man sich nun nicht mehr erinnern.

Vielleicht will die Witwe nicht, dass der Tod ihres Mannes missbraucht wird, etwa, indem sich die telegene Münchner Strafverteidigerin wieder in Szene setzt, die damals darauf drängte, das Verfahren in ein anderes Bundesland zu verlegen, weil sie Sachsens Justiz für voreingenommen hielt. Die half früher in Alexander Holds Richtershow aus, engagierte sich ‚während der Schulzeit für in Deutschland ansässige palästinensische Organisationen‘ und betreut mittlerweile vorzüglich islamische Terrorangeklagte.

Aber wer die Gefühle der Hinterbliebenen schonen möchte, kann auch anders an die Kollateralschäden grenzenloser Freizügigkeit erinnern. Immerhin sind es statistisch pro Woche zwei Menschen, die ähnlich zu Tode kommen wie Daniel H. Nur Tage vor ihm starb ein Arzt in Offenburg, nachdem ihn ein ‚Schutzsuchender‘ aus Somalia in seiner Praxis mit einem Messer aufsuchte.

Seit Merkels Grenzöffnung leben Altbewohner deutlich riskanter als vorher. 2017 wurden rund 40.000 von ihnen Opfer durch Straftaten Zugereister, fast sechsmal häufiger als umgekehrt. Das ist insofern beeindruckend, als 2017 bloß zwei Asylbewerber auf 80 Alteinwohner kamen. Dass der Anstieg der Kriminalität einen gewissen Leidensdruck schafft, liegt nahe, besonders wenn der politisch-mediale Komplex das Problem verschweigt und die durchschnittlich 111 Vorfälle pro Tag durch einschlägige Foren im Netz geistern. Die meisten Neuankömmlinge sind jung und männlich, mithin gewaltaffiner als Kinder und Greise. Doch sie kollidieren auch weit häufiger mit dem Gesetz als gleichaltrige Einheimische. Wer meint, das ginge auf Entwurzelung und Kriegstraumata zurück, liegt falsch. Die Zahlen verdanken sich einigen wenigen Intensivtätern, die den Großteil der Delikte begehen und der Polizei in der Regel mindestens schon ein halbes Dutzend Mal aufgefallen sind, bevor sie ernsthaft Schaden anrichten. Überwiegend sind es Leute, deren Antrag auf Asyl längst abgewiesen ist und die keine ‚Bleibeperspektive‘ haben.

Auch der Syrer Alaa S. und der Iraker Farhad A. hatten vor der Tatnacht schon öfters Ärger. Eigentlich hätten sie das Land längst verlassen müssen. Genauso wie der dritte Verdächtige, Yousif Ibrahim A., den die Staatsanwaltschaft im Januar 2019 laufen ließ, weil sie nicht genügend Belastungsmaterial gegen ihn hatte.

Theoretisch hätte der 1995 geborene Yousif A. bereits 2016 nach Bulgarien abgeschoben werden müssen, wo er 2015 registriert worden war. Sein Antrag war abgelehnt. Doch ein öffentlich finanzierter Anwalt erwirkte seine Duldung. Ab Februar 2017 stand A. dann regelmäßig vor Gericht. Er kassierte eine Serie von Verurteilungen, unter anderem wegen schwerer Körperverletzung, Drogenschmuggel, Beschaffungskriminalität, Betrug, Sachbeschädigung und gefährlichem Eingriff in den Straßenverkehr. Trotzdem wurden die meisten Strafen zur Bewährung ausgesetzt und er durfte im Land bleiben.

Hätte die Justiz die eigenen Regeln ernst genommen, wäre Daniel H. noch am Leben. Es fehlt nicht an Gesetzen. Es fehlt am Willen, sie durchzusetzen. Männer wie Alaa S., Farhad A. und Yousif Ibrahim A. haben ein klares Täterprofil. Kein Mensch schuldet ihnen etwas. Es wäre Aufgabe der Behörden, die Gesellschaft vor ihnen zu schützen. Warum schiebt der Staat sie nicht ab? Dann gingen die Straftaten zurück. Der Vorwurf, dass die Regierung Kriminalität importiert, wäre entkräftet und den ‚Populisten‘ der Wind aus den Segeln genommen. Fragt sich, wieso die Regierung das nicht tut. Liegt es an den weggeworfenen Pässen? Wer Millionen Wildfremder ins Land lässt, muss die, die nachweislich falsch sind, auch wieder loswerden können. Sonst braucht es wieder Grenzkontrollen und triftige Gründe, bevor man irgendwen ohne Papiere ins Land lässt.

Faktisch darf fast jeder Zugereiste bleiben, egal, welchen Status er hat oder wie er sich benimmt. Inzwischen leben Hunderttausende ‚Ausreisepflichtiger‘ in der Republik. Legen sich ‚Flüchtlinge‘ falsche Identitäten zu, werden straffällig oder fahren auf Urlaub in eben die Region, in der sie angeblich verfolgt werden, hat das keine Folgen. Selbst Leute, die die Bundespolizei bereits unter erheblichem Aufwand abgeschoben hat, können zurückkehren, einen frischen Antrag stellen und das ganze

Verfahren erneut durchlaufen. Das ist wie beim Jahrmarktsmotto des Hamburger Doms: Neues Spiel, neues Glück. Betreiber von Flüchtlingsheimen, Sozialdienste und Anwälte haben nichts dagegen. Aber das kostet nicht nur viel Zeit und Geld, sondern immer öfter auch Leben. Mitunter müssen Gesellschaften sich Sisyphus-Aufgaben stellen. Bei Bildung etwa. Doch hier, an dieser Stelle?

Es gibt Menschen, die verfolgt werden und an Leib und Leben bedroht sind. Für die ist das Asylrecht gedacht. Die Mütter und Väter des Grundgesetzes hatten die Not der vertriebenen, staatenlos gemachten Deutschen vor Augen, die nirgendwo bleiben durften und nach der Konferenz von Évian Juli 1938 wie Treibholz durch Europa irrten. Die Schweiz verlangte damals vom Deutschen Reich, die Pässe von Juden mit einem ‚J‘ zu kennzeichnen, damit sie sie gleich an der Grenze abweisen konnte.

Meine spätere Patentante floh im Frühjahr 1939 aus Berlin. Nicht lange vor ihrem Tod schilderte sie mir ihre Odyssee quer durch Westeuropa, die Niederlande, Belgien und Frankreich, ihre Flucht vor der Wehrmacht nach Marseille, das Betteln um eine Passage Richtung Westen und die dafür nötigen Transitvisa, die Erpressungsversuche der Fremdenpolizisten, die Gier der Schlepper, die Flüchtlinge außerhalb der Drei-Meilen-Zone auf dem Meer aussetzten und ihrem Schicksal überließen, aber auch davon, dass einigen, die es glücklich über Portugal nach Kuba geschafft hatten, um dann in Havanna festzuhängen, wo sie auf die Bestätigung des Bürgen aus den USA warteten, das rettende Miami fast in Rufweite, kurz vorm Ziel noch die Kraft, der Mut und das Geld ausgingen, und sie mit einer Überdosis Veronal in den großen Schlaf flohen.

Das Asylrecht ist kostbar. Ein hohes Gut. Nur war es nie dazu gedacht, Masseneinwanderung zu ermöglichen. Abgesehen davon, dass es schwerfällt, sich eine dümmere Migrationspolitik auszudenken, verhöhnt die gängige Praxis nicht nur den Geist des Grundgesetzes, sie verrät all die Leute, die wirklich in Not sind und für die das Asyl gedacht ist. Zugleich verjuxt sie den Langmut der Einheimischen, die ihnen Schutz gewähren.

Weisen Verfassungsjuristen darauf hin, dass die Regierung den Absatz 2 des Artikels 16 verletzt, geht es da nicht um irgendeine x-beliebige bürokratische Formel, sondern ums Fundament unseres Rechtsstaats. Seit 1993 kann sich niemand mehr auf schrankenloses Asyl berufen, der über sichere Drittländer einreist. Darüber setzte sich die Kanzlerin über Jahre hinweg. Dazu bemühte sie eine ‚übergesetzliche Notfallregelung‘. Doch was im September 2015 legitim gewesen sein mag, ist es heute längst nicht mehr. Um ihre Politik mit der Verfassung in Einklang zu bringen, wäre eine Grundgesetzänderung nötig. Das wusste auch Merkel. Bei der Pressekonferenz am 20. Juli 2018 erklärte sie: *„Für die Bundesregierung kann ich nur sagen, dass wir Recht und Gesetz einhalten wollen ... und da, wo immer das notwendig ist, auch tun.“*

Merkel entschied frei Schnauze, ob sie Gesetze achtet, und das Parlament, dessen Aufgabe es gewesen wäre, sie in die Schranken zu weisen, ließ es zu. Wer darin kein Aushebeln des Rechtsstaats sieht, hat verschärfte Wahrnehmungsprobleme.

Blickt man auf die Folgen, sabotiert die Duldsamkeit der Regierung nicht nur die Chancen auf Integration, sie untergräbt den inneren Frieden. Weigert sich der Staat, zwischen verträglichen und unverträglichen Zuwanderern zu unterscheiden, kann er nicht erwarten, dass die Bürger das tun. Gestattet er einigen wenigen, das Gastrecht in gröbster Weise zu verletzen, rückt er sämtliche Fremden in ein übles Licht. Zudem raubt er ihnen jegliche Motivation, sich Mühe zu geben. Was sie tun oder lassen, spielt keine Geige. Der Staat behandelt sie wie Kleinkinder. Regelverstöße sind ihm egal. Wozu sollten sie sich anstrengen?

Indem die Regierung sämtliche ‚Flüchtlinge‘ in Mündel staatlicher Mildtätigkeit verwandelt, heuchelt sie Großmut. Tatsächlich verweigert sie den Einzelnen elementarsten Respekt. Wer keine Lust hat, am Tropf zu hängen, merkt rasch, dass das gar nicht gewollt ist. Wobei die künstliche Abhängigkeit nicht nur ihm die Würde raubt, sondern auch alle Eingeborenen verprellt, die täglich knuffen gehen und sich zu Recht fragen, wieso die Zugereisten nicht selbst für ihren Lebensunterhalt sorgen. All das geschieht ohne jede Not. Der Staat könnte differenzieren,

Minimalstandards setzen und diejenigen fördern, die sich Mühe geben, und zusehen, dass er die anderen wieder loswird. So läuft das normalerweise in Einwanderungsländern. Lässt die Regierung das weg, treibt sie einen Keil zwischen die Bevölkerung und die ‚Flüchtlinge‘. So vergiftet sie selbst die Atmosphäre und stiftet eben die Ressentiments, die steuer-subventionierte Events wie ‚Kosmos Chemnitz‘ dann bekämpfen sollen.

Im August 2018 wollte Bürgermeisterin Barbara Ludwig Chemnitz zur Kulturhauptstadt machen. Ihr Stadtfest sollte Chemnitz als welt-offen präsentieren. Das Abstechen eines Einheimischen passte da nicht ins Bild. Also ignorierte sie es. Erst als sich am Tag nach der Tat immer mehr Menschen zu Protesten versammelten, brach sie die Feier ab. Der Presse sagte sie, sie sei „entsetzt“, dass „ein Gewaltdelikt zum Anlass genommen“ werde, „um sich an die Regeln des Rechtsstaats nicht mehr zu halten, sondern Selbstjustiz zu versuchen, indem man eine nicht angemeldete Versammlung ... mitten im Stadtfest (abhält) ... um dort zum Teil auch zumindest Menschen zu verfolgen ... dann ist das eine Art, den Rechtsstaat zu demontieren, die wir einfach nicht zulassen dürfen“. Für Ludwig war der eigentliche Skandal das Stören ihrer Feier.

Regierungssprecher Steffen Seibert erklärte: „Was wir wissen, ist, dass in Chemnitz in der Nacht Samstag auf Sonntag ein Mensch getötet worden ist. Und das ist schrecklich. Und das wird von der Polizei mit allem Einsatz aufgeklärt werden, damit der oder die Tatverdächtigen der Justiz zugeführt werden kann. So und nicht anders geht man in einem Rechtsstaat mit Straftaten um. Was gestern in Chemnitz stellenweise zu sehen war und was ja auch in Videos festgehalten wurde, das hat in unserem Rechtsstaat keinen Platz. Also, es ist wichtig für die Bundesregierung wie für alle demokratischen Politiker, wie auch, denke ich, für die große Mehrheit der Bevölkerung, klar zu sagen, solche Zusammenrottungen, Hetzjagden auf Menschen anderen Aussehens, anderer Herkunft, oder der Versuch, Hass auf den Straßen zu verbreiten, das nehmen wir nicht hin. Das hat bei uns in unseren Städten keinen Platz, und das kann ich für die Bundesregierung sagen, dass wir das auf das Schärfste verurteilen.“

Beide Statements klangen, als ob laufend ausländerfeindliche Mobs Zugereiste bedrohten. Noch ist das nicht der Fall. Das war es auch in

Chemnitz nicht. Einige Protestierer skandierten rechtsradikale Parolen und beleidigten Polizisten. Andere pöbelten dunkelhaarige junge Männer an, die neben dem Trauerzug herliefen und ihnen feixend den Mittelfinger zeigten. Verletzt wurde niemand.

Der Staat genießt das Gewaltmonopol, weil er Bürgern Unversehrtheit verspricht. Versagt er ihnen Schutz, untergräbt er seine eigene Legitimität. Seit 2015 sind über tausend Menschen durch ‚Asylbewerber‘ zu Tode gekommen. Knapp die Hälfte davon waren Einheimische.

Natürlich kann man so argumentieren wie der Hannoversche Grünenpolitiker Eike Lengemann, der sich darüber mokierte, dass der Innenminister seinen Urlaub abbrach, nachdem ein Eritreer am Frankfurter Bahnhof eine Mutter und ihren achtjährigen Sohn vor einen Zug gestoßen hatte. Es gebe Tausende Tote im Straßenverkehr, twitterte der Grüne. Man solle doch bitte die Verhältnismäßigkeit wahren.

Gezielte Tötungen sind keine Verkehrsunfälle. Kommen Einheimische durch die Fahrlässigkeit ihrer Regierung gehäuft zu Schaden, muss die Regierung besser aufpassen. Quittiert der Sprecher der Kanzlerin einen weiteren gewaltsamen Tod mit *„Und das ist schrecklich“*, um sofort klar zu stellen, dass er die Empörung darüber eigentlich viel übler findet, ist das an Arroganz kaum zu überbieten. Die Leute, die in Chemnitz 2018 auf die Straße gingen, waren wütend und hilflos. Statt dafür Anteilnahme zu zeigen und das eigene Fehlverhalten zu korrigieren, verdammt die Regierung ihre Proteste.

Ich nehme da ein Muster wahr: Provoziert die Regierung durch stumpfes Stillhalten volkstümlichen Missmut in der nicht ganz unberechtigten Hoffnung, dass irgendwelche Schwachköpfe bei Protesten den rechten Arm heben, kann sie die Proteste als rechtsradikal und populistisch abtun. Medien und Politik bilden eine Front. Alles, was Rang und Namen hat, reiht sich ein. Die ‚Zivilgesellschaft‘ wehrt den Anfängen. Braune Bedrohung funktioniert wie ein pawlowscher Reflex. Das erstickt alle Skepsis. Wer da noch mault, ist ein Schuft. Gegen Nazis gibt es nur eine Antwort.

Beim G20-Gipfel 2017 in Hamburg zogen Horden ‚Autonomer‘ und die ‚Antifa‘ tagelang durch die Stadt, fackelten wahllos Autos ab,

plünderten Geschäfte, legten Feuer in bewohnten Häusern, griffen Rettungskräfte an und warfen Pflastersteine von Dächern. Ich ging am Morgen nach der Schlacht um die Schanze übers Schulterblatt und bestaunte die Trümmer, die die ‚Welcome to Hell‘-Freunde hinterlassen hatten. Unterwegs sprach ich mit einem völlig übernächtigen Feuerwehrmann, der gerade den örtlichen Rewe-Markt abzulöschen half. Der Mann war über die letzten Tage pausenlos im Einsatz gewesen. Erst pflaumte er mich an, dann schilderte er mir seine letzten 36 Stunden. Als er davon berichtete, wie der Mob Sanitäter attackiert hatte, weinte er fast vor Wut. Ich blickte auf das Haus direkt hinter ihm. In den oberen Stockwerken waren Wohnungen. Dort lebten vermutlich auch Alte und Kinder. Die waren wegen des Chaos vor der Tür im Haus gefangen gewesen. Das hatte die tapferen Antifaschisten nicht davon abgehalten, im Erdgeschoss Feuer zu legen.

Tags zuvor hatten die friedlichen G20-Gegner demonstriert. Dabei hatte sich der ‚schwarze Block‘ an die Spitze des Zuges gesetzt, also eben die Leute, die die friedlichen Proteste in einer tagelangen Gewaltorgie plattgemacht hatten. Das ließen die übrigen Demonstranten zu. Daran nahm kein einziger Journalist Anstoß. Niemand verlangte, dass die grün-roten Biedermänner sich von autonomen Brandstiftern distanzieren. Das war insofern beeindruckend, als es da tatsächlich ein politisches Bündnis gab, anders als in Chemnitz, wo jeder, der sich spontan dem Trauerzug anschloss, sofort als rechtsextrem galt.

Wieso gewichten die Medien Proteste so unterschiedlich? Das fragen sich viele, nicht nur in Chemnitz. Das wäre ein Thema für einen ‚offenen Diskurs‘. Doch das ist es an keinem der vielen Spielorte. Die Chemnitzer sollen vergessen, wie die Kanzlerin sie und ihre Stadt runtergeputzt hat. Denn Merkels Vorwurf hängt bis heute im Raum. Obwohl längst erwiesen ist, dass es keine Hetzjagden gab und ihr Sprecher heillos überzog, hat sie sich nie korrigiert. Am Ende flog nicht ihr Sprecher raus, sondern der Verfassungsschutzchef, der die Chemnitzer verteidigte und ihren Ruf rettete.

In hochmoralischen Zeiten, wo beim Blick in die deutsche Vergangenheit zu Recht beklagt wird, wie oft blinder Gehorsam früher

das individuelle Gewissen ersetzt, wäre es reizvoll zu beleuchten, wem ein Beamter mehr Verantwortung schuldet: Einer Regierung, die ihre Bürger aufgrund eines dubiosen Handy-Clips als mordlustigen Pöbel hinstellt und damit weltweit Empörung auslöst, oder empirischen Fakten, die die Zorneswogen glätten und die Entehrten rehabilitieren.

Der Mann vom Verfassungsschutz widersprach dem Kanzleramt. Er enthüllte, dass Merkels Sprecher Fake-News verbreitet hatte, wie auch *Tichys Einblick* später nachwies. Nur interessierte das keinen mehr, zuletzt die sogenannten Qualitätsmedien, die in die vormarkierte Kerbe gehauen hatten. Der *Spiegel* ‚entlarvte‘ den Freistaat Sachsen in einer Coverstory als neofaschistischen Sumpf. Das trug weder zur sachlichen Analyse noch zur innerdeutschen Verständigung bei, aber es festigte das Image der Kanzlerin und stillte die Sehnsucht nach braunen Feindbildern. Erscheinen tat diese *Spiegel*-Ausgabe übrigens drei Monate, bevor Starreporter Claas-Hendrik Relotius als Münchhausen aufflog und die Chefredaktion sechzig Storys des preisgekrönten Lügenbarons einstampfen musste, darunter auch frei erfundene Aussagen der letzten Überlebenden der ‚Weißen Rose‘, die sich angeblich tief erschüttert über die Demonstranten in Chemnitz gezeigt hatte.

In der wirklichen Welt griff am 27. August 2018 etwa ein Dutzend schwarzer Vermummter das Lokal ‚Schalom‘ in Chemnitz an. Dabei verletzten sie den Eigentümer an der Schulter, zerstörten eine Fensterscheibe und beschädigten die Fassade. Die Attacke war begleitet von „*Hau ab aus Deutschland, du Judensau!*“ und drang zeitverzögert an die Öffentlichkeit. Ab dem 7. September berichteten fast alle Zeitungen darüber. Der judenfeindliche Terror machte bis ins Ausland Schlagzeilen.

In der Todesnacht von Daniel Hillig, einen Tag vor dem Überfall auf das jüdische Restaurant, überfielen ‚Schutzsuchende‘ den ‚Froschklub‘ bei Frankfurt/Oder. Geschätzte fünfzehn bis zwanzig Männer stürmten mit Eisenstangen und Messern unter ‚Allahu akbar‘-Rufen in die Diskothek. Die Gäste flüchteten und verbarrikadierten sich. Die Angreifer waren noch vor Ort, als die Polizei nach über einer halben Stunde erschien. Es gab mehrere Festnahmen. Jede vergleichbare Aktion von Neonazis hätte es bis in die *New York Times* geschafft.

So beschäftigte das Ereignis nur die Lokalnachrichten. Das mediale Desinteresse dürfte entscheidend dazu beigetragen haben, dass die Justiz sich viel Zeit ließ. So verpasste sie die Frist für eine Anklage. Im März 2019 setzte das Oberlandesgericht alle Tatverdächtigen wegen zu langer Verfahrensdauer wieder auf freien Fuß. Damit waren auch ihre anhängigen Ausweisungsverfahren hinfällig.

Am 18. Oktober 2018 vergingen sich in Freiburg zwölf Männer stundenlang an einer mit Drogen und Alkohol wehrlos gemachten 18-Jährigen. Das Vergewaltigen fand im Freien unweit einer Diskothek statt. Unter den später festgenommen Tatverdächtigen waren neun Syrer, ein Algerier und zwei Männer mit deutschen Papieren. Elf Tage nach dem Ereignis rief die örtliche ‚Alternative für Deutschland‘ (AfD) zu einer Demonstration gegen die Flüchtlingspolitik der Regierung auf. Grüne und Linke veranstalteten daraufhin zwei Aufmärsche gegen ‚rechten Hass und Hetze‘. An einer davon nahm auch der frisch gewählte Bürgermeister der Stadt teil. Am Ende standen laut Angaben der Polizei etwa 300 bis 500 AfD-Demonstranten insgesamt etwa 2.000 Gegendemonstranten gegenüber.

Ich hatte Kontakt zu einer jungen Frau aus Freiburg, die mir von der Debatte mit ihrer fast gleichaltrigen Schwester berichtete. Sie war angewidert von der Tat und sorgte sich um ihre Freiheit, während die Schwester die Vergewaltigung verharmloste und im ‚Aufmarsch der AfD‘ die eigentliche Gefahr sah. So landeten beide am Ende auf unterschiedlichen Demonstrationen.

Fragt sich, wie Staatssender und Medien über das Ereignis berichtet hätten, wenn sich statt der ‚Schutzsuchenden‘ ein Dutzend Einheimische über ein hilfloses Opfer aus Eritrea hergemacht hätten und die Vergewaltiger keine Syrer, sondern deutsche Neonazis gewesen wären. Hätte die ‚Zivilgesellschaft‘ es dann zugelassen, dass der frisch gekürte Bürgermeister ihrer ökologisch vorbildlichen, toleranten und weltofenen Stadt sich an die Spitze einer Bewegung setzt, die verhindern möchte, dass andere die frauenfeindliche Barbarei anprangern?

Es dürfte dieser Doppelstandard sein, der die Wut der Chemnitzer anheizt. Denn es gibt in der offiziellen Darstellung eine

klar inländerfeindliche Schlagseite, die Täter und Opfer entschuldigt und hierarchisiert, sie in Schubladen steckt und wegsortiert. Aber auch ein Jahr nach dem Tod von Hillig bellt da nirgendwo ein Hund. Stattdessen wird der Ablauf historisch bereinigt.

Der *Mitteldeutsche Rundfunk* (MDR) schreibt, dass „*Kosmos Chemnitz*“ eine „*Diskursplattform*“ errichtet, nachdem die Stadt „*im Sommer 2018 mit fremdenfeindlichen Übergriffen deutschlandweit in die Schlagzeilen*“ geraten sei und „*Kulturschaffende gegen Fremdenhass und für ein demokratisches und solidarisches Miteinander*“ eingetreten seien. Bei ‚fremdenfeindlichen Übergriffen‘ denkt keiner an die Opfer staatlich inszenierter Leichtfertigkeit. Die fallen unter den Tisch. Stattdessen soll man an grölende Neonazis denken, sich gruseln, ein schlechtes Gewissen entwickeln und alles andere vergessen.

Was hätte George Orwell zu der Art Aufbereitung gesagt? Was sagen die Chemnitzer dazu? Wirklich weit liegen die Ereignisse nicht zurück. Nun verlangt das herrschende Narrativ, dass sie ihre Erinnerungen löschen und durch eine Version ersetzen, die Wirkung und Ursache vertauscht. Die Nonchalance, mit der das geschieht, bettet das projizierte ‚solidarische Miteinander‘ in mörderische Heuchelei.

Wird die Kluft zwischen eigenem Erleben und der medialen Präsentation zu groß, verabschiedet sich das Vertrauen in die Presse. Gezieltes Weglassen irritiert. Es bestärkt den Verdacht, dass die Öffentlichkeit manipuliert werden soll. Wünscht man offene Diskurse, muss das Thema sein. Äußern Medienkonsumenten gehäuft Unmut, dass Nachrichten Entscheidendes verzerren, dürfen Journalisten das ernst nehmen. Vielleicht sind ihnen die Standards verrutscht. Eventuell sollten sie sich eher aufs Kerngeschäft konzentrieren. Öffentlich-rechtlichen Sendern stünde skeptische Sachlichkeit gut zu Gesicht. Weder hatten sie Merkel nach dem Mund zu reden, noch die Massen auf Kurs zu bringen. Agitation und Propaganda ist nicht ihr Job.

Gerade im Osten der Republik, wo das Regime das Publikum jahrzehntelang mit Lügenparolen malträtiert hat, reagiert man auf Gesinnungsbrei allergischer als im verträumten Westen. So schafft das Staatsfernsehen erst selbst das Misstrauen, das es dann angeblich bekämpft.

In Chemnitz gibt es eine Party, die auch in Mönchengladbach stattfinden könnte. Man zeigt der Welt, dass man für alles Mögliche offen ist. Außer für das, was die Menschen vor Ort bewegt. Wieso ein Viertel der Chemnitzer AfD oder ein Rechtsbündnis wählen, bleibt ausgeklammert. Man bescheinigt sich selbst, die Mehrheit zu sein und die Mehrheit zu bleiben. Frau Ludwig und alle Herbert Grönemeyer-Fans dürfte das entzücken.

Für mich offenbart es ein Phänomen, das Alexander und Margarete Mitscherlich 1967 in ihrer *Unfähigkeit zu trauern* beschreiben. Da geht es vordergründig um den Verlust der allmächtigen, Heiland-artig verehrten Führerfigur, die niemand offen zu beklagen wagt, weil die Trauer tabu ist. Darunter jedoch geht es ums Verweigern der Wahrheit, das Nicht-Eingestehen des eigenen Irrtums, die Furcht vor dem Schmerz, der aufbricht, sobald man würdigt, welches Leid man damit über sich selbst und andere gebracht hat. Das Unvermögen, sich dieser Herausforderung zu stellen, führt zu gesteigerter Seelenkälte und dem umso größeren Groll auf die eigenen Opfer. Nur dass es eben diesmal nicht verbitterte Alt-Nazis sind, die sich in Selbstgerechtigkeit flüchten, sondern frustrierte Westlinke, die sich an den Ost-Proleten dafür rächen, dass die 1989 ihre Chimäre vom Sozialismus haben platzen lassen und aus der real existierenden Utopie desertiert sind. Zur Strafe prügeln sie sie nun ins multikulturelle Paradies.

„Wir bleiben mehr!“ ist eine eher zynische Umerziehungsaktion. Emotional wäre es deutlich gesünder, wenn die Westlinken sich endlich ihren ranzigen Illusionen stellten. Wer seine Fehler nicht bedauert, kann nichts aus ihnen lernen. Um sich von Dämonen zu verabschieden, ist es notwendig. *„Die Suche nach der Wahrheit über uns selbst ... ist das einzig verlässliche Mittel, um uns Glaubwürdigkeit zu verschaffen und uns zugleich gegen die Inhumanitäten zu wappnen, die uns unter der dünnen Decke der Zivilisation drohen“*, schrieb Alexander Mitscherlich damals.

Etwas Ehrlichkeit täte Chemnitz gut. Auf Augenhöhe. Nicht nur hinsichtlich des magersüchtigen Mitgefühls für jüdische Deutsche, das trotz der offiziellen Gedenkrituale im Nu versiegt, sobald es um Israel

geht, sondern auch, was die Umkehr von Nächsten- und Fernstenliebe anlangt. In der Arroganz gegenüber denen, die da jetzt untergebuttert werden, weil sie weiß, männlich, heterosexuell oder ostdeutsch sind und wegen ihrer Herkunft, Hautfarbe und ihres Geschlechts das Pech haben, keine der vorschriftsgemäßen Opferkriterien zu erfüllen, spiegelt sich letztlich tiefe Selbstverachtung. ‚Kosmos Chemnitz‘ fehlt es an Mut zu echtem Austausch. Das macht es zu einer zutiefst verlogenen Veranstaltung, hinter der die gleich kranke, neokolonialistische Attitüde steckt wie 1989.

Theodor W. Adorno bemerkte mal, das Tilgen der Erinnerung sei ‚eher eine Leistung des allzu wachen Bewusstseins‘. Erzwungenes Vergessen ist immer bestialisch, weil darin stets die Wut über die Lüge mitschwingt, der man sich unterwirft. Bevor man anderen die Wahrheit ausreden kann, muss man sie sich selbst austreiben. Die Deutschen, von denen Adorno damals sprach, waren gesteigerte Verdrängungsathleten. Heute greifen ähnliche Mechanismen, und obschon sie politisch angeblich aus einer völlig anderen Ecke kommen, sind die Symptome fast identisch.

Fragt sich, wie viel verordnete Realitätsverleugnung ein Durchschnittsgehirn so aushält. Manche Hirnträger sind hellauf begeistert, wenn sie ihre inneren Widersprüche endlich auf dem Altar politischer Wirklichkeitsbegradigung opfern dürfen. Bei anderen knirscht es da erheblich. *„You can fool some of the people all of the time, and all of the people some of the time, but you cannot fool all of the people all of the time“*, sagte Abraham Lincoln mal dazu.

Adorno hatte übrigens auch deutlich weniger Angst vor der Rückkehr der Nazis in Gestalt prügelnder SA-Horden als vor ihrem Auftritt im Gewand geläuterter Demokraten. Das geht mir ähnlich. Ich denke an abschmierende Volksparteien, die keine mehr sind, weil sie Arbeiter, Handwerker und Mittelstand verraten, an neowilhelminische Politdarsteller, die sich auf humanitäre Rösser schwingen und die Welt am deutschen Wesen genesen lassen wollen, und an die zunehmend einfarbige Presse, die ihnen dazu applaudiert und Kitsch über Klima-Aktivistinnen und die Lichtgestalten der vermeintlichen Seenotrettung absondert.

Das Weltgeschehen, das uns präsentiert wird, gerät mehr und mehr zu einem Kunstprodukt, das der Macht inszenierter Bilder gehorcht, wobei alle nur auf die glitzernde Verpackung starren. Kaum einer traut sich noch, nach dem Inhalt zu fragen.

Eine der Veranstaltungen von ‚Kosmos Chemnitz‘ kreist ums Sterben von Demokratien. Eingeladen sind zwei US-amerikanische Bestseller-Autoren, die über Donald Trump und die Jim-Crow-Gesetze in den Südstaaten berichten sollen. Kein übles Buch und ein interessantes Thema. Aber um über den Suizid liberaler Gesellschaften zu reden, bräuchte man gar nicht so weit in die Ferne zu schweifen. Wir erleben gerade in Echtzeit, wie eine Demokratie zerfällt, weil Leute, die unterschiedlich denken, es immer unerträglicher finden, dem anderen zuzuhören, und diejenigen, die eigentlich die Meinungsfreiheit verteidigen müssten, indem sie Neugierde, Mitgefühl und Geduld stiften, lieber pauschalisieren, polarisieren und ausgrenzen.

Macht man Doppelstandards zur Norm, wird die eigene Linie alternativlos. Wie das aussieht, demonstrierte die Kanzlerin. Ihre Alternativlosigkeit killte jede Debatte. Doch alternativlos ist allein der Tod. Politik tanzt immer um alternierende Optionen, und selbst wenn man einige davon für sich ausschließt, hören verpönte Alternativen damit nicht auf zu existieren. Wer Alternativlosigkeit behauptet, will Debatten abwürgen. Das ersetzt Argumente durch Gesinnung. Gepaart mit höherer Moral ist das immer eine unguete Mischung, weil es jedes mögliche Korrektiv erstickt. Glaube statt Erkenntnis ist das Ideal von Religionen, für freie Gesellschaften Gift. Jede Führung, die blinde Unterwerfung fordert, ist gefährlicher als ihre Kritiker.

Intoleranz geht selten von Zweiflern aus. Wer Skepsis verdammt, verrät die Gewissensfreiheit. Aber ethisch lackierte Loyalitätszwänge passen trefflich in eine Ära, die Selbstgeißelung, moralische Pranger und virtuelle Scheiterhaufen für zukunftsweisend hält.

Leute, die verschieden denken, müssen miteinander reden und sich gegenseitig zuhören. Nur dann benehmen sie sich halbwegs erwachsen und können klären, wo das weniger Schlechte als möglicher Kompromiss liegt.

Das Einmaleins der Demokratie setzt angstfreien Austausch voraus. Bis vor nicht allzu langer Zeit gab es den auch. Niemand hatte Manschetten, sich zu äußern, weil es in Ordnung war, verschiedener Meinung zu sein. Deswegen brach keiner den Kontakt ab. Heute grenzt sich einer schon selbst aus, wenn er Verständnis für eine umstrittene Positionen zeigt. Verteidigt er die dann auch noch, und sei es nur abstrakt, ist die Geduld mit ihm rasch aufgebraucht. Verbindung zu Artgenossen zu halten, die nicht auf Linie liegen und von denen irgendwer behauptet, sie verträten falsche Positionen, ist latent tödlich. Kontaktschuld spielt plötzlich wieder eine Rolle. Soziale Hygiene ist Trumpf. Wer fragwürdigen Umgang pflegt, macht sich anrühlich. Was gestern noch Offenheit hieß, gilt nun als fahrlässig. Für mich ist das wie eine schleichende Vergiftung, die Einzelne isoliert, ihnen die Unbefangenheit raubt und allgemeines Misstrauen sät. Dummerweise fallen mir dazu noch weit üblere Beispiele ein als nur die düstere McCarthy-Ära.

Mein Freund Leo war 13, als ein Attentäter den Leningrader KP-Chef Sergej Kirow am 1. Dezember 1934 erschoss. Der Mord diente Josef Stalin als Vorwand für seine sogenannten Säuberungen, denen bis zum Herbst 1938 Millionen von Menschen zum Opfer fielen. Die Geheimpolizei arbeitete dabei Quoten an vermeintlichen Staatsfeinden ab. Die landeten im Lager oder wurden ermordet. Auf Stalins ausdrückliche Order hin tötete der NKWD Kinder ab dem Alter von zwölf.

Im Herbst 1937 traf es Leos Onkel, der Kommunist und einstiger Vertreter der ‚Komintern‘ in Afghanistan und Palästina war. Eines Nachts tauchte er in der Wohnung der Eltern auf, nachdem er sich über die Hintertreppe zu ihnen in den dritten Stock geschlichen hatte. Ihm war klar, dass seine Verhaftung bevorstand, und er wollte sich von seiner Schwester verabschieden. Kurz darauf verschwand er. Noch Jahre später ging seine Frau einmal pro Woche zur Zentrale des NKWD, dem ‚großen Haus‘ unweit der Newa, wo nun Putins FSB residiert. Dort gab sie Essen und Rauchwaren für ihn ab. Bis mit dem Krieg und der neuhunderttägigen Belagerung der große Hunger begann.

Jahrzehnte später, lange nach Stalins Tod, veröffentlichten Leningrader Zeitungen dann die Namen und Eckdaten der damals

Verschwundenen. So erfuhr sie, dass man ihren Mann noch am Tag seiner Verhaftung ermordet hatte.

Vor einer Weile hat Leo mir die Treppe gezeigt, über die sein Onkel ging, auch die Stelle im Hof, wo der ‚schwarze Rabe‘ stets zu halten pflegte, wenn die Männer der Geheimpolizei in den frühen Morgenstunden kamen, an die Türen hämmerten, um die Schlaftrunkenen aus ihren Betten zu zerren und sie ins ‚Bolschoi Dom‘ zu verfrachten.

Was hat Chemnitz 2019 mit Leningrad 1937 zu tun? Das einzig Verbindende sind die offiziellen Lügen, das Totschweigen und Ausgrenzen. Doch wie lange überleben freier Geist und Zivilcourage in künstlich neurotisierten Angstgesellschaften?

Mein Text aus dem Jahr 2019 endete mit einer Frage. Die Antwort darauf gab dann die sogenannte Pandemie. Im Bann der Angst triumphierten totalitäre Reflexe. Binnen kürzester Zeit kassierte die Regierung flächendeckend Grundrechte. Gestützt auf Generalklauseln, Blanko-Ermächtigungen und Verordnungen pflügte sie verfassungsrechtliche Barrieren unter, ohne dass Parlamente, Parteien, Presse oder Priester auch nur zuckten. Parallel errichtete sie mit dem Segen des höchsten Gerichts und der Volksvertreter Kontrollsysteme, die ganze Menschengruppen pauschal entrechteten. Bei Ethikräten, Ärztefunktionären und dem Juste Milieu stieß ihr Vorgehen auf Applaus. Die Staatsmedien überboten sich darin, die Ausgegrenzten zu verhöhnen.

So zerlegte die Zivilgesellschaft ihre vermeintliche Reife in einem freiwillig herbeigeführten Totalschaden.

## Das kardinale Dilemma

Ein Staat, der jeden ins Land lässt, der will, erfüllt die Träume aller, die einst bei John Lennons „Imagine“ mitsummten. Zugleich gibt er den Lebensraum seiner Bewohner preis und verzichtet auf seine territoriale Integrität. Damit versagt er an eben der Stelle, die ihn als Instanz begründet und sein Gewaltmonopol rechtfertigt.

Spätestens seit Thomas Hobbes ist das Paradox bekannt, dass sich das Recht des Stärkeren nur durch das Bündeln von Gewalt in Form staatlicher Autorität zügeln lässt. Zerstört man diese Autorität, ruft das die Dämonen der Willkür auf den Plan. Eine Regierung, die derlei lostritt, steuert ins Chaos. Kein Wohlfahrtsstaat überlebt dauerhaft anhaltende Armutsmigration. Ist die Masse der Zuwanderer zudem jung, männlich und kulturfremd, wirft das zig Sicherheitsfragen auf und stellt die innere Ordnung vor unlösbare Probleme.

Merkel mutete der Bevölkerung mit ihrem „Wir schaffen das“ die Quadratur des Kreises zu. Doch ihr kam entscheidend der Wunsch vieler Tätererben entgegen, endlich aus dem Schatten von Auschwitz zu treten, Schuld gegen Sühne zu tauschen und das kollektive Kainsmal loszuwerden. Viele begrüßten die ‚Syrer‘ mit Teddybären und Blumen, fast so wie die Pariser 1944 die alliierten Befreier. Sie wollten der Welt zeigen, wie geläutert sie waren. Die Kanzlerin dockte an diesem Drang an. Presse, SPD und Grüne applaudierten ihr frenetisch. So mutierte Merkel zur Mutter Teresa der Weltenwanderer und Erlöserin aus der Erbsünde. Das stopfte ihren Kritikern den Mund, befeuerte die Geberlaune der Eingeborenen und aktivierte zahllose Freiwillige, ohne die der Staat den Ansturm logistisch nie bewältigt hätte. Fortan kannte das Land keine Parteien mehr, nur noch Willkommensfreunde. Die stürzten sich so begeistert wie besinnungslos in die Herkulesaufgabe.

Hilfsbereitschaft gehört zu den schönsten menschlichen Eigenschaften. Nun zeigte die Nation dem großen Rest, was eine humanitäre Harke ist. Viele waren ganz ergriffen vor Rührung über sich selbst. Nicht wenige führten gleich die Millionen Heimatvertriebenen nach

dem letzten Krieg an. Als sei es dasselbe, ob ein zerstörtes Land, das jedes Paar Hände braucht, Entwurzelte aus dem eigenen Kulturkreis aufnimmt oder ob eine hochkomplexe Industriegesellschaft Bildungsferne aus entlegensten Zonen der Welt importiert, um sie als hilflose Mündel einem ächzenden Sozialsystem aufs Auge zu drücken.

Die Medien brachten Bilder von sympathisch lächelnden Frauen und niedlichen Kindern. Die Scharen junger Männer unterschlugen sie. Nur die Kanzlerin schoss Selfies mit ihnen, die um die Welt reisten und sie als ‚Mama Merkel‘ feierten. Das Land war im Rausch. Über die Folgen zerbrach sich kaum einer den Kopf. Wer es dennoch tat und Zweifel anmeldete, galt nicht bloß als Spielverderber, er war ein Schuft. Hatte man die Alternative für Deutschland (AfD) bis dahin bloß als rechte Trottel hingestellt, graduierten sie nun zu Nazis. Jetzt zählte nur noch die höhere Moral. Das war die Kehrseite der Willkommenskultur, dieses Siegs der Wonne über die Vernunft.

Der neue deutsche Konformismus, der jeden skeptischen Einwand als niederträchtig abtat, erinnerte an die Begeisterung vom August 1914. Mich schreckte das mehr ab als alles andere, denn ich habe prinzipiell nichts gegen Zuwanderung und bin ein großer Freund des Grundrechts auf Asyl. Für Letzteres jedoch qualifizierten sich laut ‚Bundesamt für Migration und Flüchtlinge‘ (BAMF) höchstens zwei von hundert aller ‚Schutzsuchenden‘. Der Rest war nicht individuell verfolgt, sondern maximal ‚subsidiär schutzberechtigt‘. Zugleich kamen fast alle Migrant\*innen aus sogenannten sicheren Drittstaaten. Das Grundgesetz sieht unter Artikel 16 a vor: *(1) Politisch Verfolgte genießen Asylrecht. (2) Auf Absatz 1 kann sich nicht berufen, wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist.*

Im September 2015 beschloss die große Koalition aus Christ- und Sozialdemokraten unter Führung von Kanzlerin Merkel, sich nicht mehr an den Paragraphen 16 a des Grundgesetzes zu halten. Sie begründete ihr Vorgehen mit einer außergewöhnlichen humanitären Notlage.

Heute stehen die deutschen Grenzen immer noch sperrangelweit offen. Längst ist die Notlage zur Norm geworden. Doch mittlerweile verlagert sie sich aufs eigene Territorium, weil das Recht auf Asyl längst in völlige Beliebigkeit degeneriert ist. Selbst das beste Prinzip lässt sich durch Übertreibung in einen Fluch verwandeln.

Niemand weiß, wie viele Menschen täglich die deutschen Grenzen überqueren. Das BAMF meldete 2023 rund 330.000 Erstanträge auf Asyl. Parallel registrierte die Bundespolizei etwa 127.000 Menschen, die unerlaubt einzureisen suchten. Das waren gut 38 Prozent mehr als 2022 und im Tagesschnitt 347. Übers Jahr sind das gut etwa doppelt so viele Menschen, wie aktuell in Lübeck oder Aachen leben. Die wollen ernährt und versorgt sein, brauchen medizinische Betreuung, Schulen und eine Infrastruktur. Selbst Alabali-Radovan dürfte wissen, dass die Kommunen schon 2022 Alarm schlugen, weil ihre Kapazitäten erschöpft waren. Doch obwohl zügellose Zuwanderung unlösbare Konflikte schafft, Unsummen kostet, Gewalt provoziert und immer öfter Menschenleben fordert, schafft die Regierung unverdrossen ständig neue Migrationsanreize.

Der Verfall der inneren Sicherheit hängt zwar ursächlich mit der Zuwanderung zusammen, doch darüber zu berichten ist verpönt. Der krasse Anstieg der Kriminalität geht vorrangig auf junge, schlecht ausgebildete Männer aus islamischen Ländern zurück. Die stellen bei Gewaltverbrechen über 40 Prozent der Tatverdächtigen und sind im Verhältnis zur eingeborenen Bevölkerung drastisch überrepräsentiert. Politik und Medien schweigen das tot. Nur bei besonders spektakulären Fällen heucheln sie Entsetzen, beklagen fehlende Integration und beschwören die Notwendigkeit, zugereiste Straftäter abzuschieben. Der behördliche Schlendrian ist entweder erwünscht oder die Ämter sind überfordert. Dabei ist das Problem spätestens seit dem Anschlag von Anis Amri offensichtlich.

Der Tunesier war 2011 über Lampedusa nach Europa gelangt. Anschließend hatte er sich ungehindert durch den Schengen-Raum bewegt und in Deutschland unter mindestens vierzehn verschiedenen Identitäten Asyl- und Sozialleistungen beantragt. Am 19. Dezember 2016

erschoss er den polnischen Fahrer eines Sattelschleppers und steuerte dessen Fahrzeug in die Menschenmenge auf den Weihnachtsmarkt an der Berliner Gedächtniskirche. Dabei tötete er dreizehn Menschen und verletzte weitere 54 teilweise schwer. Anschließend gelang ihm zu fliehen. Vier Tage später schoss er bei einer Personenkontrolle nördlich von Mailand auf zwei Polizisten, verletzte einen von ihnen und wurde von dem anderen getötet.

Über Amris Opfer aus Polen, Deutschland, Tschechien, der Ukraine, Italien und Israel erfuhr die Öffentlichkeit in den Medien nichts. Sie blieben genauso gesichtslos wie ihre Hinterbliebenen. Erst als die ein Jahr später in einem offenen Brief darauf hinwiesen, dass die Kanzlerin sie nach dem Ereignis niemals kontaktiert hatte, fiel auf, dass die grenzenlose Menschenliebe der Regierung die einheimischen Kollateralschäden der Willkommenskultur ausblendete.

Der Grund für Merkels selektives Mitgefühl dürfte an einer der Lebenslügen des politischen Establishments liegen. Danach sind Zuwanderer grundsätzlich gute Menschen und hilfsbedürftiger als Eingeborene, die wegen ihrer Hautfarbe und Nazi-Vorfahren latente Rassisten sind. Benehmen Migranten sich daneben, handelt es sich stets um bedauerliche Einzelfälle. Das gilt auch für die sich häufenden Attacken auf Einheimische, die vom Brüllen politisch-religiöser Parolen begleitet sind. Da wird dann mit der angeblichen Traumatisierung der Täter argumentiert oder die mangelnde Integrationsbereitschaft der Alteingesessenen beklagt. Tatsächlich greifen laut Kriminalstatistik Zugeerzte Einheimische wesentlich öfter an als umgekehrt. Es spricht auch sonst nichts dafür, dass sie gutartiger sind als andere. Im Gegenteil. Seit 2015 verzeichnet das Land den krassen Anstieg der Angriffe auf Frauen, Schwule und Juden. Letztere sind nach dem Hamas-Massaker vom 7. Oktober 2023 noch einmal massiv in die Höhe geschossen. Das jüdische Forum ‚Hagalil.com‘ meldete, die ‚Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin‘ habe in den ersten sechs Monaten bis Juni 2024 allein in der Hauptstadt knapp 1.400 antisemitische Vorfälle registriert. Der Antisemitismusbeauftragte der Jüdischen Gemeinde, Sigmund Königsberg, sagt: *„Ohne Schutz, sei es durch die*

*Polizei oder durch private Sicherheitsfirmen, ist keine jüdische Veranstaltung möglich! Egal ob Kinder-Puppentheater, Sport, Konzerte, Jugendgruppen und, und, und.*“ Mittlerweile werden jüdische Kinder sogar bei sogenannten Freundschaftsspielen beleidigt und bespuckt. Das Bedrohen von Juden in Deutschland ist wieder so real wie alltäglich.

Doch auch Merkels Nachfolgeregerungen blenden die importierte Gewalt aus. Den Juden- und Christenhass der Zugereisten zu thematisieren, gilt als fremdenfeindlich. Stattdessen feiert die subventionierte Kulturszene lieber jüdische Israelhasser. Die Neue Nationalgalerie etwa gönnt der New Yorker Fotografin Nan Goldin eine große Retrospektive. Goldin ist eine glühende LGBTQXY-Aktivistin, ausgewiesene Befürworterin aller möglichen Israel-Boykotte und ein bejahrtes Relikt der schrillen 1980er. In Berlin tritt sie als Kronzeugin gegen den Judenstaat an und beklagt die ‚kulturelle Verwüstung‘ in Gaza. Dass Hamas Schwule von Dächern wirft, blutige Massenvergewaltigungen anzettelt und noch immer Geiseln verschleppt hält, spielt für sie keine Rolle. Das begeistert die linke Szene. Denn die liebt Juden, die den Israelis vorwerfen, sich ‚wie Nazis‘ zu benehmen. Die erlauben ihr, sich ohne jede Beißhemmung als angebliche ‚Antifaschisten‘ auf die Seite der ‚Palästinenser‘ zu stellen. So kann eine geistig und ethisch bankrotte Intelligenzia, die am Tropf staatlicher Gelder hängt und sich ohne die Komplizenschaft des Feuilletons längst in die Bedeutungslosigkeit verabschiedet hätte, gemeinsam mit Judith Butler den ‚Widerstand des globalen Südens‘ feiern. Aber wo die Herrschenden den als Israelkritik kaschierten Judenhass der Linksschickeria stumpf dulden, reagieren sie umso feinfühlicher auf die aversiven Reflexe der Alteingesessenen.

Im Frühjahr 2024 grölten zwei Dutzend angetrunkene junge Leute bei einer Pfingstparty zur Melodie von „*L’amour toujours*“ ‚Ausländer raus‘. Da das Ereignis nicht bei einem Dorffest in Mecklenburg stattfand, sondern in einem Nobelort auf Sylt, erregte es Anstoß. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk (ÖRR), der sonst peinlich darauf bedacht ist, die Persönlichkeitsrechte zugereister Straftäter zu schützen, präsentierte die biodeutschen Sylter Frevler unverpixelt, so dass im

Internet bald ihre Klarnamen auftauchten. Sogar der Staatsschutz ermittelte. Eine der Sängerinnen wurde umgehend exmatrikuliert. Mehrere verloren ihren Job. Die Polit-Elite überschlug sich vor Empörung. Innenministerin, Kanzler und selbst der Bundespräsident erklärten, der Vorgang sei rassistisch, menschenverachtend und eine Schande fürs Land. Die sozialdemokratische Bundestagspräsidentin Bärbel Bas erklärte, bei der Darbietung handele es sich um Volksverhetzung. Das müsse mit der Höchststrafe geahndet werden. Das Magazin *Der Stern* versah ein Cover mit Schaumweinglas und Hakenkreuz und titelte: „*Champagner-Nazis – der Skandal um ausländerfeindliche Parolen elitärer Partygäste auf Sylt ist kein Einzelfall – wie rassistisch sind die reichen Rechten?*“

Es gibt echte Wohlstandsverwehrlosung, doch nicht nur auf Kampen. Zeitnah spazierten in Hamburg acht zugewanderte Jungmänner mit Bewährungsstrafen aus einem Gerichtssaal, die sich stundenlang an einer wehrlosen 15-Jährigen vergangen hatten. Da parallel mehrere Jahre Haft für das Absingen eines garstigen Slogans zu fordern, ist etwas unverhältnismäßig, zumal ‚Ausländer raus!‘ als Meinungsäußerung den gleichen Grundrechtsschutz genießt wie der bei der ‚Antifa‘ beliebte Appell ‚AfDler töten!‘ oder der unter Zugereisten beliebte Kampfruf ‚Allahu akbar‘. Trotzdem landete Gigi D’Agostinos Lied sofort auf dem Index. Es darf nun nicht mehr öffentlich gespielt werden. Anfang Juli 2024 meldete der ‚evangelische Pressedienst‘, die Polizei sei inzwischen mehr als 360-mal ausgerückt, weil bei Volksfesten, privaten Feiern, in Discotheken oder an Schulen das D’Agostino-Lied intoniert worden war.

Mich erinnerte das an den Sohn von Frau Bechler. Der sang in der DDR Walter Ulbrichts als 17-Jähriger den damals populären Schlager ‚Capri Fischer‘. Dabei ließ er allerdings statt der ‚roten Sonne‘ die ‚Rote Flotte‘ im Meer versinken. Dafür wurde er angezeigt und wegen Verächtlichmachens der sowjetischen Schutzmacht zu sieben Jahren Zuchthaus verurteilt.

Mitten in die Hysterie um die Sylter Sänger platzte der Terroranschlag von Mannheim. Dort griff ein Afghane, dessen Asylantrag

bereits vor zehn Jahren abgelehnt worden war, den Islamkritiker Michael Stürzenberger mit einem Messer an und verletzte ihn schwer. Zusätzlich attackierte er sechs weitere Männer und stach den 29-jährigen Polizisten Rouven Laur in den Hals. Tödliche Stiche in den Hals sind gravierender als das angetrunkene Absingen von ‚Ausländer raus!‘. Doch nach Mannheim sprach kein Regierungspolitiker von Ekel, Rassismus oder nationaler Schande. Stattdessen rief ein ‚überparteiliches Bündnis‘ zwei Tage nach dem Anschlag auf die Meinungsfreiheit zu einer ‚Mahnwache gegen Gewalt und Hass‘ auf, weil die Jugendorganisation der AfD eine Kundgebung unter dem Motto ‚Remigration hätte diese Tat verhindert!‘ veranstalten wollte. Diese ‚Mahnwache‘ war als Gegendemonstration gedacht. Denn für das Bündnis der regierungstreuen Demonstranten bestand der Skandal nicht in dem Anschlag und der Attacke auf den Polizisten, sondern darin, dass die verfeimte AfD auf Ursache und Wirkung hinwies. Als die ‚Junge Alternative‘ ihre Veranstaltung abzuhalten suchte, erschien die ‚Antifa‘, schwenkte rote Fahnen, entzündete Pyrotechnik und skandierte ‚Nazis raus!‘. Nur durch verschärftes Rangeln gelang es den Ordnungskräften, die wütenden Gegendemonstranten davon abzuhalten, den Platz zu stürmen. Rouven Laur, der Stürzenberger zu Hilfe geeilt war, bekam von all dem nichts mehr mit. Die Agenturen meldeten seinen Tod am frühen Nachmittag.

Nicht nur die Meinungsfreiheit ist ein Kollateralschaden der verfehlten Asylpolitik. Den Preis für die vermeintliche Weltoffenheit zahlen auch Zufallsopfer wie der 20-jährige Deutsch-Grieche Philipos Tsanis. Der ging in Bad Oeynhausen nach der Abiturfeier seiner Schwester mit einem Freund durch den Kurpark und begegnete dabei einer etwa zehnköpfigen Gruppe von muslimischen Jungmännern, denen möglicherweise bloß missfiel, dass er ein Kreuz um den Hals trug. Einer von ihnen, der angeblich erst 18-jährige Syrer Mwafak A., stieß ihn zu Boden und drosch so enthemmt auf ihn ein, dass Philipos starb. Der Täter war der Polizei bereits dutzendfach durch Körperverletzung, Diebstahl und Drogendelikte aufgefallen. Das hatte nie irgendwelche juristischen Konsequenzen gehabt. Bis er tötete.

Vor gut zweitausend Jahren sagte Marcus Tullius Cicero, nichts ermutige Verbrecher so sehr wie das Ausbleiben der Strafe. Der Totschläger von Bad Oeynhausen war wegen zahlreicher Delikte aktenkundig. Die Staatsanwaltschaft raffte sich zu keiner Anklage gegen ihn auf. Die neun Gruppenvergewaltiger, die in Hamburg vor Gericht standen, hatten gezeigt, dass einheimische weibliche Menschen für sie die Würde eines Wegwerf-Taschentuchs besitzen. Unmittelbar nach der Verhandlung ließ die Richterin acht von ihnen wieder auf die Öffentlichkeit los, mit der bizarren Begründung, dass sie eine ‚Integrationsperspektive‘ besäßen.

Wer als bekennender Islamist Massenmorde an Christen plant, wird nicht etwa ausgewiesen und abgeschoben, sondern er bleibt in Deutschland, weil ihm in seinem Herkunftsland eventuell Repressalien drohen. Und die Menschen, die er abzuschlachten plant, dürfen ihn weiterhin durchfüttern.

Aufgabe eines jeden Staats ist es, die eigenen Bürger zu schützen. Nur deshalb genießt er ein Gewaltmonopol. Schafft er selbst mutwillig Gefahren für die Bevölkerung, verspielt er weit mehr als nur ihr Vertrauen.

## Das Migrationskarussell

2023 verließen weit mehr als 260.000 überwiegend gut ausgebildete Deutsche das Land. Zugleich schenkte der Staat über zweihunderttausend Muslimen einen Pass. ‚Mohammed‘ war der am häufigsten vergebene Jungename in Bremen oder Hamburg und das fünfte Jahr in Folge der Berliner Spitzenreiter. Das folgt dem Trend von Brüssel, Antwerpen, Amsterdam, Utrecht und Rotterdam, die alle Großbritannien hinterherhinken. Die Effekte dieses Wandels sind dramatisch. Sie zeigen sich an den Schulen, durch Kopftücher im öffentlichen Raum, jüdenfeindliche Anschläge, Pro-Hamas-Demonstrationen und die Begeisterung deutscher Studenten für mordlustige, religiöse Fanatiker.

Faktisch betreibt die Regierung verdrehte Kolonisierung. Das fällt Bessergestellten kaum auf, weil sie selten öffentliche Verkehrsmittel benutzen oder sich in Vierteln bewegen, wo Zuwanderer die Einheimischen verdrängen. So bekommen sie gar nicht mit, wie massiv sich das Land verändert. Für Wohlhabende birgt die grenzenlose Offenheit wenig Nachteile. Sie blenden die Probleme aus. Derweil loben die Leitmedien die Regierung. Schuld am Unmut der Bevölkerung ist nicht etwa eine Politik, die auf das Wohl der Alteingesessenen pfeift, es ist die Gefahr von rechts, verkörpert durch reaktionäre Populisten, die ausländerfeindliche Ressentiments schüren und angeblich von einer völkischen Vergangenheit träumen. Verschwände die AfD, wäre die Welt wieder in Ordnung.

Die Alltagswirklichkeit der Menschen und die Wahrheit der politischen Führung reisen durch verschiedene Galaxien, die immer weiter auseinanderdriften. Aber solange die herrschende Klasse sich im Besitz der Deutungshoheit wähnt, sieht die Regierung keinerlei Grund, die Kluft zur Kenntnis zu nehmen.

Aufgrund seiner Altersstruktur bräuchte Deutschland tatsächlich qualifizierte Migration. Doch dazu bedarf es kluger Anreize und klarer Rahmenbedingungen. Das unkontrollierte Öffnen der Grenzen garantiert das genaue Gegenteil und ist eine Negativ-Auslese. Die wiederum

forciert das Abwandern sogenannter Leistungsträger, die keine Lust haben, bei sinkender Lebensqualität und steigenden Preisen immer mehr Geld an den Staat abzuführen.

Betrachtet man die Dinge vom Ende her, wie es die Altkanzlerin gern für sich beanspruchte, brauchte man 2015 kein Genie zu sein, um abzusehen, dass ihr Vorgehen desaströse Folgen haben würde. Das ist insofern bizarr, als Deutschland nicht ganz unerfahren in der Massenaufnahme von Flüchtlingen ist. Nach dem letzten Krieg absorbierte es Millionen Vertriebener aus den früheren Ostgebieten. Später nahm es Tausende bedrängter Ungarn und Tschechoslowaken auf. Ab den 1960ern kamen sogenannte Gastarbeiter aus Italien, Portugal, Spanien und der Türkei. Als dann Jugoslawien zerfiel, flohen noch mal fast eine halbe Million Menschen in die Bundesrepublik. Allerdings waren die meisten dieser Flüchtlinge christlich geprägt und beherrschten das lateinische Alphabet.

Nach ihrer Grenzöffnung suchte die Kanzlerin dem Publikum zu erzählen, es kämen lauter Fachkräfte. Sobald sich das als Luftnummer entpuppte, rechtfertigte sie ihre Politik mit höherer Moral, und obwohl die sich dann spätestens mit den Ereignissen vom Silvester 2015 als genauso trügerisch erwies, korrigierte sie sich nie. Trotzdem schien keine der etablierten Parteien ein ernsthaftes Problem damit zu haben. Ganz im Gegenteil. Offenbar waren sie darüber gar nicht unglücklich. Nur heißt das eben im Umkehrschluss, dass es nicht um kluge, weitsichtige Einwanderungspolitik geht.

Der Neuropsychologe und Psychiater Wolfgang Meins warf unlängst die Frage auf, wie sich die Massenmigration auf die seelische Verfassung der Alteingesessenen auswirkt. Früher sei Deutschenfeindlichkeit an Berliner Schulen noch offen diskutiert worden. 2010 habe die christdemokratische Familienministerin Kristina Schröder das gruppenbezogene Diskriminieren der Einheimischen durch Muslime ‚Rassismus‘ genannt. Zur *Berliner Morgenpost* sagte sie: *„Hier gilt das Grundgesetz und nicht die Scharia. Ein orthodoxes Verständnis des Islam, nach dem dieser die Einheit von Religion und Politik ist, hat in Deutschland nichts zu suchen.“* Und: *„Ob Frauen geschlagen werden dürfen,*

*beantwortet bei uns das Grundgesetz und nicht der Koran. Die bei uns geltenden Menschenrechte stehen über religiösem Recht. Darüber müssen wir nicht debattieren, das müssen wir voraussetzen.“* Dafür wurde Schröder schon damals als ‚deutsche Schlampe‘ beschimpft. Heute wären derlei Aussagen undenkbar. Yasemin Shooman, die als Historikerin gern ‚Islamophobie‘ mit Antisemitismus gleichsetzt, behauptet in einer Schrift der ‚Bundeszentrale für politische Bildung‘, dass ‚Deutschenfeindlichkeit‘ ein ‚rechtsextremer Topos‘ sei.

Shooman bekämpft seit zwei Jahren für die Beauftragte der Bundesregierung Reem Alabali-Radovan ‚Rassismus‘ und leitet das dafür zuständige Referat im Bundeskanzleramt. Zuvor war sie als ‚wissenschaftliche Geschäftsführerin‘ beim ‚Deutschen Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung‘ (DeZIM) Naika Foroutans tätig. Das DeZim erstellt Studien über den vermeintlichen Rassismus deutscher Alteinwohner. Shooman denkt in identitätspolitischen Schemata. Danach sind alle Ethno-Deutschen schon durch ihre Herkunft ‚Täter‘ und ‚Rassisten‘. Das korrespondiert mit der Haltung der Regierung, die ‚Diversität‘ und ‚Vielfalt‘ propagiert, weil das angeblich alle bereichert. Nur gibt es dafür keinerlei Evidenz.

Tatsächlich, so sagt Meins, ist das Gegenteil der Fall. ‚Diversität‘ ist eine Hohlformel. Folgt man dem harten Befund seriöser Migrationsforschung, wirkt sich zu viel Zuwanderung negativ aus. Sie zerstört das ‚Sozialkapital‘ der Einheimischen. Sobald der Zustrom von Fremden ein bestimmtes Maß überschreitet, reagieren die mit Rückzug. In Gegenden mit hohem Einwandereranteil beginnen sie sich zu isolieren und nehmen immer weniger am Leben teil. So werden sie zu Fremden im eigenen Land. Der Soziologe Robert D. Putnam nennt das ‚Wegducken‘. Selbst wenn die angestammte Bevölkerung vor Ort bleibt, wird sie optisch und kulturell verdrängt. Meins schreibt: „*Wie mag denjenigen zumute sein, in deren Dorf gerade eine Asylunterkunft mit mehreren hundert Plätzen gebaut wird, den Teenies, die täglich auf dem Schulweg an einer Kohorte dominant und aggressiv auftretender fremdländischer junger oder auch nicht mehr ganz junger Männer vorbei müssen, den Jungs, denen Prügel angedroht wird, wenn sie nicht dies oder das tun oder*

*nicht dies oder das unterlassen, oder dem Ladenbesitzer, der plötzlich ein ernstes Problem mit Ladendiebstahl hat?“*

Meins beschreibt den Heimatverlust all derer, die keiner gefragt hat, ob sie sich den Zuzug von Fremden wünschen, die Entfremdungs-, Vereinsamungs- und Verarmungsprozesse, die die staatlich verordnete ‚Buntheit‘ den Eingeborenen zumutet. Als Primaten sind wir Territorialtiere. Wir gehorchen instinktiven Reflexen und angeborenen Freund-Feind-Mustern. Einzelne Fremde wecken in uns Neugierde und Hilfsbereitschaft. Zu viele Fremde werden zur Horde. Sie wirken bedrohlich. Die Dosis macht das Gift. Systematische Überdosierung erzwingt früher oder später üble Ergebnisse. Auch die geduldigsten Artgenossen ändern da irgendwann ihr Verhalten.

Die Proteste in Großbritannien standen unter dem Motto ‚Genug ist genug‘. Anlass war die Messerattacke eines jungen Migranten in der nordwestenglischen Provinzstadt Southport. Der stürmte am 29. Juli 2024 in das Gemeindezentrum, wo ein Tanzkurs für Kinder stattfand. Er tötete drei Mädchen im Alter von sechs bis neun. Acht weitere Kinder und zwei Erwachsene verletzte er schwer. Die Polizei nahm einen 17-Jährigen am Tatort fest, hielt sich mit Informationen über ihn bedeckt, aber schloss einen terroristischen Hintergrund sofort aus. In den sozialen Netzwerken kursierten daraufhin Gerüchte über einen islamischen Anschlag, verübt durch einen illegalen Einwanderer: Das offizielle Vorgehen erinnerte auf ungute Weise an den Skandal im nordenglischen Rotherham, wo Politik und Behörden jahrzehntelang das Treiben pakistanischer Kinderschänder-Gangs verschleierte hatten. Daraufhin erklärte die Polizei, der Tatverdächtige sei als Sohn von Christen aus Ruanda in Wales aufgewachsen und autistisch. Wer anderes behauptete, verbreite ‚Desinformation‘ und schüre ‚Rassenhass‘. Schnellgerichte verurteilten Dissidenten wegen der Verbreitung von ‚Fake News‘ zu hohen Haftstrafen. Mittlerweile ist bekannt, dass der Beschuldigte Propagandamaterial von al-Qaida besaß und das Nervengift Rizin herzustellen suchte. Nun wird er auch wegen Terrorismus angeklagt.

Das dürfte die Regierung des Labour-Premiers Keir Starmer allerdings schon seit einer Weile wissen. Insofern besteht der Skandal darin, dass sie trotzdem britische Bürger, die genau das vermuteten, vor Gericht zerren ließ und ins Gefängnis steckte.

Die deutschen Medien deuteten die Unruhen als rassistische Exzesse eines irregeleiteten Mobs. Tatsächlich waren sie der Ausdruck unterdrückter Kulturkonflikte. Da äußerte sich die Frustration und Wut einer weißen Unterschicht, die von der Politik systematisch übergangen wird. Ihr Zorn richtete sich gegen die ungebremste Zuwanderung. Auch in Großbritannien gibt es Probleme mit ausufernder Migrantenkriminalität, Integrationsverweigerung und dem allorts erstarkenden Islam. So garstig die gewaltsamen Ausschreitungen sind, so drastisch zeigen sie, dass die Fantasien einer multikulturellen Bullerbü-Welt in einen beinharten Verdrängungswettbewerb münden, der die ‚Alteinwohner‘ gnadenlos zu Verlierern macht.

## Die Gretchenfrage

Wie viel Migration verträgt eine Demokratie? Ab einer gewissen Quantität kippt die Qualität. Der innere Frieden zerbricht. Die Gesellschaft wechselt den Aggregatzustand. Großbritannien scheint am Siedepunkt. Dort muss die Regierung ihre offizielle Wahrheit schon jetzt durch ‚Hass und Hetze-Gesetze‘ und Schnellgerichte verteidigen.

Wieso also muten Regierungen der eigenen Bevölkerungen derlei zu? Wozu ‚bestrafen‘ sie sie mit struktureller Überforderung? Psychopathologisch lässt sich das nur mit gesteigerter Selbstverachtung erklären. Das Phänomen ist nicht ganz neu. Es befällt Zivilisationen, die ihre äußeren Feinde besiegt haben und so viel Überfluss generieren, dass ganze Schichten nur noch damit beschäftigt sind, Status und Prestige zu sammeln. Fehlen elementare Herausforderungen, die Gemeinsamkeit stiften, wenden sie sich gegeneinander, um den Drang nach Überlegenheitsgefühlen zu stillen. Der ‚Narzissmus der kleinen Differenzen‘ nimmt Überhand. Der britische Philosoph Roger Scruton nannte dieses Phänomen ‚Oikophobie‘, die Furcht vor dem Eigenen. Wer Tradiertes verwirft und sein Erbe als Fluch betrachtet, wendet sich gegen das Eigene und sucht sein Heil im ‚Fremden‘. Die Sünden der einstigen Kolonialmächte und die Verbrechen der Nazis haben bei vielen Nachgeborenen die Sehnsucht geweckt, der eigenen Geschichte zu entfliehen oder sich gänzlich daraus zu verabschieden. Das erklärt den Kulturrelativismus der letzten Jahrzehnte und die gesteigerte Bereitschaft, die eigene Zivilisation als minderwertig zu sehen.

In der *Rassismussfalle* skizziere ich, wie sich die renommierte *New York Times* vor einigen Jahren mit dem ‚1619 Project‘ an die Spitze einer Bewegung gesetzt hat, die die amerikanische Geschichte umzuschreiben suchte, indem sie die Verfassung und die Institutionen der Republik als verkommen und rassistisch verdammt. Der in eine Serie von Aufsätzen verpackte Anwurf kommt scheinwissenschaftlich daher. Tatsächlich haben alle Artikel schwere ideologische Schlagseite, stellen postfaktische Behauptungen auf, sind polemisch, parteilich und

historisch oft falsch. Trotzdem machte sich die renommierteste Zeitung des Landes zu ihrem Sprachrohr, gab eine Sonderedition heraus und verteilte sie gratis an Schulen und Bibliotheken.

Nach dem Tod von George Floyd erschütterten ab Ende Mai 2020 monatelang gewalttätige Black-Lives-Matter-Proteste zahllose Städte in den USA, vermeintlich ausgelöst durch den ‚systemischen Rassismus‘ von Staat und Ordnungshütern, der sich angeblich gegen alle ‚People of Color‘ richtete und quer durch die Gesellschaft zog. Die Unruhen kosteten Dutzende Leben. Polizeistationen und Innenstädte brannten. Denkmäler flogen vom Sockel. Binnen kürzester Zeit schwappten die Proteste nach Westeuropa. Im britischen Bristol versenkten Randalierer die Statue des 1721 verstorbenen Reeders, Politikers und Sklavenhändlers Edward Colston im Hafenbecken. Anderswo knieten Sportler und Polizisten öffentlich nieder, um den Kleinkriminellen Floyd und Black Lives Matter (BLM) zu ehren. In Berlin beschlossen Bezirksverordnete auf Betreiben von Grünen und Sozialdemokraten, die Mohrenstraße umzubenennen, weil deren Name angeblich rassistisch sei. Nun soll sie nach einem Westafrikaner benannt werden, der sich im 18. Jahrhundert auf dem Gebiet des heutigen Deutschlands aufhielt und in seiner Heimat als Wahrsager verehrt wurde.

Seit einer Weile erleben wir, wie europäische Werte, Ideen und Konzepte, die einst unantastbar waren, allerorten angegriffen, erniedrigt und verhöhnt werden. ‚Aktivisten‘ schänden Wahrzeichen, beschmieren Gemälde und entweihen die Symbole der eigenen Kultur. Selbsternannte Zensoren säubern unsere Sprache von vorgeblich vergifteten Begriffen. An Universitäten ‚dekolonisieren‘ ordinierte Professoren das Andenken von Philosophen, Forschern und Staatslenkern. Werke längst verstorbener Autoren gelten als ‚toxisch‘ und landen auf dem Index. Geistesgrößen, die über Generationen Orientierung und Zusammengehörigkeit stifteten, werden nun als imperialistisch, sexistisch, rassistisch oder reaktionär verdammt. Sich überhaupt noch auf sie zu beziehen, gilt als Ausweis sträflicher Rückwärtsgewandtheit.

Die Vergangenheit wird zum Schlachtfeld. Dabei ist der Fokus ausschließlich auf das eigene Versagen gerichtet. Der britische Soziologe

Frank Furedi nennt das in seinem jüngsten Buch *The War Against the Past*. Er sieht zwei Trends, die sich ergänzen. Einerseits die Entfremdung von der Vergangenheit, die zum Abkoppeln von der eigenen Geschichte führt, andererseits den Drang, alles Hervorragende daran zu entwerfen. Sinn der Übung ist, Europa und dem Westen ein vernichtendes Zeugnis auszustellen. Die Kulturkrieger unterwerfen historische Persönlichkeiten den Maßstäben ihrer Gegenwart und lassen sie an den Klippen von Rassismus, Sexismus und Bigotterie scheitern. Die griechisch-römische Antike gerät zu einer von zahllosen Übeln gebeutelten Epoche, die als ein grandioser historischer Irrweg ‚dekolonisiert‘ gehört. So landen die Leistungen von Philosophen, Dramatikern, Künstlern und Staatslenkern, die schon zu Cäsars Zeiten verehrt wurden, auf der Müllhalde der Geschichte.

Furedi beschreibt einen Krieg gegen alles, was alt, weiß und männlich ist. Nichts bleibt übrig, was noch erbaulich, erfreulich oder beispielhaft wäre. So fliegen neben Aristoteles' *Nikomachischer Ethik* auch Shakespeares Königsdramen und Kants *Kritik der reinen Vernunft* in den Schredder. Der Furor richtet sich gegen sämtliche Bastionen tradierter Erinnerung. Er ist erfolgreich, weil er die Universitäten gekapert hat und die Nervenzentren der Geistesbildung und des Gedächtnisses besetzt hält. Nun führt er seinen Kampf von oben nach unten. Dabei stempelt er alle, die dagegenhalten, als uncool, borniert und reaktionär ab, während er sich selbst als sexy, fortschrittlich und zukunftsweisend präsentiert.

Längst beherrscht solch oikophobes Denken auch große Teile der Funktionseiliten. Die entwerfen reflexhaft die eigene Kultur, weil sie deren Sinnbilder nicht mehr verstehen oder für obsolet halten. Annalena Baerbock kann vermutlich nicht begründen, wieso sie das jahrhundertalte Kruzifix aus dem Ratssaal in Münster entfernen ließ, bevor sie dorthin eine Außenministerrunde einlud. Sie störte sich an dem christlichen Symbol, ohne einen Gedanken darauf zu verschwenden, was ihre Kultur dem verdankt und welche Rolle der neu definierte Geist des Glaubens an dem Ort spielte, wo das Massenschlachten des Dreißigjährigen Krieges beendet wurde. Dabei ging sie ähnlich geschichtsblind

vor wie die Kulturstatsministerin Claudia Roth, die die Bibelverse an der Kuppel des Humboldt-Forums auslöschen wollte. So triumphieren die Sirenenklänge der Ideologie auf dem Schlachtfeld der Cancel Culture über historische Redlichkeit und tragen ihre Früchte in die Niederungen feministischer Außen- und Kulturpolitik.

Grüne stellen ihre Verachtung für nationale Symbole seit jeher gern zur Schau. Allein sind sie damit nicht. 2013 lehnte Angela Merkel es bei der Feier ihres Wahlsiegs schroff ab, ein Deutschlandfähnchen in die Hand zu nehmen. Der Ungeist des ‚kosmopolitischen Dekonstruktivismus‘ weht längst durchs Kanzleramt, wo identitätspolitisch ausgerichtete ‚Expertinnen‘ das Führungspersonal beraten. Andere Gralshüterinnen der postkolonialen Lehre organisieren für das Auswärtige Amt die Rückgabe fiktiver Beutekunst an die Nachfahren afrikanischer Sklavenhändlerdynastien. Diese zumeist weiblichen Fachkräfte sehen die eigene Geschichte als die Aneinanderreihung von maskuliner Unterdrückung und Schande, unterlegt mit zahllosen Sünden, die alles Positive überschatten.

Dass Nachkriegsdeutsche auf die verdrängten Gräuel ihrer Alvorderen geschockt reagierten, war mehr als verständlich. Doch diese potentiell heilsame Reaktion verkehrt sich ins Gegenteil, wo sie in die Abscheu vor allem Eigenen umschlägt und Selbsthass zur höchsten Tugend erklärt.

Linke kultivieren seit jeher ein Selbstbild, wonach Tätererben latent rassistisch und rechtsradikal sind, während sämtliche Nicht-Deutschen durch Gutartigkeit, Toleranz und Weltoffenheit glänzen. Das äußerte sich schon vor 35 Jahren in Sprüchen wie *„Liebe Ausländer, lasst uns mit den Deutschen nicht allein“*. Als exotische Tupfer sollten Fremde Farbe in die Tristesse der Autochthonen bringen, die gebeutelten Nachgeborenen entlasten, sie ‚bereichern‘ und ihnen ihr leidiges Deutschsein austreiben. Als ich Ende der 1980er einen Drogenhändler mal beiläufig ‚Arschloch‘ nannte, erntete ich sofort die erschrockene Zurechtweisung, das dürfe ich nicht sagen. Der Typ sei schließlich Kurde.

Das verstörte mich, weil ich Kurden nicht per se für bessere Menschen hielt. Armleuchter kommen in allen Verpackungen. Nichts ist so

gerecht verteilt wie Dummheit. Qualität zählt mehr als Hautfarbe und Herkunft. Doch exzessive Fremdenliebe und Selbsthass sind oft zwei Seiten derselben Medaille. Der kluge Günther Nenning bemerkte damals, Linke verwechselten Nationalgefühl mit Nazismus. Für sie sei alles Deutsche verdächtig, weil sie darin nichts sähen als Unheil. Er fand das befremdlich. Nur wer sich selbst achte, respektiere auch andere.

Nenning war so alt wie mein Vater, gebürtiger Wiener und fünf Jahre lang ähnlich widerwillig Wehrmachtssoldat gewesen, bevor er als Gefangener der Roten Armee das grandiose Glück hatte, zu den Amerikanern überstellt zu werden, was ihm Lagerhaft in Workuta ersparte. An Grüne gerichtet, die seit jeher für offene Grenzen plädierten, sagte er: *„Es gibt ein Menschenrecht auf Freizügigkeit quer über die Welt ... Aber ein Menschenrecht, bei sich daheim zu sein, sein eigenartiges Leben zu leben und zu pflegen – das gibt es auch.“*

Dass blinder Nationalismus so borniert wie destruktiv ist, weiß jeder denkende Mensch. Dass mutwillige Selbstaufgabe ebenso zerstörerisch ist, erleben wir dieser Tage. Zu viel des Guten bewirkt das Gegenteil. Einst war die Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft eine kluge Antwort auf das Grauen zweier Weltkriege. Sie beendete die Erbfeindschaft zwischen Frankreich und Deutschland und bescherte dem Westen des Kontinents jahrzehntelang Wohlstand und Glück. Nun erleben wir die Pervertierung dessen, was mal als friedensstiftendes Gegengift zu Chauvinismus gedacht war. Nach der deutschen Wiedervereinigung und den Kriegen auf dem Balkan stand die alte Furcht vor den Dämonen des Nationalismus wieder auf. Das stärkte die Kräfte, die von einem Hyperstaat mit Brüsseler Konzernzentrale träumten. Die bliesen die EU zu einem Regulierungsmonster auf, das sich immer selbtherrlicher in einzelstaatliche Belange drängte und den Alltag der Bürger mit sinnfreien Vorgaben zuzupflastern begann. EU-Kommissare investierten ihren Ehrgeiz darin, harmlose nationale Eigenarten unterzupflügen und gewachsene Identitäten gleichzuschalten.

Parallel fing die EU-Führung an, die Massenzuwanderung zu fördern, frei nach dem Credo des im Januar 2018 verstorbenen irischen Anwalts Peter Denis Sutherland, der die Vergreisung des Kontinents

befürchtete, den Europäern ‚ihren prähistorischen Nationalstaat‘ austreiben wollte und dafür Zuwanderung aus dem Nahen Osten predigte. Sutherland hielt den Widerstand gegen Migration für ‚unmoralisch‘. Es sei die ‚Kernaufgabe der EU‘, diesen Missstand zu beseitigen und die Zuwanderung von Muslimen voranzutreiben. Sutherlands Musterschülerin Merkel setzte seine Pläne minutiös um, und die von ihr installierte Kommissionschefin Ursula von der Leyen hütet dieses Erbe bis heute. Deren ‚Digital Services Act‘ ist ein Machwerk wie aus einem Albtraum von George Orwell.

Sutherland betrat die internationale Bühne als EU-Kommissar, gründete die Welthandelsorganisation (WTO) und stieg 2006 zum Migrationschef der Vereinten Nationen auf. Er war eine Schlüsselfigur des Genfer Weltwirtschaftsforums (WEF), saß zwanzig Jahre im Aufsichtsrat von ‚Goldman Sachs‘ und organisierte die ‚Bilderberg-Konferenz‘. Schon vor Jahrzehnten forderte er ein ‚grundlegend anderes Narrativ‘ über Migration, das kulturfremde Zuwanderung als erstrebenswert, erfreulich und unvermeidlich erscheinen lassen sollte. Das beinhaltete flankierend alles Eigene als mangelhaft, minderwertig oder moralisch verwerflich hinzustellen.

Mittlerweile haben sich die Medien und die Politik den Parametern sogenannter Identitätspolitik unterworfen. Der Kulturbetrieb predigt Multikulturalismus und ökologisch gefärbte Zivilisationsmüdigkeit, huldigt den Phantasmagorien Edward Saids und geißelt den ‚Westen‘ für seine ‚weiße Schuld‘. Die europäische Erbsünde ist allgegenwärtig. Derweil singt die preisgekrönte ‚Feministin und Philosophin‘ Judith Butler Loblieder auf die Taliban, erklärt Hamas und Hisbollah zu ‚Befreiungsbewegungen‘ und adelt sie als ‚Teil der globalen Linken‘, während der spanische Sozialist Josep Borrell als ‚hoher Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik‘ auf die Durchsetzung des Haftbefehls drängt, den der islamische Chefankläger des Internationalen Strafgerichtshofs (ICC) gerade gegen den israelischen Premier verhängt hat. Dessen Anklage und Haftbefehl sind so parteiisch wie politisch, ethisch und juristisch so halt- wie bodenlos, aber das ficht weder den islamischen Ankläger Karim Khan an, noch die EU-Chefin, mit deren

Billigung Borrell sich nun gegen Israel ins Zeug legt. Auch die deutsche Trampolinturnerin im Auswärtigen Amt und ihr kongenialer Nachfolger von der CDU stimmten in diesen Chor mit ein.

Das umreißt in groben Zügen das Biotop, in dem sich ein Großteil unsere Führungsschicht wohlfühlt und ideologisch zu Hause ist. Sie hat verinnerlicht, dass westliches Denken falsch ist und Europa der Quell allen Übels auf der Welt. Das betrachtet sie als tiefere Wahrheit. Darum hält sie das Abwracken des Westens für so notwendig wie tugendhaft. Sie selbst sieht sich als dazu berufen, den patriarchalen Kontinent zu transformieren, um ihn auf dem Pfad globaler Gerechtigkeit in eine regenbogenbunte Zukunft zu führen, die so transgenderfreundlich wie CO<sub>2</sub>-neutral sein soll. Die Mischung aus ritualisierter Selbstanklage und Sendungsbewusstsein erklärt, wieso die Akteure sich selbst für moralisch hochwertig halten, wenn sie etwa zugewanderten Zuwanderungsfachfrauen wie Naika Foroutan, Yasemin Shooman oder Reem Alabali-Radovan zu steilen Karrieren im Politberatungsbetrieb verhelfen. Ich bin da barfüßiger und verbuche das unter paternalistischer Arroganz.

Der Historiker Arnold J. Toynbee bemerkte mal, der Kollaps von Kulturen erfolge selten durch militärische Angriffe von außen. Sie gingen an sich selbst zugrunde. Sie guckten ihrem eigenen Untergang nicht bloß tatenlos zu, sie betrieben ihn besinnungslos mit.

In welche Richtung der Migrationszug rollte, muss den Verantwortlichen spätestens nach den Ereignissen auf der Kölner Domplatte klar gewesen sein. Das zeigte drastisch, worauf ihre Politik hinauslief. Zugleich lieferte es ihnen zig gute Gründe für eine Kehrtwende. Doch sie zogen das Trugbild moralischer Überlegenheit vor, und da die mediale Lufthoheit bei den Befürwortern der Entgrenzung lag, waren alle gesunden Zweifel rasch erstickt.

Nur ändert das nichts an dem Dilemma. Langfristig verträgt es keine Zivilisation, wenn das Gros der Zuwanderer die Kultur der Einheimischen verachtet. Entstehen dadurch horrenden Kosten, massive Spannungen und tödliche Sicherheitsrisiken, beerdigt sie ihre Zukunft.

## Postdemokratische Konzepte

Eric Gujer schreibt, der Gegensatz zu grenzenloser Vielfalt sei nicht Einfachheit, sondern Pluralität mit verbindlichen Normen. Für Aristoteles sei der Sinn der Demokratie das Wohl der Allgemeinheit und ein funktionstüchtiger Staat gewesen. Dieser Ansatz unterscheide sich erheblich von dem der Leute, die sie nun unter der Flagge identitätspolitischer Toleranz als Plattform für maximale Selbstverwirklichung verstünden und die unbeschränkte Entfaltung aller Minderheiten ohne Rücksicht auf andere propagierten. *„Die Propheten einer angeblich liberalen ... Demokratie werten die Teilhabe aller, die es irgendwie nach Europa geschafft haben, bewusst höher als die Kohäsion des Staates.“*

Identitätspolitik gewährt den Ansprüchen der einzelner Zuwanderer Vorrang vor denen der Gesellschaft. Darum ist es nicht mehr möglich, Sanktionen gegen sie zu verhängen oder sie auszuweisen. Zugleich spricht sie ihr jeweiliger Hintergrund von der persönlichen Verantwortung für ihr Handeln frei. Benehmen sie sich daneben, begegnet man ihnen mit Nachsicht. Statt die Allgemeinheit vor ihnen zu schützen, lässt man sie wieder auf sie los. Das pervertiert die Idee individueller Freiheit und führt die Demokratie ins Absurde.

Menschen sind unterschiedlich. Dass Staat und Justiz sie gleich behandeln, ist ein Erfolg der Moderne. Gleichheit vorm Gesetz war einst das Credo der amerikanischen Bürgerrechtsbewegung. Der Wert eines Menschen sollte nicht länger von Hautfarbe oder Geschlecht abhängen, sondern jeder die Freiheit besitzen, die eigene Würde durch den Umgang mit sich und anderen selbst zu bestimmen. Dazu bedarf es keiner fremddefinierten Schablonen. Etwas Respekt und Anstand reichen. Allerdings setzt das Eigenverantwortung voraus. Mündige Menschen haften für ihre Handlungen. Wer gezielt das Gastrecht verletzt, verwirkt dessen Schutz. Nun jedoch diktiert die Obrigkeit im Zeichen grenzenloser Offenheit Sonderregelungen, die Doppelstandards zur Norm machen.

Das *Migrationsparadies* kreist um die Auswirkungen erzwungener Vielfalt. Im Fokus stehen dabei weniger die Menschen, die migrieren, als die Kreise, die die Zuwanderung auf Biegen und Brechen vorantreiben. Mein dringender Verdacht: Es geht ihnen ums ‚Transformieren‘ bestehender Strukturen. Sie wollen die Gesellschaft ‚dekonstruieren‘, um alternative Machtpyramiden zu errichten. Massenzuwanderung ist dabei ein Mittel zum Zweck. Sie beseitigt traditionelle Werte, sprengt den soziokulturellen Zusammenhalt, fragmentiert das kollektive Bewusstsein, zerlegt die Bevölkerung in konkurrierende Gruppen und fegt die lästigen Reste von Rechtsstaatlichkeit beiseite.

In der postdemokratischen Ära hat sich das Treiben der Politik von den Bedürfnissen der Bevölkerung weitgehend abgekoppelt. Das Volk wird zur Verfügungsmasse von Ideologen, Bürokraten und Apparatschiks.

Unlängst bemerkte Fabian Nicolay auf der *Achse des Guten* (Achgut.com), dass die vermeintliche Gewissheit, Politik sei für die Menschen da, längst einem anderen Paradigma gewichen sei. Betrachte er „*die akribisch konstruierte Gutgelauntheit der Wahlgewinner der Europawahl*“, müsse er konstatieren, „*dass die Junckers, Barosos, Michels, Von der Leyens, Metsolas und Borells nichts veranlassen, wozu ich sie legitimiert hätte. Die Gewissheit dieser Politiker ist, dass sie tun und lassen können, was sie wollen, weil sie eine vollverspiegelte Echokammer bewohnen, zu der gewöhnliche Bürger keinen Zutritt haben*“. Im ‚Spiegelsaal des EU-Parlamentarismus‘ lache man über das Volk, das noch auf demokratischer Legitimation beharre.

In einem freiheitlichen Rechtsstaat besitzt der Staat kein Zutrittsrecht auf Bürger. Dort dient die Politik den Bürgern, nicht umgekehrt. Bürger stehen Politikern höchstens freiwillig zur Verfügung. Weder müssen sie sich auf Wunsch irgendeiner Kanzlerin impfen lassen, noch ihren Lebensraum mit immer mehr Fremden teilen, weil ihre Regierung beschlossen hat, sie und ihre Kultur abzuschaffen.

Hierzulande glaubte ein grüner Wirtschaftsminister, Wohl und Wehe der Bürger beliebig beschädigen zu dürfen, um zu testen, wie weit er

gehen könne. Nichts anderes verbarg sich hinter Robert Habecks Aussage, sein Heizungsgesetz sei eine ‚Versuchsanordnung‘ gewesen. Habeck war nicht der einzige Volksvertreter, der sich einbildet, dass er den Massen Zumutungen aufbürden darf, an denen noch ihre Urenkel zu kauen haben. Am 20. Februar 2018 erklärte der Politologe Yascha Mounk in den *Tagesthemen*, Deutschland wage soeben ein ‚historisch einzigartiges Experiment‘. Es wandle sich von ‚einer monoethnischen, monokulturellen Demokratie in eine multiethnische‘.

Mounk unterschlug, dass dieser Wandel nicht zufällig geschah, sondern aufs Betreiben einer einzelnen Frau im Kanzleramt zurückging, die die Deutschen nie gefragt hatte, ob sie ihr Land für derlei Großversuche zur Verfügung stellen wollten. Außerdem sparte er den entscheidenden Pferdefuß aus: Multiethnische Zwangsgemeinschaften sind selten demokratisch und noch seltener friedlich. In der Regel neigen sie eher dazu, sich über kurz oder lang zu zerlegen. Als Beispiele aus der jüngeren Vergangenheit fallen mir da Jugoslawien, Ruanda oder der Sudan ein. Die Folgen des Bürgerkriegs im Südsudan durfte ich im Frühjahr 1979 bewundern. Der Anblick einer Baracke voll sterbender Kinder begleitet mich bis heute. Zeitlich und geografisch etwas näher, in den Medien kaum wahrgenommen, doch vom Leid der Betroffenen her wohl kaum anders, vollzog sich im Herbst 2023 die Vertreibung der letzten armenischen Christen aus Bergkarabach.

Ich habe nicht nur in Deutschland gelebt und weiß aus den USA, dass ethnisch gemischte Gesellschaften funktionieren können. Insofern hatte ich nie etwas gegen geordnete Zuwanderung. Nur braucht es dazu eben klare Regeln und Limits. Es darf nicht dauerhaft zu Lasten der Einheimischen gehen. Ethnisch zusammengewürfelte Gemeinschaften sind extrem zerbrechlich, und da ihr Auseinanderbrechen oft extrem blutig ist, sollte man derlei nicht künstlich heraufbeschwören, indem man kulturell und religiös hochgradig unterschiedliche Leute, die wenig bis nichts miteinander verbindet, in Massen aufeinanderprallen lässt und sie dazu verdonnert, sich irgendwie zu arrangieren. Denn das gelingt höchstens durch äußeren Zwang. So funktioniert das Leben in Lagern und Knästen. Freiheit fußt auf Freiwilligkeit. Freiheit

zeichnet sich unter anderem dadurch aus, dass man sich seine Spielgefährten selbst aussuchen kann.

Stellen deutsche Regierungen nun Hans Grimms *Volk ohne Raum* auf den Kopf und geben das relativ dicht besiedelte Land zur Kolonisierung frei, inszenieren sie spiegelverkehrt das genaue Gegenstück dessen, was nationalsozialistischen Ideologen einst vorschwebte. Nach Erscheinen von Grimms Buch 1926 debattierten völkische Kreise ständig über den angeblich fehlenden Lebensraum der Deutschen. Damals war das Reich trotz der Gebietsverluste durch den Krieg noch um ein gutes Viertel größer als die heutige Bundesrepublik. Im Jahr 1925 lebten dort gerade mal 63 Millionen Menschen. Unterbevölkert ist das heutige Deutschland also nicht.

Die klassische Staatsrechtstheorie geht von einem Staatsvolk, einem Staatsgebiet und einer Staatsmacht aus. Angela Merkel gab die Idee des Staatsvolks auf. Sie unterwarf sich den Zielen der Migrationsliebhaber bei den Vereinten Nationen, verzichtete auf den Schutz des eigenen Territoriums und öffnete die Grenzen. Seither gelangt jeder ins Land, der mag. Wer das Zauberwort ‚Asyl‘ sagt, kommt in den Genuss umfassender Gratsleistungen. 2015 fanden sich auf ungarischen Feldern bergeweise weggeworfene Pässe. Fast alle ihrer einstigen Besitzer migrierten ins deutsche Sozialsystem.

Täglich wächst die Bevölkerung Afrikas um etwa hunderttausend Seelen. Das sind übers Jahr gut 36 Millionen Menschen. Trotzdem gewährt die deutsche Regierung mit Rückendeckung der EU allen Zuwanderern, die behaupten, schutzsuchend zu sein, Obdach und Unterhalt. Das tut sie unter dem Banner von Selbstlosigkeit und höherer Moral. Jeder, der zart darauf hinweist, dass sie damit die eingeborene Bevölkerung eventuell überfordert, gilt als rechtsradikal.

Auch ich bin nun ‚rechts‘, obwohl ich mich ein Leben lang für alles Mögliche gehalten habe, gewiss nicht für rechts. Ich war nie nationalistisch, aber ich bin eben gern Deutscher, und es macht mir keine Freude, die mutwillige Vergewaltigung meiner Kultur mitzuerleben. Bis zu Merkels Großexperiment lebte ich in einem relativ freien, großzügigen und entspannten Land, dem das Wunder gelungen zu sein schien, aus

seiner Geschichte gelernt zu haben. Zumindest bildete ich mir das ein. Trotz oder wegen meines kriegstraumatisierten Vaters, und obwohl ich die kleine Stadt westlich von Krakau, die jetzt wieder Oświęcim heißt, besser kenne als die allermeisten, und einer ganzen Reihe von Menschen begegnet bin, die von dort als Andenken eine Tätowierung auf dem Unterarm mitgebracht hatten. Ich habe also eine Vorstellung davon, wozu nicht wenige meiner Landsleute als sogenannte Herrenmenschen imstande waren.

Doch eine der Lektionen aus dieser Geschichte ist eben, dass Größenwahn in die Katastrophe führt, aber nicht nur deutscher Größenwahn. Die Gefühle, die mich an der Rampe von Birkenau erfüllten, unterschieden sich kaum von denen, die ich im Wald von Lewaschowo empfand, wohin ich meinen alten Freund Leo begleitete, der um seinen Onkel trauerte, den Stalins Schergen im Herbst 1937 in Leningrad verschleppt und ermordet hatten.

Leos Onkel ist in Lewaschowo verscharrt, zusammen mit Abertausenden anderen, auf einem gigantischen Gräberfeld, das mittlerweile ähnlich unspektakulär und harmlos aussieht wie die allermeisten Mordstätten in Polen. Es gibt da schöne, hochgewachsene Koniferen und üppig grünes Moos. Ohne die vielen kleinen Kreuze, die Namensschilder an den Bäumen und die altertümlich auf Emaille gebrannten Portraits von Männern, Frauen und Kindern darauf, die in den frühen Morgenstunden verschwanden, hielte man es einfach nur für sanfte, friedvolle Natur.

Insofern denke und fühle ich zwar deutsch, aber lasse mir nicht von toten Nazis diktieren, was ich als Mensch empfinde oder wie ich über mein Land zu denken habe. Als nachgeborener Deutscher fühle ich mich nur dann für die von ihnen angerichtete Vergangenheit verantwortlich, wenn andere sie verniedlichen, missbrauchen oder Blödsinn darüber erzählen.

Wo eine Außenministerin als Vertreterin des Nachfolgestaats des Dritten Reichs einen israelischen Premier auf deutschem Boden verhaften will, weil ein islamistischer Ankläger des Internationalen Strafgerichtshofs sich das wünscht, besticht mich das als ebenso geschichts-

wie bodenlos. Darin erkenne ich dann wirklich einen späten Triumph der Nazis. Politisch korrekt verpackt. Aber trotz solcher Abgründe, und das sind echte Abgründe, weiß ich eben zugleich grundsätzlich, warum und wofür ich meine Kultur mag. Ich reduziere Deutschsein nicht auf seine Abgründe.

Genau deshalb erlebe ich die staatlich orchestrierte ‚Transformation‘ nicht als Befreiung vom Fluch der Vergangenheit, sondern als ein grandioses Zerstörungswerk, das mit meiner kulturellen Identität auch Zivilität, Meinungsfreiheit, Bürgersinn und sozialen Zusammenhalt zerstört.

Ich bin kein Politiker und wollte nie einer sein, kann also nur mutmaßen, in welchen Sehnsüchten und Zwängen sich die Akteure bewegen, doch ich muss nicht jede Tradition verwerfen, nur weil sie früher mal garstige Braunhemden zu vereinnahmen suchten. Bloß weil Hitler Vegetarier war, wird niemand automatisch zum Nazi, sobald er kein Fleisch mehr isst. Schätzen andere ihre Heimat und Mundart, muss ich das nicht zwanghaft abwerten, nur weil ein grauenhaftes Regime es mal ausgebeutet hat. Ich bin in der Lage, selbst zu entscheiden, ob und was ich daran verwerflich oder liebenswert finde. Reue ist kein Gefühl, das sich verordnen lässt. Sprechen Menschen Plattdeutsch oder laufen in Lederhosen herum, kann ich mich schlicht daran erfreuen. Legen Niederländer Wert auf ihren ‚zwaarte Piet‘, muss ich das nicht als rassistisch verurteilen. Rassismus hat immer nur oberflächlich etwas mit Hautfarbe zu tun. Zudem bin ich ein großer Fan von kultureller Aneignung. Die ist der Grund dafür, dass wir heute durchschnittlich doppelt so alt werden wie die Leute vor 200 Jahren und nicht mehr an Pocken, Pest und Cholera sterben. Ohne kulturelle Aneignung würde ein Großteil der Frauen bei Geburten sterben, die Bevölkerung bestünde überwiegend aus Analphabeten, und die wenigen Schreibkundigen würden bestenfalls mit Brieftauben kommunizieren. Im Übrigen habe ich natürlich auch nichts gegen moderate Migration. Menschen sind nun mal nomadische Tiere. Aber ich halte die staatlich geförderte muslimische Massenmigration für falsch, weil sie erfahrungsgemäß für die Einheimischen selten erfreuliche Ergebnisse produziert. Als politische

Ideologie ist der Islam nun mal imperialistisch, intolerant und totalitär.

Ich würde mein kulturelles Erbe gerne für kommende Generationen bewahrt sehen. Es dreht mir den Magen um, dass die Regierung und die EU mich dazu zwingen, die erklärten Feinde meiner Lebensweise aufzunehmen, sie zu finanzieren und einzubürgern. Als ich aufwuchs, waren Massenvergewaltigungen in Mitteleuropa nicht mehr Sitte. Auch Messerstechereien gehörten eher der Geschichte an. Nun erleben sie ein ähnlich furioses Revival wie der Judenhass. Messerattacken gibt es inzwischen offiziell etwa sechzig pro Tag, bei steigender Tendenz.

Unlängst hat in Mannheim ein afghanischer Dschihadist fünf Menschen schwer verletzt und einen Polizisten getötet. Der Täter ist seit über zehn Jahren im Land und reiste als Jugendlicher ein. Trotz eines abgelehnten Asylantrags wurde er nie abgeschoben, sondern erhielt eine ‚Duldung‘. Später heiratete er eine Frau mit deutscher Staatsangehörigkeit. So gelangte er an eine Aufenthaltsgenehmigung. Ob er exklusiv auf Kosten der Allgemeinheit gelebt hat, weiß ich nicht. Der *Spiegel* meldet, laut Aktenlage sei er ‚ein Musterbeispiel für gelungene Integration‘. Die *Welt* dagegen berichtet, er tummele sich bereits länger in der islamistischen Szene und habe auf *YouTube* mehrfach zum Dschihad gegen ‚Ungläubige‘ aufgerufen.

Mit der deutschen Aktenlage muss etwas im Argen liegen, wenn ein ‚Musterbeispiel für gelungene Integration‘ als selbst ernannter ‚heiliger Krieger‘ Amok läuft und Polizisten ermordet. Tut er das überdies im Namen einer religiösen Lehre, die aktuell mit Abstand die aggressivste auf dem Planeten ist, leuchtet mir nicht ein, wieso die Regierung partout noch mehr Angehörige dieses Glaubensbekenntnisses ins Land holen will.

Mir ist bewusst, dass nicht alle Muslime das Gemetzel von Mannheim gutheißen und viele die Tat genauso barbarisch finden wie ich. Ich weiß auch, dass manche Muslime sich wünschen, in Frieden mit Christen und Juden zu leben. Dummerweise nur sind sie unter den Anhängern des Propheten eher in der Minderheit.

Christen und andere angeblich Ungläubige erleben in den Aufnahmelagern für Asylbewerber häufiger übelste Unterdrückung durch ‚gläubige‘ Muslime, denn es gelangen eben nicht nur unbesehen Menschen zu uns, die in ihrer Heimat verfolgt werden, sondern auch deren Folterer und Verfolger. Die träumen schon bei ihrer Ankunft vom Dschihad, oder sie lernen es vor Ort sehr rasch.

## Die andere Zeitrechnung

Manche Jahre stehen für historische Wendepunkte, eine Zäsur, einen Bruch oder Neubeginn. Was 1989 oder 2015 für Deutschland waren, war 1979 für die islamische Welt. Um zu verstehen, was seither geschieht, sollte man sich vor Augen führen, was damals geschah.

Als Israels Ministerpräsident Menachem Begin und Ägyptens Präsident Anwar as-Sadat im März 1979 das in Camp David ausgehandelte Friedensabkommen unterzeichneten, das den seit 1948 herrschenden Kriegszustand zwischen ihren beiden Ländern und die Besetzung des Sinai beendete, machte das nicht nur den Golf von Akaba und den Suez-Kanal wieder zu internationalen Seewegen. Es erzürnte die gesamte Region. Prediger schäumten über die angebliche imperialistisch-zionistische Verschwörung. Ägypten flog aus der Arabischen Liga und der Organisation für islamische Zusammenarbeit. Mit Ausnahme von Oman, Sudan und Somalia brachen alle arabischen Staaten die diplomatischen Beziehungen zu Ägypten ab.

Am 6. Oktober 1981 töteten islamistische Attentäter Sadat bei einer Militärparade. Der Mord wurde in Libyen und im Südlibanon frenetisch gefeiert. Iran benannte eine Straße in Teheran zu Ehren der Mörder. Indirekter Auslöser für die Tat war die Verhaftung des Bruders des Drahtziehers, der sich an Pogromen gegen koptische Christen in Kairo beteiligt hatte.

Knapp acht Wochen, bevor Sadat das Friedensabkommen unterzeichnete, war Ayatollah Khomeini nach 14 Jahren im Exil nach Teheran zurückgekehrt, wo ihn Hunderttausende wie einen Heiland begrüßten. In leninistischer Manier riss er binnen kürzester Zeit mit einer kleinen Minderheit entschlossener Radikaler die Macht an sich, erklärte die Übergangsregierung für illegal, ließ bisherige politische Partner verfolgen und schaffte einen Großteil der Freiheiten wieder ab, die sich die Perser gerade erkämpft hatten.

Wer sich daran klammerte, den ließ er verfolgen und ermorden. Frauen, die ihr Haar zeigten, brandmarkte er als ‚islamophob‘, ließ sie

öffentlich erniedrigen und bestrafen. Seine ‚Revolutionsgarden‘ jagten angebliche oder echte Monarchisten, weltliche Oppositionelle und religiöse Minderheiten. Vor dem Hintergrund von Massenverhaftungen und Hinrichtungen bereitete der Revolutionsrat das Referendum über die islamische Staatsform vom 30. März vor. Am 1. April rief Khomeini mit angeblichen 98 Prozent Zustimmung die ‚Islamische Republik Iran‘ aus, die er durch eine weitere Volksabstimmung im Frühherbst legitimierte.

Im November 1979 begann nach dem traditionellen islamischen Kalender das Jahr 1400, das Jahr, in dem der ‚Mahdi‘ auftauchen sollte, der Nachfahre des Propheten, der gesandt werden würde, um das Unrecht in der Welt zu beseitigen und die Endzeit einzuleiten.

Im schiitischen Islam ist der Mahdi der ‚verborgene Imam‘, der zurückkehrt, wenn die Gläubigen in größter Bedrängnis sind. Khomeini nutzte diesen messianischen Kult. Er sagte über sich: *„Ich bin gekommen, um Gerechtigkeit walten zu lassen, all die Erniedrigten, Geknechteten, Ausgebeuteten werden endgültig frei sein.“* Zugleich erklärte er: *„Ich glaube nicht, dass es jemals in der Geschichte der Menschheit so viele Teufel gegeben hat wie in diesen Zeiten. Unsere Zeit, die als Epoche des Fortschritts bezeichnet wird, ist die Ära des Teufels.“*

Der aus Iran geflohene Schah war schwer an Krebs erkrankt. Nach einer Odyssee befand er sich mittlerweile im New Yorker Columbia-Presbyterian-Hospital. Khomeini verlangte seine Auslieferung. Als die US-Regierung das verweigerte, stachelte er zornige junge Männer auf, wobei er wie in vielen seiner politischen Reden auf antisemitische Verschwörungstheorien setzte und den ‚Zionismus‘ verantwortlich machte: *„Es ist deshalb Sache der lieben Schüler, Studenten und Theologiestudenten, mit all ihrer Kraft die Angriffe gegen die USA und Israel zu verstärken, so dass sie den abgesetzten und kriminellen Schah ausliefern.“*

Am 4. November besetzten Studenten die Botschaft der Vereinigten Staaten in Teheran und nahmen 52 Diplomaten als Geiseln. Das nachfolgende Drama zog sich über 444 Tage hin, führte zu einer Führungskrise in den USA, der Niederlage der Demokraten bei den Präsidentschaftswahlen und dem Sieg Ronald Reagans.

Die USA, der ‚große Satan‘, waren nachhaltig düpiert. Iran nahm Rache für die Ereignisse 25 Jahre zuvor, als die USA maßgeblich daran beteiligt waren, den damaligen Premierminister Mohammad Mossadegh zu stürzen, um Persien davon abzuhalten, sich aus der Umklammerung westlicher Interessen zu lösen. Damals hatten die USA dafür gesorgt, dass der bereits aus dem Land geflohene, verhasste Schah zurückkehrte. Der stimmte für britische und US-Ölkonzerne extrem vorteilhaften Verträgen zu und ließ seine weltlichen politischen Gegner erbarmungslos verfolgen, wodurch er dem späteren Triumph der Mullahs den Boden bereitete.

So trug die Gier des Westens wesentlich dazu bei, eine uralte Kulturturnation in eine totalitäre Theokratie zu verwandeln, die im ersten Golfkrieg Tausende von Kindern in Minenfelder hetzte und so den mittelalterlichen Mythos des selbstmörderischen ‚Märtyrers‘ neu zu begründen half.

Kurz nach der Besetzung der US-Botschaft in Teheran erschütterte ein weiteres Ereignis die islamische Welt: In den frühen Morgenstunden des 20. November 1979, am islamischen Neujahrstag 1400, drangen um die 500 schwer bewaffnete Kämpfer in die Große Moschee im Zentrum Mekkas ein und nahmen Tausende von Gläubigen gefangen. Das Erstürmen der Großen Moschee im Herzen der Pilgerstadt war ein unerhörter Vorgang, der die Legitimität des saudischen Königshauses als Hüter der heiligen Stätten in Frage stellte.

Die Angreifer waren zu allem entschlossene religiöse Fanatiker, die dem saudischen Regime Dekadenz und Abkehr von der reinen Lehre vorwarfen. Die Revolution, die Khomeini für die Schiiten ausgerufen hatte, erfasste nun auch die Sunniten. Die saudische Monarchie wankte. Sämtliche Herrscher am Golf waren bedroht. Zwei Wochen lang stand ihr Schicksal auf Messers Schneide. Bei den Kämpfen um die Moschee starben um die tausend Menschen. Am Ende retteten nur heimlich aus Frankreich eingeflogene Söldner das saudische Königshaus.

Doch obwohl die Besetzer militärisch scheiterten, erreichten sie politisch all ihre Ziele. In der Zeit danach überschlugen sich die Golf-

Regime, um die Ultras in den eigenen Reihen zu besänftigen und die religiöse Konkurrenz in Iran an Radikalität zu überbieten, und verschärfte die ohnehin schon rigiden Alltagsvorschriften. Parallel begannen sie weltweit fundamentalistisch zu missionieren und islamischen Terror zu subventionieren.

Seither verbreiten Saudi-Arabien, Katar und Kuwait ultrakonservativen Wahhabismus, egal ob in Afghanistan, Pakistan, Indonesien, Malaysia, der ehemaligen Sowjetunion, Nordafrika, Bosnien-Herzegowina oder in Westeuropa. Fast alle Moscheen, die auf dem Balkan gebaut werden, entstehen mit Geldern vom Golf. Stiftungen aus Katar finanzieren die Korane, die Salafisten in Deutschland gratis verteilen.

1979 ist ein tiefer Einschnitt, der Auftakt der ‚konservativen‘ Revolution, das Ausrufen des glorifizierten religiösen Mittelalters als Weg des Heils für die Zukunft. Seither bestimmen extreme Varianten des Islam das Auftreten und die Auslegung der Religion weltweit. Vor 1979 konnte man außerhalb der Golf-Staaten fast überall selbstverständlich Alkohol trinken und sogar über so heikle Dinge wie Religion reden. In keiner größeren Stadt war es durchgängig üblich, dass Frauen ihr Haar verhüllten oder sich verschleierten. In Kabul trugen manche sogar Miniröcke.

Dann, keine Woche, bevor das Jahr endete, gelang Jimmy Carters nationalem Sicherheitsberater Zbigniew Brzeziński noch ein großer, tragischer Coup: Seine ‚Afghanistan-Falle‘ schnappte zu. Dafür hatte Brzeziński systematisch Konflikte an der sowjetischen Südostflanke geschürt und radikalislamische Mudjaheddin im Kampf gegen die laizistische Regierung in Kabul unterstützt.

Die Sowjets befürchteten, der Glaubenskrieg könnte auf ihre benachbarten muslimischen Republiken überspringen. Am 25. Dezember überquerten Einheiten der 40. Armee bei Termiz und Kuschka die afghanische Grenze. 7.000 Elitesoldaten landeten in Kabul und Bagram. Zwei Tage später eroberten Fallschirmspringer und Spezialtruppen des sowjetischen Geheimdienstes KGB den Tajbeg-Palast und töteten den afghanischen Präsidenten Hafizullah Amin.

Brzeziński wusste, was britischen Truppen im Januar 1842 am Khyber-Pass widerfahren war. Nachdem die Briten Kabul genommen hatten, brachen Aufstände aus. Schließlich zogen sich die Briten zurück. Dabei wurde ein Großteil ihrer Soldaten getötet. Brzeziński wünschte den Sowjets dasselbe und gratulierte sich selbst wiederholt zu seinem grandiosen Erfolg.

Retrospektiv ist Brzezińskis ‚Afghanistan-Falle‘ das perfekte Beispiel für die Grube, die man anderen gräbt, um anschließend selbst hineinzufallen. Jeder Soldat, der nach 2001 am Hindukusch verstümmelt wurde und das Sterben seiner Kameraden mit ansehen musste, und die allermeisten, die bei Anschlägen von Islamisten Angehörige verlieren, darf sich nicht nur bei Osama bin Laden und dessen Sponsoren bedanken, sondern auch bei dem cleveren Politikprofessor Brzeziński.

1979 markiert den Auftakt des modernen Dschihad, der reaktionär religiösen ‚Wiedergeburt‘ des Islam, die Rückkehr zu einer Kriegsform, die Europa zuletzt im 17. Jahrhundert erlebt hat und die es in den Jahrzehnten nach dem Westfälischen Frieden aus der Welt geschafft wähnte: Das ‚heilige Morden‘ in göttlichem Auftrag, das das Töten ‚Ungläubiger‘ zur Pflicht erklärt und jeden zum Ziel macht, der dem ‚falschen Bekenntnis‘ angehört und sich dem ‚rechten Glauben‘ nicht freiwillig unterwirft.

## Der wesentliche Unterschied

1990 begegnete ich dem Kairoer Publizisten Farag Foda. Der war Jahrgang 1946. Er verehrte Nagib Machfus und Umm Kulthum ebenso sehr wie Albert Camus und Lotte Lenya, weil er noch aus der Ära stammte, als Ägypten ein Zentrum arabischer Hochkultur war. Foda hatte nichts gegen Juden und trat für die Gleichstellung von Christen ein. Als Frömmeler die Darbietung des Balletts Schwanensee im Fernsehen obszön nannten, spottete er, die Obszönität liege in den Augen der Betrachter. Islamische Gelehrte debattierten über Erotik im Paradies, während der Rest der Welt sich mit Gentechnik, Computerwissenschaft und Weltraumforschung beschäftigte. Trotzdem war er kein Atheist. Foda verteidigte den Islam. Jede Lehre lasse sich entstellen. Es sei nicht die Schuld des Glaubens, was Irregeleitete daraus machten.

Doch seine Scharfzüngigkeit missfiel dem Klerus. Als er über den Sinn der Scharia in der Moderne nachdachte und rätselte, ob die Gesetze einer Zeit, als man weibliche Babys tötete und Wasser aus Ziegenhäuten trank, noch in die Epoche von Quantenforschung und Nanotechnologie passten, erklärten ihn vierundzwanzig Religionslehrer der beiden großer Kairoer Universitäten zum glaubensabtrünnigen ‚Kāfir‘. Dazu nutzten sie einen offenen Brief an den Präsidenten Hosni Mubarak. Der erschien am 3. Juni 1992 in der Zeitschrift an-Nūr, die zu der Zeit gerade einen Rechtsstreit mit Foda zu verlieren drohte.

Die ‚Idschma‘ gebietet es jedem Gläubigen, den Abtrünnigen zur Hölle zu schicken. Vier Tage später lauerten Mitglieder der ‚islamischen Vereinigung‘ Foda auf und erschossen ihn. Keiner der akademischen Anstifter landete dafür je vor Gericht. Jedenfalls nicht als Angeklagter. Tatsächlich durfte der al-Azhar Gelehrte Mohammed al-Ghazali al-Saqqa, Muslimbruder und Mitinitiator des Mordaufrufs, im Verfahren als Entlastungszeuge für die Mörder aussagen. Erfülle die Regierung nicht ihre ‚heilige Pflicht, Apostaten hinzurichten‘, müssten das eben andere übernehmen, sagte er da.

Der Mann, der schließlich für den Mord an Foda gehängt wurde, war ein Analphabet. Er hatte nie eine Zeile seines Opfers gelesen. Man hatte ihm gesagt, dass Foda für die Christen und gegen die Scharia sei. Das reichte. Wenige Monate später stellte Fodas Verleger das Veröffentlichen seiner Bücher ein. Bis heute rühmt sich einer der Mörder der Tat und lässt sich trotz längst verbüßter Strafe als ‚Märtyrer‘ feiern.

Bei Christen sind Märtyrer Leute, die ihr eigenes Leben für den Glauben opfern. Im Islam gilt man als Märtyrer, wenn man angeblich Ungläubige tötet.

Für mich ist die entscheidende Errungenschaft des Westens Glaubens- und Gewissensfreiheit. Das hat der Menschheit über die letzten zwei Jahrhunderte phänomenale Erfolge in Forschung, Medizin, Wissenschaft und Technik geschenkt, die die Lebenserwartung und den Wohlstand multipliziert und dafür gesorgt haben, dass heute mehr Menschen satt werden als jemals zuvor.

Die Entfaltung des Gewissens setzt Mündigkeit voraus, freien Willen und eigenverantwortliches Denken. Inspiriert ist es durch den Dualismus zwischen weltlicher und geistlicher Sphäre. Dieser Dualismus steht im Gegensatz zum Islam. Denn der unterscheidet nicht zwischen weltlich und religiös. Er ist politisch und juristisch ein ganzheitliches System, das auf die Unterwerfung aller unter die Prinzipien des Gottesstaats abzielt. Anders als das Christentum, das spätestens seit der sogenannten Aufklärung auf das autonome Individuum setzt, hat der Islam mit skeptischer Selbsterforschung nichts am Hut. Er verlangt bedingungslosen Gehorsam.

Hierzulande war es bis vor kurzem noch möglich, Religionen in Zweifel zu ziehen. Man durfte Religionen nicht nur kritisieren, Religionskritik galt als Essenz geistiger Freiheit. Diese Freiheit gegen die Macht des Klerus durchzusetzen, dauerte Jahrhunderte und kostete zig Menschenleben, weil auch bei uns angebliche Glaubensabtrünnige über lange Zeit als Ketzer hingerichtet wurden. Heute jedoch ermöglicht Glaubensfreiheit das friedliche Nebeneinander verschiedener Weltanschauungen. Nur deshalb können Muslime und Christen überhaupt in ein und demselben Gemeinwesen zusammenleben. Deshalb

ist dieses Prinzip so heilig wie kostbar. Wer es bekämpft, bekämpft den friedentiftenden Kern unserer Kultur.

Es ist grober Unfug, wenn Politiker behaupten, der Islam gehöre zu Deutschland. Einzelne Muslime gehören zu Deutschland, aber der Islam ist kein konstitutives Element unserer Kultur. Denn obwohl oder weil das unterentwickelte Westeuropa durch das Zusammentreffen mit der ihr damals weit überlegenen islamischen Zivilisation immens profitiert hat, haben islamische Mächte den christlichen Westen seit fast 1.400 Jahren bekämpft. In der Vergangenheit haben sie Europa immer wieder überfallen und Teile davon jahrhundertlang besetzt gehalten. Die osmanischen Invasoren wurden letztlich erst durch die beiden Balkankriege vertrieben. Die endeten 1913.

Wer als ‚Schutzsuchender‘ ein Kalifat fordert, knüpft an diese kriegerische Tradition an. Subjektiv mag er ein ‚guter Muslim‘ sein. Objektiv ist er ein Todfeind dessen, was das moderne, freiheitliche Europa ausmacht. Er bedroht nicht nur Andersgläubige, sondern auch alle Muslime, die in Frieden mit Christen leben möchten. Denn natürlich gibt es auch Muslime, die Regeln der säkularen Gesellschaft wertschätzen und Religion als Privatsache betrachten. Nur fallen sie weniger auf, weil sie sich nicht darüber beklagen, dass sie benachteiligt werden.

Besäßen deutsche Politiker etwas Rückgrat, würden sie die Werte der eigenen Kultur verteidigen und *jeder* gewaltverherrlichenden Ideologie entgegentreten, egal ob religiös oder atheistisch. Sparen sie den Islam aus, weil Kritik daran angeblich ‚islamophob‘ ist, unterwerfen sie sich der Logik der Muslimbrüder und der Propaganda der Ayatollahs.

Nachdem Ruhollah Musavi Khomeini 1979 die islamische Republik ausrief, galten Perserinnen, die ihr Haar nicht verhüllten, als ‚islamophob‘. Aus Sicht des Greises aus Ghom beleidigten sie die Religion. Also verprügelten seine ‚Tugendwächter‘ die ‚Unzüchtigen‘, sperrten sie ein und schlugen sie tot, bis sich alle Frauen fügten und unter den Tschador krochen.

Ausgehend von englischen Universitäten geisterte das Wort ‚Islamophobie‘ ab den 1990ern durch islamische Zirkel im Westen, begierig aufgegriffen von der postmodernen Linken. Bald galt jeder als

rassistisch, der dem religiösen Eifer von Muslimen skeptisch begegnete. Kritik an Muslimen wurde tabu. Wer sie äußerte, war rechtsradikal. Darum haben all die Morde, die unter Allah-ist-größer-Gebrüll begangen werden, offiziell nie etwas mit Religion zu tun.

Der kulturellrelativistische Welpenschutz kommt als Toleranz daher, angeblich, um Vorurteilen vorzubauen. Tatsächlich ist der als Nachsicht verpackte Doppelstandard eher der Ausdruck einer Art Stockholm-Syndrom und klassisches ‚Gaslighting‘. Er soll die Gewaltakte gegenüber Einheimischen vertuschen und die Einsicht vernebeln, dass orthodoxer Islam und Moderne inkompatibel miteinander sind.

Der Trick, dass die Angreifer sich zu Angegriffenen erklären, dürfte so alt sein wie die Spezies. ‚Islamophobie‘ ist das Zauberwort, das den Religiösen die Opferkarte zuschanzt. So können sie immer als ‚Beleidigte‘ posieren: Die ‚Fatwa‘ gegen Salman Rushdie, der Mord an Theo van Gogh, die Hasskampagne gegen *Jyllands Posten*, der Massenmord in der Redaktion von *Charlie Hebdo*, der November-Terror in Paris, das Massaker im ‚Bataclan‘, das Enthaupten von Samuel Paty und der Anschlag von Mannheim folgen alle demselben Muster. Stets behaupten die Religiösen, man habe ihren Stolz, ihre Ehre und ihren Glauben verletzt. Die Würde und Integrität der Nicht-Muslime spielen nie eine Rolle.

Nach dem Hamas-Massaker im Süden Israels zeigten Handy-Aufnahmen, wie sich ein johlender Mob an der Deutsch-Israelin Shani Louk verging. Die war als Tattoo-Künstlerin auf einem Musikfestival im Süden Israels gewesen, wo die Hamas Hunderte von Besuchern niedermetzelte. Louk blieb verschollen, bis Bilder von ihr aus Gaza auftauchten. Sie lag als Trophäe leblos auf der Ladefläche eines Pickup-Trucks, der im Triumphzug durch die Straßen rollte, begleitet von jauchzenden Menschen, die auf ihren geschundenen, halbnackten Leib spuckten. Später fanden israelische Soldaten Louks Leiche in einem Tunnel unter Gaza.

Derweil lässt die deutsche Regierung weiterhin radikale Religiöse ins Land. Sie sieht tatenlos zu, wie sie das Abschlachten von Juden auf den Straßen der Hauptstadt feiern und anderswo ein totalitäres Kalifat

fordern. Zugleich verteufelt sie alle, die diese Form der Zuwanderung ablehnen. Bis zum 7. Oktober 2023 galt jeder, der auch nur zart darauf hinwies, dass ‚Fridays for Future International‘ seit Jahren die Hamas unterstützt, als ‚islamophob‘.

Doch auch ohne importierten Judenhass überfordert die grenzenlose Offenheit das Land, und obwohl die Mehrheit der Bevölkerung diese Praxis schon länger ablehnt, schafft die Regierung nicht nur laufend neue Migrationsanreize. Die letzte Innenministerin wünschte sich nun feste Quoten von Migranten im Staatsdienst, während die ‚feministische‘ Außenministerin angeblich Schutzsuchende aus Afghanistan einfliegen ließ. Eine Praxis, die ihr christdemokratischer Nachfolger fortsetzt. Fragt sich, welche Ziele die Regierung damit verfolgt. Dass sie damit die politischen Ränder stärkt und sogenannten Populisten scharenweise Wähler in die Arme treibt, ist klar. Dennoch ignoriert sie alle Proteste, Warnungen und Wahlergebnisse. Fast so, als wolle sie den Konflikt auf die Spitze treiben.

In seiner *Kunst des Krieges* betonte der chinesische Philosoph und Militär Sunzi schon vor gut 2.500 Jahren die Rolle geistiger Zersetzung. Kluge Strategen besiegten ihre Gegner nicht durch physische Gewalt, sondern durch psychologische Kriegsführung. Sie säten Zwietracht unter seinen Feinden und verwirrten ihren Verstand, bis sie sich selbst zerstörten. Der größte Feldherr sei nicht derjenige, der in hundert Schlachten siege, sondern derjenige, der Gegner ohne eine Schlacht besiege. Gewalt auf dem Schlachtfeld sei plump. Kluge Strategen trügen Selbstzweifel in die gegnerischen Reihen, lähmten ihren Willen, ihren Zusammenhalt und ihre Kampfkraft. Das mache den Feind schlachtreif, ohne eigene Soldaten zu opfern. Im Idealfall zerfleischten sich die Feinde untereinander, und man könne sogar als ihr Befreier und Friedensstifter auftreten.

## Aufgalopp in die Gegenwart

Mein chinesischer Lieblingsfluch lautet: „*Mögest du in interessanten Zeiten leben.*“ Die Zeiten werden laufend interessanter, nicht nur in der Ukraine und Israel. Global finden ganze Serien tektonischer Umbrüche statt: demographisch, ökonomisch, kulturell. Als mein Vater 1921 zur Welt kam, lebten keine zwei Milliarden Menschen auf der Erde. Von denen hatte ein gutes Drittel europäische Vorfahren. 103 Jahre später gibt es acht Milliarden Artgenossen. Doch nicht mal mehr jeder Zehnte ist hellhäutig. Anteilig schrumpft der Westen rasant, und damit schwinden auch seine Stärke, sein Einfluss und die Deutungshoheit, die er vor kurzem noch besaß.

Gunnar Heinsohn zeigt in *Söhne und Weltmacht*, wie Bevölkerungswachstum den Gewaltindex von Gesellschaften hochtreibt. Milder Zuwachs stiftet Zuwachs, Stabilität, Wohlstand und Frieden, rascher das Gegenteil. Der Erste Weltkrieg zwischen 1914 und 1918 war unter anderem das Ergebnis der demografischen Explosion Europas. Aktuell geschieht Ähnliches in der islamischen Welt. Zwischen Islamabad und Rabat gibt es eine Viertelmilliarde junger Männer im kampffähigen Alter, die zweit-, dritt-, und fünftgeborene Söhne sind. Die müssen miteinander um Zukunftschancen konkurrieren, die den Erstgeborenen anderswo automatisch in den Schoß fallen. In Afghanistan lebten 1950 etwas über sieben Millionen Menschen. Bis 2010 hatten sie sich auf 28 Millionen vervierfacht. 2015 waren es schon 32,5 Millionen. Binnen fünf Jahren legte die Bevölkerung um 16 Prozent zu. Auf deutsche Verhältnisse übersetzt wären das 13 Millionen Seelen, die Gesamtbevölkerung Bayerns, nicht als einmaliger Vorgang, sondern als eine stetig an Wucht gewinnende Lawine. Hätten die Deutschen über die letzten 72 Jahre dieselbe Geburtenrate gehabt wie die Afghanen, würden sie längst die 400 Millionen-Marke geknackt haben. Ihr Altersdurchschnitt läge nicht bei vergreisten 45, sondern jugendlichen 18. Niemand braucht lange zu rätseln, wie friedlich, zivil und gendergerecht Europa dann wäre. Zugleich verdeutlicht es, wieso

den Taliban, der Hisbollah und Hamas vorläufig nicht die Rekruten ausgehen.

Als ich 1979 durch Ägypten reiste, bestachen mich die bewohnbaren Gebiete des Landes schon damals als extrem dicht besiedelt. Zu der Zeit lebten dort 40 Millionen Menschen. Heute sind es 102 Millionen. Als ich 1996 auf Bali war, las ich, dass sich die Bevölkerung der Insel in den fünfzig Jahren seit dem Abzug der Niederländer verdreifacht habe. Zu der Zeit lebten etwa 200 Millionen Menschen in Indonesien. Inzwischen sind es 274 Millionen. Indonesien ist der größte islamische Staat der Erde. In Syrien vervierfachte sich die Einwohnerzahl zwischen 1961 und 2010 von knapp fünf Millionen auf 21,36 Millionen. Jahrelange Dürre, verschärft durch Überweidung, trieb die Landbevölkerung in die Städte, wo Arme ohnehin schon Not litten, so dass es lange vor Beginn des ‚offiziellen‘ Kriegs zu blutigen Verteilungskämpfen kam.

Zudem ist die Welt vernetzter. 1924 betrug die Reisezeit von London bis Sydney vier Wochen. Jetzt braucht man für dieselbe Strecke etwa 24 Stunden. Das Herstellen lebenswichtiger Güter ist globalisiert. Legt sich im Suez-Kanal ein Schiff quer, machen nicht nur Patienten in Schleswig-Holstein ein dummes Gesicht, weil ihre Medikamente aus Indien kommen, auch zig High-Tech-Unternehmen geraten ins Schwitzen, weil sie ohne Halbleiter aus Asien aufgeschmissen sind. Dasselbe findet ums Vielfache beschleunigt auf Finanzmärkten statt. Flossen Informationen über Kupferleitungen früher nie rascher als Strom, also 1.500 Kilometer pro Sekunde, fließen sie heute Dank Satelliten und Glasfaserkabeln zweihundertmal schneller. Das erlaubt es Tausende von Kilometern entfernten Rechnern, in Nanosekunden Kursschwankungen zu nutzen und Transaktionen auf verschiedensten Märkten durchzuführen. Doch auch schon ohne blitzartige Computer und brillante Algorithmen birgt die verflochtene Weltwirtschaft Risiken für Aktien- und Wechselkurse.

Ende der 1990er nutzen Spekulanten die Liquiditätskrise der asiatischen Tigerstaaten, um Milliarden zu machen. George Soros und andere wetteten gegen den Bath und brachten die siamesische Wirtschaft

ins Schlingern. Das taumelnde Thailand riss Malaysia, Indonesien und die Philippinen mit. Der Absturz wuchs sich zum Flächenbrand aus, züngelte bis Südkorea, Brasilien und Russland, bescherte Japan eine Rezession und erschütterte die Wall Street. Entscheidender: Die Kaskade rief den Internationalen Währungsfonds (IWF) auf den Plan, dessen Verarmungsprogramme die betroffenen Länder in soziale Krisen und politische Unruhen trieben. Am heftigsten verliefen die in Indonesien, wo sie zum Sturz des Diktators Haji Mohamed Suharto führten. Zuvor jedoch wandte sich die Wut des Mobs gegen ethnische Chinesen. Mit Macheten und Knüppeln bewaffnete Banden zogen plündernd durch Java und machten Jagd auf Minderheiten. Allein in brennenden Shopping-Malls starben über tausend Menschen.

George Soros ist nicht nur ein Finanzjongleur, sondern auch ein Menschenfreund. Er hat den Großteil seines Vermögens den ‚Open Society Foundations‘ vermacht. Die sind damit nach der ‚Bill & Melinda Gates Foundation‘ der zweitmächtigste private Stiftungszusammenschluss überhaupt. Die ‚Open Society Foundations‘ finanzieren ‚zivilgesellschaftliche‘ Projekte in Mittel- und Osteuropa, unterstützen diskriminierte Minderheiten weltweit und fördern die Zuwanderung nach Nordamerika und Europa. Dazu betreiben sie eigene Thinktanks und Universitäten, bilden Netzwerke von Nicht-Regierungsorganisationen, alimentieren beiderseits des Atlantiks Akademien, Institute und Initiativen, und bestreiten die Reisekosten von ‚Aktivisten‘. Der Stiftungsverbund ist mit rund 200 Ablegern in 120 Ländern tätig.

2018 verlegte Soros den Hauptsitz der ‚Offenen Gesellschaft‘ von Budapest nach Berlin, in Reaktion auf die vermeintlich ‚zunehmend repressive politische und legale Umgebung in Ungarn‘. Die dortige Regierung hatte ihm vorgeworfen, sich ohne demokratisches Mandat in die inneren Angelegenheiten des Landes zu mischen. Ein zentrales Konfliktfeld dabei war die muslimische Zuwanderung.

Der 1930 in Budapest geborene Soros ist Sohn des Anwalts und Esperanto-Schriftstellers Theodor Schwartz, der seinen Namen während des Horthy-Regimes magyarisierte, um die Familie vor jüdenfeindlichen Verfolgungen zu schützen. Er ging 1947 nach England,

wo ihn Karl Popper an der ‚London School of Economics and Political Science‘ für seine Idee der ‚offenen Gesellschaft‘ begeisterte. Popper propagierte ein ideologiefreies, religionsneutrales Zusammenleben, das Meinungsvielfalt und friedliche kulturelle Veränderungen ermöglichen sollte. Nationalstaaten betrachtete er als ein Übel, das über kurz oder lang beseitigt gehörte.

Wie gesellschaftliche Offenheit ohne gemeinsame Werte dauerhaft Bestand haben sollte, scheint Soros nicht sonderlich zu interessieren. Seine Stiftungen unterstützen den ‚Global Compact on Migration‘ und bekämpfen nationale Grenzen. Damit rennen sie in Berlin zwar offene Türen ein, aber in Budapest fragt man sich, was einer Privatstiftung das Recht gibt, die Zukunft des Landes nach ihrem Gusto umzustricken.

Ungarn hat eine konservative Regierung. Laut seiner Verfassung von 2012 legt es Wert auf Familie, Vaterland und Christentum. Das ist nicht nur eine Reaktion auf die atheistische Sowjetherrschaft, sondern auch ein Kontrapunkt zu der von Deutschland und der EU propagierten muslimischen Massenzuwanderung.

Ungarn war über 150 Jahre lang türkisch besetzt. Nachdem Suleiman I. 1541 die Burg in Buda eingenommen hatte, zerfiel das Land in Siebenbürgen, einen türkischen mittleren Teil und Nordwest-Ungarn unter der Herrschaft der Habsburger. Die Türken verwüsteten das einst reiche Südungarn und die zentrale Tiefebene, löschten die dortige Bevölkerung nahezu aus und sorgten auch anderswo für krassen Bevölkerungsschwund. Als Sklaven waren Magyaren im osmanischen Reich äußerst beliebt und wurden oft schon im Kindesalter entführt. Diese Praxis ebte erst nach Scheitern der zweiten Belagerung Wiens ab. In den Jahren nach 1683 erfolgte relativ rasch die christliche Rückeroberung des Landes. Doch die Türkenherrschaft dürfte für Ungarn ähnlich traumatisch gewesen sein wie der Dreißigjährige Krieg für die Deutschen. Dass sie sie kein zweites Mal riskieren wollen, mögen Politiker in Berlin und Brüssel für rassistisch und fremdenfeindlich halten, aber nach Jahrhunderten der Fremdherrschaft ist der ungarische Wunsch nach Selbstbestimmung eventuell genauso zu respektieren wie der anderer einst Kolonisierter.

Westeuropäer übersehen gern, dass die osmanische Besetzung Osteuropas erst kurz vorm Ersten Weltkrieg endete. Reden sie von Kolonien, meinen sie Asien, Afrika und die Amerikas. Doch während Spanien, Portugal, die Niederlande, England und Frankreich sich zu Herren in Übersee erklärten, war der Osten ihres Kontinents jahrhundertlang unter Türken, Habsburger, Preußen und Russen aufgeteilt. Dieser Zustand hielt bis 1989 an.

Was sich heute in der Ukraine abspielt, ist unter anderem ein Dekolonisierungs-drama. Der Krieg ist der Versuch einer alten imperialen Macht, trotz schwindender Kräfte ihre Vorherrschaft zu sichern, wobei Russland die Ukraine weit mehr braucht als umgekehrt. Dabei ähnelt sein Auftreten dem von Frankreich in Algerien. Das wollte nicht begreifen, dass die meisten Algerier keine Lust mehr hatten, sich vom ‚Mutterland‘ gängeln zu lassen. Es führte acht Jahre lang erbittert Krieg, bis es einsah, dass es Algerien verspielt hatte.

Anders als das damalige Algerien ist die Ukraine seit dreißig Jahren unabhängig, aber auch der russischen Führung fehlt jeder Sinn dafür, dass die meisten Ukrainer sich nicht länger kleinhalten lassen wollen, zumal die im Westen des Landes sich noch daran erinnern, wie grauhaft das Sowjetregime bei ihnen gewütet hat. Vor neunzig Jahren war der Höhepunkt der apokalyptischen Hungersnot, die Josef Stalin auf den fruchtbaren schwarzen Böden der Ukraine inszenierte, um im Zuge der Kollektivierungskampagne den Willen der Bauern zu brechen. Der ‚Holodomor‘ produzierte Millionen Tote. Hungernde wurden deportiert oder erschossen, weil sie Getreidekörner von abgeernteten Feldern geklaut hatten. Politkommissare töteten Hunde und Katzen, damit sie keiner verspeisen konnte. Wer immer es vermochte, suchte dieser Hölle zu entrinnen, obwohl überall im ‚Arbeiterparadies‘ Hunger herrschte und der Chef des ‚Rates der Volkskommissare‘, Wjatscheslaw Molotow, die Flucht aus der Ukraine bei Todesstrafe verbot.

Leo Frankfurt erlebte als Junge im damaligen Leningrad, wie frühmorgens Lastwagen durch die Straßen fuhren, um die Leichen der Bettler in ukrainischen Bauernhemden einzusammeln, die über Nacht unweit des Moskauer Bahnhofs auf dem Newski-Prospekt verendet waren.

Molotow schmiedete 1939 mit Joachim Ribbentrop den sowjetisch-deutschen Nichtangriffspakt, nach dessen geheimen Zusatzprotokoll die Diktatoren Stalin und Hitler Polen unter sich aufteilten. Als die Wehrmacht zwei Jahre später in der Ukraine einfiel, begrüßten viele die Deutschen als Befreier. Obwohl die Besatzer den ukrainischen Nationalisten Stepan Bandera schon im Juli 1941 ins KZ-Sachsenhausen schafften, schlossen sich Tausende Westukrainer der SS an. Nicht wenige von ihnen landeten als Bewacher in deutschen Vernichtungslagern. Andere bekriegten die antideutschen Partisanen, wofür sich das Sowjetregime nach dem deutschen Rückzug dann erneut rächte. Ähnlich wie in Polen wurde im Westen der Ukraine noch lange nach dem offiziellen Kriegsende gekämpft.

Fast jede ukrainische Familie ist von dieser seriellen Katastrophe gezeichnet. Aber eine Frau aus Lemberg, deren Vater als angeblicher Banderist nach Sibirien deportiert wurde, weiß wenig von den Gräueln im Osten und den Erhängten, die beim Vormarsch der 6. Armee von den Laternenmasten baumelten. Umgekehrt haben die Leute um Donezk herum überwiegend Gutes von Stalin gehört und glauben bis heute, er habe ‚Mütterchen Russland‘ gerettet.

Wladimir Putin bezeichnet die Regierung der Ukraine als ‚fascistisch‘. Dabei bezieht er sich auf das Erbe des 1959 vom KGB in München ermordeten Bandera. Er begründet seine Aggression als Schutzmaßnahme für den russischen Teil der Bevölkerung, beschwört die Geschichte der Kiewer Rus und spricht den Ukrainern eine eigene Identität ab. Darin folgt er dem Vorbild Stalins. Anders als Frankreich oder England war Russland ein Kolonialreich, das seine Besitzungen vor der Haustür hatte und sie systematisch russifizierte. Seit 2014 behauptet Putin, gegen ukrainische ‚Nazis‘ vorzugehen.

Am Tag nach dem russischen Angriff rief Leo mich an, um mir von seinem Freund M. aus Sankt Petersburg auszurichten, wie sehr dieser sich für den Überfall schäme. Leo teilte M.s Gefühle. Für ihn sei es wie die Wiederholung vom Frühjahr 1939, als die Nazis die ‚Rest-Tschechei‘ kassierten.

Leo lebte seit 1991 als ‚Kontingentflüchtling‘ in Deutschland. Nach dem Krieg arbeitete er als Zahnarzt und lehrte Kieferheilkunde in Leningrad. Doch es blieb stets ein Stigma, dass er deutscher Kriegsgefangener gewesen war. Anfang der 1990er wurde der Mann, für den er als Übersetzer arbeitete, von der Mafia getötet. Auch Leo selbst wurde bedroht. Um die Zeit herum sind wir uns das erste Mal begegnet, bei dem Treffen einer Gruppe sowjetischer und deutscher Weltkriegs-Veteranen, die sich drei Tage lang über ihre Erlebnisse austauschten. Meine Schwester dolmetschte. Später begleitete ich Leo ab und zu in Schulen, wo er seine Geschichte erzählte.

2012 dann bat ich ihn, mir das Grab seines Bruders zu zeigen. Leos langjähriger Freund Heiner Studt begleitete uns. Wir mieteten uns eine Wohnung in Petersburg, am Newski-Prospekt unweit des Moskauer Bahnhofs. Leo zeigte uns die Stätten seiner Jugend und stellte uns Freunden vor, auch seinem früheren Schüler M., der uns herumführte und öfters kutscherte. M. bestach mich als ein ebenso feinsinniger wie kluger Mensch, der sein Land liebte und stolz auf seine Vaterstadt war, aber gewiss keine Deutschen, Balten, Ukrainer oder Polen hasste.

Sankt Petersburg ist eine der schönsten Großstädte Europas. Es war Juni, die Zeit der ‚weißen Nächte‘, wo Flaneure um 1 Uhr morgens das Ufer der Newa bevölkern. Junge Leute saßen singend im Gras und feierten auf den Plätzen um den Winterpalast, das Licht und den Sommer.

M. war genauso schockiert wie Leo und zig andere Russen, die inzwischen verhaftet sind, weil sie gegen Putins Überfall aufbegehren. Seine Scham tröstete mich, aber er hatte dazu nicht viel mehr Grund als ich. Auch die Führung meines Landes ebnete dem Krieg den Weg. Merkel untersagte nach der Annexion der Krim Waffenlieferungen an Kiew. Parallel machte sie Deutschland immer abhängiger von russischem Gas und ließ die Bundeswehr verkommen. Damit trat sie in die Fußstapfen Barack Obamas, der zwar ständig Putin düpierte, aber seine Drohungen ihm gegenüber nie wahr machte. 2018 amüsierten sich deutsche Diplomaten köstlich über Donald Trump, als der sie vor

der Abhängigkeit von Russland warnte und darauf drängte, dass die Europäer ihr Militär in Schuss hielten.

Machtmenschen halten sich an Regeln, solange sie es müssen. Das Motto „*Si vis pacem para bellum*“ ist älter als die römische Republik. Doch entweder sprach im Umfeld der Kanzlerin niemand Latein oder Merkel wusste es besser. Das rächte sich, als der greise Joe Biden auf die Bühne taperte und Despoten rund um den Globus durch seinen desaströsen Abzug aus Kabul signalisierte, dass sie von den USA nichts mehr zu befürchten hatten. Das dürfte Putin entscheidend ermutigt und das Schicksal der Ukraine besiegelt haben.

Putin kommt aus St. Petersburg, das die Wehrmacht als damaliges Leningrad von September 1941 bis Ende Januar 1944 einkesselte und systematisch aushungerte, was ein Viertel der Einwohner das Leben kostete. Aber Leiden macht Menschen eben nicht immer nur milder. Putin ist Nostalgiker. Der Kollaps der Sowjetunion war für ihn nach eigenem Bekunden die größte Katastrophe des letzten Jahrhunderts. Er träumt von der Wiederherstellung des russischen Imperiums. Das reichte mal bis Alaska und umfasste halb Europa. Dass die Besitzungen de facto Kolonien waren, fiel keinem mehr auf, weil die Unterworfenen sich auf Gedeih und Verderb anzupassen hatten, ähnlich wie die Uiguren heute in China. Putin kränkt die Loslösung der Ukraine. Er sieht sie als Wiege der russischen Kultur, als Hort der Orthodoxie und einzig legitimen Erben des antiken Byzanz. Außerdem war sie das wirtschaftliche Kraftwerk der alten Sowjetunion. Dass er sich von der NATO hintergangen und eingekreist fühlt, ist nachvollziehbar, doch dass Russland bei den meisten seiner Nachbarn nicht sonderlich beliebt ist, hat gute Gründe. Wer Schwächere ständig bedrängt, sie überfällt oder ihnen das Existenzrecht abspricht, braucht sich nicht zu wundern, wenn sie Schutz bei einem gegnerischen Militärbündnis suchen.

Die USA haben eigene geostrategische Interessen. Sie sind seit jeher darauf bedacht, dass Deutschland und Russland sich nicht allzu gut verstehen. Bis vor kurzem fürchteten sie noch die Verbindung deutscher Industriemacht mit russischen Rohstoffkapazitäten. Seit Anfang des letzten Jahrhunderts waren sie stets bestrebt, zwischen die beiden

Mächte einen ‚Cordon sanitaire‘ zu legen. Eine westlich orientierte Ukraine wäre für sie der perfekte Puffer. Das zumindest erklärte der Politberater George Friedman im Februar 2015 beim ‚Chicago Council on Global Affairs‘, als er sich über künftige Konfliktszenarien in Europa ausließ.

Vermutlich sieht Putin sich als Vollstrecker der Ideen von Iwan Alexandrowitsch Iljin, des 1883 geborenen und 1954 in der Schweiz verstorbenen Philosophen, der als Monarchist und Feind der Bolschewiki die dekadenten, gottlosen Demokratien dem Untergang geweiht sah. Für die Zeit nach der Sowjetunion schwebte Iljin eine ‚erzieherische und wiedergebärende Diktatur‘ vor, geleitet durch einen starken Führer. Im Exil verfasste er ein *Grundgesetz des Russischen Imperiums*, auf das sich Putin häufiger bezieht. Danach soll die durch die Moderne erschütterte Welt an der russisch-orthodoxen Seele genesen. Iljins Russland besticht vor allem durch seinen anti-aufklärerischen Charakter. Trotzdem plädieren viele Deutsche dafür, Putins ‚legitime Ansprüche‘ anzuerkennen und sich gütlich mit ihm zu einigen.

Russland ist um ein Vielfaches stärker als die Ukraine. Wehren sich die Ukrainer trotzdem gegen den übermächtigen Gegner, muss man erst einmal fragen, warum? Man erklärte sie nicht kurzerhand zur Verfügungsmasse des Angreifers, nur weil man sich um den eigenen lieben Frieden sorgt. So ehrenwert diese Sorge sein mag: Wer bei Vergewaltigungsorgien in der Nachbarschaft wegsieht, hat beste Aussichten, bald selbst an die Reihe zu kommen. Polen, Balten und Finnen wissen das. Die Deutschen, die gern behaupten, aus den Fehlern ihrer Geschichte gelernt zu haben, könnten es theoretisch auch wissen. Wappnen sie sich stattdessen mit abstrakter Menschenliebe, halte ich das bestenfalls für naiv.

Natürlich verfolgen die USA eigene Interessen. Gewiss ist auch die ukrainische Führung weder makellos, noch hat sie alles dafür getan, um dem Kreml entgegenzukommen, und sicherlich hat auch Putin Gründe. Aber spätestens seit dem Massaker von Butscha weiß jeder, dass es ihm nicht um den Schutz bedrohter Zivilisten geht. Seit er an der Macht ist, springt Putin ruppig mit Georgiern und

Tschetschenen um. Die Osteuropäer haben keine Lust, sein Spielball zu sein.

Polen wurde im letzten Jahrhundert drei Mal von der Roten Armee überrollt. Stalin ließ Abertausende Polen erschießen und ins Nirgendwo deportieren. Balten, Finnen, Ungarn und Tschechoslowaken widerfuhr Ähnliches. Alle haben sie unerfreuliche Erfahrungen mit russisch-sowjetischer Dominanz gemacht und wenig Appetit auf Nachschlag.

Auch Deutsche erlebten durch den sowjetischen Sieg nicht bloß Erfreuliches. Von den gut dreieinhalb Millionen Kriegsgefangenen, die in sibirischen Lagern landeten, wurden bis 1956 nur zwei Millionen ‚repatriiert‘. Der Rest gilt als verstorben oder vermisst. Bei der Berlin-Blockade drohte Stalin dem Westteil der Stadt das Schicksal Leningrads an. Am 17. Juni 1953 rollten sechshundert sowjetische Panzer durch den Ostsektor, um den Volksaufstand zu unterdrücken. Acht Jahre später zerteilte der Mauerbau die Stadt. Das zerriss zahllose Familien. Nach dem Einmarsch in Prag durften die Belegschaften der DDR-Betriebe dann eine Solidaritätsresolution unterschreiben, um den Truppen des Warschauer Pakts dafür zu danken, dass sie dem ‚Sozialismus mit menschlichem Antlitz‘ den Garaus gemacht hatten.

Es ist müßig, Leid aufzurechnen. Aber wer sich über die Verbrechen des Westens ereifert, darf nicht ständig ausblenden, was sich parallel in der Sowjetunion und der Volksrepublik China abspielte. Mao Tse-tungs ‚großer Sprung nach vorn‘ kostete ähnlich viele Menschen das Leben wie der Zweite Weltkrieg. Die USA waren und sind als imperialer Hegemon nicht immer nur lieb. Auch sie haben Verbrechen begangen. Nach dem Angriff auf Pearl Harbour wurden auf Befehl Franklin D. Roosevelts etwa 125.000 Japaner in Internierungslager gesperrt. Zwei Drittel davon waren US-Bürger. Doch dieses Unrecht endete noch während des Krieges. Die Japaner wurden rehabilitiert. Die Regierung versuchte sie zu entschädigen. Ronald Reagan bat sie später förmlich um Verzeihung.

Nur zum Vergleich: Ende Januar 1945, als die Rote Armee die Lager von Auschwitz befreite, hielt Stalin geschätzte fünf Millionen Menschen in sibirischen Lagern gefangen. Fünf Jahre später waren es zehn

Millionen. Die allermeisten Häftlinge waren Sowjetbürger, viele davon ehemalige Soldaten, deren einziges Verbrechen darin bestand, deutsche Kriegsgefangene gewesen zu sein.

1990 begegnete ich einem Mann aus der Ukraine, den die Deutschen 1942 in Charkow als 16-Jährigen auf der Straße verhaftet hatten. Er sollte für sie einen Zug mit Fliesen beladen. Dann wurde er zusammen mit den Fliesen zur Zwangsarbeit ins Reich geschafft. Er lief weg, wurde gefasst und landete im KZ. Das überlebte er wunderbarerweise. Drei Jahre später befreiten ihn die Amerikaner. Er wollte zurück in seine Heimat. Also machte er sich von Süddeutschland zu Fuß auf in die sowjetisch besetzte Tschechoslowakei. Dort wurde er ‚filtriert‘. Die Herrschaften vom militärischen Abwehrdienst befanden, er sei ein ‚Faschistenknecht‘. Also schickten sie ihn als vermeintlichen Nazi-Kollaborateur in den Gulag.

1962, siebzehn Jahre nach Kriegsende und neun Jahre nach Stalins Tod, kam er frei, nach zwanzig Jahren Sklaverei, die er dem Pech verdankte, im Alter von sechzehn zur falschen Zeit am falschen Ort gewesen zu sein.

Auch daran dürften sich die leidenschaftlich anti-amerikanischen Deutschen ab und zu erinnern. Denn es gibt so etwas wie die Relativität des Übels. Wo das Schicksal des Einzelnen keine Rolle mehr spielt, herrscht immer Unrecht. Doch während sie das Versagen des Westens stets parat haben, ist das für linke Humanisten nie ein Thema. Ihre selektive Wahrnehmung hat Tradition.

Als Stalin seine alten Weggefährten wegmorden ließ, die spanische Republik verriet und mit Hitler paktierte, gab es dafür stets eine Ausrede. Die aus dem ‚leninschen Geist‘ gewachsene und ‚von Stalin geschweißte‘ Partei lag stets richtig. Nur wer bedingungslos an sie glaubte, war ein guter Genosse, wie in dem Lied von Louis Fürnberg aus dem Jahr 1950, seiner Hymne an die Partei: *„Sie hat uns Alles gegeben. / Sonne und Wind. Und sie geizte nie. / Wo sie war, war das Leben. / Was wir sind, sind wir durch sie. / Sie hat uns niemals verlassen. / Fror auch die Welt, uns war warm. / Uns schützt die Mutter der Massen. / Uns trägt ihr mächtiger Arm. // Die Partei, die Partei, die hat immer recht. / Und,*

*Genossen, es bleibe dabei. / Denn wer kämpft / Für das Recht, der hat immer recht / Gegen Lüge und Ausbeuterei. / Wer das Leben beleidigt, / Ist dumm oder schlecht. / Wer die Menschheit verteidigt, / Hat immer recht. / So, aus leninschem Geist, / Wächst, von Stalin geschweißt, / Die Partei, die Partei, die Partei!“*

Ideologisierte Atheisten lieben metaphysischen Ersatz, weil er den Alleinbesitz absoluter Gewissheiten sichert. Das rechtfertigt jeden Doppelstandard. Vergleichbar religiöse Inbrunst findet sich heute bei ‚erweckten‘ Aktivisten, die Gaza, Gender oder das Klima retten.

Eine große Ausnahme war Albert Camus. In *Die Pest* lässt er den vom Terror gelähmten Gefangenen sagen: „*Verliert die Furcht vor dem Schrecken, und er wird wirkungslos.*“ Einige Jahre später wurde er deutlicher: „*Unsere Verbrecher sind nicht mehr jene entwaffneten Kinder, die zur Entschuldigung die Liebe anriefen. Sie sind im Gegenteil erwachsen und haben ein unwiderlegbares Alibi, die Philosophie nämlich, die zu allem dienen kann, sogar dazu, die Mörder in Richter zu verwandeln.*“ Das ist aus *Der Mensch in der Revolte*.

Jean-Paul Sartre, der Hofintellektuelle der französischen Kommunisten, der nie ein Parteibuch besaß, aber stets stramm die Linie vertrat, brach daraufhin den Stab über Camus. In *Les Temps Modernes* mokierte er sich, ‚die Republik der schönen Seelen‘ habe ihn wohl zu ‚ihrem öffentlichen Ankläger bestellt‘. Aus seiner, Sartres Sicht bleibe die Kommunistische Partei die Hoffnung des Proletariats, der „*einzig konsequente Versuch, eine Gesellschaftsordnung zu schaffen, in der die, die nichts sind, Menschen werden*“.

Das schrieb Sartre 1952, also dem Jahr, als Stalins Kampagne gegen ‚Zionisten‘ und ‚Kosmopoliten‘ in der sogenannten Ärzteverschwörung gipfelte, einem aus der Luft gezauberten Komplott, nach dem jüdische Mediziner sich angeblich verschworen hatten, die sowjetische Führungsclique zu ermorden. Das diente als Vorwand, um Juden in Nazi-Manier zu verfolgen. Parallel fand in Prag der Prozess gegen Rudolf Slánský statt, den Generalsekretär der tschechoslowakischen KP. Den klagte man zusammen mit dreizehn führenden Kommunisten wegen ‚trotzkistisch-titoistisch-zionistischer‘ Konspiration an. Elf der vierzehn

Angeklagten waren Juden. Alle bis auf drei wurden aufgehängt. So viel zu dem konsequenten Versuch, eine Ordnung zu schaffen, in der die, die nichts sind, Menschen werden. Der großartige Humanist Jean-Paul Sartre hatte damit kein Problem.

Erst dreieinhalb Jahre nach Stalins Tod, im November 1956, als die Granaten sowjetischer Panzer ungarische Arbeiter zerfetzten, verabschiedete sich Sartre von der Partei. So bewahrheitete sich einmal mehr, was der von der Gestapo erschossene Historiker Marc Bloch bemerkt hatte: *„In den Hirngehäusen der Franzosen gehen die Todesanzeigen der Geschichte nie oder immer nur zu spät ein.“*

Die Hirngehäuse der Franzosen stehen hier stellvertretend für die vieler linker Westeuropäer, die bis heute zu desinteressiert, zu faul oder zu feige sind, um Phantasie und Mitgefühl für die unterdrückte Seite der europäischen Identität zu entwickeln, obwohl sie dem Osten ihres Kontinents weit mehr verdanken als Eisenstein, Malewitsch, Dostojewski und Tschaikowski, und sie sich ihre moderne Identität ohne Chopin, Conrad, Celan, Andrzejewski oder Szczypiorski genauso wenig vorstellen könnten.

Nicht wenige Deutsche halten Hanna Krall für eine der ihren, werden bei Klezmer schwach und verwenden jiddische Worte, ohne es selbst zu merken. Sprechen sie über Kolonialismus und Fremdherrschaft, denken sie an braune und gelbe Leute. Ungarn, Polen, Balten oder Sachsen haben sie nicht auf dem Schirm. Stalins Erben sind vergessen. Sie schmücken sich lieber mit der reumütigen Tugendhaftigkeit geläuterter Tätererben. Möglicherweise erklärt das ihre gnadenlose Provinzialität und ihren Paternalismus.

Einen Gefallen tun sie damit niemandem. Zu allerletzt sich selbst.

## Unterwegs in die neue Zeit

Wie bringt man widerspenstige Medien auf Linie? Vor einer Weile stand der Chef des Springer-Konzerns unter Beschuss. *Die Zeit* veröffentlichte private Emails von Mathias Döpfner, verfasst zu später Stunde, wo er sich flapsig über Migration, die einstige Kanzlerin und den Islam ausließ. So beendete *Die Zeit*, was im Herbst 2021 mit den Angriffen auf den Döpfner-Adlatus Julian Reichelt begann. Damals spekulierte der Medienfachmensch Ben Smith in der *New York Times* über die angeblichen erotischen Verfehlungen des damaligen *Bild*-Chef, was dann zu Reichelts Rauswurf führte.

Ich kann nur rätseln, wieso die *New York Times* sich fürs Liebesleben von Julian Reichelt interessierte. Eventuell lag es daran, dass Reichelt *Bild* gerade in einen beißfreudigen Gegner der Corona-Maßnahmen zu verwandeln drohte. Nachdem Smith ihn in #MeToo-Manier mit Schmutz beworfen hatte, war Reichelts Ruf dann genügend ramponiert, um ihn abzuschießen. Doch vermutlich diente die Skandalisierung dazu, um über Bande zu spielen. Der Artikel erschien zwei Monate, nachdem der Axel-Springer-Konzern im August 2021 *Politico* gekauft hatte, und Smith wies ausdrücklich darauf hin, dass der Beschuldigte ein enger Mitarbeiter des neuen *Politico*-Eigners sei. Insofern dürfte das wahre Ziel der Attacke Reichelts Mentor Döpfner gewesen sein. Nach dem Motto: „Töte den Hahn, wenn du den Affen erschrecken willst.“

Die Kabale erhellt, wie sehr der Medienmarkt transatlantisch vernetzt ist. Nebenbei erklärt es, wieso hiesige Journalisten die Deutungen ihrer Kollegen aus den USA kritikfrei weitertragen und bestürzend wenig eigene Neugierde entwickeln, wenn es um ‚Black Lives Matter‘, die ‚Demokraten‘, die beiden Obamas oder Donald Trump geht.

Parallel zur Intrige gegen den liberalkonservativen Döpfner roteten sich unter dem Banner des Bayreuther ‚Exzellenzclusters Africa Multiple‘ postkoloniale Akademiker zusammen, um eine der wenigen Kolleginnen mundtot zu machen, die sich noch kritisch mit dem

Islam beschäftigen. Ziel ihres Angriffs war Susanne Schröter, die das ‚Frankfurter Forschungszentrum Globaler Islam‘ (FFGI) leitete und seit Jahren unter Beschuss stand. Kurz zuvor hatte Schröter eine Konferenz über Migration und Einwanderung organisiert, bei der auch der abtrünnige Grüne Boris Palmer auftrat, der die Tabuisierung des Wortes ‚Neger‘ problematisierte. Der war daraufhin als ‚Nazi‘ beschimpft worden, was er wiederum mit einem ‚verbalen Judenstern‘ verglich. Aus diesen zwei Windeiern brieten Regierungspolitiker dann einen angeblichen Eklat.

Bayreuths ‚multiples Afrika‘, das sich *„dem Kampf gegen den Rassismus und alle Formen der Diskriminierung verpflichtet“* fühlt, witterte nun die Chance, über Palmers angebliche Entgleisung Susanne Schröter in Sippenhaft zu nehmen, und warf ihr vor, die *„Verbreitung diskriminierender, islamfeindlicher und rassistischer Ideologien unter dem Deckmantel der ‚objektiven Wissenschaft‘“* zu betreiben. Die Universitätsleitung müsse *„ihre bisher unkritische Unterstützung für das FFGI überdenken“*. Entweder solle sie Schröter feuern oder deren Zentrum dicht machen. Vorzugsweise beides. Laut Cicero schlossen sich der Hatz mindestens hundertachtzig ‚postkoloniale Antirassisten‘ an, die sämtlich im Sold des deutschen Bildungsbetriebs stehen. So viel zum Erbe der Humboldts.

Die Universität Bayreuth ist übrigens die Wirkungsstätte der Anglistin und Afrikanistin Susan Arndt, die sich intensiv um die ‚De-kolonisierung‘ der deutschen Sprache bemüht. Für Arndt, deren akademischer Elan um Sexismus, Intersektionalismus und Feminismus kreist, sind Begriffe wie ‚Dschungel‘ und ‚Barbar‘ rassistisch. Die 1967 geborene Wissenschaftlerin hat beim Duden-Verlag eine umfangreiche Gebrauchsanweisung vorgelegt, die auflistet, welche Begriffe kontaminiert sind. Sie findet nicht nur die Standards wie ‚Mohr‘, ‚Mulatte‘, ‚Neger‘, ‚Zigeuner‘, ‚Indianer‘ und ‚Eskimo‘ verwerflich, durch ihr Raster fallen auch ‚Ethnie‘, ‚Farbige‘ und ‚Fetisch‘ oder ‚Flüchtling‘ und ‚Ghetto‘. Von ‚Hautfarbe‘, ‚Lateinamerika‘ und ‚Neuer Welt‘ soll keiner mehr sprechen. Tabu sind ‚Tropen‘, ‚Südafrika‘, ‚Stamm‘ und ‚Naturvolk‘. Auch ‚Häuptling‘ und ‚dunkelhäutig‘ gelten als toxisch,

ebenso ‚Orient‘ und ‚Okzident‘ und ‚Morgen- und Abendland‘. Arndt regt an, dass eine öffentliche Kommission die Sprachbereinigung vornimmt.

Der kluge Josef Kraus verwies in diesem Zusammenhang auf Ludwig Wittgenstein: Die Grenzen der Sprache definieren den Rahmen unserer Welt. Sie bestimmen, was wir denken und auszudrücken vermögen. Sie geben die Parameter unseres Bewusstseins, unseres Geistes und unserer Reflexionsfähigkeit vor. Auch Arndt steht im Sold einer Bildungsstätte, die junge Menschen ans Ideal der ‚fröhlichen Wissenschaft‘ heranführen soll.

Ob es bei der *Zeit* unter der Ägide der Gräfin Marion Dönhoff immer nur lustig zugeht, sei dahingestellt. Gleichwohl bemühte man sich um gewisse Mindeststandards von Journalismus. Heute lässt die Chefredaktion Hochstapler auf Leser los. Im Juli 2023 flog der frei erfundene Diaspora-Jude Fabian Wolff auf, der als Kronzeuge gegen Israel antrat. Wolff unterstützt die internationale BDS-Kampagne. ‚Boycott, Divestment and Sanctions‘, will Israel wirtschaftlich, kulturell und politisch isolieren und aus Organisationen wie den Vereinten Nationen oder dem Weltfußballverband ausschließen. Das soll Israel zwingen, die ‚Okkupation und Kolonisierung allen arabischen Landes‘ zu beenden und das ‚Recht der palästinensischen Flüchtlinge auf eine Rückkehr in ihre Heimat und zu ihrem Eigentum gemäß UN-Resolution 194‘ zu akzeptieren.

Tatsächlich geht es darum, Israel zum Paria zu machen und ihm die Existenzgrundlage zu entziehen. Zig palästinensische Organisationen unterschrieben den Aufruf, die üblichen Verdächtigen unter den sogenannten Nichtregierungsorganisationen (NGO), diverse politische ‚Aktivisten‘ und Künstler, wie Angela Davis, die ‚linken‘ Jüdinnen Judith Butler und Naomi Klein oder die Pop-Ikone Roger Waters. Der Musiker Nick Cave dagegen erklärte, BDS-Befürworter hätten ihn so penetrant bedrängt, dass er nun erst recht ein Konzert in Tel Aviv geben werde. Ironischerweise nahm die Kampagne 2005 Fahrt auf, als Israel Gaza vollständig räumte und es den Palästinensern übergab. Die historischen Wurzeln von BDS gehen gut hundert Jahre zurück. Sie

stehen in der Tradition ähnlicher Aufrufe arabischer Nationalisten und des ‚Islamischen Weltkongresses‘, vorangetrieben durch den Jerusalemer Großmufti und Muslimbruder Mohammed Amin al-Husseini, der Pogrome und den Araberaufstand anzettelte, um später für Hitler von Berlin aus Dschihad-Propaganda zu machen.

Der Mufti bot den Nazis schon 1933 an, ihren jüdenfeindlichen Eifer in die islamische Welt zu tragen. Die frisch gegründete Arabische Liga griff das im Herbst 1945 auf und belegte alle von Juden hergestellten Güter im britischen Mandatsgebiet mit einem Bann. Heute postet die palästinensische BDS-Aktivistin Manal Tamini, die von der UN zur ‚Menschenrechtsverteidigerin‘ gekürt worden ist und für das UN-geförderte ‚Women’s Centre for Legal Aid and Counselling‘ tätig ist, zum jüdischen Versöhnungstag Jom Kippur auf *Twitter* Texte wie diesen: *„Vampirzionisten, die ihren Kebore Tag feiern, indem sie palästinensisches Blut trinken. Ja, unser Blut ist rein und schmeckt gut, aber am Ende wird es euch umbringen.“*

2019 beschloss der Bundestag, BDS-Unterstützer nicht länger mit Steuergeldern zu fördern. Dagegen protestierten diverse Linke und Grüne wie Claudia Roth und Lisa Paus. Die amerikanische Philosophin Susan Neiman, die das Potsdamer Einstein-Forum leitet, verstieg sich sogar dazu, die Meinungsfreiheit in Gefahr zu sehen. Neiman verteidigt den unter linken Israelfeinden beliebten ‚Postkolonialisten‘ Achille Mbembe aus Kamerun, der Israel mit dem Apartheidregime in Südafrika und den Nazis gleichsetzt. Der hält die ‚Besetzung Palästinas für den größten moralischen Skandal unserer Zeit‘, weshalb er den Judenstaat ‚global isolieren‘ möchte. Neiman sieht das offenbar ähnlich. Sie wünscht sich mehr ‚Israelkritik‘ in Deutschland. Für sie sollten die Deutschen, ‚wenn es um Juden geht, nicht immer nur an die Vergangenheit denken‘, sondern daran, was gegenwärtig passiert.

Das Juste Milieu liebt Juden, die den Israelis vorwerfen, keinen Deut besser zu sein als die Nazis. Im Subventionssumpf des Kulturbetriebs ist jüdische ‚Israelkritik‘ ein Marktsegment mit erheblichem Karrierepotential. Auch Fabian Wolff wollte einen Brocken von dem Kuchen. Also gab er dem Affen Zucker, spielte den gequälten Anti-Zionisten

und jüdelte, was das Zeug hielt. Dummerweise war er so echt wie Ferdinand Marian als ‚Jud Süß‘ in Veit Harlans Propagandafilm, nur ein Talmi-Itzig, der ranzige Stereotype bedient. Für Susan Neiman war das in Ordnung. Sie findet eben nicht Wolffs Verhalten kritikwürdig, sondern Deutsche, die sich ‚wegen ihres Nazi-Opas‘ nicht trauen, Israel zu kritisieren.

Ich kenne Wolff nicht näher. Vielleicht ist er wirklich nur ein tragischer Fall von Identitäts-Dysphorie. Das eigentlich Garstige daran ist, dass die edle *Zeit* schon länger wusste, dass er eine Mogelpackung war. 2017 unterbreitete Wolffs Ex-Freundin dem Feuilleton-Redakteur Lars Weisbrod dringende Zweifel an Wolffs jüdischer Herkunft. Denen ging der Redakteur nie nach. Sie ließen auch seinen Chef kalt. Doch spätestens nachdem der Reportagen-Phantast Claas-Hendrik Relotius aufgefliegen war, hätte das Blatt genauer hinsehen müssen. Das tat es nie. Was wiederum zeigt, auf welch einseitig ideologisiertem Niveau sich die sogenannte Qualitätspresse inzwischen bewegt.

Vor Jahren berichtete mir ein Freund vom Besuch einer jüdischen Freundin. Während ihres Gesprächs über Deutsche und Juden habe sie die Fassung verloren. Ob er nicht sehe, dass alle Deutschen Juden sein wollten? Er habe sie nicht verstanden. Kein Wunder. Er wuchs in Chile auf und gelangte mit einem ‚Pinochet-Stipendium‘ hierher. Deutschland lernte er erst nach dem Putsch gründlicher kennen, als er dem Schlachthaus entronnen war, in das der General seine Heimat verwandelt hatte. So landete er in Westberlin, also auf einer ganz anderen Art Friedhof.

Als er mir den Streit mit der Freundin schildert, erfahre ich von deren deutschen Ex-Gatten. Der besaß angeblich eine jüdische Mutter, die sich tötete, weil sie das Leben im Land der Mörder nicht mehr ertrug. Davon habe er erst als Erwachsener erfahren, mit der Familie gebrochen, sich beschneiden lassen und sei konvertiert. Jahre später, nach jüdischer Hochzeit, Kindern, diversen Ehekrisen und einer fortgeschrittenen Säuferkarriere seinerseits kam dann heraus: Das Judentum der Mama war pure Fiktion, die Tragik ihres Suizids frei erfunden, alles nur ein Vexierbild seiner neurotischen Phantasie, die Ausgeburt von Selbstekel, Schuldgefühlen und Suff.

So lief das eben mitunter unter den nachgeborenen Deutschen. Ungewöhnlich war nur, dass es gleich eine sich selbst mordende Mutter sein musste. Der Rest bestach mich als wenig originell. Für gewöhnlich reichten die dezent platzierte Menora und der Querverweis auf die jüdische Oma, die immer gern dann beschworen wurde, wenn es um Israel und Palästina ging, die besseren Argumente flöten waren und der oder die Betreffende meinte, moralisch ein wenig aufholen zu müssen. Eine jüdische Großmutter sicherte Polypunkte. Notfalls tat es auch der angeheiratete Onkel. Der mit Kontakten zum Widerstand. „*Welchem Widerstand?*“ Besser nicht zu genau fragen. Ein Vierteljahrhundert später dann gibt es die Groteske um Fabian Wolff und den bass erstaunten Giovanni di Lorenzo, der von all dem nichts gewusst haben will. Ganz neu ist das also nicht.

Erich Kästner sagt im *Fabian*, der Globus habe Krätze. Astrid Lindgrens Tagebücher von 1939 bis 1945 sind überschrieben mit *Die Menschheit hat den Verstand verloren*. John Kennedy Tooles Meisterwerk heißt *Die Verschwörung der Idioten*. Was wie das Leitmotiv diverser deutscher Regierungen klingt, ist der Titel eines Romans, der zehn Jahre nach dem Suizid seines Verfassers erschien.

Kästners *Fabian* kam 1931 heraus, am Vorabend der Machtübergabe an Hitler. Er skizziert die Odyssee von Kästners Alter Ego Jacob Fabian durch die Wirrnis Berlins in der späten Weimarer Republik. Ursprünglich hatte der Roman *Der Gang vor die Hunde* heißen sollen.

Im Mai 1933 stand Kästner inmitten der gaffenden Menge vor der Berliner Oper und sah den Studenten in Braunhemden zu, die auch seine Bücher auf einen riesigen Scheiterhaufen warfen. Vielleicht gingen ihm dabei die Worte von Heine durch den Kopf, die man heute gern beim Andenken an das Autodafé zitiert: „*Dort, wo man Bücher verbrennt, verbrennt man auch am Ende Menschen.*“ Oder er dachte an Gotthold Ephraim Lessing, den Wegbereiter der Aufklärung, dem er im *Fabian* ein Denkmal setzte und in dessen Tradition er sich vielleicht selbst sah, als er über ihn sagte: „*Das, was er schrieb, war manchmal Dichtung, / doch um zu dichten schrieb er nie. / Es gab kein Ziel. Er fand die Richtung. / Er war ein Mann und kein Genie.*“

Kästners Werke landeten unter dem Motto „*Gegen Dekadenz und moralischen Verfall!*“ in den Flammen. Er verfolgte das Spektakel, bis eine Frau plötzlich rief: „*Da steht ja der Kästner!*“

Ich bekam *Fabian* zur Taufe geschenkt, von meiner Patentante Irene. Die war Ende der 1930er mit ihrem Mann aus Berlin geflohen, weil er nicht den rassistischen Reinheitsgeboten entsprach, um über Paris, Marseille, Lissabon und Havanna Jahre später in New York zu landen. 1945 kehrte sie als Captain der US-Armee ins zerstörte Deutschland zurück, wo sie später dann Texte aus dem Amerikanischen übersetzte und mir von Joseph Heller vorschwärmte.

Kästners Kollege Robert Neumann nannte Kästner ‚halb Bürgerschreck, halb verschreckten Bürger‘. Neumanns Bücher wurden 1933 auch verbrannt. Er selbst floh nach England. Ein weiterer verschreckter Bürger, gar nicht so viel anders als viele heute, etwa wenn ich an meinen Freund Amos denke, der vor einem halben Jahr von Hamburg nach London gewechselt ist.

Auch das Erschrecken braucht Worte, und selbst wenn es so viel Sinn hat, gegen den herrschenden Zeitgeist anzuschreiben wie in der Nase zu bohren, kann keiner immer nur mit dem Finger in der Nase herumlaufen. Gelegentlich muss er sich fragen, wohin denn die politische Korrektheit geführt hat, die er einst selber reinsten Gewissens bemüht hat, in jugendlichem Eifer, um das geistige Erbe und die ‚Sprache des Dritten Reichs‘ loszuwerden.

Oberflächlich scheint die Dämonenaustreibung ein phänomenaler Erfolg, derart durchschlagend, dass nun schon jeder suspekt ist, der nur das Wort ‚Heimat‘ benutzt. Unterschwellig hat sich wenig getan. Seelisch sind die Urenkel wieder punktgenau dort angelangt, von wo aus ihre Altvorderen 1933 in die Katastrophe aufgebrochen sind. Die Vorzeichen haben sich verkehrt und die Nachgeborenen würden jegliche Nähe zu ihren Vorläufern von sich weisen. Aber wer heute Victor Klemperers *LTI* liest, hat das Gefühl, durch das gegenwärtige Grauen zu stolpern.

Die jungen Leute, die am 10. Mai 1933 den Kopf einer demolierten Büste von Magnus Hirschfeld wie das Haupt eines Geköpften auf einer

Stange hin und her schwenkten und Joseph Goebbels lauschten, der vorm Widerschein der Flammen verkündete, das ‚Zeitalter des überspitzten jüdischen Intellektualismus‘ sei überwunden, sahen sich auch als Avantgarde, als revolutionäre Jugend, die den Bruch mit der Vergangenheit vollzog und das morsche System hinwegfegte. Sie hielten sich für die Speerspitze der Erweckten, die in ein strahlendes Morgen aufbrachen, von dem sie hofften, dass es edler, reiner und gerechter sein würde.

Neunzig Jahre später sind die Chiffren ökologisch, feminin, anti-rassistisch und transgenderaffin. Unterschwellig toben dieselben Resentiments. Die Feindbilder sind identisch: Die liberale Aufklärung, das Individuum, der Kapitalismus. Und die Juden.

## Linker Antisemitismus und die Hamas

Im Dezember 2022 stürmten Anhänger der Gruppe ‚End Fossil: Occupy‘ einen Hörsaal an der Frankfurter Goethe-Universität. Sie verkündeten auf Handzetteln: *„Wir betrachten die Hamas als Widerstandsbewegung gegen Zionismus und Imperialismus.“*

Hamas ist der palästinensische Ableger der ursprünglich ägyptischen Muslimbruderschaft, die in Gaza seit 2007 mit Gewalt und Terror herrscht. Wie die schiitische ‚Hisbollah‘ im Libanon ist sie eine Marionette des Regimes im Iran. Ihr Ziel ist nicht nur das Auslöschen Israels, sondern das Vernichten aller Juden. Der Krieg, den sie am 7. Oktober 2023 auf Betreiben der Mullahs angezettelt haben, sollte die ‚Abraham Accords‘ torpedieren und einen Keil zwischen Israel und die sunnitischen Araber treiben. Er diene dem Zweck, Israel vor dem Rest der Welt als bössartigen Aggressor hinzustellen. Dass diese Rechnung aufgegangen ist, verdankt Hamas nicht nur seinen Finanziers aus Iran und Katar, sondern ganz entscheidend der ‚antiimperialistischen‘ Linken.

Als Hamas 2021 mit Branddrachen Kinder und Alte in Israel quälte, bezeugte ‚Fridays for Future International‘ auf *Twitter* seine in-nige ‚Solidarität mit Palästina‘. Sein Herz sei bei *„all den Märtyrern, die ihr Leben verloren haben ... Möge aus den Erinnerungen daran ein Segen und eine Revolution werden“*. Im November 2022 mahnte es Greta Thunbergs Anhänger: *„Heute ist ‚Free Palestine Day‘. Heute gedenken wir aller palästinensischen Opfer des israelischen Neokolonialismus und der Apartheid.“*

In der Antwort darauf war zu lesen: *„Als internationale antikoloniale Bewegung für Klimagerechtigkeit sind wir solidarisch mit der palästinensischen Befreiung. Viva Palestina libre!“*

Entlarvend ist der rote Faden, der sich durch alle Varianten von Identitätsideologie zieht, egal, ob es um ‚kritische Rassentheorie‘, ‚Postkolonialismus‘ oder endzeitverliebttes Klimakleben geht. Ein Leitmotiv ist der Kampf gegen Israel. Juden sind die Chiffre für die ‚westliche Moderne‘. Darum feiern ‚Linksaktivisten‘ Palästinenser und attackieren

den ‚jüdischen Apartheidstaat‘. Antizionismus ist die Maske für das, was vorgestern Antijudaismus war und gestern Antisemitismus hieß. Ohne diese Zutat kommt offenbar keine auf absolute Unterwerfung getrimmte Lehre aus. Hass auf Juden ist nun mal die Mutter aller Feindbilder.

Nach dieser Logik unterdrücken neun Millionen Israelis nicht nur die 1,6 Milliarden Muslime von Indonesien bis Marokko, sie sind auch verantwortlich fürs globale Wetter. Deshalb finden Greta Thunberg und die ‚Letzte Generation‘ die Hamas ganz großartig. Dass Hamas mit Hilfgeldern keine notleidenden Menschen unterstützt, sondern sie in den Tunnelbau steckt und Kindergärten wie Krankenhäuser als Waffenlager und Abschussrampen für Raketen missbraucht, stört sie nicht. Sogar auf der ‚Internationalistischen Queer Pride Parade‘, die im Juli 2022 durch Kreuzberg und Neukölln zog, flatterten Palästina-Fahnen. Die Menge skandierte begeistert die Auslöschungsphantasie: *„From the River to the Sea, Palestine will be free.“*

Andere reckten Schilder in die Luft, auf denen zu lesen war: *„Not gay as in happy but queer as in free Palestine.“*

Hamas lässt Schwule von Dächern stürzen. Auch in der Westbank werden sie ‚ehrengemordet‘. Die persischen Ayatollahs hängen sie an fahrbaren Baukränen der Firma ‚Atlas‘ auf. Doch die Publizistin Malca Wolf-Goldstein wurde von ‚Facebook‘ gesperrt, nachdem sie bemerkt hatte, dass LGBTQ-Aktivist:innen, die Hamas unterstützten, sie an Masthähnchen erinnerten, die für ‚Kentucky Fried Chicken‘ auf die Straße gingen.

In Haifa und Tel Aviv leben Hunderte schwuler Araber. Denen gewährt Israel Asyl, weil man sie in Gaza und der Westbank sonst lynchen würde. Zum Dank dafür erklärte die Sprecherin der ‚Migrant:in‘ in Berlin, das sei bloß ein perfider Trick, um von dem Leid der Besatzung abzulenken und den Zionisten ein besseres Image zu verschaffen. Israel missbrauche queere Palästinenser, um muslimische Staaten als homophob hinzustellen.

Schwule haben allen Grund, sich vor Islamisten zu fürchten. Sie können sich nirgendwo in Nahost frei bewegen, geschweige denn offen

als ‚Drag Queen‘ und ‚Transgender‘ leben. Einzig Israel schützt sie, und zwar unabhängig davon, ob sie Juden, Christen oder Muslime sind. Das verdrehen ‚palästinensische Aktivisten‘ dann auf der Schwulensparade in der deutschen Flüchtlingshauptstadt in böses Kalkül.

Selbst auf die Gefahr hin, mich zu wiederholen: Ich entsinne nicht, dass Abertausende in Berlin, Paris und London protestierten, als Baschar al-Assad Aleppo zerlegte. Auch die Unterstützung der Türkei für den IS bei der Schlacht um Kobanê irritierte eigentlich bloß Kurden. Sperrt die chinesische Regierung eine geschätzte Million Uiguren in Xinjiang ein oder schiebt Pakistan zwei Millionen Afghanen ab, lässt es Linke und Muslime kalt. Aber wenn Israel sich gegen die Mordbande aus Gaza wehrt, stehen sie Kopf.

Es ist bizarr. Mit ihrer Hetze auf Israel gelingt es rechtsextremen Judenfeinden seit Jahrzehnten, die Herzen westlicher Linker zu erobern. ‚Freitags für die Zukunft‘, ‚Schwarze Leben zählen‘ und die ‚Antifa‘ gehen da ebenso begierig an Bord wie Jürgen Trittin, Lisa Paus und Claudia Roth.

In Friedrich Hollaenders Spottlied vom Herbst 1931 heißt es: *„Ob es schön ist, ob's bewölkt ist, ob es taut oder ob es gießt. Ob es rieselt, ob es nieselt, ob de hustest, ob de niest – an allem sind die Juden schuld. Die Juden sind an allem schuld! Wieso, warum sind sie dran schuld? Kind, das verstehst du nicht, sie sind dran schuld.“*

Wer ernsthaft fragt, wieso der Antijudaismus Christen wie Muslime so hartnäckig im Griff hat, sollte sich ihre Religionen ansehen.

Religiöser Judenhass dürfte mindestens so alt sein wie das Christentum und der Islam. Schon Augustinus konnte es den Juden nicht verzeihen, am Glauben ihrer Väter festzuhalten, wo doch die Kirche beanspruchte, über die absolute Wahrheit zu verfügen. Mit Mohammed wurde es nicht besser. Nun behauptete auch noch der Islam, der ultimative Weg zu Gott zu sein. Gleich zwei mächtige Religionen bedienten sich beim Alten Testament, um anschließend ein kardinales Copyright-Problem zu haben, wenn sie auf die Erben der Torah trafen. Schließlich waren die ja der wandelnde Beweis dafür, dass ihre Lehre eine schnöde Kopie war. Obendrein hatten sie Zugang zum selben

Gott. So erinnerten sie ständig an die ‚kulturelle Aneignung‘. Das war den Kopisten ein Dorn im Auge und auf die Dauer unerträglich. Um ihr Gewissen zu entlasten und den Diebstahl nachträglich zu rechtfertigen, stellten sie die Opfer als Täter dar und rückten die Leute, deren Heilige Schrift sie geklaut hatten, in ein übles Licht. Sie verwandelten sie in verabscheuungswürdige Wesen, die mit dem Teufel paktierten, Brunnen vergifteten und Brot mit dem Blut kleiner Kinder buken. Das untermauerte die Kirche zusätzlich, indem sie alle Juden als Christusmörder in die ewige Verdammnis schickte. Tatsächlich hatten Römer den Juden Jesus ans Kreuz genagelt und ohne dieses betrübliche Ereignis hätte es nie eine Erlöserreligion gegeben, doch das fiel keinem auf. So fraß sich der Schauermythos über die Jahrhunderte ins kollektive Bewusstsein und gerann zu dem pawlowschen Reflex, den das Couplet von Hollaender so trefflich parodiert.

Bei den Muslimen geht die Geschichte etwas anders. Als Mohammed und seine Anhänger aus Mekka fliehen mussten, gewährten ihnen drei jüdische Stämme in der Oase Yathrib Asyl. Dass die Juden sich nicht dem Islam unterwerfen wollten, erzürnte den Propheten. Nachdem er die ersten beiden Stämme vertrieben hatte, warf er dem dritten vor, ihn an seine Feinde verraten zu haben. Also belagerte er ihre Festung. Nachdem sie sich ergeben hatten, ließ er alle männlichen Juden, die schon Schamhaar aufwiesen, auf den Marktplatz führen und dort in zuvor ausgehobenen Gruben enthaupten. Die Frauen und Kinder kamen in die Sklaverei. Sich selbst sicherte er als Beischläferin eine gewisse Raihana, die die Gattin eines der jüdischen Anführer gewesen war und über deren weiteres Schicksal die Überlieferungen variieren. Nach einigen Berichten konvertierte sie zum Islam und ehelichte Mohammed, nach anderen weigerte sie sich, einen Schleier zu tragen, und starb als versklavte Jüdin. Der Massenmord spielte sich nach der sogenannten Grabenschlacht ab, im Jahr 627. Wie viele Juden Mohammed töten ließ, ist unklar. Die Schätzungen liegen zwischen 400 und 900. Anschließend wurde Yathrib umbenannt und erhielt den unspektakulären Namen ‚Medina‘, was ‚die Stadt‘ heißt. Heute ist es die zweitheiligste Stätte des Islam.

Der rebellische Mönch Martin Luther war auch kein Judenfreund. Für ihn waren sie ein ‚durchböstes, vergiftetes Ding, Plage, Pestilenz und alles Unglück‘. Man müsse ‚ihre Synagoga mit Feuer anstecken‘ und ‚ihre Häuser desgleichen abbrechen oder zerstören‘, ‚all ihre Betbüchlein‘ konfiszieren und ‚ihren Rabbinern bei Leib und Leben verbieten, hinfort zu lehren‘. Zudem solle man ihnen ‚Geleit und Straße ganz und gar‘ verwehren und ‚alle Barschaft und Kleinod an Silber und Gold‘ wegnehmen.

Luthers *Von den Juden und ihren Lügen* erschien 1543. Vierhundert Jahre später ließ der getaufte Katholik Adolf Hitler Luthers Fantasien wahr werden. In Auschwitz-Birkenau hatten todgeweihte ‚Sonderkommandos‘ die Körperöffnungen der Vergasteten nach ‚Kleinodien‘ zu durchsuchen. Die landeten mit den übrigen ‚Effekten‘ der Ermordeten in einem Komplex, den die Häftlinge ‚Kanada‘ nannten, weil es dort ganz nah und doch unerreichbar fern warme Kleidung, Brot, Rauchwaren, Schnaps und andere Kostbarkeiten in Hülle und Fülle gab.

1950 veröffentlichte der ägyptische Journalist und Chefideologe der Muslimbrüder Sayyid Qutb seine Schrift *Unser Kampf mit den Juden*. Darin behauptet er, die Juden hätten sich seit jeher gegen den Islam verschworen. *„Die Juden von heute gleichen ihren Ahnen zur Zeit Mohammeds: Sie zeigen Feindseligkeit, seitdem der Staat von Medina gegründet wurde. Sie verübten Anschläge gegen die Gemeinschaft der Muslime vom ersten Tag an, an dem diese sich bildete. Die Juden betrieben Machenschaften und waren doppelzüngig, um die ersten Muslime anzugreifen. Und so machten sie immer weiter in ihrer Bosheit ... um die Gemeinschaft der Muslime von ihrer Religion zu entfernen und sie dem Koran zu entfremden.“* Juden seien *„Kreaturen, die töten, massakrieren und den Propheten verleumden“*, man könne von ihnen *„nur eines erwarten: Menschenblut zu vergießen (und) schmutzige Mittel“* einzusetzen, *„um ihre Machenschaften und ihre Bosheit weiter zu treiben“*. Doch dann habe Gott Hitler gesandt, um über sie zu herrschen. Qutb betet, *„Allah möge (erneut) Leute schicken, um den Juden die schlimmste Art der Strafe zu verpassen; damit wird er sein eindeutiges Versprechen erfüllen.“*

Fraglich, ob diejenigen, die jetzt „*Yallah, yallah Intifada!*“ und „*From the River to the Sea*“ rufen, je von Sayyid Qutb oder dem ‚Kanada‘ in Birkenau gehört haben. Dafür wissen sie, dass Israel böse ist. Klimagöttin Greta Thunberg, der Klaus Schwab in Davos eine Bühne bot, um seinem Weltwirtschaftsforum zuzurufen „*I want you to panic!*“, demonstrierte in Malmö zusammen mit Tausenden anderen gegen eine junge Frau, die beim ‚Eurovision Song Contest‘ für Israel singen wollte.

Ich halte Antisemitismus für eine bösartige Geisteskrankheit, die in Krisen immer wieder ganze Gesellschaften befällt. Dabei wechselt sie wie ein echter Virus die äußere Form. Von Welle zu Welle kommen neue Varianten hinzu. Aktuell ist die aggressivste Abart die postkoloniale Israelkritik, die die bizarre Allianz zwischen Linksextremisten und Islamofaschisten begründet. Das Massaker vom 7. Oktober wirkt wie ein Brandbeschleuniger. Der Wahnsinn ufert global aus und nimmt immer aggressivere Züge an.

Vor gut vierzig Jahren war ich mehrfach in der Westbank, Ost-Jerusalem, Bethlehem, Jericho und Hebron. Spanisch sprachen dort die wenigsten. Dafür verehrten viele den Mufti Mohammed Amin al-Husseini und Jassir Arafat. Man erklärte mir häufiger, Hitler sei großartig gewesen, weil er so viele Juden getötet habe.

Das war lange vor Thunbergs Geburt, zu einer Zeit, als Alois Brunner, Adolf Eichmanns Helfer, der Hunderttausende von Juden aus Wien, Berlin, Saloniki, Paris und Bratislava in die Vernichtungslager hatte schaffen lassen, sich noch bester Gesundheit im syrischen Damaskus erfreute. Nach 1945 war der Nahe Osten ähnlich wie Lateinamerika ein bevorzugtes Fluchtziel für deutsche Kriegsverbrecher, wo man gesuchte Nazis mit offenen Armen aufnahm. Sie dienten den arabischen Regimen als politische und militärische Berater, Geheimdienstprofis oder Propagandafachleute. Islamische Sympathien für die NS-Bewegung reichten weit in die Vorkriegszeit zurück.

Der Bruder von Rudolf Hess wirkte in Ägypten als Leiter der NSDAP-Auslandsorganisation intensiv am Aufbau der Muslimbruderschaft mit. Er knüpfte über Hassan al-Banna enge Kontakte zum Mufti von Jerusalem, der ab 1941 zur Schlüsselfigur der Dschihad-Propaganda

des ‚Deutschen Kurzwellensenders‘ aufsteigen sollte. 1936 berichtete der deutsche Konsul in Jaffa, die Muslime seien von der ‚nationalsozialistischen Lehre aufs Tiefste beeindruckt‘, weil die Judenfeindschaft ‚verwandte Saiten‘ anklingen lasse. 1938 dann fand in Kairo eine antizionistische Palästina-Konferenz statt, wo die Gäste nicht bloß die *Protokolle der Weisen von Zion* erwerben konnten, sondern auch eine araberfreundliche geschönte Version von *Mein Kampf*. Zu dieser Zeit verglichen arabische Zeitungen den ‚Führer‘ mit dem Propheten Mohammed.

Hitler sei ein ‚überragender Exportartikel‘ gewesen, bemerken Klaus-Michael Mallmann und Martin Cüppers in *Halbmond und Hakenkreuz – das ‚Dritte Reich‘, die Araber und Palästina*, das Neugierigen hier ebenso ans Herz gelegt sei wie Matthias Küntzels *Nazis und der Nahe Osten – Wie der islamische Antisemitismus entstand*. So meldete etwa der SS-Brigadeführer Erwin Ettl 1941 aus Teheran, dass persische Mullahs Hitler als ‚zwölften Imam‘ bezeichneten, den mythischen Heilsbringer, der für Schiiten eine zentrale Erlöserrolle spielt. Das dürfte den Judenhass des damals 39-jährigen Ruhollah Khomeini entscheidend befeuert haben, dessen Nachfolger inzwischen Hisbollah und Hamas gegen Israel hetzen.

Hamas bedeutet so viel wie ‚Eifer‘ und ‚Kampfgeist‘. Es ist ein Akronym für ‚islamischen Widerstand‘. Ideologisch lehnt sich der Ableger der 1928 gegründeten Muslimbruderschaft an die italienischen Faschisten und die deutschen Nationalsozialisten an. Er will die ‚islamische Erde‘ von westlichen Einflüssen ‚reinigen‘ und einen religiösen Führerstaat errichten. Der soll Israel ‚annullieren‘ und alle in Palästina lebenden Juden und Christen auslöschen.

In Ägypten veranstalteten al-Bannas Gefolgsleute schon vor neunzig Jahren Pogrome gegen Juden und Christen, ermordeten verständigungsbereite Muslime und unterstützten den Kampf des Jerusalemer Muftis Mohammed Amin al-Husseini. Der zettelte 1936 den arabischen Aufstand in Palästina an. 1941 floh er zu Hitler ins Exil nach Berlin, wo er zum islamischen Chefpropagandisten der Nazis aufstieg und als General der Waffen-SS muslimische Freiwillige auf dem Balkan rekrutierte.

Nach dem Krieg verschafften die Muslimbrüder dem von den Alliierten als Kriegsverbrecher gesuchten Husseini Asyl in Ägypten. Husseini nahm den jungen Jassir Arafat unter seine Fittiche und ließ ihn durch einen ehemaligen NS-Offizier ausbilden, um ihn 1948 zusammen mit anderen Muslimbrüdern in den Krieg gegen Israel zu schicken. Obwohl oder weil die Bruderschaft bald darauf in Ägypten verboten und al-Banna ermordet wurde, inspirierte sie Dutzende ähnlicher Bewegungen. Islamisten von Pakistan bis Marokko idealisieren sie als Keimzelle der ‚Erweckung‘. Laut Küntzel spielen die Muslimbrüder für den politischen Islam eine ähnliche Rolle wie einst die Bolschewiki für die kommunistische Internationale. Auch Recep Tayyip Erdoğan zählt zu ihren Fans.

Ihr Ableger in Gaza geht auf Scheich Ahmad Yasin zurück. Der nutzte die israelische Besetzung nach dem Sechstagekrieg, um Koranschulen und Wehrsportgruppen ins Leben zu rufen. So baute er peu à peu die von Gamal Abdel Nasser unterdrückte Bruderschaft wieder auf, die offiziell nach Beginn der ersten Intifada neu gegründet wurde. 2006, ein Jahr nach dem Abzug der Israelis aus Gaza, erhielt die Hamas im Zuge der letzten freien Wahlen die Mehrheit der Stimmen in Gaza. Zunächst teilte sie sich die Macht der Autonomiebehörde. Im Juni 2007 dann vertrieben ihre ‚Kassam-Brigaden‘ in mehrtägigen Kämpfen die ‚Fatah‘ aus Gaza. Seitdem herrscht dort die Hamas.

Die Hamas will nach der Vernichtung Israels auf dem Gebiet Gesamtpalästinas einen Gottesstaat errichten. Weltanschaulich tickt die Organisation islamisch-faschistisch und streng antiwestlich. Dass postmoderne Linke das für fortschrittlich oder gar ‚antiimperialistisch‘ halten, verdankt sich der Begriffsverwirrung durch Intellektuelle wie Edward Said oder Judith Butler.

Said war der Vater der sogenannten postkolonialen Schule. Er ist der Brückenbauer zwischen der ‚antiimperialistischen‘ Linken und den Islamisten. Said verpasste dem ‚Antizionismus‘ sowjetischer Prägung den europafeindlichen Drall. Wer sich über die innige ideologische Nähe erweckter Linker und rechtsradikaler Fundamentalisten wundert, darf sich bei ihm bedanken. Aber eben auch bei Judith Butler,

die als international gefeierte ‚Philosophin‘ neben Naomi Klein die prominenteste jüdische Ikone der BDS-Kampagne sein dürfte. Hisbollah und Hamas sind für Butler ‚progressive, soziale Bewegungen‘. 2006 erklärte sie sie zum ‚Teil der globalen Linken‘. Trotzdem oder deshalb verlieh ihr die Stadt Frankfurt 2012 den mit 50.000 Euro dotierten Theodor W. Adorno-Preis, quasi als tätige Hommage an dessen *Dialektik der Aufklärung*.

Butler sieht im Hamas-Überfall vom 7. Oktober 2023 keinen Terrorangriff, sondern einen ‚Akt des bewaffneten Widerstands‘. Das macht sie zur Stichwortgeberin der spätjugendlichen ‚Erweckten‘, die von Berkeley bis Berlin Universitäten besetzen, um Israel anzuprangern. Pro-Hamas-Kundgebungen sind bestens organisiert und genießen die Unterstützung islamischer und links-akademischer Kreise.

Die Polizei, die während der Corona-Pandemie wenig zimperlich gegen Maßnahmegegner vorging, hält sich bei pro-palästinensischen Sympathieäußerungen auffällig zurück. Clanchef Abou Chaker, der auf dem Alexanderplatz gegen Israel demonstriert, ist eben nicht so handzahn wie eingeborene Corona-Kritiker. Darum nennt das Staatsfernsehen ihn auch nicht einen gemeingefährlichen Schwurbler, wenn er im *TikTok*-Plausch mit dem Salafisten-Prediger Pierre Vogel den israelischen Staatschef Benjamin Netanjahu für schlimmer hält als Adolf Hitler.

Das Massaker vom 7. Oktober 2023, bei dem Leute aus Gaza jüdische und nicht-jüdische Menschen abschlachteten, Mädchen und Mütter vergewaltigten, bevor sie sie erschossen, um anschließend Hunderte als Geiseln in die Tunnel unter Gaza zu verschleppen, fand für diese ‚Aktivisten‘ entweder nie statt, oder sie nennen es ‚Résistance‘.

Für mich waren die Reaktionen auf das Massaker fast monströser als das Massaker selbst. Wo es einen kollektiven Aufschrei hätte geben müssen, dröhnte Schweigen. Die Feministinnen, Intellektuellen und Künstler verfielen in katatonische Starre. All die, die sonst bei der kleinsten Zurücksetzung aufkreischen, blieben stumm. Knapp achtzig Jahre nach dem heiligen Schwur von Buchenwald geschah das Ungeheuerliche erneut, aber das ‚Nie wieder!‘ war vergessen. Mehr

Rückgratlosigkeit kann man kaum demonstrieren. Die geballte Empörung brach sich erst wieder Bahn, als eine Handvoll Angetrunkener auf Sylt zu Pfingsten Gigi D'Agostino umdichtete.

In ihrer brillanten Rede vor dem österreichischen Parlament zitierte Monika Schwarz-Friesel einen jungen Israeli, der postete: *„Sie attackierten Lesben und Schwule, und ich stand dagegen auf. Sie attackierten die schwarze Gemeinschaft, und ich stand dagegen auf. Sie attackierten die Migranten, und ich stand dagegen auf. Dann attackierten sie mich. Aber ich stand allein. Denn ich bin jüdisch.“*

## Die Antwort einer prominenten Kollegin

Vor kurzem schickte mir ein Freund die Replik der russisch-israelischen Schriftstellerin Dina Rubina auf die Anfrage der Londoner Kultureinrichtung ‚Puschkin-Haus‘. Rubina kam 1953 in Taschkent zur Welt, studierte Musik und lehrte am Konservatorium. 1984 zog sie nach Moskau und 1990 nach Israel. Sie veröffentlichte mehr als fünfzig Bücher, die in über dreißig Sprachen übersetzt sind, davon allerdings bloß drei in Deutsche. Ihr *Hier kommt der Messias* ist eine ironische, bittersüße Bestandsaufnahme russischer Emigrantenschicksale im heutigen Israel. Das Puschkin-Haus lud Rubina zu einer Konferenz über ihre Bücher ein, aber bat sie zuvor darum, ‚ihre Position zu Israel zu klären‘. Rubina antwortete darauf unter anderem wie folgt:

*„Am Samstag, den 7. Oktober, dem jüdischen Feiertag Simchat Tora, hat das skrupellose, gut ausgebildete, gut vorbereitete und gut ausgerüstete Terrorregime der Hamas, die in der Enklave Gaza herrscht (die Israel vor rund zwanzig Jahren verlassen hat), Dutzende von friedlichen Kibbuzim angegriffen und mein Land mit Zehntausenden von Raketen bombardiert.*

*Die Hamas hat Gräueltaten begangen, die selbst die Bibel nicht beschreiben kann, Gräueltaten, die mit den Verbrechen von Sodom und Gomorrha konkurrieren. Gräueltaten, die übrigens von GoPro-Kameras gefilmt wurden. Die Mörder haben das Grauen so weit getrieben, dass sie die Bilder in Echtzeit an ihre Familien oder in sozialen Netzwerken verschickt haben.*

*Stundenlang vergewaltigten Tausende von glücklichen, blutbesoffenen Bestien Frauen, Kinder und Männer, schossen ihren Opfern in den Schritt und in den Kopf, schnitten den Frauen die Brüste ab und spielten mit ihnen Fußball, schnitten schwangeren Frauen die Babys aus dem Bauch und enthaupteten sie sofort, fesselten und verbrannten die kleinen Kinder. Es gab so viele verkohlte Leichen, dass die Gerichtsmediziner viele Wochen lang mit der enormen Arbeitsbelastung bei der Identifizierung der einzelnen Personen überfordert waren.*

*Eine Freundin von mir, die 20 Jahre lang in der Notaufnahme eines New Yorker Krankenhauses und dann 15 Jahre lang in Israel gearbeitet hat, war eine der ersten, die in den Kibbuzim ankam, als Teil eines Teams von Rettern und Ärzten. Seitdem kann sie immer noch nicht schlafen. Obwohl sie als Notfallspezialistin an sezierte Leichen gewöhnt ist, fiel sie beim Anblick des makabren Anblicks in Ohnmacht und erbrach sich auf dem Rückweg ins Auto.*

*Neben den Hamas-Kämpfern stürmten auch palästinensisch-arabische Zivilisten (aus dem Gazastreifen) und beteiligten sich an Pogromen ungeahnten Ausmaßes, plünderten, töteten und schleppten alles, was sie in die Finger bekamen.*

*Unter diesen ‚palästinensisch-arabischen Zivilisten‘ befanden sich 450 Mitglieder der hoch angesehenen Organisation UNRWA (Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten). Dem Jubel der Bevölkerung nach zu urteilen (der auch von Tausenden von Handycameras eingefangen wurde), wird die Hamas von fast der gesamten Bevölkerung von Gaza unterstützt.*

*Aber das Wesentliche ist für uns da: Mehr als zweihundert Israelis, darunter Frauen, Kinder, ältere Menschen und ausländische Arbeiter, wurden in die Höhle der Bestie geschleppt. Hundert von ihnen verrotten und sterben noch immer in den Kerkern der Hamas. Es versteht sich von selbst, dass diese Opfer, die nach wie vor verhöhnt werden, für die „akademische Gemeinschaft“ von geringer Bedeutung sind.*

*Aber das ist nicht das, worüber ich gerade spreche. Ich schreibe dies nicht, damit irgendjemand mit der Tragödie meines Volkes mitfühlt.*

*Während all dieser Jahre hat die internationale Gemeinschaft buchstäblich Hunderte von Millionen Dollar in dieses Stück Land (den Gazastreifen) gesteckt – und allein das Jahresbudget des UNRWA entspricht einer MILLIARDE Dollar! – In all diesen Jahren nutzte die Hamas dieses Geld, um ein Imperium mit einem komplexen System unterirdischer Tunnel aufzubauen, Waffen zu horten, Schulkindern von der Grundschule an beizubringen, wie man ein Kalaschnikow-Sturmgewehr auseinander- und zusammenbaut, Schulbücher zu drucken, in denen der Hass auf Israel unbeschreiblich ist und in denen sogar Matheaufgaben so aussehen: ›Es gab*

*zehn Juden, der Schahid tötete vier, wie viele sind noch übrig? ...', und rufen mit jedem Wort zum Mord an Juden auf.*

*Und jetzt, wo Israel, endlich schockiert von dem ungeheuerlichen Verbrechen dieser Bastarde, einen Krieg führt, um die Hamas-Terroristen zu vernichten, die diesen Krieg so sorgfältig vorbereitet haben, indem sie Tausende von Granaten in allen Krankenhäusern, Schulen, Kindergärten platziert haben ... hier (nun) erhebt sich die akademische Welt und sorgt sich über ‚Völkermord am palästinensischen Volk‘, natürlich auf der Grundlage von Daten, bereitgestellt von ... wem? Richtig, von derselben Hamas, von derselben UNRWA ... Die akademische Gemeinschaft, die sich weder um die Massaker in Syrien, noch um das Massaker in Somalia, noch um die Misshandlung der Uiguren, noch um die Millionen von Kurden, die seit Jahrzehnten vom türkischen Regime verfolgt werden, gekümmert hat, diese sehr besorgte Gemeinschaft, die ‚Arafat‘ um den Hals trägt, das Markenzeichen der Mörder, versammelt sich jetzt unter Bannern mit ‚Freies Palästina vom Fluss bis zum Meer‘, was die totale Zerstörung Israels (und der Israelis) bedeutet. (Ja, viele dieser ‚Akademiker‘ haben, wie Umfragen zeigen, keine Ahnung, wo der Fluss ist, wie er heißt und wo bestimmte Grenzen verlaufen.) Und jetzt ist es dieselbe Öffentlichkeit, die mich auffordert, ‚eine klare Position zu diesem Thema zu beziehen‘.*

*Meinen Sie das wirklich ernst? Ist das Ihr Ernst?“*

Rubina, die als Schriftstellerin ihr Leben lang Wörter gefaltet hat und deren Romane in 40 Sprachen übersetzt sind, lehnte ihre Teilnahme ab. Es sei ihr ein Vergnügen, schrieb sie, mit der ganzen Kraft ihrer Seele, all die hirnlosen ‚Intellektuellen‘, die sich für ihre Position interessierten, zur Hölle zu schicken.

In Gaza gibt es rund 13.000 UNRWA-Mitarbeiter. Davon sollen etwa 1.000 der Hamas oder dem ‚Islamischen Dschihad‘ angehören und rund 450 am Massaker vom 7. Oktober teilgenommen haben. Ganze dreizehn wurden dafür gefeuert. Fragt sich, wie viele palästinensische Autoren, deren Werke in Dutzende von Sprachen übersetzt sind, ihre Haltung zur Hamas klären müssen, bevor sie über ihre Bücher sprechen dürfen.

Der Hass, der sich da entfaltet, erinnert an den deutschen Wahn der frühen 1930er, nur findet er jetzt weltweit statt. Trotzdem oder deshalb warnte der frisch abgewählte deutsche Kanzler unlängst vor einer israelischen Offensive im südlichen Gaza-Streifen. Das könne nicht gut ausgehen. Zugleich forderte er mehr Hilfe für die Bevölkerung dort. *„500 Lkw pro Tag sind das Mindeste. Wer einen Krieg führt, ist auch für die Humanität verantwortlich und für die Zivilbevölkerung, die Opfer des Krieges ist.“*

Damit meinte Olaf Scholz nicht etwa die Drahtzieher des Krieges in Teheran. Sein Appell ging auch nicht an die Hamas, deren Blutausch das Leid der Menschen in Gaza ausgelöst hatte. Er wandte sich an die Israelis, die seit Jahrzehnten von feindlichen Nachbarn bedrängt werden und nun schon wieder um ihr Überleben kämpfen dürfen. Die sollen diejenigen, die das Abschlachten wehrloser Juden bejubelt haben, gefälligst füttern. Was sie übrigens längst tun. Als Scholz Israel ermahnte, hatte es laut *Welt* mindestens 28.000 Lastwagen mit Hilfsgütern nach Gaza geschickt. Systematisches Aushungern sieht anders aus.

Selbst Scholz und sein christdemokratischer Nachfolger Friedrich Merz dürften wissen, dass die Hamas die Not der Bewohner von Gaza sofort beenden könnte. Dazu bräuchte sie bloß aufhören, ständig Raketen auf Israel abzufeuern, und die verschleppten Geiseln freigegeben. Oder zumindest ihre Leichen.

Krieg ist schrecklich. Aber anders als ihre Feinde, die vorzugsweise Wehrlose töten, suchen die israelischen Soldaten Zivilisten zu schonen, so gut es geht. Das gelingt ihnen auch weit besser als allen anderen Armeen, selbst wenn Internationale Gerichtshof und sein Chefankläger Karim Khan sich weigern, das zur Kenntnis zu nehmen.

Doch die Israelis können kaum aufhören, sich zu wehren. Die Hamas weiß das. Ihre Kämpfer verschanzen sich hinter Frauen und Greisen und benutzen Kinder als Kugelfang. Je offensichtlicher die Bewohner von Gaza leiden, desto besser. Denn dies ist ein Krieg der Bilder. Fast alle Medien übernehmen ungeprüft die Opferzahlen der Hamas und zeigen gequälte Kinder. Das verfestigt den Eindruck, die Israelis seien blutrünstige Schlächter. So inszenieren die Angreifer die visuelle Täter-

Opfer-Umkehr mit Hilfe westlicher Journalisten. Das funktionierte auch schon lange vor dem Krieg hervorragend. Auf mich wirken die Israel-Berichte des ÖRR wie direkt aus den Studios von *Al-Jazeera*. Und die deutsche Politik, deren Aufgabe es wäre, zu differenzieren und die medialen Lügen zu entlarven, macht sich stattdessen zu ihrem Werkzeug.

Die grüne Außenministerin flog laufend nach Israel, um die Juden zurechtzuweisen. Sie äußerte sich ‚zutiefst besorgt‘ und ermahnte sie, Irans Raketenattacken nicht zum Anlass zu nehmen, ‚den Krieg zu eskalieren‘. Auf ihr Betreiben hin enthielt sich Deutschland der Stimme, als es bei den Vereinten Nationen (UN) gegen Israel ging. Stattdessen sicherte sie der korrupten, ins Hamas-Gemetzel verstrickten UNWRA weitere Hilfsgelder zu. Derweil nannte ihr Vorgänger Sigmar Gabriel den israelischen Angriff auf Rafah einen ‚Überfall‘ und sprach von einem ‚Kriegsverbrechen‘. Der neue deutsche Chefdiplomat droht diesen Kurs fortzusetzen, was den Verdacht nährt, dass der Kern des Übels in der Personalstruktur des Auswärtigen Amts liegt. Doch den Israelis dürfte klar sein: Mit solchen Freunden brauchen sie keine Feinde mehr.

Die wenigsten wollen, dass Menschen leiden. Aber wo kriminelle Regime das Leiden verursachen, sind nicht deren Feinde für das Leid verantwortlich. Deutsche sollten das wissen. Die allermeisten Opfer der Luftangriffe auf Hamburg im Sommer 1943 waren Zivilisten. Damals starben 30.000 in einer einzigen Nacht. Nach zehn Tagen war ein Drittel der Stadt in Schutt und Asche gelegt. Mein Vater erlebte das mit. Was er mir schilderte, lässt Dantes *Inferno* wie eine verträumte Spielwiese aussehen. Doch er wies mich eben auch darauf hin, dass das Grauen, das Hamburg damals ereilte, die Ernte des Horrors war, den das Reich und seine Luftwaffe zuvor selbst von Guernica bis Stalingrad gesät hatte.

Dieser Fluch musste gebrochen werden. Sonst hätte Hitler triumphiert. Würde man englischen Müttern Bilder von den verstümmelten, erschlagenen und erstickten deutschen Kindern gezeigt haben, hätte es ihnen vermutlich auch das Herz zerrissen. Doch sie wussten, was ihren eigenen Kindern blühte, wenn dieser Feind nicht besiegt würde. Während Hamburg im Feuersturm versank, rollten die Züge nach Auschwitz weiter.

Heute spekuliert die Hamas auf die Wut der Israelis und setzt die Bevölkerung gezielt der Wucht ihrer Luftschläge aus, um mit Schreckensbildern die Propagandaschlacht zu gewinnen. Linke Journalisten helfen dabei mit und präsentieren die Angreifer als Opfer. In den Monaten nach dem Pogrom erlebten wir einen Tsunami an Judenhass wie seit dem Dritten Reich nicht mehr, gekoppelt an eine Welle selbstvergessener Dummheit.

Seit dem 7. Oktober 2023 sehen wir bei zahllosen Kundgebungen in den USA und Europa, wie sich die Allianz zwischen linksextremen ‚Aktivisten‘ und islamischen Israelhassern entfaltet, aber statt endlich zu begreifen, dass das, was heute den Juden geschieht, morgen auch allen anderen blühen dürfte, baden wir in Staunen. Dabei hörte ein Freund bei einer Kundgebung in London schon im November 2023 den Slogan: „*The West is next!*“

## **Naika Foroutan, Edward Said und Léon Poliakov**

**U**nterlassungen können tödlich sein. Das zeigen die deutschen Regierungen, die sich der identitätspolitischen Chimäre des ‚antimuslimischen Rassismus‘ unterworfen haben.

Jeder, der sich etwas gründlicher mit der Kompatibilität von orthodoxer Religiosität und aufgeklärten Gesellschaften beschäftigt, weiß, dass religiöse Muslime sich nirgendwo in Westeuropa integrieren. Das liegt weniger an den xenophoben Eingeborenen als daran, dass die islamischen Zuwanderer sie als verachtenswerte Ungläubige betrachten und deren christlich-säkulare Kultur ablehnen. Sie schotten sich ab und bilden Parallelwelten, in denen sie nach eigenen Regeln leben. Insofern sind ‚Migrantenghettos‘ keine Schleusen, in denen sie sich assimilieren und schrittweise an die Mehrheitsgesellschaft anpassen, sondern Fluchtburgen, Rückzugsräume und strategische Vorposten zur Eroberung des christlichen Kontinents. Nicht zuletzt darum sind die längst eingebürgerten Religiösen der dritten Generation oft deutlich radikaler als ihre Großväter.

Spätestens seit dem Ende der Weimarer Republik ist bekannt, dass rechtsstaatliche Institutionen allein kein Überleben einer Demokratie garantieren. Dazu bedarf es einer kritischen Masse an Demokraten. Wie und zu wem die beten, ist drittrangig. Sie sollten sich nur grundsätzlich darüber einig sein, in was für einer Gesellschaft sie leben wollen und auf welche Art Konfliktlösungen sie setzen. Sonst geht der Laden in die Brüche, und so wie die katholische Inquisition und der säkulare Rechtsstaat sich beißen, schließen die islamische Scharia und das religionsneutrale Grundgesetz einander aus.

Früher leuchtete das sogar Merkel ein. Da erteilte sie ethnisch gefärbtem Gruppendenken eine Absage und sagte, ‚Multikulti‘ sei ‚absolut gescheitert‘. Leider blieb diese Einsicht ohne jede Konsequenz. Sobald es ihr opportun erschien, wischte sie sie vom Tisch, erklärte den Islam zum Teil von Deutschland und hofierte Fundamentalistinnen wie die Milli-Görüş-affine Kübra Gümüşay. Statt angefeindete,

integrationswillige Muslime zu stärken, setzte sie auf Gestalten wie Aydan Özoğuz, Lamyia Kaddor oder Ferda Ataman. Ihr Umarmen des ‚konservativen‘ Islam hatte machttaktische Gründe, die so kurzsichtig wie eigensüchtig waren. Dergestalt landeten Debatten über religiöse Migration bereits lange vor 2015 in der Tabuzone. Dabei waren alle Nöte, die das Land nun damit hat, schon damals mehr als absehbar.

Mit ihrer Massenaufnahme der ‚Syrer‘ machte Merkel grüne Träume wahr. Das sicherte ihr die Zustimmung der Linken. Zu ihrer Ideengeberin wurde Naika Foroutan. Foroutan leitet das ‚Deutsche Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung‘ (DeZIM) in Berlin. Die Tochter eines iranischen Vaters und einer deutschen Mutter hat Politik- und Islamwissenschaften studiert und unterrichtet an der Humboldt-Universität. Ideologisch liegt sie auf einer Linie mit Richard Delgado, dessen Wirken ich in der *Rassismufalle* beleuchte. Der US-amerikanische Juraprofessor ist einer der Schöpfer der neorassistischen ‚kritischen Rassentheorie‘. Er hält Meinungsfreiheit und Individualismus für repressive Ideologien, westliche Rechtssysteme für strukturell rassistisch und die Idee der Gleichheit vor dem Gesetz für eine Lüge. Damit ist er einer der Säulenheiligen des ‚erweckten Denkens‘. Delgado hat die ideologischen Grundlagen für den ‚Intersectionalism‘ Kimberlé Crenshaws oder die ‚Critical Whiteness‘ Robin DiAngelos geschaffen und ist einer der geistigen Wegbereiter von ‚Black Lives Matter‘.

Naika Foroutan überträgt seine Denkweise auf deutsche Verhältnisse. Sie sieht Muslime in der Rolle der Unterdrückten, die durch die Mehrheit diskriminiert werden. Sie selbst beschreibt sich als ‚partielle Aktivistin‘. Sie findet es großartig, dass ihre akademischen Kollegen ‚Aktivismus und Wissenschaft‘ nicht mehr ‚so hart trennen‘. Sie selbst tut das auch nicht. Entsprechend parteiisch gefärbt sind ihre ‚Forschungsergebnisse‘.

Merkel, die von Foroutans Kritik an Thilo Sarrazin begeistert war, beauftragte ihr Institut, einen ‚Rassismus-Monitor‘ zu erstellen. Der kostete Millionen und wurde im Juni 2022 erstmals veröffentlicht. Er bescheinigt der deutschen Bevölkerung, extrem fremdenfeindlich zu sein und unter muslimischen Zuwanderern eine ‚Blutspur des Terrors‘

zu hinterlassen, ‚die sich von den 1990ern bis in die Gegenwart‘ zieht. Foroutans Projektleiter Cihan Sinanoğlu hält Rassismus für eine ‚allgegenwärtige Erfahrung‘. Die wurzelt angeblich ‚in der Mitte der Gesellschaft‘ und ist so dramatisch, dass sie durch staatliche Maßnahmen bekämpft werden muss, die dann an migrantische Fachkräfte wie bei Foroutans ‚DeZIM‘ outsourct werden sollten. In Interviews bekundet Foroutan Sympathien für Ferda Ataman und Karl Marx. Oberflächlich umgänglich, sind ihre Ansichten dürftig verschleiert pro-islamisch und anti-deutsch. Spricht man sie auf die Verfassungstreue ihrer Mitstreiter und die Grundwerte der Republik an, reagiert sie allergisch.

Foroutans Viktimologie hat wenig mit empirischer Wissenschaft zu tun, sondern fußt auf der Theorie, die der palästinensische Literaturtheoretiker Edward Said in seinem Hauptwerk *Orientalismus* entwickelt und zur antiwestlichen Doktrin ausgebaut hat. Said kam 1935 in Jerusalem zur Welt, wuchs in Kairo auf und ging Mitte der 1950er zum Studium in die USA, wo er an der Columbia-Universität unterrichtete und die sogenannte postkoloniale Schule begründen half.

Fußend auf Michel Foucaults ‚Diskursanalyse‘ behauptete er, die Trennung in Orient und Okzident sei ein künstlicher Gegensatz, um westliche Dominanz herzustellen und europäischen Imperialismus zu rechtfertigen. Eine Schlüsselrolle dabei hätten Kulturwissenschaftler gespielt, die die zu Beherrschenden erforschten und ihnen die Herrschaftsideologie der Kolonialisten oktroyierten.

Als Unterstützer der ‚Palestinian Liberation Organisation‘ (PLO) und Anhänger Jassir Arafats beanspruchte Said für sich, ‚der Macht die Wahrheit zu sagen‘. Damit jedoch meinte er nie islamische Despoten, sondern den westlichen Wissenschaftsbetrieb. Das begeisterte alle Fans ‚anti-imperialistischer‘ Opfernarrative, für die sein Werk eine Offenbarung war. Bei kundigeren Lesern löste das Werk eher Kopfschütteln aus, weil Said zig Unwahrheiten präsentierte und Wesentliches wegließ. Der britische Historiker Clive Dewey nannte *Orientalismus* eine ‚Karikatur des westlichen Wissens über den Orient‘, befeuert durch eine ‚offen politische Zielsetzung‘.

Said war ein cleverer Propagandist, der sich geschickt zu inszenieren verstand und nicht bloß akademische, sondern politische Protektion genoss. Als charismatischer Erzähler, der es mit Fakten nie genau nahm, doch dem Publikum lieferte, was es hören wollte, strickte er an dem Mythos, Muslime seien die Opfer europäischer Täter. Dazu dachte er sich alles Mögliche aus. So verkündete er beispielsweise, sie seien durch die Nationalsozialisten ebenso bedroht gewesen wie Juden. Das ist nachweislich Blödsinn, denn das NS-Regime arbeitete eng mit der Muslimbruderschaft zusammen. Im Berliner Exil bekleidete der Mufti von Jerusalem den Rang eines SS-Generals. Er war detailliert in den Ablauf und die Fortschritte der Judenvernichtung eingeweiht und half, Pläne für den Fall des deutschen Sieges in Ägypten zu schmieden, um Judendeportationen aus Palästina zu organisieren.

Tatsächlich verschonte die Wehrmacht muslimische Kriegsgefangene, weshalb jüdische Rotarmisten, die sonst sofort erschossen worden wären, sich als angebliche Tartaren unter ihnen verstecken konnten. Das weiß ich von meinem jüdischen Freund Leo, der als angehender ‚Politruk‘ vier Jahre in deutschen Lagern verbrachte. All das dürfte Said zumindest in groben Zügen bekannt gewesen sein. Trotzdem behauptete er nicht nur das Gegenteil, er verstieg sich sogar dazu, Léon Poliakov zu beschuldigen, diese von ihm frei erfundene ‚Tatsache‘ böswillig verschleiern zu haben.

Hierzulande kennt kaum jemand Léon Poliakov. Poliakov floh als Kind aus dem revolutionären Petersburg nach Frankreich und kämpfte 1940 in der französischen Armee. Nachdem er aus deutscher Haft entkommen war, stieß er zur Résistance, wo er viele jüdische Kinder vor der Deportation rettete. Ab 1943 begann er im Untergrund die Verbrechen an Juden zu dokumentieren. Er gilt als einer der ersten systematischen Chronisten des ‚Holocaust‘.

Obwohl weder Araber noch Muslime jemals das Ziel eines rassistischen Vernichtungsprogramms waren, sondern die Muslimbrüder und der Mufti eng mit den Nazis kollaborierten, behauptete Said, Poliakov habe den Verfolgungsdruck der Nazis gegen sie absichtlich ausgespart, um Juden den größtmöglichen ‚Opfernimbus‘ zu verpassen.

In Wahrheit erfand Said eine Bedrohung, die es nie gab, um Muslimen denselben Opferstatus anzudichten wie Juden.

Said lebte lange in Ägypten. Er dürfte mit den Schriften Sayyid Qutbs vertraut gewesen sein. Als hoher PLO-Kader muss er um die Verbindungen von Hassan al Banna und Arafats Mentor al-Husseini zu Hitler gewusst haben. Aber als jemand, der die Islamisierung der christlichen Türkei mal eben um 400 Jahre vorverlegte, bog er sich Geschichte eben nach Gusto zurecht, wie es ihm gerade so in den propagandistischen Kram passte. Dafür schändete er auch den Ruf eines ungewöhnlich tapferen, mutigen Mannes, dem er weder als Mensch noch als Wissenschaftler je das Wasser hätte reichen können.

Heute lehren zig westliche Universitäten Said's monströse Lügenmärchen. Von Léon Poliakov weiß kaum noch einer. Wieso allerdings der 1941 in Ellwangen geborene Historiker Wolfgang Benz, der einst Chef des Berliner Zentrums für Antisemitismusforschung war, es seiner Doktorandin Yasemin Shooman und seiner Assistentin Juliane Wetzel erlaubte, Said's dreiste Geschichtsfälschung zu recyceln und daraus die Gleichsetzung von Antisemitismus und ‚Islamophobie‘ zu stricken, bleibt eines der vielen großen Rätsel der deutschen Holocaustwissenschaft, die ich mir bloß psychopathologisch erklären kann.

Shooman gelang es mit Hilfe von Benz, den widersinnigen Begriff ‚antimuslimischer Rassismus‘ hoffähig zu machen, also genau das Schlagwort, mit dem heute Ferda Ataman, Naika Foroutan und Cihan Sinanoğlu operieren, um alle Querverweise auf islamischen Judenhass als ‚rassistisch‘ zu brandmarken.

Das wiederum lud *Twitter* dazu ein, den Account des stellvertretenden Vorsitzenden der Bundespolizeigewerkschaft zu sperren. Der hatte nach einem Vortrag des liberalen Muslims Ahmad Mansour gepostet: *„Danke Ahmad Mansour für deinen Einsatz und deine Aufklärung im Kampf gegen Islamismus. Wir brauchen deine Stimme mehr denn je. Islamisten sind Feinde unserer Gesellschaft und gehören entschlossen bekämpft. Das fängt bei der Aufklärung und Demaskierung an.“* Dieser Tweet verletzte laut *Twitter* die Regeln ‚gegen hasserfülltes Verhalten‘.

Den englischsprachigen Account der iranischen Staatsführung, auf dem persische Geistliche nach dem Mordanschlag auf Salman Rushdie Allahs erfolgreiche Rache preisen und das Opfer ihrer ‚Fatwa‘ verhöhn-  
nen, sperrte *Twitter* übrigens nicht.

Ahmad Mansour setzt sich gegen Antisemitismus unter Muslimen ein. Das müssen die Zensoren nicht wissen. Doch selbst ihnen dürfte bekannt sein, dass Islamisten keine schützenswerte Minderheit sind, sondern die Todfeinde jeder freiheitlichen Gesellschaft.

Faktisch gehorchte *Twitter* damit der islamischen Definition der ‚Dhimma‘. Die Dhimma legt seit dem 8. Jahrhundert die Behandlung ‚schutzbefohlener Ungläubiger‘ fest. ‚Dhimmis‘ haben sich der Vorherrschaft des Islam zu unterwerfen. Sonst werden sie bestraft. Allein Muslime entscheiden, ob und wann sie sich durch ‚Dhimmis‘ beleidigt fühlen. Folglich wähten sich die Mörder Samuel Patys auch völlig im Recht. *Twitter* beugt sich derselben Logik. So beerdigt es im Namen des postkolonialen Kulturrelativismus die Mindeststandards der Meinungsfreiheit.

Nancy Faesers Auflösung des Expertenkreises ‚Politischer Islamismus‘ ging in die gleiche Richtung und war ein weiterer, entscheidender Schritt zur ‚Dhimmisierung‘ des Landes, auf Kosten von säkularen Muslimen, Juden, Christen und Atheisten, Mädchen, Frauen, Lesben und Schwulen. Das tangierte die sozialdemokratische Innenministerin nicht. Stattdessen beflaggte sie ihr Ministerium in Regenbogenfarben und trug eine neckische Armbinde. Flaggenflut und Armbinden waren bei Fans deutscher Erweckungsbewegungen seit jeher äußerst beliebt. Allerdings zog der damalige preußische Innenminister Herrmann Göring ein etwas anderes Design vor.

Yasemin Shooman wiederum arbeitet nach einem Umweg über das Jüdische Museum, das sie zeitnah zum Eklat um dessen iranfreundlichen Leiter verließ, nun als wissenschaftliche Geschäftsführerin für Naika Foroutans ‚DeZIM‘. Daneben ist sie Mitglied des ‚Rats für Migration‘, des ‚historischen Beirats des Regierenden Bürgermeisters von Berlin‘ und des Avicenna-Studienwerks. Zudem sitzt sie seit 2019 in der ‚Fachkommission zu den Rahmenbedingungen der Integrationsfähigkeit‘.

# Migrationsagenda der Eliten

## McCarthy als Lehrmeister

Victor Klemperers Buch über die Sprache des Dritten Reiches erschien 1947. Er nannte es *LTI – Notizbuch eines Philologen*. ‚LTI‘ ist ein Kürzel für ‚Lingua Tertii Imperii‘. Damit nahm Klemperer den Hang der Nazis zu bombastischen Fremdwörtern aufs Korn und den Drang, alle möglichen Wortmonster abzukürzen – eine Leidenschaft, die heutige Identitätsideologen mit ihnen teilen. Klemperer entzauberte Schlüsselbegriffe der NS-Propaganda und versuchte die psychologischen Tricks zu entlarven, um sie in den Köpfen und Herzen des Publikums zu verankern.

Sein Buch ist so brillant wie zeitübergreifend. Er skizziert das Abstumpfen des Denkens durch ständiges Wiederholen derselben Hohlforneln und das Züchten von Größenwahn durch inflationäre Superlative. Eigentlich müsste es Pflichtlektüre für jeden deutschsprachigen Antifaschisten sein. Nur haben die, die heute im Windschatten höherer und höchster Moral segeln, es vermutlich nie gelesen. Sonst wüssten sie, dass sie sich kaum anders benehmen als die Braunhemden bei Klemperer. Laufend schaffen sie neue Sprachverbote, Schamzonen und Tabus. Die ‚latente Androhung von Shitstorms oder Karriereachteilen‘ narkotisiere den Debattenraum, schrieb Milosz Matuschek vor Jahren. Die Omertà fresse sich durch Universitäten, Kulturbetrieb, Redaktionen und die Politik. Längst ist die Androhung nicht mehr latent, sondern konkret, und obwohl sie sich immer noch als politische Prüderie verkleidet, werden die dreckigen Machtfantasien dahinter immer offensichtlicher. Nachdem der Bundestag am 1. Juni 2017 den Paragraphen 103 des Strafgesetzbuchs gestrichen hatte, der die Beleidigung von Organen und Vertretern ausländischer Staaten unter Strafe stellte, änderte er am 3. April 2021 den Paragraphen 188 des Strafgesetzbuchs, der das Beleidigen von ‚im politischen Leben des Volkes

stehende Personen‘ bestraft, sofern es ihr ‚öffentliches Wirken erheblich zu erschweren‘ droht. Der niedersächsische Justizministerin ist die Einschränkung offenbar zu viel. Die Sozialdemokratin regte jüngst an, den Paragrafen dahingehend zu ‚reformieren‘, dass fortan jegliche Art von Politikerbeleidigung strafbar ist.

Dabei bleibt die Waffengleichheit auf der Strecke. Die Abgeordnete Marie-Agnes Strack-Zimmermann konnte beim Neujahrsempfang der Freien Demokraten 2024 die Wähler der Konkurrenz ungestraft mit Schmeißfliegen vergleichen und erklären: *„Je größer der Haufen Scheiße, umso mehr Fliegen sitzen drauf.“* Doch beim Zurückspielen des Balls sollte man sich vorsehen, weil Frau Strack-Zimmermann eigens als Firmen organisierte Denunziationsportale beauftragt hat, die das Netz nach garstigen Äußerungen über sie durchforsten. Sie stellt monatlich ungefähr 250 Strafanzeigen, was über Abmahnverfahren durchaus lukrativ für sie und ihre Anwälte zu sein scheint. Mit diesem Geschäftsmodell ist sie keineswegs allein. Der einstige Bundeswirtschaftsminister und seine grünen Kolleginnen besitzen ähnlich sensible Seelen, die sich auch laufend durch ‚Hass und Hetze‘ bedroht sahen und hundertfach Bürger anzeigten, die sich ihnen gegenüber angeblich im Ton vergriffen hatten, obwohl sie selbst genauso kräftig austeilten konnten wie Strack-Zimmermann. Das weckt Sehnsucht nach den Zeiten, als Politiker noch nicht bei jedem Hauch Contra unter den Rockschoß des starken Staats krochen. In den Anfangstagen der Grünen durfte der Abgeordnete ‚Joschka‘ Fischer dem Bundestagsvize Richard Stücklen sogar ungestraft zurufen: *„Herr Präsident, Sie sind ein arschloch, mit Verlaub!“*

Wer heutzutage unfähige Amtsträger ‚Schwachkopf‘ nennt, ruft verfolgungsgeile Staatsanwaltschaften auf den Plan, die ihm Polizeibesuche bescheren, bei denen die Staatsmacht Computer und Handys konfisziert, sein Leben lahmlegt und ihn öffentlich bloßstellt. So ist der Betreffende auch ohne richterliches Urteil effektiv bestraft und exemplarisch eingeschüchtert. Eben das ist der Sinn der Übung. Er und alle anderen lernen, dass man die Zunge hüten muss, weil selbst harmloseste Unmutsäußerungen existenzgefährdend sein können. Mao

soll diese Technik mit dem Bonmot begleitet haben: ‚Bestrafe einen, erziehe hundert!‘ Wer flächendeckend für Selbstzensur sorgen will, weiß, dass erfolgreiche Verhaltenskontrolle nicht in der Verfolgung selbst, sondern in der Furcht vor Verfolgung liegt.

Freie Rede ist der Sauerstoff der Demokratie, Meinungsvielfalt ihre Lunge. Stubenrein und steril geht es nur in Diktaturen zu. In Debatten muss grundsätzlich alles erlaubt sein. Egal, wer es äußert. Seit der Antike gelten da dieselben Regeln: Man hält sich an Logik und Fakten. Bei der Analyse der Wirklichkeit dürfen Wunschdenken und Moral keine Rolle spielen. Darum ist es fatal, wenn Carolin Emcke bei der ‚Republica‘ unter dem verzückten Beifall von Claudia Kemfert fordert, abweichende Meinungen zum Klimageschehen grundsätzlich auszugrenzen. Nur weil sie als Hohepriesterin des Juste Milieus naturwissenschaftlichen Debatten nicht gewachsen ist, darf sie derlei Diskussionen nicht gleich abschaffen. Wer auf männliche Eitelkeit schimpft, sollte sich nicht einbilden, dass weibliche Egozentrik besser wäre. Das einzige Klima, auf das Menschen nachweislich großen Einfluss haben, ist das zwischenmenschliche. Fakten nehmen selten Rücksicht auf Gefühle.

Im *Liberalen Dekalog* sagt Bertrand Russell, man dürfe sich seiner Sache nie zu sicher sein. Selbst wenn manche Tatsachen einem zuwider seien, habe man sie gefälligst zur Kenntnis zu nehmen. Wer unliebsame Überzeugungen unterdrückt, den versklaven sie. Klüger sei es, sich über intelligenten Widerspruch zu freuen.

Wo Dummheit triumphiert, sind diese Prinzipien auf den Kopf gestellt. Hannah Arendt bemerkte nicht lange nach dem letzten Weltkrieg, der *„wohl hervorstechendste und auch erschreckendste Aspekt der deutschen Realitätsflucht“* liege *„in der Haltung, mit Tatsachen so umzugehen, als handele es sich um bloße Meinungen“*.

Steht die Wahrheit a priori fest, erübrigen sich Debatten. Die herrschende Doktrin gibt vor, was denkbar ist. Parallel zu der Deutungshoheit über Höhe und Breite des schrumpfenden Meinungstunnels teilen erweckte Tugendterroristen die Welt in gute und böse Kollektive: Hier Klimaretter, Migrant oder Transgendermenschen, dort alte weiße Männer, Dieselfahrer oder Regierungskritiker. Um bei den Bösen zu

landen, reicht es, einen zu kennen, der als böse gilt. Die Nazis nannten derlei „Sippenhaft“. In der McCarthy-Ära hieß es Kontaktschuld.

Als ich klein war, sang Franz Josef Degenhardt *„Spiel nicht mit den Schmuddelkindern“*. Degenhardt frotzelte über den geistigen Mief bornierter Bürgerlicher. Ein halbes Jahrhundert später ist die Atmosphäre weit stickiger, aber die Spießer sind inzwischen die, deren Eltern einst Degenhardt auf Schallplatte besaßen. Die Blockwarte stubenreiner Gesinnung sind die Kinder und Enkel von denen, die mit Antonio Gramsci im Gepäck den langen Marsch durch die Institutionen antraten. Die halten sich immer noch für ultimative Freigeister, aber rauchen schon lange keine ‚Gitanes‘ mehr und trinken ihren ‚Latte‘ höchstens noch mit Hafermilch. Unter ihren Talaren herrscht auch nicht mehr der ‚Muff von tausend Jahren‘, sondern es duftet nach Edward Said, Judith Butler und Carolin Emcke.

Vor einer Weile bekam ich über Bande eine Warnung zugespielt: Dem stellvertretenden Chefredakteur einer Zeitschrift, bei der ich etwas veröffentlichen wollte, werde Nähe zur AfD nachgesagt. Das Gerücht reichte, um auch mich dem Verdacht auszusetzen. Die Frau, die diese Bedenken gegenüber dem Mann äußerte, der ihr Gerede an mich weitertrug, verlegte übrigens beim Suhrkamp-Verlag, also dem Haus, das es für nötig hält, sich öffentlich von seinen eigenen Autoren zu distanzieren, sobald die sich erdreisten, die Regierung zu kritisieren. Nachdem Uwe Tellkamp in einem Gespräch über Meinungsfreiheit gesagt hatte, bloß ein Bruchteil der Zuwanderer sei individuell verfolgt, twitterte der Verlag: *„Aus gegebenem Anlass: Die Haltung, die in Äußerungen von Autoren des Hauses zum Ausdruck kommt, ist nicht mit der des Verlags zu verwechseln.“*

Kein Verlag braucht die Ansichten seiner Autoren zu teilen, aber er hat gefälligst ihre Meinungsfreiheit zu verteidigen. Suhrkamp tat das Gegenteil und beleidigte die Intelligenz seiner Leser. Zugleich bescheinigte der Verlag sich damit selbst, sonst anscheinend nur regierungskonformen Kitsch zu verlegen.

Monika Maron erlitt beim S. Fischer Verlag ein ähnliches Schicksal. Nach vierzig Jahren beendete die Verlagsleiterin Siv Bublitz die

Zusammenarbeit, weil Maron Essays bei ihrer Freundin Susanne Dagen veröffentlicht hatte. Bublitz hielt Dagen für untragbar, weil die Dresdner Buchhändlerin Kontakt zu dem Verleger Götz Kubitschek hat. Kubitschek bringt in seinem Antaios-Verlag als ‚umstritten‘ apostrophierte Autoren wie Rolf Peter Sieferle und den ‚identitären‘ Kritiker der Migrationspolitik Martin Sellner heraus. Darum stuft der Verfassungsschutz ihn 2021 als sogenannten Verdachtsfall ein. Maron wusste von all dem nichts. Sie wurde ein Opfer klassischer Kontaktschuld. Später richtete man ihr aus, sie sei ‚politisch zu unberechenbar‘ und ‚passe nicht mehr in die Zeit‘. Wer sich über die Feigheit deutscher Schriftsteller wundert, sollte nach der Courage ihrer Verleger fragen.

Erika Mann bekam mehrmals mit, wohin derlei führt. Sie floh vor den Nazis aus Deutschland und landete auf Umwegen in den USA, wo sie die Kommunistenverfolgungen des Senators Joseph McCarthy erlebte. Dort sei kaum einer eingesperrt worden, sagte sie später. Man habe auch nichts ausdrücklich verboten. Die Leute seien einfach abgewürgt worden. Ihr Kontakt zu ‚früheren und aktiven Mitgliedern der kommunistischen Partei‘ sei einem sozialen Todesurteil gleichgekommen. Obenhin sei alles weitergelaufen wie vorher. Doch wer auf der schwarzen Liste landete, fand sich von einem Tag auf den anderen unter einer Glasglocke wieder. Unsichtbare Mächte pumpen ihm die Luft ab, bis er ersticke oder sich freiwillig den Strick nahm: Er verlor den Job, blieb ohne Aufträge, konnte nicht mehr ausstellen, auftreten und veröffentlichen. Freunde wandten sich von ihm ab, Kinder wurden geschnitten und kamen heulend aus der Schule. Ehen gingen in die Brüche. Falls sich das Umfeld nicht rasch genug von ihm los sagte, gab es Besuch vom FBI. Ernst dreinblickende Herren in grauen Anzügen sorgten dafür, dass die Nachbarschaft erfuhr, dass da ein Aussätziger unter ihnen lebte, der zu den ‚Roten‘ hielt. Zu den ‚Roten‘ hielten damals alle, die es ablehnten, Namen zu nennen und Bekannte zu belasten.

Zeitlich etwas näher vollzog sich die Vertreibung des unabhängigen Journalisten Boris Reitschuster. Der stellte während der ‚Pandemie‘ in der Bundespressekonferenz (BPK) wiederholt Fragen, die

Regierungsvertreter nervten. Darum unterstellten ihm geschmeidigere Kollegen zügig, ein Verschwörungstheoretiker zu sein. Die *Süddeutsche Zeitung* (SZ) entblödete sich nicht, von ‚Desinformation und Propaganda‘ zu schreiben. Tatsächlich lag Reitschuster meist richtig und die SZ durfte anschließend ihre falsche Corona-Berichterstattung korrigieren. Trotzdem reichte der Vorwurf damals, um Reitschuster aus der BPK zu werfen. YouTube und Facebook sperrten seine Kanäle, LinkedIn und PayPal löschten seine Accounts. Banken kündigten ihm die Konten. Damit war es ihm unmöglich, seinen Beruf weiter auszuüben. Parallel tauchte die Polizei immer wieder überraschend bei ihm oder seinen Angehörigen auf, vorzugsweise dann, wenn er selbst nicht vor Ort war. An der Grenze hielt man ihn ohne Begründung fest. Nicht nur er wurde anonym bedroht, auch seine russisch-jüdische Frau und seine Töchter hatten solch unschöne Erlebnisse, wofür sich die sonst so neugierigen Behörden aber erschreckend wenig interessierten. Irgendwann überwog die Sorge um die Sicherheit seiner Familie. Er verließ das Land.

Reitschusters ‚Zersetzung‘ wirkt wie aus einem Stasi-Handbuch. Zugleich wurmt es mich nachhaltig, dass ich für *Belltower.News* zahlen muss, wo der selbsternannte ‚Rechtsextremismus-Experte‘ Stefan Lauer Reitschuster bis heute als ‚populistisch‘ anschwärzt. Lauer wirft Reitschuster vor, wie ein ‚russischer Troll‘ zu agieren. Das ist pikant, weil Reitschuster als *Focus*-Korrespondent in Moskau von echten Putin-Trolls verfolgt wurde. Nun unterstellt Lauer ihm genau das. Dabei unterschlägt er, welchen Anfeindungen Reitschuster durch den deutschen Staat ausgesetzt ist, weil eben das ihn selbst und *Belltower* als Trolls entlarven würde.

*Belltower.News* untersteht der ‚Amadeu-Antonio-Stiftung‘. Die wurde 1998 von der einstigen Stasi-Agentin Anetta Kahane gegründet. Die Stiftung lebt überwiegend von Staatsgeldern und wird durch das Programm ‚Demokratie leben‘ finanziert. Ihr ‚Glockenturm‘, der bis 2017 ‚Netz gegen Nazis‘ hieß, behauptet, ein ‚unabhängiges, journalistisches Online-Portal‘ zu sein, das als ‚Faktor der Meinungsbildung den Auftrag journalistischer Arbeit in einer demokratischen Gesellschaft‘ erfüllt.

Nichts könnte falscher sein. *Belltower* ist journalistisch etwa so koscher wie das regierungsnahen Aktivistenforum *Correctiv*. Es produziert Propaganda und lebt davon, unterm Deckmantel des ‚Kampfs gegen rechts‘ kluge Köpfe wie Reitschuster zu verleumden. *Belltower* diskreditiert oppositionellen, unabhängigen Journalismus. Es bekämpft den freien Zugang zu Informationen als Faktor der demokratischen Willensbildung.

## Bosettis und Böhmermänner

**B**elltower betreibt im Kleinen, was der öffentlich-rechtliche Rundfunk (ÖRR) im Großen veranstaltet. Der kam 2022 seinem ‚Auftrag zur Grundversorgung‘ nach, indem er täglich ‚394 Stunden Fernsehen und 1452 Stunden Hörfunk‘ absonderte. Laut *Welt* verfügen die Staatssender über ein Jahresbudget von 9,7 Milliarden Euro. Den Löwenanteil davon sichern Zwangsgebühren, der Rest stammt aus Werbung und Lizenzen. Das ist mehr Geld, als allen privaten Medien im Land zusammen zur Verfügung steht. Das garantiert dem ÖRR die absolute Vorherrschaft auf dem Meinungsmarkt. Er setzt die Themen und gibt vor, wie darüber berichtet wird.

Dank der weltweit höchsten Gebühren schöpfen die Staatssender aus dem Vollen. Im Gegenzug reden sie der Regierung nach dem Mund, gendern artig und schüren Klimaängste. Damit der Gleichklang nicht zu sehr auffällt, ist er in zig Formate verpackt. Das simuliert Vielfalt. Tatsächlich erstickt das Motto ‚Masse statt Klasse‘ alle Gegenstimmen. So kommen Konflikte gar nicht erst zur Sprache oder sind hurtig ‚ge-rahmt‘. Das deutsche Presseballett tanzt nach den Vorgaben der Kapellmeister aus den ‚Anstalten‘.

Wichtigster Nachrichtenlieferant des ÖRR ist die Deutsche Presse-Agentur (dpa). Die ist als GmbH organisiert und versorgt mit ihren etwa siebenhundert Mitarbeitern nicht nur den Staatsfunk, sondern auch so gut wie alle übrigen Medien im Land. Die dpa genießt Agenturstatus. Was sie veröffentlicht, gilt als ‚gesicherte Nachricht‘ und ist juristisch zitierfähig. Nach außen tritt die dpa kaum in Erscheinung. Personell und politisch ist sie eng mit dem ÖRR verflochten und verfolgt die gleiche Agenda.

Die Institution, die einst auf Betreiben der Besitzer in den Westzonen installiert wurde, um Deutsche wieder an mündige Meinungsbildung heranzuführen, kannibalisiert längst, was sie einst aufzubauen half. Sie vermittelt nicht mehr Fakten, sondern spielt Volkserzieher in rot-grüner Mission. Liedchen über Omas als ‚alte Umweltsäue‘ sollen

schon bei Kleinsten für seelische Nachhaltigkeit sorgen. So verspottet der ÖRR seine Kernkundschaft.

Je gesalbter die Priesterkaste ist, desto tumber muss der Pöbel sein, was die Komiker des Staatsfunks auch schon mal drastisch formulieren. Sarah Bosetti etwa ließ ihrem Hass auf Impfunwillige freien Lauf und paraphrasierte den KZ-Arzt Fritz Klein. Der hatte einst bekundet, er werde aus ‚Ehrfurcht vor dem menschlichen Leben ... einen eiternden Blinddarm aus einem kranken Körper entfernen‘. In Kleins Augen waren Juden ‚der eiternde Blinddarm im Körper der Menschheit‘. Bosetti forderte das zwangsweise Isolieren ungeimpfter Bürger: *„Wäre die Spaltung der Gesellschaft wirklich etwas so Schlimmes? Sie würde ja nicht in der Mitte auseinanderbrechen, sondern ziemlich weit rechts unten. Und so ein Blinddarm ist ja nicht im strengeren Sinne essentiell für das Überleben des Gesamtkomplexes.“*

Klein wurde im Herbst 1945 von den Briten in Hameln aufgehängt. Bosetti erhielt 2023 eine eigene Fernsehshow. Für die dürfen nun auch all die zahlen, die sie zum ‚Blinddarm‘ erklärt hat. So funktioniert öffentlich-rechtlicher Humor in Zeiten staatlicher Hass-und-Hetze-Gesetze.

Einige Jahre zuvor attackierte Jan Böhmermann den damaligen Spiegel-Redakteur Jan Fleischhauer. Fleischhauer hatte an der Geburtstagsfeier seines Ex-Kollegen Matthias Matussek teilgenommen. Daran stieß sich Böhmermann. Denn nicht nur kritisierte Matussek die Kanzlerin, auch einige seiner Gäste lagen nicht auf Linie. Böhmermann fragte also bei Fleischhauers Arbeitgeber, ob der *„vorab Kenntnis von der Zusammenkunft“* gehabt habe und inwieweit *„das private Erscheinen eines SPIEGEL-Redakteurs bei der beschriebenen ‚Geburtstagsfeier‘ mit den journalistischen, ethischen und professionellen Standards des SPIEGEL vereinbar“* sei. Er wollte wissen, ob es *„in der Vergangenheit andere ‚Privatveranstaltungen‘ mit ähnlicher Gästeliste gegeben habe, an denen Redakteurinnen oder Redakteure“* teilgenommen hätten oder *„zukünftig welche geplant“* seien.

Harald Schmidt nannte Böhmermann mal eine ‚Krawallschachtel‘. Inzwischen rumort die Schachtel beim *Zweiten Deutschen Fernsehen*

(ZDF) und verfasst Schmähdgedichte, die den türkischen Staatschef als ‚Ziegenficker‘ porträtieren, oder nennt die Harry-Potter-Autorin Joanne K. Rowling einen ‚Scheißhaufen‘, weil Rowling Menschen verteidigt, die sich als biologische Frauen definieren. *„Einen Hof erkennt man am Narren. Welche Scherze der Narr reißt, über wen er sich lustig macht, wen er hofert: Damit ist alles über die Machtverhältnisse am Hof ausgesagt. Das ZDF hält sich seit vier Jahren Jan Böhmermann“*, schrieb Alexander Kissler 2017.

Böhmermann ist Jahrgang 1981. Trotzdem scheint nicht zu ihm durchgedrungen zu sein, dass das Ministerium für Staatssicherheit der DDR im März 1990 seine Pforten geschlossen hat. Namen von Zufallskontakten festzuhalten, ist in freien Gesellschaften unüblich. Da geht es Arbeitgeber in der Regel auch nichts an, wo und wie ihre Mitarbeiter die Freizeit verbringen.

Ich habe im Lauf des Lebens an allen möglichen Festen teilgenommen. Auf die Idee, vorab Dossiers der Gäste anzufordern, bin ich nie gekommen. Für Krawallschachteln mag das *de rigueur* sein, weil sie am Buffett stets die richtigen Leute treffen möchten. Ich lasse mich überraschen. Notfalls besitze ich zwei Füße.

Doch statt Böhmermann zu ignorieren, würdigte der *Spiegel* ihn einer Antwort, woraufhin der Fernsehmoderator Reinhold Beckmann, der auch Gast bei Matussek gewesen war, ungefragt bekundete, ihm sei gar nicht klar gewesen, in welcher Gesellschaft er da feiere. Er habe sich ‚verlaufen‘, aber nach ‚langem Überlegen‘ beschlossen den ‚Gitarrenkoffer zu nehmen‘ und dem Jubilar ‚ein vergiftetes Geschenk mitzubringen‘.

Bevor man Mitbringsel vergiftet, bleibt man besser zu Hause. Das spart Ärger. Doch auch Fleischhauer machte sich klein und bescheinigte seinem ‚langjährigen Freund‘ Matussek, ein politischer ‚Wirkkopf‘ zu sein, den er ‚nie wirklich ernst genommen‘ habe.

Insgesamt also ein erbärmliches Schauspiel, das vor allem Rückgratfreiheit bewies und zeigte, wie es um das einstige ‚Sturmgeschütz der Demokratie‘ steht. Wohl gemerkt: Es handelte sich um eine popelige Party. Niemand schuldet irgendwelchen Gesinnungsclowns

Rechenschaft, neben wem er oder sie Cornichons kaut. Sogar ein Beckmann darf sich verlaufen. Wer sich nie verläuft, weiß nichts von Abwegen. Die Gestapo ist seit Mai 1945 abgeschafft.

Böhmermann camouffiert sein Petzen als Engagement. Er nennt alle, die er nicht mag, Nazis. Dabei eifert er in seiner Transgender-Verve vermutlich Beate Klarsfeld nach. Nur ist nicht jeder, der sich gern durch fremder Leute Unterwäsche gräbt, gleich ein Edward Snowden. Böhmermanns NS-Vergleiche helfen nur, echte Nazis zu verniedlichen. So salviert er seine Großeltern, die im Zweifelsfall auch NSDAP wählten oder als ‚Fähnleinführer‘ beim ‚Jungvolk‘ für Herbert Reineckers Abenteuerstorys in *Der Pimpf* schwärmten.

Dank Böhmermann und seinen willigen Helfern vom *Spiegel* macht sich heute jeder verdächtig, der mit Regierungskritikern redet. Aber, Hand aufs Herz: Was bedeutet das für den Regisseur Claus Peymann und das ‚Berliner Ensemble‘? Immerhin bot Peymann 2005 Christian Klar einen Praktikumsplatz an. Klar war wegen neunfachen Mordes verurteilt. Er hatte sich nie von der terroristischen ‚Roten Armee Fraktion‘ gelöst. Peymann geriet nicht zufällig in die Nähe eines mörderischen Linksextremisten. Er suchte sie ganz gezielt. Das fand damals kein Mensch anstößig. Ich übrigens auch nicht. Doch im Lichte von Böhmermanns Logik wundert man sich, dass er heute noch ohne elektronische Fußfessel herumläuft.

Kann eine Gesellschaft nicht mehr frei atmen, erstickt sie. Unsere leidet an fortgeschrittener Lungenentzündung. Der Virus heißt nicht COVID oder Matussek. Es ist die Perversion politischer Korrektheit, die Gestalten wie Bosetti und Böhmermann mit Hunderttausenden von Euros dafür belohnt, andere zu erniedrigen, in Häme zu baden und so künstlich eine Atmosphäre zu schaffen, wo Heuchelei, Lügen, Angst und Argwohn wuchern. Die würgt alles ab, was halbwegs anständig ist und Geist, Geschmack und Lebensfreude schenkt. Es ist das Express-Ticket in die Barbarei.

Ende Oktober 1947 musste Bertolt Brecht vor dem ‚Komitee für unamerikanische Umtriebe‘ aussagen. Er spielte erfolgreich den Trottel und entging der Verhaftung. Ein paar Stunden später kehrte er den

Vereinigten Staaten für immer den Rücken. Charlie Chaplin folgte ihm wenig später.

Bei uns kommt der Staatsschutz noch nicht einmal pro Woche zum Verhör, obwohl man mittlerweile fürs Weiterleiten des Wortes ‚Schwachkopf‘ frühmorgendliche Hausdurchsuchungen riskiert. Auftritts- und Veröffentlichungsverbote gibt es längst. Staatlich finanzierte Denunziationsportale liegen im Trend. Anfang 2023 richtete die grüne Familienministerin Lisa Paus eine ‚Meldestelle Antifeminismus‘ ein, wo man nun Genderkritiker anonym bezichtigen kann. Betrieben wird die Seite durch die erwähnte Amadeu-Antonio-Stiftung. Die bezog bereits 2018 knapp drei Millionen Euro an Steuergeldern, wovon der Löwenanteil für die Bezahlung der Mitarbeiter draufging.

Gründerin und langjährige Betreiberin der Stiftung ist die Journalistin Anetta Kahane. Kahane saß am Zentralen Runden Tisch der DDR, war Ausländerbeauftragte des letzten Ost-Berliner Magistrats und betreute die ‚Regionale Arbeitsstelle für Ausländerfragen‘ in Berlin. 1998 rief sie ihre Stiftung ins Leben, benannt nach einem ehemaligen angolanischen Vertragsarbeiter, den ein Mob in Eberswalde im November 1990 überfallen und totgeprügelt hatte.

Als Kahane 2002 Ausländerbeauftragte des Berliner Senats werden wollte, kam heraus, dass sie zwischen 1974 und 1982 inoffizielle Mitarbeiterin des DDR-Ministeriums für Staatssicherheit gewesen war. Unter dem Decknamen ‚Victoria‘ hatte sie Diplomaten und Journalisten ausgeforscht und Belastendes über Freunde und Studienkollegen berichtet. Obwohl sie sich Anfang der 1980er ‚entpflichten‘ ließ und ihren Status als ‚Reisekader‘ verlor, hatte sie ihre Spitzeltätigkeit stets verschwiegen. Trotzdem führte sie die Stiftung bis 2022 weiter.

2015 berief der damalige Justizminister Heiko Maas sie in eine ‚Task-Force‘ gegen ‚rechte Hassrede im Internet‘, was ehemalige Stasi-Opfer wie Vera Lengsfeld zu Recht empörte. Auch der Historiker Hubertus Knabe, der damals noch die Stasi-Gedenkstätte in Hohenschönhausen leitete und sich durch hartnäckige Recherchen bei Kanzlerin Merkel und Linkspolitikern unbeliebt machte, griff Maas dafür an, dass er die Denunziantin eines totalitären Regimes dazu

ermächtigte, ihre Feinde von einst nun in demokratischem Gewand zu verfolgen.

Mittlerweile ist Knabe über eine frei erfundene #MeToo-Affäre seines Stellvertreters erfolgreich aus dem Amt gemobbt, wobei Klaus Lederer, der Kultursenator der Linkspartei, eine besonders unrühmliche Rolle spielte und im Untersuchungsausschuss zu Knabes Lasten log. Derweil errichtet die Kahane-Stiftung auf Kosten der Steuerzahler virtuelle Pranger.

Anetta Kahane ist nicht der erste Spitzel eines deutschen Unrechtsregimes, dessen sich die Nachfolger bedienen. Zig einstige Gestapo-Beamte machten in West- wie Ostdeutschland Karriere. Doch wenn die Regierung eines Landes, in dem immer noch Abertausende leben, deren Alltag durch die Stasi systematisch zerstört wurde, die Organisation einer MfS-Informantin nutzt, um die Bevölkerung zu überwachen und einzuschüchtern, ist das eine klare Botschaft an alle, die noch wissen, welche Mittel das DDR-Regime gegen angebliche Oppositionelle einsetzte.

Bärbel Bohley, die Mitbegründerin des ‚Neuen Forums‘ sah diese Entwicklung schon vor Jahrzehnten voraus. Bohley hatte wenig Vertrauen in die Freiheitsliebe staatlicher Institutionen. 1991 warnte sie: *„Das ständige Denunzieren wird wiederkommen. Das ständige Lügen wird wiederkommen. Alle diese Untersuchungen, die gründliche Erforschung der Stasi-Strukturen, der Methoden, mit denen sie gearbeitet haben und immer noch arbeiten, all das wird in die falschen Hände geraten. Man wird diese Strukturen genauestens untersuchen – um sie dann zu übernehmen. Man wird sie in der Bundesrepublik ein wenig adaptieren, damit sie zu einer freien westlichen Gesellschaft passen. Man wird die Störer auch nicht unbedingt verhaften. Es gibt feinere Möglichkeiten, jemanden unschädlich zu machen. Aber die geheimen Verbote, das Beobachten, der Argwohn, die Angst, das Isolieren und Ausgrenzen, das Brandmarken und Mundtotmachen derer, die sich nicht anpassen – das wird wiederkommen, glaubt mir. Man wird Einrichtungen schaffen, die viel effektiver arbeiten, viel feiner als die Stasi.“*

Bohley beschrieb, was wir heute erleben, ‚das ständige Lügen, die Desinformation, und den Nebel, in dem alles seine Kontur verliert‘.

## Ex oriente lux

**B**ärbel Bohley war eine Zeitlang eine meiner Chefinnen. 1993 arbeitete ich eine Weile im Berliner ‚Haus der Demokratie‘. Das befand sich zu der Zeit im ehemaligen Pschorr-Gebäude auf der Ecke von Friedrichs- und Behrensstraße, gegenüber vom Grand Hotel. Es war den DDR-Bürgerbewegungen im Dezember 1989 am Zentralen Runden Tisch vom Bezirkssekretär der SED Gregor Gysi übereignet worden. Neben dem Neuen Forum saßen da noch die Vereinigte Linke, die Initiative für Frieden und Menschenrechte, die Robert-Havemann-Gesellschaft, der Unabhängige Frauenverband, die Grüne Liga und die einstige Grüne Partei in der DDR, die mit den West-Grünen fusioniert hatte, aber anders als der Demokratische Aufbruch noch ein Büro unterhielt.

Bohley mochte mich nicht sonderlich, weil ich nicht die fulminante Öffentlichkeitsarbeit ablieferte, die sie erwartete, wobei sich die ohne jeden Etat auch einigermaßen schwierig gestaltete, so dass ich nach nur einem Jahr das Handtuch warf.

Das Pschorr-Haus stammt aus den späten 1880ern. Es ist ein wuchtiger Neo-Renaissancebau und eines der wenigen Gebäude an der Friedrichstraße, die das Kriegsende überstanden haben. Entsprechend groß war die Gier der Treuhand, es ihrem Portfolio einzuverleiben. Nach langjährigem Streit um die Eigentumsverhältnisse mussten die Bürgerbewegungen es Ende der 1990er räumen. All das zeichnete sich damals längst ab, aber die untereinander heillos zerstrittenen Gruppierungen waren außerstande, geschlossen gegen die Anwälte der Gegenseite aufzutreten, und so glich meine Tätigkeit eher dem Totentanz auf einem sinkenden Dampfer.

Dabei bestachen mich die internen Zwiste als so vergangenheitsverhaftet wie absurd. Sie kreisten um die Fehler des Jahres 1989, die längst Schnee von vorgestern waren. Ähnlich, wie sich die Sozialdemokraten und Kommunisten im englischen Exil noch 1940 darüber stritten, wer sich 1932/33 denn hätte anders verhalten müssen, um das Unheil

aufzuhalten, rangen sie nun darum, wer 1989 den größeren Fehler begangen habe. Für mich war das so tragisch wie erhellend. Verlierer gehen sich überall gegenseitig an die Kehle, doch damals dämmerte mir, dass man Menschen auch ohne jeden Ortswechsel zu Fremden im eigenen Land machen und in die Wüste schicken kann, indem man die Spielregeln so krass ändert, dass es sie aus ihrer Welt kickt.

Bohley hatte jahrelang für eine demokratische DDR gekämpft. Dafür war sie verfolgt, eingesperrt und zwangsweise ausgebürgert worden. Sie wollte ihr Land in ein Land für mündige Bürger verwandeln, ohne Überwachung, Korruption und die Allmacht der Apparate. Sie war nicht scharf auf die Wiedervereinigung, aber sie akzeptierte sie, als die Mehrheit dafür optierte.

Ich halte Bohley für eine weitsichtige Frau, trotzig, tapfer und zäh, ein mutiger Mensch, der sich nicht brechen ließ und sich stets danach sehnte, frei atmen zu können. Wenn irgendwer erwähnt gehört, weil er mithalf, dass die Bürger der DDR das Joch der Stasi loswurden, so ist sie es. Nach ihrem Tod sagte Regina Mönch, Bohleys Name stehe für das Beste, was Deutsche im 20. Jahrhundert zustande gebracht hätten.

Nur clever war Bohley eben nicht. Machiavelli hatte sie vermutlich nie gelesen. Darum fuhr eine andere Frau aus der ‚ehemaligen Ex-DDR‘, wie der Osten damals gern genannt wurde, in der trügerischen Hoffnung, dass doppelt Totgesagte weniger zucken, ihre Ernte ein. Die war nicht klüger als Bohley, aber deutlich geschmeidiger und in vielerlei Hinsicht ihr genaues Gegenteil – politisch, charakterlich und menschlich. Tatsächlich verkörperte sie alles, wogegen Bohley ihr Leben lang gekämpft hatte. Diese Frau hatte viele ehemalige Stasi-Förderer. Schließlich gewann sie Helmut Kohl als Mentor und wurde dessen ‚Mädchen‘. Nach erfolgreichem Vaternord beerbte sie ihn dann und rückte zur Parteichefin der Christdemokraten auf. 2005 gewann sie die Kanzlerschaft. Anschließend amtierte sie sechzehn lange Jahre und gab der Republik ein neues Gesicht.

Wie Bärbel Bohley ist Angela Merkel ein klassisches Produkt der DDR. Doch da sie stets blendend angepasst war und nie Probleme mit dem System hatte, agierte sie flexibel. Werte waren nie ihr Problem. In

Partei, Kanzleramt und Medien installierte sie so subtil wieder all die Herrschaftsstrukturen, gegen die Bohley angetreten war. Merkel sah den Staat als Kontrolleur und Erzieher. Entsprechend prägte sie das einst liberale Gemeinwesen nach dem ihr vertrauten Modell, wobei die Selbstherrlichkeit ihrer Entscheidungen gegen Ende immer mehr dem Gebaren einer Staatsratsvorsitzenden entsprach.

Viele übersehen, dass Merkel, bevor sie zu Kohls Schoßhündchen aufstieg, im Osten eine Bilderbuchkarriere als unauffällige, regimetreue Wissenschaftlerin gemacht hatte. Ihr Vater, ein sozialistischer Pastor, war Mitte der 1950er aus Hamburg in die sowjetische Besatzungszone gewechselt. Über das Leben der jungen Angela Dorothea Kasner ist wenig bekannt. Es gibt da nur einige irritierende Details: Sie war bei der kommunistischen Jugendorganisation FDJ Kulturreferentin für ‚Agitation und Propaganda‘, was sie über das Studium hinaus beibehielt und später an der Akademie der Wissenschaften fortführte. Anfang der 1980er fuhr sie öfters zu Gewerkschaftstreffen nach Polen, fiel an der Grenze durch verbotene Solidarność-Materialien auf, aber bekam nie Ärger mit der Staatssicherheit. Sie gelangte ohne Visum in die Sowjetunion und durfte mehrmals ins ‚feindlich-kapitalistische‘ Ausland. Merkel sagt, diese Reisen seien privater Natur gewesen. Sie habe nie den Status eines privilegierten ‚West-Reisekaders‘ gehabt und nicht zu den handverlesenen Linientreuen gehört, die im Anschluss an ihre Westausflüge einem Führungsoffizier Bericht zu erstatten hatten. Schon möglich, dass das stimmt. Laut Hubertus Knabe finden sich in den noch verfügbaren Akten des Stasi-Unterlagen-Archivs keinerlei Hinweise auf ihre Anwerbung oder Mitarbeit. Vielleicht war sie die große Ausnahme.

Beim Kollaps der DDR war Merkel 34 und funktionierte blendend im realsozialistischen Alltag. 1989 holte der Jurist Wolfgang Schnur sie zum ‚Demokratischen Aufbruch‘. Der war im kirchlichen Umfeld tätig gewesen, so wie ihr Vater. Zugleich diente er von 1965 bis 1989 dem Ministerium für Staatssicherheit. Nachdem er aufflog, wechselte Merkel mit Hilfe von Lothar de Maizière zur CDU. Dort war sie Pressesprecherin der letzten Regierung der DDR. Nachdem auch de Maizière

im Dezember 1990 als ehemaliger Stasi-Agent enttarnt worden war, wurde Helmut Kohl zu ihrem Steigbügelhalter auf dem Weg in die hohe Politik. Als sie den dann 1998 abservierte, spielte sie schon mit den Mächtigen der Welt, war ein Protegé von Klaus Schwab, durchlief als ‚junger globaler Führer‘ (Young Global Leader) dessen Genfer Kaderschmiede, in der sich zeitnah auch Tony Blair, Bill Gates und Christine Lagarde tummelten. Später war sie gern gesehener Gast bei den Weltwirtschaftsforen, dinierte mit Schwabs Intimus Peter Denis Sutherland, duzte sich mit Hillary Clinton und nahm von Barack Obama die ‚Presidential Medal of Freedom‘ entgegen. 2016 kürte das US-Magazin *Forbes* sie zum sechsten Mal in Serie zur ‚mächtigsten Frau der Welt‘. Melinda Gates, Bills Gattin, die ihr auf der Forbes-Liste folgte, attestierte ihr ‚unglaubliche Führungsstärke‘.

Derweil sammelte Bärbel Bohley Geld, um Kriegskindern unterschiedlichster Herkunft in Bosnien Ferien miteinander zu ermöglichen, und half den Familien Vertriebener bei Mostar, Zisternen zu bauen, so dass sie Zugang zu sauberem Wasser hatten.

## Verschlungene Pfade ins Vaterland – autobiographische Notizen

Als ich meinen Vater das erste Mal laut ‚Scheiße‘ sagen hörte, fuhr  
Aren wir gerade am frisch fertig gestellten Hamburger Fernseh-  
turm vorbei. Dort stand auf den nackten Beton gemalt: ‚Axel Springer  
Dutschke-Mörder‘. Rudi Dutschke war der Kopf der damaligen Stu-  
dentenproteste. Springer gehörten diverse Zeitungen, die über die  
Studenten schimpften. Nun hatte ein Anstreicher Dutschke auf dem  
Berliner Kurfürstendamm niedergeschossen.

Am selben Abend nahm mein Vater uns mit in die Neustadt, wo  
an der Stelle des 1943 durch Bomben zerstörten ‚Conventgartens‘ das  
Springer-Hochhaus stand. Aus der Ferne sahen wir ‚Ho-Ho-Ho-Chi-  
Minh‘ skandierende Ketten untergehakter Demonstranten, bewaffnete  
Polizisten und Wasserwerfer. Sobald die Wasserwerfer vorrückten und  
zu spucken begannen, sagte mein Vater, wir gingen jetzt besser. Am  
nächsten Tag kündigte er sein Abonnement der *Welt*, damals das Flagg-  
schiff des Springer-Konzerns.

Das war Ostern 1968 und ich zehn. Kurz darauf fuhrn wir nach  
Jena. Es war mein erster Abstecher auf die andere Seite des großen  
Zauns. Wir besuchten ein älteres Ehepaar, zu dem meine Eltern über  
Freunde fingierte Blutsbande gestrickt hatten. Mit Verwandtschaft  
nahm die DDR es nicht so genau wie die Nazis zuvor den Ariernach-  
weis, weil Westbesucher ihr Devisen bescherten. So durften wir in den  
für uns eigentlich verbotenen Osten. Die Wahlverwandtschaft hielt,  
sogar noch, als eine der Töchter einen Ausreiseantrag gestellt hatte und  
ihre Schwester wegen versuchter ‚Republikflucht‘ im Zuchthaus landete,  
bis sie und ihr Mann für je 40.000 Westmark freigekauft wurden.  
Briefe mussten nun zwar über Umwege reisen und die Übergabe der zu  
spät zugestellten Visa gestaltete sich wie in schlechten Agentenfilmen,  
aber es ging irgendwie.

Unser Jenaer Gastgeber war als Physiker nach dem Krieg in die  
Sowjetunion gebracht worden, wo er mit der Familie bei Leningrad

gelebt hatte. Seine Frau muss in den 1920ern ein ‚Flapper‘ oder Glamour-Girl gewesen sein. Jedenfalls wartete sie mit Anekdoten über Theatergrößen, das Bauhaus und Walter Gropius auf. Die Töchter lebten in Berlin und Potsdam. Zu der in Potsdam fuhren wir später häufiger.

Aus Jenas Straßenbild entsinne ich Vorkriegsautos und Propagandaparolen wie *„Alles verbindet uns mit der sozialistischen Sowjetunion, nichts mit dem imperialistischen Westdeutschland“*. Drei Mädchen in blauen FDJ-Blusen an einem Eisstand in Weimar prägten sich mir auch ein. Eine beklagte sich, ihr Eis schmecke wie ‚Hirn aus Buchenwald‘. Mein Vater wurde blass. Auf diesem Umweg erfuhr ich, wofür der verträumt klingende Name stand, obwohl ich die Baracken und das Krematorium erst später zu sehen bekam.

Im August rollten die Panzer des Warschauer Pakts durch Prag. Wir hatten keinen Fernseher und waren zu Besuch bei Leuten, die einen besaßen. Meine Mutter machte ein ähnliches Gesicht, wie sie es im Juni ein Jahr zuvor gemacht hatte, als eine Freundin anrief und sagte, Israel sei im Krieg.

Mit zwölf verehrte ich Willy Brandt und fand die Leute, die ihn bei seinem Geburtsnamen Frahm riefen, bössartig. Später unterstützte ich die Besetzer der Häuser in der Hafestraße und der ‚Roten Flora‘, floh bei Brokdorf vor tief fliegenden Hubschraubern und protestierte gegen das Endlager in Gorleben. Die Traumata meines Vaters, der sich nie verzieh, als Neunzehnjähriger einen Eid auf den ‚Führer‘ abgelegt zu haben, machten mir jede Form von Nationalismus suspekt und alle Facetten von Faschismus zuwider, auch und gerade als mir dämmerte, was roter Faschismus bedeutet und dass linker Antisemitismus kein ganz neues Phänomen ist.

Mit siebzehn landete ich als Austauschschüler auf einer ‚schwarzen‘ Traditionsschule im Süden der USA, wo ich zum ersten Jahrgang hellhäutiger Schüler gehörte, die dort gemeinsam mit den Nachfahren von Sklaven graduierten. Das war nicht lange nach Ende der staatlich verordneten Rassentrennung. Zu der Zeit gab es in Oklahoma, Texas, Louisiana, Mississippi und Alabama noch viele Fans des

‚Jim-Crow-Systems‘, das die demokratische Partei achtzig Jahre zuvor in allen Staaten der früheren Konföderation durchgepaukt hatte, um Schwarze und arme Weiße verfeindet, klein und dumm zu halten. Beschwören der greise Joe Biden und die 1989 geborene Alexandria Ocasio-Cortez heute ‚weißen Suprematismus‘, so habe ich also eine gewisse Vorstellung davon, was klassischer Rassismus im Alltag bedeutete. Zugleich lernte ich damals die Lehren von Booker T. Washington und Martin Luther King bewundern. Wen das näher interessiert, sei auf die *Rassismusfälle* verwiesen, wo ich meine damaligen Erfahrungen schildere.

Als ich mit achtzehn nach einem Jahr in der Fremde zurückkam, wartete auf mich ein Musterungsbescheid. Es war Spätsommer. Ich wollte noch ein paar Tage nach Südfrankreich trampeln. Mein Vater schlug vor, mich ‚ein Stück zu bringen‘. Wir fuhren in die Vogesen. Über Verdun.

Unterwegs erzählte er mir von dem Plan der Obersten Heeresleitung unter Erich von Falkenhayn, die Franzosen ‚weiß zu bluten‘, den Kämpfen um das Fort Douaumont und die Höhe ‚Toter Mann‘, und davon, wie sie sich als Schüler darüber lustig gemacht hatten, dass einem ihrer Lehrer immer die Tränen über das Gesicht liefen, wenn er von Verdun sprach. Wie sie gefeixt hatten, wenn er anfang, vom Trommelfeuer, dem Schlamm und den Ratten zu sprechen.

Daran habe er denken müssen, sagte er, als er 1944 kurz vor der ‚Invasion‘ in der Normandie in einem Erdloch lag, unweit deutscher Batterien, die englische Schiffgeschütze unter Feuer nahmen. Er hatte schlau sein wollen und sich auf einen vorgezogenen Posten verdrückt. Dummerweise schossen die Briten zu kurz, so dass er direkt im Einschlagsbereich ihrer Granaten lag. Er habe ‚nur noch ein Beben‘ gespürt, als ob ‚Riesen das Erdreich schüttelten‘. Ihm sei alles vergangen, ‚sogar die Lust zu beten‘. Hinterher sei er drei Tage lang stocktaub gewesen. Das nur mal so im Vergleich zu dem, was ‚den Leuten in Verdun über Wochen und Monate so geboten‘ worden sei.

Dann guckten wir uns an, wie schwerer Artilleriebeschuss und Trommelfeuer sechzig Jahre später aussahen. Der Streifen Land, wo das Massenschlachten inszeniert wurde, ist nicht lang. Ich schätze mal

ein Dutzend Kilometer. Zwischen Februar und Sommer 1916 starben dort etwa 350.000 Männer. Zählt man die Verwundeten und Verkrüppelten dazu, landet man bei 800.000. Auf den ersten Blick sah alles ganz harmlos aus. Historisch und bewachsen. Die Granattrichter waren abgeflacht und bildeten putzige grüne Noppen. An anderen Stellen jedoch war der Boden noch wüst, verseucht vom Gift der Sprengstoffreste. Kein Löwenzahn. Kein Grashalm. Nichts. Nur tote Erde. Mit vielen Toten darin. Und dann die Gräber. Normalerweise gehe ich gern auf Friedhöfen spazieren. Es ist ruhig und die, die da liegen, stören sich nicht daran, wenn man sich zu ihnen setzt und den Vögeln lauscht.

Bei Verdun graute mir das erste Mal vor den Gräbern. Dabei war alles recht sauber und gepflegt. Gräber bis zum Horizont. Meere von Kreuzen, angetreten in Reih' und Glied, als warteten sie aufs Abzählen, gefüllt mit den Knochen junger Männer, die vom Baltikum bis ins Baskenland hierher gekarrt worden waren, um für ihre Vaterländer zu töten und zu sterben.

Anschließend fuhren wir an Orte, wo mein Vater im Herbst 1944 gelegen hatte, kurz bevor er in Gefangenschaft geriet. Bei dem Versuch, eine Brücke nahe Baccarat zu sprengen, hatten ihn die Franzosen geschnappt. Der Granatsplitter, der in seinem Kopf steckte, stammte von jenem Tag.

Nachdem die Franzosen die Deutschen entwaffnet und sortiert hatten, schritt ein Hauptmann ihre Reihe ab. Mit gezückter Pistole. Er war klein und dunkel, trug ein Bärtchen wie Adolphe Menjou und sprach das gerollte ‚R‘ der Algerienfranzosen. Mein Vater, braune Augen und schwarzes Haar, war einen Kopf größer als er. Neben ihm stand ein Blonder. Blauäugig. Vor dem blieb der ‚Capitaine‘ stehen. „*Tu es SS!*“ Der Blonde grinste. „*Was sagt er?*“ Bevor mein Vater antworten konnte, schoss der Hauptmann dem Blondem in die Stirn.

„War er SS?“

„Nein. Bloß blond.“

„Und du?“

Seine Lippen zuckten. „Ich wurde einen Zahn los.“

„Wie das?“

„Ich hab' verrückt gesagt. ‚Qu'est-ce que ‚verrukt?‘ ‚Fou.‘ Da hatte ich den Lauf im Mund. Als er ihn wieder rauszog, war der hier ...“, er deutete auf einen seiner oberen Zähne, „ab“. Er räusperte sich. „Geschenkt. Ich lebe.“

Die Brücke bei Baccarat ist stehengeblieben. Mag sein, dass er sie mir gezeigt hat. Ich entsinne es nicht. Wir sind unterwegs über viele Brücken gekommen.

Jahre später, nach seinem Tod, stieß ich auf einen alten Brief von ihm an einen Freund. Datiert auf den 4. Januar 1944. Es ist ein längeres Schreiben auf sieben Feldpostbögen. Ab November galt mein Vater als vermisst. Ich vermute, dass der Freund ihn deshalb meinen Großeltern hat zukommen lassen. So blieb er erhalten.

*„... Du bist so liebenswürdig mich zu fragen, wie es mir geht. Sag' mal, willst Du allen Ernstes verlangen, daß ich eine so scheißdumme Frage positiv beantworte? Was soll ich denn sagen? Liest Du keine Wehrmachtsberichte? Danke dem Herrgott, nicht hier zu sein.*

*In der dichtbedruckten Zeitung ist zu gar wohl zu lesen, daß die Plutokraten auf dem letzten Loche zu pfeifen beliebten. Eben das Gefühl habe ich auch, wenn 20.000 Schuß Artillerie auf einer Breite von 1,2 Kilometern in der Stunde auf uns 'runtergehen. Die deutschen Batterien schießen 30, vielleicht 40 Schuß am Tag.*

*Da gerät vieles ins Wanken. Das Brüllen der Materialschlacht hat nichts mehr mit der sonstigen privaten Idiotie des Krieges zu tun. Es ist ein grandioses Erlebnis für den, der es augenblicklich überleben darf. Weißt Du, vor zwei Jahren, in Afrika, knallte es ja auch hin und wieder. Man stand daneben, beobachtete, sah die Fehler der Vorgesetzten oder bewunderte sie. Ein Gefühl wurde einem dabei zu eigen, daß man fast stolz war, dabei zu sein. Dies sogar für mich, der ich schon damals bestrebt war, dem Krieg gegenüber einen klaren Kopf zu wahren. Trotzdem, damals lebte noch so etwas wie Anstand und Gerechtigkeit unter den Männern, von denen nunmehr ein gut Teil irgendwo im Sand verscharrt liegt, beweint oder vergessen. (...) Ich bekam damals den ersten Schreck vor mir selber, als ich vor fast genau zwei Jahren die ersten vier Menschen tötete – wie*

*ich auffauchzte, als der letzte zusammenbrach. Überlegst Du Dir eigentlich, was man anrichtet, wenn man den Finger mit Erfolg krümmt? Eine englische Mutter oder eine Negermommy weint auch. Aber solche Überlegungen stelle ich erst seit kurzer Zeit an. Warum? Ist das nun Feigheit oder Weichheit?*

*Warum ich das schreibe? Weil solche persönlichen Empfindungen gegenüber dem Krieg vollkommen absterben. Was ist man jetzt noch? Ich spreche nicht von der ungeheuren Schweinerei im Offizierskorps hier, von der Korruption, von der Feigheit, die mich ekeln läßt – nein, all diese kleinlichen Beschimpfungen meinerseits gegen diese Meute sind so wesenlos geworden, gegen das, was von der Feindseite über uns hereinbricht. Es ist so fabelhaft, wie alles Menschliche nunmehr ungeheuer klar vor uns herauskristallisiert wird – Du hast keinen Haß mehr, Du vergißt die Liebe und Deinen jeweiligen Gott. Nichts ist mehr da als das Anklammern an das jämmerlich arme, kleine Stück Ich ...“*

Auf der ersten Seite seines Fotoalbums, das den Krieg überlebt hat, sind zwei Portraits von ihm. Die sind parallel angeordnet und etwa gleich groß. Das linke Bild zeigt ihn als Rekrut mit 19 in sauberer Uniform unterm Stahlhelm. Das Gesicht ist frontal aufgenommen, der Blick geht links am Betrachter vorbei. Es wirkt jung, frech und zeigt einen mokant geschürzten Mund und eine eitel verzogene Braue. Die Augen schimmern naiv, neugierig, mit einer Spur koketter Skepsis. Er wirkt stolz. Ein Schuljunge in kriegerischer Pose. Auf der rechten Aufnahme ist er älter. Wahrscheinlich ist es ein Frontschweinbild, das den Krieger in Szene setzen soll. Dem Anspruch wird es gerecht. Es zeigt einen schlecht rasierten Mann in verdreckter, halboffener Uniform. Nur die dunklen Locken sind gekämmt, die Wangen eingefallen, der Mund ist schmal und hart. Da die Fluchtlinie unterhalb des Kopfs etwa in Brusthöhe liegt, fallen die Kanten ums Kinn auf. Die Augen sind weit geöffnet, sehr schwarz und sehr blank. Sie wirken so hellwach wie teilnahmslos. Krass springt aus den Zügen Anspannung und Erschöpfung. Das Alter lässt sich schlecht schätzen. Ein ausgebrannter Typ von Ende zwanzig. Es können gut auch ein paar Jahre mehr sein.

Unter den Bildern steht in der Handschrift meines Vaters: „Von A bis Z“. Das linke Foto ist 1940, das rechte im Januar 1944 aufgenommen.

Im selben Jahr, als er mir Verdun zeigte, fuhren wir nach Bergen-Belsen. Das liegt etwa hundert Kilometer südlich von Hamburg, am Rand der Heide, nicht weit von einem militärischen Sperrgebiet, wo er schon als Rekrut gedrillt worden war. Nun übte dort die Bundeswehr.

Der Zugang war normalerweise für Zivilisten gesperrt, aber in der verbotenen Zone lagen prähistorische Steinhäuser, die man an einem Sonntag im Monat besichtigen durfte. Das nutzten wir. Beim Durchfahren fiel mir auf, dass die taktischen Sammelpunkte sämtlich Namen von Orten trugen, die längst anders hießen und zur Sowjetunion oder Polen gehörten. Die waren zwar jahrhundertlang deutsch gewesen, aber würden es ohne Krieg nie wieder sein. Die Leute, die dort gelebt hatten, waren im Winter 1944/45 vor der Roten Armee geflohen oder von den Siegern totgeschlagen worden. Wozu pflanzte eine Verteidigungsarmee das Phantom des blutig amputierten Ostens in die Köpfe von Rekruten aus Kiel, Freiburg und Wuppertal? Wollte sie Preußen, Pommern und Schlesien zurückerobern? Das Sudetenland gleich mit?

Vom eigentlichen Lager war nichts übrig. Als die Engländer es Mitte April 1945 befreiten, gab es noch 60.000 Häftlinge auf dem Areal, in heillos überbelegten, verlausten Baracken. Dazwischen türmten sich Leichenstapel. Tote faulten liegengelassen in Schlamm und Schneematsch. Bis Mitte Mai hatten die Briten die Überlebenden umquartiert und die typhusverseuchten Unterkünfte abgefackelt. Für ein Viertel der Geretteten kam jede Hilfe zu spät. Sie starben den Engländern unter den Händen weg.

Von all dem sah man nichts mehr, nur lange Reihen von Massengräbern. Das Grauen war einer Birken- und Kiefernidyll gewichen. Doch mich beeindruckte, dass die Erde über den Toten nach oben gewölbt zu sein schien, so, als kaue sie noch immer an den vielen Leibern.

Irgendwo in dem Gräberfeld lagen auch die Reste zweier Mädchen aus Frankfurt, die mit ihren Eltern nach Amsterdam geflohen waren und sich vor den nachrückenden ‚Moffen‘ in einem Hinterhaus an

der Prinsengracht versteckt hatten, bis sie verpetzt wurden und über Amersfoort und Westerbork in Auschwitz landeten, um am Ende hierher ‚evakuiert‘ zu werden. Die Ältere von beiden war etwas älter gewesen als ich, die jüngere keine 16. Die Jüngere hatte ein Tagebuch geführt, das ihr Vater, der als einziger aus der Familie den Krieg überlebte, später veröffentlichte.

In Bergen und Belsen lagen Wirkung und Ursache dicht beieinander: Die nationale Hybris hatte nicht nur Margot und Anne Frank das Leben gekostet, sie hatte Abermillionen verschlungen, Europa entstellt und zahllose Seelen zertrümmert. Der Fluch war auf die Verursacher zurückgefallen. Mein Land hatte sich selbst verstümmelt. Es krankte an seiner Geschichte. Ich wollte kein Teil davon sein. Wann immer es mir möglich war, floh ich in die Fremde. Da war es zwar nicht unbedingt besser, aber ich für das Elend wenigstens nicht zuständig.

Ich jobbte, bis ich wieder genug beisammen hatte, verirrte mich in der Levante und strandete im Südsudan, wo mich die Echos des Bürgerkriegs einholten. Dann schwappte der Krieg in Uganda über die Grenze. Wellen von Flüchtlingen drängten nach Juba. Erst kamen die, die vor der marodierenden Soldateska Idi Amins flohen, gefolgt von den Funktionären Amins, die vor den tansanischen Truppen wegliefen. Die tauchten in mit rotem Schlamm bespritzten Cadillacs und Mercedes' auf. Sie hatten kofferweise Geld mitgeschleppt, das sie in Bündeln feilboten. Das Militär riegelte die Stadt ab. Schließlich breitete sich noch Beulenpest aus, an der auch mein Reisegefährte erkrankte. Doch noch gab es Medikamente, und als ein Flussdampfer anlegte, konnten wir ihn nachts aus der Quarantäne-Station holen und an Bord schmuggeln. So gelangten wir ein paar Wochen später wieder nach Khartum und schließlich zurück nach Deutschland.

Was ich unterwegs erlebt hatte, ließ mich lange nicht los. Noch Jahre später drehte ich zwanghaft Wasserhähne zu, obwohl es das kostbare Nass nun längst wieder im Überfluss gab und niemand mehr zu verdursten drohte.

Meine Schwestern hatten eine Ersatzheimat. Ich fremdelte da eher. Obwohl auch ich gern zu den besseren Deutschen gehört hätte, blieb

die DDR für mich das beklemmende Zerrbild der eigenen Alternative. Passierte ich die Schleuse an der Friedrichstraße, reiste ich nicht in die strahlende Zukunft, sondern purzelte in die verstörende Vertrautheit eines konservierten Vorgestern: Die Uniformen, das Grüßen, der Stechschritt, die Parolen und Fahnenflut, das miefige Ersatz-Design und Falange-Blau der FDJ-Hemden, der Brei der Propagandalosungen, die fleischgewordenen Wortmonster, die statt ‚Blockwart‘ nun ‚Hausgemeinschaftsleiter‘ hießen.

Auf mich wirkte die strahlende sozialistische Zukunft eher wie der frostige Sandkasten, wo andere sich mit einer fragwürdigen Utopie abstrampeln durften, während man selbst im Warmen saß und ihnen dabei zusah. Der Osten war vernarbter, in mancher Hinsicht auch echter, aber gewiss nicht ‚besser‘. Nur der ehrlichere Albtraum.

War ich zu Besuch in Berlin, nahm eine Schwester mich öfters mit zu Bekannten im Prenzlauer Berg. Da war es meist voll, gab stets viel zu trinken und ging hoch her. Den Zaun im Kopf wurde trotzdem keiner los. Ich erinnere das Abgleichen und Schönreden, an Sätze wie *„auf die Schnauze kriegst du überall, fühlen sich die Bonzen angepisst. Denkt an die Terroristenhutz“* oder *„Bei euch sitzen die Nazis wenigstens nicht im Aufsichtsrat, sondern stehen vor Gericht“*. Mängel des Westens und Vorzüge des Ostens: Schein gegen Sein, glatte Glitzerwelten und gemütliche Käfige. Oberflächliche Genugtuung und resigniertes Nicken. Klar, wir kochen alle bloß mit Wasser. Nur irgendwann willst du eben wissen, wie das Wasser auf der anderen Seite schmeckt. Was macht dich schön, wenn nicht dieser Durst?

Als ich das letzte Mal da war, wick man auf den spanischen Bürgerkrieg aus, stritt über den katalanischen Frühling der Freiheit, die Kugeln der Stalinisten und Europas Feigheit, weil es leichter fiel, über die betrogene Republik in der Ferne zu reden als über den antifaschistischen Schutzwall direkt vor der Tür. Der ermordete Traum lag weit weg, im sonnigen Barcelona, begraben unter den Toten des Weltkriegs. Weit genug weg für besinnliche Trauer und tapfere Konjunktive. Bis der besoffene Gastgeber kurz vor elf, als es für uns Westler Zeit wurde zu gehen, plötzlich ausrastete und uns Arschlöcher nannte, weil wir

uns alle in die Tasche lögen und die eine Hälfte gleich rüber führe, während die andere hübsch dableiben dürfe. Warum wir denn nicht mal tauschten, zur deutsch-deutschen Abwechslung? Er beschwor den Mauerspringer, den Typen, der nachts in den Wedding gehüpft war, keinen Kilometer von hier, einfach so, durch die Kugeln der Grenzer, wurde schließlich weinerlich und haute einen Burschen aus Kreuzberg an, der mit dem Auto da war, ob nicht doch Platz im Kofferraum sei. Der Kreuzberger druckste so lau, dass mir speiübel wurde.

Fortan ging meine Schwester dort allein hin. Jahre später, nach der Grenzöffnung, erfuhr ich, dass unseren durstigen Gastgeber dessen Frau verpiffen hatte. Sie selbst war kurz nach der Wende in den Westen gegangen, als herauskam, dass sie über alle in ihrem Umfeld berichtet hatte. Mit ihrem ‚frischen Stecher‘, auch er ein inoffizieller Mitarbeiter der ‚Stasi‘.

Anfang der 1980er sagte mir der *Archipel Gulag* wenig. Doch damals ging es mir nicht viel anders als Robert Habeck, der später schrieb, er habe ‚Vaterlandsliebe stets zum Kotzen‘ gefunden und ‚mit Deutschland nichts anzufangen‘ gewusst.

Als sich die Chance bot, über ein Stipendium nach New York zu gehen, griff ich zu. Ich blieb länger als geplant und heiratete eine Frau, die zwei Pässe besaß und keine Lust hatte, in der israelischen Armee zu dienen. Der Namenswechsel half ihr, stressfrei durch die Kontrollen am Ben-Gurion-Flughafen zu kommen. So konnte sie ihren Vater in Tel Aviv besuchen. Unsere Ehe ging in die Brüche, weil wir zu viele Geschichten aus dem Krieg und dem Ghetto im Gepäck hatten. Aber sie hielt lange genug, um noch gemeinsam zurück nach Europa zu gehen. Denn am Ende überwog meine Sehnsucht nach dem Land meiner Eltern.

In Manhattan lebten einige der reichsten Geschöpfe der Welt in atemberaubend weitläufigen Apartments am Central Park. Zugleich heulten unter unserem Eckzimmer an der 98. Straße und Broadway im Minutentakt die Sirenen. Der Asphalt war mit Stahlplatten gepflastert, um zahllose Schlaglöcher zu flicken. Weite Teile von Harlem und der Süd-Bronx gehörten den Gangs. Der Port-Authority-Busbahnhof an der 8. Avenue wirkte auf mich wie eine potenzierte Mischung aus

hässlichstem Hamburger Kiez und Berliner Bahnhof Zoo, wo sich auf dreizehn gequälte Elfjährige feilboten, und in den fensterlosen Ruinen der 6. Straße Ost zwischen der Avenue C und D, gegenüber dem mit Kakerlaken verseuchten ‚Studio‘, wo ich eine Weile wohnte, hausten zwischen Ratten und Abfall Hunderte Obdachlose. Die Regierung strich Programme für Arme und senkte Steuern für Reiche. Parallel fingen alle möglichen Politiker an, öffentlich zu beten. Das schlug mir auf den Magen.

Ich sehnte mich nach einer Welt, wo der Herrgott nicht ganz so oft bemüht wurde, aber niemand mit Lungenentzündung barfuß bei Schnee zu betteln brauchte. In der Fremde begriff ich, wie deutsch ich war. Nicht nur, weil ich ab und zu den ‚verfickten Nazi‘ gab, der für die Sünden der Väter erhalten sollte. Ich vermisste den Klang meiner Muttersprache, den Duft von roter Grütze, Schwarzbrot und die Wolkenpracht norddeutscher Himmel. Das Selbstverständliche entpuppte sich als liebenswerte Eigenart. Fast so kostbar wie Trinkwasser.

Als die Mauer fiel, lebte ich in Berlin. Ich fand es schön, dass man nun endlich offen reden konnte. Trotzdem sah ich die Wiedervereinigung anfangs skeptisch. Alles, was sich zu ausdrücklich ‚deutsch‘ gab, bereitete mir Unbehagen. Das änderte sich erst, nachdem die Einheit ohne allzu viel Budenzauber über die Bühne gegangen war und sich mir die Schönheit des Ostens erschloss. Langsam begann ich mich mit dem Land meiner Herkunft anzufreunden.

Bei einer Polenreise, die uns nicht bloß durch Maidanek, Belzec und Auschwitz führte, sondern auch zu den Burgen des Ritterordens, nach Thorn und in die Altstadt Breslaus, bemerkte mein kanadisch-englischer Freund halb amüsiert, halb verwundert, ich scheine ja Frieden gemacht zu haben mit meiner Heimat.

Er hatte recht. Irgendwo zwischen Danzig und Przemyśl begriff ich, dass ich nicht bloß gern in Deutschland lebte, sondern dafür dankbar war und fast so etwas wie Stolz darüber empfand, was einige meiner Landsleute trotz allem daraus gemacht hatten. Vielleicht, so sagte ich dem Freund damals, sei der durch die Nazis ins Werk gesetzte kulturelle Selbstmord ja doch nicht ganz so erfolgreich gewesen.

Diese Reise fand im Sommer 2005 statt, einige Monate vor der Wahl, die Angela Merkel zur Kanzlerin machte. Damals herrschte in der Ukraine noch Frieden und Russland war kein Feind. Die Briten hatten sich mit Brüssel arrangiert. Das Schlachten auf dem Balkan schien eingedämmt. Das Morden im Irak machte eine Pause. Heute scheint mir das weiter weg als der November 1989.

Mark Twain empfahl, Windeln und Politiker häufiger mal zu wechseln. Aus denselben Gründen. Leider haben sich die Deutschen bei Merkel nicht an diesen Rat gehalten.

## Der Einstieg in den Ausstieg aus der deutschen Geschichte

In der *Frankfurter Rundschau* bemerkte Ex-Kanzler Helmut Schmidt Anfang der 1990er: *„Man kann aus Deutschland mit einer immerhin tausendjährigen Geschichte seit Otto I. nicht nachträglich einen Schmelztiigel machen. Weder aus Frankreich, noch aus England, noch aus Deutschland dürfen Sie Einwanderungsländer machen. Das ertragen diese Gesellschaften nicht.“*

Inzwischen würden ihm da vermutlich weit mehr Menschen zustimmen als vor dreißig Jahren. Die allermeisten Deutschen halten grenzenlose Zuwanderung für falsch. Trotzdem würde es kaum eine Zeitung wagen, Schmidts Worte heute noch ohne ausdrückliche Distanzierung zu drucken. Allein die Frage zu stellen, ob ‚Diversität‘ und Migration zwangsläufig eine Bereicherung sind, gilt als reaktionär, rassistisch und ‚islamphob‘.

Schmidt war Jahrgang 1918 und mit den Folgen nationalen Größenwahns nicht nur aus Büchern vertraut. Er hatte als Leutnant an der russischen Front gedient. Angela Merkel saß in einer Ostberliner Sauna, als die Mauer fiel. Geschichte hat sie nie sonderlich interessiert.

Für die Massenaufnahme kulturfremder Flüchtlinge gibt es kaum historische Vorbilder. Im Herbst 376 drängten Zehntausende von Goten als ‚Schutzsuchende‘ über die Donau auf römisches Territorium. Weitere Barbarenstämme folgten. Sie entwickelten sich alsbald zur Plage für die Einheimischen. Von Hunger und Neid auf reiche Römer getrieben, taten sie sich mit anderen Flüchtlingen zusammen und zogen marodierend durchs Reich. Ammianus Marcellinus berichtet: *„Ohne Rücksicht auf Alter und Geschlecht ließen sie in Mord und riesigen Feuerbrünsten alles zugrunde gehen, sogar Säuglinge wurden von der Mutter Brust gerissen und getötet, die Mütter selbst in die Sklaverei verschleppt, die Männer vor den Augen ihrer Frauen erschlagen und jene so zu Witwen gemacht.“*

August 410 plünderte Alarich Rom. Es war die erste Eroberung der Stadt seit 800 Jahren, der Auftakt zum Ende römischer Herrschaft im westlichen Mittelmeerraum.

Merkels Entschluss, das Experiment zu wiederholen, fiel scheinbar über Nacht. Zuvor war sie nie als Syrer-Freundin aufgefallen. Bis Mitte 2015 stießen die Hilferufe der Vereinten Nationen bei ihr stets auf taube Ohren. Auch die Bitten der Italiener und Griechen verhallten ungehört. Stattdessen kürzte sie den Helfern vor Ort sogar die Mittel, so dass in den Lagern Hunger drohte. Erst das bewegte viele der Verzweifelten dazu, sich nach Europa aufzumachen. Als sich dann Abertausende auf der sogenannten Ungarnroute stauten, öffnete sie die Grenzen und lud das Land ein, sich als selbstloser Retter zu betätigen. Danach vergaß sie, die Grenzen wieder zu schließen. Das löste einen Sog aus, der Millionen nach Europa zog. Für junge Männer aus Nahost und Afrika wurde Deutschland zum Traumziel. Es gab keine Einreisehürden. Hohe Gratisleistungen lockten. Fast jeder, der kam, durfte bleiben. Selbst wenn sein Asylantrag gescheitert war, er offiziell ‚ausreisepflichtig‘ war und laufend mit den Gesetzen kollidierte.

Das verschwieg der eingangs erwähnte Yascha Mounk, als er in den *Tagesthemen* Merkels Experiment lobte. Immerhin räumte er ein, dass das zu ‚vielen Verwerfungen‘ führe. Wie die aussahen, präziserte er nicht näher, aber als er sich äußerte, zeichnete sich das Scheitern des Großversuchs längst ab. Die Übergriffe auf der Kölner Domplatte und der Anschlag von Anis Amri waren bereits Geschichte. Messerangriffe und antisemitische Attacken häuften sich. Die aktuelle Kriminalstatistik lag vor. Eigentlich hätte auch ein Blick in die französischen Banlieues gereicht.

Yascha Mounk besitzt seit 2017 die amerikanische Staatsbürgerschaft und hat sich schon mal vorsorglich auf einen Posten an der ‚Johns Hopkins University‘ zurückgezogen. Andere können den Folgen seiner Experimentierfreude nicht so elegant ausweichen.

Offizielle Fremdenfreundlichkeit muss nichts Übles sein. Tobt in der Nachbarschaft Krieg und es stehen Bedrängte vor der Tür, sollte man helfen. Dafür darf eine Regierung sogar Opfer verlangen. Doch

wenn die Massenaufnahme von Fremden in exzessive Selbstbeschädigung ausartet und sich als strukturelle Überforderung erweist, geht auch der gutartigsten Bevölkerung irgendwann die Geduld aus. Dann weckt staatlich verordnete Fremdenliebe nur noch Widerwillen und provoziert das genaue Gegenteil.

Merkels Grenzöffnung reiste unter der Flagge humanitärer Willkommenskultur. Alle historisch geläuterten Menschenfreunde waren dafür. Auch ich fand die Geste anfangs sympathisch. Meine Begeisterung legte sich erst, als ich begriff, dass sie die Ausnahme zur Regel machte. Außerdem irritierte es mich, dass Politik und Medien in Gleichschritt fielen und Zweifel tabu waren. Die Kanzlerin kannte keine Parteien mehr, nur noch Willkommensfreunde. Das Land war im Willkommensrausch. Auf Risiken und Nebenwirkungen hinzuweisen, galt als kalt, herzlos und rechts.

Unvergesslich bleiben mir die Sentenzen eines gewissen Georg Seeßlen, seines Zeichens Feuilletonist und Filmkritiker. Der fiel im *Spiegel* über den Philosophen Peter Sloterdijk her. Sloterdijk hatte es gewagt, politische Vernunft ins Spiel zu bringen und im *Cicero* gesagt, es gebe keine moralische Pflicht zur Selbstzerstörung. Der Literaturwissenschaftler und Historiker Rüdiger Safranski stimmte Sloterdijk zu. Daraufhin verwies Seeßlen beide in den ‚halbfaschistischen Sumpf‘. Zugleich erklärte er das Selbstverständnis konservativer Europäer zur ‚Fata Morgana‘. *„Europa ist keine Oase von Frieden und Freiheit, von Gastfreundschaft und Solidarität, sondern nur das Trugbild davon. Genauso wenig gibt es eine abendländische Wertegemeinschaft, die durch Grenzen definiert würde und durch die Neuankömmlinge etwas zu verlieren hätte.“* Nur die Flüchtlinge, verkündete Seeßlen im März 2016, könnten die Europäer möglicherweise vor sich selbst und ihrer weiteren Verrohung und Verblödung retten.

Um die islamische Scharia mit dem aufgeklärten Rechtsstaat gleichzusetzen und die europäische Wertegemeinschaft für nichtexistent zu erklären, muss man tatsächlich verblödet oder böse sein. Vielleicht auch beides. Allerdings sollte Seeßlen da besser nur für sich selbst sprechen. Ich war oft genug in der Wüste, um Luftspiegelungen

und die todesverliebten Ergüsse eitler Mietfedern unterscheiden zu können.

Leider war Georg Seeflen nur pars pro toto und einer unter vielen. Auf einmal wimmelt es von Gesinnungsathleten. Die über Nacht erwachten Tugendgarden argumentierten mit hoher und höchster Moral. Merkel selbst wiederholte mantraartig: „*Ich sage wieder und wieder: Wir können das schaffen, und wir schaffen das.*“ Autosuggestion erstickte die Vernunft. Wer sich für regierungstreu und linksliberal hielt, war hingerissen. Der Rest verstummte. Oder heuchelte Begeisterung.

Es gibt echte Not und die Pflicht zu helfen. Nur muss dafür irgendwer zahlen. Bei uns zahlen vor allem die Schwachen. Die dürfen mit den Neuzugängen den Alltag teilen und mit ihnen um Jobs, Wohnraum und Transferleistungen konkurrieren. Wer nicht aus der Warteschlange der örtlichen Tafel weggedrängt wird oder auf Schmelzkäse von ‚Penny‘ angewiesen ist, weil er im Bio-Supermarkt einkauft, weiß nicht, wie es sich anfühlt, ‚beim Amt‘ Wartenummern zu ziehen und sich auf Behördenfluren zwischen Scharen junger Araber durchzuzwängen, die sämtlich neue Handys zu besitzen scheinen und auftreten, als ob ihnen der Laden längst gehörte. Sonst wäre er mit Rassismuskorrekturen eventuell vorsichtiger. So frönt er einer überwiegend abstrakten Fremdenliebe, die das Mitgefühl für einheimische Arme ausspart. Über schlecht riechende Alte, die im Müll wühlen, sieht er souverän hinweg und sonst sich in ethisch einwandfreiem Wohlgefühl.

Denn ja, die allermeisten Zuwanderungsfreunde meinen es subjektiv vermutlich gut. Nur blenden sie eben aus, dass ihre Mitmenschlichkeit sie nichts kostet. Kein Migrant verdrängt sie aus ihrer edel renovierten Altbauwohnung und sorgt dafür, dass ihre Kinder in der Schule kein Deutsch mehr hören. Bei den nicht ganz so Privilegierten sieht das deutlich anders aus.

Wüssten die Begüterten, was Paketfahrer und Backhilfskräfte netto so nach Hause tragen oder wie lachhaft die Rentenansprüche einer Schichtarbeiterin nach einem vollen Arbeitsleben sind, würden sie nicht rätseln, wieso diese Menschen sich ins Abseits gedrängt fühlen oder über das neue ‚Bürgergeld‘ nicht begeistert sind. Ein Drittel der

einheimischen Arbeitnehmer verdient keine 2.000 Euro brutto monatlich. Die ärmsten fünfzehn Prozent müssen mit weniger als 1.200 Euro klarkommen. Diese Bürger sind es, die die Regierung ins Rattenrennen mit subventionierten ‚Schutzsuchenden‘ schickt. Wer täglich um sein ohnehin nicht üppiges Einkommen, seinen fragilen Status und seine dürftigen Rechte kämpfen muss, fühlt sich durch den staatlichen Großmut gegenüber Wildfremden eventuell verhöhnt.

## Der Missbrauch des Asylrechts

Die offizielle Offenheit geht auf den Paragraphen 16 a des Grundgesetzes zurück. Danach genießen politisch Verfolgte Asyl. Doch laut ‚Bundesamt für Migration und Flüchtlinge‘ (BAMF) sind eben bloß höchstens zwei von hundert Antragstellern individuell verfolgt. Weit über 98 Prozent der Menschen, die seit 2015 ins Land gelangt sind, sind es nicht. Einige kommen zwar aus Kriegsgebieten, aber da sie durch sichere Drittstaaten eingereist sind, ist ihre Bedrohung an Leib und Leben überschaubar. Zwei Drittel der sogenannten Schutzsuchenden sind klassische Armutsmigranten, die dem Lockruf des Sozialstaats folgen.

Die Neuzugänge sind meist jung, männlich und testosterongebet. Wer alles riskiert, um nach Europa zu gelangen, lernt unterwegs, wie man sich vordrängelt. Stellt er vor Ort fest, dass sein Traum vom Glück nie aufgehen wird, weil ‚Mama Merkels‘ Einladung aufgebraucht ist und ihn niemand braucht, ist das für viele eine tiefe Kränkung. Kulturschock und Frustration machen sie zur idealen Beute für religiöse Hirnwäscher, die ihnen Halt versprechen und ihre Enttäuschung und Minderwertigkeitsgefühle in Verachtung, Hass und Allmachtsphantasien ummünzen. Insofern produziert die muslimische Massenmigration oft erst den radikalen Fundamentalismus, mit dem die Gesellschaft sich dann ablagen darf. Andere lockt die therapeutische Nachsicht der Justiz auf den Pfad zum leichten Geld. Die traumwandlerische Sorglosigkeit einer gewaltsam gewaltfreien Überflusgesellschaft bietet energischen jungen Männern zig Optionen. Doch ihre ersten Ziele sind selten betuchte Willkommensfreunde.

Finanziert der Staat Masseneinwanderung über die Sozialsysteme, enteignet er alle, die in diese Systeme einzahlen. Stimmen Sozialdemokraten, Linkspartei und Grüne dann noch dem durch die Merkel-Regierung mitentworfenen ‚Global Compact for Migration‘ zu, der europaweit Alteingesessene und Lohnabhängige entrechtet, verraten sie ihre Wähler. Norbert Häring nannte den UN-Migrationspakt den

„letzten Sargnagel“ linker Parteien. Der Vertrag schade Arbeitnehmern weltweit. Die einzigen Nutznießer seien Großunternehmen und Kapitalbesitzer. Linke Parteien, die derlei mittrügen, seien dem Untergang geweiht und hätten ihn verdient.

Wo offizielle Großzügigkeit den Schwachen mehr abverlangt als den Starken, wächst der Groll. Nehmen Politiker diesen Unmut nicht ernst, sondern tun ihn reflexartig als rechts ab, geht damit nicht nur die Diskursfähigkeit der Gesellschaft flöten, sondern auch das Vertrauen in die Demokratie. Dank des Gesinnungskartells von Leitmedien und Politik mögen sich publizistische Tugendbolzen edel fühlen. Kleine Leute sind gekniffen. Protestieren sie, klatscht ihnen das Kartell seinen Doppelstandard um die Ohren. Bestenfalls ernten sie Hohn. So und nicht anders züchtet man echte Ressentiments. Wenig verwunderlich, dass viele grenzenlose Zuwanderung bloß noch als Kampfansage gegen sich und ihre Lebensweise sehen.

Das erklärt, wieso Yascha Mounk mit Widerstand rechnete. Sperrigen Alteinwohnern drohte er am 8. Juli 2018 im *ARD-Pressclub* Zwang an. Um „*eine multiethnische Gesellschaft zum Funktionieren zu bringen*“, sagte er, „*müssen wir dann auch ganz klar zeigen, dass der Staat fähig ist, diejenigen Menschen, die aus Hass dagegen verstoßen, richtig zu bestrafen*“.

Hass ist ein Gefühl. Gefühle sind subjektiv und nicht justiziabel. Verbotene Handlungen lassen sich bestrafen. Gefühle sind ein weites Feld. Darum sieht das Strafgesetzbuch für ‚Hassverbrechen‘ keine Paragrafen vor. Gleichwohl schlummert in vielen von uns ein kleiner Blockwart. Werden diese garstigen Impulse durch die Obrigkeit gefördert oder sogar vom Staat bezahlt, nähern wir uns wieder Zuständen wie vorm Herbst 1989 an. Bis dem Volk der Geduldsfaden reißt und es die Stasi in die Produktion schickt. Fraglich, ob das ein weiteres Mal so friedlich gelingt.

Um möglichen Widerstand bereits im Vorfeld zu brechen, spannt die Regierung staatlich finanzierte ‚Nichtregierungsorganisationen‘ wie die von Anetta Kahane oder Naika Foroutan ein. Die täuschen hehre Ziele vor, kochen ihr eigenes Süppchen, betreiben geistige Kolonisierung, vertiefen bestehende Risse und kontrollieren die Gesinnung.

Der Asylartikel im Grundgesetz geht auf das Trauma der Nazizeit zurück, als Abertausende durch das Regime ausgebürgert und vertrieben wurden. Sie irrten staatenlos durch die Welt, auf der Suche nach einem sicheren Ort, wo man sie duldete. Eine dieser Zwangsheimatlosen war meine spätere Patentante Irene. Die strandete auf ihrer Flucht vor der Wehrmacht in Marseille, bis sie es mit viel Glück über Lissabon nach Havanna schaffte. Bei einer unserer letzten Begegnungen erzählte sie mir davon, schilderte die Erleichterung, auf ein Schiff gelangt zu sein, dessen Kapitän sie tatsächlich in den Zielhafen brachte und nicht irgendwo auf See aussetzte, von ihrem Schock nach der Ankunft in Havanna, auf einem fremden Kontinent, ohne Spanischkenntnisse, Geld und Arbeitserlaubnis, beschrieb, wie sie mit trockenem Hals vorm Schreibtisch eines gelangweilten Konsulatsbeamten stand, wohlgenährt, glattrasiert, in akkurat gebügeltem Hemd, und sich ihr vor Hunger, Hitze und Angst der Magen umdrehte und die Knie einzuknicken drohten. Sie sprach davon, wie sie sich die Zunge verrenkt und ihn in erbärmlichem Englisch angefleht habe zu prüfen, ob die rettende eidesstattliche Erklärung ihres Bürgen, der ominöse ‚Affidavit‘, nicht doch längst vorläge. Schließlich lag der ‚Affidavit‘ vor, aber dann waren noch verschiedenste Formulare auszufüllen und dem Konsulat unter Dutzenden eher nebensächlicher Vordrucke zufällig gerade die entscheidenden ausgegangen. Die mussten nun erst wieder in Washington bestellt werden, bevor sie vorschriftsgemäß komplettiert zurückgesandt werden konnten. *„Von Havanna bis Miami sind es neunzig Meilen. Die kann man fast schon schwimmen.“*

Sie mokierte sich über die gestrandeten Mitteleuropäer in den Tropen, ihre grotesken Versuche, trotz mörderischer Temperaturen gewohnte Tagesabläufe zu pflegen, erinnerte ihre binnen Minuten nass geschwitzte Bluse, wenn sie beim Konsulat darauf wartete, vorgelassen zu werden und sich hübsch gemacht hatte, an die Deckenventilatoren, die die schwüle Hitze zerpflügten, während ihr mit dem Make-Up ihre mühsam inszenierte feminine Respektabilität zerfloss. Unterwegs lachte sie viel und laut. Sie hatte ein gluckernes, tiefes Lachen, fraulich und

warm, mit Platz für Zweifel, Wehmut und Spott. Es kam so unverhofft, wie es abstarb. Dann wieder wurde ihre Stimme brüchig, wenn sie von den Älteren sprach, die zu alt waren, um sich umzustellen und die Schikanen der Bürokratie zu ertragen, heimwehgebeutel, gestrandet und verzagt. Die hätten bis zu ihrer Flucht in geordneten Verhältnissen gelebt, brav, bieder und bescheiden, darunter Kriegsteilnehmer, die so deutsch waren, dass sie ihre Orden und Veteranenspangen mitgeschleppt hatten. Sie erwähnte einen Journalisten aus Berlin, dessen Herz vor Freude über seinen ‚Permit‘ versagte und ein Buchhändler-ehepaar aus Leipzig, das sich von seinem letzten Geld Veronal kaufte und in einer Absteige einschloss. Sie wusste sogar noch die Namen.

Das muss gegen Ende 1941 oder Anfang 1942 gewesen sein. Zu der Zeit trug mein Vater das Khaki des Afrika-Corps, langweilte sich in irgendwelchen Stellungen südlich von Bengasi und jauchzte vor Begeisterung, als er seine ersten vier Engländer erschoss. Er war damals zwanzig, Irene Anfang dreißig.

Irene schaffte es nach New York. Bei Kriegsende kehrte sie in der Uniform eines US-Captains ins besetzte Westdeutschland zurück. Allein. Sie blieb als Zivilist. Trotzdem behielt sie den blauen Pass. Auf ihre amerikanische Staatsbürgerschaft legte sie großen Wert. „*Eine Ausbürgerung reicht*“, sagte sie mir nur. Mit ihrem zweiten Mann übersetzte sie Joseph Hellers *Catch 22*. Sie versuchte den Neuanfang. Nur verziehen ihr die, die geblieben waren, nie, dass sie damals zu ihrem jüdischen Mann gehalten und gegen die Nazis gekämpft hatte. Ihre Rückkehr scheiterte. Am Ende war sie zu müde für den zweiten Absprung. Da lag auch für sie das Veronal näher. Das schrieb mir mein Vater nach Amerika, wo ich in einem orangegestrichenen, stickigen Zimmer auf seinen Luftpostbrief glotzte, bis die Schrift vor meinen Augen tanzte.

Irene berlinerte mit der Erbarmungslosigkeit einer Stadtpflanze, deren Herz zeitlebens am alten Alexanderplatz hing. Obwohl sie von New York schwärmte, blieb der Times Square für sie immer bloß dessen schlechtere Kopie. Als ich vierzehn war, teilten wir ab und an eine ihrer filterlosen Zigaretten. Sie brachte mir bei, wie man ‚Tough Shit‘ ausspricht, meine erste Kostprobe in amerikanischem Soldatenslang.

Heimweh ist eine Wunde, die in der Fremde nie heilt. Ich bin einigen begegnet, die Ähnliches erlebt hatten wie Irene. Eine meiner Zimmervermieterinnen in New York kam aus Dresden. Sie sächselte polyglott, auch auf Italienisch, aber mit mir sprach sie ausschließlich Englisch. Es dauerte sechs Wochen, bis das Eis brach. Da sprach sie genauso Deutsch mit mir wie mit der alten Frau aus Breslau, die einen koscheren Knall hatte und zwei Stockwerke über uns wohnte. Seitdem unterhielten wir uns fast nur noch auf Deutsch. So erfuhr ich von ihrer abenteuerlichen Flucht nach Italien, den antisemitischen Gesetzen Giovanni Preziosis, ihrer erneuten Flucht und ihrer fast drei Jahre währenden Odyssee nach Amerika.

Ich habe das Asylrecht immer als Versuch gesehen, aus dem Leid dieser Menschen, wie auch aus dem Leid der vielen später Heimatvertriebenen, eine großmütige Konsequenz zu ziehen. Aber die war für Verfolgte gedacht. Nie dafür, Masseneinwanderungen zu rechtfertigen.

Faktisch schaffte Angela Merkel das individuelle Recht auf Asyl 2015 ab, indem sie alle Ankommenden über einen Kamm schor, egal, ob es sich um Bedrohte und Gefolterte handelte oder um deren Verfolger und Folterer. Denn natürlich kamen nicht nur Jesiden und Christen, sondern auch syrische Geheimpolizisten und die Killer des Islamischen Staats. Wie viele solcher Leute sie ins Land holte, weiß niemand. Ihre Integrationsbeauftragte Aydan Özoğuz kündigte an: *„Unsere Gesellschaft wird weiter vielfältiger werden, das wird auch anstrengend, mitunter schmerzhaft sein. Unser Zusammenleben muss täglich neu ausgehandelt werden.“*

Wie sich das Aushandeln konkret gestaltet, lässt sich unschwer der Kriminalstatistik entnehmen. Über das vergangene Jahr registrierte die Polizei allein in Berlin 111 Gruppenvergewaltigungen. Die meisten Opfer waren im Alter zwischen 14 und 15, doch ich vermute, dass nicht alle Geschädigten zur Polizei gehen und die Dunkelziffer deutlich höher ist.

Im Dezember 2018 unterzeichnete Merkel in Marrakesch den UN-Migrationsvertrag. Der legitimierte ihr Vorgehen seit 2015 rückwirkend und goss es in juristische Form. Die Statuten legen ‚allgemeine Prinzipien und gerichtlich einklagbare Verbindlichkeiten‘ fest. Sie

begründen einen Rechtsanspruch der Zuwanderer auf Niederlassung. Das verpflichtet die Alteingesessenen dazu, ihr Land mit all jenen zu teilen, die bei ihnen leben möchten.

Was die Kanzlerin da ins Werk setzte, war nichts weniger als das Entzweigen des Staatsvolks. Sie verwandelte die Deutschen per Federstrich in x-beliebige Bewohner. Das, was sie und ihre Vorfahren für sich und ihre Nachkommen aufgebaut hatten, wurde durch ihre Unterschrift zur neutralen Verfügungsmasse. Deshalb kann Naika Foroutan nun auch erklären, dass Bio-Deutsche, die auf ihrer Leitkultur bestehen, etwas grundlegend falsch verstanden haben. Das Land gehört ihnen nicht mehr. Dank Merkel gehört es jetzt allen, die dort siedeln. Es ist zur Restverwertung freigegeben. Wenn die Neusiedler es umgestalten wollen und etwa die Scharia einführen möchten, haben die Eingeborenen das eben zu schlucken. Wenn sie damit ein Problem haben, verhalten sie sich automatisch ‚fremdenfeindlich‘ und ‚islamophob‘. Oder, um Yascha Mounks Logik und das zeitgemäße Neusprech zu bemühen, sie begehen ein ‚Hassverbrechen‘.

Merkels Migrationspakt setzt eines der zentralen Ziele der ‚UN-Agenda 2030‘ um. Diese Agenda beinhaltet siebzehn Punkte zur ‚nachhaltigen Entwicklung‘. Sie will Armut beseitigen, Ungerechtigkeit bekämpfen und den Klimawandel stoppen. Das klingt ehrenwert. Im Detail jedoch folgt die Agenda den Wünschen von Technokraten, die die Macht der Einzelstaaten durch supranationale Institutionen ersetzen möchten, die als ‚öffentlich-private-Partnerschaft‘ organisiert sind und keiner demokratischen Kontrolle mehr unterliegen.

Die Agenda entspricht weitgehend den Vorstellungen von Klaus Schwab und seinem Genfer Weltwirtschaftsforum (WEF). Schwab schwebt nach der Globalisierung der Waren- und Kapitalmärkte nun unbeschränkter Zugriff auf menschliche Ressourcen vor. Starke nationale und kulturelle Eigenarten empfindet er als störend, und das ideale Instrument, um solch lästige Identitäten zu zerstören, ist massenhafte kulturfremde Zuwanderung.

Peter Denis Sutherland, der im Januar 2018 verstorbene UN-Migrationschef, der als graue Eminenz des Genfer Gesprächskreises

Schwabs ‚Philosophie‘ vertrat, wurde nie müde zu erklären, dass der Widerstand gegen Migration unmoralisch sei. Man müsse den Europäern ihren ‚prähistorischen Nationalstaat‘ austreiben. Damit war die Marschroute klar.

## Der ‚Vater der Migration‘ und der Ethno-Kult: Sutherlands Ansage beim Council on Foreign Relations

In *Die Getriebenen: Merkel und die Flüchtlingspolitik* schildert Robin Alexander, wie die Kanzlerin 2015 in die Grenzöffnung stolperte, um anschließend unter wechselnden Vorzeichen die Folgen ihrer Planlosigkeit zu übertünchen. Seine Reportage aus dem ‚Inneren der Macht‘ liest sich so fesselnd wie schlüssig. Darum hielt ich die Idee, die EU könne durch Leute gelenkt sein, die von einem Euro-Arabischen Block träumen, lange für eine Wahnvorstellung. Bis ich über das Protokoll der Podiumsrunde beim New Yorker ‚Council on Foreign Relations‘ (CFR) stolperte, wo sich Sutherland über Deutschlands Zukunft ausließ.

Der Rat für auswärtige Beziehungen ist eine der einflussreichsten US-Denkfabriken mit Zweigstellen in Washington, D.C., London und Tokio. Seit 1921 vernetzt er hochkarätige Akteure aus Politik, Wirtschaft und Medien. Alle zwei Monate gibt er die Zeitschrift *Foreign Affairs* heraus. Die New Yorker Dependence befindet sich in einer edlen Stadtvilla an der Ecke von 68. Straße und Park Avenue. Hier suchte der UN-Sonderbeauftragte Sutherland im September 2015 gemeinsam mit William Lacy Swing „eine weltweite Antwort auf die Migrationskrise im Mittelmeer“. Swing war ehemaliger US-Botschafter in Südafrika und Leiter der Internationalen Organisation für Migration. Das Treffen moderierte der Theologe George Rupp, emeritierter Präsident der Columbia-University und Vorsitzender des ‚International Rescue Committees‘.

Sutherland und Swing waren sich einig, dass Europa fundamental umgestaltet werden müsse. Zuwanderung aus Nahost und Afrika sei nötig, um humanitäre Krisen abzupuffern und das Schrumpfen der Altbevölkerungen zu stoppen. Da mit der Zustimmung der Europäer allerdings kaum zu rechnen sei, so Sutherland, müsse die EU alles dafür tun, um das Projekt von oben voranzutreiben. Leider akzeptierten bisher nur wenige Staaten die Führung Brüssels in dieser Frage. Einzig Deutschland ginge an der Stelle mit glänzendem Beispiel voran und entwickle ‚erstaunliche Führerschaft‘. Bis Ende des Jahres wolle

es mindestens 800.000 ‚Flüchtlinge‘ aufnehmen, gefolgt von weiteren 500.000 jährlich bis mindestens 2021, also 3,3 Millionen Menschen über die nächsten fünf Jahre.

Als Sutherland diese Zahlen nannte, schrieb man den 30. September. Die Grenzöffnung war keine vier Wochen alt. Dass die Kanzlerin daraus eine Dauerveranstaltung zu machen gedachte, wussten bei ihr daheim die wenigsten. Ob sie ihr gesamtes Kabinett eingeweiht hatte, ist fraglich. Trotzdem spricht nichts dafür, dass Sutherland log. Ich vermute, dass seine Zahlen aus erster Hand stammten und er sie selbst mit Merkel abgestimmt hatte. Sie hat sich dazu nie geäußert.

Peter Denis Sutherland war ein Mensch, der die Grenzen zwischen Geschäft und Politik zu verwischen verstand wie kein zweiter. 1946 in Dublin geboren, besuchte er ein Jesuiten-Kolleg, studierte Jura und stieg zum irischen Generalstaatsanwalt auf. Danach diente er als EU-Kommissar für Wirtschaftsfragen, wickelte das ‚General Agreement on Tariffs and Trade‘ (GATT) ab und leitete ab 1995 die Welthandelsorganisation. Daneben besaß er Mandate im Banken- und Industriesektor, beriet die Energie- und Technologiebranche, saß in den Vorständen von BP, ABB, der ‚Royal Bank of Scotland‘ und war zwanzig Jahre lang Chairman bei ‚Goldman Sachs‘. Parallel leitete er private Denktanks wie den ‚Europäischen Runden Tisch‘, die ‚Trilaterale Kommission‘ oder die ‚Bilderberg-Konferenz‘. Er betreute die Finanzen des Papsts und die Gelder des UN-Generalsekretärs. 2006 ernannte ihn Kofi Annan zum Sonderbotschafter für Migration.

Am 27. Juni 2012 berichtete die *Daily Mail* über Sutherlands Rede vorm britischen Oberhaus, wo er die Lords auf Zuwanderung einzuschwören suchte. Schon damals predigte er mit nahezu identischem Wortlaut das, was er auch drei Jahre später in New York verkündete: Europa brauche dringend Migration. Es sei die ‚Kernaufgabe der EU‘, ihre Bürger davon zu überzeugen. Allein Migration gewährleiste die ‚entscheidende Dynamik für wirtschaftliches Wachstum‘. Egal, wie schwierig es sich gestalte, die Führung in Brüssel müsse ‚ihr Bestes‘ tun, um ‚die ethnische Homogenität‘ der Mitgliedsstaaten zu ‚unterminieren‘ und den Europäern ihre ‚toxischen Nationalgefühle‘ auszutreiben. Dazu

müssten die ‚Narrative zu Migration‘ geändert werden. Überalterte, vergreiste Bevölkerungen wie die deutsche seien das ‚Schlüssellargument zur Entwicklung multikultureller Staaten‘.

Sutherland bedauerte ausdrücklich, dass die EU es im Zuge des Arabischen Frühlings versäumt habe, Menschen aus Nahost nach Europa einzuladen und den ‚Norden und Süden des Mittelmeers miteinander zu verweben‘.

Vor vierzig Jahren studierte ich in New York City Geschichte. Einer meiner Lehrer hieß Arthur M. Schlesinger jr. Der hatte als jüngerer Mann die US-Präsidenten John F. Kennedy und Lyndon B. Johnson beraten. 1991 veröffentlichte er *Die Spaltung Amerikas. Überlegungen zu einer multikulturellen Gesellschaft*. Darin analysierte er den Zerfall ethnisch gemischter Gemeinwesen und warnte eindringlich vor exzessiver Identitätspolitik. Seine These: Kulturell diverse Gemeinschaften entwickeln selten eine gemeinsame Identität. Oft scheitern sie entlang ethnischer Bruchlinien. Für das friedliche Zusammenleben unterschiedlicher Ethnien sind gemeinsame Ideale überlebenswichtig.

Schlesinger sah das Erfolgsrezept der USA „*E pluribus unum*“ („Aus vielen Eines“) durch den ‚Ethnokult‘ bedroht, der faktisch ein Rückschritt in tribalistische Strukturen sei. „*Die Frage, die sich Amerika als pluralistischer Gesellschaft stellt, ist, wie man wertgeschätzte Kulturen und Traditionen verteidigt, ohne die Bande der gesellschaftlichen Zusammengehörigkeit zu lösen.*“

Schlesinger verglich den Zerfall Jugoslawiens mit damaligen Trends in den USA. Für ethnisch diverse Kollektive seien nicht nur gemeinsame Institutionen notwendig, sondern gemeinsame kulturelle Ideale, die alle einten. Das mache das Betonen ethnischer Eigenarten so zerstörerisch. Solch Partikularismus stifte keine bunte Brüderlichkeit, sondern bloß Stammesdenken und Streit. Gruppenidentitäten gingen stets auf Kosten Schwächerer. Deshalb sei der vermeintlich progressive Multikulturalismus letztlich extrem reaktionär. Kurzfristig verseehe er zwar Minderheiten mit Klageansprüchen, langfristig jedoch spalte er die Menschen in konkurrierende Kollektive, die einander auf Basis ihrer jeweiligen Gruppenidentität bekämpften.

Der ‚Ethnokult‘ vergifte die Gesellschaft und drohe die USA als Nation zu sprengen.

Schlesinger galt zu Lebzeiten als ‚liberaler Demokrat‘. Der Philosoph Richard Rorty stand politisch links von ihm. Doch auch er unterstützte die US-Demokraten. Rorty warnte ähnlich eindringlich vor den Folgen exzessiver ‚Diversität‘.

1997 prophezeite er den Bruch zwischen der ‚kulturellen Linken‘ und den proletarischen Wählern der Demokraten. In *Stolz auf unser Land: Die amerikanische Linke und der Patriotismus* beleuchtet er die Auswirkungen des Vietnamkriegs und den Gesinnungswandel der postmodernen Linken. Die hätten sich unter dem Einfluss französischer Poststrukturalisten wie Jean-François Lyotard, Michel Foucault und Jacques Derrida von der pragmatischen Sozialpolitik ihrer Vorgänger gelöst und fixierten sich nun ausschließlich auf Minoritäten. Das jedoch spiegele weder die Sehnsüchte noch das Selbstverständnis normaler Amerikaner wider. Denen habe die Identitätspolitik zwar beigebracht, ‚Anderssein zu akzeptieren‘, aber unterwegs sei den Linken der Sinn für die Nöte globalisierungsgebeutelter Arbeiter flöten gegangen. Die seien den dramatischen Umbrüchen schutzlos ausgesetzt, ohne dass sich ihre gewählten politischen Vertreter darum scherten. Deren Fokus auf Identitätspolitik entfremde große Teile der traditionellen demokratischen Wähler. Das schaffe ein Machtvakuum, in das früher oder später ‚die Rechte‘ vorstoßen werde.

Postmoderne Linke predigten den ‚Tod des amerikanischen Traums‘ und die ‚reumütige Zustimmung zum Ende der Hoffnung‘. Aber Multikulturalismus, zivilisationsmüde Selbstverachtung, Abkehr von liberalen Traditionen und offen zur Schau gestellte Geringschätzung der Werte der Republik stoße die meisten Arbeiter ab. Die liebten ihr Land und seien stolz darauf. Mit der linken Erzählung, die USA seien ein Hort des Bösen, könnten sie nichts anfangen. Die Linken begriffen das nicht. Sie strafte die selbstbewussten Arbeiter mit Verachtung. Statt sich ums Kerngeschäft zu kümmern, betrieben sie Klientelpflege. Diese Arroganz werde sich rächen.

Schon jetzt zersplittere ihr sektiererischer Ansatz die Gesellschaft. Zudem sei ihr demonstrativer Antirassismus ohnehin für die Katz, weil es weiterhin Ressentiments geben werde, unabhängig davon, was sie sich erträumten. Düpierten sie damit obendrein auch noch ihre klassische Kundschaft, bereiteten sie selbst einer allergischen Reaktion den Boden, die das Zeug habe, all ihre vermeintlichen Errungenschaften binnen kürzester Zeit wieder hinweg zu fegen. Ließen die Demokraten die Arbeiter und die untere Mittelschicht im Regen stehen, würden die früher oder später jemanden wählen, der ihnen verspräche, sie und ihr Land wieder zu alter Größe zurückzuführen.

Rorty nahm vorweg, was 19 Jahre später zum Wahlsieg Donald Trumps führte, wobei er nicht ahnen konnte, dass Barack Hussein Obama, der zunächst Martin Luther Kings Traum zu erfüllen schien, den identitätspolitischen Wahn der Demokraten verschärfen und den inneren Bruch des Landes vorantreiben würde. 2016 trat ein, was Rorty vorhergesagt hatte: Der Milliardär Trump wurde Präsident, weil die Deklassierten aus dem ‚Rust Belt‘, die stets für die Demokraten gestimmt hatten, sich vielleicht noch für einen ‚sozialdemokratischen‘ Bernie Sanders erwärmt hätten, aber von der blasierten Multimillionärin Hilary Clinton, die ihnen ein munteres ‚Sterb leiser‘ zuflötete und sie ins ‚Körbchen der Erbärmlichen‘ packte, ganz gewiss nicht mehr vertreten fühlten.

2024 wiederholte sich dasselbe in leicht abgewandelter Form. Kamala Harris und ihre Partei zogen alle Register, bis hin zum Faschismus- und Hitlervorwurf. Nun jedoch war das Drohpotential aufgebraucht. Trump gewann deutlich überzeugender. Entscheidend dafür war eine ‚farbenblinde‘ Wählerkoalition. Den Ausschlag gaben ‚Latinos‘ und Schwarze.

Richard Rorty warf den Linken vor, eben das zu verraten, was Walt Whitman einst in den *Democratic Vistas* forderte: Der Demokratie immer wieder neu Gestalt zu geben. Rorty sah die Linke ‚naturgemäß auf der Seite der Hoffnung‘. Gäbe sie dieses Prinzip auf, gäbe sie sich selbst auf. Damit verlöre sie ihren Sinn und Zweck.

Rortys Text stammt aus dem letzten Jahrtausend und ist für ein US-Publikum geschrieben, aber seine Analyse trifft genauso auf die europäische Linke zu. Weder Schlesinger noch Rorty waren rechts. Aber sie waren beide alt genug, um sich an Josef Stalin und Adolf Hitler zu erinnern. Sie kannten die Sirenengesänge marxistischer Utopisten und völkischer Sozialisten. Sie wussten, in welche Abgründe weltliche Erlösungslehren und Ethno-Wahn führen. Dem zogen sie das Modell eines pluralistischen, rechtsstaatlichen Gemeinwesens vor. Das war in ihren Augen zwar alles andere als perfekt, aber unvergleichlich besser als totalitäre Ausgrenzung und zwangsweise Gleichmacherei. Das suchten sie gegen zerstörungverliebte Barbaren im Gewand scheinbar linker Identitätspolitik zu verteidigen. Leider hörten ihnen zu wenige zu.

## Divide et Impera über Ethnie und ‚Rasse‘

Schlesingers *Spaltung Amerikas* erschien ein Vierteljahrhundert vor Merkels Grenzöffnung. Falls sie den Text kannte, nutzte sie ihn als Blaupause, um exakt das Szenario herzustellen, das er für absolut zerstörerisch hielt. Doch vielleicht verfolgte sie damit ein ganz anderes Ziel. Die effektivste Methode beim Teilen und Herrschen besteht seit jeher darin, Leute mit ähnlicher Interessenlage in gegensätzliche Lager zu treiben. Die verlässlichsten Zutaten dabei sind Ethnie und Religion.

Als ich Sutherlands Ausführungen las, musste ich sofort an die Vorgeschichte der berühmten ‚Jim-Crow-Gesetze‘ in den Südstaaten der USA denken, die die Gesellschaft rigide in schwarz und weiß trennten. Der eigentliche Auslöser dafür war die sogenannte populistische Revolte gegen Ende des 19. Jahrhunderts, als arme Weiße und arme Schwarze sich im Süden und Südwesten des Landes in der ‚Farmers‘ Alliance‘ zu organisieren begannen, um Pflanzern, Viehbaronen, Banken und Bahngesellschaften die Stirn zu bieten. Das bedrohte die Macht dieser Eliten. Die begannen daraufhin ‚kleine Leute‘ unterschiedlicher Hautfarbe mit Gewalt, Bestechung und Gesetzesstatuten gegeneinander aufzuhetzen. Die Schlüsselrolle dabei fiel den ‚Demokraten‘ zu. Die hatten schon vorm Bürgerkrieg die Sklavenhalter unterstützt und wurden nun zu glühenden Verfechtern verschärfter Rassentrennung. Im Verlauf von knapp zwanzig Jahren gelang es ihnen, in der einstigen Konföderation ein Regime zu errichten, das fast alle Schwarzen des Wahlrechts beraubte und sie zu Bürgern dritter Klasse machte, während es arme Weiße in Schach hielt. So stabilisierten sie die alten Herrschaftsverhältnisse und sicherten sich das politische Monopol. Fortan war der Süden ein Ein-Parteien-System. Die ‚Demokraten‘ dominierten Justiz, Verwaltung und Presse. Alle Posten vom Dorfpolizisten bis hin zum Gouverneur waren mit ihren Parteigängern besetzt. Dieses System hielt bis ins letzte Drittel des 20. Jahrhunderts.

Nicht viel anders spielte man die verschiedenen Gruppen der Arbeiterbewegung gegeneinander aus. Beim Bau der transkontinentalen

Eisenbahn sorgte die ‚Union Pacific‘ dafür, dass chinesische ‚Kulis‘ walisische Schwellenleger unterboten. Im Zuge des blutigen ‚Homestead-Streiks‘ von 1892, als das Management von ‚Carnegie Steel‘ die mächtige Gewerkschaft der ‚Amalgamated Association of Iron and Steel Workers‘ in die Knie zu zwingen suchte, heuerte Henry Clay Frick eine Söldnertruppe von über 300 Pinkerton-Detektiven an, die kläglich scheiterten. Erst als er unter Kriegsrecht mit Hilfe von 3.000 Milizionären 1.700 osteuropäische Streikbrecher herankarren ließ, brach das dem Widerstand der Arbeiter das Genick. Die Osteuropäer sprachen kein Englisch. Von Gewerkschaften hatten sie noch nie gehört.

Bezogen auf die wenig friedliche Industrialisierung der USA würde ein Marxist vielleicht sagen: Wo immer sich die Klassenfrage stellte, zogen die Unternehmen die Rassenkarte und gewannen. Wieso also sollte ein Prinzip, das sich im Zuge der Industrialisierung zigfach bewährt hat, nicht auch bei der Deindustrialisierung funktionieren?

Seit den 1970ern erleben wir eine dramatische Umstrukturierung. Die klassischen Industrien, denen die USA und Europa einst ihre Spitzenstellung verdankten, sind weitgehend obsolet. Sie werden im Zuge der Globalisierung geschleift. Kapital fließt in neue Technologien. Nun zählen Künstliche Intelligenz (KI) und die Macht über Daten. Was vor hundert Jahren fossile Brennstoffe waren, wohnt nun in der ‚Cloud‘. Klaus Schwab nennt das die ‚Vierte industrielle Revolution‘, aber auch er streitet nicht ab, dass im Silicon Valley nur lachhaft wenige Menschen arbeiten. Zahlenmäßig machen sie bloß einen Bruchteil der Kalifornier aus, die noch vor kurzem in Lohn und Brot standen, aber jetzt wegen der billigen Importe aus Asien in die Röhre gucken.

Das zieht einen horrenden Verarmungsprozess nach sich. Der ist ein Problem. In Europa sieht es ähnlich aus. Doch anders als die USA ist das alte Europa ethnisch noch relativ homogen. Zudem verfügt es anders als die USA über kostspielige Sozialsysteme. Die muss man irgendwie loswerden. Der zügigste Weg, um die soziokulturellen Reste des 20. Jahrhunderts zu entsorgen, ist Migration. Mit forcierter Massenzuwanderung erübrigen sich die Homogenität, das demokratische Bewusstsein und die Erinnerung an einstige Bürgerrechte. Nichts

neutralisiert nachhaltiger mögliche Widerstandspotentiale. Dann kann die schöne neue Welt, die sich die Spitzen der EU und die klugen Köpfe um Klaus Schwab ausgedacht haben, Wirklichkeit werden.

## Migrationsideologen und die Bremer Stadtmusikanten

In seiner Artikelserie „*Torrent of Faces*“ beschreibt der Politikwissenschaftler Thomas Spahn auf *Tichys Einblick*, wie sich ab der Jahrtausendwende die Verfechter gesteigerter Globalisierung, Sozialpolitiker und missionswütige Vertreter der islamischen Liga zusammenfanden, um UN und EU ein Be- und Umsiedlungsprogramm für Europa schmackhaft machten. Die Ökonomen setzten auf billige Arbeitskräfte und den Abbau lästiger Sozialstaatlichkeit, die Eurokraten hofften der drohenden Überalterung und Ebbe in den Rentenkassen vorzubauen, und die islamischen Staaten sahen die Möglichkeit, den Bevölkerungsdruck in ihren Ländern zu mildern und die Lehre des Propheten auf den europäischen Kontinent zu verpflanzen.

In Sutherland fanden sie einen glühenden Verfechter ihrer Pläne, der Angela Merkel zu seiner Meisterschülerin erkor. Als er ihr 2015 beim ‚Council‘ in New York applaudierte, schwärmte er von einem ethnisch durchmischten Europa, befreit von lästigen historischen Wurzeln und tradierten Identitäten.

Gleich eingangs betonte er, der Kampf gegen den Nationalismus sei für ihn zeitlebens ein Leitmotiv gewesen. Bereits als Wettbewerbskommissar habe er sich für den freien Fluss von Personen, Kapital, Waren und Dienstleistungen eingesetzt, um später als Chef der Welt Handelsorganisation Russland und China einzubinden. 2005 habe ihm Kofi Annan dann gesagt, er solle sich in die kommerziellen Aspekte der Migration einbringen. Das sei das Schlüsselthema der Zeit. Der Diskurs über Migration müsse radikal geändert werden, um den Menschen den ‚prähistorischen Nationalstaat‘ auszutreiben. *„Irgendwelche Idioten ... die mir sagen, ich sei entschlossen die Homogenität von Leuten zu zerstören, liegen absolut richtig. Das will ich. Wenn ich es morgen tun könnte, täte ich es.“*

Es sei die Aufgabe der Medien, in der Öffentlichkeit dafür zu sorgen, dass Migration als ‚unvermeidlich, notwendig und wünschenswert‘ wahrgenommen werde. Geschichtlich sei Migration

‚überwältigend positiv‘. Daher müsse es das ‚erste Ziel‘ sein, ein ‚historisch korrektes, positives‘ Bild davon zu vermitteln.

Seither bringen uns multikulturelle Werbeclips, Marketing und Nachrichten die Sonnenseiten ethnischer Diversität täglich nahe. Kein Jahr, nachdem der Syrer Alaa S. und der Iraker Farhad H. den 35-jährigen Schreiner Daniel Hillig beim Stadtfest erstochen hatten, durften die Chemnitzer in ihrem archäologischen Museum die Sonderausstellung „2 Millionen Jahre Migration“ bewundern, die sie *„mit einem Blick in unsere früheste menschliche Entwicklungsgeschichte“* darüber belehrte, *„dass Mobilität und Migration selbstverständliche Bestandteile des Menschseins und kein modernes Phänomen sind“*.

Das ist gewiss im Sinne Sutherlands, aber so stimmig wie der ‚blond gelockte Knabe mit pechrabenschwarzem Haar‘ aus dem Kinderreim. Denn entweder gibt man die Folgen von Massenzuwanderung historisch korrekt wieder oder man malt ein überwiegend positives Bild davon. Beides zugleich geht nicht.

Sutherland sprach in Manhattan. ‚Mannahatta‘ bedeutet ‚hügeliges Land‘. So nannten die Leute, die dort vor der Ankunft der Holländer lebten, die Insel. Diese Leute hießen Lenape und dürften ein ziemlich großes Volk gewesen sein. Sie siedelten im Nordosten vom heutigen Delaware, in New Jersey, Pennsylvania, New York City, Long Island und dem Hudson-Tal an. Bis Anfang des 19. Jahrhunderts waren die meisten von ihnen tot oder vertrieben. Der Rest fiel Andrew Jacksons ‚Indianer-Entfernungsgesetz‘ von 1830 zum Opfer. Ihre heute etwa noch 12.000 Nachfahren leben in Oklahoma, gut 2000 Kilometer von Manhattan entfernt, oder sie haben sich nach Wisconsin und ins kanadische Ontario geflüchtet.

Auf dem Territorium des Staates New York gab es bis zur Ankunft weißer Siedler drei Dutzend verschiedener Völker. Für die Delaware, Mohawks, Irokesen, Huronen, Secatoags, Shinnecoaks oder Susquehannas war die europäische Migration im Wortsinn überwältigend. Ob sie sie als ‚überwiegend positiv‘ empfanden, darf man bezweifeln. Denn für die Altbevölkerung Amerikas bedeutete die europäische Zuwanderung das Ende ihrer Zukunft. Dazu brauchten clevere

Händler ihnen nicht mal pockenverseuchte Wolldecken anzudrehen oder Touristen von der Eisenbahn aus die Büffel wegzuschießen, deren Fleisch sie benötigten, um im Winter nicht zu verhungern, wie es wenige Jahrzehnte nach der Vertreibung der letzten Lenape dann im Westen geschah.

Aber auch für die Auswanderer ist das Auswandern nicht immer nur Zuckerschlecken. Ein Bekannter aus dem Senegal hat mir mal geschildert, wie er vor vierzig Jahren auf LKWs und zu Fuß die Wüste durchquerte und wie viele seiner Reisegefährten dabei auf der Strecke blieben.

Eine Urgroßtante von mir ging 1849 mit ihren Eltern als 19-Jährige nach Maumee in Ohio. Die Überfahrt auf der ‚Leonore‘, einem ‚Auswanderer-Segelschiff mit gut 500 Zwischendeckpassagieren‘ von Bremen nach ‚Neu-York‘ dauerte 42 Tage. Untergebracht war die siebenköpfige Familie in einem Verschlag, den sie mit einem Ehepaar und zwei kleinen Kindern teilte. Viele an Bord wollten der ‚Gärung im Lande‘ entkommen und flohen vor den Folgen der gescheiterten Revolution. Nicht wenige von ihnen kämpften später gegen die Sklaverei. Sie erwähnt zwei nahe Bekannte, die auf Seiten der Union ‚fielen‘. Gut ein Viertel der Unionssoldaten war deutschstämmig. Wer nach der gescheiterten bürgerlichen Revolution von 1848 floh, unterstützte meist Abraham Lincoln.

Obwohl der Wechsel dieser Leute in die neue Welt glänzend organisiert war, es hilfreiche Nachbarn gab, die ihnen Vieh zur Verfügung stellten, und die Familie sogar ein fast fertiges Haus beziehen konnte, musste das Land erst urbar gemacht werden. Im Sommer kämpften sie mit Klapperschlangen, Moskitos und Malaria, und die ersten Winter gestalteten sich so frostig wie mager. Dabei waren sie begütert und gebildet. Sie musizierten und lasen Schiller und Shakespeare. Der Vater, ein gläubiger Mann, wurde Laienprediger und gründete mehrere deutsche Kirchen, was die Familie nicht davon abhielt, auch rege mit ortsansässigen ‚Israeliten‘ zu verkehren.

Doch es wanderten nicht nur Deutsche und Iren aus. Zwischen 1840 und 1930 emigrierten über 1,2 Million Schweden in die USA,

um dem Hunger zu entgehen, der weite Teile Skandinaviens damals beutelte. Wer ging, nahm erhebliche Risiken auf sich. Noch in den 1890ern überlebte nur etwa die Hälfte das erste Jahr in der Fremde. Statistisch waren diese Hungerflüchtlinge übrigens wesentlich ärmer als heutige Durchschnittsafrikaner, die sich ökonomisch auf demselben Level bewegen wie Europäer in den 1920ern.

Auch Migrationspropaganda ist nichts Neues. In seinem Roman *Die Auswanderer* verknüpft Gerd Fuchs die Schicksale der Sehnsüchtigen und Verzweifelten, die Ende des 19. Jahrhunderts von Hamburg aus auf dem Dampfer ‚Saxonia‘ nach Ellis Island aufbrechen. Unter ihnen sind viele Ostjuden, die vor den Pogromen im Zarenreich fliehen, auch der Werber Tatlin. Der hat armen Juden die Wunder der Neuen Welt schmackhaft gemacht, um sie dazu zu bewegen, ihr letztes Geld zusammenzukratzen und bei der ‚Hamburg-Amerikanischen Packetfahrt-Actien-Gesellschaft‘ eine Passage nach New York zu buchen. Tatlin war selbst nie in Amerika, aber er kann gut Geschichten erzählen. Nachdem er entlaufenen Rekruten falsche Papiere verschafft hat, muss er fliehen.

Im Sockel der Freiheitsstatue findet sich ein Sonett von Emma Lazarus, die Geld für den Bau des Monuments sammeln wollte. Lazarus war Jüdin und litt am Los der Verfolgten in Osteuropa. Für sie verkörperte die Fackelträgerin von Frédéric-Auguste Bartholdi das Versprechen auf Freiheit und Menschenwürde. Der Abschluss ihres Gedichts geht so: *„Gebt mir eure Müden, eure Armen, eure geknechteten Massen, die frei zu atmen begehren, den elenden Unrat eurer gedrängten Küsten; schickt sie mir, die Heimatlosen, vom Sturme Getriebenen, hoch halte ich mein Licht am goldenen Tore!“*

Nicht bei allen stieß das Errichten der Statue auf Begeisterung. Ein schwarzer Kommentator schrieb 1886 in der *Cleveland Gazette*, das Spektakel mache ihn krank. Angesichts der Rassengewalt im Süden sei es eine ‚schreiende Farce‘. *„Schmeißt die Bartholdi-Statue mitsamt Fackel und allem in den Ozean, bis die ‚Freiheit‘ dieses Landes so ist, dass ein biederer und fleißiger Farbiger seinen Lebensunterhalt ... auf anständige Weise verdienen kann, ohne ‚ge-kukluxt‘ ... zu werden, ohne dass seine*

*Tochter und Ehefrau auf schockierende Weise behandelt und sein Eigentum zerstört werden. Die Vorstellung, dass die ‚Freiheit‘ dieses Landes ‚die Welt erleuchtet‘ ... ist zutiefst lächerlich.“*

Heute sehen die Tatlins anders aus. Sie hocken in namibischen ‚Shebeens‘ oder verkaufen lose Zigaretten am Busdepot von Lagos. Oder es sind Condottiere wie Sutherland und beschwatzen englische Lords und deutsche Kanzlerinnen.

Migration gehorcht fast immer dem Motto der Bremer Stadtmusikanten: Etwas Besseres als der Tod findet sich fast überall. Mitunter geht die Rechnung auf, aber oft genug eben nicht. Verklärt man Migration generell, verhöhnt man die Opfer. Denn das unterschlägt das Armutsgefälle, den Kapitaltransfer, die Knebelverträge und Agrarexporte, es blendet die Gewalt aus, die Kleptokratie, die Misswirtschaft, den religiösen Terror und die Überbevölkerung. Das sind die Faktoren, die Leute zum Auswandern treiben. Migration generell gutzuheißen, löst kein einziges dieser Probleme. Insofern verschleiert der UN-Pakt bloß die Ursachen und verschiebt die Nöte räumlich.

Längst ist klar, dass die aktuelle Massenzuwanderung für Deutschlands kein Gewinn ist. Sie nivelliert historische Identitäten und vernichtet bildungsbedingte Standortvorteile. Statt Migranten in aufgeklärte Europäer zu verwandeln, erstickt die Zuwanderung die Errungenschaften der Moderne und zwingt die Einheimischen, sich von ihren mühsam eroberten Freiheiten zu verabschieden. Die Demografie dürfte Autochthone binnen weniger Generationen zur Minderheit machen. Ob und wie lange es dann noch Christen gibt oder man sich an Goethe, Kant, Lessing, Leibniz oder Grimmelshausen erinnern wird, steht in den Sternen.

Peter Scholl-Latour soll gesagt haben: *„Wer halb Kalkutta aufnimmt, hilft nicht etwa Kalkutta, sondern wird selbst zu Kalkutta.“* Aber auch für arme Länder birgt Migration nicht unbedingt nur Vorteile. Denn oft gehen die Leistungsstarken zuerst. Das schmälert die Chancen der Heimatländer, sich aus eigener Kraft zu entwickeln. Es zementiert den Teufelskreis, in dem sie stecken. So wird der systematische ‚Brain-drain‘ selbst zur Triebfeder und zwingt irgendwann immer mehr in die Fremde.

Menschen sind Nomaden. Doch die wenigsten wandern aus Spaß aus. Die meisten blieben lieber dort, wo sie geboren und aufgewachsen sind. Wer das Recht auf Migration beschwört, muss auch über die Not reden, die sie in die Ferne treibt. Eventuell ist es genauso ihr Recht, dort in Frieden zu leben, wo sie sich unter ihresgleichen wohl fühlen. Das gilt übrigens auch für Deutsche.

Wer Migration zum humanitären Problem erklärt, muss auch über Rohstoffausbeutung, Kapitalströme, Waffenverkäufe, religiöse Unterdrückung, Korruption und Nepotismus reden, eben all das, was die Schwachen weiter schwächt. Zugleich darf man die Starken unter den Schwachen auffordern, ihre Potentiale zu nutzen. Tut man nichts von alledem und verkündet stattdessen, Migration sei ein erfreuliches Phänomen, kleistert man die Fluchtursachen zu und setzt auf Umverteilung. Wer fremdes Leid aus der Gleichung tilgt, für den geht die Rechnung fast immer auf. Dann generiert auch Migration hübsche Profite, so wie jenes andere beliebte Großereignis, bei denen einige Clevere viele Begeisterte und Ahnungslose ins Feld schicken. Nur, wer tut das? Außer denen, die selbst an Kriegen verdienen? Erstaunlicherweise eben nicht nur Strategen wie Sutherland, sondern auch viele linke Geister, die sich für wahre Menschenfreunde halten.

2012 resümierte die *Daily Mail* in dem Artikel über den ‚globalen Granden‘, keiner seiner Fans im House of Lords habe ihn gefragt, ob die Masseneinwanderung nicht das tolerante Wesen Europas gefährde und seine uniformen Mischvölker die Welt nicht wesentlich langweiliger machten. Denn obwohl er selbst die Erde gewiss als reicher Mann verliesse, so verarme sie durch ihn doch auf vielfältigste Weise: *„Es ließe sich argumentieren, dass das Verpflichten eines solchen Bestatters kein sonderlich kluges Unterfangen ist. Aber irgendwie passiert das nie.“*

Der Artikel erschien 2012. Anscheinend las niemand im Umfeld von Angela Merkel englische Zeitungen. So beherzigte keiner die Warnung und bremste Sutherlands nassforsche Adeptin aus.

## Die Meister des Universums und die große Transformation

Unsere Regierung hat das sogenannte Bürgergeld eingeführt. Das erlaubt Zugereisten ein sorgenfreies Auskommen, denn auch Miete und Krankenversicherung trägt der Staat. Nutznießer sind überwiegend Zuwanderer, die nie in die Sozialsysteme eingezahlt haben. Über zwei Drittel der Bürgergeldbezieher haben einen Migrationshintergrund, mehr als die Hälfte keinen deutschen Pass. Nach 2015 sind dank der offenen Grenzen etwa vier Millionen arbeitsfähiger Menschen ins Land gekommen. Davon bezogen 2023 2,6 Millionen Bürgergeld. Faktisch ist das ein milliardenschwerer Großversuch zur Umsetzung der Idee des bedingungslosen Grundeinkommens.

Es gibt für Zuwanderer aus Syrien, Irak, Iran, Afghanistan, Eritrea, Somalia oder Nigeria kaum Anreize, sich Arbeit zu suchen. Das ihnen vom Staat geschenkte Geld liegt weit über dem Durchschnittseinkommen, das sie in ihren Heimatländern generieren würden. Offiziell liegt ihr Anteil an der deutschen Gesamtbevölkerung bei unter fünf Prozent. Tatsächlich belasten sie pro Kopf das System durchschnittlich zehnmal mehr als Eingeborene. Aktuell fließt gut die Hälfte des Sozialtats in ihren Unterhalt.

Zugleich flüchten mehr und mehr einheimische Fachkräfte vor immer höheren Abgaben ins Ausland. Dem will die Regierung beikommen, indem sie ausländischen Spezialisten verspricht, in den ersten Jahren ihrer Tätigkeit in Deutschland weniger Steuern zu zahlen als Einheimische. Die ‚Alteinwohner‘ sollen neben ‚offenen Grenzen‘ und ‚Bürgergeld‘ nun also auch noch die steuerbegünstigte Zuwanderung fremder Fachkräfte finanzieren. Faktisch gibt die Regierung damit zu, dass deutsche Steuern im Vergleich viel zu hoch sind. Aber statt sie endlich zu senken, um Arbeit im eigenen Land attraktiver zu machen und die Flucht von Fachkräften ins Ausland zu stoppen, schafft sie Anreize für Konzerne, zeitweise auf das Billiglohnland Bundesrepublik auszuweichen, ohne dass das irgendwem außer den Konzernen nutzt.

Das *Wall Street Journal* schrieb 2022, die deutsche Regierung betreibe ‚die dümmste Energiepolitik der Welt‘. Doch auch die Migrationspolitik ist das genaue Gegenteil von intelligent und ein krasses Minusgeschäft. Sie schadet allen, die noch zum Brutto sozialprodukt beitragen. Deutsche Spezialisten kehren ihrem Land unter anderem den Rücken, weil es so viele Analphabeten importiert. Der Staat verbrennt sinnfrei Milliarden, die anderswo fehlen. Der Bildungsnotstand schlägt Purzelbäume. Kinder- und Altersarmut nehmen dramatisch zu. Straßen, Brücken, Schulen und Krankenhäuser verfallen. Das Gemeinwesen wird mutwillig auf Verschleiß gefahren. Auch seelisch.

Doch die Regierung sieht keinerlei Handlungsbedarf. Gerade hat die sozialdemokratische Innenministerin den Status Hunderttausender abgewiesener Asylbewerber, die nach gültigem Recht gar nicht mehr im Land sein dürften, nachträglich legalisiert. Ihre Partei möchte diese Leute zügiger einbürgern. Als Zuckerle stellt sie ihnen die doppelte Staatsbürgerschaft in Aussicht. So belohnt sie sie dafür, dass sie ihre Pässe weggeworfen und ihre Ausreise verschleppt haben. Als Bonus lacht ihnen nun das Bürgergeld. An diesem Bonbon lutscht inzwischen die halbe Welt. Außer denen, die weiterhin arbeiten gehen und das ausblutende System am Laufen halten.

Bis 1919 handhabten die USA Einwanderung ähnlich wie die heutige Bunderepublik. Sofern jemand halbwegs gesund war, durfte er ins Land. Allerdings gab es da einen gravierenden Unterschied: Die Einwanderer mussten für sich selbst sorgen. Wer dafür zu dumm oder zu faul war, hatte Pech. Öffentliche Unterstützung gab es nicht.

Sozialstaaten sind ein relativ junges Phänomen. In großem Stil entstanden sie erst nach dem Zweiten Weltkrieg, was vor allem dem Systemwettbewerb mit der Sowjetunion geschuldet war. Der löste sich zwar 1989 in Wohlgefallen auf, nur war da die staatliche Wohlfahrt längst zur Wunderwaffe der Wählerbestechung mutiert. So wuchs sie immer weiter. Das rächt sich. Inzwischen sind Gratisleistungen der entscheidende Magnet für Masseneinwanderung, was Sozialsystemen mittelfristig das Genick brechen muss.

Vor Jahrzehnten gab Milton Friedman zu bedenken, dass offene Grenzen und Sozialstaat sich gegenseitig ausschließen. Sozialversicherungen sind in sich geschlossene Systeme. Eine bestimmte Anzahl von Starken trägt eine begrenzte Zahl von Schwachen mit. Einnahmen und Ausgaben stehen in erträglichem Verhältnis zu einander. Erhöht der Staat die Ausgaben beliebig, ohne die Einnahmen zu steigern, gehen sie bankrott. Genau das geschieht bei offenen Grenzen, weil die gleiche Menge an Zahlern für immer mehr Bedürftige aufzukommen hat. Diesen Prozess kann man eine Weile verschleiern, indem man Steuern erhöht, Geld umschichtet, Schulden macht und ‚Sondervermögen‘ auflegt, doch auf die Dauer kann man eben nur das verfrühstücken, was man vorher erwirtschaftet.

Offene Grenzen zerstören allgemeine Sozialsysteme also zwangsläufig über kurz oder lang, aber wer sie gern abschaffen möchte, dürfte kaum Erfolg haben, wenn er ankündigt, dass er den Armen etwas wegnehmen möchte. Predigt er stattdessen großherziges Erbarmen für Notleidende und grenzenlose Gastlichkeit, gilt er als Menschenfreund. Will er Sozialsysteme schleifen, ist er bestens beraten, das Hohelied auf humanitäre Migration zu singen. Gut sein wollen schließlich fast alle, und kaum einer wird es da wagen, allzu laut zu protestieren.

Das Weltwirtschaftsforum will schon länger Migrationsbeschränkungen aufheben. Es sieht den globalisierten ‚privaten Sektor‘ als den Spieler, der Nationalstaaten ablöst. Konzerne sollen im Rahmen ‚öffentlich-privater-Partnerschaften‘ darüber entscheiden, wer aus welcher Weltregion zu was für Konditionen wo arbeiten darf.

Die Ideengerüste dazu liefern so kluge Köpfe wie Khalid Koser. Koser ist wie Christine Lagarde oder Al Gore ein geistiges Ziehkind von Klaus Schwab. Er arbeitet für das Genfer Sicherheitspolitikzentrum und leitet Schwabs ‚Global Agenda Council on Migration‘. Koser ist mit so prestigeträchtigen Denktanks wie der Brookings Institution und dem Chatham House vernetzt und Mitglied des ‚Order of the British Empire‘. Er unterrichtet in Genf, Sydney und Maastricht und gibt das *Journal of Refugee Studies* heraus.

Der 1938 in Regensburg geborene Klaus Schwab ist als Netzwerker ähnlich geschäftig wie Sutherland. Doppelt promoviert in technischen Wissenschaften und Ökonomie, hat er an der Harvard Business School ‚Public Administration‘ studiert. Breit aufgestellt in Maschinenbau, Makroökonomie und Management tummelte er sich in diversen Vorständen und lehrte lange an der Universität Genf. 1971 kreierte er die ‚European Management Conference‘, einen Gesprächskreis für Unternehmer, Politiker und Lobbyisten, den er 1987 in ‚World Economic Forum‘ umbtaufte. Mittlerweile setzt sein WEF jährlich über 390 Millionen Dollar um. Es betreibt Büros in Peking, Tokio, New York und San Francisco, hat zig Unterorganisationen und Programme und genießt Beobachterstatus bei den Vereinten Nationen. Laut *Politico* ziehen seine Jahrestreffen in Davos mehr Milliardäre und Vorstandschefs an als jeder andere Event. Flankierend veranstaltet das WEF seit 2006 in den nordchinesischen Städten Dalian oder Tianjin das sommerliche ‚Jahrestreffen der neuen Champions‘. Dort geht es neben der strategischen Vernetzung mit der Volksrepublik um Innovationen in Wissenschaft und Technologie.

Offizielle Mission des WEF ist die ‚Verbesserung des Zustands der Welt durch öffentlich-private Zusammenarbeit‘. Die bessere Welt stellt Schwab sich transhumanistisch, supranational, globalisiert und grün vor. Im Sommer 2020 veröffentlichte er *COVID-19: The Great Reset*. Für Schwab bot die ‚globale Pandemie‘ die lang ersehnte Chance das ‚große Zurücksetzen‘ einzuleiten. Dreh- und Angelpunkt dafür sind Künstliche Intelligenz, Digitalisierung und Bio-Engineering. Laut Schwab durchlaufen wir gerade die vierte industrielle Revolution. Die wälzt alle Lebensbereiche um und verschmilzt uns mit Maschinen. Das wird angeblich helfen, die Welt ‚integrativer, gerechter und umweltfreundlicher‘ zu gestalten. Den Weg in dieses Utopia sollen die Eliten des Weltwirtschaftsforums bahnen, um der Spezies eine Zukunft ohne Armut, Hunger und Desaster zu schenken.

Schwabs Ideen sind nicht ganz neu. Er hat seine alten Steckenpferde recycelt. 2012 redete er noch von der ‚Great Transformation‘. Die ‚große Umformung‘ sollte zu einer ‚Marktwirtschaft mit sozialer

Verpflichtung‘ führen. Schwabs soziale Verpflichtung hat nichts mit Ludwig Erhards Vorstellungen sozialer Marktwirtschaft zu tun. Vielmehr ersetzt sie den freien Markt durch ein paternalistisches Modell des ‚Stakeholder-Kapitalismus‘. Der wiederum ist eine Mischform aus sozialistischer und privateigentümlicher Wirtschaft und überträgt Konzernen hoheitliche Aufgaben. Schwabs ‚Anteilseigner-Kapitalismus‘ verwandelt Konzernchefs in Betreuer der ‚Anteilseigner‘, wobei alles und jeder ‚Anteilseigner‘ sein kann: Mitarbeiter, Partner, Politiker, Konsument oder die Gesellschaft als Ganzes.

‚Reset‘ klingt fast so hübsch wie ‚Sozialismus mit menschlichem Antlitz‘. Daher ist er für postmoderne Linke auch so attraktiv, die Schwab im Übrigen längst einbindet. Deshalb bat er 2019 die von einem Berliner Bischof als Jesus-Ersatz gefeierte Israelhasserin Greta Thunberg nach Davos, wo sie unter der Überschrift „*Our House is on Fire*“ Klimahysterie verbreiten und sich mit dem türkischen Chef der Internationalen Energieagentur treffen durfte. Unterstützt wurde Thunberg durch Luisa Neubauer, Vanessa Nakate und Helena Gualinga, drei junge Damen, die im Physikunterricht genauso geschwänzt haben dürften wie sie, aber als optisch diverse ‚Aktivistinnen‘ verschiedener Kontinente die weibliche Seite des Wandels überaus fotogen in Szene setzten.

Zur Implantierung seiner Visionen kooperiert Schwab mit NGOs, Gewerkschaften, Universitäten und religiösen Führern. Schon frühzeitig nahm er aufstrebende Leute wie Bill Gates oder Mark Zuckerberg unter seine Fittiche und coachte Politiker wie Angela Merkel, Al Gore oder Christine Lagarde. Bei einem Vortrag in Harvard 2017 wies er darauf hin, dass Alumni seines ‚Young Global Leaders Program‘ inzwischen in diversen Regierungen zu finden sind. Die Hälfte des Kabinetts von Justin Trudeau habe seine Kadenschmiede durchlaufen.

Zu Schwabs einstigen ‚jungen Weltführern‘ zählen unter anderem Tony Blair, José Maria Aznar und Emmanuel Macron, Jacinda Ardern, Jens Spahn und Annalena Baerbock. Parallel sorgt sich das WEF auch um mediale Multiplikatoren. Aus Deutschland gehören Mathias Döpfner, Sandra Maischberger und Claus Kleber dazu. Schwab weiß, dass

globale Kommunikation immer breit aufgestellt sein sollte, um alle möglichen Zielgruppen zu erreichen.

Schwabs Stakeholder-Paternalismus dient scheinbar selbstlos dem Wohl der Menschheit. Er gibt sich ökologisch, fair und nachhaltig, identitätspolitisch geläutert und betont islamfreundlich. Tatsächlich versucht er eine neue globale Führung zu formen, die als weltübergreifende Oligarchie den Rest der Spezies leitet. Er sieht Wirtschaftsbosse, Konzernchefs und Politiker in einer ähnlichen Rolle, wie sie einst gottbegnadete Fürsten einnahmen. Nur verfügt der impfbegeisterte Bill Gates eben über deutlich mehr Macht als ein Friedrich II. von Hessen-Kassel, der zwölftausend seiner Landeskinder als Soldaten nach Übersee verkaufte.

Der Weg in Schwabs schöne neue Welt führt über sanften Zwang: Wollen Firmenchefs Kapital, Kredite und Aufträge, müssen sie zeitgeistgerechte Tugenden an den Tag legen und streng auf Diversität, Equity und Quote achten. Wer nicht artig die Kriterien der ‚Environmental Social Governance‘ einhält und proaktiv dem ‚Green New Deal‘ huldigt, geht leer aus. Darum ist der postkapitalistische Kosmos identitätspolitisch erwacht. Wer am Gewinnspiel um Big Data, Zwangsimpfungen und Ökozirkus teilhaben möchte, muss sich ‚politisch erweckt‘ geben und den Gesslerhut grüßen.

Im Frühjahr 2023 schilderte Carsten Germis in *Tumult*, wie „Deutschlands Managementklasse ‚erwacht‘ – warum Großunternehmen ‚woke‘ werden“. Inzwischen gibt es bei VW 110 ‚Diversity-Manager‘, die dafür sorgen, dass Lesben, Schwule und Transgender im konzern-eigenen ‚LGBTQ\*-&-friends‘ Netzwerk unter dem Motto „*We drive proud*“ glücklich werden, damit wir alle nun endlich Autos bewegen können, die in erotischer ‚Equity‘ hergestellt sind. Diese Fahrzeuge sollen elektrisch rollen. Nachdem VW zunächst auf Wunsch der Altkanzlerin die vermutlich weltbeste Dieseltechnologie einstampfte, präsentierte der Konzern 2021 unter der Überschrift „*Way to Zero*“ umfassende Pläne zur Dekarbonisierung. Aufsichtsratschef Herbert Diess legte im Juni 2022 nach, lobte das Verbrenner-Verbot und plädierte für höhere Benzinpreise. Bis 2050 soll Volkswagen ‚bilanziell klimaneutral‘ sein.

Der Wunsch könnte rascher in Erfüllung gehen als gedacht. Denn entweder denken die Käufer zu karbonisiert oder sie haben geschleifte Kernkraftwerke und fehlende Ladestationen im Blick. Betriebswirtschaftlich erweist sich der ‚vollelektrische ID.3‘ als Flop. Dirk Maxeiner bemerkte auf der *Achse des Guten*: „*Statt in Richtung null Emissionen holpert die Chose in Richtung null Verkäufe, null Reibach, null Arbeitsplätze, null Mobilität. In China werden Volkswagen-E-Fahrzeuge – so verraten Händler – stellenweise zu einem Drittel des deutschen Preises verramscht. Die wenigen deutschen Käufer subventionieren den Räumungsverkauf im Reich der Mitte, damit die Elektro-Kader in Wolfsburg, Stuttgart oder Ingolstadt das komplette Scheitern des deutschen E-Auto-Projektes noch eine Weile verheimlichen können.*“

Top-Manager Diess ist derweil zum Halbleiterhersteller Infineon gewechselt. Infineon fokussiert sich unter anderem auf ‚Green Industrial Power‘ und stellt Bauteile für Solar- und Windkraftanlagen her. Dass Diess da keine Lanze für Benziner bricht, ist wenig verwunderlich. Doch mal grundsätzlich gefragt: Wer heuert freiwillig den eigenen Totengräber? Bei allem Gerede über Nachhaltigkeit und Dekarbonisierung müssten Autohersteller doch auf dem Schirm haben, dass Verbrenner weit langlebiger sind als E-Mobile und man bei Katastropheneinsätzen vermutlich auch in 50 Jahren noch hervorragend mit Diesel fährt?

Immerhin kann Diess sich damit schmücken, den Feinden des freien Markts entscheidend entgegengekommen zu sein. Damit hat er einen wesentlichen Beitrag zur großen Transformation geleistet. Infineon war ursprünglich eine Siemens-Tochter. Siemens ist nun auch erweckt. Im jährlichen Nachhaltigkeitsbericht wies der Konzern darauf hin, an wie vielen Standorten anlässlich des Christopher-Street-Days Regenbogenbanner wehten.

Das sicherte ihm das Wohlwollen der SPD-Innenministerin, die sich als bekennende ‚Antifaschistin‘ trotz oder wegen Hermann Göring gern mit entsprechenden Armbinden schmückte. Fraglicher ist, ob solch Tugendhuberei Kaufentscheidungen beeinflusst. Mag das in Köln, Krefeld oder Kyritz noch der Fall sein, dürfte es in Kairo, Kapstadt und Kuala Lumpur eher die Kundschaft verschrecken.

## Historische Parallelen zum ‚Great Reset‘

Am Ostermontag 2025 gab das WEF überraschend den Abgang seines Gründers bekannt. Schwab gebe mit sofortiger Wirkung den Vorsitz des Stiftungsrats auf und verlasse das Gremium. Vorausgegangen war eine Serie von heftigen Anwürfen durch einen anonymen Whistle-Blower im Wall Street Journal. Der beschuldigte den 88jährigen diverser Veruntreuungen und sexueller Übergriffe. Schwab wies die Anschuldigungen empört zurück. Der Stiftungsrat, dem unter anderem die Chefin der Europäischen Zentralbank Christine Lagarde, der einstige US-Vizepräsident Al Gore und die Königin von Jordanien angehören, drang dennoch auf eine Untersuchung. Damit riskierte er den Bruch mit Schwab. Der warf daraufhin den Bettel hin.

Unabhängig davon, ob es sich bei diesem ‚Rauswurf‘ um eine ‚Palastintrige‘ oder einen clever abgestimmten Rückzug zur Schadensabwehr anderer Risiken handelt, bleiben sowohl die Organisation wie Schwabs bisherige Agenda erhalten. Daran dürfte das Gremium höchstens kosmetisch etwas ändern.

Wohlwollend gedeutet, schwebte Schwab die Neuauflage von Platos Ständestaat vor. Nur sollen nun nicht mehr Philosophen die Welt beherrschen, sondern mit KI aufgepeppte Übermenschen aus der Funktionskaste von Wirtschaft und Politik.

Ich sehe in dem ‚Spirit‘ von Schwabs Stakeholder-Paradies gewisse Parallelen zu dem Geist, der einst durch die ‚Deutsche Arbeitsfront‘ des Dr. Robert Ley waberte. Erinnern tun die meisten davon nur das ‚Kraft-durch-Freude-Programm‘ und den ‚KdF-Wagen‘, der als VW-Käfer das Rückgrat des zweiten Wirtschaftswunders wurde. Tatsächlich war die ‚Arbeitsfront‘ ein gigantisches Unternehmen, das zig Aspekte des NS-Alltags bestimmte und dessen Einfluss von der Firmenspitze bis in die kleinste Betriebszelle drang.

Nach dem Zerschlagen der freien Gewerkschaften im Mai 1933 verfügte die größte Massenorganisation der NSDAP über Abermillionen von Mitgliedern, deren Dasein sie so umfassend wie ‚total‘ zu regeln

suchte, von Freizeitgestaltung bis hin zur Unfallversicherung, und ihr trinkfreudiger Chef bemühte ähnliche Slogans wie Schwab, um Konflikte zwischen Lohnabhängigen und Unternehmen glattzubügeln. Bei ihm hießen die Stakeholder jedoch ‚Volksgenossen‘. Als er im Mai 1933 die ‚zweite Phase der nationalsozialistischen Revolution‘ ausrief und die ‚Arbeiter draußen im Land‘ aufforderte, dem ‚Führer in ein neues Zeitalter‘ zu folgen, sprach er von Arbeit als ‚Dienst an der Volksgemeinschaft‘. Alle sollten am selben Strang ziehen, um ‚Neid, Hass und Klassenkampf‘ zu überwinden und den ‚deutschen Sozialismus‘ zu verwirklichen.

Auch Schwabs Vater Eugen Wilhelm gehörte der ‚DAF‘ an. Schwab Senior war kaufmännischer Leiter bei der ‚Escher Wyss Maschinenfabrik‘ in Ravensburg. Der Schweizer Turbinenbauer, dessen schwäbische Dependence als ‚nationalsozialistischer Musterbetrieb‘ galt, stellte Rüstungsgüter her. Wie die meisten kriegswichtigen Firmen beschäftigte auch ‚Escher Wyss‘ Zwangsarbeiter und KZ-Häftlinge. Fraglich, ob der kleine Klaus das mitbekam. Interessanter ist die Nähe seiner Vorstellungen zum korporatistischen Ideal von Leys Arbeitsfront.

Der Ansatz des durstigen Dr. Ley war ‚national und sozialistisch‘, der von Schwabs ist global und supranational. Wo Ley das Kollektiv der ‚arischen Volksgenossen‘ beschwor, träumt Schwab von ethnischer Durchmischung. Beerdigte Ley die Weimarer Republik unterm ‚Führerstaat‘, kastriert Schwab demokratisch gewählte Parlamente durch ‚Public-Private-Partnerships‘. Das Ziel ist dasselbe. Die Menschheit wird in eine gleich getaktete, gefügte Masse verwandelt, die leicht zu lenken und zu beherrschen ist.

Die sogenannte Pandemie schuf perfekte Rahmenbedingungen für Schwabs ‚Great Reset‘. Sie bot das Exerzierfeld für eine globale ‚Public-Private-Partnership‘, die Staatshaushalte weltweit in Cash-Kühe verwandelte und dem Privatsektor phänomenale Profite bescherte. Pharma-Firmen wie Pfizer und Biontech wurden zu gottgleichen Spielern und Abermillionen Menschen zu zwangsrekrutierten ‚Stakeholdern‘. Jenseits jeder demokratischen, nationalstaatlichen Kontrolle vollzog sich da eine fantastische Umverteilung von Geld, Macht und Deutungshoheit,

getriggert durch eine ‚Gain-of-Function-Studie‘ von Antonio Fauci und einen Laborvirus aus Wuhan, orchestriert von einer Weltgesundheitsorganisation, deren Chef nach der Pfeife des chinesischen Politbüros tanzte, beflügelt durch Menschheitsbeglückter wie die WEF-inspirierte Impfallianz ‚Gavi‘, die ‚Bill-und-Melinda-Gates-Stiftung‘ und die ‚Open Society Foundation‘, aber letztlich eingetütet von Akteuren wie der EU-Kommissionspräsidentin, die ohne Mandat Geheimverträge in Milliardenhöhe über die Lieferung überflüssiger Impfstoffe aushandelte.

Die Kommissionspräsidentin heißt Ursula von der Leyen, ist auf Betreiben Merkels ins Amt gelangt und bekennende Verehrerin von Klaus Schwab. Bei einer Podiumsdiskussion des WEF im April 2021, wo sie gemeinsam mit dem ehemaligen US-Außenminister John Kerry antrat, nannte sie die Corona-Krise eine ‚beispiellose Gelegenheit‘, um den ‚globalen Wandel‘ voranzutreiben. Kerry wiederum erklärte, die ‚Idee des Resets sei wichtiger als je zuvor‘, und nannte das Erstarken der ‚nationalistisch-populistischen Bewegung‘ ein ‚Spiegelbild der Unfähigkeit demokratischer Regierungen, Probleme zu lösen‘.

Kerry war Präsidentschaftskandidat der US-Demokraten und später ein enger Mitarbeiter Barack Obamas. Bescheinigt ein Mann wie er Demokratien öffentlich den Bankrott, darf man sich mit dem konservativen Kolumnisten Ben Shapiro fragen, von wem wohl die größere Gefahr für freie Gesellschaften ausgeht: Von nationalistischen Schwachköpfen, die gegen die Übermacht der Bürokratie aufbegehren, oder von einer Herrscherelite, die liberale Grundwerte zutiefst verachtet, aber zugleich all die Institutionen kontrolliert, die eben diese Werte schützen sollen.

Von der Leyens persönlicher Problemlösungsansatz bestand darin, bei dem Impfstoff-Hersteller Biontech/Pfizer unter der Hand 1,8 Milliarden Impfdosen zu bestellen. Entscheidend für den Deal war ihr persönlicher Draht zum Pfizer-Chef Albert Bourla, mit dem sie unter anderem über diverse SMS kommuniziert haben will, auf deren Herausgabe die New York Times zwar erfolgreich klagte, die aber sämtlich seit spätestens 2023 gelöscht sein sollen. Das Problem an dem Deal: Niemand hatte von der Leyen damit beauftragt. Sie war gar nicht

berechtigt, den Handel einzutüten. Der weit größere Schönheitsfehler jedoch bestand darin, dass schon bald kein Mensch diese Vakzine mehr brauchte. Aber von der Leyen hatte im Sinne des ‚Investorenschutzes‘ bindende Absprachen getroffen, für die die EU haftet. Denn obwohl die Produktion des Impfstoffs längst eingestellt ist und Pfizer materiell keinerlei Schaden entsteht, entgehen dem Konzern die in Aussicht gestellten Erlöse. Um den Schmerz darüber zu mildern, erhält Pfizer bis Ende 2026 die Hälfte des einst vereinbarten Gesamtverkaufspreises als Trostpflaster. Die Details des Deals werden der Öffentlichkeit bis heute verheimlicht, doch der durch von der Leyen verursachte Schaden soll bei 36 Milliarden Euro liegen. Ihr selbstherrliches Vorgehen kostet jeden einzelnen EU-Bürger also etwa 80 Euro. 450 Millionen Menschen dürfen für die nie hergestellten und nie gelieferten Erzeugnisse zahlen, die sie nie hätte bei Herrn Bourla bestellen dürfen. Doch das eigentlich Beeindruckende daran: Die Dame ist immer noch im Amt.

Von der Leyen nutzt gern ‚beispiellose Gelegenheiten‘, um den ‚globalen Wandel‘ voranzutreiben. Am 13. September 2023, in ihrer Rede zur Lage der Europäischen Union, erklärte sie: *„Wir wollen zeigen, dass Europa die Migration wirksam und mit Mitgefühl steuern kann.“* Fragt sich, für wen sie Mitgefühl entwickelt. Sutherlands Credo lautete: No borders, no nations. Doch ihm und dem WEF ging es nie um grenzenlose Geschwisterlichkeit, sondern die Macht globaler Konzerne. Damit deren Zukunft gesichert ist, darf das menschliche Rohmaterial eben nicht zu viele Eigenarten aufweisen. Dazu gehört es durchmischt. Ethnische Vielfalt zerstört tradierte Identitäten, schwächt den Zusammenhalt und hebelt mögliche Bündnisse gegen die ‚große Transformation‘ aus.

Deshalb nannte Sutherland den Widerstand gegen Migration ‚moralisch unhaltbar‘ und behauptete, sie sei notwendig, um Europas Wohlstand zu sichern. Doch in Deutschland ist der Mittelstand das Rückgrat der Wirtschaft. Er generiert den Löwenanteil an Löhnen und Steuern und stellt die meisten Arbeitsplätze. Zwar benötigen auch kleinere Betriebe dringend Fachkräfte, aber Armutsmigration schadet ihnen, genauso wie die Energiediktate der Brüsseler Bürokratie.

In Wahrheit pfeift Schwabs Club auf den europäischen Mittelstand. Die Konzernfürsten wollen beliebig über ‚menschliche Ressourcen‘ verfügen, ob als Zwangskonsumenten virtueller Vakzine oder deren Erzeuger. Darum bekämpfen sie das aufgeklärte Erbe nationaler Institutionen und suchen das Publikum an eine postmoderne Normalität zu gewöhnen, wo Verpackung und Inhalt komplett entkoppelt sind. Dort darf dann die Volksrepublik China als Seuchenverursacher die Weltgesundheitsorganisation fernsteuern und der klerikalfaschistische Iran das Sozialforum im UN-Menschenrechtsrat leiten.

So beraubt man Einrichtungen, die einst als überstaatliche Kontrolle und ethischer Kompass gedacht waren, ihrer Glaubwürdigkeit. Das provoziert zwangsläufig ‚populistische‘ Reflexe, die ein John Kerry dann nutzen kann, um die Ohnmacht von Demokratien zu beschwören. Das Entkernen freiheitlicher Institutionen geht Hand in Hand mit dem Zerstören liberaler Werte. Ursula von der Leyen initiiert einen ‚Digital Services Act‘, der die Meinungsfreiheit abschafft. Weltweit arbeiten Staaten, Social-Media-Konzerne und NGOs daran, Dissens und Skepsis abzuwürgen, denunzieren sachliche Einwände als ‚Desinformation‘ und verteufeln oppositionelle Positionen als ‚Hate Speech‘. Sie manipulieren Suchmaschinen, nutzen ‚Tagging‘ und ‚Deplatforming‘, canceln unabhängiges Denken und hetzen Internet-Trolle auf Skeptiker.

Im Sog eines immer autoritäreren Zeitgeists verschmelzen Arroganz und Macht. Das lässt die Akteure blind werden für das, was sie zerstören. Ist das Ziel der Reise das Paradies des ‚Stakeholder-Profits‘ in Endlosschleife, muss die individuelle Freiheit abgeschafft werden. Also zieht man den Europäern den Zahn, mündige Bürger zu sein. Man treibt ihnen ihre kulturelle Eigenart und ihre Selbstbestimmung aus. Das ist des Pudels Kern. Da geht es nicht um Humanität, sondern um einen supranationalen Absolutismus, der so maßlos wie allumfassend ist.

Die meisten Höllen auf Erden sind menschengemacht und wir verdanken sie Artgenossen, die sie als Pfad ins irdische Himmelreich verkaufen. Ihr Hochglanzprospekt wirkt lauter und trotzt vor Moral und Edelsinn. Schließlich sollen wir alle beschwingt auf die Leimrute traben. Aber der Traum, dass im Shangri La die Schäfchen

friedlich neben den Wölfen schlafen, begeistert eben eher Schafe. Ich habe nichts gegen glückliche Sklaven und verträumte Schafe, aber glückliche Sklaven sind nun mal die erbittertsten Feinde der Freiheit, und ich fröne eben lieber der Illusion relativer Freiheit, auch wenn das mitunter etwas anstrengend ist.

Mir graut vor Leuten, die die Spezies gewaltsam über einen Kamm scheren wollen. Menschen sind unterschiedlich. Sie haben ein Recht darauf, es zu sein. Ich bin davon überzeugt, dass diejenigen, die jetzt multikulturellen Einheitsbrei und ethnische Diversität predigen, vor hundert Jahren das genaue Gegenteil propagiert hätten. Damals erklärten sie mit verballhorntem Oswald Spengler im Gepäck, die Völker des Abendlands vor deren drohendem Untergang bewahren zu wollen. Nun betreiben sie die Abschaffung Europas im Zeichen gesteigerter Menschenfreundlichkeit. Beides ist gleich krank und vermessen. Faktisch sind es zwei Seiten derselben Medaille.

Peter Denis Sutherland war kein harmloser Spinner. Professor Schwab, Christine Lagarde und Ursula von der Leyen sind es genauso wenig. Ihre brillanten Konzepte dürften ähnlich grauenhafte Resultate zeitigen wie die Experimente all der größtenwahnsinnigen Puppenspieler vor ihnen, die ‚neue Menschen‘ zu erschaffen suchten. Nichts gegen ethnische Vielfalt. Aber wer halbwegs homogene Gesellschaften gezielt balkanisiert und ihnen unlösbare Konflikte aufzwingt, kreierte mutwillig ein Szenario, das für Demokratien tödlich ist.

Die scheinbar rationale deutsche Kanzlerin, die die Dinge angeblich stets ‚vom Ende her‘ dachte, setzte dieses Vorhaben minutiös ins Werk, wobei das eigentlich Fantastische ist, dass sie damit die gesamte postmoderne Linke vom Hocker riss.

# Die Abkehr der Vergangenheit

## Die Abrissartistin

Angela Merkel dürfte als zentrale Gestalt des europäischen Niedergangs in die Geschichte eingehen. In ihren vier Amtszeiten gibt es kein Projekt, das dafür erinnert werden wird, dass es dem Land langfristig genutzt hat. Auf ihre ‚Energiewende‘ und Finanzpolitik folgte die Grenzöffnung, quasi als Coup de Grace. 2015 markierte das Ende des goldenen Zeitalters, das der Westhälfte Deutschlands und dem Westen des Kontinents ein bis dahin nie gekanntes Ausmaß an Freiheit, Wohlstand und Sicherheit beschert hatte.

Bei ihrem Amtsantritt war das Land noch vergleichsweise stark und stabil. Wer sich an die Fußball-Weltmeisterschaft von 2006 erinnert, die bei gnädigem Wetter in einer entspannten, gastfreien Atmosphäre stattfand, als Leute aus aller Herren Länder ausgelassen gemeinsam feierten, an ‚Public Viewings‘ teilnahmen und Einheimische gleich welcher Herkunft erstmals unverkrampft die deutschen Nationalfarben zeigten, dem stößt der krasse Unterschied zu 2024 auf, wo das Publikum Furcht vor Anschlägen und Messerattacken hatte und es der Berliner Polizei untersagt war, ihre Autos Schwarz-Rot-Gold zu beflaggen. 2005 stand das Land noch vor der Frage, ob es sich gegen die asiatische Konkurrenz würde behaupten können, um seinen Wohlstand in die zweite Hälfte des Jahrhunderts zu retten. Inzwischen erübrigt sich das Rätseln. Statt die Herausforderung anzunehmen, bescherte die Kanzlerin Zivilisationsmüden große Gefühle und einen Kessel Buntes. Der Rest darf für die Party zahlen. Nach dem Scheitern von Merkels Epigonen werden sie sich die Zähne daran ausbeißen, das mutwillig zerrissene Land wieder zusammenzuflicken, inkompatible Kulturen kompatibel zu machen und die Sprengkraft verfeindeter Religionen zu entschärfen.

Merkel hat die liberale Bundesrepublik beerdigt. Wer ihren Aufstieg nachvollzieht, greift, dass ihre Kanzlerschaft ein echter Unfall

der Geschichte war. Merkel war nur sich selbst und ihrer Karriere verpflichtet. Ihre Treiber waren Opportunismus, Spieltrieb und Ehrgeiz. Das machte sie extrem flexibel. So konnte sie taktisch brillieren, über Nacht Positionen wechseln, Volten vollziehen und Gegner ins Nichts laufen lassen. Bankenrettung, Energiewende und das Parken Wildfremder in den Sozialsystemen wurden zu einer Sauce.

Wer so wertfrei tickt, provoziert bedenkenlos das Anschwellen der oppositionellen ‚Alternative‘, entzweit mutwillig die Gesellschaft und opfert die letzte Technologie, in der das Land noch führend ist. Blüten dürfen dafür andere. Ihre Einstellung zum Rechtsstaat formulierte Merkel mal so: *„Für die Bundesregierung kann ich sagen, dass wir Recht und Gesetz einhalten wollen werden und da, wo immer das notwendig ist, auch tun.“*

Vera Lengsfeld meint dazu: *„Wenn es Merkels Ziel gewesen sein sollte, die alte Bundesrepublik, tatsächlich das beste Deutschland, das wir je hatten, zum Verschwinden zu bringen, wie die DDR verschwand, so hat sie das erreicht.“* Als sie das Ruder übernahm, sei das Land noch das stärkste in Europa gewesen, geachtet und beneidet um seine Effizienz, seine Freiheiten, seine Toleranz, seine Wirtschaft und seinen Wohlstand. *„Jeder konnte nach seiner Façon selig werden. Zwar gab es Ungerechtigkeiten und Mängel, aber jedem stand frei, die zu bekämpfen. Jeder konnte Politiker kritisieren, ohne die Staatsanwaltschaft oder den Verfassungsschutz befürchten zu müssen.“*

Doch während die DDR kollabierte, weil das Volk nicht mehr mitspielte, zersetzte Merkel die demokratische Republik von oben. Was wir heute erleben, so Lengsfeld, ist nicht das Resultat von Unfähigkeit, es ist politisch gewollt.

Der wahre Charakter des Systems Merkel war seine suggestive Substanzlosigkeit. Es glitzerte metallisch, aber blieb flüchtig wie Quecksilber. Zugleich legte Merkel trotz all ihrer Häutungen die spätstalinistische Prägung nie ab. Während sie kokett Lenin zitierte, schlug das Prinzip des ‚demokratischen Zentralismus‘ immer mehr durch. Spätestens mit ihrer dritten Amtszeit hatte sie den politisch-mediale Komplex konsolidiert. Sie fällt Entscheidungen, denen keiner

mehr zu widersprechen wagte, obwohl sie den Geist der freiheitlichen Republik zerstörten.

Karl Jaspers warnte schon in den 1960ern vor der Pervertierung der Parteienoligarchie. Demokratien könnten autoritäre Formen annehmen und zu Diktaturen degenerieren. Der einzige Schutz dagegen sei das Misstrauen selbstbewusster Citoyens, die ihre Verfassung verteidigten. Merkel lullte diese Reflexe ein. Ihren Ehrgeiz kaschierte sie durch offensives Mittelmaß und taktisches Tiefstapeln.

Schafspelze wiegen nicht nur Lämmer in falscher Sicherheit. Merkel formte den Bundestag zu einer volkshammerartigen Veranstaltung um, machte in wechselnden Koalitionen fast alle Parteien zu Komplizen und korrumpierte schleichend ihr Umfeld. Parallel erzog sie die Hauptstadt-Journalisten durch geschicktes Dosieren des Herrschaftswissens zu gefügigen Hofberichterstatlern. Der Staatsfunk übte sich ohnehin in vorausseilender Unterwürfigkeit. Oberflächlich existierten so weiter Gewaltenteilung und Pressefreiheit. Faktisch herrschte lähmender Gleichklang. Das schenkte ihr eine bislang nie gekannte Machtfülle.

Gegen Ende ihres Regimes ging sie sogar so weit, sich von Afrika aus in die Wahl des thüringischen Ministerpräsidenten einzumischen. Vor einer zentralen Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts in der ‚Pandemie‘ lud sie dessen Vorsitzenden zum Abendessen. Daraufhin beschnitt das Gericht mit der Macht der Parlamente die Mündigkeit der Bürger. Dass der fragliche Richter Merkels Partei angehörte und vor seiner Ernennung dadurch gegläntzt hatte, sie stets zu unterstützen, mag hilfreich gewesen sein. Dem Ansehen der Justiz und Vertrauen in den Rechtsstaat war es wenig zuträglich. Doch der entscheidende Bruch fand schon früher statt. Die Grenzöffnung war eine Wasserscheide für Europa. Sie gab den Ausschlag für den Brexit und sorgte dafür, dass sich die Osteuropäer von Deutschland abwandten.

Merkel erstaunte die Welt, überrollte die Nachbarn und verbannte ihre Kritiker ins Nirgendwo. Parallel barg ihr Coup einen unerwünschten Nebeneffekt. Er offenbarte den Wandel des christlichen Kontinents, der vielen erst durch die Völkerwanderung bewusst wurde. Europa wird

immer islamischer. Damit steht es vor der größten Herausforderung, der es sich überhaupt stellen kann. Entweder bringt es zwei sich seit 1400 Jahren bekriegende Glaubensbekenntnisse friedlich miteinander in Einklang oder es geht binnen weniger Generationen unter.

1993 veröffentlichte Samuel P. Huntington in *Foreign Affairs* seinen Aufsatz über den ‚Clash of Civilizations‘. Darin prognostizierte er, dass das 21. Jahrhundert nicht mehr durch ideologische Auseinandersetzungen geprägt sein werde, sondern durch Kulturkonflikte. Die verblasenden Mächte des Westens müssten sich in einer multipolaren Welt behaupten. Sie würden durch andere Kulturräume herausgefordert, die sich auf ihre eigenen Traditionen besinnen.

Huntington sah im Islam und dem chinesisch dominierten Asien die größten Herausforderer. Zugleich warnte er dringend davor, die eigenen Werte für universal zu halten. Technologie und Modernisierung seien keine Zeichen für ethische Angleichung. *„Der Westen eroberte die Welt nicht durch die Überlegenheit seiner Ideen oder Werte ..., sondern ... seine Überlegenheit bei der Anwendung organisierter Gewalt.“* Westler vergäßen das gern. Nichtwestlern bleibe es stets präsent.

Silvester 2015 griffen in Köln, Hamburg und anderswo Horden zugereister Jungmänner feiernde Frauen an. Medien und Politik reagierten zeitverzögert, spielten die Ereignisse herunter und wälzten die Verantwortung auf die Polizei ab. Das war weit beängstigender als die Attacken selbst, weil die Kaiserin und ihr Hofstaat plötzlich nackt dastanden, zumal der öffentlich-rechtliche Apparat und die ‚Qualitätspresse‘ zugleich zeigten, dass sie diese Realität auf Biegen und Brechen zu verleugnen gedachten.

Rückschauend wirkt Köln wie eine letzte Warnung des Schicksals, was dem Land blühte, falls es nicht zur Besinnung kam. Denn das Ereignis bot Merkel die Chance, sich ohne Gesichtsverlust zu korrigieren. Hätte sie damals reagiert, wäre Großbritannien heute wahrscheinlich noch in der EU und die AfD längst eine Fußnote der Geschichte.

Doch Merkel wollte sich nicht korrigieren. Die Frau, die 2003 anlässlich des CDU-Parteitages gehöhnt hatte *„Manche unserer Gegner können es sich nicht verkneifen, uns in der Zuwanderungsdiskussion in*

*die rechtsextreme Ecke zu rücken, nur weil wir im Zusammenhang mit der Zuwanderung auf die Gefahr von Parallelgesellschaften aufmerksam machen“*, spannte nun ihren Adlatus Peter Altmaier ein, um Recep Tayyip Erdoğan sechs Milliarden Euro zu versprechen und so den ‚Flüchtlings-Deal‘ mit der Türkei einzufädeln. Das, was sie selbst einst als ‚Gipfel der Verlogenheit‘ und ‚Scheinheiligkeit‘ bezeichnet hatte, wurde nun zur Maxime ihres Handelns.

Fortan entschied der islamische Autokrat, wer weiter in die EU reisen durfte. So konnte Erdoğan die Berliner Regierung beliebig erpressen. Das beutete er nach dem ‚Putsch‘ im Sommer darauf und bei seinen Präsidentschaftswahlen weidlich aus. Im Übrigen baute er entlang der syrischen Grenze einen Zaun, der stark an den Zaun erinnerte, den Ungarn an der EU-Außengrenze errichtet hatte und für den die Kanzlerin den ungarischen Premier Viktor Orbán heftig kritisiert hatte. Nur grenzte der türkische Zaun eben anders als der ungarische an ein echtes Kriegsgebiet. Er verurteilte die Menschen auf der anderen Seite zum Sterben. Dafür jedoch lag er außerhalb der Reichweite der Kameraaugen von ARD und ZDF. Das dürfte entscheidend gewesen sein.

Merkels Fans im Westen nahmen daran kaum Anstoß. Das Publikum im Osten schon. Die Migrationspolitik kam dort ohnehin schlechter an. Menschen, die in einem totalitären System aufwachsen, stumpfen durch Propaganda entweder ab oder entwickeln ein verfeinertes Gespür für Lügen von Führungskadern.

Ostler machten nach 1989 grundlegend andere Erfahrungen als Westler. Nicht alle fühlten sich befreit, viele auch um die Früchte der friedlichen Revolution betrogen. Sie hatten fürs Ende der Stasi, für Reisefreiheit und Hartwährung gekämpft. Serviert bekamen sie abgewinkelte Betriebe, Arbeitslosigkeit und neue Eigentumsverhältnisse. Der Systemwechsel warf alles über den Haufen, was bis dahin gegolten hatte, und eben waren die alten Bonzen vertrieben, da herrschte schon wieder eine Ordnung, in der andere ihnen diktierten, wie der Hase lief.

Nicht jeder hat Lust, sich ständig neu anzupassen. Manche entwickeln da den Wunsch nach Stabilität. Staatlich verordnete

Transformation begeistert meist nur die, die sie verwalten, und anders als den Brüdern und Schwestern im Westen war den Ostlern die Melodie vertraut. Sie kannten das Ende vom Lied längst. Merkel nahm darauf keine Rücksicht. Sie zog ihre Agenda beinhardt durch. Darum sahen sie nicht wenige im Osten als Verräterin, die ihre Herkunft verleugnete. Doch wieso sollte eine, die sich changierenden Machtverhältnissen stets chamäleonartig anpasst, Empathie für Seelen entwickeln, die sperriger sind?

Merkel hatte ihre Anfänge weit hinter sich gelassen. Sie sagte, sie habe die DDR nie als ihr ‚Heimatland empfunden‘. Wer noch immer von ‚Grillettas‘ oder ‚Broilern‘ sprach, den verachtete sie. Zugleich brachte sie denen, die mit prall gefüllten Supermarkt-Regalen groß geworden waren, auch keinen Respekt entgegen. Die hat sich nie bei der ‚FDJ‘ oder im Betriebskollektiv klein machen müssen. Sie hielten sich schon für weltläufig, wenn sie mal in New York gewesen waren, aber wussten nicht, wo Görlitz liegt. In ihrer Arroganz waren sie heillos naiv und so leicht zu lenken wie die Herde aus dem Tal der Ahnungslosen. Gerade die ‚fortschrittlichen‘ Intellektuellen, die sich für besonders gewieft hielten, erwiesen sich als ihre willigsten Wasserträger. Streichelte sie deren Eitelkeit ein wenig, tanzten sie artig nach ihrer Pfeife.

Westlern fiel Merkels Machiavellismus kaum auf. Oder es störte sie nicht, weil sie ihre Willkommenskultur grandios fanden. Im Osten waren die Narben der Wende noch frisch. Dort klang ihr „*Wir schaffen das!*“ wie Erich Honeckers „*Vorwärts immer, rückwärts nimmer!*“ Merkel mochte die rheinischen Romantiker einseifen. Für gelernte Ostler duftete sie trotz der niedlichen Raute zu sehr nach Apparatschik. Darauf reagieren bis heute viele allergisch, was auch der entscheidende Grund dafür sein dürfte, weshalb ökosozialistische Weltverbesserer im Osten so wenig Anklang finden. Erfahrungswerte sind Bestien im Reich der höheren Moral.

Merkel hatte Sutherland gelobt, über die nächsten fünf Jahre mindestens 3,3 Millionen Menschen ins Land zu lassen. Das zog sie gnadenlos durch. Dafür nahm sie Rechtsbrüche in Kauf, pflügte das Wohl der Bürger unter und fackelte das Sozialsystem ab. Dass sie damit den

gesellschaftlichen Zusammenhalt zertrümmern und Deutschlands Ende als christlich-europäische Nation einleiten würde, dürfte ihr klar gewesen sein. Das war schließlich der Sinn der Sache.

Zu rätseln, ob sie die Tragweite ihrer Taten erfasste, ist müßig. Möglicherweise hatte sie sogar Huntington gelesen. Aber als eine durch und durch postmoderne Person, die sich über historische Erfahrungen erhaben wähnt, war sie eben eine stramme Verfechterin von destruktivem ‚Kulturrelativismus‘, also jener Art Autoaggression, die Selbstverleugnung zur Tugend erklärt und sie als Offenheit verkauft, um vor dem Eigenen zu fliehen.

Aber auch Merkel ist nur ein Kind ihrer Zeit, und sie konnte nur so viel Schaden anrichten, weil sie zahllose begeisterte Helfer hatte. Ohne den verzückten Enthusiasmus der ‚fortschrittlichen‘ Kader in Medien und Kulturbetrieb wäre sie gescheitert. Der half ihr, Skeptiker unmöglich zu machen und jeden, der es wagte, ihre Maßlosigkeit zu kritisieren, als rechts, reaktionär oder ‚islamophob‘ zu verleumden. Das würgte den parteiinternen Widerstand ab und schüchterte die Opposition weitgehend ein. So setzte Merkel die Konservativen schachmatt und schanzte den Linken die Rolle der Königsmacher zu. Dergestalt schmiedete sie eine neue ‚nationale Front‘, die auch nach ihrem Abgang das Fortsetzen ihrer Migrationspolitik garantieren sollte. Gegen den klaren Willen der Mehrheit. Trotz wachsendem Widerstand.

Diese Allianz hält bis heute. Ihr verdanken wir die ‚Brandmauer‘, die Hohlformel von ‚unserer Demokratie‘ und den ins Absurde ausufernden Eifer des Staatsapparats, jegliche Form der Opposition zu kriminalisieren. 2018 schrieb ich im Cicero, dass Merkel die Spaltung des Landes zementiere und den Aufstieg der AfD unaufhaltsam mache. Dem zollt auch ihre 2024 erschienene Autobiografie ungewollt Respekt. Das Cover zeigt sie auf zartblauem Hintergrund. So wird deutlich, wer die eigentliche Geburtshelferin der Organisation ist, die sich nun anschickt, die Christdemokraten als Volkspartei zu beerben.

## Seenotretter

Sutherland's Loblied beim ‚Council on Foreign Relations‘ widerspricht der These, dass Merkel planlos in die ‚Flüchtlingskrise‘ stolperte. Wenn sie binnen fünf Jahren 3,3 Millionen Menschen ins Land holen wollte, durfte sie nicht kleckern. Sie musste klotzen. Also verbot sie Grenzkontrollen, torpedierte bilaterale Absprachen, beharrte auf der Illusion einer ‚gesamteuropäischen Lösung‘ und schubste die EU kurz vor Schließen der Balkanroute in das Abkommen mit Erdoğan. Parallel sabotierte sie eine ‚Obergrenze‘, schuf ständig neue Migrationsanreize und sorgte dafür, dass alle Kritiker aus dem Spiel flogen.

Dergestalt ließ sie den Albtraum wahr werden, den der Philosoph Renaud Camus 2011 in *Le grand Remplacement* umriss, wonach der christliche Kontinent durch muslimische Migration kulturell neutralisiert werden soll und die Eliten mit dem ‚großen Austausch‘ die Selbstauflösung der westlichen Zivilisation gezielt vorantreiben. Camus gilt als Vordenker der ‚identitären‘ Bewegung und der ‚Neuen Rechten‘. Ich habe seine Ideen lange als paranoide Wahnvorstellung abgetan, weil ich es für völlig abstrus hielt, dass irgendwelche ‚Globalisten‘ von einem euro-arabischen Block träumten und supranationale Organisationen wie UNO oder EU dazu einspannen könnten, um die liberalen Traditionen des Okzidents zu demontieren. Bis ich über die Äußerungen von Peter Denis Sutherland stolperte, mich mit der Agenda von Klaus Schwab zu beschäftigen begann und erfuhr, dass das Sekretariat der Vereinten Nationen schon im März 2000 ein 143-seitiges Papier über ‚Replacement Migration‘ veröffentlicht hatte.

Heute lebe ich in einem Land, das tatenlos zusieht, wenn Tausende Zugereister das Einführen des Kalifats fordern. Einen Tag, bevor am Brandenburger Tor eine Trauerkundgebung für die Opfer des Hamas-Massakers stattfinden sollte, besetzten Dutzende Islamisten symbolisch den Pariser Platz, rollten im Herzen der Hauptstadt ihre Gebetsteppiche aus und beschworen Allahs Allmacht.

In Karlstadt am Main, einem 15.000 Seelen-Kaff im Fränkischen, dröhnte der Ruf des Muezzins über den vorweihnachtlichen ‚Andreasmarkt‘ und bezeugte, dass Allah der Größte sei, es keine Gottheit gebe außer ihm und Mohammed Allahs Gesandter sei. Alle sollten zum Gebet und zur Seligkeit eilen. Denn 2023 stand das christliche Fest unter der Überschrift ‚Orient trifft Okzident‘. Ausrichter waren die lokale DITIB- und die Süleyman-Moschee. Die verfügen über wattstarke Lautsprecheranlagen, aber sind nicht unbedingt dafür bekannt, dass sie sich für die Glaubensfreiheit von Christen in der Türkei stark machen. Das schien keinen zu stören. Stattdessen kündigte das Stadtmarketing an: *„Am Stand der Diyanet-Ditib-Moschee warten kreative Aktionen wie z. B. ‚Tattoos‘ auf die Kinder. Für die kleinen Besucher wird es am Stand der Süleyman-Moschee ein Frage-Antwort-Spiel über den Islam geben.“* Vielleicht hörten die Kleinen dort ja auch von Aischa, der jüngsten der zehn Frauen des Propheten. Die war sechs Jahre alt, als Mohammed sie erwählte, und neun, als er mit ihr die Ehe vollzog. Das ist laut dem ägyptischen Geistlichen Mahmoud al-Masri als ‚Tatsache‘ zu ‚tausend Prozent authentisch‘ und ‚gottgewollt‘.

Bekannter als Camus’ Dystopie dürfte Michel Houellebecqs *Unterwerfung* sein. Der Roman schildert das Leben in einem Frankreich der nahen Zukunft. Er beginnt mit dem nicht unrealistischen Szenario einer Allianz aus Sozialisten und Konservativen, die den Durchbruch des ‚Front National‘ zu verhindern suchen. Dazu tun sie sich mit einem ‚gemäßigten Islamisten‘ zusammen, der die Wahl gewinnt und die weltliche Verfassung abschafft, die Scharia einführt und Polygamie installiert. Houellebecqs Held François, ein versoffener Literaturwissenschaftler, dessen jüdische Freundin nach Israel flieht, erweist sich als so windelweich wie die allermeisten seiner akademischen Kollegen. Die schwärmen von der heroischen Vergangenheit, als die Résistance gegen die Nazis antrat. Im Angesicht faschistischer Muslime versagen sie kläglich.

*Soumission* erschien am 7. Januar 2015, dem Tag des Anschlags auf die Satirezeitschrift *Charlie Hebdo*. Houellebecq brach die Werbung für das Buch sofort ab. Bei uns entfaltete der Text unter anderem als

Ein-Mann-Theaterstück Wirkung, brillant auf die Bühne gebracht von Edgar Selge. Aber die Politik blieb unbeeindruckt, und Berliner Universitätspräsidentinnen wie Geraldine Rauch und Julia von Blumenthal verstanden es anscheinend eher als eine Gebrauchsanweisung für vorseilenden Gehorsam. Mittelfristig dürfte ihr Manko also bloß das biologische Geschlecht sein. Vielleicht hat der Bundestag deshalb am 12. April 2024 das ‚Gesetz über die Selbstbestimmung in Bezug auf den Geschlechtseintrag‘ verabschiedet.

Faktisch drängen fast alle Armutsmigranten, die in Europa anlanden, weiter nach Deutschland. Denn das bietet Neuankömmlingen auch neun Jahre nach Merkels Grenzöffnung noch immer phänomenale Sozialleistungen, obwohl die wenigsten Aspiranten Aussichten auf einen Asylstatus haben. Mittlerweile leben Hunderttausende Ausreisepflichtiger im Land, die nicht abgeschoben werden können, weil sie ihre Papiere vernichtet haben.

Am 26. Juni 2024 trat das neue Einbürgerungsgesetz in Kraft, das künftig auch Angehörigen der islamischen Republik Iran, Anhängern des Taliban-Regimes und der Erdoğan-Türkei doppelte Staatsbürgerschaft in Aussicht stellt. Die Beutedeutschen brauchen sich nun nicht mehr zwischen der Scharia und dem Grundgesetz zu entscheiden, sondern dürfen ihre Begeisterung für Muslimbrüder und Mullahs im Besitz aller deutschen Bürgerrechte ausleben, was nicht zuletzt die Kriminalstatistik entscheidend bereinigen dürfte. Schon im Spätsommer 2022 berichtete die *Welt* über Regierungspläne, durch großzügige Amnestie- und Bleiberechtsregelungen weitere Anreize zur Einwanderung zu schaffen. Innenministerin Nancy Faeser wollte damals den Status abgelehnter Asylbewerber rückwirkend legalisieren. Faktisch jedoch gab es schon vor der Ankunft der Ukrainer und der Einführung des sogenannten Bürgergelds über eine halbe Million ‚Flüchtlinge‘, die über eine Arbeitserlaubnis verfügten und sich selbst hätten ernähren können, doch es stattdessen vorzogen, von Stütze zu leben. Auch diese Leute haben Kinder, die ernährt, gekleidet und beschult sein wollen.

Derweil plante der sozialdemokratische Kanzler die Vollmacht über den Zuzug weiterer Migranten aus ‚sicheren Drittstaaten‘ an die EU abzugeben. Künftig sollten Brüsseler Bürokraten darüber entscheiden, wer auf Kosten der deutschen Steuerzahler im Land lebt. Käme irgendeine andere Regierung auf die Idee, diese Praxis zu beenden, dürfte sie das nicht mehr ohne die Erlaubnis der EU.

Laut *Welt* passierten Ende 2022 täglich rund 1.500 Personen unkontrolliert deutsche Grenzen. Aufs Jahr gerechnet sind das knapp 550.000 Seelen. Die müssen untergebracht und versorgt werden. Dazu bedarf es der Infrastruktur einer Großstadt wie Hannover. Grundsätzlich sind das genügend Bedürftige, um die Willkommenskultur auf Trab zu halten. Parallel jedoch sorgt sich die Regierung um die ‚Familienzusammenführung der Schutzsuchenden‘, die offenbar ausschließlich auf deutschem Boden stattfinden kann. Zusätzlich holte sie zwischen Januar 2022 und Ende März 2023 ‚52.575 Personen abseits des Asylsystems‘ ins Land. Bei diesen ‚Geflüchteten‘ handelt es sich überwiegend um angeblich bedrohte Afghanen, die private NGOs ausgewählt haben. Nachdem *Cicero* die Praxis beleuchtet hatte und auf haarsträubenden Missbrauch gestoßen war, legte das Außenministerium das Programm zeitweise auf Eis.

Zugleich sponsert die Koalition jedoch weiterhin sogenannte Seeretter. Die sammeln Migranten ein, die auf seeuntüchtigen Booten vor der tunesischen oder libyschen Küste treiben. Die setzen sie nicht im nächsten sicheren Hafen ab, wie es das Seerecht vorsieht, sondern sie bringen sie nach Europa, in der Regel ins italienische Lampedusa. Vor dem Ablegen der ‚Flüchtlingsboote‘ in Afrika nehmen die Schlepper Kontakt zu den europäischen Helfern auf und geben ihnen die Koordinaten der Boote durch. Die fischen die menschliche Fracht dann unmittelbar außerhalb der Drei- oder Zwölf-Meilen-Zone aus dem Meer. Faktisch ist die ‚Rettung‘ also eher ein Fährdienst.

Der frühere Seemann P. Werner Lange schilderte am 18.03.2023 auf der *Achse des Guten*, wie Insassen überladener Nusschalen von ostwärts reisenden Handelsschiffen Hilfe angeboten bekamen. Die Insassen der Boote lehnten dankend ab, weil sie nicht nach Port Said wollten,

sondern an die italienische Küste. Diesen Transfer übernehmen dann die sogenannten Retter. Eine davon ist die Extinction-Rebellion-Aktivistin Carola Rackete, die von der Linkspartei als Kandidatin fürs Europaparlament nominiert wurde.

Rackete beschrieb gegenüber der Zeitung *La Repubblica* am 26. Juni 2019 ihre Motive wie folgt: *„Ich habe eine weiße Hautfarbe, bin in ein reiches Land geboren, habe den richtigen Reisepass, ich durfte drei Universitäten besuchen und hatte mit 23 Jahren meinen Abschluss. Ich spüre eine moralische Verpflichtung, denjenigen Menschen zu helfen, die nicht meine Voraussetzungen hatten.“*

Das klingt ehrenwert. Doch Racketes Hilfe reicht nur bis zur europäischen Küste. Dort dürfen sich andere um ihre Schützlinge kümmern.

Lange bemerkt: *„Hat die in deutschen Medien schwärmerisch beschriebene Kapitänin jemals einen der Orte besucht, an denen viele der angeblich vor bedauernswerten Lebensumständen bewahrten Menschen nach ihrer fragwürdigen Rettung leben? Das zur Hälfte von Afrikanern bewohnte Castel Volturmo etwa, früher gepflegter Badeort der Neapolitaner, inzwischen geprägt von fast zehntausend aufgegebenen, verdreckten, verrottenden Häusern an einem Strand und einem Meer voller Müll, beherrscht von den aus Nigeria oder Ghana stammenden Ndrangheta-Bossen, deren Brutalität selbst die Camorra fürchtet?“*

Vermutlich nicht. Eventuell geht es Rackete auch um anderes. Axel Steier, Mitbegründer von ‚Mission Lifeline‘, die am Afghanen-Aufnahmeprogramm der Regierung mitwirkt, ist überzeugt, dass ‚der Rassismus‘ nicht enden wird, ‚solange Deutschland existiert‘. Im Januar 2023 offenbarte er die Quintessenz des Selbsthasses, der zuwanderungsbegeisterte Linke umzutreiben scheint. Er schrieb auf *Twitter*, er wolle das ‚rassistische Deutschland‘ abschaffen. Beim Transport der Migranten saßen er und seine Truppe ‚am längeren Hebel‘. Bald sei ‚Schluss mit dem lustigen Leben als Weißbrot‘.

Steier, der 1975 in Neuruppin geboren ist und blaue Augen hat, nennt hellhäutige Leute wie sich selbst ‚Weißbrote‘. Im Austausch mit einem Kritiker tönte er: *„Es wird irgendwann keine Weißbrote mehr geben,*

*weil Ihre Nachkommen 50-100 Jahren sich (offenbar anders als Sie) für ein\*n Partner\*in entscheidet, der nicht weiss ist. Die Enthomogenisierung der Gesellschaft schreitet voran. Ich unterstütze das mit meiner Arbeit.“*

Hätte sich Steier derart abfällig über ‚People of Color‘ geäußert, würde ihm die ‚arische Bruderschaft‘ vermutlich sofort die Ehrenmitgliedschaft angetragen haben. Sein Post wäre umgehend gelöscht worden, die Medien hätten aufgekreischt und Nancy Faeser den Verfassungsschutz alarmiert. So förderten ihn stattdessen prominente sächsische Grüne und die Berliner Regierung. Davon profitierte auch der Lebensgefährte von Katrin Göring-Eckardt. Der heißt Thies Gundlach, ist Karriere-Theologe und hat 2019 den Vorsitz des Vereins ‚Gemeinsam Retten‘ übernommen. Gundlach sitzt im Vorstand von ‚United4Rescue‘. Sein Verein erhält bis 2026 acht Millionen aus Steuergeldern, um ‚organisationsübergreifend Rettungsmissionen der zivilen Seenotrettung auf dem Mittelmeer zu unterstützen‘.

Dass Gundlach zum Zeitpunkt der Bewilligung dieser Gelder Tisch und Bett mit der grünen Vizepräsidentin des deutschen Bundestages teilt, dürfte die Großzügigkeit beflügelt haben. Denn Frau Göring-Eckardt teilt Steiers Verachtung für Eingeborene. Im Zuge der Europameisterschaft postete sie: *„Diese Mannschaft ist wirklich großartig. Stellt euch kurz vor, da wären nur weiße deutsche Spieler.“*

2015 versprach sie, die Republik werde religiöser, bunter, vielfältiger und jünger. *„Unser Land wird sich ändern, und zwar drastisch. Und ich freue mich darauf!“*

Fragt sich, ob die Mädchen und Frauen, die 2023 im letzten Jahr an einer der 761 polizeilich erfassten Gruppenvergewaltigungen passiv teilnehmen durften, diese Freude teilen. Auch bei den Angehörigen des in Mannheim abgestochenen Polizisten dürfte sich die Begeisterung in Grenzen halten, oder den Familien der 258 durch ‚Geflüchtete‘ getöteten Einheimischen, die die offizielle Statistik allein für das Jahr 2022 ausweist.

Wir bekämen ‚jetzt plötzlich Menschen geschenkt‘, verkündete Göring-Eckardt 2015. Ich war noch nie ein Freund von Sklaverei und will keine Menschen geschenkt. Frömmeln die Geschenke obendrein

und drohen mir Kalifate an, denke ich an Mohammed Atta, Anis Amri oder Sami A. und verzichte gern. Auch ohne gewalttätigen Islam gibt es genügend Bigotterie. Es fehlt auch nicht an einheimischen Judenhassern, so dass wir deshalb dringend ein paar Millionen extra einführen müssten. Doch Katrin Göring-Eckardt sorgt sich um anderes. 2017 fragte sie: „*Sind wir ein Land, das für Migrantinnen und Migranten offen ist?*“ Ihres Erachtens brauchten wir „*hier dringend Leute ..., die nicht nur Fachkräfte sind, sondern auch Menschen, die sich in unserem Sozialsystem zu Hause fühlen*“.

„*Be careful what you wish for – you may get it*“ sagt man auf Englisch dazu. Tatsächlich war Göring-Eckhardts Traum bereits 2017 Wirklichkeit und zeitigte Ergebnisse, die weder der Gesellschaft noch den Zuwanderern sonderlich guttaten. Doch wo allein die hehre Absicht zählt, bleibt die triste Realität außen vor. Egal, wie viele ‚Geflüchtete‘ als Drogenhändler und Stricher auf der Straße landen. Darum forderte auch die feministische Außenministerin eine frische EU-Seenotrettungsmission. Sie sagte: „*Das Sterben im Mittelmeer ist Europas offene Wunde.*“

Ich sehe es eher als afrikanische Tragödie. Ein Bekannter aus dem Senegal hat mir vor Jahren geschildert, unter welchen Bedingungen er durch die Wüste nach Norden gereist ist. Das muss ziemlich grauhaft gewesen sein. Wie viele unterwegs umkamen, wusste er selbst nicht mehr. An den Rahmenbedingen dürfte sich wenig geändert haben. Außer vielleicht, dass die Pick-Ups der Wegelagerer heute etwas moderner sind.

Wer mit Warmwasser aus der Wand aufgewachsen ist und es als ein Grundrecht betrachtet, im Supermarkt unter drei Dutzend Shampoos wählen zu können, mag die Lebensbedingungen in Mali, Niger und Eritrea für menschenunwürdig halten. Leitet er daraus das moralische Gebot ab, alle Menschen von dort zu uns zu holen, kann er nicht rechnen. Nähmen wir von den dreieinhalb Milliarden weltweit, die mit weniger als zwei Euro am Tag auskommen müssen, jährlich eine Million auf, wäre das kein Drittel eines Tausendstels der Ärmsten. Tatsächlich machen sich bloß die relativ Privilegierten zu uns auf den Weg, die

Jungen und Kräftigen, und den meisten von ihnen widerfährt unterwegs das, was Heinrich Heine in seinem Gedicht „Weltlauf“ schreibt: „*Wer nur wenig hat, dem wird / Auch das Wenige genommen.*“ Für den Rest gilt: „*Wenn du aber gar nichts hast, / Ach, so lasse dich begraben. / Denn ein Recht zum Leben, Lump, / Haben nur, die etwas haben.*“

Jeder Mensch ist ein Universum von Träumen, Sehnsüchten und Hoffnungen. Trotzdem täten wir gut daran, Armutsmigration nicht mit dem Anspruch auf Asyl zu verwechseln. Es ist klüger, Menschen da zu helfen, wo sie leben. Zugleich ist der Missbrauch des Asylrechts kein Grund, das Asylrecht abzuschaffen. Individuell Verfolgte kann unsere Gesellschaft vorläufig noch aufnehmen. Kulturfremde Masseneinwanderung bricht ihr das Genick.

Wer Fluchtursachen beseitigen will, entwirft langfristige Strategien und ändert kurzfristig schlechte Gewohnheiten: Er verkauft weniger Waffen an Mordregime, hört auf, fremder Leute Küsten mit subventionierten Fangflotten leer zu fischen und die Märkte westafrikanischer Bauern mit EU-Agrarüberschüssen zu fluten. Er zahlt faire Preise für ihre Produkte, bildet Fachkräfte aus und knüpft seine sogenannte Entwicklungshilfe an Auflagen für Geburtenkontrolle.

Auch ohne Furcht ums Klima ist Demografie der Schlüssel zu Frieden, Wohlstand, Umwelt- und Artenschutz: Zwischen Armut, Bildung und Überbevölkerung besteht ein ursächlicher Zusammenhang. Dort, wo Frauen lesen können und Macht über ihren eigenen Körper haben, setzen sie weniger Kinder in die Welt. Kulturen, die Frauen künstlich dumm halten, sind fürs langfristige Überleben der Spezies deutlich riskanter als Dieselmotore der Euro-5-Norm. Statt eigene Spitzentechnologien in die Tonne zu treten und wahllos Arme zu importieren, sollte man darüber nachdenken, ob und wie sich das ändern lässt. Zuwanderer aus Afghanistan, Syrien oder Mali in Container zu sperren und zu versuchen, ihnen die Vorzüge gendergerechter Sprache nahezubringen, ist da nicht unbedingt zielführend.

Wäre ich ein Tuareg, würde ich die Weite des nächtlichen Sternenhimmels nicht freiwillig mit der Enge einer Containerunterkunft im mecklenburgischen Uphahl tauschen. Aber wer hungrig unterm Kreuz

des Südens liegt, träumt eben vom kühlen Schlaraffenland. Er dürfte auch weiterhin alles dafür tun, um dorthin zu gelangen. Doch wenn von vornherein absehbar ist, dass derlei Träume illusorisch sind und meist direkt in die persönliche Katastrophe führen, muss man die Träumer nicht ermutigen, nur um sich selbst besser zu fühlen.

Vor einigen Jahren schickte mir ein christlicher Bekannter eine Petition. Zu der Zeit war Carola Rackete gerade in Italien festgenommen worden, weil sie mit der ‚Sea Watch 3‘ Migranten von Libyen nach Lampedusa geschafft hatte. Das machte Heinrich Bedford-Strohm, den damaligen Vorsitzenden der Evangelischen Kirche, ‚traurig und zornig‘. Er klagte, es sei ‚eine Schande für Europa‘.

Ich weiß wenig über den Mann, außer, dass er 2016 in Jerusalem auf Bitten seiner muslimischen Gastgeber vor Betreten des Tempelbergs das Amtskreuz ablegte und sich damit symbolisch dem Islam unterwarf. Darin sah er offenbar keine Schande.

Tatsächlich ist der Tempelberg nicht nur Muslimen heilig. Juden und Christen waren deutlich eher da. Es ist für sie einer der heiligsten Orte überhaupt. Jeder Christ weiß, dass dort der Passionsweg begann. Jesus legte sich mit der Priesterschaft an, als er die Geldwechsler aus dem Tempel vertrieb, womit er seinen Tod am Kreuz heraufbeschwor, der ihn zum Erlöser für zahllose Gläubige machte. Folglich ist der Tempelberg so ziemlich der letzte Ort in Jerusalem, wo ein Würdenträger der Kirche stellvertretend für Millionen Christen den sichtbaren Ausweis seines Glaubens ablegen darf.

Das sah Bedford-Strohm anders. Er wollte höflich sein. Dass diese Höflichkeit eine Selbstverleugnung war, die sich für ihn nicht ziemte, sondern einen Verrat am Glauben darstellte, der eigentlich zu seiner sofortigen Ablösung hätte führen müssen, wurde in Deutschland nie thematisiert.

Im Juni 2019 dann startete dieser Mann im Namen des Rats der Evangelischen Kirche den Appell *Schicken wir ein Schiff*. In der Petition las ich: *„Weil keine Rettungsschiffe durch die Gewässer fahren, die Rettungen durchführen, steigt die Todesrate weiter, wenn wir nicht jetzt handeln. Wir brauchen wieder Schiffe, die Sorge tragen können, dass der*

*nächste Weltflüchtlingstag gebührend gefeiert werden kann. Wir als Sea-Watch wollen gemeinsam mit der Zivilgesellschaft, den Städten und Kommunen, der Kirche und euch allen ein Zeichen setzen und ein Schiff in das tödlichste Gewässer der Welt schicken. Ein Schiff der Gemeinschaft, der Solidarität und Nächstenliebe. Ein Schiff von uns, von euch, von allen.“*

Wohltätigkeit auf Kosten Dritter ist eine Disziplin, in der deutsche Regierungen zu Höchstformen auflaufen. Ich bin davon weniger angetan. Meine spontane Reaktion damals: Will der Kirchenfürst einen Weltflüchtlingstag feiern, darf sein Verein gern für die Spesen aufkommen. Die Kirche nagt nicht am Hungertuch. Dass für Bedford-Strohms Party am Ende die zahlen, die nach fünfundvierzig Jahren mit achthundert Euro in Rente gehen, finde ich wenig christlich. Dass man Ertrinkende rettet, versteht sich von selbst. Nichtschwimmer dazu einzuladen, in tiefes Wasser zu springen, um sie anschließend vor laufenden Kameras herauszufischen, hat damit nichts zu tun

Also schrieb ich dem Bekannten, ich wolle nicht, dass noch mehr Menschen stürben. In Verzweifelten falsche Hoffnungen zu wecken und sie aufs Meer zu locken, fände ich unverantwortlich. Für jeden Geretteten ertrinke ein Dutzend anderer. Gerade habe mir ein Freund berichtet, dass Händler im Senegal ihre Läden verkauften, um sich nach Europa aufzumachen. Zu Hause schafften sie Jobs. Hierzulande brauche sie niemand. Wer die höllische Reise überstehe, komme bestenfalls als ‚Spüler‘ in einer Garküche unter.

Rentner, die in Mülltonnen nach Pfandflaschen wühlen, duften nicht so gut wie aus der Großen Syrte gefischte junge Männer, doch sie ertrinken auch, direkt vor der Haustür. Theoretisch gäbe es für höhere Töchter wie Rackete da viel zu tun. Das wäre nicht so spektakulär, aber damit kämen sie auch ihrer ‚moralischen Verpflichtung‘ nach, ‚denjenigen zu helfen, die nicht ihre Voraussetzungen‘ haben. Die Migrant\*innen auf dem Mittelmeer schenken Schleppern ihr letztes Geld, quetschen sich in marode Boote und vertrauen darauf, dass die Kommunikation zwischen den Schleppern und Leuten wie ihr irgendwie klappt. Nur leider haut der Fährdienst öfter mal nicht hin. Es gibt zwar Boote, doch keinen, der ihre Insassen einsammelt. Die Schlepper

schicken die Boote trotzdem los. So reisen zig hoffnungsfrohe Seelen ins Nirgendwo. Die See ist geduldig und hat viel Platz. Axel Steier, Carola Rackete und Heinrich Bedford-Strom merken davon nichts. Sie feiern Weltflüchtlingstag.

Der italienische Lega-Chef Matteo Salvini gilt als rechts und rassistisch. Tatsächlich ging in der Zeit, wo er als Innenminister sogenannten Seenotrettern das Leben schwer machte, die Zahl der Migranten, die über die zentrale Mittelmeerroute nach Italien gelangten, drastisch zurück. Landeten 2016 noch 181.376 dort an, waren es laut *Welt* vom 20. August 2019 zwischen Januar bis Juli desselben Jahres nur noch 4.890. Damit sank zugleich die Zahl der Ertrunkenen. Vermutlich verendeten auch weit weniger in der Wüste. Rückführungsabkommen und konsequente Maßnahmen gegen Schlepper sorgten dafür, dass der Anreiz ausblieb, der Abenteuerlustige und Verzweifelte zu der mörderischen Reise einlud. Das rettete Leben.

Nichts gegen Leute, die anderen Gutes tun wollen. Auch nichts gegen jene, die das vor allem tun, um ihr eigenes schlechtes Gewissen zu beruhigen. Doch bei der Wahl zwischen Fehlern sollte man sich für den entscheiden, der am wenigsten Schaden anrichtet. Verschafft das eigene Handeln bestenfalls kurzfristig Linderung und stiftet nur noch mehr Leid, lässt man es besser. Ohnmacht zu ertragen ist anstrengender als Aktionismus, aber mitunter auch gottgefälliger. Nicht bloß für angebliche Christen.

„Seenotrettung“ ist bestenfalls moralische Selbstbefriedigung. Die Folgen sind fatal. Eine Regierung, die derlei unterstützt, hat sich aus ihrer Verantwortung fürs größere Ganze längst verabschiedet.

## Verdrehter Kolonialismus

Laut Max Weber kann politisches Handeln gesinnungsethisch oder verantwortungsethisch sein. *„Es ist ein abgrundtiefer Gegensatz, ob man unter gesinnungsethischer Maxime handelt – religiös geredet: ‚der Christ tut recht und stellt den Erfolg Gott anheim‘ – oder unter der verantwortungsethischen: dass man für die Folgen seines Handelns aufzukommen hat.“*

Gesinnungsethiker machen immer alles richtig. Sind ihre Ziele ehrenwert, können die Effekte noch so katastrophal sein, sie stehen trotzdem heldenhaft da. Wer ohne Rücksicht auf Verluste der hehren Absicht gehorcht, lastet die üblen Konsequenzen nie eigenem Versagen an. Schuld sind höhere Gewalt, Saboteure und die Dummheit Dritter. Verantwortlich fühlt sich der Gesinnungsethiker allein dafür, dass die ‚Flamme der reinen Gesinnung‘ nie erlischt. *„Sie stets neu anzufachen, ist der Zweck seiner, vom möglichen Erfolg her beurteilt, ganz irrationalen Taten, die nur exemplarischen Wert haben können und sollen“*, sagt Weber.

Axel Steier und Carola Rackete predigen verdrehten Kolonialismus. Ausbaden dürfen es andere. Da schlüpfen wohlbestallte Leute, die offenbar darunter leiden, reich und behütet aufgewachsen zu sein, in die Rolle von Fürsprechern vermeintlich Unterprivilegierter. Dabei ‚rassifizieren‘ sie ihre Schuldgefühle und greifen auf Peggy McIntoshs Selbstanklage vom angeblichen ‚weißen Privileg‘ zurück, das auf eine Pauschalbezeichnung hellhäutiger Menschen hinausläuft.

Mich besticht das als krankhaft kindlich und ichbezogen. Wer glaubt, seine eigene Lebensform sei die einzig wahre und er müsse sie ‚armen Schwarzen‘ unbedingt zugänglich machen, ist genauso verblendet wie die, die einst die ‚Bürde des weißen Mannes‘ bis Burma schleppten. Leben ist nicht nur in Europa lebenswert, genauso wenig, wie Deutschland und die EU das Klima retten oder der Westen der Nabel alles Bösen ist. Wer sich einbildet, er täte Artgenossen aus Mali oder Afghanistan etwas Gutes, wenn er sie ins mecklenburgische Upahl

verpflanzt, ist nicht mehr bei Trost. Für mich trieft solch ein ins Heroische gewendetes schlechtes Gewissen vor paternalistischer Arroganz. Die produziert zwangsläufig ungute Ergebnisse. Die Objekte reuigen Edelmuts haben eventuell eigene Vorstellungen davon, was sie wollen, und das ist nicht selten das genaue Gegenteil von dem, was die Eingeborenen, unter denen sie leben sollen, sich so erträumen oder für sie zu leisten bereit sind.

Friesische Krabbenfischer und bayrische Bergbauern passen auch nicht problemlos ins hauptstädtische Berlin, es sei denn, sie sind schwul oder davon überzeugt, im falschen Körper zu stecken und für den Laufsteg geboren zu sein. Dabei haben Bayern und Friesen gegenüber Zuwanderern aus der Ferne den entscheidenden Vorteil, fast dieselbe Sprache zu sprechen und schon mal eine Kirche oder eine unverschleierte Frau gesehen zu haben. Das macht es ihnen wesentlich leichter, ihren Kulturschock zu überwinden und in der neuen Welt nicht durchzudrehen.

Menschen sind zwar extrem anpassungsfähig, aber die Flexibilität variiert. Unsere Sozialisierung legt uns fest und wirkt sich auf unser Denken, Fühlen und Verhalten aus. Wer das ignoriert, ist entweder beschränkt oder böse. Oder beides.

Entscheidend für Wesen und Charakter von Gesellschaften ist der Rahmen, den alle teilen. Der geht weit über Geschlecht und Sprache hinaus. Es ist der kollektive Kanon von Gebräuchen, Sitten, Moral und Ehrbegriffen. Ich bin in Nahost und Afrika vielen wunderbaren Menschen begegnet. Doch ich wäre nie auf die Idee gekommen, aus ihnen Europäer machen zu wollen. Religiöse Muslime und weltliche Christen unterscheiden sich erheblich, nicht nur in ihrem Verständnis von Gläubigkeit und Gott, aber da diese Gegensätze für viele Muslime unvereinbar und nur zu beseitigen sind, wenn sich alle ihrer Religion unterwerfen, ist es keine gute Idee, Millionen von ihnen in ein christliches Land zu holen und sie zu Staatsbürgern zu machen, nur damit irgendwelche Parteien bei Wahlen besser abschneiden.

Ich bin im Orient herzenguten Muslimen begegnet, voll Großmut, Wärme und Witz, die weder Antisemiten noch Christenfeinde waren.

Mein russischer Freund Leo berichtete mir, dass tatarische Rotarmisten in deutschen Kriegsgefangenenlagern Juden versteckten und sie als Muslime ausgaben, um ihnen das Leben zu retten.

Trotzdem darf man zur Kenntnis nehmen, dass nach 1948 fast eine Million Juden aus der islamischen Welt vertrieben wurden. Bis zur Gründung Israels lebten dort überall Juden, ob in Marokko oder Iran oder Jemen. In der ersten Hälfte des Jahrhunderts war gut ein Drittel der Bewohner Bagdads jüdisch. In Alexandria gab es eine über zweitausend Jahre alte, blühende Gemeinde, die bis in die Zeit der Ptolemäer zurückreichte. Vergleichbares gilt für Syrien und den Libanon. Heute ist davon nichts mehr übrig. Mit der Gründung Israels nahm man sie in Sippenhaft für die angeblichen Sünden des Judenstaats. In Tunesien, einem der tolerantesten muslimischen Länder, gab es Ende der 1940er Jahre noch über hunderttausend Juden. Heute sind es gerade mal geschätzte tausend.

Ich weiß aus eigener Anschauung, wie es Christen in Ägypten ergeht. Bis heute bewegt mich die Begegnung mit Kopten im Minya. Seitdem habe ich eine Ahnung davon, wie sich Glaube in der Diaspora anfühlt und mit welchen Nöten es verbunden ist, sich in der islamischen Welt zum ‚falschen‘ Gott zu bekennen. Das Saudische Regime bestraft bereits den Besitz einer Bibel. In der Türkei ist der Bau von Kirchen verboten. Deutsche Schulen dürfen keine Weihnachtsfeiern veranstalten. Erdoğan hat die Hagia Sophia wieder in eine Moschee zurückverwandeln lassen.

Wenige Europäer wissen, dass Anfang des letzten Jahrhunderts noch jeder vierte Mensch auf dem Gebiet der Türkei getauft war. Ein Viertel der Bevölkerung war christlich, ein Gutteil davon ethnische Griechen, deren Vorfahren schon zur Zeit Homers in Kleinasien siedelten. Trotzdem braucht niemand zu glauben, dass Christenverfolgungen mit dem Genozid an den Armeniern und der Vertreibung der Griechen aus Smyrna aufgehört hätten. Das letzte größere, halbstaatlich organisierte Pogrom fand im September 1955 statt. Das ging mit Friedhofsschändungen, Raub, Massenvergewaltigungen und der ‚Zwangsbeschneidung‘ christlicher Männer einher. Im letzten Syrien-

Krieg dann unterstützte die Regierung Erdoğan's sunnitisch-islamische Milizen, die orthodoxe Aramäer und katholische Assyrer bedrängten.

Kultur spielt eine Rolle, und obwohl Religion nicht immer nur Gewalt produziert, sind monotheistische Religionen extrem humorlos und interkulturell eine der am schwersten zu umschiffenden Klippen. Gemeinsamkeit hilft. Als ich vor Jahren mal mit meinem Vater über die Bedeutung der Kommunion sprach, bemerkte der, die könne notfalls jeder Protestant mit anderen feiern. Als ich nachbohrte, erfuhr ich, dass er ‚einem verwundeten Engländer‘ mal das Abendmahl erteilt habe. Auf dessen Bitte hin. In der libyschen Wüste. Nach irgendeinem Scharmützel.

Angesichts der Berichte aus der Ukraine denke ich wieder öfters an seine Kriegsgeschichten. Obwohl ich parteiisch bin, tun mir die Männer auf beiden Seiten leid, und ich frage mich, ob sie es wohl noch schaffen, zusammen zu beten, nachdem sie sich abgeschossen haben und einander beim Sterben zusehen. Grundsätzlich wäre es schöner, gemeinsam zu beten, bevor man abdrückt, doch den Hass überhaupt noch unter Lebenden zu begraben, ist mehr als nichts.

Ein liebenswerter Franzose namens Roland, der mich gern ironisch seinen ‚Erbfeind‘ nannte, hat mir mal erzählt, wie er seinen Groll auf die Deutschen loswurde. Als Jugendlicher lebte er in Paris. Wie viele war er damals Kommunist. Eines Tages verhaftete die Gestapo eine Reihe seiner Klassenkameraden, folterte und erschoss sie. Er selbst entging diesem Schicksal nur knapp. Da war er sechzehn. Er schwor sich, es den dreckigen Deutschen heimzuzahlen. Einige Jahre später, Anfang 1947, kam er als Soldat nach Berlin. Es war Winter. Der Anblick der zerstörten Stadt erschütterte ihn, aber er gönnte den ‚sales boches‘ ihr herbes Los. Erst als er die frierenden, hungrigen Kinder sah, die barfuß und abgerissen durch die Ruinen streiften, sei ihm der Hass ausgegangen.

In Midtown-Manhattan hörte ich 1982 das erste Mal den Satz: „*Be a mensch!*“ Das kam als Appell, kein hartherziger Armleuchter zu sein. In New York verstand das fast jeder, egal ob Jude, Ire oder Italiener, genauso, wie er ein paar Jahre davor noch das „*Bei mir bistu scheen*“ der Andrews Sisters verstanden hätte. Darum geht es. Kultur

ist das, was unterschiedlichste Leute teilen. Das bringt sie zum Lachen oder Weinen und lässt sie einander auch ohne viele Worte verstehen. Das hat etwas damit zu tun, welche gemeinsamen Erfahrungen sie prägen, unabhängig von ihrer jeweiligen Ethnie und ihrem seelischen Gepäck.

Manche Menschen müssen flüchten. Religiöse Minderheiten haben in islamischen Ländern grundsätzlich schlechte Karten. Juden, Christen, Jesiden, Bahai oder Drusen können nirgendwo hin. Sie haben keinerlei ‚Fluchtperspektive‘. Für solche Leute ist das Asylrecht gedacht. Lässt das Außenministerium dagegen vorausseilend Abertausende von Afghanen einfliegen, deren entfernte Angehörige mal als Dolmetscher, Fahrer oder Reinigungskraft für die ‚ISAF‘ tätig waren, weil sie angeblich durch die Taliban Scherereien bekommen könnten, ist das blanker Irrsinn. Ich bin zig ‚People of Color‘ begegnet, die mich weder als minderbemittelt noch als hilfsbedürftig bestachen. Menschen sind zwar extrem unterschiedlich, aber nichts ist unter ihnen so gerecht verteilt wie Intelligenz und Dummheit. Die Internationale der Armleuchter geht quer durch alle Rassen, Religionen und Geschlechter, und da ich mich etwas mit Geschichte beschäftigt habe, halte ich auch meine spezifische Erbsünde als alter weißer Mann für überschaubar.

Rassismus und Ausbeutung gab es lange vor 1492. Sklaverei ist älter als das Gilgamesch-Epos. Deshalb kommt Peru glänzend ohne von deutschen Steuerzahlern finanzierte Radwege aus und Hirten in der Mongolei benötigen zur Vervollkommnung ihres irdischen Glücks ebenso wenig gendergerechte Diktion wie clevere Chinesen Subventionen, um indonesisches Palmöl in deutschen Bio-Diesel zu veredeln. Von einem heroisch schlechten Gewissen wird niemand satt. Im Gegenteil: Meist vervielfacht es nur das Elend.

Racketes Selbstanklage folgt der Logik der 1934 geborenen Literaturwissenschaftlerin Peggy McIntosh. Die veröffentlichte 1988 einen Text über ‚weißes Privileg und männliches Privileg‘, wozu sie ihre ‚persönlichen Erfahrungen in der Frauenforschung‘ heranzog. Basierend darauf publizierte sie ein Jahr später einen knapp fünfseitigen Auszug unter der Überschrift *„Weißes Privileg: Das Auspacken des*

*Unsichtbaren Rucksacks*“. Dessen Inhalt genauso spekulativ und männerfeindlich wie ihr Ausgangstext. Gleichwohl wurde er zum weltweiten Erfolg. Das katapultierte McIntosh, die Tochter eines begüterten angelsächsischen Patriziers, die ihr Leben ausschließlich in wohlbestallten weißen Zirkeln verbracht hatte, über Nacht in den feministischen Antirassismus-Himmel. Dort thront sie heute.

In der *Rassismusfalle* beschäftige ich mich mit McIntoshs Konzept des ‚weißen Privilegs‘. Es gibt tausende Aufsätze darüber, doch keine einzige Studie, die das Phänomen empirisch untermauert. ‚Weißes Privileg‘ ist eine ideologische Kopfgeburt und nicht stichhaltiger als die unbefleckte Empfängnis. Trotzdem wird McIntoshs Hypothese mittlerweile wie ein wissenschaftlicher Fakt behandelt und an Universitäten gelehrt. Wer sich für moderne Mythenbildung interessiert, sollte mal die Fiktion ‚weißen Privilegs‘ unter die Lupe nehmen. Es ist ein Paradebeispiel dafür, wie sich post-faktische Behauptungen in höhere Wahrheiten verwandeln.

Unterm Strich läuft McIntoshs Vorwurf auf eine Pauschalbezeichnung aller hellhäutigen Artgenossen hinaus, wobei Männer die wahren Täter sind. Wie Rackete ist McIntosh eine höhere Tochter, das darunter leidet, reich und behütet aufgewachsen zu sein. Also schlüpft sie in die Rolle der angeblichen Fürsprecherin vermeintlich Benachteiligter, wobei sie ihre Schuldgefühle politisch korrekt ‚rassifiziert‘ und gendergerecht garniert. Empathie vorschützend, nutzt sie die selbst ersonnene Benachteiligung vermeintlich Schwächerer, um sich zu erhöhen. Doch dabei wahrt sie stets die Distanz zwischen sich selbst als reuiger Debütantin und den stummen Mündeln ihres Edelmuts.

Eine solche Haltung besticht als extrem paternalistisch. Aber sie hat noch eine deutlich dunklere Seite. Denn das vorgetäuschte Mitgefühl für fiktive Nöte dient nur dazu, tiefer sitzende Ressentiments gegenüber ‚weißen Männern‘ und deren ‚Dominanz‘ als solcher zu kaschieren. Unterschwellig wütet da das Hadern mit der eigenen Herkunft, der versteckte Groll gegenüber dem eigenen Vater, die es der als Margaret Vance Means geborenen Peggy McIntosh überhaupt erst ermöglichte, derart wohlbestallt aufzuwachsen. Dieses Erbe verwirft sie und erklärt es zum Fluch. Doch statt sich direkt an ihren Vater zu

halten, weitet sie ihren Hass auf die ‚weiße, maskuline‘ Kultur aus. An der rächt sie sich, indem sie einen humanitär verbrämten ‚Vatermord‘ inszeniert. Das sieht sie als emanzipatorischen Akt. Von der Konsequenz her läuft es allerdings eher auf einen erweiterten Suizid hinaus, weil sie damit nicht nur zugleich einen Muttermord begeht, sondern auch ihr eigenes Schicksal besiegelt. Was daran ‚feministisch‘ sein soll, bleibt mir ein Rätsel.

## Kollektiver Vatermord

Patrizide sind nicht nur weiblich. Kulturrelativistisch verpackt befallen sie ganze Zivilisationen, wobei Deutschland da seit 2015 Vorreiter spielt.

In der *Rassismusfalle* suche ich zu skizzieren, wie sich postmoderne Toleranz durch das Entkoppeln von Form und Inhalt ins ethische Nirwana kickt. Denn die Toleranz der sogenannten Aufklärung war immer parteiisch. Sie stellte sich auf die Seite des mündigen Einzelnen. Sie wollte die Macht der Kirche brechen, die Fesseln der Religion lösen, die Gewalt der Herrscher zähmen und die Willkür der Mächtigen bändigen. Ihr lag nichts daran, irgendwelche repressiven Glaubenstraditionen zu rechtfertigen oder sich dem Diktat irgendeines Klerus zu beugen. Sie kämpfte gegen Denkverbote und für Geistes- und Gewissensfreiheit. Evelyn Beatrice Hall dichtete Voltaire dazu das Bonmot an: „*Ich missbillige, was Sie sagen, aber ich werde bis zum Tod Ihr Recht verteidigen, es zu sagen.*“ Das spiegelt die Essenz des liberalen Toleranzbegriffs. Dem lag nichts ferner, als totalitären Doktrinen blindlings Lizenzen zu erteilen.

Kulturrelativisten haben das ins genaue Gegenteil verkehrt. Sie tabuisieren das Bewerten fremder Kulturen und feiern Duldsamkeit gegenüber religiöser Intoleranz als Toleranz. Sie halten Wertfreiheit für tugendhaft. Vergleiche sind verwerflich, besonders wenn der Vergleichende weiß oder männlich ist. Wer zivilisatorische Errungenschaften des Westens erwähnt, verhält sich ‚hegemonial‘. Weiße haben als angebliche Träger ihrer untilgbaren historischen Schuld ohnehin nichts mehr zu melden. Unabhängig davon, wo und wann sie geboren sind und was ihr Hintergrund sein mag, sind sie wegen ihrer Herkunft und Hautfarbe disqualifiziert. Verwandelt der archaische Islam dann kleine Mädchen in Lustobjekte, indem er Sechsjährige ‚züchtig‘ verhüllt, gilt das als ein schützenswertes ‚Menschenrecht‘, weil die westliche Rechtsstaatlichkeit und die mittelalterliche Scharia nun zivilisatorisch angeblich auf derselben Stufe stehen.

Das und nichts anderes verbirgt sich hinter kulturellrelativistischer ‚Toleranz‘. Sie verlangt aktive Selbstverleugnung und Doppelstandards zu eigenen Ungunsten. Sie zwingt dazu, Dinge, die man selbst für rückständig, falsch und abstoßend hält, klaglos zu akzeptieren und so zu tun, als seien sie ‚gleichwertig‘. Selbst das Verstümmeln kleiner Mädchen. Es ist genau diese Verlogenheit, die interkulturelle Diskurse von vornherein vergiftet, schreibt Carlo Strenger 2015 in *Zivilisierte Verachtung*. Niemand kann ernsthaft respektieren, was er in Wahrheit für dumm und irrational hält. Darum ist das Heucheln so zerstörerisch. Es schadet allen, am meisten den Kulturrelativisten selbst. Wer sich verbietet, andere Kulturen kritisch zu sehen, kann die eigene nicht mehr verteidigen.

Wie sehr Strenger Recht hat, zeigt die deutsche Dynamik seit der Grenzöffnung. Wer nicht mehr differenziert, zerstört den Sinn für Qualität. Er verwechselt Lüge und Wahrheit. Mit seinem inneren Kompass verliert er die Achtung vor sich selbst. Wo alles gleichwertig sein soll, wird alles gleichgültig. Nichts hat mehr Wert. So verwandelt sich die Gesellschaft in eine Bühne für Barbaren, auf der sich nach den Narren, Clowns und Untergangspropheten schließlich die Wölfe, Schakale und Aasgeier tummeln.

Das, was Roger Scruton Oikophobie nennt und sich bei Leuten wie Axel Steier als krasser Selbsthass äußert, greift Douglas Murray in seinem *The Strange Death of Europe: Immigration, Identity, Islam* auf. Murray ist ein weit gereister Publizist und Mitherausgeber des konservativen *Spectator*. Europas eigenartigen Sterbeprozess lastet er politischen Eliten an, die die muslimische Massenimmigration befördern, ohne auf sinkende Geburtenraten der Eingeborenen und die Demografie Rücksicht zu nehmen. Als eigentliche Ursache dafür sieht er ihren heillos überzogenen Kulturrelativismus und ein dramatisch ins Negative verzerrtes Bild der eigenen Geschichte. Das lasse kein gutes Haar an den Errungenschaften des Westens. Es sei die ‚primäre Krankheit‘, die den Kontinent für die ‚opportunistische Infektion durch den Islam‘ anfällig gemacht habe. Flankierend zu dieser Selbstaufgabe propagierten Identitätspolitik und Diversitätsideologen Kampfbegriffe

wie ‚Islamophobie‘. Die sollten berechtigte Bedenken gegenüber dem Zustrom religiöser Muslime pathologisieren und als falsche Ängste dämonisieren. Tatsächlich jedoch gebe es *„eine beträchtliche Zahl an Gründen ... einige, obwohl gewiss nicht alle, Aspekte und Versionen des Islam zu fürchten“*.

Murray führt die suizidalen Tendenzen Europas auf idiotische Eliten und systematisches ‚Gaslighting‘ zurück.

Pascal Bruckner, der mit Alain Finkielkraut, André Glucksmann und Bernard-Henri Lévy zu den französischen Altlinken gehört, die Aufklärung und Laizismus verteidigen, lastet sie dem Eifer postmoderner Intellektueller an, die rastlos die Schuld des Westens anprangern. In seinem Essay *The Flagellants of the Western World* bemerkt Bruckner, dass Europas vermeintliche Geistesgrößen die Missetaten ihrer Altvorderen zur Schau tragen wie ‚Orden und Medaillen‘. Ganze Generationen linker ‚Aktivisten‘ würfen Europa die Eroberung der Amerikas, das Versklaven der Afrikaner und weltweiten Imperialismus vor. Je weiter die historischen Verbrechen in die Ferne rückten, desto monströser würden sie. Selten hätten Intellektuelle mit solch Inbrunst das eigene Versagen gefeiert. Hätten sie früher das Monopol auf Fortschritt für sich reklamiert, beanspruchten sie nun das Monopol auf Barbarei. Jetzt sei ihr Ziel nicht mehr Weltherrschaft, sondern der Bruch mit der Geschichte.

Kurz vor Sonnenuntergang wachsen die Schatten immer ins Gigantische.

Obwohl das Gewicht des Kontinents wirtschaftlich und demografisch rapide schrumpft, ist das Beschwören des düsteren Erbes ein Muss für jeden, der Tugendhaftigkeit demonstrieren will. Bruckner deutet die Gier nach Selbstanklage als dürftig kaschierten Narzissmus, eine Pose, die Demut heuchelt und Größe im eigenen Versagen sucht. Tatsächlich hätte nur eine Handvoll europäischer Länder Kolonien besessen, während andere bis 1989 de facto Kolonien gewesen wären. In Wahrheit trachteten die ‚Reue-Athleten‘ bloß danach, sich die garstige Gegenwart und das Schwinden ihrer Macht vom Leib zu halten, was durch das *„überraschend leichte Zusammengehen von*

*Furcht und Ruhe, Verleugnung und guter Verdauung*“ charakterisiert sei. Sobald es um die Gräueltaten, die andere in Asien, Afrika oder Nahost begingen, bleibe ihr blutendes Gewissen stumm. Versklavte der ‚Islamische Staat‘ Jesiden, Christen und Aleviten, sähen sie tapfer weg.

Über eigenes Versagen nachzudenken kann eine Stärke sein. Zugleich lässt sich gesunde Selbstkritik durch Maßlosigkeit unschwer in ihr Gegenteil verwandeln. Wer gestriges Leid missbraucht, um von heutigen Schrecken abzulenken, versündigt sich sowohl an der Vergangenheit wie an der Gegenwart. Das tragische Los einer Westafrikanerin im 18. Jahrhundert wiegt nicht das grauenhafte Schicksal einer verschleppten Jesidin auf. Die Peiniger der Westafrikanerin sind längst tot. Aber die der Jesidin sind quicklebendig. Sie brüsten sich mit ihren Taten, und wer sie attackiert, weckt ihren Zorn. Also ist es deutlich gefährlicher, sich über vorgestrige Schrecken zu ereifern. *„Den Helden zu spielen, nachdem der Kampf vorüber ist, verleiht dir den traurigen Glanz des einsamen Scharfschützen – ohne dich dem geringsten Risiko auszusetzen.“*

Fragt sich, welchen Nutzen diese Art Umgang mit der Geschichte hat. Andere dürften es bestenfalls befremdlich finden. Nicht alle glauben an Erlösung von der Erbsünde durch Beichte und Buße. Mir ist noch kein Türke begegnet, der sich öffentlich dafür auspeitschte, dass seine Vorfahren Christenkinder verschleppt haben. Soweit ich weiß, leisten islamische Länder auch keinerlei Reparationszahlungen an Afrika, obwohl arabische Sklavenjäger dort bis weit ins 20. Jahrhundert wüteten.

Charlotte Wiedemann schreibt in ihrem Aufsatz *Islam und Sklavenhandel – eine Spurensuche in Afrika*, der islamische Sklavenhandel habe von etwa 650 bis 1920 andauert. Über die Haupttrouten durch die Sahara, das Rote Meer und den Indischen Ozean seien geschätzte elf bis fünfzehn Millionen ‚Afrikaner in die islamischen Kernländer und bis nach China‘ verschleppt worden. Der Senegalese Tidiane N’Diaye spricht in *Der verschleierte Völkermord – Die Geschichte des muslimischen Sklavenhandels in Afrika* sogar von siebzehn Millionen Opfern. Der Menschenraub habe oft zum Entvölkern ganzer Landstriche geführt,

weil die Araber die nutzlosen Alten und Kleinkinder totzuschlagen pfl egten. Laut dem Rostocker Historiker Egon Flaig lagen die Sklavenimporte der Muslime weit über denen des antiken Roms. Weltgeschichtlich hätten sie den kommerziellen Menschenraub in einmaliger Weise befl ügelt. Saudi-Arabien schaffte den Sklavenhandel offiziell 1963 ab. Mauretanien erließ das letzte Gesetz gegen Sklaverei im August 2007. Ich selbst bin im Frühjahr 1979 in einer Karawanserei bei Omdurman noch Leuten aus dem Südsudan begegnet, die man als Kinder flussab in den sunnitischen Norden verkauft hatte. Inzwischen lehnen die meisten Muslime das Versklaven von ‚Ungläubigen‘ zwar ab, aber der Scheich Salih ibn Fawzan ibn ‘Abdullah al-Fawzan, der als Mitglied im Höchsten Rat der Rechtsgelehrten einer der wichtigsten Autoren der Lehrpläne für saudische Schüler ist, erklärt Sklaverei zum integralen Element des Islam. Es sei ein Teil des Dschihad, und der Dschihad werde bleiben, so lange es den Islam gebe.

Geschichte wird unterschiedlich gedeutet. Schuld wie eine Monstranz vor sich herzutragen, entspricht einer religiösen Tradition, die die Idee der Erbsünde mit der Hoffnung auf Erlösung verquickt. Nur ist das eben eine jüdisch-christliche Vorstellung. Andere fühlen sich dadurch entehrt. Also gehorchen sie dem Impuls, ihre Schande zu verbergen. Die einzige Zivilisation, die ihre eigenen Untaten derart lustvoll zur Schau stellt, ist die westliche. Obwohl dieser Schuldhedonismus sich unterschwellig aus einem zutiefst religiösen Heilsversprechen speist, treibt er seine exzessivsten Blüten erst jetzt, wo sich die führenden Schichten von der eigenen Zivilisation abwenden, ihre spirituellen Traditionen verleugnen und christliche Symbole offen bekämpfen.

Das bezeugte unter anderem die Eröffnungsshow der Pariser Olympiade 2024. Die dürfte in ihrer demonstrativen Diversität alle Fans quotengerechter Intersektionalität begeistert haben. Doch das Spektakel bediente nicht nur das ‚queere‘ Segment. Es vollzog sich auf der Bühne der Weltöffentlichkeit und wurde von einer geschätzten Milliarde Menschen goutiert. Das wird den Veranstaltern klar gewesen sein, die immerhin Hunderte von Millionen in eine Inszenierung steckten, die die seelische Verfasstheit des Gastgeberlandes

spiegeln sollte. Fraglich, ob frisch geköpfte Königinnen, Drag-Queens beim letzten Abendmahl, ein verfetteter weiblicher Jesus oder nackte, blau bemalte Pykniker das Publikum in Asien und Afrika mitreißen. Sigmund Freud nannte Schamlosigkeit mal ein untrügliches Anzeichen für Schwachsinn.

Aber als betagter Cis-Kerl bin ich vermutlich die falsche Zielgruppe. Nur bin ich eben auch gelernter Christ. Selbst wenn ich dank Quinton Caesars Kirchentagsrede inzwischen weiß, dass ‚Gott queer ist‘, war der historische Rabbi Josua im Zweifelsfall genauso heteronorm wie ich und mit Sicherheit keine adipöse Lesbe. Das letzte Seder, das er mit seinen Jüngern beging, am Abend, bevor er im Garten von Gethsemane verhaftet und auf Golgatha hingerichtet wurde, dürfte auch nicht sonderlich erotisierend gewesen sein. Es war ein Abschied und ein Versprechen. Da sprach Jesus das Dankgebet, nahm den Wein und brach das Brot und verkündete denen, die um ihn herum versammelt waren, den Bund im Glauben über den Tod hinaus. *„Tut dies zu meinem Gedächtnis!“*

Das, was zahllose Christen seither weltweit als Eucharistie feiern, ist das symbolische Brotbrechen mit Gott, die Kommunion mit ihrem Erlöser. Für gläubige Christen ist das ein heiliger Moment, egal ob in Acapulco, Nowgorod oder Minya. Das darf man als Atheist lächerlich finden, aber ich denke da eben an den sterbenden Engländer in der libyschen Wüste, der statt Wein lauwarmes Wasser aus einer deutschen Feldflasche bekam, damit er in Frieden sterben konnte. So skeptisch man das Ritual sehen mag, wer Wert aufs Respektieren von Diversität legt, sollte akzeptieren, dass anderen das Abendmahl kostbar ist. Es spielt für Abermillionen Christen eine zentrale Rolle, ob als jüdisch-christliches Seder oder freikirchliches Brotbrechen.

In Paris verhöhnten politisch erweckte Kreise, die sonst peinlichst darauf bedacht sind, nur ja keine Angehörigen irgendwelcher fremden Religionen zu irritieren, die christliche Liturgie. Aus purer Effekthascherei, nur um ihre Abkehr von der eigenen Herkunft zur Schau zu stellen. Ich bin nicht krüsch und habe mit der Amtskirche nichts am Hut, doch wo ‚woke‘ Diversitätspriester auf den geistigen

Grundlagen meiner Kultur herumtrampeln und die globalen Traditionen von Christen in den Dreck treten, verteidige ich die Würde ihrer und meiner Glaubensfreiheit.

Für mich war die Pariser Präsentation eine Orgie fortgeschrittener Selbsterniedrigung. Wenn der französische Präsident anschließend twittert „*C'est la France*“, hat er anscheinend nur eine äußerst sparsame Vorstellung von französischer Geschichte. Die beginnt spätestens mit dem Aufhalten der islamischen Invasion zwischen Tours und Poitiers.

Der obszöne Pomp des Olympia-Spektakels erinnert ans Ancien Régime. Europas Eliten wirken lebensmüde. Sie scheinen darum zu betteln, sie endlich von sich selbst zu erlösen. Das dürfte Europas Konkurrenten entzücken, aber alle, die den Kontinent von Descartes, Locke und Kant einst um seine Freiheit, seinen Reichtum und seine Kultur beneideten, zutiefst verstören, während andere es längst als Einladung zum Plündern des Kadavers sehen.

## Deutschland im Schatten Syriens

Die Lage in Syrien ist volatil. Erfreuliches zeichnet sich nicht unbedingt ab. Michael Rubin warnt im Middle East Forum, der Terror-Unterstützer und Meister der politischen Intrige Erdoğan drohe nun die Hamas-Präsenz von der Türkei nach Syrien zu verlagern. Hay'at Tahrir al-Sham (HTS) und Hamas sind ideologisch eng verwandt. Dass sie sich unter der Sponsorschaft der Türkei verbünden, ist nicht unwahrscheinlich.

Doch mit Baschar al-Assads Abgang entfallen die Asyl- und Schutzgründe fast aller Syrer bei uns. Sofern sie nicht für sich selbst sorgen, besteht kein Grund, dass deutsche Steuerzahler das weiterhin tun. Familiennachzug erübrigt sich. Auch Fachkräfte braucht das zerstörte Syrien dringend. Einst gab es die Ansage von Frau Merkel: Asyl gelte für den Notfall und nur für die Dauer des Notfalls. Nun ist der Diktator vertrieben. Trotzdem bemühen Politiker, Kirchenfunktionäre, Sozialverbände und NGOs sofort humanitäre Einwände. Kein Wunder, schließlich profitieren sie alle durch die ‚Flüchtlinge‘, wirtschaftlich, politisch und ideologisch. Aber gerade weil die Situation in Syrien so unübersichtlich ist, die Beinahe-Atommacht Iran sich in die Ecke gedrängt fühlt und Recep Tayyip Erdoğan der einzige echte politische Gewinner ist, wäre das Land eventuell gut beraten, endlich die Konsequenz aus seinen Fehlern zu ziehen und zur Abwechslung mal wieder an die eigene Zukunft zu denken.

In der Ukraine tobt Krieg. Die deutsche Wirtschaft schmiert ab. Insofern sollte die Regierung sich nicht unbedingt fremder Leute Köpfe zerbrechen. Wer als ‚Schutzsuchender‘ seinen Lebensunterhalt noch immer nicht selbst bestreitet, wird das auch künftig kaum tun. Hunderttausende Menschen im Land zu behalten, die keinen Grund haben hier zu sein, zerstört nicht nur mutwillig die Sozialsysteme, es ist ein massives Sicherheitsrisiko. Wäre die Eingliederung der ‚Syrer‘ eine strahlende Erfolgsgeschichte, sähe die Welt eventuell anders aus. Aber

das ist sie nicht. Fast täglich gibt es tödlichen Ärger und regelmäßig Rufe nach dem Kalifat.

Wer sich also bis jetzt nicht ‚integriert‘ hat, sollte gehen. Nur wird das nicht geschehen, solange eine üppig subventionierte Asylindustrie, steuerfinanzierte NGOs und die links-grün dominierte Medienfront mit dem ÖRR an der Spitze die öffentliche Debatte beherrschen. Denn die wollen die ‚Syrer‘ dringend im Land behalten.

Dass reiche Gemeinwesen die Zuwanderung kulturfremder Armer künstlich forcieren, dürfte historisch einigermaßen einmalig sein. Verzichteten sie zudem auf jeden Anpassungsdruck, geben sie sich selbst auf. Peter Scholl-Latour sagte vor gut dreißig Jahren, er fürchte nicht die Stärke des Islam, sondern die Schwäche des Westens. Das Christentum habe weitgehend abgedankt und Europa keine verbindlichen Werte mehr. Wie richtig er liegt, zeigt sich an den windelweichen Reaktionen auf islamischen Judenhass.

Juden leben seit der Römerzeit in Europa. Aber obwohl antisemitische Gewalt auch bei uns überwiegend ‚politisch-religiös motiviert‘ ist und von Migranten ausgeht, führt die Statistik alle ungeklärten Attacken nach wie vor als ‚rechtsextrem‘. Während des Gaza-Kriegs 2014 demonstrierten Tausende Muslime in Berlin. Sie ließen Hitler hochleben und wünschten Juden ins Gas. Die Polizei griff nicht ein. Als Donald Trump ankündigte, die USA würden ihre Botschaft nach Jerusalem verlegen, wiederholten sich solche Szenen. Nun waren daran auch viele gerade ‚Geflüchtete‘ beteiligt. Tagelang stießen sie Morddrohungen aus, verbrannten israelische Flaggen und zelebrierten aggressives Selbstmitleid. Kein einziger Politiker wagte es, die ‚Gäste‘ in die Schranken zu weisen. Stattdessen griff der Außenminister Sigmar Gabriel die USA an und fiel der israelischen Regierung in den Rücken.

Als Obamas Geheimdienste deutsche Staatsbürger ausspionieren ließen und nach Guantanamo verschleppten, blieb die Merkel-Regierung stumm. Das hätte ihr angesichts der Wutausbrüche Erdogans weit besser zu Gesicht gestanden. Stattdessen bestärkte Gabriel den Despoten. Der fühlte sich dadurch ermuntert, gegenüber Israel immer aggressivere Töne anzuschlagen. Parallel tönte er, Europäer seien nirgends mehr

sicher. Im März 2017 sagte er, die Türkei sei ‚kein Land, das mit seiner Ehre spielen‘ lasse. *„Wenn Sie sich weiterhin so verhalten, dann wird morgen weltweit kein Europäer, kein Bürger des Westens in Sicherheit und Frieden die Straßen betreten können.“* Wie das zu verstehen war, ließ er offen. Aber es leben Millionen Türken in der EU, die er zu seinen Schützlingen erklärt hat. Denen schenkt die Regierung nun die doppelte Staatsbürgerschaft.

Die meisten deutschen Medien stellen den Nahostkonflikt einseitig pro-palästinensisch dar. Verglichen mit der islamischen Welt allerdings wirken sie geradezu neutral. Dort heißt der Erzfeind Israel. Das hält ‚die heiligen Stätten des Islam‘ besetzt, was 1,6 Milliarden Gläubige dazu zwingt, in brennender Scham zu leben. Tatsächlich steht der Tempelberg trotz Krieg und ‚Besatzung‘ unter islamischer Selbstverwaltung. Seit 1948 betreut die Waqf-Behörde die Moscheen dort und über dem Grab Abrahams in Hebron. Im Übrigen leben in Israel ungefähr neun Millionen Menschen. Davon sind gerade mal 6,4 Millionen jüdisch. Israels Territorium ist mitsamt der ‚besetzten Gebiete‘ nicht ganz so groß wie Brandenburg. Vom Jerusalem bis zur Küste sind es sechzig Kilometer.

Dreh- und Angelpunkt des Konflikts ist der islamische Anspruch auf die Heilige Stadt. Der basiert auf einer nächtlichen Traumreise, die Mohammed auf Einladung des Erzengels Gabriel von Mekka aus getätigt haben will. Mohammed wusste, welche Rolle Jerusalem als Heilige Stadt der Juden und Christen spielte. Es im Schlaf zu erobern und sich durch die Größen der Konkurrenz im siebten Himmel salben zu lassen, lag nahe, da er zu der Zeit noch hoffte, Juden und Christen friedlich zu bekehren. Erst als die Juden am Glauben ihrer Väter festhielten, erklärte er sie zu Feinden. Trotzdem erwähnt der Koran Jerusalem nirgendwo namentlich. Da ist nur von einem geweihten Ort die Rede. Entsprechend heißt die Stadt unter Muslimen ‚al-Quds‘, die ‚Heilige‘. Die jüdische Tora verweist an mehr als 600 Stellen auf Jerusalem. Auch das Neue Testament tut das. Außerdem stand für Mohammed grundsätzlich auch nie zur Debatte, dass Israel den Juden gehört. Stattdessen betont der Prophet mehrfach den Anspruch der Juden auf das

Land, das Gott ihnen nach dem Exodus aus Ägypten zugeteilt hat. Denn obwohl seine Anhänger eine Zeitlang Richtung Jerusalem beteten und die Stadt als drittheiligste Stätte des Islam gilt, respektierte Mohammed den ‚göttlichen Anspruch‘ der Juden auf ihr ‚heiliges‘ Land. Korankundige Muslime wissen das. Der deutsch-algerische Islamwissenschaftler Abdel-Hakim Ourghi nennt mehrere Suren, die das festschreiben, was historisch auch Sinn ergibt. Schließlich war Jerusalem zu Lebzeiten Mohammeds noch ein Teil des oströmischen Reichs. Die Araber entrissen es den Byzantinern erst im 7. Jahrhundert. Darum ist von Muslimen dort auch nirgendwo die Rede.

Erst viel später wurde Jerusalem zu einem politischen Prestigeobjekt. Palästinenserführer behaupteten, Jesus sei ein Araber gewesen und beanspruchten den Ort als künftige ‚Hauptstadt‘. In Wahrheit hat Jerusalem Muslime nie sonderlich interessiert. Laut meinem Meyer-Lexikon von 1906 lebten dort noch im 19. Jahrhundert deutlich mehr Juden und Christen als Muslime, obwohl Palästina damals bereits seit Jahrhunderten osmanisch besetzt war.

Abdel-Hakim Ourghi ist als Mitbegründer der Ibn-Ruschd-Goethe-Moschee unter ‚konservativen‘ Islamfreunden in Deutschland ‚umstritten‘. Das DITIB-Umfeld feindet ihn an. Doch andere islamische Gelehrte, die politisch gewiss nicht ‚liberal‘ sind, unterstützen ihn. Maulana Mohammed Khan Sherani, der geistige Führer der in Pakistan als Partei organisierten ‚Vereinigung islamischer Gelehrter‘ erklärte 2020, laut Koran gehöre Israel den Juden, nicht den Palästinensern. Sherani, dessen ‚Jamiat Ulema-e-Islam‘ sich vor allem aus Paschtunen rekrutiert, die den Taliban nahestehen, plädierte für einen friedlichen Ausgleich mit Israel. Er riet Muslimen, den Koran gründlicher zu studieren.

Trotzdem ist für islamische Prediger von Islamabad bis Berlin klar: Hinter allen Dramen daheim oder auswärts stecken zionistische Drahtzieher, die die Puppen in Washington und Brüssel tanzen lassen. Israel ist für sie die ‚Speerspitze des Westens‘, der ‚kleine Satan‘, der Muslime beleidigt, knebelt und unterdrückt. Nachdem der *Jyllands-Posten* im September 2005 zwölf Mohammed-Karikaturen veröffentlicht hatte,

um eine Debatte über weltliche Werte und Selbstzensur anzustoßen, schürten Islamisten weltweit Wut auf den Westen. *Al Jazeera* zitierte Geistliche, die von einer ‚kreuzzügerischen Zionistenkampagne‘ sprachen, angestiftet durch Juden und die USA. Laut Ajatollah Chamenei waren die Karikaturisten durch ‚schmutzige Zionisten‘ gesteuert und hatten die westlichen Medien und die US-Regierung ‚voll unter ihrer Kontrolle‘.

Syrien führt seit 1948 gegen Israel Krieg. Noch in der Nacht der Staatsgründung griff es Israel an, zusammen mit Ägypten, Saudi-Arabien, Jordanien, Libanon und dem Irak. Vermutlich hassen nicht alle Syrer Juden. Doch fast alle Syrer sind antisemitisch erzogen. Genauso wie ihre muslimischen Nachbarn. Was sie in der Schule, der Moschee oder dem Fernsehen über Juden hören, unterscheidet sich nur graduell von den Verschwörungsgespinnsten und Hasstiraden, die die Herzen und Hirne der Deutschen vor neunzig Jahren vergifteten. Fast jeder Muslim weiß um die Schrecken der ‚Nakba‘. Kaum einer ist sich bewusst, dass islamische Länder seit 1948 über 900.000 Juden vertrieben haben. Noch weniger wissen, dass Bagdad, Alexandria, Damaskus, Beirut oder Kairo vor ein paar Jahrzehnten noch blühende jüdische Gemeinden besaßen.

## **Judenhass als gemeinsamer Nenner von Nazis und Islamisten – der Aufstand von 1936**

Islamischer Antisemitismus speist sich aus zwei Quellen. Der historische Judenhass beginnt mit dem Massaker an den Juden von Yathrib. Moderner Judenhass ist ein europäischer Import. Er verdankt sich vor allem dem Einfluss deutscher Nationalsozialisten, und zwar vor, während und nach dem Zweiten Weltkrieg.

Ähnlich wie Lateinamerika war der Nahe Osten nach 1945 ein bevorzugtes Fluchtziel vieler deutscher Kriegsverbrecher. Arabische Regimes empfangen Alt-Nazis mit offenen Armen. Hitlers Henker waren herzlich willkommen, um nun an der Vernichtung Israels mitzuarbeiten. Besonders in Ägypten, der Heimat der Muslimbruderschaft, wo sich Gamal Abdel Nasser an die Macht putschte, gab es enge Verflechtungen mit alten und neuen NS-Kreisen. Als junger Offizier hatte Nasser mit Agenten der Achsenmächte einen Aufstand gegen die Briten geplant und 1948 gegen Juden gekämpft. Ab 1952 machte er das Land zu einem sicheren Hafen für deutsche Täter.

Rudolf Hess, der spätere ‚Stellvertreter des Führers‘, war wie sein jüngerer Bruder Alfred in Alexandria aufgewachsen. Alfred begann ab 1926 eine der ersten NSDAP-Auslandsorganisationen in Ägypten aufzubauen. Er beriet Hassan al-Banna, der 1928 die Muslimbruderschaft gründete und dessen Verbündeter Mohammed Amin al-Husseini als ‚Großmufti von Jerusalem‘ eine Schlüsselrolle im britisch besetzten Palästina gespielt hatte, bevor er 1941 dann zu Hitler ins Berliner Exil floh.

Nach dem Zusammenbruch des ‚Dritten Reichs‘ revanchierten sich die Islamisten. Der in Mauthausen, Buchenwald, Natzweiler und Dachau als SS-Arzt eingesetzte Hanns Eisele etwa lebte bis zu seinem Tod in einem Villenviertel bei Kairo. Eiseles Kollege Aribert Heim, der ‚Schlächter von Mauthausen‘, konvertierte zum Islam und starb 1992 unbehelligt in Ägypten. Ein anderer prominenter Konvertit, Johann von Leers, der sich in Joseph Goebbels Propagandaministerium einen

Namen gemacht hatte, floh erst über die Rattenlinie nach Buenos Aires, um dann 1955 nach Kairo zu wechseln, wo er im ägyptischen Propagandaapparat arbeitete und für eine Neuübersetzung der antisemitischen Hetzschrift *Die Protokolle der Weisen von Zion* sorgte. Die lag Nasser besonders am Herzen.

Doch die arabische Willkommenskultur beschränkte sich nicht auf Ägypten. Alois Brunner war ehemals SS-Hauptsturmführer und Adolf Eichmanns rechte Hand, für den er die Deportationen aus Wien, Berlin, Saloniki und Paris organisierte, um später die jüdische Untergrundbewegung in der Slowakei zerschlagen zu lassen. Brunner setzte sich Anfang der 1950er nach Syrien ab. Dort war er als Dr. Josef Fischer für syrische und bundesdeutsche Geheimdienste tätig und handelte als Chef einer Im- und Exportfirma mit Kriegsgerät. Nie vor Gericht gestellt, starb er zwischen 2001 und 2010 in Damaskus. Auch Franz Stangl, einstiger Kommandant der Vernichtungslager Sobibor und Treblinka, der 1970 für die Mittäterschaft an der Ermordung von über 400.000 Menschen verurteilt wurde, floh 1948 mit Hilfe des Bischofs Alois Hudal nach Syrien, bevor er 1951 weiter nach Brasilien zog.

Die Begeisterung nahöstlicher Regimes für Hitler und ihre ideologische Nähe zu den Nazis wird selten thematisiert. Tatsächlich prägt sie bis heute das Verhältnis zwischen Arabern und Juden und die Haltung der Türkei und Irans gegenüber Israel. Hannah Arendt bemerkte während des Eichmann-Tribunals, dass Zeitungen in Damaskus, Beirut, Kairo und Amman ihre Sympathien für den Angeklagten nie verhehlten und es bedauerten, dass er ‚sein Geschäft nicht zu Ende‘ habe führen können.

Im Jahr 627 bedankte Mohammed sich für das Asyl, das die Juden von Yathrib ihm gewährt hatten, indem er sie vertrieb oder abschlachten ließ. 1323 Jahre später nahm Sayyid Qutb dieses Ereignis zum Anlass, um den Juden als der Chefideologe der Muslimbruderschaft vorzuwerfen, sie hätten sich seit jeher gegen den Islam verschworen.

Als Timotheus Wurst, der deutsche Konsul in Jaffa 1936, berichtete, die Judenfeindschaft der Nationalsozialisten lasse in Muslimen ‚verwandte Saiten‘ anklingen, hatte der sogenannte Araberaufstand gerade

begonnen. Der führte im britischen Mandatsgebiet von Palästina nach einer Serie blutiger Morde an Juden zum Ausnahmezustand. Parallel riefen die Araber in Nablus, Jaffa und Jerusalem zu einem Generalstreik auf, zu dessen Koordinator sich das ‚Arab Higher Committee‘ unter Leitung des Muftis Amin al-Husseini aufschwang. Wirtschaftlich bewirkte der Streik herzlich wenig, weil er bloß arabische Unternehmen lahmlegte, während er die jüdischen stärkte. Das merkten auch die Araber. Insofern gingen die ‚Aktivisten‘ des Muftis zügig dazu über, die Infrastruktur zu sabotieren. Sie kappten Telefondrähte, brachten Züge zum Entgleisen oder sprengten Brücken. Parallel bedrängten sie alle Araber, die sich dem Streik verweigerten, indem sie sie einschüchterten oder ermordeten. Dabei wüteten sie durchaus nach Plan. Denn der Mufti nutzte den Konflikt, um verständigungsbereite Muslime auszu-schalten. Das produzierte innerhalb des palästinensischen Lagers weit mehr Tote als unter Juden und Briten.

Matthias Küntzel beschreibt, wie sich lokale Banden entwickelten, die die Bevölkerung terrorisierten. Die britische Peel-Kommission registrierte, dass sich zu diesen örtlichen Gruppen Freiwillige aus Syrien und dem Irak gesellten. Der Aufstand internationalisierte sich und wurde zunehmend ‚islamisch‘. Die Anhänger des Predigers Izz al-Din al-Qassam, nach dem die ‚Kassam-Brigaden‘ der Hamas benannt sind, setzten in ihren Einflusszonen rigide die Scharia durch. Sie zwangen alle Frauen, sich zu verschleiern. Das galt auch für arabische Christinnen. Wer westlich gekleidet war, Land an Juden verkauft hatte oder wem man unterstellte, moderate Ansichten zu vertreten, wurde zum Ziel. Allerdings brachte man die Opfer nicht immer sofort um. Oft entführte man sie auch und folterte sie tagelang, bevor man sie tötete. Diese Gräueltaten sprachen sich herum. Dadurch verspielten die Leute des Muftis zunehmend die Sympathien der Bevölkerung, bis die sich schließlich sogar selbst bewaffnete und gegen die ‚Rebellen‘ zu wehren begann. Doch die Schäden für die arabische Gesellschaft waren bleibend. Alte Familienfehden brachen wieder auf. Ein Gutteil der Christen floh oder wurde vertrieben, womit die arabische Gemeinschaft ihre Bildungs- und Wirtschaftselite verlor.

Der Terror währte bis zum Frühsommer 1939. Er erreichte keines seiner Ziele, außer dass er das Verhältnis zwischen Juden und Arabern nachhaltig vergiftete und Islamisten jeglicher Couleur auf Judenhass einstimmt. *„Was bis zum Arabischen Aufstand ein Streit zwischen Zionisten und palästinensischen Arabern war, weitete sich nunmehr zu einem Machtkampf zwischen dem Zionismus und der arabischen Welt aus“*, schreibt Küntzel. 1936 waren erstmals Freiwillige aus Syrien, dem Irak und Transjordanien ins Land gekommen, um den Kampf gegen die Briten und Juden zu unterstützen. Im September 1937 trafen sich über 400 arabische ‚Aktivisten‘ unterschiedlichster Herkunft nordwestlich von Damaskus, um das Internationalisieren des Aufstands zu besprechen. Im Oktober 1938 fand in Kairo die ‚Islamische Parlamentarierkonferenz zugunsten von Palästina‘ statt, wo auch der ägyptische Premier Muhammad Mahmud sprach. Küntzel bemerkt: *„Die Tatsache, dass es während dieser Konferenz die Muslimbrüder waren, die den Ordnungsdienst stellten, für die Trennung von Männern und Frauen sorgten und nebenbei auch Kopien von ‚Mein Kampf‘ und den ‚Protokollen von Zion‘ verteilten, verweist auf einen weiteren Aspekt: Der Aufstand in Palästina war der Auslöser, der aus der 1928 gegründeten Sekte der Muslimbrüder eine Massenbewegung machte. In Moscheen, Schulen und Betrieben alarmierte sie die Gläubigen mit der frei erfundenen Behauptung, dass Juden und Briten die heiligen Stätten des Islam in Jerusalem zerstören und den Koran in Stücke reißen und zertrampeln würden. Zwischen 1936 und 1938 stieg ihre Mitgliederzahl von 800 auf 200.000 an.“*

Zehn Jahre vor der Gründung des Staates Israel begriffen die Islamisten, dass Judenhass ein entscheidender Mobilisierungsfaktor war. So wurde er – wie bei den Nationalsozialisten – zur tragenden Säule ihrer Ideologie.

Am 7. April 1939 meldete die *New York Times* einen Kurzbesuch von Joseph Goebbels in Kairo. Dabei trug er sich ins Gästebuch von König Faruk ein, plauderte mit dessen Sohn und traf diverse ägyptische Vertreter.

## Das Erbe des Muftis

Während Hassan al-Banna ab 1928 unter der Patenschaft der Gebrüder Hess die Muslimbruderschaft aufbaute und Pogrome in Kairo und Alexandria organisierte, sorgte Mohammed Amin al-Husseini für jüdenfeindliche Ausschreitungen in Jerusalem, Hebron und Gaza. Im April 1936 setzte der Mufti sich durch Gründung des ‚Arabischen Hohen Komitees‘ an die Spitze des Araberaufstands, der Tausende von Leben kostete. So verscherzte er sich die Sympathien der Mandatsmacht, musste fliehen und landete schließlich in Berlin, von wo aus er die Ausrottung der Juden in Palästina zu planen half.

Im Vorfeld des deutschen Angriffs auf El Alamein appellierte er über den Kurzwellensender an alle Muslime: *„Erhebt Euch wie ein Mann und kämpft für Eure heiligen Rechte. Tötet die Juden, wo immer Ihr sie findet. Das gefällt Gott, der Geschichte und der Religion. Es dient Eurer Ehre. Gott ist mit Euch.“* Zugleich verbreitete er, die Briten hätten die Juden bewaffnet, um gegen die Araber zu kämpfen. Daher sei Judenmord das Gebot der Stunde: *„Ihr müßt die Juden töten, ehe sie das Feuer auf Euch eröffnen. Tötet die Juden, die Euer Vermögen an sich gerissen haben und einen Anschlag auf Eure Sicherheit planen. Araber Syriens, des Irak und Palästinas, worauf wartet Ihr? Die Juden haben vor, Eure Frauen zu schänden, Eure Kinder umzubringen und Euch zu vernichten. Nach der muslimischen Religion ist die Verteidigung Eures Lebens eine Pflicht, die nur durch die Vernichtung der Juden erfüllt werden kann. Das ist Eure beste Chance, diese dreckige Rasse loszuwerden, die Euch Eurer Rechte beraubt und Euren Ländern Unheil und Zerstörung gebracht hat. Tötet die Juden, steckt ihren Besitz in Brand, zerstört ihre Geschäfte, vernichtet diese niederträchtigen Helfer des britischen Imperialismus. Eure einzige Hoffnung auf Rettung ist die Vernichtung der Juden, ehe sie Euch vernichten.“*

Solch Tiraden lauschten damals Abertausende. In Zeesen bei Königs-Wusterhausen stand Husseinis mit modernster Radiotechnik das *Al-Jazeera* der Nazis zur Verfügung. Das trug seine Botschaft bis in entlegenste Winkel der islamischen Welt. Einer von Husseinis Adepten

war der spätere Kopf der islamischen Revolution in Iran. Khomeini machte ab 1979 Husseinis Maximen zur Staatsräson. Der Hass der Mullahs ist das unmittelbare Erbe des Muftis. Das beflügelt bis heute den ‚heiligen Zorn‘ von religiösen Muslimen weltweit. Wer sich fragt, woher Hamas, Hisbollah, Mahmud Abbas, Recep Tayyip Erdoğan oder Abu Mohammed al-Dscholani ihren Eifer nehmen, stößt immer wieder auf den Mufti.

Husseini verschmolz ‚pan-islamischen Nationalismus‘, Faschismus und Judenhass zu dem Amalgam, das heute Israel und den gesamten Westen bedroht. Für Husseini waren Juden die heimlichen Herrscher der Welt, die nicht nur die verhassten Demokratien, sondern auch Stalins Sowjetunion regierten. Am 18. Dezember 1942 eröffnete er in Berlin ein ‚Islamisches Zentral-Institut‘. Dort sagte er: *„Zu den erbittertsten Feinden der Muslime, die ihnen seit alters her Feindseligkeit bekundet und allenthalben andauernd mit Tücke und List begegneten, gehören die Juden. Es ist jedem Muslim zu Genüge bekannt, wie die Juden ihm und seinem Glauben seit den ersten Tagen des jungen Islam zugesetzt haben, und welche Gehässigkeit sie dem größten Propheten bezeigten, wieviel Mühsal und Kummer sie ihm bereiteten, wie viele Intrigen sie anzettelten, wie viele Verschwörungen sie gegen ihn zustande brachten, dass der Koran das Urteil über sie fällte, sie seien die unversöhnlichsten Feinde der Muslime.“* Der ‚heilige Koran‘ sei voller Belege jüdischer Charakterlosigkeit, *„was vollauf genügt, um die Muslime vor ihrer stets akuten Gefahr und Feindseligkeit bis ans Ende aller Tage zu warnen“.*

Über SS-Größen war Husseini in die Details des Holocaust eingeweiht. Indem er bei Heinrich Himmler und Adolf Eichmann vorstellig wurde, sorgte er persönlich für das Ermorden Tausender jüdischer Kinder, die die SS eigentlich gegen gefangene Deutsche hatte austauschen wollen, aber dann auf sein Betreiben hin nach Auschwitz schaffte. Parallel verlangte er, die Luftwaffe solle Tel Aviv bombardieren. Im Frühjahr 1944 erklärte er: *„Immer, wenn jüdische Bazillen gefunden werden, gibt es auch Mittel gegen diese Krankheit, die die Welt befällt und die überall das arabische und islamische Wesen bedroht.“* Über den Fortschritt des Judenmords war er genau auf dem Laufenden. Gegen Ende des Krieges

verplapperte er sich im Radio. Da sprach er von ‚weltweit elf Millionen Juden‘. Vor dem Krieg hatte es 17 Millionen Juden gegeben.

Durch die deutsche Kapitulation wurde Husseini zum gesuchten Kriegsverbrecher. Die Briten und Jugoslawen wollten ihn vor Gericht stellen. Husseini entkam mit Hilfe der Franzosen nach Ägypten, wo die Muslimbrüder für ihn Asyl organisiert hatten. Hassan al-Banna begrüßte ihn überschwänglich: *„Der Mufti ist so viel wert wie eine ganze Nation. Der Mufti ist Palästina, und Palästina ist der Mufti. O Amin! Was bist Du doch für ein großer, unbeugsamer, großartiger Mann! Hitlers und Mussolinis Niederlage hat Dich nicht geschreckt. Was für ein Held, was für ein Wunder von Mann. Wir wollen wissen, was die arabische Jugend, Kabinettsminister, reiche Leute und die Fürsten von Palästina, Syrien, Irak, Tunesien, Marokko und Tripolis tun werden, um dieses Helden würdig zu sein, ja dieses Helden, der mit der Hilfe Hitlers und Deutschlands ein Empire herausforderte und gegen den Zionismus kämpfte. Deutschland und Hitler sind nicht mehr, aber Amin al-Husseini wird den Kampf fortsetzen.“*

Der Mufti erfüllte al-Bannas Wunsch. Da es dauerte, bis der volle Umfang seiner Verwicklung in den Holocaust ruchbar wurde, gelang es ihm, an seine Rolle aus Vorkriegstagen anzuknüpfen und sich von der UNO zum Vertreter aller Araber Palästinas einsetzen zu lassen. Wie schon in den 1930ern torpedierte er durch Intrigen, Terror und Mord alle Chancen auf eine arabisch-jüdische Verständigung. Den jungen Arafat ließ er durch einen nach Ägypten geflüchteten NS-Offizier schulen, schickte ihn 1948 in den Kampf gegen das frisch gegründete Israel und unterstützte ihn bei dem Aufbau der ‚Fatah‘. Parallel half er, gesuchten NS-Kriegsverbrechern in arabischen Ländern bei Geheimdiensten und im Militär anzuheuern. So setzte er seinen Krieg gegen die Juden fort. Bis ans Lebensende blieb er ein glühender Verehrer Hitlers und soll noch als alter Mann die Geiselnahme israelischer Sportler bei der Olympiade in München mit vorbereitet haben, indem er Kontakte zu deutschen Neonazis herstellte, die Waffen für den ‚Schwarzen September‘ beschafften. Bei dieser Aktion kamen elf Israelis, ein Polizist und fünf der acht Geiselnahmer zu Tode.

Nach Auskunft seines Schwiegersohns reichte ‚Hadsch‘ Husseini die ‚Krone des Führers‘ an Jassir Arafat weiter. Der marschierte dann 1974 in Beirut ‚mit tränenüberströmtem Gesicht‘ auf dem ‚Friedhof für die Gefallenen der palästinensischen Revolution‘ an der Spitze seines Trauerzuges, gemeinsam mit anderen PLO-Größen wie Mahmud Abbas, eskortiert von bewaffneten Einheiten der ‚Fedajin‘. So erwiesen die von deutschen Linken gefeierten ‚Anti-Imperialisten‘ dem einstigen SS-Gruppenführer und vieltausendfachen Kindermörder die letzte Ehre. Noch 2013 nannte Mahmud Abbas den Mufti bei der Ehrung der ‚Märtyrer und Helden‘ der palästinensischen Revolution einen ‚Vorkämpfer‘ und ‚Pionier‘ der Bewegung.

Der gemeinsame Nenner von Islamisten und Nazis war und ist ihr Hass auf Juden. Das hat westliche Linke nie gestört. Wie für klassische Antisemiten des 19. Jahrhunderts sind Juden für sie das Sinnbild der Moderne, der Verwestlichung und des Individualismus. Verabscheute Marx Juden als ‚Bürger‘, so bekämpfen sie Israel, weil es für alles steht, was sie fürchten und verabscheuen: Liberalität, Toleranz, individuelle Emanzipation. Wie Islamisten und Nazis ziehen postmoderne Marxisten gleichgeschaltete Gruppenidentitäten und mittelalterliche Denkmuster vor.

Ihr sogenannter Postkolonialismus ist nicht zuletzt deshalb so antiisraelisch wie antiamerikanisch, weil er die kulturelle Wirkmächtigkeit des Westens vernichten will. Darin unterscheidet er sich nur marginal von den rechtsradikalen Bewegungen der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Der italienische Faschismus und der deutsche Nationalsozialismus gaben sich genauso ‚antikapitalistisch‘ und ‚antiimperialistisch‘, wie der Islamismus und die postkoloniale Linke es heute tun.

Theoretisch könnten Juden und Muslime in Frieden leben. Früher taten sie das auch. Über weite Strecken der Geschichte verstanden sie sich gut und ergänzten einander. Unter anderen Vorzeichen hätten sie Palästina in ein blühendes Gemeinwesen verwandeln können. Juden, Christen und Muslime lebten dort seit Generationen mehr oder minder harmonisch nebeneinander. Es gab unter palästinensischen Arabern durchaus Kräfte, die mit alteingesessenen Juden und osteuropäischen

Zuwanderern bestens auskamen. Insofern hätte der Landstrich eine Brücke der Kulturen werden können, eine Synthese aus Ost und West, der Ort, wo drei Weltreligionen ihre Gemeinsamkeit feiern.

Doch Araberführer wie der Mufti säten systematisch Hass und ließen alle Muslime wegmorden, die für Ausgleich und Verständigung eintraten. Deshalb hatte die fruchtbare Koexistenz, die der Region Wohlstand und Blüte hätte beschern können, keine Chance. Durch Ränkespiele, Lügen und Gewalt vergifteten sie die Atmosphäre, bis die Fronten heillos verhärtet waren.

Das Scheitern des UN-Plans von 1947, der Krieg von 1948, die Vertreibung von Hunderttausenden Juden und Arabern sind wesentlich Husseinis Werk. Gewiss gab es auch zionistische Extremisten, denen sein Treiben in die Hände spielte, doch die besaßen unter Juden nie ansatzweise die Macht und den Einfluss, den der Mufti unter Arabern genoss. Ohne Husseinis Vermessenheit und Größenwahn hätte es zu einer besseren Zukunft für alle kommen können. Statt diese Tragödie zu erhellen, um die desolate Lage zu bessern, dachten sich dann demagogische Gestalten wie Jassir Arafat, Edward Said oder Tareq Baconi groteske Opfermärchen aus. So bestärkten sie das arabische Selbstmitleid und zementierten blutige Freund-Feind-Schemata.

Wer heute das Los der Palästinenser beklagt, muss sich klarmachen, wer und was den Pfad in die Katastrophe vorgezeichnet hat und welche Rolle die Nazis, die Muslimbrüder und die ‚antiimperialistische Linke‘ dabei spielen.

## Das Denken von Patys Mördern und der Reform-Salafist

Samuel Paty zeigte in seiner Unterrichtsstunde über Meinungsfreiheit auch die Mohammed-Karikaturen, die Islamisten fünf Jahre zuvor zum Anlass genommen hatten, die Morde in der Redaktion von *Charlie Hebdo* und den Anschlag auf den jüdischen Supermarkt ‚Hyper Cacher‘ zu begehen. Brahim Chnina, der Vater eines Mädchens, das gar nicht in der Schule gewesen war, rief daraufhin mit Hilfe des Predigers Abdelhakim Sefriouri zur Ermordung Patys auf. Chnina kommt aus Algerien. Seine Schwester hatte sich 2014 dem IS angeschlossen. Sefriouri stammt aus Marokko. Er wurde durch Heirat Franzose. In Paris gründete er das ‚Kollektiv Scheich Yasin‘, um an den Hamas-Stifter zu erinnern und ‚Abtrünnige‘ zu bekämpfen, die friedlich mit Juden zusammenleben wollten.

Chnina und Sefriouri halten nichts von Meinungs- und Glaubensfreiheit, weil im Zweifelsfall ohnehin alle Menschen geborene Muslime sind. Die allermeisten wissen nur nichts von ihrem Glück. Sie befinden sich im Zustand der ‚Dschahiliya‘, sind ‚unwissend‘ oder noch nicht ‚erweckt‘. Darum setzen sie auf ‚Irrlehren‘ wie den weltlichen Rechtsstaat. Aber wo immer sich solche ‚Kuffār‘ über den Islam erheben, beleidigen sie eben Allah und den Propheten, und jeder brave Muslim ist verpflichtet, diese Schmach zu tilgen. Quasi in Notwehr. So jedenfalls argumentiert Sayyid Qutb.

Qutb inspirierte Osama bin Laden, Chnina, Sefriouri, Ansorow und zig andere. Der 1906 geborene Lehrer und Journalist reiste Ende der 1940er im Auftrag des ägyptischen Bildungsministeriums in die USA. Dort sollte er sich mit dem Schulsystem vertraut machen. Stattdessen lernte er den westlichen Lebensstil verachten. Zurück in Ägypten stieß er zur Bruderschaft und wurde ihr Vordenker. Er verwandelte die muslimischen Underdogs in Herrenmenschen und machte die Bruderschaft zur Avantgarde der islamischen Revolution: Ihnen gehöre die Zukunft. Sie seien die einzig wahren Gerechten, von Allah auserwählt,

den Gottesstaat zu errichten. Als Radikaler kollidierte Qutb wiederholt mit der Regierung, landete im Gefängnis, kam auf Betreiben des damaligen irakischen Präsidenten frei, aber stand 1966 erneut wegen Terrorismus vor Gericht, wurde schließlich zum Tode verurteilt und hingerichtet.

Qutbs Schriften stehen für radikale Gegenaufklärung. Sein Ideal ist ein totalitärer Staat, der alle Menschen gleichschaltet und auf dieselbe Doktrin ein schwört, die in der absoluten Unterwerfung unter den Willen Allahs besteht. Dazu bedarf es einer ‚totalen Revolution‘, die die alte Ordnung überwindet und göttliche ‚Gerechtigkeit‘ herstellt.

Qutbs Islam hat nichts mit der Beziehung des Einzelnen zu Gott zu tun. Es geht um die Allmacht Allahs, die auf Gehorsam und der ‚Reinheit der Lehre‘ fußt. Das verlangt die strikte Abschottung der Gläubigen von den Ungläubigen. Wer im Zustand der ‚Dschahiliya‘ lebt, lebt nicht nur falsch und sündhaft, er ist mit einem Miasma behaftet. Daher müssen sich Rechtgläubige unbedingt von ihm fernhalten. Für Qutb sind ‚Unwissende‘ und ihre Werte toxisch. Wer zum Islam erweckt ist, muss mit ihnen und ihren Regeln brechen. Für ihn gibt es nur zwei Arten von Gesellschaft: Die islamische, die ‚rein‘ und ‚erweckt‘ und damit zugleich ‚gerecht‘ und ‚frei‘ ist, und die ‚Dschahiliya‘, wo der ‚Satan‘ sich austobt. Wen das an die Mechanik ‚links-woken‘ Denkens erinnert, liegt nicht falsch. Die Ideologien sind erschreckend wesensverwandt.

Inzwischen ist aus der politischen Zelle, die al-Banna vor knapp hundert Jahren gründete, ein weltweiter Verbund mit zahllosen Ablegern geworden, der Muslime und Nicht-Muslime gleichermaßen beeinflusst. Jugendlichen wird die Ideologie über soziale Medien, Videos, Vorträge, Vereine, Sportclubs und Popkultur nahegebracht. Längst beherrschen progressiv lackierte Islamisten Kulturzentren, sitzen in NGOs, haben Professuren an Universitäten oder leiten Institute. So werden auch gemäßigte Muslime über ihre Kinder wieder politisiert und ‚islamisiert‘.

Um die europäischen Alteinwohner kümmern sich derweil Intellektuelle wie der Schweizer Islamwissenschaftler Tariq Ramadan. Ramadan

ist der Enkel von Hassan al-Banna. Sein Vater Said, ein enger Freund von Sayyid Qutb, eröffnete 1961 das ‚Centre Islamique‘ in Genf. Inzwischen leitet das Tariqs Bruder Hani. Ramadan bezeichnet sich selbst als ‚Reform-Salafist‘. Er will Europa ‚friedlich missionieren‘. Bis er 2017 wegen Vergewaltigungsvorwürfe seine Dozentur ruhen lassen musste, lehrte er am St. Antony’s College der Oxford University und an einer Vielzahl anderer europäischer und US-Universitäten. Der charismatische Prediger hatte viele Förderer, darunter Barack Obama und Hillary Clinton. Die hoben das Einreiseverbot in die USA wieder auf, das wegen seiner Unterstützung einer Hamas-Hilfsorganisation über ihn verhängt worden war. Davor rettete der prominente Soziologe Jean Ziegler Ramadan den Dokortitel. Nachdem der Dekan der philosophischen Fakultät seine Arbeit über die ‚Quellen der muslimischen Erneuerung‘ als ideologisch und tendenziös abgelehnt hatte, organisierte Ziegler ihm Zweitgutachter, die ihn dann doch noch promovierten.

So ebnete der Edelsozialist dem Salafisten den Aufstieg zum Oxford-Professor. Als bald glänzte Ramadan in Talkshows, hielt Vorträge, moderierte Fernsehrunden und beriet Politiker, gehörte Kommissionen des EU-Parlaments an und war gern gesehener Gast bei migrationsaffinen Denktanks von Genf bis Katar. Romani Prodi berief ihn 2003 in die ‚hochrangige Beratergruppe für den Dialog der Völker und Kulturen im euro-mediterranen Raum‘. Das Emirat Katar spendierte ihm eine Stiftungsprofessur in Oxford. Michel Houellebecq entwarf nach ihm die Figur des Mohamed Ben Abbas, der zum ersten muslimischen Präsidenten Frankreichs aufsteigt. Ganz unrealistisch war das nicht.

In ihrem *Frère Tariq* analysiert die Publizistin Caroline Fourest Ramadans Doppelzüngigkeit. In offiziellen Reden kultiviert er das Image des ‚toleranten Islam‘. Auf Arabisch gibt er den Europaverächter und Israelhasser. Fourest entlarvt Ramadans ‚Reform-Salafismus‘ als Mogelpackung, die geschickt auf der Klaviatur des Kulturrelativismus spielt, die Werte der Aufklärung verachtet, die Scharia propagiert und auf den Endsieg des Islam setzt.

Fourest exponierte sich durch ihre Kritik. Mittlerweile benötigt sie genauso Polizeischutz wie all die Frauen, die es gewagt haben,

Ramadan wegen Vergewaltigung anzuzeigen. Bezeichnenderweise liegt auch ihr Buch noch immer nicht auf Deutsch vor, obwohl es bereits vor zwanzig Jahren erschienen ist. Im Mai 2022 torpedierte die Berliner Volksbühne die Premiere ihres *Lob des Laizismus*. Plötzlich galt die lesbische Freidenkerin als ‚Populistin‘. Die Dramaturgie wollte sie nun nicht mehr ohne Aufpasser aufs Publikum loslassen. Fourest sagte die Veranstaltung ab.

Man braucht kein Verschwörungstheoretiker zu sein, um zu ahnen, wie weit der Arm Ramadans reicht. Denn egal, wie geistig seicht er auch sein mag, als Schnittstelle zur postkolonialen Linken ist er grandios. Mit seiner ‚antiimperialistischen‘ und ‚antizionistischen‘ Rhetorik stieg er zu einem Guru der linken Szene auf. Bei EU-Eliten machte er den Kampfbegriff ‚Islamophobie‘ salonfähig. Er sorgte dafür, dass absurde Konstrukte wie ‚antimuslimischer Rassismus‘ nun zum etablierten Sprachgebrauch gehören. Dass Ramadan von Ultras aus Katar finanziert wird und die Frauen, die ihn anzeigten, als ‚Huren‘ und ‚Zionistinnen‘ beschimpft werden und an Leib und Leben bedroht sind, stört kaum einen, zuallerletzt die ‚postkoloniale Feministin‘ Françoise Vergès. Vergès ist ein enthusiastischer Fan von Ramadan und als alterndes, akademisches Starlet ein häufiger Gast der staatlich subventionierten Kulturszene in Berlin.

Die 1952 geborene Vergès besitzt einen französischen Pass und fühlt sich als weibliche ‚Person of Color‘ unterdrückt. Daraus hat sie an US-amerikanischen Universitäten eine Karriere als frankophone ‚Frauenforscherin‘ gestrickt. Sie ist entschieden pro-muslimisch, pro-palästinensisch und anti-westlich. Sie sieht Ramadan als ein Opfer medialer ‚Lynchjustiz‘. Zusammen mit anderen ‚Aktivisten‘ aus dem universitären Umfeld wirft sie französischen Richtern ‚Islamophobie, Ungleichbehandlung und Rassismus‘ vor. Islamische Attentäter nennt sie ‚Märtyrer‘. Israel ist für sie ein ‚neokolonialistisches Projekt‘ und als moderner Kreuzfahrerstaat ein Pfahl im Fleisch der islamischen Welt.

Die ‚Akademie der Künste‘ lud Vergès 2019 zu einem Symposium über ‚koloniales Erbe‘ nach Berlin ein, um über ihr jüngstes Buch *Le ventre des femmes: capitalisme, racialisation, féminisme* zu referieren.

Beim ‚Bauch der Frauen‘ ging es laut Ankündigung um „*die rassistische Kontrolle des schwarzen Mutterleibs im globalen Süden durch Staaten und internationale Organisationen*“, wozu Vergès „*eine Kritik des weißen französischen Feminismus*“ zu liefern versprach. 2021 war sie erneut Gast in der Hauptstadt. Beim ‚Haus der Kulturen der Welt‘ (HKW) referierte sie zum Thema „*The White West: Whose Universal?*“ und teilte gemeinsam mit Dirk Moses gegen Israel aus.

Aktuell unterstützt Vergès den Appell ‚Strike Germany‘. Der fordert einen Boykott deutscher Kultureinrichtungen, weil die Ampel-Regierung sich nach dem Hamas-Pogrom 2023 angeblich nicht klar genug auf die Seite der Palästinenser gestellt hat und ‚israelkritische‘ Stimmen unterdrückt. Ich bin über ihren Boykott nicht traurig. So muss ich als Steuerzahler ihre Hasstiraden gegen den Westen wenigstens nicht sponsern. Etwas grundsätzlicher ist die Frage, wozu es dazu ihres Boykotts bedarf. Was ist mit dem deutschen Kulturbetrieb los, dass er überhaupt Leute wie sie einlädt?

Laden staatlich finanzierte Veranstalter Vergès zum anti-westlichen Agitprop, zahle ich in jeder Hinsicht drauf. Wo das Zerstören eigener Werte unter der Flagge offizieller Kultur segelt, nimmt die Selbstverstümmelung groteske Formen an.

Doch der Ansatz hat System. Unter der Überschrift ‚This will not end well‘ bot die Neue Nationalgalerie Berlin der Fotokünstlerin und ‚Antizionistin‘ Nan Goldin eine prestigeträchtige Bühne. Bei ihrer Eröffnungsrede erklärte die glühende BDS-Unterstützerin, Israel begehe in Gaza gerade einen Völkermord. Als der Gastgeber ihr widersprach, brüllten ihn ‚pro-palästinensische Aktivisten‘ nieder.

Die damals noch amtierende grüne Kulturstaatsministerin Claudia Roth hält Goldin und Vergès vermutlich für ähnlich brillant wie die EU-Spitzen einst den Salon-Salafisten Tariq Ramadan. Als die Kuratorin der ‚Documenta‘ 2022 die Chimäre des ‚globalen Südens‘ in den Fokus zu rücken suchte, heuerte sie eine Gruppe notorisch judenfeindlicher ‚BDS-Aktivisten‘ aus Indonesien an. Die Muslime durften die wichtigste deutsche Ausstellung zu zeitgenössischer Kunst kapern, um gegen den Westen und Israel zu hetzen. Es war ein Skandal mit Ansage,

doch Roth verteidigte das Projekt mit Zähnen und Klauen, bis es ihr um die Ohren flog. Erst diverse Eklats später distanzierte sie sich 2023 schließlich davon, dass ‚Künstlerinnen und Künstler‘, die *„durch den BDS, durch Boykott und silent boycott, durch Drohungen und oft genug auch durch Gewalt“* ausgegrenzt werden, *„weil sie jüdische Israelis oder weil sie Jüdinnen und Juden sind“*.

Greta Thunberg, Schwedens notorischste Schulschwänzerin, die einst UNO und WEF mit Klimapanik beeindruckte und ein Berliner Bischof zum Heiland verklärte, verwandelt derweil ihre Adepten in eine Helfertruppe der Hamas.

Doch die staatstragenden Medien tun so, als fände da gar kein Schulterchluss zwischen Islamofaschisten und Linksextremisten statt. Der ÖRR fokussiert sich lieber auf die ‚Rechten‘ und ihre angebliche ‚Islamophobie‘.

Bemerkenswert war die Berichterstattung über Bergkarabach, wo Aserbaidschan 2023 mit türkischer Hilfe die letzten Christen vertrieb. Die armenische Tragödie vollzog sich fast unbemerkt. Das Los der gut 140.000 Armenier, deren Vorfahren über drei Jahrtausende in der Region gelebt hatten, erfuhr weit weniger Aufmerksamkeit als das selbst verursachte Elend der Palästinenser.

Nicht jeder Journalist muss wissen, wer Enver Pascha war, doch wenn Erdoğan ein islamisches Turk-Volk unterstützt, um den vom osmanischen Reich 1915 initiierten Völkermord fortzusetzen, ist das eventuell bemerkenswert, zumal die Türkei angeblich ein Verbündeter der Bundesrepublik ist und ihre Truppen die Ostflanke der NATO schützen sollen. Doch das Sterben der Armenier spielte in den Medien keine Rolle. Niemand kam auf die Idee, gegen den ‚islamischen Imperialismus‘ zu protestieren. Christliche Armenier sind eben die falschen Opfer. Linksgüne Journalisten setzen lieber auf die pawlowschen Reflexe von Kundschaft und Chefredaktion und ereifern sich über Israelis.

Provinzialismus liebt den Mief der Herde. Jeder brave Kulturrelativist weiß, dass er Muslime nie nach denselben Maßstäben beurteilen darf, die er bei Juden oder Christen anlegt, weil alle Anhänger des Islam von Haus aus unterdrückt und benachteiligt sind. Insofern ist da

Nachsicht angesagt, auch weit über die Grenzen der Selbstverleugnung hinaus.

Anderen Vorteile zu eigenen Ungunsten einzuräumen wirkt edel, aber im Alltag empfiehlt es sich, solch Großmut auf junge Hunde, Kleinkinder und hilflose Alte zu beschränken. Paternalismus zeitigt fast immer garstige Ergebnisse. Die Steigerung von ‚gut‘ ist selten ‚besser‘, sondern oft bloß ‚bescheuert‘. Dem Westen scheint diese eher simple Einsicht abhandengekommen zu sein, besonders gegenüber Muslimen.

Der 1964 in Beirut geborene kanadische Evolutionspsychologe Gad Saad spricht in diesem Zusammenhang von ‚suizidaler Empathie‘. Saads Familie wurde im Libanon von Islamisten bedrängt und floh bei Beginn des Bürgerkriegs nach Kanada. Mit übertriebener Nachsicht ist er daher aus Jugendtagen vertraut. Überdies erinnert er sich noch an die Zeiten, als Christen in der ‚Schweiz des Nahen Ostens‘ die Mehrheit stellten und syrische Juden wie er sich dort relativ frei bewegen konnten. Beirut war damals eine der Perlen des Orients. Es galt als kleine Schwester von Paris. Das legte sich, als die Religiösen erstarkten. Da war es vorbei mit dem großzügigen Nebeneinander verschiedener Lebensweisen.

Als ich das erste Mal im Nahen Osten war, wehte mich noch ein Hauch des alten Beiruts an. Egal, wo man hinkam, schwärmten die Leute von der legendären Sängerin Fairuz. Sie rollten verzückt die Augen, schnalzten die Zunge und berichteten gleich noch hüftschwingend von berühmten Bauchtänzerinnen.

## Historische Kontinuitäten – der EU-Redner Mahmud Abbas

Moderner islamischer Judenhass ist die Frucht der Saat, die der Mufti und al-Banna gelegt haben, aber letztlich ein europäischer Re-Import. Die wichtigsten Zutaten lieferten die Nazis. Die Muslim-Brüder übernahmen den Kern ihrer Lehre und machten ihn zur zentralen Säule ihrer Ideologie. Insofern kann man die Hamas durchaus als das lebendige Erbe Adolf Hitlers betrachten. Daran hat sich die ‚Linke‘ nie gestört. Sie bekämpft Israel, weil es alles zu verkörpern scheint, was sie am ‚Westen‘ verabscheut. Gepaart mit Mut, Stärke, echter Vielfalt und Willen zu Selbstbehauptung.

Marxisten lieben gleichgeschaltete Gruppenidentitäten. Ihr ‚Postkolonialismus‘ so anti-israelisch wie antiamerikanisch, weil er aufgeklärtes Denken fürchtet. Darin unterscheidet er sich bloß marginal von rechtsradikalen Bewegungen der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Faschismus und Nationalsozialismus gaben sich genauso ‚antikapitalistisch‘ und ‚antiimperialistisch‘, wie es Islamismus und postkoloniale Schule heute tun. Dahinter steckt ein zutiefst tyrannisches Weltbild. Israels wirtschaftliche Erfolge, seine Kultur, sein Pluralismus und die Fülle der dort möglichen Lebensformen sind gerade deshalb solch eine Provokation, weil sie offensichtlich um ein Vielfaches erfolgreicher und lebenswerter sind als die aller islamischen Gesellschaften um sie herum. Insofern ist der Hass auf Israel eine Mischung aus Neid und Furcht vor dem Vergleich.

Linke Judenfeindschaft geht bis auf Karl Marx zurück, der ein Kind des 19. Jahrhunderts war. Nachdem Europas Ghettomauern gefallen waren, drängten Juden in die Gesellschaft, feierten erste Erfolge und wurden als ernsthafte Konkurrenz wahrgenommen. Als bald verwandelten sie sich zu den bevorzugten Sündenböcken für alle echten und gefühlten Übel der Moderne. Wer Aufklärung, Liberalismus und Meritokratie verabscheute, zeigte auf die Rothschilds. Wer Kapitalisten ihre Erfolge neidete, verwies auf Marx‘ Pamphlet *Zur Judenfrage*. Wer es

lieber verschwörungstheoretisch anging, wie Jörg Lanz von Liebenfels und sein Schüler Hitler, griff zu Houston Steward Chamberlain und den *Protokollen der Weisen von Zion*. Die erschienen zu Anfang des 20. Jahrhunderts zunächst auf Russisch, dann in zig Übersetzungen. Ob schon bald als eine Fälschung der zaristischen Geheimpolizei entlarvt, erfreuten sie sich unter Antisemiten extremer Beliebtheit. Das tun sie heute noch. In der islamischen Welt, wo sie durch die Nazis hingelangen, sind sie ein Renner.

Auch der Chef der palästinensischen Autonomiebehörde greift gern auf die Schauermärchen von jüdischen Brunnenvergiftern zurück, die ihre ‚Mazze‘ mit dem Blut kleiner Kinder backen.

Mahmud Abbas ist ein bekennender Fan der ‚Protokolle‘. Als Mitbegründer der ‚Fatah‘, Generalsekretär des Exekutivkomitees der PLO und Finanzchef Jassir Arafats half er den Terrorangriff auf die Olympiade in München vorzubereiten. Abu Daoud, der die Operation damals organisierte, schildert in seinen Erinnerungen, wie Arafat und der ‚Abu Mazen‘ genannte Abbas ihn vor der Aktion küssten und ihm Erfolg wünschten.

Später studierte Abbas an der Patrice-Lumumba-Universität in Moskau Geschichte. Er promovierte über ‚Die Zusammenhänge zwischen dem Zionismus und dem Nationalsozialismus 1933 bis 1945‘. Inhaltlich dürfte seine Doktorarbeit dem Gusto deutscher Holocaustleugner entsprechen. Abbas bestreitet, dass die Nazis sechs Millionen Juden getötet haben. Niemand könne belegen, dass ein Massenmord solchen Ausmaßes jemals stattgefunden habe. Er schreibt: *„Es scheint, dass es das Interesse der zionistischen Bewegung ist, diese Zahl aufzublähen, damit ihre Gewinne größer sein werden.“*

Ermordete Juden als jüdische Zinswucherfalle sind ein Topos, den rechtsextremistische Revisionisten seit jeher bemühen. Abbas jedoch geht da noch einen Schritt weiter. Bei ihm haben die Zionisten Hitler zur Verfolgung ihrer Glaubensbrüder selbst angestiftet, um europäische Juden nach Palästina zu treiben. *„Die zionistische Bewegung gab jedem Rassisten der Welt, angeführt von Hitler und den Nazis, die Erlaubnis, die Juden nach Gutdünken zu behandeln, solange die Einwanderung*

*nach Palästina gewährleistet wurde ... Zusätzlich zur Ermutigung der Verfolgung der Juden, damit diese ins Heilige Land emigrierten, wollten die Zionistenführer auch, dass Juden ermordet würden, weil mehr Opfer zu haben bedeutete, größere Rechte und stärkere Privilegien am Verhandlungstisch zu bekommen. Die Zionisten mussten die Zahl der Opfer erhöhen; mit diesen konnten sie dann bei der Abrechnung prahlen.“*

In der Tat gab es Kontakte zwischen Zionisten und Nazis. Doch die waren seitens der Zionisten der verzweifelte Versuch, jüdische Leben zu retten. Abbas präsentiert das als ein zionistisches Komplott. Danach warfen sie sich den Nazis in die Arme und opferten Millionen eigener Leute, um die Araber in Palästina unter ihr Joch zu zwingen. Was Abbas da zusammenfantasiert, entspricht eher der Strategie der Hamas. Die verschanzt sich hinter jüdischen Geiseln und arabischen Zivilisten und erzwingt deren größtmögliches Leid, um die Welt mit grausigen Bildern und horrenden Opferzahlen zu beeindrucken.

Natürlich existierten für Abbas auch nie Gaskammern, jedenfalls nicht zum Ermorden von Menschen. Das sei bloß eine finstere Propagandalüge der Zionisten. Als Quelle zitierte er den französischen Literaturwissenschaftler Robert Faurisson, der das systematische Töten von Häftlingen in deutschen Konzentrationslagern bestritt und Anne Franks Tagebuch als Fälschung bezeichnete.

Faurisson war ein notorischer Rechtsradikaler und glühender Judenhasser. Mahmud Ahmadineschād lud im Dezember 2006 zu einem Stelldichein von Geschichtsverdrehern nach Teheran ein und zeichnete ihn für seinen ‚Mut, Widerstand und Kampfgeist‘ aus.

Abbas' Dissertation erschien mehrmals in Buchform. Sie dient als ‚wissenschaftliche Grundlage‘ für den Unterricht an palästinensischen Schulen. Die Lehrbücher finanzieren Deutschland und die Europäische Union.

Im Juni 2016 sprach Abbas vor dem europäischen Parlament. Dort sagte er, israelische Rabbiner hätten Netanjahu aufgefordert, das Trinkwasser zu vergiften, um Palästinenser zu töten. Das war offensichtlich eine Lüge, die den beliebten mittelalterlichen Mythos aus den Tagen der Pest recycelte, als man Juden vorwarf, den Schwarzen Tod zu

verbreiten. Doch niemand protestierte. Stattdessen dankte der damalige EU-Parlamentspräsident und spätere SPD-Kanzlerkandidat Martin Schulz Abbas für die ‚erhellende‘ Rede: *„Die guten Beziehungen zu Palästina sind für uns in der Europäischen Union von großer Bedeutung. ... Ein stabiles und funktionierendes Palästina ist aber für uns alle auch ein moralischer Auftrag.“*

Im August 2022 bat der SPD-Kanzler Olaf Scholz Abbas nach Berlin. Zum Abschluss des Besuchs gab es eine Pressekonferenz im Kanzleramt, bei der der Gast das letzte Wort hatte. Als ein Journalist ‚Abu Mazen‘ auf das Münchner Attentat ansprach und ihn fragte, ob er Israel nicht fünfzig Jahre nach den Morden um Verzeihung bitten wolle, bügelte Abbas ihn brüsk ab. Nur wer ‚weiter in der Vergangenheit wühlen‘ wolle, täte das. Täglich würden Palästinenser durch die israelische Armee getötet. Das sei ein zigfacher Holocaust. *„Israel hat seit 1947 bis zum heutigen Tag 50 Massaker in 50 palästinensischen Orten begangen. 50 Massaker. 50 Holocausts.“*

Olaf Scholz stand stumm daneben. Wenige Tage später las ich in der *Welt*, dass Annalena Baerbocks Außenministerium der palästinensischen Autonomiebehörde 400 Millionen Euro versprochen habe.

Mahmud Abbas dürfte das Geld in sogenannte Märtyrerrenten stecken und damit Angehörige inhaftierter Terroristen unterstützen, die in Israel Anschläge verübt haben. Ähnlich wie Saddam Hussein den Hinterbliebenen von Selbstmordattentätern früher Prämien von bis zu 25.000 US-Dollar zahlte, belohnt die Autonomiebehörde Angriffe gegen Israelis nach einem Staffelsystem. Das macht das Töten von Juden für perspektivlose Jugendliche zu einem attraktiven Geschäftsmodell und sichert ihren Familien einen komfortablen Status. Bezahlen tun das die deutschen Steuerzahler.

Seit dem Friedensvertrag von Oslo 1993 sind aus der Europäischen Union über 8,3 Milliarden Euro in die palästinensischen Gebiete geflossen. Diese Summen helfen nicht nur, judenfeindliche Schulmaterialien und paramilitärisches Training für Kinder zu finanzieren, sie fördern den Terror auch ganz direkt. Nur ein Beispiel: Am 6. Mai 2021 meldete die *Jerusalem Post*, dass vier palästinensische ‚Fachkräfte

für öffentliche Gesundheit‘ nach Ermittlungen des ‚Shin Bet‘ dafür angeklagt würden, zwischen 2014 und 2021 EU-Hilfen in Höhe von über 200 Millionen Euro an die ‚Volksfront zur Befreiung Palästinas‘ (PFLP) abgezweigt zu haben. Das Geld sei durch siebzig verschiedene NGOs gesammelt worden. Es finanzierte Waffenkäufe, Anschläge, den Ausbau von Kampfgruppen, Gehälter für ‚Aktivisten‘ und Propaganda.

Den Eurokraten fiel der Missbrauch angeblich nie auf. Sie rückten bedenkenlos Gelder für frei erfundene Projekte heraus.

## Die Täter-Opfer-Umkehr und der ‚Baum der Gerechtigkeit‘

Wie einst die Nazis missbrauchen Islamisten den Rechtsstaat, um die freiheitliche Gesellschaft zu zerstören. Geht es um ihre Religion, bemühen sie die liberale Justiz, spielen die Opferkarte, posieren als Verfolgte und inszenieren sich als Angegriffene.

Jeder weiß, dass Rüpel sich durch Blicke provoziert fühlen. Ihr Opfer hat sie angeblich beleidigt. Das Spiel dürfte so alt sein wie die Spezies. Wobei Muslime stets Allah, den Koran oder ihren Propheten vorschieben, der zu seinen Lebzeiten nachweislich alles andere als friedlich war. Er praktizierte Raub, Mord, Vergewaltigung und Menschenhandel.

Aber mal ganz grundsätzlich: Kann ein Mensch Gott beleidigen? Vermag die Ameise den Elefanten zu beleidigen? Ist die Vorstellung nicht völlig grotesk? Wer glaubt, er könne Gott beleidigen, macht Gott zur Ameise und sich selbst zu Gott. Menschen sind bloß imstande, ihre Artgenossen zu beleidigen, oder vielleicht noch verängstigte Tiere. Zum Beleidigen gehören grundsätzlich immer zwei, und ein Mensch, der sich durch die ausgestreckte Zunge eines Dreijährigen beleidigen lässt, zeigt vor allem eines: Fehlende seelische Reife.

Abdullah Anzorow, der Mann, der Samuel Paty enthauptete und anschließend ein Bild von dessen abgetrenntem Kopf postete, war achtzehn und im Alter von sechs nach Frankreich gelangt. Trotz notorischer Gewalttätigkeit erhielt er im März 2020 einen langfristigen Aufenthaltstitel. Bevor er übers Internet auf die Hassbotschaft gegen Paty stieß, hatte er bereits drei andere potenzielle Opfer ins Auge gefasst, weil er unbedingt als ‚Märtyrer‘ sterben wollte. Patys Ermordung war für ihn die Eintrittskarte ins Paradies. Dort warten auf jeden getötenen Dschihadisten bekanntlich zweiundsiebzig stets willige Jungfrauen mit ‚schwellenden Brüsten‘ und ‚großen Augen‘, und obwohl er nun unbegrenzt Wein trinken darf, was ihm im irdischen Leben verboten ist, leidet er nie unter den Potenzproblemen, die britische Biertrinker

‚Brewer’s Droop‘ nennen. Anzorow trug einen symbolträchtigen Vornamen: Abdullah heißt so viel wie ‚Diener Gottes‘. Das arabische ‚Abd‘ bedeutet Sklave, Knecht oder Diener. Kurz nach der Tat konnte der Gottesknecht sein Speed-Ticket einlösen. Polizisten erschossen ihn.

Am 8. Dezember dann berichtete die Nachrichtenplattform *Kawkasski Usel* von Anzorows Begräbnis in einem tschetschenischen Dorf. Hunderte gaben ihm das letzte Geleit. Das Fernsehen aus Grosny beschrieb ihn als ‚gottesfürchtigen, jungen Mann‘, dessen ‚Herz für den Propheten geschmerzt‘ habe. Er habe sich ‚nie aggressiv‘ verhalten und sei bloß das ‚Opfer‘ einer ‚offenen islamophoben Provokation‘ geworden.

Samuel Paty wusste, dass sein Leben bedroht war. Er bat seine Kollegen, Vorgesetzte und Behörden um Hilfe. Niemand fühlte sich zuständig. Stattdessen warf die Schulleiterin ihm Ungeschicklichkeit im Umgang mit muslimischen Schülern vor. Kollegen rückten wegen seiner angeblichen ‚Islamophobie‘ von ihm ab. Sie erklärten, er diskriminiere Muslime. Als Paty starb, war er genauso alt wie Farag Foda war, als man ihn tötete, und wie Foda hinterließ auch er Frau und Kinder.

Wie gesagt, mehr als der Mord selbst erschütterten mich die Reaktionen darauf. Europäer verstehen sich als Erben kolonialer Sünden. Werden sie von Nicht-Europäern attackiert, trifft sie also immer der Fluch der Mitschuld. Das haben sie inzwischen so sehr verinnerlicht, dass jeder, der es hinterfragt, als Rassist gilt. Der politisch gewünschte Reflex ist die Selbstanklage. Für Anhänger der kritischen Rassentheorie und des Postkolonialismus sind Europäer mit dem Tag ihrer Geburt schuldig. Nach dieser Logik hätte Paty eben sensibler sein müssen, sich bei der ‚Integration‘ der Zugereisten mehr Mühe geben müssen, den religiösen Affront vorausahnen und die Muslime nicht provozieren dürfen.

Diese Denkweise passt perfekt zur ‚Dhimmisierung‘ Europas. Die ‚Dhimma‘ legt fest, wie Muslime mit ‚Schutzbefohlenen‘ umgehen, deren Ungläubigkeit sie unter bestimmten Bedingungen dulden, sofern diese ‚Dhimmis‘ Anhänger einer der ‚Buchreligionen‘ sind, auf die der Prophet zurückgreift. Dhimmis sind also in der Regel Juden

oder Christen. Rechtlich stehen sie unter Muslimen, aber dürfen dafür deutlich höhere Steuern entrichten. Naturgemäß haben sie sich der Vorherrschaft des Islam zu beugen. Renitente Dhimmis gehören hart bestraft. Wobei Muslime entscheiden, ob und wann sie sich falsch verhalten. Darum fühlten sich Patys Mörder selbstverständlich völlig im Recht.

Insofern entsprach auch Trudeaus Statement, Meinungsfreiheit dürfe nicht alles, eben nicht nur dem politisch korrekten Kanon, sondern war es genau die Art Äußerung, die der Sultan von einem artigen Dhimmi erwarten durfte. Das erhellt, weshalb Erdoğan Emmanuel Macrons Geisteszustand anzweifelte und ihm riet, sein Gehirn untersuchen zu lassen, nachdem der Franzose angekündigte, man werde auch weiterhin Karikaturen Mohammeds zeigen. Erdoğan schäumte: „*Was hat dieses Individuum namens Macron für ein Problem mit dem Islam und Muslimen?*“

Nur zur Erinnerung: Erdoğan zeigt bei Auftritten vor Anhängern in Deutschland gern den ‚geheimen Gruß‘ der Muslimbrüder, die ‚R4bia‘, vier hochgereckte Finger und einen in die Handfläche eingeknickten Daumen. 1997, bei einem Wahlkampfauftritt in Anatolien, erklärte er bereits: „*Demokratie ist nur der Zug, auf den wir aufspringen, bis wir am Ziel sind.*“ Zugleich zitierte er ein Gedicht des ‚Jungtürken‘ Ziya Gökalp: „*Die Minarette unsere Bajonette, die Kuppeln unsere Helme, die Moscheen unsere Kasernen, die Gläubigen unsere Soldaten. Diese göttliche Armee ist bereit. Allah ist größer! Allah ist größer!*“ Damals sagte er, es sei unmöglich, zugleich Laizist und Moslem zu sein. Er selbst sei ein Anhänger der Scharia.

Im Januar 2015, parallel zu den Anschlägen in Paris, war sein damals zweiter Mann Ahmed Davutoğlu Gast bei Klaus Schwabs Weltwirtschaftsforum in Davos. Bevor er nach Berlin weiterreiste, sprach Davutoğlu in Zürich vor Auslandstürken. Dort sagte er unter anderem: „*Der Islam ist die indigene Religion Europas. Er wird es auch weiterhin sein. Der Islam ist in Andalusien ebenso heimisch wie in den Siedlungsgebieten des Osmanischen Reichs und nun auch hier, seit vor einem halben Jahrhundert der heilige Marsch der Türken begann, die aus*

*allen Ecken Anatoliens herkamen. Der Klang des Azan, den unsere Helden nach Europa gebracht haben, die Kuppeln der Moscheen, die nun überall auf diesem Kontinent verstreut sind – wir werden sie alle unter unseren Schutz nehmen. Der Kampf gegen jene geht weiter, die diesen Symbolen schaden wollen. Ich küsse die Stirn meiner Brüder, die den Tekbir-Ruf nach Zürich gebracht haben. Möge Allah jene segnen, ... die in Armut hierherzogen ... die Herzen reich gefüllt mit ihrem Glauben. Wie heilig waren diese Menschen, die ... die Saat legten, die nunmehr, mit Allahs Hilfe, zu einem großen Baum der Gerechtigkeit mitten in Europa heranwächst.“*

Das war knapp neun Monate vor der deutschen Grenzöffnung. Es skizzierte die offizielle türkische Haltung zu dem, was deutsche Politiker bis heute neutral ‚Zuwanderung‘ nennen. Als Davutoğlu in Berlin eintraf, fragte ihn die Kanzlerin nicht etwa, wie er zur Terrorattacke auf *Charlie Hebdo* stehe, sondern sie bekräftigte, der Islam gehöre zu Deutschland. Das musste ihr Gast so deuten, als betrachte auch sie, die protestantische Pastorentochter, die muslimische Kolonisierung als den ‚heiligen Marsch‘, der den ‚Baum der Gerechtigkeit‘ ins Herz des Kontinents pflanzte.

Am 13. Januar 2015 dann verglich Davutoğlu in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* die ‚Pegida-Bewegung‘ mit dem IS. So stellte er friedlich demonstrierende Rentner mit vergewaltigenden Mordbrennern auf eine Stufe.

Davutoğlu ist kein ungebildeter Mensch. Als promovierter Politologe spricht er vier Sprachen. Er wusste, wie haarsträubend sein Vergleich war. Hätte die Kanzlerin sich in der *Hürriyet* ähnlich über Bürger der Türkei ausgelassen, würde die Türkei den Abbruch der diplomatischen Beziehungen erwogen haben. Seine Äußerung war eine gezielte Provokation. Doch niemand zuckte. Im Gegenteil. Stattdessen schrieb der *Spiegel* damals: „*In Deutschland wächst der Widerstand gegen Pegida. Und auch das Ausland beobachtet das rechtspopulistische Bündnis mit Argwohn.*“

Zu der Zeit tobte die Schlacht um das nordsyrische Kobane, wo sich kurdische Verteidiger gegen IS-Milizen wehrten. Offiziell unterstützte die türkische Führung die NATO im Kampf gegen den IS.

Faktisch tat sie alles, um die Einkesselten zu schwächen. Sie riegelte die nahe Grenze mit Panzern ab, so dass niemand mehr aus der belagerten Stadt entkommen konnte.

Ein türkischer Schriftsteller berichtete mir, dass sich Funktionäre des IS frei in Diyarbakir bewegten. Verwundete Milizionäre würden dort in Krankenhäusern versorgt. Es gebe glaubwürdige Berichte, wonach der Geheimdienst heimlich Waffen für den IS über die syrische Grenze schaffe.

Sprach sich derlei bis zu mir herum, hätte es auch der *Spiegel*-Redaktion bekannt sein dürfen und in Briefings der Kanzlerin erwähnt werden. Wohlgemerkt: All das spielte sich lange vor der Grenzöffnung und dem ‚Flüchtlingsabkommen‘ mit der Türkei ab.

Erdoğan's Drohung, die Muslime in Europa zu beschützen, bedroht jeden, der ohne islamische Bigotterie leben will, auch gerade die, die vor den Frömlern geflohen sind. Zugleich bot Erdoğan's Frechheit gegenüber Macron die perfekte Vorlage, um ihm endlich die rote Karte zu zeigen. Als Reaktion hätte man seine ‚Diyanet-Prediger‘ ausweisen können, die allesamt türkische Staatsbedienstete sind. Auf diese Weise hätte Deutschland das Notwendige mit Anständigem verbinden können. Es wäre einen Gutteil von Erdoğan's fünften Kolonne losgeworden und hätte die leidgeprüften Franzosen seelisch gestärkt. Doch Frau Merkel übte sich lieber in Appeasement.

Nach dem Mord an Paty taten alle so, als wäre nichts gewesen. Während man bei unseren Nachbarn wieder mal das Blut von der Straße waschen durfte, traute sich hierzulande keiner, Ross und Reiter zu nennen. Der stets adrette Außenminister, der ein paar Jahre zuvor das berüchtigte ‚Netzwerkdurchsetzungsgesetz‘ ersonnen hatte, brachte sogar das Kunststück fertig, über die Tat zu reden, ohne das Wort ‚Islam‘ zu benutzen. Das war für einen, der angeblich auch ‚wegen Auschwitz‘ in die Politik gegangen ist, eine reife Leistung. Soll sich keiner einbilden, die ‚Dhimmisierung‘ fiele vom Himmel.

Doch damit sind wir nicht allein. Selbstunterwerfung hat viele Gesichter. Im einst stolzen Großbritannien wurde ‚Taking the knee‘ zur neuen nationalen Tradition. Der mit Parolen von ‚Black Lives Matter‘

aufgeheizte Pöbel schändete die Denkmäler von Winston Churchill. So wurde der Mann, dem die Menschheit mehr als jedem anderen die Niederlage des mörderischen Nazi-Regimes verdankt, zum imperialistischen Rassisten gestempelt und zur Persona non grata.

Churchill war Jahrgang 1874 und Kind seiner Zeit. Er dachte in Kategorien des viktorianischen Empire, kam blendend mit Stalin aus und war alles andere als politisch stubenrein. Aber in der dunkelsten Stunde seines Landes, als alles dagegensprach, weckte er den Mut des Volks, appellierte an dessen Widerstandswillen und Größe. Wenn irgendwer die Welt vor dem Triumph von Hitlers Rassenwahn bewahrt hat, so ist er es. Diese Leistung aus der Rückschau in ihr genaues Gegenteil zu verkehren, ist so dumm wie destruktiv. Machen die politischen Eliten sich vor dem ‚woken‘ Mob klein, statt solch suizidalen Irrsinn die Stirn zu bieten, verraten sie die Selbstwürde, den Anstand und die Freiheit, die Churchill und zig tapfere Briten damals gerettet haben.

Churchill warnte früh vor Hitler, wofür ihn viele anfeindeten. Doch er sagte unter anderem, dass all jene, die das Krokodil in der Hoffnung füttern zuletzt gefressen zu werden, dieses so stark machen, dass es sie fressen kann.

**Oktober 2023:**

## **Der Aufschrei eines Vaters und die Spur des Geldes**

Am 7. Oktober 2023 verübte die Hamas den umfangreichsten Massenmord an Juden seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Unterstützt von der schiitischen ‚Achse des Widerstands‘, dem Mullah-Regime in Iran, der Hisbollah, den Huthi und der UNRWA, fielen Tausende schwer bewaffneter Mordbrenner und Plünderer aus Gaza in Südisrael ein. In einem beispiellosen Blutausch schlachteten sie über zwölfhundert Menschen ab. Das Foltern, Vergewaltigen, Schänden von Babys, Kindern und Alten hielten sie mit Körperkameras und auf Handys fest. Die Bilder sendeten sie an ihre Familien und in die Welt, weil das Gemetzel sie beglückte und sie stolz darauf waren. Alle sollten daran teilhaben.

Am 8. Oktober begann die Hisbollah von Libanon aus Nordisrael mit Raketen zu beschießen. Parallel kam es weltweit zu Anti-Israel-Kundgebungen und Freudenfeiern, unter anderem in New York City, London und Berlin. In türkisch-arabisch geprägten Migrantenvierteln wie Neukölln tanzten die Menschen auf der Straße. Kioskbetreiber verteilten Süßigkeiten an Kinder. Blendend organisierte ‚linke‘ und muslimische ‚Aktivisten‘ orchestrierten ‚spontane‘ Solidaritätsdemos für die Hamas, wo sie die Kindermörder, Kopfabstecher und Massenvergewaltiger als Befreier feierten.

Die hemmungslose Schamfreiheit der Täter und ihrer Unterstützer unterscheidet sie von ihren Vorgängern. Gewiss betrieben auch Angehörige der Wehrmacht regen Hinrichtungstourismus und dokumentierten das Töten jüdischer Zivilisten. Generell jedoch suchte das NS-Regime seine Mordorgien vor der breiteren Öffentlichkeit geheim zu halten. SS-Einsatzgruppen notierten zwar penibel ihre ‚Erfolge‘, doch nur für den internen Dienstgebrauch. Selbst SS-Chef Heinrich Himmler, der sich gewiss als Held fühlte, sprach 1943 in seiner Posener Geheimrede von dem *„niemals geschriebenem und niemals zu schreibendem Ruhmesblatt unserer Geschichte.“*

Doch die Barbaren aus Gaza waren sich des Beifalls für ihren Überfall offenbar gewiss. Ihr minutiös vorbereitetes Massaker begann mit massivem Raketenbeschuss, gefolgt vom Niederwalzen der Grenzanlagen und Angriffen aus der Luft. Dazu bedienten sie sich Gleitschirmen wie in Actionfilmen. Binnen Tagen wurde der Schattenriss solcher Paraglider zum Symbol des ‚palästinensischen Widerstands‘. In sozialen Medien schmückten sich Hamas-Fans damit von Berkeley bis Berlin: So cool war Judenmord noch nie.

Wie man Gleitschirme benutzt, hatte der deutsche Diplomat Sven Kühn von Burgsdorff der Hamas im Juli 2023 bei einem spektakulären Flug über Gaza vorgeführt. Offiziell sollte sein Paragliding-Stunt für ein ‚freies Palästina‘ werben. Der EU-Gesandte, der aus seinen Sympathien für ‚die Sache der Palästinenser‘ nie ein Hehl machte, wurde unlängst in den Ruhestand verabschiedet. Davor sicherte er den Geldfluss in die ‚besetzten Gebiete‘. Ob Sven Kühn von Burgsdorff mit dem 1962 verstorbenen SA-Brigadeführer und Kriegsverbrecher Curt Ludwig Ehrenreich von Burgsdorff verwandt ist, weiß ich nicht. Doch der war ebenfalls ein deutscher Jurist und Karriere-Diplomat und half als Gouverneur von Krakau, polnische Juden zu ermorden.

Die Silhouetten der Gleitschirme warfen ihre Schatten auf die bizarren Kontinuitäten des deutschen diplomatischen Corps, auf das israelfeindliche Abstimmungsverhalten von Christoph Heusgen in der UNO, und auf das EU-Engagement in Gaza. Sie reichten bis an amerikanische Universitäten. Dort feierten Studenten das Massaker und erklärten die Mordbanden der Hamas zu antikolonialen Freiheitskämpfern. In einer ebenso gespenstischen wie irrwitzigen Täter-Opfer-Umkehr verabschiedeten einunddreißig Studentenvereinigungen in Harvard Erklärungen, die Israel verurteilten. An der Cornell und Georgetown-Universität spielte sich ähnlich Groteskes ab. Landesweit organisierten angeblich antirassistische LGBTQ-Fans Pro-Hamas-Kundgebungen. An der ‚New York University‘ (NYU) und auf dem Campus der Columbia-Universität verdammten Studenten Israel dafür, dass es sich wehrte. Sie wischten das Grauen des Terrors beiseite,

relativierten die Mordlust der Vergewaltiger und erklärten die islamofaschistischen Milizen zu Helden.

Die Schuldumkehr erfolgte zeitgleich mit dem Hamas-Überfall und wirkte wie ein pawlowscher Reflex: Man schob den Juden die Schuld in die Schuhe und ertränkte sie in Hämie und Hass.

Im Zuge der Pro-Hamas-Proteste an der Columbia-Universität schickte mir ein Freund ein Video. Es zeigte den israelischen Professor Shai Davidai, der dort an der Business-School unterrichtete. Davidai empörte sich darüber, dass radikale Studentengruppen den Terror bejubelten und das Grauen glorifizierten. Der Mann wirkt so wütend wie verzweifelt. Die Universitätsleitung sehe dem Treiben auf dem Campus tatenlos zu. Sie habe nicht den Mut, gegen die ‚proterroristischen‘ Organisationen vorzugehen. Sie bleibe stumm, wo Barbaren das Abschlachten von Babys, Schänden junger Mädchen und Entführen von Greisen zelebrierten. Er wendete sich an alle Eltern. Sie sollten genau hinschauen, was an der Universität geschehe. *„Wir können eure Kinder nicht schützen!“* rief er: *„Das sage ich nicht als Professor, ich bin Israeli, aber zuallererst bin ich Vater ...“*

Dann sprach er von seinem siebenjährigen Sohn und seiner zwei Jahre alten Tochter. Die seien für die pro-palästinensischen Gruppen ‚legitime Ziele‘. *„Das ist es, was sie sagen: Es ist erlaubt, meine zweijährige Tochter im Namen des Widerstands zu entführen und zu ermorden.“* Folter und Vergewaltigung seien nie ‚okay‘, weder als Akt von Widerstand noch als Akt der Vergeltung. Doch die Verantwortlichen hielten still und schwiegen. Er rief: *„Präsidentin Minouche Shafik von der Columbia University, Sie sind ein Feigling!“*

Eventuell war die 1962 in Ägypten geborene Nemat Talaat Shafik gar nicht feige, sondern bloß indifferent. Oder sie fühlte sich ihren Sponsoren verpflichtet. Im Zuge der Pro-Hamas-Proteste wies mich ein Freund darauf hin, wie viel Geld Saudi-Arabien und das Emirat Katar an Elite-Universitäten der sogenannten Ivy-League pumpen. In der *Daily Mail* vom 19. Oktober 2023 spricht Joe Hutchison von achteinhalb Milliarden US-Dollar, die über die letzten 35 Jahre aus den Golf-Staaten an insgesamt 46 US-Bildungsinstitute geflossen sind.

Offiziell um Nahost- und Islamstudien zu fördern. Demnach spendiert das Emirat Katar nicht nur Tariq Ramadan eine Professur in Oxford oder begrenzt seine Großzügigkeit auf Europa. Spitzenreiter unter den Nutznießern in den USA ist die Cornell University, wo es nach dem 7. Oktober zu jüdenfeindlichen Exzessen kam, gefolgt von Georgetown, Harvard und der New York University. Aber Johns Hopkins, Stanford, die University of California, Berkeley und die Universität von Texas gehen auch nicht leer aus.

Saudi-Arabien ist eine absolute Monarchie, die die Rechte von Frauen und Minderheiten deutlich anders definiert als westliche Länder, Katar ist ein sicherer Hafen für die Anführer der Hamas, das den Muslim-Brüdern über *Al Jazeera* ein hochmodernes Propagandaforum bietet. Die Führer dieser Staaten legen nicht unbedingt Wert auf freie Forschung und kritische Meinungsvielfalt. Zwei Wochen nachdem er am 2. Oktober 2018 im saudischen Generalkonsulat in Istanbul verschwunden war, räumte die Regierung in Riad die Ermordung des Journalisten Jamal Ahmad Kashoggi ein.

Mit Pressefreiheit stehen viele arabische Führer auf Kriegsfuß. Stattdessen begeistern sie sich für das Verbreiten des Islam. Seit Jahrzehnten investieren sie in die globale Mission. Überall, wo man sie lässt, bauen sie Moscheen, besonders gern auf dem Balkan, wo mittlerweile in zig bosnischen Dörfern ein saudisch finanzierter Bau steht, wo ‚Salafis‘ eine Auslegung des Islam propagieren, selbst für muslimische Standards extrem puritanisch. Schließlich halten die Saudis sich an die Maximen des Rechtsgelehrten Muhammad ibn Abd al-Wahhab. Der lebte im 18. Jahrhundert und bekämpfte die Anpassung der Scharia an die sich abzeichnende Moderne. Gültig war für ihn allein die wortgetreue Deutung des Koran und der ‚Hadithen‘. Jedes Abweichen betrachtete er als Irrlehre und Frevel. Entsprechend sehen Salafisten sich als die einzig wahren Muslime. Sie allein leben den wahren Islam und die Sunna. Das nur als Ergänzung zur Denkweise des ‚Reform-Salafisten‘ Tariq Ramadan.

Der fundamentalistisch-religiöse Einfluss auf die Orte liberaler Bildung im Westen hat krasse Folgen, wobei die Pro-Hamas-

Proteste bloß eines der Symptome sind. Wer die geistigen Zentren von Meinungsfreiheit und Forschung mit antiwestlichen Werten, ‚post-kolonialen Perspektiven‘ und ‚kritischer Rassentheorie‘ indoktriniert, greift die ethisch-intellektuellen Grundlagen des Westens von innen her an und zerstört die Grundlage aufgeklärten Denkens.

An der Cornell-Universität tat sich ein Dozent namens Russell Rickford dabei besonders hervor. Der lehrt ‚afro-amerikanische Geschichte‘ und hat sich auf ‚radikale schwarze Traditionen und transnationale soziale Bewegungen‘ spezialisiert. Für Rickford war die Attacke das ‚Durchbrechen der Apartheidmauer‘, ein ‚Symbol des Widerstands‘ im ‚palästinensischen Kampf‘. Bei einer Pro-Hamas-Kundgebung nach dem Abschlachten jüdischer Frauen und Kinder sagte er, er sei begeistert. *„Es war aufregend. Es war berauschend. Es war energetisierend. Ihr wärt keine Menschen, wenn ihr nicht dasselbe fühlen würdet.“*

Rickford blieb nicht allein. Eine Studentin retweetete einige der Nachrichten, die unter wechselnden Überschriften durch Chat-Foren geisterten, wie etwa: *„Israel‘ verdiente den 7.10.: Das völkermörderische faschistische Zionisten-Regime wird zerstört werden. Vergewaltigt und tötet alle Juden-Frauen, bevor sie noch mehr jüdische Hitler gebären. Juden sind Exkrement auf dem Gesicht der Erde. Kein jüdischer Zivilist ist unschuldig am Genozid.“* Andere forderten, alle Juden müssten getötet werden, man müsse ihnen die Kehlen durchschneiden und die ‚Ratten aus Cornell‘ vertreiben. *„Jüdisches Leben auf dem Cornell-Campus muss eliminiert werden: Das jüdische Haus von Cornell ist eine weitere buchstäbliche und symbolische Form von Apartheid und Völkermord auf dem Campus. Es steht auf Land, das den Ureinwohnern gewaltsam gestohlen wurde ... Meines Erachtens sollte es abgerissen werden und die illegalen Siedler vertrieben. Dankeschön.“*

Immerhin sorgte Rickfords Enthusiasmus nicht nur für Lynchlaune, sondern auch für heilsame Schocks. Einige Studenten stießen eine Petition an, ihn zu entlassen. Er selbst verteidigte seine Auslassungen, bevor er einen halbherzigen Rückzieher machte. Für den Rest des Semesters wurde er freigestellt.

Rickford ist nur ein ‚akademischer Aktivist‘ unter vielen. 1975 in Guyana geboren, wuchs er in Kalifornien auf. Beide Eltern lehrten an Universitäten. Sein Vater, ein Linguist, war in Stanford Fachmann für ‚schwarzes‘ Englisch, die Mutter unterrichtete Sonderpädagogik in San José. Rickford selbst studierte Journalismus und verfasste eine Biografie von Betty Shabazz, der Frau von Malcolm X. Ob er den ‚Black Muslims‘ angehört, weiß ich nicht, aber wer über Betty Shabazz schreibt, muss sich mit Elijah Muhammad und Louis Farrakhan beschäftigen. Die jüden-, weißen- und christenfeindliche Doktrin der ‚Nation of Islam‘ ist Rickford also geläufig. Anscheinend hat sie ihn auch geprägt. Doch jemand, der postkoloniale Dogmen und ‚kritische Rassen-theorie‘ vertritt, ist kein Wissenschaftler, sondern ein Ideologe. Da stellt sich die Frage, wieso Cornell ihn überhaupt eingestellt hat.

Was Minouche Shafik angeht, so war sie nur 13 Monate lang die Präsidentin der Columbia-University. Zuvor war sie Vizechefin des Internationalen Währungsfonds (IWF) und Direktorin der ‚London School of Economics‘. Als britische Baroness besitzt sie einen US-Zweitpass. Wie und wo sie ihre kulturellen Loyalitäten ansiedelt, weiß ich nicht. Geboren ist sie 1962 im ägyptischen Alexandria. Fachlich liegt ihr Fokus außerhalb des Westens. Beim IWF gründete sie die ‚Beratungsgruppe für den Mittleren Osten‘. Sie arbeitete im ‚wirtschaftlichen Forschungsforum‘ für arabische Länder, die Türkei und Iran. Ob Shafiks Ernennung in Zeiten des sich flächenbrandartig ausbreitenden Jüdenhasses weise war, muss hier offenbleiben. 2024 waren sechs der acht Ivy-League-Präsidenten weiblich. Das wirft die Frage nach Kausalität oder Korrelation auf. Im August 2024 räumte Shafik überraschend ihren Posten an der Columbia-Universität. Sie werde fortan eine Kommission des britischen Außenministeriums leiten und ins Oberhaus zurückkehren.

Fragt sich, wem sie damit einen Gefallen tut.

## Die Intelligenzia und Israel

Nach dem Pogrom der Hamas kam es auch in zig deutschen Städten zu Freudenfesten, aber bevor die israelische Armee überhaupt reagierte und die Täter verfolgte, die sich immer noch in Gaza hinter Frauen und Kindern verschanzen, empörten sich bereits Abertausende und nannten sie ‚Kindermörder‘. Das besiegelte den Schulterschluss zugewanderter Rechtsextremisten mit eingeborenen Linksradikalen unter der Flagge des Islam. Denn an den Kundgebungen nahmen nicht nur Tausende frisch Zugereister teil, sondern auch ‚Autonome‘ und Studenten aus dem ‚postkolonialen‘ Spektrum. Das sie einende Band war ihr Judenhass.

Die ‚erweckte‘ Ideologie verteufelt bekanntlich die Errungenschaften der europäischen Moderne und teilt die Welt in Mächte des Lichts und der Finsternis. Alle Guten sind ‚People of Color‘. Die Bösen sind hellhäutig. Sie werden als rassistische Unterdrücker geboren und verbringen ihr Leben damit, den Rest der Spezies kolonialistisch zu knechten oder durch ihre schlichte Existenz tödlich zu beleidigen. Wie etwa die neun Millionen Israelis die neunzig Millionen Iraner, die in einem gut siebzigmal so großen Land leben, das nie von Juden beherrscht oder besetzt war, aber dessen Führung seit 45 Jahren alles dafür tut, um Israel auszulöschen.

Wo ‚weißer Kolonialismus‘ das absolute Böse ist, rechtfertigt der ‚antikoloniale Befreiungskampf‘ jedes Mittel, was die durch Iran gesponserte Mordorgie der Hamas zu einem heroischen Akt des Widerstands macht. Solange es gegen Juden geht, dürfen heldenhafte ‚Hamas-Aktivisten‘ und UNWRA-Angestellte auch Babys im Beisein ihrer Mütter die Köpfe abschneiden.

Das sieht nicht nur Greta Thunberg so, sondern auch Judith Butler, die weltweit gefeierte Philosophin, Ikone der Gendertheorie und prominenteste Unterstützerin der israelfeindlichen Boykottbewegung BDS. Die verniedlichte in dem ‚antifaschistischen‘ Forum *Paroles d'Honneur*, was übersetzt ‚Worte der Ehre‘ heißt, die milliardenschwere

Hamas in eine verzweifelte Partisanentruppe, wobei sie als Feministin, bekennende Lesbe und geborene Jüdin deren bestialischen Frauen-, Schwulen- und Judenhass aussparte. Ich halte Butler für eine schwer gestörte Person, die Krieg gegen ihre eigene Weiblichkeit und Herkunft führt. Mit ihren Äußerungen zum 7. Oktober avancierte sie endgültig zum Sinnbild für das ethisch und geistig verwahrloste Personal an unseren Universitäten.

Selbst Butler dürfte wissen, dass Israelis im Gegensatz zu echten ‚Kolonisten‘ nirgendwohin ausweichen können. Sie sind auf den Streifen Land, auf dem sie leben, angewiesen. Außerdem gibt es wenige Gemeinwesen, die ethnisch ‚diverser‘ sind. Doch selbst wenn Israelis wie blasse Isländer aussähen, gäbe es mordlüsternen Dschihadisten nicht das Recht, sie bei Morgengrauen zu überfallen und abzuschlachten. Butlers antikoloniale Logik ist so absurd wie inhuman, aber würde Amin al-Husseini, Heinrich Himmler und Adolf Hitler hervorragend gefallen.

Auch in Deutschland wird nun ständig demonstriert, und die Phrasen der Politiker, die sagen, für Antisemitismus sei bei uns kein Platz, wirken schon fast putzig. Die wundersame Vermehrung afghanischer Ortskräfte hat Dank der feministischen Außenministerin biblische Formen angenommen. Baerbock ließ monatlich mindestens tausend von ihnen einfliegen, wohl wissend, dass die meisten die Scharia großartig fanden und mit Frauenrechten nichts anfangen konnten. Doch das Copyright für das Revival des Judenhasses liegt bei der ‚Flüchtlingskanzlerin‘. Kreischen aufgehetzte Massen ‚Yallah, yallah Intifada‘ und ‚From the River to the Sea‘, befremdet das nicht nur geschichtsbewusste Deutsche, sondern auch alle ehrbaren Migranten. Die Lynchlaune, die sich da auf den Straßen entfaltet, beschämt und entehrt alle, die ihr Land und Kultur lieben, zumal es mit den Toten von Auschwitz zugleich sämtliche Opfer des letzten Weltkriegs verhöhnt.

Mich erschüttert, wie viele Studenten sich den judenfeindlichen Protesten anschließen. Von historischen Zusammenhängen haben die wenigsten dieser Leute irgendeine Ahnung. Dafür haben sie Israel has-  
gelernt.

Ihre mörderische Verblödung ist Lehrkräften wie Russel Rickford, Françoise Vergès und anderen Demagogen mit Dozentenstatus geschuldet. Weite Teile der akademischen Elite sind pro-islamisch und antisemitisch, und stehen auf Seiten der religiösen Erzfeinde gegen die freiheitliche Gesellschaft. Krasser könnte das Zerstampfen des einstigen eigenen Wertekanons kaum sein. Dass eine dekadente Intelligenzia zivilisatorischen Selbstmord feiert, ist nichts Neues. Dramatisch ist, welche Breitenwirkung sie damit erzielt.

Auch bei uns organisieren viele Studenten pro-palästinensische Proteste, attackieren jüdische Kommilitonen, sprengen Veranstaltungen und besetzen Fakultäten. Das tun sie mit Duldung von Universitätsleitungen und Unterstützung ihrer Lehrer.

Im Frühjahr 2024 verfassten beinahe tausend Dozenten ein ‚Statement‘, das die judenfeindlichen Exzesse der Studenten an den Universitäten rechtfertigte. Argumentativ bediente es sich desselben Schemas wie die Protestierer. Während es das Hamas-Pogrom mit keiner Silbe erwähnte, wies es auf die ‚humanitäre Lage‘ in Gaza hin. So verwandelte es die Angreifer in Angegriffene. Bei den meisten Unterzeichnern dürfte es sich um eben die Dozenten handeln, die ihren Schützlingen zuvor postkoloniale Doktrin, kritische Rassentheorie und den ‚Antizionismus‘ nahegebracht haben.

Das stimmt mich wenig zuversichtlich. Anscheinend ist die Austreibung minimaler Wissenschaftsstandards schon weitestgehend vollzogen. ‚Postkolonialisten‘ haben Schlüsselpositionen an den Universitäten erobert. Dort sichern sie rotgrün lackierten Islamisten die Deutungsmacht. Das Bildungssystem ist erfolgreich korrumpiert. Es schanzten sich ‚politisch erweckte‘ Akteure gegenseitig Posten zu und ‚transformieren‘ die Fakultäten im Geiste von Gramsci, Said und Butler. Wer ihnen widerspricht, wird gemobbt, gecancelt und vergault.

Unlängst skizzierte Susanne Gaschke in der *NZZ* das Treiben von Geraldine Rauch, die die Technische Universität (TU) in Berlin leitet. Gaschkes *„Woke Wissenschaft: wie eine Universitätspräsidentin ihre Hochschule auf links dreht – und ihre Kernaufgaben vernachlässigt“* beschreibt die Gleichschaltung der TU in dem von Rauch verordneten

‚Kampf gegen rechts‘. Dabei definiert allein Rauch, was als ‚rechts‘ gilt. Sie selbst ist linksgrün, diversitätsaffin, trägt Nasenring und lässt zur ‚Pride-Week‘ die ‚Inter\*Inclusive Pride Flag‘ vor dem Hauptgebäude wehen. Jüngst demonstrierte sie ihre Sympathien für jüdenfeindliche Umtriebe von Studenten. Das setzte sie zwar gewissen politischen Anfechtungen aus, doch sie konnte sich auf ihrem Posten halten. Auch Julia von Blumenthal, die sich als Präsidentin der Humboldt-Universität weigerte, gegen das tagelange Randalieren pro-palästinensischer ‚Besetzer‘ einzuschreiten, ist weiter im Amt. In Berlin sind mittlerweile mehr als die Hälfte der Uni-Leitungen weiblich. Ob und wie stark sich das auf die immer rascher fortschreitende ‚Dhimmisierung‘ der Bildungseinrichtungen auswirkt, weiß ich nicht, aber bei den Unterzeichnern des antiisraelischen ‚Statements‘ beeindruckt die Fülle türkischer und arabischer Namen.

Das ist insofern bemerkenswert, als es im Umkehrschluss nahelegt, dass viele der in Deutschland sozialisierten muslimischen Akademiker die liberale Gesellschaft, der sie ihren Aufstieg und ihre Karriere verdanken, ebenso sehr verachten wie die Kalifats-Fans, die in Essen, Hamburg und Hannover auf die Straße gehen. Doch bei diesen Leuten handelt es sich um die vom Staat bezahlten Lehrer, Dozenten und Professoren, die die künftigen Köpfe des Landes ausbilden. Die nutzen ihre Macht, um die ihnen anvertrauten jungen Menschen mit Hass auf Israel und Europa zu impfen.

Im Kontext mit Edward Said habe ich Naika Foroutan genannt, die für die Regierung postfaktische ‚Rassismus-Berichte‘ erstellen lässt, die Einheimischen krasse Fremdenfeindlichkeit bescheinigen. Foroutan ist kein Einzelfall. Die Historikerin Yasemin Shooman, die den Berliner Bürgermeister berät, vertritt ähnliche Positionen. Die Damen sehen sich als Verfechterinnen migrantischer Interessen. Ihnen schwebt eine streng nach Ethnien und Opfergruppen sortierte Herrschaftsform vor, in der Muslime eine zentrale Rolle spielen. Das ist grundsätzlich ihr gutes Recht. Doch sie unterrichten eben nicht in Teheran oder Doha, sondern in Berlin. Finanzieren tun sie keine Mullahs oder Scheichs, sondern deutsche Bürger. Die sind nun mal überwiegend Christen und

Agnostiker. Sie wollen ihre weltlichen Werte gern gewahrt sehen. Dass ideologisch extrem einseitige Lehrkräfte den Ton angeben und identitätspolitisch verpacken, weich gespülten Islamismus zur neuen Norm machen, liegt nicht in ihrem Interesse. Würden wir in Verhältnissen leben, wo man offen über Islam reden könnte, ohne sich sofort Morddrohungen einzuhandeln oder als rechtsextremer Paria zu gelten, wären Foroutan und Shooman eventuell sogar eine Bereicherung für Debatten. Doch dass sie die akademischen Standards setzen dürfen und den Diskurs kontrollieren, ist fatal.

Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung. Wo Demagogen im akademischen Schafspelz die Grenzen zwischen Ideologie und Wissenschaft aufweichen, gehen mit der Vernunft Sinn und Verstand flöten. Scheinwissenschaft polarisiert. Sie verblödet, entstellt die Realität und zerstört die Grundlagen mündiger Erkenntnisfähigkeit.

Zugewanderte Dozenten, die die Einheimischen als borniert, repressiv und rassistisch hinstellen und kein gutes Haar an der Kultur lassen, die ihnen den eigenen Aufstieg ermöglicht, sagen damit weit mehr über sich selbst aus als über die Objekte ihrer Verachtung. Aber ernsthaften Schaden können sie erst anrichten, wenn man ihnen zu Schlüsselpositionen verhilft. Insofern sind die Leute, die sie ermächtigen, das eigentliche Problem. Angela Merkel war von Naika Foroutan begeistert, weil sie Thilo Sarrazin so elegant kritisierte: Die gutaussehende, junge Migrantentochter, die den hässlichen, alten, weißen Kerl zerlegt. Optisch der perfekte Gegensatz. Der schöne Schein, bei dem alle garstigen Wahrheiten auf der Strecke bleiben.

Ich fürchte nur, dass eine Zivilisation, die die eigene Zukunft in die Hände ihrer erklärten Feinde legt, indem sie ihnen das geistige und seelische Wohl ihrer Kinder anvertraut, alles dafür tut, um sich zügig in die Vergangenheit zu verabschieden.

## Die demografische Zerstörung der Demokratie

Anfang 2023 lag der Anteil frisch Zugewanderter an der Gesamtbevölkerung offiziell bei knapp fünf Prozent. Faktisch verschlingt ihr Unterhalt über die Hälfte aller Sozialausgaben. Anfang 2024 waren 62 Prozent der Bürgergeldempfänger Zugereiste. Statistisch belasten sie den Sozialetat pro Kopf etwa zehnmal mehr als Eingeborene. In der *NZZ* vom 7. August 2024 kommentierte Alexander Kissler die skandalösen Zustände im deutschen Außenministerium. Das soll Tausenden von Afghanen trotz fehlender Pässe Einreisegenehmigungen erteilt haben. Über die letzten zehn Jahre hat sich die Zahl der afghanischen ‚Geflüchteten‘ versechsfacht. Mittlerweile lebten mindestens 400.000 Afghanen in der Bundesrepublik. Nach den ‚Syrern‘ stellen sie die zweitgrößte Gruppe an Asylbewerbern, bei einer Anerkennungsquote von ungefähr 77 Prozent.

Fragt sich, wem damit gedient ist? Was bedeutet das für die Zukunft einer freien, bis vor kurzem noch christlich geprägten Gesellschaft? Laut einer Studie des amerikanischen ‚Pew Research Centers‘ von 2013 wünschen sich 99 von 100 Afghanen die Scharia als offizielles Gesetz. 85 Prozent befürworteten die Strafe des Steinigens bei Ehebruch, 79 Prozent die Hinrichtung für den Abfall vom Islam. 73 von 100 betrachten islamisches Recht als göttliche Offenbarung. Zwei Drittel sind davon überzeugt, dass die Scharia für alle Menschen gelten sollte, unabhängig davon, ob sie Muslime sind oder nicht.

Die Journalistin Liv von Boetticher, die selbst längere Zeit in Afghanistan war, berichtete für den Privatsender RTL über den Islamismus junger Afghanen in Deutschland. Im *Cicero* sprach sie über ihre Eindrücke. Sie hatte erfahren, dass vermehrt Paschtunen nach Deutschland gekommen seien. Die habe sie in Städten wie Hamburg oder Dresden an der traditionellen Tracht erkannt, wie sie sonst Taliban-Anhänger tragen. Bekannte hätten sie auf die TikTok-Accounts dieser Männer aufmerksam gemacht. Die habe sie in wochenlanger Arbeit mit sprachkundigen Kollegen ausgewertet. Die Masse der Videos

habe sie ‚regelrecht erschlagen‘. *„Ich sah zigfach junge Männer in Militäruniformen, paramilitärischen Outfits und traditionellen afghanischen Gewändern, die stolz den Tauhid-Finger als Machtdemonstration in die Kamera streckten.“* Die Clips seien durch Emojis mit Säbeln, Messern, Äxten, Gewehren, Totenköpfen und Blut verziert und mit ‚Gewehr-schüssen oder Dschihad-Musik‘ unterlegt. *„Neben der Afghanistan-Flagge wird in den Videos vielfach auch eine weiße Flagge benutzt, welche für die Taliban steht. Inhaltlich geht es oft darum, ein guter Kämpfer gegen die Ungläubigen zu sein, um den Islam nach Europa bringen zu können. Sie nennen sich beispielsweise ‚König von München‘ oder ‚Eroberer von Europa‘.“*

Das gewährt Einblick in eine Parallelwelt, mit der Deutsche normalerweise nicht in Berührung kommen, doch die sich dank der Politik von Frau Baerbock im gesamten Bundesgebiet ausbreitet. Inhaltlich gehe es meist darum, sich ‚nichts sagen zu lassen‘ oder die Scharia einzuführen, sagt von Boetticher. *„Ich habe Videos von islamistischen Afghanen gesehen, die in Schweinfurt, Aschaffenburg, Rosenheim, München, Frankfurt, Köln und besonders in Hamburg leben. Die Dunkelziffer ist wahrscheinlich noch viel größer. Und unsere Recherchen haben auch ergeben, dass die jungen Männer untereinander wohl sehr gut vernetzt sind. Eine solche Gruppendynamik sorgt für ein hohes Mobilisierungspotential.“*

Afghanistan ist eine Männergesellschaft, wo kriegerische Traditionen herrschen und Waffen zentrale Statussymbole sind. Darum eifern viele der Jungen dschihadistischen Heldenbildern nach. Zugleich besuchen nur zwei Drittel überhaupt eine Schule. Die Moschee vor Ort ist der einzige Einfluss. Kommen diese Leute nach Deutschland, begegnen sie einer völlig fremden Welt. Auf diesen Kulturschock reagieren sie – verständlicherweise – mit zutiefst ‚reaktionären‘ Reflexen. In sozialen Medien präsentieren sie sich dann ‚traditionell‘ mit Messern, Säbeln und Macheten. Einer, so von Boetticher, habe angekündigt Köpfe abschneiden zu wollen.

Die Journalistin interviewte eine ganze Reihe solcher ‚Flüchtlinge‘. Sie habe lange in München gelebt und auf mehreren der Videos den Stachus und Alten Botanischen Garten erkannt. Auf gut Glück sei

sie mit einem Kameramann dorthin gegangen und habe den jungen Afghanen gesagt, dass sie in ihr Land reisen wollten. Die Männer seien sämtlich aus wirtschaftlichen Gründen hergekommen und sehnten sich danach, Urlaub in der alten Heimat zu machen. Sie hätten die Taliban gelobt. Dank ihnen sei dort nun alles sicher. Auf die Lage in Deutschland angesprochen, habe einer erklärt, dass erst ‚alles gut‘ sein werde, wenn auch hier die Scharia herrsche.

Befragt, ob man diese Zuwanderer ‚integrieren‘ könne, sagt von Boetticher diplomatisch, das stelle sie sich schwierig vor. Die in München etwa hätten ihr erzählt, dass sie Analphabeten seien und die Briefe vom Jobcenter nicht lesen könnten. Erschreckt habe sie, dass sie als ‚offenkundige Taliban-Unterstützer einen Schutzstatus erhalten‘ hätten. Für die allermeisten Afghanen sei der Islam das Fundament des Daseins. Die Scharia stehe über allem. Die Männer hätten ihr erklärt, dass sie verständlicher und einfacher sei. Bei ihnen zu Hause etwa werde wenig gestohlen, weil man ertappten Dieben die Hand abhacke. Unser Strafsystem sei ihnen völlig unverständlich.

Der hiesige Alltag dürfte für die meisten Afghanen eine riesige Herausforderung sein, und die rätselhafte Andersartigkeit löst aversive Reflexe aus. Je fremder einem die Fremde, desto mehr besinnt man sich aufs Eigene. Für entwurzelte Paschtunen ist das ihre Religion. Die jungen Burschen, mit denen von Boetticher sprach, sind keine organisierten Islamisten. Sie haben vor ihrer Ankunft bei uns vermutlich noch nie über Kultur nachgedacht. Radikalisieren tun sie sich erst hier, wo sie sich in einer für sie völlig verrückten Welt wiederfinden, die alles über den Haufen wirft, was sie gewohnt sind und für ‚anständig‘ halten. Also klammern sie sich an das, was ihnen vertraut ist und sie untereinander verbindet. Aus ihrer Sicht sind Europäer von Gott und allen guten Geistern verlassen.

Ich finde das wenig verwunderlich. Wie gut würden Deutsche wohl nach Afghanistan passen? Träumen Frauen von einem Dasein in Kabul? Hätten sie gesteigerte Lust, sich bloß noch unter der Burka zu bewegen und ihre Töchter nicht mehr zur Schule zu schicken?

Wieso sollten umgekehrt Afghanen bei uns fortgeschrittene Begeisterung für transgenderbewegte Gleichstellungsbeauftragte entwickeln?

Die ‚Operation Enduring Freedom‘ und der ‚friedens erzwingende‘ Einsatz der ‚International Security Assistance Force‘ (ISAF) zogen sich über zwanzig Jahre hin. Sie kosteten nicht nur sehr viel Geld, sondern auch viele Menschenleben. Trotzdem stimmen die langfristigen Ergebnisse nicht sonderlich hoffnungsfroh. Was genau lädt also unsere Politiker zu der Annahme ein, die Fortsetzung dieses interkulturellen Experiments werde unter umgekehrten Vorzeichen entscheidend bessere Resultate zeitigen?

Es gibt kulturelle Unvereinbarkeiten. Das darf man zur Kenntnis nehmen. Bereits 2011 wies Naika Foroutan in ihrer Kritik an Thilo Sarrazin bei *Deutschlandradio Kultur* auf eine Studie aus dem Jahr 2009 hin, wonach bereits damals weit mehr Muslime in Deutschland lebten, als man annahm, nämlich nicht drei Millionen, sondern tatsächlich 4,2 Millionen, was zu dem Zeitpunkt knapp fünf Prozent der Gesamtbevölkerung entsprach.

Wie sinnvoll ist da der Import von einer weiteren halben Million Afghanen? Deutschland ist christlich geprägt und wesentlich dichter besiedelt als Afghanistan. Obwohl es gewiss einige Muslime gibt, die nicht streng nach der Scharia leben wollen und sich unter Juden und Christen wohlfühlen, halte ich es für fortgeschritten irrsinnig, archaisch erzogene Menschen über Tausende Kilometer in eine ihnen völlig fremde Zivilisation mit anderen Sitten, Traditionen und Werten zu verpflanzen.

Ich bin Europäer. Ich gucke anderen gern ins Gesicht. Burkas, Nikabs oder Geschlechtertrennung außerhalb von Klosetts und Umkleidekabinen befremden mich. Ich mag Rechtsstaatlichkeit. Ehrbegriffe, die Steinigen und Blutrache verlangen, passen nicht in meine Kultur. Ich habe keine Lust, Paschtu zu lernen und fühle mich durch islamisches Recht nicht ‚bereichert‘. Grüne und linke Politikerinnen können das gern völkisch nennen, aber mir liegt nun mal genauso sehr an meiner überlieferten Lebensweise wie den jungen Afghanen an ihrer Scharia.

Der seitenverkehrte Kolonisierungseifer diverser Regierungen hat nicht mal mehr entfernt irgendetwas mit dem individuellen Anspruch auf Asyl zu tun. Faktisch zerstört er die Zukunft der Einheimischen. Damit freiheitlich westliche Länder langfristig freiheitlich bleiben, brauchen sie Menschen, die demokratische Traditionen als die ihren betrachten und sie beherzigen. Fühlen Afghanen, Syrer und zig andere muslimische Zuwanderer sich eher der Scharia verpflichtet, ist das, was Berliner und Brüssler Politiker ‚Transformation‘ nennen, nichts als ein hübscher Name für den von ihnen durch Massenzuwanderung orchestrierten zivilisatorischen Suizid. Offenbar lag Renaud Camus mit seiner düsteren Prognose also nicht ganz falsch.

Über die letzten zehn Jahren kamen grob geschätzt zwölf Millionen Menschen nach Deutschland. Im selben Zeitraum wanderten gut sieben Millionen ab. Darunter waren viele, die vor den Zuwanderern flohen. Denn es verlassen vor allem gut ausgebildete einheimische Fachkräfte das Land. Sie ziehen in Länder, wo sie besser verdienen, die Steuern niedriger sind und ihre Kinder die Chance haben, auf öffentlichen Schulen etwas zu lernen. 2023 waren es mehr als eine Viertelmillion, vorwiegend junge Fachkräfte, also genau die Leute, die die Wirtschaft dringend braucht. Doch nicht nur die verlassen das Land. Auch Altmigranten, die längst zum hiesigen Mittelstand gehören und bestens integriert sind, packen die Koffer. Damit schrumpft der Anteil der Netto-Einzahler der Sozialkassen, verschärft durch die hartnäckige Weigerung der Regierung, die ökonomischen Anreize für die Armutsmigration zurückzufahren. Derweil blockiert eine heillos aufgeblähte Bürokratie den Zuzug nicht-europäischer Fachkräfte, obwohl Betriebe händeringend Spezialisten suchen. Während der Staat also qualifizierten Kräften den Zugang zum Arbeitsmarkt künstlich erschwert, subventioniert er die Zuwanderung von Analphabeten, die aller Voraussicht nach ihr Leben lang auf Transferleistungen angewiesen sein werden.

Selbsterstörerischer lässt sich Einwanderungspolitik kaum gestalten. Soziokulturell und volkswirtschaftlich ist es blanker Irrsinn. Sinn ergibt das höchstens, wenn man es wie Camus verschwörungs-

theoretisch deutet. Wer die europäische Kultur ihrer demografischen Grundlage berauben will und eine relativ homogene Bevölkerung zersplittern möchte, um sie langfristig durch ein kulturell und ethnisch fragmentiertes Gemisch zu ersetzen, das unfähig zur kollektiven Willensbildung ist und sich leicht in Abhängigkeit halten lässt, macht alles richtig. Wer solch ein Ziel verfolgt, bestraft Leistung und belohnt Anspruchsdenken. Er ersetzt Qualifikation durch Quote und Kompetenz durch Hautfarbe. Parallel betreibt er Veränderung um der Veränderung Willen, frei nach Maos Modell der Kulturrevolution, weil das bewährte Konstanten und überliefertes Wissen zerstört. Vielleicht garniert er das noch durch ein klimahysterisch kaschiertes Verarmungsprogramm, das es den Machthabern erlaubt, Autonomie und Wohlstand zu vernichten und Milliarden zu verschleudern, die dann anderswo fehlen.

Obwohl das deutsche Steueraufkommen heute höher ist als jemals seit 1949, verfallen Schulen, Krankenhäuser, Straßen, Brücken und Bahnlinien. Derweil finanziert die Regierung Radwege in Peru, fliegt mit Hunderten Vertretern zum 28. ‚Klimagipfel‘ nach Dubai und unterstützt über das ‚Hilfswerk der Vereinten Nationen‘ die Hamas in Gaza. Zugleich drückt sie den Einheimischen Jahr für Jahr Hunderttausende von Armutsmigranten aufs Auge, die längst ein erhebliches Sicherheitsrisiko darstellen und die kein Mensch mehr zu ‚integrieren‘ vermag. Parallel demoliert sie intakte Kraftwerke, zerstört das Fundament des eigenen Wohlstands und untergräbt systematisch die Meinungsfreiheit. Das Ergebnis ist absehbar: Eine völlig andere Art von Gesellschaft, die mit der einstigen Demokratie nichts mehr zu tun hat.

## Orientierungslos durch die Postmoderne

Vor einigen Jahren fragte mich ein Verleger, ob ich Lust hätte, über Populismus zu schreiben. Ich solle mal darüber nachdenken, wieso moralisierende Kunstbetrachtung oder Drittgeschlechtstoiletten für Linke wichtiger seien als Sozialpolitik, und weshalb so viele Wähler im Osten, die bis vor kurzem noch für die Nachfolgerin der Sozialistischen Einheitspartei (SED) gestimmt hätten, nun zur AfD abwanderten.

Der erste Teil der Frage mag ein Mysterium sein, aber beantwortet das zweite Rätsel. Wohlbestallte Bürgerkinder können sich sorglos an den Asphalt kleben und darüber ereifern, dass es für die knapp 394 Menschen im Land, die bis zum 30. September 2020 ihre Geschlechtsbezeichnung in ‚divers‘ hatten ändern lassen, keine eigenen Klosetts gibt. Wer um fünf Uhr früh für dreizehn Euro brutto Putzen geht, hat andere Sorgen. Der spürt täglich, wie Geldentwertung, Globalisierungsdruck und Massenzug seine Chancen auf eine lebenswerte Zukunft schrumpfen lassen.

In einem Land, wo Linke, Sozialdemokraten und Grüne für einen Migrationspakt stimmen, der Lohnabhängigen europaweit schadet, ist die Frage eher, wieso überhaupt noch so viele Leute links wählen. Theoretisch müssten da auch brave SPD-Rentner die Reißleine ziehen. Als ich dem Verleger das schrieb, starb das Buchprojekt einen jähen Tod.

Seitdem hat sich wenig geändert, außer dass nun auch die umlankierte SED auf das hippe städtische Publikum schießt, während diejenigen, die immer noch arbeiten, weil sie zu stolz oder zu stur sind, um ohne Not beim Staat zu betteln, kompetentes politisches Personal vermissen. ‚Bürgergeld‘ bei grenzenloser Offenheit und gleichzeitiger Abwicklung des Wirtschaftsstandorts schafft eben bloß Armut für alle. Kein Mensch braucht eine Linke, die das Volk ins Elend führt. Außer denen, die eine Karikatur der Linken brauchen, um die Demokratie ins Elend zu führen.

Die wenigsten Menschen möchten etwas geschenkt. Doch sie wollen ihre Leistung gewürdigt sehen. Nur wer glaubt, dass Milch aus der

Tüte kommt, hält grüne Energiepolitik für schlau und Einbürgerungen von Scharia-Fans für weise. Wo Machthaber laufend Unfug treiben und das Volk zu selbstschädigendem Verhalten zwingen, gehen ihnen alle, die nicht völlig verblödet sind, eben von der Fahne.

Viele Linke, nicht bloß Axel Steier und Carola Rackete, haben ein schwer gestörtes Verhältnis zur eigenen Herkunft. Der schlecht rasierte Dr. phil., der in der Ampel-Regierung den Wirtschaftsminister spielte, bekundete wiederholt, er könne mit dem Land, dem er diene, nie viel anfangen. Als der Bundestag zum 70. Jahrestag eine Feierstunde im Gedenken an den Volksaufstand in der DDR abhielt, erhoben sich alle und sangen die Nationalhymne. Zumindest taten sie so. Nur er krampfte die Lippen zusammen und brachte es nicht über sich, mitzusingen. Dieser Moment offenbarte seinen verdrehten Stolz, denselben verbohrt, zerstörerischen Stolz, der ihn davon abhielt, das Notwendige zu tun, über seinen eigenen ideologischen Schatten zu springen und die letzten noch laufenden Kernkraftwerke nicht wie geplant abzuschalten, sondern sie weiterlaufen zu lassen, um die längst prekäre Versorgung mit Strom und damit die Überlebensfähigkeit der eigenen Industrie nicht noch mehr zu untergraben.

Demokratien brauchen Verfassungspatrioten. Das schönste Grundgesetz nutzt nichts, wenn das Parlament so tut, als sei es nur eine Schönwetterweisheit. Ohne mündige Menschen, die auch in Krisen die Schutzrechte der Bürger gegenüber dem Staat verteidigen, ist die beste Verfassung wertlos. Genau das macht das neue Staatsbürgerrecht so fatal. Wer für die Scharia brennt, wird nie ein ‚Citoyen‘.

Schludriger Umgang mit eigenen Werten bezeugt vor allem eines: Selbsthass. Das Phänomen ist nicht ganz neu. Marxens 1843 in Reaktion auf Bruno Bauer verfasste Kampfschrift *Zur Judenfrage* liest sich passagenweise so, als habe Adolf Hitler sie verfasst. Hannah Arendt nannte den Text ein ‚klassisches Werk des linken Antisemitismus‘. Marx’ Abscheu für das von ihm als ‚widerlich‘ bezeichnete Judentum war keine Jugendsünde. Der Mann, dessen beiden Großväter Rabbiner gewesen waren, pflegte sein Leben lang antijüdische Ressentiments. Das hielt seine Fans nie davon ab, Sätze wie „*Welches ist der weltliche*

*Grund des Judentums? Das praktische Bedürfnis, der Eigennutz. Welches ist der weltliche Kultus der Juden? Der Schacher. Welches ist sein weltlicher Gott? Das Geld“* als Kapitalismuskritik zu lesen.

Dass Marx Begriffe wie ‚Kapitalist‘ und ‚Bourgeois‘ quasi synonym zu ‚Juden‘ benutzte und er die einzig erstrebenswerte Zukunft des Judentums in dessen Verschwinden sah, irritierte sie nie.

Mich besticht solch nach außen abgehaltene Autoaggression als so narzisstisch wie nihilistisch. Mein Verdacht: Diesen seelischen Defekt teilen viele. Sie verachten sich dafür, die zu sein, die sie sind. Sie können mit der eigenen Kultur, Geschichte, Klasse oder Ethnie nichts anfangen. Exklusiv deutsch ist das nicht. Revolutionsführer Wladimir Iljitsch Lenin soll sich vor Delegationen russischer Sowjets gegruselt haben. Er weigerte sich, den Proletariern die Hand zu geben. Als die Spanische Grippe wütete, empfing er Delegierte erst, nachdem sie eine Desinfektionsschleuse passiert hatten.

Hierzulande ist das Verhältnis zum eigenen Volk historisch belastet. Bei den letzten halbwegs freien Wahlen im November 1932 stimmten 33 Prozent der Wähler für die NSDAP. Heute bewegen viele der ‚einfachen Leute‘ Dieselfahrzeuge und grillen gern. Andere hören politisch unkorrekte Schlager, tanzen bei Dorffesten zu „*Hol das Lasso raus*“ und benutzen Worte wie ‚Negerkuss‘. Manche schmücken ihre Vorgärten sogar mit den Nationalfarben.

Eigenartigerweise stören sich die wenigsten vermeintlichen Kosmopoliten in Dänemark an dem dort allgegenwärtigen ‚Dannebrog‘. Bei ihren Nachbarn finden sie nationale Symbolik niedlich. Doch wer daheim die Farben des Vormärz hisst, ist jenseits von Gut und Böse. Die letzte SPD-Innenministerin ließ nur das Regenbogenbanner zu. Vor der Fußball-Europameisterschaft wurde Berliner Polizeikräften untersagt, Dienstfahrzeuge mit der deutschen Trikolore zu schmücken. Als Begründung führte die Verwaltung an, das könne als ‚rechts‘ gedeutet werden. Das ist pikant. Denn die Nazis verabscheuten Schwarzrotgold. Wer das vor 1933 flaggte, outete sich als Unterstützer der Weimarer Republik und wählte in der Regel die Zentrumspartei oder die SPD.

Marx konnte nie mit Geld umgehen, doch darunter litten bloß Jenny von Westphalen und Helene Demuth. Heute leiden alle. Jeder halbwegs intelligente Mensch fühlt sich durch die Geldregentänze der Regierung verhöhnt. Heißt die einzige reale Opposition dagegen AfD, hat die AfD Zulauf, egal was Staatsfernsehen und Verfassungsschutz dazu sagen. Da muss die AfD nicht mal mehr versprechen, dass sie die Enteignung stoppt und die Raubritter vom Hof jagt.

Sind Alleinwohner zu dumm, zu satt und zu verwöhnt, um die höhere Wahrheit zu erfassen? Müssen SPD, Grüne und Linke Zugereisten noch zügiger Pässe und Wahlrecht schenken, damit ihre Beutebürger aus Syrien, Afghanistan und dem Maghreb sie voller Dankbarkeit wählen? Oder schlafen sie einfach schon zu lange mit Foucault und Derrida unterm Kopfkissen und träumen von der finalen Abwicklung des Landes?

Die meisten Progressiven finden die indigene Unterschicht zum Fremdschämen, wie ‚Cindy aus Marzahn‘, nur in weniger pink: Plump, mit Arschgeweih, verfettet und kurzbehost am Grill die Nackensteaks vom Discounter kauend, in der Hand die flüssige Gehhilfe aus der Dose, unter der Deutschlandfahne. Schwarzrotgold ist in gehobenen Kreisen fast so verpönt wie die Reichskriegsflagge. Unvergesslich bleibt Merkels Gesichtsausdruck, als Parteifreunde ihr nach dem dritten Wahlsieg ein Nationalfähnchen in die Hand drückten. Sie wehrte die Geste brüsk ab und trug das Wink-Element sofort von der Bühne.

Ich hatte mit nationalen Symbolen auch nie viel am Hut und fände es eher albern, sie durch die Luft zu wedeln, aber als frisch gekürte Kanzlerin einer christlich-konservativen Partei hätte Merkel keine so angewiderte Visage zu machen brauchen. Unsere Trikolore stammt aus den Befreiungskriegen. Es ist die Fahne der Revolution von 1848 und der ersten demokratischen Republik. Nach 1933 ließ Hitler sie sofort verbieten.

Vermutlich wissen das die Grillfreunde nicht. Doch es sind eben die Farben des Landes, in dem sie ackern und schwitzen und wo schon ihre Altvorderen geackert und geschwitzt haben. Dem fühlen sie sich zugehörig. Darauf sind sie stolz. Zeigen sie dessen Fahne, wünschen sie sich, dass es ‚im Glanze seines Glückes‘ blühen möge. Das mag

zwar mittlerweile nur noch ein frommer Wunsch sein, aber der ist mir deutlich sympathischer als das Selbstverständnis einer Kulturstaatsministerin, die bei Demos neben Transparenten herläuft, auf denen „*Deutschland, Du mieses Stück Scheiße!*“ steht, während ihre Begleiter der Nation lauthals wünschen, dass sie ‚verrecken‘ möge.

Urbane Kosmopoliten glauben ohne jedes genauere Hinsehen zu wissen, was ‚Normalos‘ wollen. Ich lebe auf dem Land, zwischen lauter Bio-Deutschen und einer Handvoll Zugereister, denen die hybride Naika Foroutan pauschal Rassismus attestiert. Es sind in der Regel fleißige, anständige Leute, die sich um ihre Kinder und Nachbarn kümmern, aber andere genauso selbstverständlich in Frieden lassen. Bei der freiwilligen Feuerwehr habe ich sie häufiger im Einsatz erlebt und ihre Tatkraft und ihren Mut bewundern gelernt, und obwohl nur wenige von ihnen jemals Worte wie ‚solidarisch‘ benutzen, machen sie kein Gewese darum, einander zu helfen. Es interessiert sie nicht, ob irgendwer lesbisch ist oder schwul. Hauptsache, er oder sie packt mit an und tut das, was getan werden muss. Sie unterstützen sich gegenseitig und sind in der Regel viel geduldiger, großzügiger und vorurteilsfreier als die, die dauernd ‚Diversität‘ beschreien und sie zu multikultureller Toleranz erziehen wollen.

Nach der Wende, als Pornovideos und windige Versicherungsvertreter im Osten Hochkonjunktur hatten und man dort Schrottautos gegen Hartwährung tauschen konnte, war die Abkürzung dafür ‚FFF‘. Das stand nicht für Greta Thunbergs Schulschwänzer-Motto, sondern für ‚Fressen, Ficken, Fernsehen‘. Die kenntnisfreie Arroganz gegenüber den vermeintlich barbarischen Ostlern hält sich so hartnäckig wie Fußpilz. Friedrich Merz, damals noch kein Kanzler, sondern bloß Vorsitzender der Christdemokraten, legte im Sommerinterview des Zweiten Deutschen Fernsehens (ZDF) 2024 Zeugnis davon ab, als er laut rätselte, ob ‚wir‘ den Osten 35 Jahre nach dem Mauerfall ‚gut genug integriert bekommen‘ hätten.

Fragt sich, wen Merz mit ‚wir‘ meinte. Mich schließt sein Majestätsplural nicht ein, obwohl ich im einst goldenen Westen wohne, aber vermutlich ist er sich seiner Überheblichkeit gar nicht bewusst. Die

kommt so reflexhaft wie die Ungarn-Abscheu seiner Parteikollegin Ursula Gertrud von der Leyen. Die landete 2019 durch Merkels Kungelei auf ihrem Brüsseler Posten, nachdem sie zuvor die Bundeswehr ruiniert hatte. Der spitzzüngige EU-Parlamentarier Martin Sonneborn bescheinigte ihr 2022: *„Als Sie Ihren Dienst hier antraten, dachte ich, Sie seien lediglich unfähig und ein bisschen kriminell, inzwischen weiß ich, dass Sie auch beeindruckend moralfrei sind.“*

Sonneborn attestiert von der Leyen eine ‚Schneise der Verwüstung‘ durch Europa zu ziehen. Aber sie selbst findet sich vermutlich großartig. Gesegnet mit der Aura einer Duodez-Fürstin, ist sie umgeben von ähnlich gesinnten Gestalten.

Der französische Karrierebeamte Thierry Breton etwa hält George Orwells *1984* offenbar für eine Gebrauchsanweisung. Er ermahnte Elon Musk und Donald Trump, bei einem in den USA veranstalteten Gespräch nicht gegen die ‚Hass-und-Hetze-Regeln‘ der EU zu verstoßen. Bretons Vorgaben sind Teil des sogenannten ‚Digital Services Act‘, des bislang dreistesten Angriffs der Eurokraten auf die Meinungsfreiheit, um Nutzer und Betreiber sozialer Netzwerke zu vorausseilender Selbstzensur zu zwingen und oppositionelle Stimmen stumm zu schalten.

Von der Leyen und ihre Truppe formen die EU in eine so konzernfreundliche wie bürgerfeindliche Spielwiese für ‚Public Private Partnerships‘ um. Das Werkzeug ihrer Wahl ist Massenzuwanderung. Ob das der europäischen Bevölkerung schmeckt, interessiert sie nicht. Aber anders als die dänischen Sozialdemokraten sind die deutschen Linken bei diesem Projekt begeistert dabei, obwohl ihre Wähler ihnen seit Jahren signalisieren, dass sie sich eine andere Migrationspolitik wünschen. Die SPD-Granden lässt das kalt, und die Grünen hat noch nie geschert, was Normalbürger wollen. Nachdem sie die Liberalen als Wahlverein der Besserbetuchten beerbt haben, sind sie nun genau das, was sie früher immer den Freien Demokraten vorwarfen: eine beinharte Klientelpartei, die nicht mal mehr kaschiert, dass sie ausschließlich die eigenen Anhänger bedient und auf den großen Rest pfeift.

Das Volk spürt diese Verachtung. Also orientiert es sich um. Eine weniger verblendete Linke würde merken, dass sie selbst der Grund

dafür ist, dass inzwischen so viele AfD wählen. Doch sie klammert sich lieber an ihre Pfründe. Sie faselt von ‚unserer Demokratie‘, instrumentalisiert den zum Staatssicherheitsdienst pervertierten ‚Verfassungsschutz‘, der ebenso vernichtende wie substanzlose ‚Gutachten‘ über ihre Konkurrenz fabriziert, und missbraucht Wahlausschüsse, um Gegner vom Kandidieren abzuhalten. So entmündigt sie die Wähler. Das Volk darf sehen, wo es bleibt. Derweil gibt es dringenden Bedarf für vernünftige, pulikumsnahe Politik. Doch dazu sind die Linksparteien längst außerstande. Sie haben sich erfolgreich selbst entkernt und geistern als Zombies durch das Vakuum ihrer Politiksimulation und setzen ersatzweise auf Postkolonialismus, Pronomen und Klimaapokalypse.

Diversität, kritische Rassentheorie und Genderpolitik sollen es richten. Fragt sich, für wen oder was? Fürs eigene Volk oder gleich für die gesamte Spezies? Oder doch bloß zur Nabelschau? Man kann niemanden vertreten, von dem man Lichtjahre entfernt ist. Politische Repräsentanz verlangt Neugierde, Verständnis und Anteilnahme. Dazu sind die Sprechpuppen, denen nach Anschlägen bloß Worthülsen aus der Retorte einfallen, außerstande.

Die entseelte Linke beflügelt den Aufstieg der sogenannten Populisten. Wer Doppelstandards zur Norm macht und ständig die Werte verrät, die er anderen abverlangt, erzieht zu Zynismus. Auf die Dauer mögen Menschen keine Heuchelei, jedenfalls keine zu ihrem Nachteil. Für eine Weile kann man das Volk zum Narren halten, aber eben nie auf die Dauer. Mag sein, dass Lincolns Satz in der Ära von künstlicher Intelligenz und massenmedialer Propaganda nicht mehr zutrifft, weil kollektive Vernunft ein Minimum an Meinungsfreiheit voraussetzt. Während der von Bärbel Bohley beschworene Nebel der ständigen Lügen immer dichter wird, wachsen das Misstrauen und die Verunsicherung. Das düngt das Feld für Demagogen.

Der ‚woke‘ Zeitgeist hat immensen Schaden angerichtet. Was einst linksliberal war, ist jetzt bestenfalls ‚konservativ‘, aber da alles Konservative nun auch automatisch ‚rechts‘ ist, ist jeder, der nicht artig gendert, ein latenter Nazi. Was sich früher von selbst verstand, weil es sinnvoll und notwendig war, gilt heute als verwerflich. Der brillante

Thomas Sowell sagte mal: *„Wenn Sie immer geglaubt haben, dass jeder nach denselben Regeln spielen sollte und nach den gleichen Maßstäben beurteilt werden, hätte man Sie vor 50 Jahren als Radikalen abgestempelt, vor 25 Jahren für liberal gehalten und sieht Sie heute als Rassisten.“*

Tatsächlich gibt es elementare Werte, die man verteidigen muss, weil sonst alles in die Binsen geht. Finden ‚Erweckte‘ es rückschrittlich, farben- und geschlechterblind mit Artgenossen umzugehen, Rechtsstaatlichkeit zu achten und Andersdenkende wie Menschen zu behandeln, oute ich mich gern als begeisterter ‚Reaktionär‘. Umgangsformen erleichtern das Dasein. Wer sich Respekt wünscht, sollte andere respektieren. Dreistigkeit und Machtgeilheit verdienen keine Hochachtung. Egal, in welcher Verpackung. Wer sich dazu versteigt, andere dafür anzuschwärzen, dass sie politischen Gegnern die Hand gegeben haben, zeigt damit nur, wie stumpf und barbarisch er selbst ist. Um die Welt nicht nur in Täter und Opfer einzuteilen, bedarf es eines Funkens Selbsteinsicht.

Ohne etwas skeptisches Selbstbewusstsein geht das nicht. Kritische Neugierde und die Fähigkeit zur Korrektur sind zivilisatorische Errungenschaften, die zwar nicht exklusiv europäisch sind, aber das Wesen des Westens ausmachen. Nur darum darf man bei uns herrschende Sichtweisen hinterfragen und nach Alternativen suchen. Religiosität und Glauben sind Privatsache, weil wir um die zerstörerische Wucht entfesselter Religiosität wissen. Zugleich haben wir wiederholt erfahren, dass weltliche Heilslehren genauso mörderisch sind. Stalin und Mao sind keine betrüblchen Betriebsunfälle der Geschichte, sondern die zwangsläufige Konsequenz fremdverordneter Sozialexperimente. Gewaltsame Menschheitsbeglückung zeitigt immer und überall ähnlich katastrophale Ergebnisse. Selbstorganisiert mag derlei zeitweise funktionieren. Staatlich verordnet mündet es stets in Diktatur, Elend oder Chaos.

## Das deutsche West-Ost-Drama

Als der Verleger mir die Gretchenfrage zum Sexappeal der Populisten stellte, dachte ich an die unterschiedlichen Erfahrungen in Ost und West und den Kampf der Kali-Kumpel von Bischofferode. Im Juli 1993 traten zwölf Männer der Kalizeche ‚Thomas Müntzer‘ in den Hungerstreik. Die Treuhand wollte die Zeche schließen, von der ihr Ort lebte. Sie wehrten sich, weil es dabei um weit mehr ging als ihre Arbeitsplätze. Die Zukunft der Region stand auf dem Spiel. Andere schlossen sich an, bis schließlich vierzig Leute aus Protest die Nahrung verweigerten. Die Aktion zog sich über 81 Tage hin. Sie wurde zum Fanal gegen die Treuhand, die unter Leitung von Birgit Breuel Industriestandorte zerschlug, um Überkapazitäten abzubauen und die Konzerne im Westen vor der Konkurrenz aus dem Osten zu schützen.

Die thüringischen Kumpel hatten nie eine Chance. Als sie zu kämpfen begannen, war der Kali-Deal längst eingetütet. Politik und Treuhand spielten von vornherein mit gezinkten Karten. Die teuerste Fusion im Nachgang der Wende verschaffte der Kasseler ‚Kali und Salze AG‘ das faktische Monopol, kostete Bischofferode den Lebensnerv, die Steuerzahler zwei Milliarden Mark und Thüringen die größten Kali-Vorkommen auf dem Territorium der Bundesrepublik. Am Ende gab es viele Verlierer und zwei Gewinner: Die ‚Kali und Salze AG‘ und ihren Mehrheitseigner BASF.

Die Ereignisse waren ein Meilenstein deutsch-deutscher Entfremdung. Ich sehe sie als das definitive Ende der Einheitseuphorie. Beeindruckender als die Arroganz des Wirtschaftsministers und der Treuhand-Chefin fand ich allerdings die Reaktion einiger Westlinker, die das Los der Ost-Kumpel mit *„selbst schuld, was haben sie auch nach der D-Mark gekreischt“* quittierten.

Das offenbarte, wie übel sie es den Ostlern nahmen, ihnen die Illusion von der sozialistischen Alternative geraubt zu haben. Dass die Ostdeutschen ihre Zwangsmitgliedschaft im Arbeiter- und Bauernparadies aufkündigten, konnten Salonlinke im Westen ihnen nie

verzeihen. Das wirkt bis heute nach. Ihr Groll spiegelt sich nicht nur in der Klimapolitik, sondern auch darin, wie die Hauptstrommedien über Proteste im Osten berichten.

Spätestens mit dem Mauerfall holten die Schatten der Globalisierung auch Deutschland ein. Anfangs traf es fast nur den Osten. Der Westen boomte. Unterwegs rieben sich viele die Augen, weil dem triumphalen Schlachtfest auch intakte Betriebe zum Opfer fielen. Die Treuhand vernichtete gezielt funktionale Strukturen, gerade so, als wollte sie die alten DDR-Staatsbürgerkundeführer rehabilitieren und den Ostlern beweisen, wie kalt der Kapitalismus wüten konnte. Dass die Schlüsselerfahrung mit dem neuen System für viele Ex-DDR-Bürger darin bestand, mitanzusehen zu müssen, wie die Gladiatoren des Shareholder-Values ihre Lebensleistung zu Schrott erklärten und zum symbolischen Preis von einer D-Mark an verspätete Kriegsgewinnler verhökerten, ist ein Trauma des Ostens, das der Westen stets eisern ignorierte.

Diese Erfahrung trennt die zwei Hälften des Landes bis heute. Mich erinnert es an den phänomenalen Kahlschlag, dem US-Arbeiter im sogenannten Rostgürtel (Rust Belt) ausgesetzt waren, als die großen Firmen die Produktion nach China und Mexiko auslagerten, und an das erbarmungslose Unverständnis gutsituierter US-Küstenbewohner dafür, dass die Betroffenen nun jemanden wählen, der ihnen sagt, er werde ihr Land wieder an erste Stelle setzen.

Hätten Westlinke in den 1960ern Alexander und Margarete Mitscherlichs *Unfähigkeit zu trauern* gelesen, würden sie vielleicht erfasst haben, was sich da abspielte. So blieben sie lieber taub. Protestieren Ostler heute gegen Massenzuwanderung und Klimapolitik, reagieren Westlinke darauf mit ähnlicher Indolenz wie auf den Kampf der Kali-Kumpel. Doch in Zeiten, wo westliche ‚Kulturschaffende‘ und Feuilletonisten ständig über den ‚globalen Süden‘ und ‚Postkolonialismus‘ fasseln, offenbart sich darin weit mehr als nur die Kälte der Kolonisatoren gegenüber den Kolonisierten.

Um 1990 herum, noch vor der Währungsunion, berichtete mir eine ältere Dame, wie sie einem Ost-Kellner beigebracht habe, das

Wort ‚Cointreau‘ richtig auszusprechen. Dafür habe der Mann sich anschließend sogar brav bei ihr bedankt. Kein Wunder, dachte ich nur, schließlich trugst du ja die Hartwährung in der Tasche. Vor meinem inneren Auge sah ich einen schwitzenden Ost-Kellner und die weltläufige Westlerin, die ihn mit dem traktierte, was sie für Französisch hielt. Parallel jedoch stellte ich mir dieselbe Frau um 1946 herum vor, als sie noch keine Dame war, sondern jung und nervös mit schief gelaufenen Absätzen in einer auf Zivil umgefärbten Wehrmachtsjacke vor einem spöttisch grinsenden ‚Re-Education Officer‘ stand, der ihren Entnazifizierungsbogen gerade beiläufig beiseite gewischt hatte und ihr in näselndem Oxford-Deutsch erklärte, dass das leider nicht reiche.

Ich vermute, dass sich viele damals buchstäblich hintenüber legten, um es den Siegern ja recht zu machen. Auf dem Schwarzmarkt sicherte eine Pappschachtel ‚Navy Cut‘ das Überleben der Kinder für mindestens eine Woche. Sonderlich würdevoll war das nicht, und natürlich hassten die ehemaligen Herrenmenschen die Besatzer dafür mindestens ebenso so sehr, wie sie sich selbst verachteten. Doch irgendwann erlöste sie die Währungsreform. Dann kamen das Wirtschaftswunder und die Fresswelle. Sie waren wieder wer und lernten vergessen. Bis 1990 dann ein kleiner, verängstigter Ost-Kellner vor ihnen stand. Der zitterte genauso, wie sie damals gezittert hatten. Aber jetzt waren sie die Sieger und ließen die Puppen tanzen. Nun durften sie sich als Gewinner fühlen, die den unterbelichteten Ostlern Nachhilfe in ‚Demokratie‘ gaben und sie dazu dressierten, sich die Zunge am Namen eines obskuren Orangenschalenlikörs zu zerbrechen. Das war ein bisschen wie die vorweggenommene ‚Integration‘ der ‚Syrer‘.

Ich erlebte die Wende oft als ein deutsches Psychodrama, als Reinszenierung der Machtverhältnisse nach dem ‚Zusammenbruch‘ 1945. Dabei schlüpfen die Westler in den coolen Outfits der amerikanischen Jungs, die in dauergebügelten Uniformhemden mit ‚Camels‘ und ‚Chesterfields‘ geprotzt hatten, während die Ostler, die schon 1945 das schlechtere Los gezogen hatten, noch einmal die Rolle der Besiegten spielen durften, die sich verschämt bückten, um eine halb gerauchte, weggeworfene Ami-Zigarette aus dem Rinnstein zu klauben. Das

Sammeln von Kippen war nach dem Krieg ein beliebter deutscher Volkssport. Es gab sogar Spottverse darüber, zur Melodie von „*Sentimental Journey*“.

Ab 1990 dann wurde der Osten ein gigantisches Übungsfeld. Dort begann damals, parallel zur finalen Verwandlung vom Bürger zum Kunden, das Verramschen des Volksvermögens. Das hat seitdem nie aufgehört, sondern nur neue Formen angenommen.

Inzwischen führt die ‚Klimarettung‘ unter der Öko-Flagge Krieg gegen ‚kleine Leute‘, transformiert sie ins Kollaterale einer heillos aufgeblähten Bürokratie, beraubt sie ihrer Sparvermögen und kassiert mit ihrem bisschen Wohlstand ihre Freiheit. Derweil arbeitet die Brüsseler Nomenklatura an der europaweiten Abschaffung des Bargelds. Das zerstört das gesellschaftliche Klima, produziert Profit für eine Handvoll und Armut für die Masse. Nur das globale Klima lässt es im Zweifelsfall kalt.

# Der Wahnsinn der Gegenwart

## Kontinuitäten linker Arroganz

1937 erschien George Orwells *The Road to Wigan Pier*. Der zweiteilige Text ist eine Mischung aus Reportage und Essay über das Elend nordenglischer Bergarbeiter in der Gegend von Barnsley, Sheffield und Wigan. Es schildert die soziale und historische Realität während der Weltwirtschaftskrise. Doch Orwell wollte nicht nur die physische Not der Menschen aufzeigen, sondern auch das Versagen der Linken. Das Buch erschien im ‚Left Book Club‘, dessen Verleger Victor Gollancz Orwell wegen der Bedenken seiner kommunistischen Genossen zunächst bekümmerte, doch den zweiten Teil wegzulassen. Als Orwell ablehnte, folgte Gollancz seinen Instinkten als Verleger, setzte sich über die Bedenken der Partei hinweg und schrieb eine ‚Einführung‘ zum Text.

Die erste Hälfte des Buches ist eine klassische Reportage. Orwell taucht direkt ins Leben der Arbeiter ein. Im zweiten Teil skizziert er die Widersprüche zwischen den Ansichten der Intelligenzia und der Alltagsrealität der Arbeiter. Eingangs beschreibt er die Arbeit der Männer, ihre kilometerlangen Wege unter Tage, ihren Kampf mit der Kohle in der heißen, staubgeschwängerten Finsternis, schildert die engen, feuchten Behausungen und die bedrückenden Verhältnisse, in denen ihre Familien leben. Wer heute über ‚systemischen Rassismus‘ und ‚weißes Privileg‘ plappert, wäre gut beraten, mal eine Zeitreise an den Wigan Pier zu machen.

In seiner essayistischen Auswertung dann legt Orwell die Kluft zwischen den Sozialisten und den Objekten ihrer Empathie offen. Aus Sicht der Linken sollten sich die Arbeiter für Kollektivismus begeistern. Sie hatten idealistisch, solidarisch und selbstlos zu sein. Tatsächlich träumten die Hauer eher von greifbaren Verbesserungen, wie davon, dass am Ende ihrer Schicht statt der üblichen Handwaschschüssel mal

eine Dusche auf sie wartete. Der theoretische Hauptwiderspruch ließ sie kalt. Sie sehnten sich nach trockenen, warmen Unterkünften und der Chance, ihre Kinder ausnahmsweise mal satt zu Bett zu schicken. Linker Lebensstil, Nudismus und vegetarische Küche barg für sie wenig Reiz. Wer täglich halbnackt in stickigen Stollen schwitzt und sich Staublungen holt, will seine magere Freizeit nicht unbedingt nackt in Sandalen fristen und sich nur von Körnern ernähren. Für den ist Fleisch ein Fest. Auch das republikanische Spanien, wo damals ein blutiger Bürgerkrieg tobte, war für die allermeisten weit weg. Die Menschen kannten bloß ihr Land. Sie hatten nur das eine. Da waren sie geboren und aufgewachsen, und egal wie armselig, es ernährte sie. Dafür hätten sie eher gekämpft als für die internationalen Brigaden.

Orwell zeigt auf, wieso die Schwärmereien progressiver Schöngelster an der Lebenswirklichkeit der Arbeiter scheiterten. Hauer machten andere Alltagserfahrungen als Salonästheten. Sie optierten lieber für den Spatz in der Hand als für die Taube auf dem Dach. Das nahmen ihnen die Sozialisten übel. Denn was ihre Münder sich zu wünschen hatten, wussten sie seit jeher besser als die Betroffenen selbst. Orwell war tief beeindruckt von der Arroganz der Linken. Zugleich deckte er schonungslos ihre Naivität auf. Wer Proletarier als abstrakte Größe verehrt, für den besitzen sie wegen ihrer Klassenzugehörigkeit alle ein Herz aus Gold. Begegnet er den Objekten seiner Verehrung in Fleisch und Blut, erwartet ihn zwar ein gewisser Realitätsschock, weil rachitische Rotznasen und früh verhärmte Frauen in Wanzenburgen nicht unbedingt seinem heroischen Heldenbild entsprechen, doch solange er diese Phänomene am Grundübel des Kapitalismus festmachen kann, steigern sie bloß seinen Eifer, die Ausbeuter nun noch eifriger anzuprangern.

Das zentrale Motiv muss dabei nicht zwangsläufig gesteigerte Anteilnahme sein. Nicht selten erkennt Orwell darin auch bloß Neid auf Begüterte. Er kommt zu dem Schluss, dass den Intellektuellen oft weit mehr daran gelegen zu sein schien, das System zu verdammen, als das Los der Bergleute zu verbessern. Dabei bedienten sie sich einer Welt-sicht, die erschreckend vertraut wirkt. Die erlaubte die klare Zuordnung von Gut und Böse: Hier bedauernswürdige Opfer, dort finstere Unter-

drücker. Dazwischen die mit höherer Erkenntnis gesalbte Intelligenzia, die als Rächer der Enterbten auf der Seite der Tugend stand und damit automatisch moralische Lufthoheit besaß.

Orwells Text veranschaulicht, wieso Linke stets auf der Suche nach Opfern sind, die ihrer Betreuung bedürfen. Sie lieben das Klischee der Underdogs, das einst in Filmen wie „*Früchte des Zorns*“ oder „*Viva Zapata*“ zu bewundern war. Das ist zwar Kitsch, aber im Kern geht es dabei ja auch nicht um die Realität oder das Los der Schwachen, sondern um den Besitz der ‚poetischen Wahrheit‘, durch die man sich selbst als Kämpfer für Gerechtigkeit sehen kann, was einem erlaubt, bestehende Verhältnisse fundamental umzuwälzen. Denn der eigentliche Antrieb ist weniger das mühselige Verbessern lausiger Lebensumstände, sondern die Freude am Zerstören des Alten. Das Bestehende muss restlos vernichtet und das Unterste zuoberst gekehrt werden. Marx war ein großer Fan der Gestalt des Mephistoteles aus Goethes ‚Faust‘, dessen Sicht sich in dem Satz spiegelt: *„Ich bin der Geist, der stets verneint! Und das mit Recht; denn alles, was entsteht, ist wert, dass es zugrunde geht. Drum besser wär’s, dass nichts entstünde.“*

An dieser Grundhaltung hat sich bis heute wenig geändert. Nur das Beuteschema ist jetzt ein anderes. Lungenkranke Bergleute und rachitische Rotznasen sind abgemeldet. Um nun so ‚entitled‘ zu sein wie einst die makellosen Antifaschisten in „*Nackt unter Wölfen*“, muss man eine ‚Person of Color‘ sein.

Tatsächlich adelt Not die Allerwenigsten. Außer diejenigen, die dagegen ankämpfen. Denn die gibt es auch. Beeindruckt haben mich da 1996 Menschen auf Timor, die ich bei einem Spaziergang durch Kupang bewundern durfte, wo ich in einem der vielen Armenviertel landete, was in Kupang kein Kunststück war, weil ein Großteil der Bebauung dort sehr schlicht war oder aus Notbehausungen bestand. Was mich überraschte, waren nicht der Lärm, der Gestank und der allein durch Plastikmüll aufgehellte Grauschleier der Armut, sondern das geleckte Äußere von einigen Leuten, die gerade auf dem Weg zur Arbeit waren. Obwohl es in ihren aus Kistenholz und Pappkartons zurechtgenagelten Hütten garantiert keinen Wasseranschluss gab und

Alltagshygiene zwischen moskitoverseuchten Schlammputzen und fliegenübersäten Abfallbergen ein herkulischer Aufwand sein musste, trugen sie frisch gebügelte Hemden. Sie wirkten so sauber wie gepflegt.

Ich brauchte beruflich nie viel Wert auf Bügelfalten zu legen, was mir entgegenkam, weil ich faul bin und derlei mit Zwang assoziierte. Doch in Kupang war akkurate Optik ein heroischer Akt der Selbstbehauptung, eine Kampfansage gegen das Elend, die mir echten Respekt abnötigte. Um sich schlampig zu kleiden, muss man entweder bettelarm oder reich sein. Das spiegelte mir am selben Tag eine verschwitzte Australierin, die im Unterhemd neben einer wesentlich anscheinlicheren Slumbewohnerin auf der Sitzbank eines Sammeltaxis saß.

Das Erlebnis in Kupang erinnerte mich an die Schilderungen eines alten Herrn, den ich in New York kannte. Der stammte aus der Nähe von Lwiw, das zur Zeit seiner Geburt noch Lemberg hieß und zu Österreich-Ungarn gehörte. Er lebte seit 1947 in den USA. Nach einer jahrelangen Irrfahrt durch ein Dutzend Konzentrationslager war er im Frühjahr 1945 aus Mauthausen befreit worden. Der berichtete von der Rasierklinge, die er als Häftling im Aufschlag seiner Jacke versteckt hielt. Die sei ein kostbarer Schatz gewesen. Gut auszusehen, war im Lager überlebenswichtig. Dadurch erntete man weniger Schläge und gelangte in bessere Kommandos. So überstand man eventuell die nächste Selektion. Denn davor machten die Bewacher sich gern einen Spaß daraus, unrasierten Häftlingen die Bartstoppeln abzubrennen, und dabei traf es meist die, die besonders erbärmlich aussahen und schon zu lebenden Gerippen abgemagert waren. Die wurden ‚Muselmänner‘ genannt, was tief blicken lässt und nicht unbedingt für eine gute Behandlung türkischer Gefangener in den Jahrhunderten davor spricht.

Im Lager waren ‚Muselmänner‘ Todeskandidaten und nach so einer Aktion buchstäblich als solche gebrandmarkt.

Kupang besaß einen palmenbestandenen Strand, wo schlanke, bunt bemalte Boote im Sand lagen. Fischernetze hingen malerisch geschwungen zum Trocknen aus. Bei Sonnenuntergang bot der Himmel eine Orgie an Farben. Doch zu dieser Postkartenidylle gehörte auch

der infernalische Gestank von faulendem Seetang und toten Fischen. Himmel und Hölle bedingen einander. Licht wirft Schatten. Schatten schlucken Licht. Menschen sind unterschiedlich. Mitunter gebiert Not Güte, Großmut und Gottvertrauen. Zugleich kann Hunger deinen Bruder in einen Wolf verwandeln.

Es hängt vom Einzelnen ab. Umstände prägen Menschen, aber auch der Einzelne prägt die Umstände. Zu Orwells Zeiten gaben Arbeiter den Gegensatz zu kapitalistischen Ausbeutern. Dank der Postkolonialisten nehmen inzwischen Nicht-Europäer die Position des globalen Proletariats ein und alle Weißen sind ihre geborenen Unterdrücker.

Ich halte das Kain-und-Abel-Schema nicht bloß für eine biblische, sondern für eine menschliche Konstante. Unser Drang, Neid, Selbsthass und Schuldgefühle ins Gewand höherer Gerechtigkeit zu hüllen, dürfte mindestens so alt sein wie das Buch der Genesis. Das nimmt immer wieder neue Formen an und verheißt uns utopisch verpackt das irdische Paradies, sobald wir die Mächte des Bösen erst einmal besiegt haben. An der aktuellen Variante fasziniert mich die Projektion des vermeintlich ‚Besseren‘ ins exotische Fremde.

Denn auch die ist nicht ganz neu und hochgradig herablassend, aber jetzt kommt sie aus der ‚postkolonialen‘ Ecke. Am Topos des ‚edlen Wilden‘ strickten früher die ‚Kolonialisierer‘, also die Leute, die in fremde Welten vordrangen, um sie zu erobern und sich zu eigen zu machen. Die dichteten den ‚Barbaren‘, die sie in der Ferne trafen, nicht nur abgründige Eigenschaften an, sondern auch alle möglichen löblichen. Schon Tacitus beschwor die angebliche Tugendhaftigkeit der Germanen, um dekadenten Römern ins Gewissen zu reden.

Tatsächlich gab es unter allen fremden Völkern, auf die die Europäer trafen, auch immer welche, die sie bewunderten. Einer der entscheidenden Gründe, wieso die Briten die neuseeländischen Māori respektierten, war deren Wehrhaftigkeit. Die Māori waren ausgezeichnete Krieger. Diese Fertigkeit hatten sie sich bei blutigen Fehden untereinander angeeignet, bei denen sich oft ganze Stämme gegenseitig ausrotteten. In der Schlacht von Ohaeawai im Juli 1845 fochten sie an der Seite der Briten gegen andere Māori. Als die Engländer sich wegen

ihrer hohen Verluste zurückziehen wollten, bestanden sie darauf, weiter zu kämpfen. So wendeten sie schließlich das Blatt.

Die Māori waren nicht immer nur lieb, genauso wenig wie andere. Am Weslemkoon-See im kanadischen Ontario liegt auf einem Granitfelsen eine Freifläche, von wo aus man den Blick weit über das Wasser und den Wald schweifen lassen kann. Die heißt ‚Squaw Point‘. Das soll früher die Stelle gewesen sein, wohin sich die Frauen und Kinder der Algonquin zurückzogen, wenn ihre Männer mit Tomahawks auf Huronen losgingen. Schon lange vor Auftauchen der ersten Franzosen bekämpften die beiden Stämme einander. Wie die Māori verteidigten sie ihr Gebiet gegen Nachbarn und Eindringlinge. Menschen haben sich fast immer und überall bekämpft, Gegner getötet, verklavt oder tributpflichtig gemacht. Edel ging es dabei selten zu.

Ein Motiv dafür war neben Territorialfragen oft, dass sie ihre ‚angestammte‘ Lebensweise bewahren wollten. Der Drang nach eigener ‚Identität‘ dürfte genauso tief in uns verankert sein wie Neugierde, Spieltrieb und der Impuls zu kultureller Aneignung. Wem langfristig am friedlichen Zusammenleben unterschiedlicher Ethnien liegt, sollte das respektieren. Kulturrelativisten tun das nicht, weil sie ein Problem mit der Unterscheidung von Mein und Dein haben. Sie lösen alle Grenzen auf und stellen Zugereiste den Alteinwohnern gleich, wobei die identitätspolitisch Eifrigen unter ihnen paradoxerweise parallel Leute anhand ethnischer Kriterien in höher- oder minderwertige Gruppen einteilen.

Das halte ich für zutiefst rassistisch, wobei ihr Ethnokult in der Praxis zig bizarre, willkürliche Sonderregelungen aufweist. So genießen dunkelhäutige Menschen unter Erweckten normalerweise den Status ‚systemisch‘ Unterdrückter, was sie automatisch moralisch aufwertet und ihnen Vorrechte gegenüber hellhäutigen Eingeborenen sichert. Nachfahren einstiger Kolonialisten und Sklavenhalter haben sie in Kollektivbuße gefälligst bevorzugt zu behandeln und sich Kritik an ihnen zu verkneifen.

Anders sieht es bei äthiopischen Juden aus. Sobald die nach Israel fliehen, weil man sie in ihrer Heimat totschießt, gelten sie als ‚weiß‘. Das widerspricht zwar jedem äußeren Anschein, aber da sie in den ver-

meintlichen ‚Apartheid-Staat‘ flüchten, stehen sie nun auf der falschen Seite und wechseln damit auch die Hautfarbe. Andererseits firmieren Perser aus dem ‚Land der Arier‘, die nicht selten blaue Augen und eine bemerkenswert blasse Komplexion haben, als vollwertige ‚People of Color‘. Darum dürfen politisch erweckte Weiße schwarze Israelis zwar nach Herzenslust als ‚zionistische Kindermörder‘ beschimpfen, aber haben sich gegenüber den wenig frauen- und schwulenfreundlichen Mullahs gefälligst zurückzuhalten.

Im Iran müssen Frauen seit der Machtergreifung der Ayatollahs 1979 Tschador tragen. Tun sie das nicht, drohen ihnen schwerste Strafen. Als die 22-jährige iranische Kurdin Mahsa Amini das Verbrechen beging, ihr Haupthaar nicht komplett zu bedecken, wurde sie von Revolutionswächtern verhaftet und in Polizeigewahrsam totgeprügelt. Obwohl daraufhin Tausende von Frauen im Iran auf die Straße gingen und öffentlich ihren Tschador ablegten, blieben die europäischen Feministinnen stumm. #MeToo zuckte nicht einmal.

Sieben Jahre davor, im Januar 2015, reiste die Grünen-Politikerin und selbst ernannte Feministin Claudia Roth als damalige Vizepräsidentin des Bundestages zu einem offiziellen Besuch nach Persien, wo sie sich trotz der Proteste diverser Frauengruppen nicht nur freiwillig verhüllte, sondern breit grinsend neben zwangsverschleierten Frauen posierte.

In der Welt der Erweckten sind zwei und zwei eben fünf. Oder bei Bedarf auch mal sieben. Nur die Gesinnung zählt. Die löst alle Widersprüche auf und versetzt Berge. Sie rettet das Klima und erlöst vom Fluch des falschen Geschlechts. So schwimmen die Grenzen zwischen Ideologie und Metaphysik. Politik und Kult werden zu einer Sauce, und die vermeintlich Guten, die einst auszogen, um Gott aus der Welt zu schaffen, mutieren zu blindwütigen Götzenanbetern.

Vielleicht erklärt das auch ihre starke Affinität zum ‚politischen‘ Islam. Denn der ist im Kern zutiefst materialistisch. Er vergöttert absolute Macht und Unterwerfung in ihrer reinsten Form. Nur dürfte das, was mich daran als so totalitär wie nihilistisch besticht, eben das sein, was den Zauber für postmoderne Linke ausmacht. Insofern

wage ich hier die Prognose, dass es ‚fortschrittliche‘ Europäerinnen sein werden, die als erste größere Gruppe zum Islam übertreten, sobald der Punkt erreicht ist, an dem Massenkonzersionen von Eingeborenen fällig sind. Die Übertrittswelle dürfte von denen ausgehen, die schon jetzt freiwillig auf ihre biologische Identität verzichten, um weibliche Emanzipation auf dem Altar des Transgenderkults zu opfern.

Die Agenten des ‚Patriarchats‘ sind eben keineswegs immer nur Männer.

## Joschka Fischer und ‚Linkspopulismus‘

Als vor gut einem Vierteljahrhundert die Ära Kohl endete, war ich begeistert. Endlich übernahm eine jüngere Generation den Laden, eine, bei der die Gnade der späten Geburt mit freiheitslustigem Bewusstsein einherging. Dachte ich. Die Ernüchterung ließ nicht lange auf sich warten.

1999 wälzte sich im einstigen Jugoslawien der Krieg in den Kosovo, wo die ‚Befreiungsarmee des Kosovo‘ (UÇK) gegen die serbische Armee kämpfte. Die ethische Gemengelage war eine düstere Grauzone, bei der keine Seite sonderlich gut aussah. Die UÇK, die für Abspaltung des Kosovo von Serbien und den Anschluss an Albanien eintrat, bestand aus nationalistischen Ultras, die sich durch Drogenhandel finanzierten und serbische Polizisten, Zivilisten und angebliche albanische ‚Verräter‘ ermordeten. In dem Ort Račak wurden vierzig erschossene Kosovaren aufgefunden. Obwohl die Serben sagten, es handele sich um Paramilitärs der UÇK, schrieben westliche Medien von einem Massaker an Zivilisten. Das diente der NATO als Grund dafür, sich über geltendes Völkerrecht hinwegzusetzen und Restjugoslawien den Krieg zu erklären. Am 24. März begannen ‚Luftschläge‘ auf serbisches Gebiet, die sich bis in den Juni hinzogen. Während des Parteitags der Grünen in Bielefeld rechtfertigte der damalige grüne Außenminister Joseph Martin Fischer das als ‚humanitäre Intervention‘. Das untermauerte er mit den Worten: *„Ich stehe auf zwei Grundsätzen, nie wieder Krieg, nie wieder Auschwitz, nie wieder Völkermord, nie wieder Faschismus. Beides gehört bei mir zusammen.“*

1999 lag das Massaker von Srebrenica knapp vier Jahre zurück. Das Ziel, Menschen vor ethnischen Säuberungen zu schützen, war so nachvollziehbar wie löblich. Doch Völkerrecht ist Völkerrecht. Es ohne UN-Mandat zu brechen, schuf einen Präzedenzfall. Zudem leuchtete mir nicht ein, dass zur Rettung der Kosovaren nun Belgrader in die Keller gescheucht werden mussten. Bomben ersetzen keine Bodentruppen, und nur die hätten die befürchtete Vertreibung der Albaner

vielleicht verhindern können. Da das zu hohe Eigenrisiken barg, machten die humanitären Helfer lieber serbische Zivilisten zu Geiseln. Das mochte die einzige militärische Option sein, aber es war wenig ritterlich. Serbien aus der Luft zu attackieren, bettelte in keiner Weise um den Heiligenschein des Antifaschismus, zumal es verhältnisblödsinnig war, Račak zum Vorboden einer Neuauflage von Auschwitz zu erklären.

Zuletzt hatte die deutsche Luftwaffe Belgrad 48 Jahre davor heimgesucht, zum Auftakt von Hitlers Balkanfeldzug. In den frühen Morgenstunden des 6. April 1941 griffen Hunderte von Bombern die Stadt an. Ohne Ultimatum und Kriegserklärung. Die jugoslawische Regierung hatte Belgrad zur ‚offenen Stadt‘ erklärt. Folglich gab es keinerlei Flugabwehr. Die erste Angriffswelle riss die Menschen aus dem Schlaf. Über die folgenden zwei Tage fielen 830 Tonnen Spreng-, Brand- und Splitterbomben auf die Stadt. Die radierten das alte Zentrum aus und zerstörten die Hälfte aller übrigen Gebäude. Tausende kamen zu Tode.

Mein Vater erlebte 1943 den Untergang Hamburgs mit, als alliierte Bomber ein Drittel der Stadt binnen zehn Tagen in Staub und Trümmer verwandelten, darunter auch die Wohnungen seiner Eltern und die seiner Schwester. Doch Guernica, Warschau, Rotterdam, Coventry und Belgrad lagen lange davor, und denke ich an Hamburgs Horror vom Sommer 1943, denke ich auch an die, die damals ohnehin nicht in den Bunker durften, weil sie den gelben Stern tragen mussten. Ziemlich genau ein Jahr vor dem Inferno hatte mein Vater die Schulfreundin seiner Mutter und deren Mann zur ‚Sammelstelle‘ am Dammtor-Bahnhof begleitet.

Die Freundin war so alt wie seine damals 63-jährige Mutter, ihr Mann, dem er den einstigen Offizier noch ansah, nur wenig älter. Weil mein zu der Zeit 21-jähriger Vater Uniform trug, durfte er den beiden alten Leuten ihre Koffer noch hinter die Absperrung bringen, vor der seine Mutter als nicht-jüdische Zivilistin zurückbleiben musste. Als er sich von ihnen verabschiedete, habe der alte Herr ihm die Hand verweigert und sich wortlos weggedreht. Mein Vater nahm an, die beiden wären auf einen sogenannten Alterstransport gekommen und bei Riga

erschossen worden. Tatsächlich starben sie in Theresienstadt. Dort landeten viele frühere jüdische Frontkämpfer. In dem einstigen Kasernenkomplex zu verhungern betrachteten die Nazis als Vergünstigung.

Vladimir Pištalo ist ein in den USA lebender serbischer Autor. Sein *Millennium in Belgrad* ist ein bewegendes Buch über Jugend, Freundschaft, Popmusik und Propaganda vor dem Panorama eines erodierenden Jugoslawiens und künstlichen Mästen des Krieges. Gegen Ende spricht er auch von den Gräueln in Kosovo und dem Irrwitz humanitärer Bomben: *„Ich wünsche denen, die sich an albanischen Zivilisten schuldig gemacht haben, dass sie ihre blutigen Hände mit Tränen abwaschen. Aber ich wäre ruhiger, wenn mir die Verlogenheit, die ich für das Privileg eines Tarquinius Superbus (Slobodan Milošević) hielt, nicht in den Verlautbarungen der NATO entgegenschlagen würde. Die Autoren dieser Berichte tun so, als gäbe es keine Umweltkatastrophe in Pančevo. Der Krieg wird offiziell gegen Tarquinius Superbus geführt, der völlig sicher in seinem Schutzraum sitzt. Er ist nicht gefährdet. Ich schon.“*

Ein Stück weiter bemerkt er: *„Richter vergewaltigen Vergewaltiger nicht und verspeisen keine Kannibalen. Der Unterschied zwischen einem Richter und einem Kriminellen besteht darin, dass der Richter sich ans Gesetz hält. Anderenfalls haben wir es mit einem Kriminellen unter dem Deckmäntelchen des Richters zu tun.“*

Kein deutscher Außenminister muss von Haus aus ein Held sein. Doch niemand zwang Joschka Fischer, irrwitzige historische Parallelen zu ziehen, den reuigen Tätererben zu mimen und daraus die Verpflichtung abzuleiten, alte Leute in Belgrad an das Sirenengeheule der Stukas zu erinnern. Dazu entschied er sich ohne jede Not. Fischer wollte das damals noch kriegsunwillige grüne Gefolge einseifen. Also warf er die Toten von Račak in einen Topf mit denen von Auschwitz. So schändete er ihr Andenken. Jeweils.

Krieg zwingt mitunter zu grauenhaften Entscheidungen. Doch niemand muss ein Jahrhundertverbrechen verniedlichen, um militärische Willkürakte zu rechtfertigen. Wer sich selbst dabei allerdings auch noch die Gloriole des historisch Geläuterten aufsetzt, erklimmt den Gipfel der Heuchelei.

Joschka Fischer ist kein geschichtsblinder Schwachkopf. Er wusste genau, was er tat. Eine Weile später erteilte er auf dieselbe Weise dem Missbrauch des Wortes ‚Nazi‘ die höheren Weihen. Das geschah in der Ausgabe Nummer 43 des *Spiegels* vom 20. Oktober 2017, wo er der AfD bescheinigte, ein völkisches Duplikat der NSDAP zu sein.

Die ‚Nationalsozialistische deutsche Arbeiterpartei‘ bescherte Deutschland zwölf Jahre blutiger Diktatur, davon fünf Jahre als Fortsetzung des Ersten Weltkriegs. Sie orchestrierte das gnadenlose Verfolgen ihrer Gegner, mörderischen Rassenwahn, industriellen Massenmord, Ausrottungsfeldzüge und die Zerstörung des europäischen Kontinents. Als Folge ihres Wirkens waren im Mai 1945 Abermillionen tot und die Überlebenden traumatisiert. Auch zahllose Deutsche waren vertrieben oder hausten abgebrannt in Ruinen. Ein Drittel ihres Vorkriegsterritoriums war flöten, der Rest in zwei ungleiche Hälften zerrissen, wobei der kleinere Teil das bittere Los der Mittel- und Osteuropäer zog und dem Machtblock Josef Stalins zugeschlagen wurde.

Als der *Spiegel* ihn befragte, hatte Frauke Petry die AfD gerade im Streit verlassen. Das nahm Fischer zum Anlass, der AfD einen weiteren ‚Rechtsruck‘ zu bescheinigen. Er nannte sie eine ‚völkisch definierte‘ Partei und erhitzte sich über das Wort ‚rechtspopulistisch‘. Das sei eine ‚gefährliche Verharmlosung‘.

Man kann der AfD vieles vorwerfen. Von einem völkischen Führerstaat träumt sie gewiss nicht. Doch Einsicht aus Erfahrung hat kurze Halbwertszeiten. Mythen halten sich hartnäckiger. Darauf baute Fischer, und mittlerweile war der frühere Straßenkämpfer ein ehrbarer Ex-Staatsmann und Mehrheitsgesellschafter der ‚Joschka Fischer Consulting‘ am Berliner Gendarmenmarkt, wo er Siemens, RWE, BMW und Rewe beriet. Seine ‚Unique Selling Position‘ bestand in der Kooperation mit der ehemaligen US-Außenministerin Madeleine Albright, die über die Ex-Diplomatin Wendy Sherman ausgezeichnete Verbindungen in die chinesische Parteispitze hatte.

Hysterie zu schüren ist kein Deut weniger ungut als echte Bedrohungen zu verschleiern. Fischer tat beides. Aber anders als in allen übrigen deutschen Parteien gab es in der AfD keine früheren NSDAP-

Mitglieder. Dafür fanden sich unter den Grünen zig Gestalten, die ausgewiesene Israelfeinde waren oder sich einst begeistert zu Stalin oder Mao bekannt hatten.

Demagogie ist ein weites Feld. Legt man dieselben Maßstäbe, die Fischer auf die AfD anlegte, auf die Grünen an, landet man bei den Roten Khmer. Die verwandelten Kambodscha zwischen 1975 und 1979 in ein Schlachthaus, um Pol Pots Vision eines klimaneutralen Steinzeitkommunismus herbei zu morden.

Die Zukunft bestimmt, wer die Geschichte beherrscht. Darum schreiben Ideologen sie immer um. Je krasser ihre Schlagseite, desto absurder die Verzerrung. Faktisch konnte Fischer kaum falscher liegen. Hitlers Anhänger waren keine wirtschaftsliberalen Konservativen, die sich gegen den weichen Euro wehrten und die Verfassungsbrüche der Regierung anprangerten, sondern revanchistische Reaktionäre, die als ‚Nationalbolschewisten‘ Judenhass zum Kern ihrer Ideologie machten. Sie piffen auf Rechtsstaatlichkeit. Jahre bevor Hitler an die Macht gelangte, terrorisierten sie ihre Gegner mit Mord und Gewalt. All das ist Fischer grundsätzlich bekannt. Doch er wollte die AfD auf Biegen und Brechen mit dem größtmöglichen Bannfluch belegen. Also griff er zur ballistischen Keule. Der Effekt war wie gewünscht. AfDler Nazis zu nennen, wurde salonfähig. Darauf hatte er spekuliert.

Purzelt Promis Unfug aus dem Mund, plappern Dumme es nach. Man muss Lügen nur oft und dreist genug wiederholen, dann werden sie geglaubt, befand Joseph Goebbels. Deshalb setzte auch sein grüner Namensvetter auf das toxische Tabu. Pawlowsche Reflexe sind eine sichere Bank. Wäre Fischer damals noch der Steine werfende, Polizisten prügelnde Sponti aus der Hausbesetzerszene gewesen, der den Holocaust-Überlebenden Ignatz Bubis antisemitisch angeht, hätte man seine Worte als linksradikalen Blödsinn abgetan. Doch als Elder Statesman besaß er Renommee. Man unterstellte ihm Ernsthaftigkeit. Sein Wort hatte Gewicht.

Fischer hätte die AfD grauenhaft finden und ihr die Pest an den Hals wünschen können. Indem er sie in die Nachfolge der NSDAP rückte, erteilte er der Flut irrer Nazi-Vergleiche die höheren Weihen

und stempelte die Wähler der AfD zu Feinden der Demokratie. Mehr hätte er kaum zur Vergiftung der ‚politischen Kultur‘ beitragen können. Beklagen sich Politiker heute über ‚Hass und Hetze‘, sollten sie sich Fischers Sätze auf der Zunge zergehen lassen.

Mittlerweile erklären Einpeitscher des Staatsfernsehens CDU-Mitglieder zu Nazis. Bosetti empfiehlt das chirurgische Entfernen von Impfgegnern aus dem ‚Volkskörper‘. Das erinnert an finsterste Zeiten. Es gebiert seine eigene Dialektik. Irgendwann geht es nach hinten los. Das ständige Beschwören der braunen Gefahr stumpft nicht bloß ab. Sinnfreie Nazi-Vergleiche nehmen den echten Nazis jeden Schrecken. Ihr Erwähnen weckt bloß noch Trotzreflexe. Wer Rehpinscher ständig zu Wölfen aufbläst, darf sich nicht wundern, wenn die Leute schließlich Wölfe für niedliche Rehpinscher halten. Nennt man Konservative lange genug Nazis, finden sie das gar nicht mehr schlimm. Manche sind sogar stolz darauf. Dann ist der Boden bereitet, um das Original wieder aufleben zu lassen. Linksradikaler Populismus wird zum Geburtshelfer der rechtsextremen Renaissance.

Aber vielleicht ist genau das ja so gewollt.

## Teilen und Herrschen mit selbstgeschaffenen Feindbildern

Ist der grüne Altpolitiker Joschka Fischer einer der Väter der politischen Brandmauer, wusste die Trampolinvirtuosin Annalena Baerbock als grüne Außenministerin, was für die Israelis gut ist. Sie warnte sie ständig davor, sich allzu entschlossen zu wehren. Nachdem Israels Luftwaffe den Chef der Hisbollah-Miliz Hassan Nasrallah getötet hatte, erklärte sie: *„Die Lage ist brandgefährlich. Es droht, dass diese ganze Region in die absolute Gewaltspirale weiter reinrutscht.“* Sie habe ‚gemeinsam mit den Amerikanern, Franzosen und etlichen arabischen Ländern‘ für eine 21-tägige Waffenpause plädiert. Nun sei das Gegenteil passiert. Israel folge seiner ‚Militärlogik‘. *„Und es droht – und deswegen hatten wir ja zu einer Feuerpause aufgerufen – es droht die Destabilisierung des gesamten Libanons. Und das ist in keinster Weise im Interesse der Sicherheit Israels.“*

Nach dem Angriff der Hamas feuerte die Hisbollah gut 9.000 Raketen auf den Norden Israels ab. Das vertrieb 60.000 Menschen aus ihren Häusern. Im Herbst 2023 hatte die Hisbollah etwa 50.000 Mann unter Waffen. Sie verfügte über geschätzte 150.000 Raketen, gesponsert von Iran, die auf Israel gerichtet waren, lebte von den Geldern der Mullahs und galt als deren ‚Kronjuwel‘ im Krieg gegen die Juden. Daneben finanzierte sie sich durch Drogen- und Waffenhandel. Im Norden des Libanon hatte sie ein Terrorregime errichtet.

Aber für Baerbock bedrohte Israel die Stabilität der Region. Im *Cicero* wunderte sich Ingo Way über ihre Äußerungen. Immerhin sei der getötete Nasrallah ein Massenmörder, dessen Beseitigung selbst bei notorischen Warnern vor Eskalationsspiralen auf Zustimmung stoßen müsse, zumal Israel damit ja gerade eine groß angelegte Bodenoffensive im Libanon vermeide. Doch vielleicht, so Way, befürchte Baerbock ja weniger ‚eine Eskalation im Nahen Osten als vor der eigenen Haustür‘. Laut Verfassungsschutz habe die Hisbollah in Deutschland 1.250 Mitglieder. Hinzu komme ‚eine weit größere Unterstützerschar,

vor allem in Nordrhein-Westfalen, Berlin und Hamburg<sup>6</sup>. Die bestehe größtenteils aus südlbanesischen Migranten, die als ‚Schutzsuchende‘ ins Land gekommen seien, eine direkte Folge der offenen Grenzen, die ihre Partei favorisiere. Diese Politik falle der Gesellschaft nun in Form eines importierten Gewalt- und Terrorismusproblems auf die Füße. Baerbock, aus der nicht unbegründeten Angst vor Anschlägen, suche diese Klientel bei Laune zu halten. Also attackiere sie Israel.

Way fragte: *„Wie weit will man mit dieser Beschwichtigungspolitik gehen? Bisher hat Baerbock verwundeten Hisbollah-Kämpfern noch keine kostenlose Chefarztbehandlung plus Asyl in Deutschland angeboten. Aber was nicht ist, kann ja noch werden.“*

Mag sein, dass ich zu alt, weiß und vorgestrig bin, doch auch mir erschließt sich nicht, wieso ein Gemeinwesen zugereiste Todfeinde in seiner Mitte duldet und ihnen das Leben mit Sozialhilfe versüßt. Für mich sind Leute, die in ein fremdes Land kommen, um dort durch Worte und Taten zu zeigen, dass sie die Einheimischen und ihre Kultur verachten, gemeingefährliche Invasoren. Ich erwarte von dem Staat, der sie so großzügig ins Land gelassen hat, dass er sie genauso großzügig wieder loswird. Bevor sie ernsthaften Schaden anrichten.

Ortswechsel verrücken Menschen nicht bloß physisch. Manche macht die Fremde buchstäblich verrückt. Nicht jeder hat das Zeug zum Weltenwanderer. Müsste ich in Kabul oder Aleppo leben, würde ich auch fremdeln. Lässt eine Gesellschaft Millionen von Menschen aus völlig anderen Kulturen ins Land, darf sie sich nicht wundern, wenn der Großteil von ihnen innerlich nie ankommt und einige durchdrehen. Dänen und Ukrainern fällt es deutlich leichter, sich bei uns zu orientieren, als Afghanen oder Syrern. Daraus darf man irgendwann auch Konsequenzen ziehen.

Wer mit der Scharia aufwächst, für den sind säkulare Gesellschaften ein Schock. Im Zweifelsfall hält er die liberale Ordnung für Irrsinn. Das ist tragisch, aber nicht die Schuld der liberalen Ordnung. An der Stelle gesteigerten therapeutischen Ehrgeiz zu entwickeln, ist eher müßig. Ich spreche da aus persönlicher Erfahrung. Zugleich war ich oft und lange genug selbst Ausländer, um Karl Valentins Lebens-

weisheit zur Fremdheit in der Fremde zu unterschreiben. Die Fremde stellt für das Selbstwertgefühl und die geistige Gesundheit des Fremden immer eine Herausforderung dar. Darum dürfen Einheimische gern nachsichtig mit ihm sein, aber entweder der Fremde passt sich an oder er lässt es bleiben. Darauf hat die Gesellschaft wenig Einfluss. Man kann ein Pferd zwar zur Tränke führe, aber saufen muss es selbst.

Grundsätzlich ist eine Gesellschaft gut beraten, auf durstige Pferdchen zu setzen und keine Mühe auf Gäule zu verschwenden, die das kostbare Nass verschmähen. Faule Äpfel sortiert man besser rasch aus, weil sonst auch die guten zum Teufel gehen.

Mutet der Staat der eigenen Bevölkerung Abertausende feindseliger ‚Geflüchteter‘ zu, verhöhnt er den Langmut derer, die den Fremden ihre Heimat zur Verfügung stellen. Zugleich sabotiert er alle Migranten, die sich Mühe geben und anstrengen. Fragt sich, was die Verantwortlichen damit bezwecken. Seit fast zehn Jahren weigern sie sich, zwischen ehrbaren Leuten und Gewalttätern, Bedrängten und Fanatikern zu unterscheiden. Wollen sie künstlich Ressentiments schüren und Hassgefühle züchten?

Falls Merkel je plante, die ‚Syrer‘ zu ‚integrieren‘, wählte sie den denkbar dümmsten Weg. Wollte sie die Bevölkerung in verfeindete Lager spalten, war ihr Vorgehen äußerst clever. Mit etwas Nachhilfe kitzelte sie aus den üblichen Verdächtigen genau die Äußerungen heraus, die es ihr erlaubten, Rassismuskorwürfe und höhere Moral ins Zentrum zu rücken, was die pawlowschen Reflexe des ‚linksliberalen‘ Lagers triggerte und jede rationale Debatte über muslimische Massenzuwanderung unmöglich machte. So lenkte sie elegant von der Wucht des Ereignisses ab.

Denn dass ihre als Großmut getarnte Fahrlässigkeit garstige Ergebnisse produzieren würde, war klar. Genauso absehbar war, dass das bei verwundbaren Teilen der Bevölkerung Proteste provozieren würde. Die ließen sich entsprechend rahmen und zur ‚rechten Gefahr‘ aufbläsen. Das erlaubte ihr, gesteigerte Empörung zu heucheln, verschreckte Linke auf ihre Seite zu ziehen und eine ‚Allianz der Anständigen‘ zu schmieden, die ihre Kritiker kaltstellte und parteiinterne Gegner zum

Verstummen brachte. Der kleine Schönheitsfehler, dass sie damit ein ganzes Segment der Bevölkerung dauerhaft ausgrenzte, wurde dadurch ausgeglichen, dass ihre neue nationale Front nun einen alle einenden inneren Feind besaß.

Allerdings barg das seine eigene ‚Dialektik‘. Spätestens mit der ‚Pandemie‘ waren nun auf einmal schon Eltern ‚rechts‘, die dafür plädierten, dass ihre Kinder im Freien spielen konnten. Mittlerweile gilt jede Kritik an der Regierung als ‚rechts‘.

Die antidemokratische Brandmauer, deren Fundament Merkel legte, zieht sich quer durch den Debattenraum, verätzt die Gesellschaft, vergiftet Familien und Freundschaften. Das Gespenst der braunen Gefahr rechtfertigt zig staatliche Umerziehungsprogramme, die Familienministerin Manuela Schwesig 2014 unter dem Motto ‚Demokratie leben! – Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit‘ initiierte. Über die immer üppiger staatsfinanzierte Gesinnungsmaschinerie ist unter anderem auch der ‚Nationale Diskriminierungs- und Rassismus-Monitor‘ der postkolonialen Aktivistin Naika Foroutan engagiert, der Gruselgeschichten über die Fremdenfeindlichkeit der Eingeborenen zusammenstellt. Merkels Nachfolger peitschen das tote Pferd weiter, und das allgegenwärtige Gespenst schlägt immer wildere Purzelbäume.

Während ‚Schutzsuchende‘ auf deutschen Straßen das Hamas-Massaker feierten und die Einführung des Kalifats forderten, klagte die Staatsanwaltschaft Halle den AfD-Politiker Björn Höcke an, weil der bei öffentlichen Anlässen die Losung ‚Alles für Deutschland‘ benutzt hatte. Das soll schon in Weimar eine SA-Parole gewesen sein, und wenn Höcke die Formel benutzt, sucht er angeblich den Geist des Nationalsozialismus zu beschwören. Das bedroht die Demokratie.

„*Der augenscheinlich fundierte NS-Wortschatz des Angeklagten deutet auf sogenanntes Täterwissen hin*“, zitiert *Welt* den Staatsanwalt Benedikt Brenzen. Darum hält Brenzen eine Freiheitsstrafe ‚zur Einwirkung auf den Angeklagten‘ für ‚unerlässlich‘.

Tatsächlich verwendete die SA das inkriminierte Motto. Als am 15. Dezember 1933 auf Adolf Hitlers Betreiben hin der ‚Dienst-

dolch' der SA eingeführt wurde, trug dessen Klinge die Inschrift ‚Alles für Deutschland‘. Doch das war elf Monate nach der sogenannten Machtergreifung. Zuvor bedienten sich alle möglichen Kreise der Losung, an erster Stelle das ‚Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold‘ und die ‚Eiserne Front‘. Deren Mitglieder waren fast alle Sozialdemokraten, die dem ‚Bund deutscher Kriegsteilnehmer und Republikaner e. V.‘ angehörten. Das ‚Reichsbanner‘ war mit drei Millionen Mitgliedern die größte demokratische Massenorganisation der Weimarer Republik. Staatsanwalt Brenzen bräuchte nur mal einen Blick auf den Leitartikel der Ausgabe 52 des *Reichsbanner* vom 26. Dezember 1931 werfen. Den zierte die Überschrift: ‚Nichts für uns, alles für Deutschland!‘ Der Text stammt aus der Feder von Karl Höltermann. Höltermann war Schriftsetzer, Journalist und SPD-Reichstagsabgeordneter. 1933 musste er abtauchen. Seine Familie wurde ausgebürgert. Er selbst floh auf Umwegen nach Großbritannien, wo er 1955 starb.

Auch ein Breslauer Bischof verwendete die Parole, sogar noch nach der Machtübergabe an Hitler, in seinem Appell an die Wähler der Zentrumspartei, bei den Reichstags- und Landtagswahlen gegen die NSDAP zu stimmen. *„Darum am kommenden Sonntag: Alles für Deutschland. Alles für Christus! Am 05. und 12. März muß der Sieg unser sein im Kampf für Wahrheit, Recht und Freiheit! Im Zeichen des Kreuzes für Volk und Vaterland!“*

Falls Staatsanwalt Brenzen es nicht weiß: Die katholische Zentrumspartei zählte zusammen mit den Sozialdemokraten zu den Verteidigern der Weimarer Republik. Nach dem ‚Zusammenbruch‘ nutzte die katholische Jugend von Karlsruhe das inkriminierte Motto im Juni 1947 unter der Überschrift: *„Alles für Deutschland und Deutschland für Christus“*. Aber auch in der sowjetisch besetzten Zone glänzten die SED-Genossen Otto Grotewohl und Wilhelm Pieck damit am 24. April 1946: *„Gestern habt Ihr die erste Nummer unseres Zentralorgans ‚Neues Deutschland‘ in Eure Hände bekommen. Alles für Deutschland, alles für das neue Deutschland ist die Leitfahne unseres neuen Zentralorgans.“*

Das sind einige der Beispiele, die der Rechtsanwalt Ansgar Neuhof zusammengetragen hat, um zu zeigen, dass die vermeintliche SA-Parole

ursprünglich eine Anti-Nazi-Parole war. Die kaperten die Nazis zwar, so wie sie den 1. Mai als ‚Tag der Arbeit‘ kaperten. Für ihre Gegner jedoch bedeutete das Motto auch noch nach dem Krieg etwas völlig anderes. Selbst wenn ein Urteil des Oberlandesgerichts Hamm vom 1. Januar 2006 zu dem Schluss kommt, es sei ‚allgemein bekannt‘, dass ‚Alles für Deutschland‘ eine ‚originäre‘ SA-Parole sei, entspricht das eben nicht der historischen Wahrheit. Es ist ein post-faktisches Konstrukt. Denn man kann den Satz auch genau andersherum interpretieren und Höcke eine entschiedene Anti-Nazi-Haltung unterstellen. Angesichts dessen hätte das Gericht ‚im Zweifel für den Angeklagten‘ entscheiden müssen. Stattdessen folgte es der willkürlichen Deutung des Staatsanwalts und ermächtigte sich, über die Gesinnung Höckes zu urteilen. Dass es damit zugleich das NS-Opfer Höltermann als Nazi diffamierte, fiel niemandem auf.

Das Grundgesetz sieht Gewaltenteilung vor. Rechtsprechung sollte unabhängig sein. Gesinnungsjustiz ist abgeschafft. Schlimm genug, dass Staatsanwaltschaften weisungsgebunden durch Ministerien agieren. Politische Einflussnahme auf die Justiz und durch die Justiz ist der Tod der Rechtsstaatlichkeit.

Unabhängig davon, was man von Herrn Höcke und seinen Ansichten hält, darf ihn kein Gericht dafür bestrafen, was er angeblich denkt. Das Verfahren gegen ihn ist das Symptom für eine äußerst bedrohliche Entwicklung, die seit der Corona-Zeit immer mehr um sich greift. Aus kontrafaktischen Behauptungen werden angebliche Wahrheiten gestrickt, die die Gerichte in justiziable Vorgaben verwandeln, um unliebsame Äußerungen mit Hilfe der Strafgesetze zu unterdrücken. Solch ein Vorgehen gehört ins Repertoire von Diktaturen. Vergleichbare Techniken nutzten stalinistische Ankläger oder der NS-Volksgerichtshof. Mit Rechtsstaatlichkeit hat es nichts zu tun.

Bemerkenswert daran ist, dass der Ankläger, der bei vermeintlich demokratiegefährdenden Äußerungen Höckes so viel Verfolgungseifer an den Tag legte, anderswo äußerste Zurückhaltung übte. So lehnte Herr Brenzen es ab, einen 18-jährigen Syrer strafrechtlich zu verfolgen, der die Mordlust der Hamas glorifizierte. Am 31. Mai 2024 berichtete

*Die Welt* über den Verlauf einer Anzeige gegen den in Halle lebenden Mohammed H., der ein arabischsprachiges Rap-Lied veröffentlicht hatte, in dem er den Angriff vom 7. Oktober 2023 verherrlichte.

Mohammed H. ist seit dem Februar 2024 eingebürgert, obwohl er im Herbst letzten Jahres unter dem Namen Abu Shaqra nicht nur verstörend judenfeindliche Videos postete, sondern sich auf Instagram öfters nach Sitte der IS-Anhänger mit emporgerecktem Zeigefinger präsentierte. Zudem verkündete er, der Westen habe sich gegen Muslime verschworen, um sie auszurotten und zu unterjochen. Mohammed H. ist ein begeisterter ‚Follower‘ des Predigers Othman al-Khamees aus Kuwait, der Juden und Christen als ‚Affen und Schweine‘ bezeichnet.

Seit einer Weile müssen sich Bewerber für die Staatsangehörigkeit in Sachsen-Anhalt zum Existenzrecht Israels bekennen. Die Behörde empfiehlt folgenden Wortlaut: *„Ich erkenne ausdrücklich die besondere deutsche Verantwortung für den Staat Israel und das Existenzrecht Israels an und verurteile jegliche antisemitischen Bestrebungen. Ich verfolge weder Bestrebungen, die gegen das Existenzrecht des Staates Israel gerichtet sind, noch habe ich solche Bestrebungen verfolgt.“*

Mohammed H. alias Abu Shaqra bekannte sich nachweislich mehrfach zum genauen Gegenteil. Trotzdem genießt er seit dem 21. Februar 2024 alle Privilegien eines deutschen Bürgers. Nach seiner offiziellen Einbürgerung postete er das Bild seines Passes, symbolträchtig halb unter einer ‚Kufiya‘ drapiert, dem palästinensischen Männerkopftuch, das Hamas-Anhänger bei Demonstrationen gegen Deutschland und Israel gern tragen.

Seinen Pro-Hamas-Rap nahm der junge Mann im November 2023 im Hallenser Stadtteilzentrum ‚Passage 13‘ auf. Die ‚Passage 13‘ arbeitet mit dem Modellprojekt ‚#unserhayat – unser Leben‘ zusammen. Das soll eine ‚Sozialraum- und lebensweltorientierte Arbeit mit Jugendlichen mit Fluchthintergrund im Einflussbereich extremistischer Ansprachen‘ herstellen. Träger des Programms war das Familienministerium von Lisa Paus, die das Projekt mit zweihunderttausend Euro förderte. Die ‚Passage 13‘ verfügt über ein umfangreiches

Team, das die gefährdeten Jugendlichen betreut. Dennoch bemerkte keiner der Projektbegleiter, was für eine Art Video der Jung-Salafist da erstellt hatte.

*„In meinem Land, jetzt gerade, schreibt mein Volk Geschichte“,* rappte er. Der Sabbat sei langweilig geworden, also habe man die Routine geändert. *„Die al-Aqsa-Flut ist schnell wie das Licht! Sie sind wie ein Spinnennetz. Lass sie weinen, wie Schwächlinge, wie Soldaten ohne Waffen. Verbrennt den Panzer und öffnet das Tor.“*

Die ‚al-Aqsa-Flut‘ ist die Hamas-Chiffre für die Massenmorde vom 7. Oktober. Die feierte der Oberbefehlshaber der ‚Kassam-Brigaden‘ in einer Audiobotschaft, wo er von ‚mehr als 5.000 abgefeuerten Raketen und Flugkörpern‘ sprach und sagte: *„Die Zeit ist gekommen, dass sich alle arabischen und islamischen Kräfte vereinen, um die Besetzung von unseren heiligen Stätten und unserem Land wegzufegen.“* Entsprechend rappte der Neu-Hallenser begeistert: *„In meinem Land, jetzt gerade, schreibt mein Volk Geschichte.“*

Wer das Stichwort ‚al-Aqsa-Flut‘ eingibt, stößt im Internet auf deutsch-sprachige Pro-Hamas-Propaganda: Bilder von brennenden israelischen Tanks, eroberten Militärfahrzeugen und jubelnden Mardodeuren. Geköpfte Babys oder in die Scham geschossene Frauen habe ich keine entdeckt, aber auch nur oberflächlich gestöbert, weil ich nachvollziehen wollte, was Staatsanwalt Benedikt Brenzen wohl so vor Augen hatte, als er zu dem bemerkenswerten Schluss kam, bei dem Text handele es sich *„um von der Meinungsfreiheit aus Artikel 5 des Grundgesetzes gedeckte lyrische Verse, die eine innere Verbundenheit zum Staat Palästina und seinem Volk zum Ausdruck bringen“*. Passagen, die Gewalt verherrlichten, Straftaten billigten oder durch Volksverhetzung den öffentlichen Frieden gefährdeten, waren für Brenzen ‚nicht ansatzweise ersichtlich‘. Daher stelle er das Ermittlungsverfahren gegen Mohammed H. ‚mangels hinreichenden Tatverdachts‘ ein.

Hätte er anderswo nicht so hartnäckig über den ‚augenscheinlich fundierten NS-Wortschatz‘ und das ‚Täterwissen‘ des Angeklagten Höcke und dessen vermeintliches ‚Täterwissen‘ spekuliert, könnte man ihn glatt für einen grenzenlos naiven Freund der Meinungsfreiheit

halten. So kommt mir eher Alexander Solschenizyn in den Sinn. Der bemerkte bekanntlich mal, Kriminelle zu schonen und politische Gegner wie Kriminelle zu behandeln, sei typisch für Systeme, die gegen das eigene Volk herrschten.

## Kollektive Compliance

Anfang Juli 2023 trat das ‚Hinweisgeberschutzgesetz‘ in Kraft. Betriebe mit mehr als fünfzig Mitarbeitern sollen nun Meldestellen einrichten, wo sich Beschäftigte über Diskriminierungen beschweren können. Vordergründig zielt die Maßnahme auf Missstände ab. Da Firmenleitungen daran gelegen sein sollte die abzustellen, ist grundsätzlich nichts dagegen einzuwenden. Fragt sich nur, ob die Lage im Land so desaströs ist, dass die Bürokratie sich schon wieder einmischen muss. Bei genauerem Hinsehen ist das Gesetz bloß eine Lizenz zum Denunzieren, wobei die Beweislast umgekehrt ist, weil die Betriebe nun auch bei jedem anonymen Anwurf nachweisen müssen, dass sie sich korrekt verhalten. Sonst drohen Sanktionen. Da Petzern aus ihren ‚Hinweisen‘ keinerlei Nachteile erwachsen dürfen, ist der Missbrauch programmiert. Durch das Androhen einer Anzeige lassen sich Kündigungen verschleppen, Abfindungen optimieren und Beförderungen erpressen. Zudem kann man nun jederzeit gefahrlos Vorgesetzte und Kollegen diskreditieren. Die Firma muss das intern verfolgen oder den Staat einschalten. Das ist zeitraubend, kostspielig und aufwendig. Während der Nutzwert für Diskriminierte übersichtlich bleiben dürfte, ist der erzieherische Effekt unbestreitbar. Durch das Gesetz verfügt der Staat nun in allen größeren Unternehmen über eine Art Blockwartssystem, das Betriebsleitungen und Belegschaften auf Kurs hält. Das garantiert vorausseilenden Gehorsam und dürfte der eigentliche Sinn der Sache sein.

Die Taktik, Widerspruch als unmoralisch hinzustellen und verletzte Gefühle zu heucheln, um inhaltliche Debatten zu verweigern, beherrschte die Altkanzlerin meisterlich. Heute ist diese Spielart emotionaler Manipulation die Norm.

Höhere Moral täuscht ethische Substanz vor und verleiht dem Ankläger Autorität. Das spiegelt sich in Phrasen wie ‚Follow the Science‘, die suggerieren, dass ‚Wissenschaft‘ ein dogmenbewehrter Glaubenskanon ist, dem sich jeder zu unterwerfen hat. In Wahrheit ist Wissenschaft die ergebnisoffene Suche nach der jeweils weniger falschen

Tageswahrheit, mithin der Todfeind jeden Dogmas und das genaue Gegenteil absoluter Orthodoxie.

Doch es handelt sich um einen manipulativen Trick. Wer sich anmaßt anderen vorzuschreiben, wie sie Dinge zu sehen haben, vermag den Übergriff selten rational zu begründen. Also baut er emotionalen Druck auf, setzt auf wuchtige Worte und große Gefühle, gibt sich selbstlos und schiebt Schwächere vor. Das verfehlt so gut wie nie seine Wirkung, weil es die Vernunftreflexe der Gegenseite abwürgt.

Wer wegen des Klimawandels CO<sub>2</sub>-Opfer verlangt, behauptet gern, dass gerade Arme besonders unter der Hitze zu leiden hätten. Da niemand hilflose Arme schädigen will, sichert ihm das Polypunkte. Tatsächlich jedoch leiden arme Leute vorrangig unter Armut. Durch billigere Energie könnten sie sich daraus befreien. Dann wären sie auch in der Lage, sich gegen Hitze zu schützen. So verdammt man sie dazu, in ihrem Elend zu verharren.

Ähnlich sieht es mit der Hypersensibilität aus, die alte weiße Kerle wie ich gegenüber ganzen Gruppen an den Tag zu legen haben, um nicht auf den seelischen Narben herumzutampeln, die meine Vorfahren angeblich verursacht haben. Das Minenfeld der Befindlichkeiten ist gespickt mit Sprengsätzen von ‚systemischem Rassismus‘ über ‚Islamophobie‘ bis hin zu ‚hetero-patriarchalen‘ Allüren. Nur geht es dabei so gut wie nie um konkrete Einzelne, denen ich zu nahegetreten bin, sondern um abstrakte Opferkollektive, auf die ich gefälligst Rücksicht zu nehmen habe. Selbsternannte Sittenwächter behaupten zu wissen, welche Sensibilitäten ihre Mündel entwickeln. Daraus leiten sie ab, wie andere sich ihnen gegenüber auszudrücken haben. Tun sie das nicht, verletzen sie angeblich die Parameter politischer Korrektheit. Man unterstellt ihnen, Schwächere erniedrigen und verletzen zu wollen. Dem Vorwurf wollen sich die Wenigsten aussetzen. Also fügen sie sich der Sprechvorgaben. So kontrollieren die Sittenwächter die semantische ‚Compliance‘ der Sprecher.

Tatsächlich sind ihnen die Gefühle der angeblichen Opfer egal. Es geht um Macht. Wer die Sprache vorgibt, beherrscht das Denken. Der Befindlichkeitskanon dient einem psychologischen Trick.

Der Dreh dabei besteht in der Verbindung des Schuldvorwurfs mit der Beweislastumkehr. Denn wie weise ich nach, dass ich Artgenossen aus echter Neugierde nach ihrer Herkunft frage, und nicht, um sie zu düpieren? Was darf ich einer Frau überhaupt noch erklären, ohne mich dem Vorwurf des ‚Mansplaining‘ auszusetzen? Und nicht zuletzt: Wie operiere ich auf kulinarischer Ebene? Selbst wenn ich aus Tierliebe aufs Verzehren von paniertem Kalbfleisch in Paprikasauce verzichte, so dass ich keine Gefahr laufe, irgendwelche ‚Zigeunerschnitzel‘ zu ordern, wie ordere ich korrekt jene heiß umstrittene Schaumwaffel mit Schokoladenüberzug, die im Gazastreifen und in vielen arabischen Ländern bis heute ‚Sklavenkopf‘ heißt und bei uns früher ‚Negerkuss‘ hieß?

Fragen über Fragen. Das neue non-binäre Gleichstellungsgesetz macht das Leben auch nicht leichter. Grundsätzlich ist es mir schnuppe, ob jemand, der bis gestern Georg hieß, sich heute Georgine nennt. Er oder sie möge damit glücklich werden. Doch wenn ich jemanden, der 63 Jahre lang als Kerl durchs Dasein gestiefelt ist, plötzlich zur Frau erklären soll, weil der Staat mir sonst empfindliche Strafen androht, werde ich bockig. Es macht einen erheblichen Unterschied, ob ich mir aus Höflichkeit auf die Zunge beiße und die Schrullen meiner Artgenossen toleriere oder mich die Obrigkeit zum Lügen zwingt.

Der amerikanische Rechtswissenschaftler Robert P. George wies in einem Podcast mal auf den entscheidenden Unterschied zwischen autoritären und totalitären Regimen hin. Diktaturen begnügen sich in der Regel damit, Leuten zu verbieten, die Wahrheit zu sagen. Totalitäre Systeme zwingen sie zum Lügen. Der Grund dafür ist simpel und liegt in der Macht über den Einzelnen. Jede Lüge aus Feigheit ist ein Selbstverrat, der den Lügner klein macht und ihn innerlich schwächt.

Mittlerweile lassen Verlage Texte toter Autoren durch ‚sensible Leser\*innen‘ prüfen, um sie von Begriffen zu bereinigen, die bei ‚verwundbaren und ungeformten Denkern kognitive Dissonanzen‘ auslösen könnten. So bleiben neben Astrid Lindgrens ‚Negerkönigen‘ inzwischen auch Roald Dahls ‚fette Kinder‘ auf der Strecke. Parallel marschieren Ian Flemings fleischeslustige James-Bond-Romane durch

den semantischen Veganisierer. Vor weit über zehn Jahren schrieb ich mal in einer Eloge auf Lindgren:

*„Man gewinnt nichts, wenn man Pippi Langstrumpf dem Paste-and-Copy-Modus plagiiender Minister unterwirft. Die Internationale der Blindwütigen wird trotzdem Rassismus kreischen. ... Wir leben am Ende eines literarischen Zeitalters. Zu Guttenberg trägt Gutenberg zu Grabe. Aber zu Guttenberg und die sterilisierte Pippi sind zwei Seiten derselben Medaille. Da entfaltet sich die gleiche frivole Ignoranz, die alles Echte fürchtet und ständig von Authentizität faselt. Das Ausloten der eigenen Ahnungslosigkeit als notwendiges Wagnis, das eventuell in die Erkenntnis führt, ist viel zu anstrengend. Lieber wissen wir Bescheid und halten uns für informiert. Insofern erleben wir nicht nur das Ende der Literatur, sondern auch das der Aufklärung. (...) Aktualisierende Eingriffe berauben Texte ihrer historischen Dimension, pervertieren gestrige Wirklichkeit, machen Versagen, Schwächen und Stärken unkenntlich. Sie töten die Irritation, den Denkanstoß und das Gedächtnis. Das ist so barbarisch wie dumm.*

*Man muss dabei nicht sofort an verbrannte Bibliotheken in Timbuktu und verbannte Autoren in Deutschland denken, ans Wegretuschieren erschossener Politiker auf stalinistischen Propagandafotos oder Orwells Neusprech. Aber es liegt nahe. Denn die Freiheit der Kunst und unser literarisches Erbe bleiben auf der Strecke. Lügen machen die Welt nicht besser. Sie produzieren bloß Verblödung und Feigheit. Müllkippen, die man Entsorgungsparks nennt, stinken trotzdem zum Himmel. Keimfreier Brei soll Kindern guttun? Es ist der perfekte Weg, um ihr seelisches Immunsystem kaputt zu machen, ihre Herzen und Sinne zu verkleistern und ihnen die Zukunft zu stehlen. Toleranz hat nichts mit Konfliktscheu zu tun. Sie erfordert Haltung, gelegentlich auch Mut. Keine Doppelzüngigkeit. Sonst entscheiden bald Rechtgläubige, wem die Zunge herausgeschnitten wird, damit er oder sie vor der Hinrichtung nicht mehr zum Volk sprechen kann. So wie die Kurie bei Giordano Bruno, bevor sie ihn auf dem Campo dei Fiori verbrannte, weil er gewagt hatte, Gott universell zu denken.“*

Lange her. Damals durfte ich noch öffentlich eine Lanze für Lindgren brechen. Inzwischen toben akademisierte Taliban durch

die Verlage, Staatsfunk und Behörden. Sie opfern ihrer Ideologie Geschmack, Geschlecht und Grammatik. Auf amtlichen Formularen haben nun auch Hundebesitzer die Option, ihre Vierbeiner für non-binär zu erklären. In Werbung und auf ‚Netflix‘ geht es unerhört ‚divers‘ zu, und bis vor kurzem beglückte noch eine vermeintlich feministische Außenministerin das Publikum durch eigenwillige Wortakrobatik, 360-Grad-Pirouetten und beiläufige Kriegserklärungen. Als Stand-up-Kobold\*in einer Comedy wäre die Dame brilliant. Tragischerweise wechselte sie zur UNO.

## Feministische Außenpolitik

Im Herbst 2022 flog Außenministerin Baerbock gemeinsam mit der gleichfalls grünen Kulturstaatsministerin Claudia Roth unter viel Pomp und CO<sub>2</sub>-Ausstoß nach Nigeria, um dort 22 Bronzen zu überreichen, die zuvor als angebliche ‚Raubkunst‘ in deutschen Museen geschlummert hatten. Sie sprach dabei von der ‚ersten Restitution kolonialer Beutekunst‘, tat demonstrativ Abbitte für koloniale Verbrechen und bekannte sich zur deutschen Schuld.

Die Geste hatte zwei entscheidende Schönheitsfehler: Es gab zwar deutsche Besitzungen in Togo und Kamerun, aber das heutige Nigeria gehörte nach der Berliner ‚Kongo-Konferenz‘ weitestgehend zum britischen Empire. Zudem stammen die Bronzen aus dem Königreich Benin. Das lebte jahrhundertlang vom Sklavenhandel, und zwar schon lange vor dem Auftauchen der ersten Europäer. Baerbock restituierte da also nicht die Urenkel einst geraubter Afrikaner, sie beschenkte die Nachfahren der Menschenräuber.

Das Deutsche Reich hat üble Kolonialverbrechen begangen. 1904 ließ Lothar von Trotha als Kommandeur der Schutztruppe in ‚Deutsch-Südwest‘ 80.000 Hereros und Nama in die Omaheke-Wüste treiben. Ein Jahr später erstickte Gustav Alfred Graf von Götzen den sogenannten Maji-Maji-Aufstand in Ostafrika durch eine Politik der verbrannten Erde, die Abertausende das Leben kostete. Doch Afrika ist groß. Lagos und Daressalam liegen etwa so nah beieinander wie Berlin und Kabul.

Benin war eine zentrale Drehscheibe für An- und Verkauf verschleppter Menschen. So wurde es sagenhaft reich. Der Kunsthistoriker Nikolaus Bernau schreibt im *Cicero*, dass die Tradition, Adel und Priester auf Büsten darzustellen, mindestens bis ins 13. Jahrhundert zurückgeht. Später handelten Portugiesen, Holländer und Briten mit Artefakten aus Benin, die in Europa äußerst beliebt waren. Als die USA und Großbritannien Anfang des 19. Jahrhunderts dann den transatlantischen Sklavenhandel verboten, verfiel die Macht des Königshauses.

Also fing es an, seine Schätze zu veräußern. Das, so Bernau, sei einer der Gründe dafür, weshalb viele Bronzen schon lange vor der Plünderung des Palasts durch britische Soldaten im Jahr 1897 auf dem westlichen Kunstmarkt landeten, und eben deshalb sei es irrig, alle Büsten als ‚Raubkunst‘ zu bezeichnen.

Inzwischen hat Nigerias Staatspräsident Mohammedu Buhari die Baerbock-Bronzen an Oba Ewuare II. übergeben, den Nachfolger der Könige von Benin. Sie werden nicht wie geplant öffentlich ausgestellt, wofür die deutsche Regierung Nigeria bereits diverse Millionen geschenkt hat, sondern befinden sich wieder im Besitz des Oberhauptes eben jener Familie, die einst vom Sklavenhandel lebte. Die feine Ironie daran: In deutschen Museen hätten die Nachfahren der Verschleppten weit größere Chancen gehabt, mal einen Blick auf die Bronzen zu erhaschen.

Nigerias Regime ist notorisch korrupt. Doch es hat Zugriff auf Flüssiggas. ‚Nigeria LNG Limited‘ exportierte 2015 Erdgaserzeugnisse im Wert von 85 Milliarden US-Dollar. Da Deutschland seit Beginn des Ukraine-Kriegs kein russisches Erdgas mehr bezieht, braucht es frische Lieferanten. Das dürfte der wahre Grund für Baerbocks Ausflug gewesen sein. Fragt sich, wozu sie dann die Bronzen mitschleppen musste. Simple Handsalbe wäre ehrlicher gewesen.

Sofern die Außenministerin nicht in Afrika fiktive ‚deutsche Schuld‘ büßte, holte sie angebliche Justizangehörige aus Afghanistan ins Land. Gemeinsam mit Nancy Faeser ließ Baerbock bis zu 1.000 Afghanen monatlich einreisen, die vermeintlich durch die Taliban bedroht waren. Da es in Kabul keine deutsche Vertretung mehr gibt, stellen nun NGOs wie ‚Pro Asyl‘, Initiative ‚Kabul Luftbrücke‘ und ‚Neue Richtervereinigung‘ Listen mit Gefährdeten zusammen, die an die Botschaft im pakistanischen Islamabad gehen. Auch Axel Steiers ‚Mission Lifeline‘ mischt mit. Diese Organisationen fühlen sich allem Möglichen verpflichtet, nur nicht den Menschen, die die Afghanen aufnehmen sollen.

Im März 2023 berichteten Ulrich Thiele und Daniel Gräber im *Cicero* über einen Brandbrief des deutschen Botschafters in Pakistan.

Statt Verfolgter stünden vor allem Scharia-Richter auf den Listen der NGOs. Anscheinend nutze das Taliban-Regime die Baerbock-Initiative, um regimetreue Islamisten in die Bundesrepublik zu schleusen. *„Etwa 50 Prozent dieser Gruppe sind nach Erfahrungen der Botschaft keine Richter und Staatsanwälte mit klassischer Ausbildung, sondern Absolventen von Koranschulen, (...) geschult in der Scharia, im religiösen Rechts- und Wertesystem des Islam.“* Der Diplomat warnt: *„Die Erteilung von Aufnahmezusagen für Scharia-Gelehrte unterstützt die Unterwanderung unserer Rechtsordnung durch islamistische Kreise.“* Allein die ‚Neue Richtervereinigung‘ habe 700 angebliche Gefährdete benannt, wobei die Anträge *„sich in Struktur und Argumentation der Gefährdungslage auffallend ähneln und stellenweise wort- und inhaltsgleich sind“*. Der Botschafter schreibt, *„dass die Gefährdungsanzeigen möglicherweise über Mittelsmänner und gegen Geldzahlung verfasst und gestellt“* worden seien. Beim Prüfen der Fälle entstünden oft Zweifel an der Bedrohung der Antragsteller. *„Eine fundierte juristische Ausbildung, die im Gegensatz zu der in der Koranschule vermittelten Rechtsauffassung steht, ist hier nicht festzustellen“*, sagt er. *„Dies wird auch im Auftreten der Antragsteller und der Familienangehörigen im Visaverfahren deutlich: Frauen erscheinen beispielsweise komplett mit Burka/Niqab verschleiert und weigern sich bisweilen, zur Identifizierung ihren Schleier zu lüften.“* Auffällig sei zudem, dass die angeblich Bedrohten *„keinerlei Probleme bei der Beschaffung von Dokumenten/Pässen oder Visa für Pakistan“* hätten.

Als ‚Verschlussache‘ erwähnt der Diplomat zehn Einzelfälle. Neben den Namen der Männer, die jeweils mit bis zu zehn Angehörigen in die Bundesrepublik wollen, ist vermerkt, dass es sich um einen ‚Mullah mit Verbindung zu Taliban‘, einen ‚Scharia-Richter‘ oder einen ‚Mullah mit möglichem IS-Bezug‘ handelt. Der Botschafter rät dringend, den Antragstellern die Einreise zu verweigern und etwaige Einreisezusagen sofort wieder zurückzunehmen. Afghanische Scharia-Richter stellten ein hohes Risiko für andere Schutzsuchende dar. *„Es erschließt sich aus Sicht der Botschaft nicht, weshalb Aufnahmezusagen für Personen mit radikal-islamischer Weltanschauung auf der einen Seite und LSGTBQi+-Angehörige auf der anderen Seite gleichermaßen vergeben werden können.“*

Zur Erinnerung sei hier nochmals auf die überwältigende Begeisterung der allermeisten Afghanen für die Scharia verwiesen. Eventuell kennen Baerbock und Faeser die Zahlen der Erhebung des ‚Pew Research Centers‘ nicht, aber sie wissen grundsätzlich, was sie Frauen in Deutschland so zumuten.

Kürzlich berichtete mir meine Schwester von einem Vorfall in Berlin-Schöneberg, bei dem ein Wildfremder eine Bekannte vor ihr auf der Straße zurechtwies, sie solle sich gefälligst anders anziehen. Die Frau war um die 60. Wegen der sommerlichen Temperaturen trug sie einen kurzen Rock. Der sie maßregelnde Mann kam offenbar aus dem islamischen Kulturkreis. Wie alt er war und wie behände sein Deutsch, entzieht sich meiner Kenntnis, aber ich bin nicht nur im Orient öfters Frauen mit Kopftuch oder Niqab begegnet. Ich vermag zu erkennen, welchen Grad an ‚Strenggläubigkeit‘ die Kluft jeweils verrät und was das über die politischen Vorlieben der Trägerin aussagt. Trotzdem bin ich noch nie auf die Idee gekommen, Muslimschwestern öffentlich anzugehen oder sie aufzufordern, ihre Frömmel-Tracht abzulegen. Dabei hätte ich dazu weit mehr Grund als ein irgendein Mensch, der zu Gast in meiner Kultur ist. Denn wenn eine bigotte Islamistin in Deutschland die ‚Flagge des Dschihads‘ zeigt, trägt sie ihre Ablehnung meiner Kultur offen zur Schau. Sie demonstriert damit gezielte Respektlosigkeit gegenüber Alteingesessenen wie mir. Falls sich also irgendwer belästigt und beleidigt fühlen darf, weil andere laufend seine traditionelle Lebensart attackieren, so ist es gewiss nicht der Orientale auf der Straße in Schöneberg.

Wohlgemerkt, die Szene spielte sich nicht auf der Neuköllner Sonnenallee ab, wo die meisten weiblichen Wesen längst unterm Kopftuch verschwunden sind und normal gekleidete Frauen mit bösen Blicken und abfälligen Bemerkungen bedacht werden, sondern in einem Berliner Bezirk, in dem vorwiegend sogenannte Bio-Deutsche wohnen, von denen nicht wenige Annalena Baerbock gewählt haben und Robert Habeck verehren.

## Das Denunziant\*innen-Paradies

Für die letzte grüne Familienministerin Lisa Paus ist ‚eine Frau eine Person, die sich selbst als Frau identifiziert‘. Wie Judith Butler sieht Paus das menschliche Geschlecht als ein soziales Konstrukt, das nichts mit Biologie zu tun hat. Diese Deutung ist inzwischen strafbewehrt und Gesetz. Flankierend schaffte Paus Einrichtungen, die legales Verhalten künstlich kriminalisieren. Über die Amadeu-Antonio-Stiftung der Ex-Stasi-Agentin Anetta Kahane richtete sie die ‚Online-Meldestelle Antifeminismus‘ ein, die ‚organisierte Angriffe auf Frauen, queere Menschen und Einrichtungen‘ dokumentieren sollte, darunter auch solche, die gar nicht justiziabel sind. Ziel ist das ‚Sichtbarmachen‘ des vermeintlichen Affronts, darum erfasst die Meldestelle alle Fälle, *„unabhängig davon, ob sie angezeigt wurden und unabhängig davon, ob sie einen Straftatbestand erfüllen oder unter der sogenannten Strafbarkeitsgrenze liegen. Relevant ist die antifeministische Dimension. Im Mittelpunkt stehen die Erfahrungen der Betroffenen“*.

Subjektives Empfinden ist ein weites Feld. Da die Kahane-Stiftung die Schwelle zur ‚antifeministischen Dimension‘ extrem niedrig ansiedelt, gelten nun auch all jene, die Gendern ablehnen, als ‚Antifeministen‘. Anzeigewürdig ist bereits der Besuch einer Veranstaltung, die *„unter Beteiligung bekannter Antifeminist\*innen“* stattfindet. Skepsis an der Sinnhaftigkeit ‚gendergerechter Sprache‘, flapsige Bemerkungen über ‚geschlechtsbezogene Studien‘ und Gleichstellungsbeauftragte landen so in der Nachbarschaft von mörderischem Fremdenhass. Das Verpetzen selbst ist ein Kinderspiel. Beatrice Achterberg hat es für die NZZ ausprobiert. *„Die Bestätigung der Meldung folgt sogleich per Mail mit bestem Dank vom ‚Antifeminismus-Monitoring-Team‘ der Amadeu-Antonio-Stiftung.“*

Neben gerade mal noch acht Lehrstühlen für Kernforschung gibt es inzwischen 173 Lehrstühle für Genderstudien. Trotzdem werden nicht nur Supermarkt-Kassiererinnen, sondern auch Krankenschwestern

immer noch lausig bezahlt. Frauenhäuser müssen wegen Geldmangel schließen, obwohl der Bedarf wächst, was allerdings selten erwähnt wird, weil es als ‚islamophob‘ gedeutet werden könnte. Klitoris-Beschneidungen finden inzwischen auch hierzulande statt. Junge Mädchen werden gegen ihren Willen außer Landes geschafft und verheiratet. Innerfamiliäre Gewalt nimmt zu, was sich in gesteigerter Kriminalität und Brutalität gegenüber Schwächeren ausdrückt. Davon betroffen sind vor allem Frauen, Schwule, Juden und Alte. Theoretisch gäbe es für eine Familienministerin also viel zu tun.

Stattdessen darf man abweichende Haltungen in ideologischen Fragen nun mit dem Segen der Obrigkeit öffentlich brandmarken. Da gibt es für empfindsame Seelen viel zu tun. Alle, die nicht brav in der Gender-Kirche beten, sind Renegaten und Demokratiefinde. Wer den Dressurakt verweigert oder Kontakt zu Leuten hält, die es tun, landet am Pranger. Die Maßnahme reist unter der Überschrift ‚Demokratie stärken‘. Sie ist eingebettet in das Programm ‚Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit‘, einst initiiert auf Betreiben Angela Merkels durch die Sozialdemokratin Manuela Schwesig, um ‚rechtsextreme, fremdenfeindliche und antisemitische Tendenzen‘ zu bekämpfen und ‚Modellprojekte‘ gegen ‚Islamfeindlichkeit, Antiziganismus, Antisemitismus, Homophobie und Transgender-Diskriminierung‘ zu fördern. 2015 lag der Etat noch bei 40 Millionen Euro. Acht Jahre später hatte er sich fast verfünffacht. Staatlich gesponserte Demokratierettung ist zu einer entscheidenden Einnahmequelle für NGOs geworden.

2018 plädierte der Politologe Yascha Mounk fürs ‚richtige Bestrafen‘ all derer, die ‚aus Hass‘ gegen die ‚multiethnische Gesellschaft verstoßen‘. Merkel-Nachfolger Olaf Scholz erklärte bei seinem Amtsantritt: *„Die größte Bedrohung für unsere Demokratie ist der Rechtsextremismus.“* Da die Grenzen zwischen ‚rechts‘ und ‚rechtsextrem‘ nicht nur im öffentlich-rechtlichen Sprachgebrauch zerfasern und mittlerweile fast jeder als ‚rechts‘ gilt, der der Regierung widerspricht, wächst die ‚rechte Bedrohung‘ exponentiell. Sie lauert überall. Das sichert

den Demokratierettern ständig neue lukrative Aufgabenfelder. Es schafft immer mehr Personalbedarf zur Überwachung der potentiellen Demokratie-Gefährder.

„Cancel Culture“, schrieb Michael Meyen im Frühjahr 2023 in der Zeitschrift *Tumult*, „stützt sich auf ein intellektuelles Prekariat, das um bezahlte Posten in Redaktionen und Universitäten buhlt, sowie auf eine Regierungspropaganda, die so tut, als ob Gleichberechtigung, Umweltschutz oder Antirassismus Avantgardethemen wären, entdeckt von einigen wenigen Aufgeklärten, durchzusetzen gegen eine Mehrheit von Ewiggestrigen“. Harald Martenstein bemerkte dazu in der *Welt*: „Wir haben ... wieder etwas, das es in einer Demokratie niemals geben dürfte, eine Staatsideologie, der man besser nicht widerspricht.“

Für die Publizistin Ulrike Stockmann erfüllt die Aufforderung zum Rufmord alle Kriterien ‚toxischer Weiblichkeit‘. Weibliche Aggression äußere sich mangels Muskelmasse selten physisch. Sie zöge subtilere Angriffe vor. Gegen üble Nachrede könne sich ein Opfer viel schlechter wehren als gegen eine offene Konfrontation. Falls es die Diffamierung überhaupt mitbekomme, müsse es den Anwurf entkräften und seine Unschuld beweisen, was oft unmöglich sei. Als etwa die ‚Klima-Aktivistin‘ Luisa Neubauer bei ‚Anne Will‘ behauptete, der ehemalige Präsident des Verfassungsschutzes Hans-Georg Maaßen verbreite ‚antisemitische und rassistische Inhalte‘, konnte sie dafür keine Belege liefern. Trotzdem griff die CDU-Politikerin Karin Prien den Vorwurf sofort auf, weil er ihr half, ein Parteiausschlussverfahren gegen den ungeliebten Maaßen einzutüten. Dabei unterstützten sie verschiedene politisch interessierte Kräfte, wie der Antisemitismusbeauftragte des Bundes Felix Klein.

Klein erregte sich über einen Tweet Maaßens, in dem der von ‚eliminatorischem Rassismus gegen Weiße‘ gesprochen hatte. Damit, so Klein, habe Maaßen ‚die Grenze demokratischer Legitimität ganz klar‘ überschritten. Den Begriff ‚eliminatorischer Antisemitismus‘ habe der Historiker Daniel Jonah Goldhagen geprägt, um NS-Verbrechen zu charakterisieren. Wer die Formulierung in einer Weise wie Maaßen benutze, relativiere die Morde der Nazis und erkläre

die Täter zu Opfern. Das sei typisch für rechtsextremistische, antisemitische Hetze.

Klein fantasiert. ‚Eliminatorischer Rassismus‘ und ‚eliminatorischer Antisemitismus‘ sind nicht dasselbe. ‚Eliminieren‘ heißt ‚auslöschen‘. Goldhagen hat darauf so wenig ein Copyright, wie rassistisches Verhalten ausschließlich weiß ist. Tatsächlich kann nur jemand, der noch nie von der Versklavung christlicher Europäer durch die Osmanen oder die Barbaresken-Korsaren gehört hat, überhaupt auf die Idee kommen, dass Maaßens Aussage sich zwangsläufig auf die Shoah beziehen muss. Denn nur so jemand kann der Wahnvorstellung anhängen, dass bloß weiße Menschen Rassisten sein können. Aber fußend auf dieser Fiktion bezichtigt Klein Maaßen der Judenfeindlichkeit. Tatsächlich ist das völlig haltlos. Aber er bleibt damit nicht allein. Auch andere, die es eigentlich besser wissen müssten, werfen Maaßen nun vor, in den ‚antisemitischen Giftschrank‘ zu greifen.

Nachdem Maaßen auf einer Feier der Schweizer Weltwoche neben dem Entertainer Harald Schmidt fotografiert worden war, schlug das in sozialen Netzwerken Wellen. Maaßen kommentierte die hysterische Empörung mit dem Satz: *„Geschichte wiederholt sich. Die Nazis von heute sind im Unterschied zu ihren Vorfahren so verblödet, dass sie noch nicht einmal merken, dass sie Nazis sind.“* Daraufhin zeigte Jens-Christian Wagner, der Leiter der Gedenkstätten Buchenwald und Dora-Mittelbau, Maaßen wegen ‚Volksverhetzung‘ an.

Wagner ist ‚Chevalier dans l’Ordre des Palmes Académiques‘. Den ‚Ritter im Orden der akademischen Palmen‘ stört der Missbrauch des Wortes ‚Nazi‘ nicht, solange er Konservative wie Maaßen trifft, aber sobald der ihn geifernden Linken als Spiegel vorhält, macht er sich zum Juden, verharmlost den Holocaust und verhetzt das Volk.

Wagner folgt der Linie Joschka Fischers, der den Begriff einst als linkspopulistische Allzweckwaffe gegen ‚Rechte‘ in Stellung brachte. Theoretisch hätte Wagner auch Fischer schon 2017 wegen gemeingefährlicher Verharmlosung des Holocausts anzeigen müssen. Doch das tat er nie, weil Fischer für ihn auf der Seite der Guten steht. Letztlich geht es hier ja auch nicht um das geschändete Andenken ermordeter

Juden, sondern darum, die eigene Deutungshoheit zu wahren und die ‚Rechten‘ davon abzuhalten, den Spieß umzudrehen und den Doppelstandard der ‚Linken‘ zu entlarven.

2023 installierten die rot-grünen Machthaber einen Internet-Schandpfahl, der ‚falsche‘ Meinungsäußerungen kriminalisiert. Begleitend ersannen staatsbesoldete ‚Historiker‘ abenteuerliche Assoziationsketten, um politische Gegner zu Parias zu stempeln.

Vielleicht sollten all diejenigen, die Maaßen Antisemitismus unterstellen, sich lieber mal mit dem judenfeindlichen Verhalten von Lisa Paus beschäftigen. Die stimmte 2019 zusammen mit Claudia Roth und anderen im Bundestag gegen einen fraktionsübergreifenden Antrag, die BDS-Kampagne nicht mehr mit Steuergeldern zu unterstützen. ‚Boycott, Divestment and Sanctions‘ ruft seit 2005 zum weltweiten wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Ausgrenzen des jüdischen Staats und seiner Bewohner auf. Das zielt nicht nur auf Waren und Dienstleistungen ab, sondern auch auf Künstler, Wissenschaftler und Sportler.

BDS dämonisiert Juden und sucht ihr Überleben in Israel unmöglich zu machen. In seiner Radikalität geht es weit über die Forderungen des Nazi-Boykotts vom April 1933 hinaus, als Joseph Goebbels landesweit jüdische Warenhäuser, Geschäfte, Banken, Arztpraxen und Rechtsanwaltsbüros belagern ließ. Damals postierten sich uniformierte Schläger in SA-Uniformen vor den Eingängen jüdischer Läden und bedrohten die Kunden. Fenster und Fassaden wurden mit Davidsternen, Hakenkreuzen und Parolen wie *„Deutsche, wehrt Euch! Kauft nicht beim Juden!“* beschmiert. Lautsprecherwagen rollten durch die Straßen. Der ‚Stahlhelm‘ und die SS marschierten auf. Zuvor schon hatten SA-Trupps jüdische Geschäfte geplündert und deren Inhaber verprügelt. Was sich da im Detail abspielte, hat mir eine ältere Dame aus New York geschildert, die es als knapp neunjähriges Mädchen im sogenannten Scheunenviertel miterlebte.

Die Aktion markierte den offiziellen Auftakt der ‚Vertreibung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben‘. Sie diente der Vernichtung jüdischer Existenzen und der ‚Arisierung‘ des Alltags. Die Absicht war

damals so offensichtlich, wie sie es heute bei den Appellen von BDS ist. Dennoch konnten Grüne wie Lisa Paus sich nicht dazu durchringen, den Boykott-Unterstützern die staatliche Förderung zu streichen. Jürgen Trittin, der sich als Student in kommunistischen K-Gruppen tummelte, um später als ‚Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit‘ zu versprechen, die sogenannte Energiewende werde deutsche Haushalte monatlich nicht mehr kosten als eine Kugel Eis, brach in der *taz* eine Lanze für die Israelhasser. Man dürfe BDS nicht ‚als Ganzes für antisemitisch‘ erklären, sagte er. Das schaffe ein ‚Klima der Einschüchterung‘ und stelle ‚weite Teile der palästinensischen Bevölkerung in die antisemitische Ecke‘.

Schönheit wohnt im Auge des Betrachters. Trittin mag der Meinung sein, dass eine ‚Einschüchterung‘ darstellt, aggressiven Judenhassern keine Steuergelder hinterher zu werfen. Für mich stellen sich zugereiste Araber selbst in die judenfeindliche Ecke, wenn sie über den Berliner Kurfürstendamm ziehen und *„Jude, Jude, feiges Schwein, komm heraus und kämpf‘ allein!“* brüllen. Trittin vertauscht da Ursache und Wirkung und stilisiert Angreifer zu Opfern. Aber an der Stelle bleiben der Antisemitismusbeauftragte Felix Klein und der Gedenkstättenverwalter Jens-Christian Wagner seltsam stumm. Auch sonst zuckt kaum einer. Mir ist eher nach Schreien zumute. Für mich greifen da vorgestern und übermorgen ineinander, wobei das Übermorgen längst Gegenwart ist.

## Sozialdemokraten und Islamisten

Was Meinungsfreiheit anlangt, setzte die Ampel-Regierung fort, wo Angela Merkel aufhörte. Sie spannte in großem Stil rot-grüne Vorfeldorganisationen ein, die als steuerfinanzierte ‚Aktivisten‘ und ‚NGOs‘ die sogenannte Zivilgesellschaft zu einem ‚Bollwerk gegen Extremismus‘ ausbauen sollen. Antonio Gramsci skizzierte dieses Modell vor knapp hundert Jahren in den *Gefängnisheften* als ‚integralen Staat‘, der die Hegemonie der herrschenden Klasse verteidigt.

Über ‚Demokratiefördermaßnahmen‘ sind zahllose parteinahe, scheinunabhängige Helfer engagiert, die für ‚Diversität, Identität und Gleichstellung‘ werben, rastlos den Rassismus der Mehrheit beklagen und acht Jahrzehnte nach Hitlers Tod unermüdlich gegen ‚Nazis‘ aufstehen. Sie geißeln fossile Energien, Kapitalismus und Patriarchat, dekonstruieren Grammatik und Sprache, verbannen Bücher, löschen Straßennamen und entfernen ‚anstößige‘ Kunstwerke von Plätzen und aus Museen.

Wer wie ich noch aus der analogen Steinzeit stammt, wo zwei und zwei vier ergaben, egal, wer rechnet, stolpert nun darüber, dass Mathematik plötzlich weiß und patriarchal, Sprache Gewalt, und Wissenschaft sexistisch ist. Angesichts globaler Exzesse ethnischer Gräueltaten irritiert ihn auch die Tatsache, dass nur noch blasshäutige Menschen Rassisten sein dürfen, oder, obwohl Geschlechter offiziell obsolet sind und keine Rolle mehr spielen, ‚heteronormatives Verhalten‘ toxisch sein soll. Solche Anschauungen greifen flächenbrandartig um sich und alle Welt plappert sie nach. So steht der Albtraum Hannah Arendts wieder auf.

Arendt besuchte im Winter 1949/1950 erstmals nach dem Krieg Deutschland und berichtete anschließend in dem Essay *„The Aftermath of Nazi Rule: Report from Germany“*, der ‚wohl hervorstechendste und auch erschreckendste Aspekt deutscher Realitätsflucht‘ liege in der Haltung, systematisch Tatsachen zu Meinungen zu erklären und Meinungen als Fakten zu präsentieren.

*„Die Lügen totalitärer Propaganda unterscheiden sich von den gewöhnlichen Lügen, auf welche nichttotalitäre Regime in Notzeiten zurückgreifen, vor allem dadurch, daß sie ständig den Wert von Tatsachen überhaupt leugnen: Alle Fakten können verändert und alle Lügen wahrgemacht werden. Die Nazis haben das Bewußtsein der Deutschen vor allem dadurch geprägt, daß sie es darauf getrimmt haben, die Realität nicht mehr als Gesamtsumme harter, unausweichlicher Fakten wahrzunehmen, sondern als Konglomerat ständig wechselnder Ereignisse und Parolen, wobei heute wahr sein kann, was morgen schon falsch ist.“*

2024 kosteten allein die Programme ‚Demokratie leben!‘ und ‚Zusammenhalt durch Teilhabe‘ geschätzte 212 Millionen Euro. Doch da die Projekte ‚zur Förderung der Demokratie und Stärkung der Vielfalt‘ überwiegend identitätspolitisch ambitioniert sind, tragen sie wenig zur gesellschaftlichen Befriedung bei, sondern vertiefen bloß die Risse. Denn die ‚Feinde der Demokratie‘ sind grundsätzlich deutsch und rechts. Wobei ‚rechts‘ weit gefasst ist. Längst müssen es sich auch CDU-Mitglieder gefallen lassen, dass Jungjournalisten des Staatsfernsehens sie ‚Nazis‘ nennen.

Theoretisch sollen Regierungen dem Volk dienen, statt es zu erziehen. Praktisch beauftragen Regierungen immer mehr linke Initiativen, Stiftungen und Vereine, um dem Souverän Nachhilfe in gewünschter Gesinnung zu geben. Denkt das Volk eigenständig, denkt es im Zweifelsfall falsch.

Die Betreuung der mentalen Hygiene ähnelt der Impflöge der Corona-Republik: Alle stehen präventiv unter Generalverdacht. Nur wer sich den Maximen ‚unserer Demokratie‘ unterwirft, darf am gesellschaftlichen Leben teilnehmen. Wen der Staat zulässt oder ihm die Bürgerrechte abspricht, bestimmt die Obrigkeit, wie im rheinland-pfälzischen Ludwigshafen, wo die Sozialdemokraten bei der Bürgermeisterwahl den Erfolg der AfD befürchteten und deshalb deren Kandidaten von der Wahl ausschlossen. Der Wahlausschuss, dem die amtierende Bürgermeisterin und ehemalige SPDlerin Jutta Steinruck vorsteht, bestellte beim Inlandsgeheimdienst ein ‚Gutachten‘ über die ‚Verfassungstreue‘ des Spitzenkandidaten der Konkurrenz.

Der Mann heißt Joachim Paul, ist verbeamteter Lehrer und sitzt seit 2016 im Parlament. Formal erfüllt er alle Kriterien, um zu kandidieren, und über mehr haben Wahlausschüsse in einer liberalen Demokratie eigentlich auch nicht zu entscheiden. Über politische Inhalte urteilen die Wähler. Die Ex-Genossin ermächtigte sich dennoch dazu. Sie bestellte Pauls Begutachtung beim ‚Verfassungsschutz‘. Der untersteht dem SPD-Innenminister Michael Elbing, der alle AfD-Mitglieder vom öffentlichen Dienst ausschließen möchte. Elbings Geheimdienstler erstellten also für Steinruck ein elfseitiges Papier. Darin bescheinigen sie Paul, J. R. R. Tolkiens *Herr der Ringe* wegen seiner ‚konservativen Geisteshaltung‘ zu schätzen und Seminare zum ‚Nibelungenlied‘ angeboten zu haben. Zudem zitieren sie einen Artikel, in dem Paul erläutert, dass er islamische Migration nicht als Bereicherung sieht und den Anstieg von Gewaltkriminalität auf mangelnde Bildung und Clan-Strukturen zurückführt. Mehr Inkriminierendes haben sie nicht gefunden. Deshalb listeten sie zusätzlich noch minutiös auf, wo und wie Paul Menschen begegnet sein könnte, die eventuell mit Rechtsextremen verkehren oder sogar Personen kennen sollen, die als ‚gesichert rechtsextrem‘ gelten.

Die fraglichen Passagen des ‚Gutachtens‘ sind extrem spekulativ. Sie suggerieren eine mögliche ‚Kontaktschuld‘ Pauls, ohne einen einzigen greifbaren Hinweis zu liefern, dass er selbst rechtsextrem ist. Steinrucks parteiischem Wahlausschuss reichten vage Spekulationen. Sie erklärten Paul kurzerhand für verfassungsfeindlich, entzogen ihm das passive Wahlrecht und schlossen ihn von der Wahl aus.

In der Geschichte der Republik ist das ein einmaliger Vorgang. Formaljuristische Willkür, um die Konkurrenz aus dem Weg zu kegeln, widerspricht allem, was das Grundgesetz zum Durchführen fairer und freier Wahlen vorgibt. Paul klagte dagegen per Eilantrag vor dem Verwaltungsgericht in Neustadt. Das lehnte seinen Antrag ab. Die Frage sei zu angeblich komplex, um sie noch vor der anstehenden Wahl zu behandeln. Damit bekommt Paul zwar vielleicht sogar später Recht, aber die Wahl ist dann längst gelaufen.

Anscheinend wissen die Verwaltungsrichter nicht, dass allein das Bundesverfassungsgericht Parteien verbieten darf. Erdreisten sich

irgendwelche Wahlausschüsse dazu, setzen sie sich über die Verfassung hinweg. Damit hebeln sie grundlegende demokratische Prinzipien aus. Erschreckend ist überdies, dass die Juristen sich für unfähig erklären, das Machwerk des Verfassungsschutzes zu beurteilen. Denn das ist so offensichtlich dürftig und dünn, dass jeder Laie es sofort erfasst.

Theoretisch soll der Inlandsgeheimdienst Gefahren für die freiheitliche Ordnung identifizieren und die Regierung und Öffentlichkeit darüber aufklären. Er ist nicht als politisches Werkzeug gedacht, das Herrschenden hilft, die Opposition klein zu halten. Es ist nicht sein Job, die Bürger einzuschüchtern, ihre individuelle Gesinnung zu kontrollieren oder sie politisch zu erziehen. Weder soll er die Opposition bekämpfen noch Wähler davon abhalten, für die ‚falsche‘ Partei zu stimmen.

Doch das ist graue Theorie. Denn Thomas Haldenwang, bis November 2024 oberster deutscher Verfassungsschützer unter der stramm linken Innenministerin Nancy Faeser, sah das deutlich anders. In der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* (FAZ) erklärte er, Meinungsfreiheit sei kein Freibrief. Sein Amt müsse sich auch um fragwürdige Haltungen kümmern, eben auch solche, die noch nicht strafbar seien. Bei ‚verbalen und mentalen Grenzverschiebungen‘ müsse man aufpassen, ‚dass sich entsprechende Denk- und Sprachmuster‘ nicht in der Sprache ‚einnisteten‘. Dabei sah er sich selbst in der Rolle des obersten Wächters. Drastischer hätte er sein gestörtes Verhältnis zur Verfassung kaum demonstrieren können.

Zugleich hatte die Gedankenpolizei mit dem Ehrgeiz islamischer Kalifatanhänger anscheinend keine Probleme. Das Kalifat sei ‚eine denkbare Staatsform von ganz vielen, die es weltweit‘ gebe, sagte er. Als ob das Ansinnen, die Scharia bei uns einzuführen, ganz harmlos sei und absolut kompatibel mit der freiheitlichen Grundordnung. Diese eigenwillige Sichtweise passt dazu, dass Haldenwang es schon für ein ‚fremdenfeindliches Argumentationsmuster‘ hielt, wenn jemand es auch nur wagte, von der ‚Islamisierung der Gesellschaft‘ zu sprechen. Denn die fand für Haldenwang bloß ‚angeblich‘ statt. Wer also die ‚vermeintlich zunehmende öffentliche Dominanz von Musliminnen

und Muslimen‘ zur Sprache brachte, rangierte bei ihm schon unter ‚rechtsextrem‘.

Ralf Schuler bemerkte dazu nur, dass der islamische Gottesstaat eben ‚keine reformierte Variante des demokratischen Rechtsstaats‘ ist, sondern dessen genaues Gegenteil. Wo islamische Migranten den Rahmen von Gedankenspielereien verlassen und darangehen, das Abschaffen der säkularen Verfasstheit der Gesellschaft aktiv zu organisieren, ist Haldenwangs Truppe dringend gefordert, Alarm zu schlagen und derlei Umtrieben Einhalt zu gebieten. Stattdessen verschwendet sie ihre Energie darauf, Dossiers über in Ungnade gefallene Vorgänger zu erstellen. Doch anders als importierte Kalifats-Fans will Hans-Georg Maaßen weder die Grundrechte beseitigen noch eine totalitäre Theokratie errichten.

Politische Beamte wie Haldenwang weigern sich zu erfassen, welche Bedrohung der politische Islam für jede freie Gesellschaft ist. Dabei sind die ersten Opfer der Islamisten immer die aufgeklärten Muslime, von denen sich viele längst auch bei uns nur noch unter Polizeischutz bewegen können, weil Fanatiker sie an Leib und Leben bedrohen. Da gäbe es für den Verfassungsschutz viel zu tun. Beschützen die Verfassungsschützer stattdessen Islamisten vor ihren Kritikern, helfen sie die Verfassung und die Demokratie zu beerdigen.

Anfang September 2022 löste Haldenwangs Dienstherrin Nancy Faeser den erst im Juni 2021 gegründeten Expertenkreis ‚Politischer Islamismus‘ auf. Das war vierzehn Tage nach dem Attentat auf Salman Rushdie, fast zeitgleich mit der Ermordung der 22-jährigen Mahsa Amini in Iran.

Beim Fördern gewünschter Gesinnung setzt die Regierung klare Prioritäten. Schon das Merkel-Kabinett gab 2016 für den ‚Kampf gegen rechts‘ das Hundertfache dessen aus, was sie in den Kampf gegen Linksextremismus steckte. Islamismus blieb dritträngig.

Tatsächlich gab es bereits 2016 mehr gewaltverliebte Anhänger des Propheten als rechtsradikale Eingeborene. Anteilig zur Gesamtbevölkerung kam etwa ein Dutzend erfasster Islamisten auf einen einheimischen Neonazi. Zudem war die größte rechtsradikale

Organisation im Land ein türkischer Import: Die ‚Grauen Wölfe‘ oder ‚Bozkurtlar‘ verfügen über geschätzte 18.000 Mitglieder, die auf rund dreihundert Ortsgruppen verteilt sind. Als paramilitärische Organisation gehen sie auf den rechtsradikalen Putsch-Oberst Alparslan Türkeş zurück. Die sich selbst ‚*Ülkücüler*‘ oder ‚Idealisten‘ nennenden Ultrationalisten sind von Haus aus klassisch ‚faschistisch‘, aber arbeiten bei Bedarf auch mit Religiösen zusammen, etwa, wenn es gegen Israel geht. Sie agieren weltweit. Ihre bevorzugten Ziele sind Kurden und Aleviten. Juden und Griechen mögen sie genauso wenig. Wie Recep Tayyip Erdoğan verehren sie den nationalistischen Publizisten Ziya Gökalp. Graue Wölfe definieren sich völkisch. Ihres Erachtens sind Turk-Stämme anderen Artgenossen überlegen und sollten sich zu einem großtürkischen Reich zusammenschließen. Als junger Mann stand ihr Gründer und langjähriger Führer Türkeş den Nationalsozialisten nahe und war Hitlers Kontaktperson in der Türkei.

1978 dann halfen ihm der CSU-Politiker Franz Josef Strauß und der Türkei-Fachmann beim Bundesnachrichtendienst (BND), die ‚Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealisten-Vereine in Deutschland‘ zu gründen. Im Gegenzug rief Türkeş seine hiesigen Anhänger auf, den christlichen Parteien beizutreten. Längst jedoch finden sich die Unterstützer der Grauen Wölfe auch in den Reihen der SPD und anderer Parteien. Für Irritation sorgte im Juli 2023 der einstige deutsch-türkische Nationalspieler Mesut Özil. Seine Brust ziert ein Tattoo mit einem heulenden Wolf und drei Halbmonden. Das Musterbeispiel für gelungene Integration trägt das Symbol der Grauen Wölfe auf der Haut.

Graue Wölfe sind deutlich gewalttätiger als vergleichbare deutsche Organisationen. Das ist dem Verfassungsschutz grundsätzlich bekannt. Trotzdem behauptete Faeser stets, dass die größte Gefahr für die Demokratie von ethnodeutschen Rechtsextremisten ausgehe.

Die Bundesanwaltschaft, die näher an der Realität arbeitet, beschäftigt sich mittlerweile fast nur noch mit Islamisten. Anders als der Verfassungsschutz, der überwiegend sogenannte Propagandadelikte erfasst, was die Statistik erheblich verzerrt, kümmert sich die Karlsruher

Behörde um echte Terrorrisiken. Ihre Zahlen zu ‚staatsgefährdender Kriminalität‘ sprechen eine deutlich andere Sprache: Laut der Neuen Zürcher Zeitung (NZZ) vom 31. 12. 2021 hatte die Behörde 2020 372 Verfahren gegen Islamisten eingeleitet, zehn gegen Rechtsextremisten und vier gegen Linksextremisten.

Spätestens seit dem 7. Oktober 2023 wird sichtbar, dass es weit mehr extremistische Mohammed-Anhänger als traditionelle Hitler-Fans gibt. Islamisten haben starken Zulauf und keinen Mangel an jungen Rekruten. Selbst der Verfassungsschutz räumt inzwischen ein, dass ‚die Bundesrepublik für den islamischen Staat (IS) und al-Kaida noch immer ein Hauptzielland‘ ist. Weiß man zudem, dass alle diffusen Hakenkreuzschmierereien und judenfeindlichen Parolen automatisch als ‚rechtsextrem‘ einordnet werden, wird klar, dass radikale Religiöse längst ein weit größeres Problem für die innere Sicherheit sind als Neonazis.

Derweil feiern deutsche Linksextremisten mit unlängst zugereisten Judenhassern öffentlich Verbrüderung. Ganz neu ist diese Querfront nicht. Im Herbst 1969 gründete der ‚Kommunarde‘ Dieter Kunzelmann die ‚Tupamaros West-Berlin‘. Mit einer Handvoll Genossen reiste er nach Jordanien in ein Camp der palästinensischen ‚Fatah‘, um dort bei Jassir Arafats Leuten Bombenbau zu erlernen. Am 9. November, anlässlich des 31. Jahrestags der ‚Reichskristallnacht‘, plante die Kunzelmann-Truppe das jüdische Gemeindehaus in der Westberliner Fasanenstraße zu sprengen. Einer ihrer ‚Aktivisten‘ parkte dort eine Bombe, die von Peter Urbach stammte. Urbach versorgte die linke Szene mit Waffen, Molotowcocktails und Sprengstoff. Zu seinen Kunden zählten auch Andreas Baader und Horst Mahler. Der Sprengsatz sollte während der Feierstunde im Festaal hochgehen, was Dutzende von Toten produziert hätte. Doch der Zeitzünder war defekt, was eventuell an Urbach lag, der für den Verfassungsschutz arbeitete, der ihn als Agent provocateur einsetzte und ihm später außer Landes half.

Doch deutsche Linke und arabische Judenhasser kooperierten weiterhin eng, ob beim Terror von München oder in Entebbe. Ihr Zusammenspiel waberte durch die Büros der Stasi in Ostberlin und intellektuelle Zirkel im Westen. Es versiegte auch nach dem Fall der Mauer

nie. Theoretisch müsste Nancy Faeser wissen, welche Querverbindungen es da bis heute gibt, und selbst Thomas Haldenwang hätte auffallen können, dass die internationale Sektion von ‚Fridays for Future‘ die Hamas schon seit Jahren preist.

Legte Faeser vor diesem Hintergrund eine gerade erst gegründete Expertenrunde auf Eis, so wollte sie das Problem verschleiern. Damit sandte sie ein klares Unterwerfungssignal an die islamischen Verbände, ähnlich wie die beschämende Nicht-Reaktion von Kanzler Olaf Scholz auf den Affront von Mahmud Abbas bei dessen Berlin-Besuch.

## Fluide Identitäten

Nancy Faeser war nicht allein. Lisa Paus, ihre grüne Kollegin im Familienressort, die sich selbst zur ‚Bundesgesellschaftsministerin‘ ernannte, ließ Internet-Pranger errichten, an denen Denunzianten andere nun anonym angeblicher Hassrede bezichtigen können. So rückte sie Äußerungen, die ‚unterhalb der Strafrechtsgrenze‘ lagen, in die Nähe von mörderischem Rassismus. Das sollte Oppositionelle einschüchtern und die Bevölkerung auf Linie trimmen. Faktisch hebelte sie so das Prinzip ‚keine Strafe ohne Gesetz‘ aus und öffnete Gesinnungswillkür Tür und Tor.

Freie Rede ist das Fundament freier Gesellschaften. Diktaturen beginnen immer mit Zensur. Der englische Philosoph Roger Scruton schrieb mal: *„Die Meinungen der Mehrheit können falsch sein, die Wünsche der Mehrheit können böseartig sein, die Stärke der Mehrheit kann gefährlich sein. Deshalb gibt es jemanden, der wichtiger ist als die Mehrheit, nämlich die Person, die anderer Meinung ist. Diese Person müssen wir schützen.“*

Meinungsfreiheit ist kein Luxus, sondern die Grundlage für Vernunft und gesellschaftliche Gerechtigkeit. Ohne das freie Wort geht es immer ungerecht zu. Deutschland war in den letzten neunzig Jahren Schauplatz zweier mörderischer Diktaturen. Das Grundgesetz garantiert Meinungsfreiheit. Die hat der Staat auch und gerade dann zu gewährleisten, wenn die Meinung sich gegen die Mächtigen richtet. Die Gesinnung der Bürger geht den Staat nichts an. Es ist grotesk, wenn der Verfassungsschutz sich auf ‚verbale und mentale Grenzverschiebungen‘ stürzt, um die Vorherrschaft der Machthaber mit Gummiparagrafen durchzusetzen. Die Gestapo und die Stasi sind abgeschafft. Falls Haldenwang und seine Nachfolger da Nostalgie entwickeln, gehören sie schleunigst ihrer Pflichten entbunden.

Kaum ein Wort ist schwammiger als ‚Hassverbrechen‘. Gefühle sind weder einklagbar noch justiziabel, und selbst wenn man freie Rede verbietet, wird das niemanden davor bewahren, sich durch irgendwelche

Äußerungen verletzt zu fühlen, falls er oder sie sich dadurch verletzt fühlen will.

Identitätsideologen sehen das anders. George P. Davison, damals Direktor der ‚Grace Church High-School‘ in Manhattan, sagte 2019, die ‚Effekte von Worten‘, seien vergleichbar mit dem ‚Gebrauch einer Pistole oder eines Messers, um jemanden zu töten oder zu verletzen‘. Offenbar wusste der Mann nicht, dass es einen Unterschied macht, ob man mit Worten oder Äxten um sich wirft. Doch nach der sogenannten Sprechakttheorie, die auf Judith Butler zurückgeht und von der anscheinend auch viele weibliche Politiker bei uns überzeugt sind, ‚formen‘ Worte die Dinge.

Der Ansatz folgt der Logik, dass Sprache das Denken prägt, was sich in Taten niederschlagen kann. Das stimmt bisweilen. Trotzdem versetzen Worte keine Berge. Sie schaffen höchstens virtuelle Welten. Die wirken mitunter in der Realität, weil sie die Wahrnehmung und das Verhalten verändern. Nur geschieht das eben nie zwangsläufig. Der laut geäußerte Wunsch, ein Zimmer aufzuräumen, ändert nichts am Zustand des Zimmers.

Wer Worte mit Taten gleichsetzt, bereitet der Idee von Gedankenverbrechen die Bühne. Das schafft Raum für Argwohn, Missgunst und Paranoia. Die wachsen sich dann wirklich oft zum Existenzrisiko für diejenigen aus, denen man dergleichen vorwirft. Das haben Lenin, Stalin und Mao Tse-tung oft genug bewiesen.

Judith Butler ist davon überzeugt, dass menschliche Geschlechter durch Sprache konstruiert werden und sich entsprechend ‚dekonstruieren‘ lassen. So werden sie ‚fluide‘ und formbar wie Wachs. Wer mag, kann beliebig das Geschlecht wechseln. Anders gesagt: Will ich mich in ein rosa Einhorn verwandeln, muss ich nur fest genug daran glauben und alle müssen so tun, als wäre ich plötzlich pink. Das erinnert mich an das magische Denken einer Dreijährigen, die sich verstecken will, ihre Augen zuhält und meint, nun könne sie keiner mehr sehen.

Ich habe nie erlebt, dass sich in Salzlake ergraute Gurken durch ‚performative Sprechakte‘ in zartes Salatgemüse zurückverwandeln. Wunsch und Wirklichkeit sind zweierlei. Ich mag vom faltenfreien

Appeal eines jugendlichen Brad Pitt träumen, doch der Blick in den Spiegel verrät mir, dass das in diesem Leben nichts mehr wird. Entweder schlucke ich die Kröte oder ich verleugne die Realität. Dann muss ich alles aus meinem Gesichtsfeld verbannen, was der Illusion in die Quere kommt. Bei Judith Butler darf jetzt jeder der Welt weismachen, er oder sie sei Kaiser und trüge neue Kleider. Der große Rest hat dazu gefälligst Hofstaat zu spielen. So funktioniert performative Fluidität. Damit feiert Butler rauschende Erfolge als ‚feministische Philosophin‘ und die Gender-Wissenschaft liegt ihr zu Füßen.

Bei mir tummeln sich Eigen- und Fremdwahrnehmung in unterschiedlichen Galaxien. Zaubersprüche vermögen Alter, Spezies und Geschlecht so wenig zu ändern, wie sie Flutwellen oder Vulkanausbrüche aufhalten. Insofern bleibe ich skeptisch. Das hält mich nicht davon ab, auf andere gegebenenfalls Rücksicht zu nehmen. Hält sich mein Nachbar für Napoleon Bonaparte, nenne ich ihn aus Höflichkeit eventuell ‚Sire‘. Nur brüste ich mich dann vermutlich nicht damit, neben einem 1769 geborenen Korsen zu wohnen.

Schwieriger wird es, wenn mir der Staat vorschreibt, wen ich nun als Napoleon zu sehen habe. Damit zwingt er mich zum Verleugnen dessen, was ich für wirklich halte. Dazu verstiegen sich Lisa Paus und das Parlament, als sie das ‚Selbstbestimmungsgesetz für trans\* inter und nichtbinäre Menschen‘ verabschiedeten, das am 1. November 2024 in Kraft trat. Per Statut bewirken Worte jetzt Wunder. Jahrzehntelange Penisträger verwandeln sich durch Sprechakte in vollwertige Frauen.

Keine Frage, Lidschatten und Netzstrümpfe können auch Kerlen blendend stehen. Das haben Tim Curry als ‚Dr. Frank N. Furter‘ und Barry Humphries als ‚Dame Edna Everage‘ schon vor Jahrzehnten bewiesen. Trotzdem waren sie nicht imstande, Kinder zu gebären.

Mir hat meine Mutter das Leben geschenkt, wofür ich ihr und der Schöpfung dankbar bin. Lisa Paus mag ein anderes Verhältnis zu ihrer Mutter und der Schöpfung haben. Von mir aus darf sie glauben, was sie will. Doch sie vergewaltigt meinen Begriff von Wahrhaftigkeit, wenn sie alle anderen Butlers Einhorn-Magie aufs Auge drückt und sie dazu zwingt, die Welt durch ihre Zerrlinse zu sehen. Weigere ich mich, das

zu tun, etwa, weil ich der Meinung bin, dass Kerle mit oder ohne Spitzenhöschen nichts in Umkleiden für kleine Mädchen zu suchen haben, mache ich mich strafbar und kann bis zu 10.000 Euro loswerden.

Der staatliche Befehl zum Opfern des Verstandes erinnert an die verordnete Massenhysterie zu Corona-Zeiten. Wer angesichts der Sterbestatistik die Sinnträchtigkeit der Zwangsmaßnahmen anzweifelte, galt als ‚Leugner‘ und Ketzer, und erinnerte er ans Gebot der Verhältnismäßigkeit, war alles aus. Polizisten verhauten maskenlose alte Damen und jagten Jugendliche, die den ständigen Stubenarrest nicht mehr aushielten und sich während des Dauer-Lockdowns heimlich in einem Park trafen.

Inzwischen ist es ‚amtlich‘, dass ‚soziale Isolation‘ und Impf-Apartheid nicht bloß witzlos waren, sondern unter Kindern und Alten schwere seelische und physische Schäden anrichteten. Selbst der Talk-Show-Minister Karl Lauterbach, der unermüdlich Todesangst schürte, räumt ein, dass Gebote zum Abstandhalten im Freien ‚Schwachsinn‘ gewesen sind. Das Perfide daran jedoch ist, dass er und andere das bereits damals wussten. Die Protokolle des ‚Robert Koch Instituts‘ belegen, dass den Verantwortlichen klar war, dass ihre Vorgaben keinen Einfluss auf die Ausbreitung und den Verlauf der Krankheit haben würden. Sie logen also ganz gezielt und entzweiten die verängstigte Bevölkerung in voller Absicht. Das hat bis heute keinerlei juristische Konsequenzen.

Stattdessen bestätigte der Bundesgerichtshof (BGH) im November 2024 das Urteil gegen einen Weimarer Familienrichter, der wegen ‚Rechtsbeugung‘ zu zwei Jahren Freiheitsstrafe auf Bewährung verurteilt worden war, weil er an zwei Schulen die Maskenpflicht für Kinder aufgehoben hatte. Damit habe er sich ‚auf besonders elementare Weise über Recht und Gesetz‘ hinweggesetzt und sein Richteramt ‚missbraucht‘.

Die Justiz verfolgt nicht die gewissenlosen Akteure, die die Öffentlichkeit betrogen und Wehrlose massivem Leid aussetzten, sondern sie vernichtet die Existenz eines mutigen, menschlichen Richters, der sich seines Verstandes bediente, ihrem irren Treiben entgegentrat und das Kindeswohl über die ‚elementar‘ und objektiv falschen Vorgaben

stellte. Genau das, fürchte ich, nimmt der Staat dem Mann übel. Wo kommen wir hin, wenn Richter tatsächlich unabhängig entscheiden und Recht und Gesetz im Sinne der Betroffenen auslegen?

Vor 500 Jahren befahl Jesuitengründer Ignatius von Loyola seinen Anhängern das ‚Opfern des Verstandes‘. Sofern die Kirche es verlange, müssten sie glauben, dass das Weiße, das sie sähen, tatsächlich schwarz sei.

Heute führen linke Parteien die Frauenquote ad absurdum, indem sie ‚Trans-Männer‘ auf weiblichem Ticket ins Parlament schicken. Wer daran erinnert, dass diese Wesen Penisse spazieren tragen, begeht ein ‚Hassverbrechen‘. Das ist nicht nur bei uns so. In der Heimat des Aufklärers David Hume hat das Gesetz zum ‚Sacrificium Intellectus‘ ein gewisser Humza Yousaf eingetütet. Yousaf war Chef der ‚Scottish National Party‘ und ab März 2023 erster muslimischer ‚First Minister‘, gekürt mit den Stimmen der ‚Scottish Greens‘. Der Mann, der vor seiner Politikerkarriere in einem Callcenter tätig war, soll der Muslimbruderschaft nahestehen. Ideologisch orientiert er sich vermutlich weniger an Judith Butler als an Sayyid Qutb. Doch da Butlers ‚performative Fluidität‘ bergeweise sozialen Zündstoff und vernunftzersetzende Potentiale birgt, gießt er sie in Gesetze.

Laut Sunzi verwirren kluge Strategen eben den Geist ihrer Feinde und tragen Streit in ihre Reihen, zerstören ihren Verstand und ihre Moral, um sie dazu zu bringen, sich gegenseitig an die Gurgel zu gehen und einander zu zerfleischen.

Künstliche Kontroversen, ausgelöst durch administrativen Schwachsinn, eignen sich perfekt, um die Gemüter zu erhitzen und die Massen zu spalten. Nichts lenkt effizienter vom realen Geschehen und den wirklich spannenden Themen ab.

Wie man das macht, demonstriert uns unter anderem Ursula von der Leyens EU. Wer Leute beschäftigt halten will, schenkt ihnen eine Flut idiotischer Regeln und Verordnungen. Die treiben sie entweder in den Wahnsinn oder in die Resignation. Insofern ergibt auch das Gleichstellungsgesetz Sinn. Wem das nicht den Restverstand raubt, der besaß nie welchen. Folglich kann man ihm alles Mögliche zumuten,

wie zahllose ‚Gleichstellungsbeauftragte‘ und eine ins Groteske aufgeblasene Bürokratie. Die Kosten und die kulturellen Schäden sind zwar horrend, aber da die Verursacher dafür nicht haften, spielen sie keine Rolle. Hauptsache, die Übung hat den gewünschten Effekt.

Humza Yousaf und Ferda Ataman schauen sich das an und sind begeistert.

## Deutsches Denunzianten-Stadl: Der Digital Services Act

Weitgehend unbemerkt von der Öffentlichkeit ist über die letzten Jahre der sogenannte Digital Services Act (DSA) in der EU in Kraft getreten. Das Gesetzkpaket geht auf Kommissionschefin Ursula von der Leyen und den französischen Kommissar Thierry Breton zurück. Offiziell soll es die rund 450 Millionen EU-Bürger vor ‚Hassrede‘ und ‚Desinformationskampagnen‘ schützen, indem es Social-Media-Plattformen dazu zwingt, ‚umstrittene Inhalte‘ zu löschen. Angesichts globaler Pandemien und Kriege vor der Haustür will die EU-Obrigkeit sich die Deutungshoheit sichern.

Wie beim ‚Netzwerkdurchsetzungsgesetz‘ (NetzDG), das Heiko Maas im Herbst 2017 für die Merkel-Regierung eintütete, um sogenannte ‚Compliance-Regeln im Netz‘ durchzusetzen und vermeintliche ‚Hasskriminalität einzudämmen‘, ist auch der ‚Digital Services Act‘ eine Blaupause zum Stummschalten unliebsamer Stimmen. Doch der Staat muss gar nicht mehr selbst als Zensor auftreten. Das lagert er an scheinunabhängige Vereine aus, in den weitgehend rechtsfreien Raum.

Viele Autokratien dürften das EU-Regelwerk kopieren, weil es ein so geräuscharmes wie effektives Instrument zum Abwürgen der Opposition ist, das ähnlich funktioniert wie das Gesetz von Heiko Maas.

Laut des dänischen Thinktanks ‚Justitia‘ nutzen inzwischen über ein Dutzend Länder die Vorlage des NetzDG, darunter Venezuela, Russland, Kenia, Malaysia, die Philippinen und Indien. Wo immer Machthaber Gegner mundtot machen wollen, liefert es ihnen ein adrettes Etikett. Auch der ‚Digital Services Act‘ bemüht bewusst schwammige Begriffe, die sich beliebig auslegen lassen. ‚Hate Speech‘ und ‚Fake News‘ sind mindestens so elastisch wie die Ethik von Berufspolitikern, und die können getrost darauf bauen, dass das Wechselspiel von Verunsicherung und Denunziationseifer vorausseilende Selbstzensur generiert. Sollte es das nicht tun, gibt es noch genügend echte Folterwerkzeuge.

Martina Binnig erläuterte am 10.10.2024 auf der *Achse des Guten*, wie der Digital Services Act künftig die Meinungsfreiheit in Deutschland kastriert. Klaus Müller, der Chef der Bundesnetzagentur, die dem Wirtschaftsministerium unterstellt ist, hat sich zum ‚Digital Services Coordinator‘ (DSC) ernannt. Müller ist ein enger Parteifreund Robert Habecks. Eigentlich soll seine Agentur für ein funktionales Strom- und Telefonnetz sorgen und sich um Postwege oder Schienen kümmern. Da gäbe es viel zu tun. Doch der Volkswirt kümmert sich lieber um die Neuauslegung der Grundrechte. Deren Artikel 5 regelt bekanntlich die Meinungs-, Informations- und Pressefreiheit. Das Grundgesetz legt fest: Eine Zensur findet nicht statt. Wissenschaft, Forschung, Lehre und Kunst sind frei. Die Meinung des Einzelnen geht den Staat nichts an. Müller sieht das anders. Er baut auf betreutes Denken, weil er die Bürger für unfähig hält, Hassrede zu erkennen. Also ermächtigt er sich, die Öffentlichkeit vor ‚offensiven‘ Inhalten im Internet zu ‚schützen‘. Dabei tut das Strafrecht das bereits: Wer Terror verherrlicht, dazu aufruft oder Persönlichkeitsrechte Dritter verletzt, kann dafür angezeigt und von einem Gericht verurteilt werden. Doch wie Paus will auch Müller Äußerungen gebrandmarkt wissen, die juristisch einwandfrei sind. Dazu setzt er externe ‚Hinweisgeber‘ ein, die er ‚Trusted Flaggers‘ nennt. Früher hießen solche Leute ‚inoffizielle Mitarbeiter‘, arbeiteten verdeckt und lieferten Informationen über Dritte ans Ministerium für Staatssicherheit der DDR, das ‚Schild und Schwert‘ der Einheitspartei.

Stoßen Müllers ‚Fahnschwenker‘ auf etwas vermeintlich Anstößiges im Netz, melden sie das seiner Behörde. Die verfügt dann, dass die jeweilige Plattform den inkriminierten Inhalt löschen muss und die Quelle gegebenenfalls zu blockieren hat. Anderenfalls zahlt sie empfindliche Strafen. Oder sie wird gesperrt. Thierry Breton drohte das mal Elon Musk für ‚X‘ an, weil ihm nicht gefiel, dass Musk sich auf ‚X‘ öffentlich mit dem amerikanischen Präsidentschaftskandidaten Donald Trump unterhalten wollte.

Nach welchen Kriterien Müller seine Fahnschwenker auswählt, ist unklar. In der Presseerklärung sagt er: *„Mit der Zulassung des ersten*

*Trusted Flaggers setzen wir die europäischen Regelungen in Deutschland konsequent um. Plattformen sind verpflichtet, auf Meldungen von Trusted Flaggers sofort zu reagieren. Illegale Inhalte, Hass und Fake News können sehr schnell und ohne bürokratische Hürde entfernt werden.“*

Eben das ist das eigentliche Problem. Weder ‚Hass‘ noch ‚Fake News‘ sind strafbar, sondern in der Regel Meinungsäußerungen, die den Staat nichts angehen, außer sie fordern zu Straftaten auf oder stellen Straftaten dar. Genau daran, schreibt Binnig, kranke bereits der Digital Services Act. „Denn auch der sieht vor, dass Plattformen wie Amazon, Wikipedia, Facebook, Instagram, YouTube, X, TikTok und Google nicht nur eine detaillierte Bewertung ihrer größten ‚Nutzerrisiken‘ wie der Verbreitung von Desinformation vorlegen, sondern ebenfalls ‚Hate Speech‘ und ‚Fake News‘ eindämmen müssen. Bei Verstößen drohen ihnen Strafzahlungen in Höhe von bis zu sechs Prozent ihres Jahresumsatzes, die sie an die EU zu entrichten haben. Dabei definiert letztlich die EU-Kommission, was unter ‚Hate Speech‘ und ‚Fake News‘ fällt. Internetunternehmen werden also dazu angehalten, Inhalte, die unter den DSA fallen könnten, vorsorglich zu löschen, um keine Strafzahlungen zu riskieren.“

Zudem kann die EU nun „im Fall einer Krise, die eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit oder die menschliche Gesundheit darstellt“, einen Notstand ausrufen und unmittelbar auf die Plattformen zugreifen. Damit ist sie für die nächste ‚Pandemie‘ gewappnet. Fragt sich, ob das gute Aussichten sind.

Im postdemokratischen Alltag bleibt das Problem der ‚vertraulichen Hinweisgeber‘. Die genießen viel Macht und werden von niemandem kontrolliert. Müllers erste Wahl lässt Böses befürchten. Es ist die ‚Meldestelle‘ *REspect!* der Jugendstiftung Baden-Württemberg, durch die Grünen ins Leben gerufen und vom Familienministerium finanziert. Nach Recherchen des Nachrichtenmagazin *nius* leitet ein gewisser Ahmed Gaafar die Petzer-Plattform. Der ist das genaue Gegenteil von vertrauenswürdig, zumindest, sofern es um die Zukunft einer freiheitlichen und säkularen Gesellschaft geht.

Gaafar hat als ägyptischer Islamwissenschaftler enge Verbindungen zur Al-Azhar-Universität in Kairo. Auf ‚X‘ posierte er mit dem Hamas-

Unterstützer Ahmed al-Tayyib, der seit 2010 als Imam dort wirkt und offen judenfeindlich ist.

Nur zur Erinnerung: Zwölf Lehrer der Al-Azhar-Universität unterzeichneten die ‚Fatwa‘ gegen den liberalen Islamkritiker Farag Foda, der vier Tage später auf offener Straße erschossen wurde. ‚Religionsgelehrte‘ derselben Universität riefen auch zum Mord an dem ehemaligen Muslimbruder und Islamkritiker Hamad Abdel-Samad auf. Der kann sich seit Jahren nun nur noch unter Polizeischutz bewegen. Alle, die es wissen wollen, könnten wissen, dass die Al-Azhar-Universität eine der geistigen ‚Quellen‘ der Muslimbruderschaft ist, Hass auf Juden und Christen verbreitet und Terror im Namen der Religion gutheißt. Trotzdem wird ihr ‚Imam‘ al-Tayyib auch in Deutschland hofiert. Er war sogar zu Gast im Bundestag. Das wiederum ist eventuell dem Treiben seines Bewunderers Ahmed Gaafar zu verdanken, der nun als Müllers ‚Trusted Flagger‘ eine steuerfinanzierte Denunziationsplattform leitet, die Stuttgarter Grüne ins Leben gerufen haben, gesponsert mit Geldern des Programms ‚Demokratie leben!‘.

Mithin ist der erste ‚Trusted Flagger‘ eine gänzlich grüne Kreation und untersteht einer Behörde, die ein grüner politischer Beamter leitet. An der Stelle ist die Trennung von Partei und Staat erfolgreich aufgehoben. Das Logo von ‚*REspect!* – GEGEN HETZE IM NETZ‘ ist nicht etwa grün, sondern ein rosafarbener, fünfzackiger Stern, was in meiner Jugend ebenso kämpferisch schwul wie links gewirkt hätte, aber heute vermutlich bloß verschleiern soll, dass pink inzwischen auch nur eine Variante von Transgendergrün ist. Die Plattform appelliert an alle, die im Netz auf ‚Hasskommentare‘ stoßen und ‚etwas dagegen unternehmen‘ möchten. Das sei ganz einfach, verspricht sie fett unterlegt: „*Meldemaske ausfüllen und abschicken.*“ Seit 2017 habe es mehr als 70.000 Meldungen und 20.000 Anzeigen gegeben. Bei einer dieser Anzeigen ging es laut *nius* um die Grünen. Die hatte der angezeigte Nutzer in einem Forum ‚Dummschwätzer‘ genannt.

Als alter, weißer Mann kann ich mich noch lebhaft an die DDR erinnern. Deshalb fällt mir die wachsende Ähnlichkeit von Ursula von der Leyen und Margot Honecker auch so auf. Mir graut vor den pink

lackierten Petz-Portalen einer parteiischen Paralleljustiz, die Habeck da mit Hilfe von Ursula von der Leyen errichtete. Ich kann nur beten, dass Richter die Reste des Rechtsstaats retten und der entfesselten digitalen Bevormundung größtenwahnsinniger Grüner juristisch Einhalt gebieten, bevor die Schreibtischhengste der Bundesnetzagentur sie „*schnell und ohne bürokratische Hürden*“ in eine rosa verpackte Zensurmaschinerie verwandeln.

„Trusted Flagger“ klingt hip, nur duftet es streng nach Erich-Mielke-Brigade. Eine politische Kultur, die Fahنشwenker zum Filtern freier Rede benötigt und Scharia-Fans zum Überwachen der Bürger bestellt, ist alles Mögliche, aber nicht demokratisch.

Nachdem Habeck die Wirtschaft erfolgreich havariert habe, brächte er nun ersatzweise „eine verfassungswidrige Zensurindustrie zum Glühen“, schrieb Fabian Nicolai auf der *Achse des Guten*.

Ermöglicht hat das der „Digital Services Act“. Der dürfte von der Leyens Meisterstück sein. Endlich können ihre engagierten Transformatoren ohne lästige Zwischenrufe durch das Volk schalten und walten, wie es ihnen beliebt, und etwaigen Dissens im Keim ersticken. Zugleich ist die Kommission nun bestens gerüstet für die nächste „Krise“. Es muss ja nicht wieder eine „Pandemie“ sein.

## Milton Friedman revisited

Der Freiburger Finanzwissenschaftler Bernd Raffelhüschen moniert, dass deutsche Ministerien über die letzten zehn Jahre massiv aufgestockt hätten. Früher habe es nie mehr als circa 15.000 Planstellen gegeben. Doch nach 2013 seien dann vor allem in der Führungsebene immer neue Posten entstanden. Am stärksten habe der Bereich Wirtschaft und Klimaschutz zugelegt, gefolgt vom Kanzleramt und dem Außenministerium. Inzwischen gebe es etwa 7.000 zusätzliche Stellen. Das Aufblähen der Verwaltung ginge mit wachsender Bürokratie einher, die den Aufwand für Betriebe dramatisch steigere. *„Mehr Beamte in Bundesministerien erzeugen mehr Regulierung. Denn diese Stellen entstehen nicht zur Verwaltung neuer gesetzlicher Vorgaben, sondern um sie zu schaffen.“*

Verordnungen und Vorschriften häufen sich. Obwohl sie für sich genommen harmlos scheinen, wirken sie in der Summe wie die feinen Stricke, mit denen die Liliputaner Gulliver fesselten. Allein im laufenden Jahr kostet bürokratischer Aufwand die Unternehmen rund 67 Milliarden Euro, sagt Dorothea Siems in der *Welt*. Firmen ächzten unter Regularien wie dem Lieferkettengesetz, der Nachhaltigkeitsberichterstattung oder dem Wärmeplanungsgesetz. Parallel haben sich die Personalkosten der Ministerien in den letzten zehn Jahren mehr als verdoppelt.

Jeder weiß, dass Überregulierung Zeit, Geld und Nerven frisst, Innovationen lähmt und die kreative Dynamik erstickt. Das ist Gift für die Wirtschaft. Es vernichtet Wohlstand. Fragt sich also, wozu die Republik politische Spitzenbeamte wie Klaus Müller oder Patrick Graichen braucht. Die Herren stehen oder standen zwar dem früheren grünen Minister nahe, aber eine grüne Netzagentur, die Kritiker der Grünen bespitzelt, beglückt bloß Grüne, und Chefs grüner Lobbyorganisationen, die Fehlexpertisen über Kernkraft verfertigen und die Stromversorgung des Landes torpedieren, bedienen bloß grüne Wunschträume.

Die Antwort ist also relativ simpel: Mit der Bürokratie wächst auch die Macht der Parteien, die den Staat als Beute betrachten. Er sichert ihre Pfründe, versorgt ihre Getreuen mit Posten und hält die Gefolgschaft bei Laune. Parteien dienen allem Möglichen, aber zuallererst sich selbst, und da sie fast alle dasselbe wollen, bilden sie Kartelle zum eigenen Machterhalt. Nicht nur errichten sie ‚Brandmauern‘ und spannen die Justiz gegen Oppositionelle ein, sie erfinden auch immer neuen Verwaltungsbedarf und bauen den Staatssektor aus. Damit gehen immer exzessivere Geldgeschenke an parteinahe NGOs und andere Helfer einher.

Ohne ‚Staatsknete‘ spielten weder die Kahane-Stiftung noch David Schravens ‚Correctiv‘ eine nennenswerte Rolle. Ähnliches gilt für den hypertrophen öffentlich-rechtlichen Komplex. Würde der seinen originären Auftrag erfüllen, wäre er nie derart ins Gigantische gewuchert. Er wäre kein Teil des Parteienfilzes, sondern würde kritisch darüber berichten. Das würde ihm die Legitimation schenken, die er längst verspielt hat. Inzwischen ist er nicht nur der teuerste Medienapparat seiner Art weltweit, sondern das Monster, das den freien Meinungsmarkt verhindert.

Mich erinnert das deutsche Parteiensystem immer mehr an die politischen Maschinen, die William Riley Burnett und Dashiell Hammett in ihren Romanen über den amerikanischen Asphalttschungel beschreiben. Dort schmusen Staatsanwälte und Politiker mit Syndikaten, kaufen sich über korrupte Journalisten die öffentliche Meinung und melken ahnungslose Bürger. Doch dabei gerät damals wie heute die Rechtsstaatlichkeit unter die Räder. Immerhin besitzt die Obrigkeit das Gewaltmonopol. Sie kann beliebig Abgaben erhöhen und Steuerzahler dazu zwingen, ihr sauer verdientes Geld in Wärmepumpen, Windkraftträder oder Migration zu stecken. Oder eben dazu, die UNRWA und Hamas in Gaza zu finanzieren.

Die ungezügelte Macht der Parteien schafft immer mehr Staat, Bürokratie und Entmündigung. Sie verschlingt Unsummen, aber nutzt den Wenigsten. Doch in Demokratien muss der Staat zumindest den Anschein wahren, den Interessen der Bevölkerung zu dienen. Er ist

nicht dazu da, die Wahnideen einer Minderheit auf Kosten der Mehrheit umzusetzen. Er soll es den Menschen ermöglichen, nach eigenem Vermögen und Ermessen so zu leben, wie sie es möchten. Das ist seine eigentliche Aufgabe. Verlieren die Parteien das aus dem Blick, sind sie überflüssig.

Wer einer Partei beitrifft, um dem Gemeinwesen zu dienen, merkt rasch, dass er schief gewickelt ist. Loyalität schuldet er allein der Hierarchie. Die belohnt die Fügsamsten durch Patronage oder mit einem Listenplatz. Nicht umsonst ist der Bundestag das zweitgrößte Parlament auf der Welt nach dem chinesischen Volkskongress. Die Schäflein wollen versorgt sein. So und nicht anders degeneriert die Demokratie zur Kakistokratie, was übersetzt ‚die Herrschaft der Schlechtesten‘ heißt.

Vor gut fünfzig Jahren schrieb Milton Friedman in *Kapitalismus und Freiheit* über das Verhältnis mündiger Bürger zum Staat. Freiheit und ihr Wohlstand hingen davon ab, dass die stets zu Übergriffigkeit neigenden bürokratischen Apparate nicht zu mächtig würden. Friedman griff das geflügelte Wort von John F. Kennedy auf, der bei seiner Amtseinführung gesagt hatte: *„Fragt nicht, was Euer Land für Euch tun kann, fragt, was Ihr für Euer Land tun könnt!“*

Für freie Leute sei der Staat nichts Erhabenes, schrieb Friedman. Sie seien zwar stolz auf ihr gemeinsames Erbe und ihre Traditionen, aber sie sähen den Staat als Mittel zum Zweck. Er sei ein notwendiges Übel, um ihre Freiheit zu sichern. Regierung und Bürokratie seien für sie keine Götter, denen sie zu opfern und zu gehorchen hätten, weil sie ihnen Gunst und milde Gaben spendeten, sondern von ihnen dazu an gestellt, um das Gemeinwesen zu stärken und es zu schützen. Insofern fragten sie bloß, ob und wie ihre Regierung ihnen helfe könne, ihre Alltagspflichten zu bewältigen, aber hätten stets ein Auge darauf, dass der Regierungsapparat nicht zu einem Monster mutiere und sie ihrer Freiheit beraube.

Friedman erhielt 1976 den Nobelpreis in Wirtschaftswissenschaften, unter anderem für seine bahnbrechende Geschichte des Geldes. Unsere aktuellen Eliten halten ihn für reaktionär, weil sie klassisch

liberales Denken kategorisch ablehnen. Ihnen sind abhängige, fügsame Mündel lieber. Das Konzept des eigenverantwortlichen Einzelnen, der nicht vorm Staat zittert und sich weder durch Brüssel noch Berlin gängeln lässt, erscheint ihnen subversiv.

Doch bei einer Staatsquote von um die fünfzig Prozent ist der einem Broadway-Musical entlehene Spruch des inzwischen abgehalfterten SPD-Kanzlers „*You'll never walk alone!*“ eben nicht für jeden eine Verheißung.

Ich mag es, wenn der Staat sich aus meinen Angelegenheiten heraushält und mir nicht ständig in die Tasche greift. Dass irgendwelche EU-Bonzen glauben, mich und Hunderte Millionen anderer ständig bevormunden zu müssen, finde ich so lästig wie dummdreist. Frau von der Leyen mag sich für gottbegnadet halten, doch Eigen- und Fremdwahrnehmung sind zwei Paar Schuhe. Für mich ist maßgeblich, dass die Spitzen der Europäischen Union nicht ausgekugelt werden, sondern vom Volk gewählt sind. Nur dann dienen sie möglicherweise den Bürgern und nicht nur globalen Konzernen. Das Gleiche gilt für die selbstherrlichen EU-Kommissare, die abgekoppelt von der Lebenswirklichkeit bizarre Vorgaben ersinnen, die nationale Regierungen dann in Gesetze gießen müssen.

Das Sterben der Demokratie ist ein schleichender Prozess. Seit der Kanzlerschaft Angela Merkels erleben wir die verschärfte Enteignung der Bürger, die mit der Demontage des Rechtsstaats und wachsender exekutiver Willkür einhergeht.

Wer ‚den Staat delegitimiert‘, soll künftig den Verlust seiner Grundrechte riskieren. Dazu wird die Beweispflicht umgekehrt. Der Verdächtige gilt nicht mehr als unbescholten, bis der Staat ihm die Tat nachgewiesen und ihn ein Richter verurteilt hat, sondern bleibt so lange potentiell schuldig, bis er den gegen ihn gerichteten Vorwurf entkräftigt und die staatlichen Ankläger von der Reinheit seines Gewissens überzeugt hat.

Verleumdungen zu widerlegen ist bekanntlich schwerer als Straftaten nachzuweisen. Deshalb herrscht in Rechtsstaaten das Prinzip der Unschuldsvermutung. Das soll nun abgeschafft werden. Parallel drohte

die letzte SPD-Innenministerin, dass fortan jeder, der den Staat verhöhne, mit einem ‚starken Staat‘ zu rechnen habe. Wer den Staat ‚delegitimiere‘ und ihren ‚Kampf gegen Rechtsextremismus‘ als ‚Angriff auf die Meinungsfreiheit‘ bezeichne, verdrehe die Tatsachen.

Tatsächlich verwechselte Faeser da etwas Entscheidendes. Sie war nicht der Staat. Sie war nur vorübergehend damit betraut, dem Staat zu dienen. Als dessen Angestellte. Und der Staat selbst hat dem Volk zu dienen. Das ist seine einzige Funktion. Er ist nicht dazu da, die Welt oder das Klima zu retten. Er soll das Territorium schützen, die Rechtssicherheit der Bürger gewährleisten und die öffentliche Ordnung aufrechterhalten. Alles andere ist Luxus. Deshalb dürfte das Parlament durchaus mal besprechen, ob ein Gemeinwesen, das sich das Existenzrecht Israels auf die Fahnen geschrieben hat, seine Innenministerin dafür bezahlt, den Triumphaufmärschen importierter Islamisten nach dem Massaker vom 7. Oktober tatenlos zuzusehen. Eventuell hatte Frau Faeser die Pflicht, dafür zu sorgen, dass zugereiste Teilnehmer an derlei Veranstaltungen das Land verlassen. Immerhin halten sie sich als Gäste bei uns auf. Sie haben sich selbst eingeladen. Nun beleidigen sie nicht nur Geist, Geschmack und Geschichtssinn der Einheimischen, sie ‚delegitimieren‘ auch die deutsche Staatsräson. Dazu haben sie im Gegensatz zu Staatsbürgern, die sich jederzeit unter freiem Himmel versammeln und den Staat nach Herzenslust beleidigen dürfen, kein Recht. Benehmen sie sich also derart krass daneben, verwirken sie eventuell den Anspruch auf persönlichen Schutz, das jedem Gast unter einem fremden Dach zusteht. Insofern gilt auch hier: Bürger können den Staat nicht delegitimieren. Dazu sind bloß unfähige Staatsdiener imstande.

Seit Jahren beschwören Medien und sogenannte Altparteien die ‚rechte Gefahr‘. Heute landet fast jeder, der die höhere Weisheit der Koalition anzweifelt, im braunen Sumpf. Wer die Regierung kritisiert, fliegt aus dem Diskurs. Die Sozialdemokraten wollen vermeintliche ‚Staatsverhöhnung‘ durch den Entzug elementarer Bürgerrechte ahnden. Der Verfassungsschutz will nun ‚verbale und mentale Grenzverschiebungen‘ ins Visier nehmen.

Das Grundgesetz entstand auf den Trümmern einer mörderischen Diktatur. Die Leute, die die Verfassung schufen, hatten erlebt, welche Folgen Zensur und Gleichschaltung haben. Im nationalsozialistischen Deutschland konnte ein Witz tödlich sein. Wenig später kassierte in der vermeintlich antifaschistischen DDR einer, der beim Absingen der „*Capri-Fischer*“ statt der ‚roten Sonne‘ die ‚rote Flotte‘ im Meer versinken ließ, dafür sieben Jahre Zuchthaus, was faktisch oft genug einem Todesurteil gleichkam. Darum garantiert Artikel 5 der Verfassung mit der Meinungsfreiheit eines der umfassendsten Schutzrechte gegenüber dem Staat überhaupt.

In Demokratien kennt freie Rede als einzige Grenze das Strafrecht. Jeder darf unfähige Politiker verspotten. Grüne und Sozialdemokraten sind davon nicht ausgenommen. Keiner braucht vor der Obrigkeit zu kuschen oder gegenüber Narzissten auf Ministerposten seine Gesinnung offenzulegen. AfD-Wähler genießen dieselben Rechte wie Angehörige der ‚Antifa‘. Die Haltung des Einzelnen geht den Staat nichts an. Sie ist so privat wie erotische Vorlieben. Für Gesinnungsschnüffler, Moralapostel und Tugendgarden gilt, was einst für die vierbeinigen Begleiter der Kunden vor Lebensmittelläden galt: ‚Wir müssen draußen bleiben!‘

Niemand ist gezwungen den Staat zu lieben. Selbst das ökonomische Genie Robert Habeck durfte als Vizekanzler ‚Vaterlandsliebe zum Kotzen‘ finden. Die Studienabbrecherin Claudia Roth, die ähnlich qualifiziert auf dem Posten der Kulturstaatsministerin gelandet war, lief vor einigen Jahren noch als damalige Bundestagspräsidentin bei einer Demonstration neben einem Banner her, auf dem „Deutschland, Du mieses Stück Scheiße!“ stand. Das muss nicht jedem schmecken, aber es fällt unter Meinungsfreiheit. Meinungsfreiheit ist freien Republiken heilig. Heute gilt derlei als ‚Hate Speech‘. Dieselben Gestalten, die geschworen haben, die Würde des Volkes und das Grundgesetz zu schützen, verraten es. Dass sie das ‚Schutz der Demokratie‘ nennen, bestätigt nur George Orwells Weitsicht.

Kürzlich bemerkte Claudio Casula auf der *Achse des Guten*: „*Wenn der mündige Bürger nur noch als potenzieller ‚Gefährder‘ gesehen wird –*

*auch wenn er maximal ein Gefährder der Macht der etablierten Parteien ist – dem man Verfassungsschutz, Meldestellen, Correctiv, NGOs und so weiter auf den Hals hetzen und damit drohen darf, ihm dauerhaft das Wort zu entziehen, muss die Verzweiflung groß sein.“*

Doch vielleicht ist es gar keine Verzweiflung, sondern Kalkül. Denn so und nicht anders legt man die Axt an die Wurzeln der Demokratie. Wir scheinen in vielen westlichen Ländern in eine Phase eingetreten zu sein, wo die Machteliten das Volk wieder als Verfügungsmasse betrachten und sich berufen fühlen, ihm ihren Willen aufzuzwingen. Das schlägt sich in immer krasserem Missachten rechtsstaatlicher Regeln und dem penetranten Drang zu manipulativer Indoktrination nieder.

Auf mich wirkt das wie ein psychologischer Abnutzungsfeldzug. Oppositionelle werden diffamiert, verteufelt und stumm gemacht. Wo man sie nicht kaufen oder korrumpieren kann, werden kritische Journalisten so lange schikaniert, bis sie aufgeben oder das Land verlassen.

Bärbel Bohley sah diese Entwicklung vor über dreißig Jahren voraus. Das Denunzieren und Lügen werde wiederkommen, die stillen Verbote, das Beobachten, der Argwohn, die Angst, das Isolieren, Ausgrenzen, Brandmarken und Mundtotmachen. In der DDR definierte das Zentralkomitee den offiziellen Volkswillen. Wer zu laut dagegen aufbeehrte, reiste über die Normannenstraße in die Zuchthäuser Bautzen und Brandenburg. Heute diktieren die EU-Kommission und ein Herr Müller, was gedacht werden darf.

Deshalb darf man das ‚Demokratiefördergesetz‘ genauso deuten wie das ‚Netzwerkdurchsetzungsgesetz‘ oder den ‚Digital Services Act‘. Sie dienen der Demokratiebeseitigung. Entsprechend müsste der Aushub vor dem Reichstag, der das Volk davon abhalten soll, seinen gewählten Vertretern allzu nahe zu kommen, eigentlich längst als ‚anti-faschistischer Schutzgraben‘ firmieren.

Mark Twain bemerkte mal: *„Manchmal frage ich mich, ob die Welt von klugen Menschen regiert wird, die uns zum Narren halten, oder von Schwachköpfen, die es ernst meinen.“*

## Die gleichgeschaltete Kirche

Das 1933 vom Reichstag verabschiedete ‚Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich‘ schenkte dem Volk helle Not und zerstörte das Reich. Der Schrecken begann mit ‚Judenboykotten‘ und Sprechverboten. Ausgrenzen, Anschwärzen und Denunzieren wurden zum Ausweis gesteigerter Gesinnungstreue. Von Anfang an setzte das Regime auf niedrigste Instinkte und versah sie mit dem Nimbus erweckter Tugendhaftigkeit. Das bereitete dem, was dann folgte, die Bühne. Dabei spielte die protestantische Kirche eine wesentliche Rolle.

1931 gründeten sich in Thüringen die sogenannten Deutschen Christen. Die übernahmen die rassistischen Maximen des Nationalsozialismus und das Führerprinzip, installierten vorweggenommene Arierparagrafen, distanzierten sich vom Alten Testament und behaupteten, dass Jesus in Wahrheit ein Germane gewesen sei, womit Lutheraner zu den weltbesten Christen überhaupt avancierten. Hitlers Ernennung zum Reichskanzler feierten sie als die erneute Ankunft des Messias, schmückten Gotteshäuser mit Hakenkreuzen und veranstalteten Dankgottesdienste. Hitler revanchierte sich, indem er den Chef der ‚Deutschen Christen‘ und NSDAP-Parteigenossen Ludwig Müller zum Reichsbischof kürte. Müller befahl umgehend die Eingliederung der evangelischen Jugendorganisationen in die Hitler-Jugend und ging gegen die innerkirchliche Opposition durch Strafversetzungen und ‚Maulkorberlasse‘ vor.

Heute ist die protestantische Kirche ökologisch geläutert und transgendergerecht. Von Ludwig Müller spricht niemand mehr. Trinklustige weibliche Bischöfe bevölkern öffentlich-rechtliche Talkshows und propagieren die Ökumene mit dem Islam. Inzwischen darf auch Gott ‚queer‘ sein. Nur mit der innerkirchlichen Opposition gibt es immer noch Ärger. Kürzlich erklärte Rüdiger Schuch AfD-Wähler zu dysfunktionalen Gläubigen. Seines Erachtens könnten ‚sie sich nicht mehr zur Kirche zählen‘.

Schuch ist Pfarrer und seit 2024 Chef von 627.000 Angestellten der kirchlichen Diakonie. Unlängst erklärte er, dass alle Mitarbeiter, die AfD wählen, nicht länger für die Diakonie tätig sein sollten. Das menschenfeindliche Weltbild ihrer Partei widerspräche dem christlichen Menschenbild. Vielleicht verfügt Schuch über geheimes Wissen. Wahrscheinlicher ist, dass er sich seine Gönner warmhalten will. Die Diakonie hat in den letzten vier Jahren gut 100 Millionen Euro von der Regierung erhalten. Elf Millionen davon stammen aus dem Topf ‚Demokratie leben!‘, dem unter Merkels Ägide kreierte Reptilienfonds, den Marco Gallina als ‚Anti-AfD-Fonds‘ bezeichnet.

Egal, wie man zur Paria-Partei steht: Schuchs Ansatz besticht mich als wenig christlich. Jesus baute auf Inklusion. Er redete mit Frauen und Außenseitern und heilte Aussätzige. Angesichts einer zum Tode verurteilten Ehebrecherin sagt er im Johannes-Evangelium: *„Wer von euch ohne Sünde ist, der werfe den ersten Stein.“* Eventuell hält sich Herr Schuch für so tugendhaft und makellos, dass er den Geist der Nachsicht und Nächstenliebe nicht zu beherzigen braucht. Auch die Grundrechte sind ihm offenbar egal. Die legen schließlich fest, dass ‚niemand wegen seines Geschlechts, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt‘ werden darf. Genauso wenig scheint Schuch das freie und geheime Wahlrecht zu kratzen. Doch seine Vorgabe hat krasse Folgen. In der Kirche gibt es genügend willfährige Seelen, die sie in vorausweisendem Gehorsam umsetzen, sogar auf bloßen Verdacht hin.

Vor kurzem erhielt ich die Nachricht eines Bekannten. Er und seine Frau stammen aus der ehemaligen DDR. Neben ihrer freiberuflichen Tätigkeit als Musik- und Kunstlehrer arbeiten sie in Teilzeit bei der evangelischen Kirche. Die Frau leitet dort seit über zwanzig Jahren mehrere Chöre, unter anderem einen Jugendchor. Er schreibt: *„Vor einer Woche hat sie sich wohl mal mit drei Jugendlichen dieses Jugendchores locker unterhalten und das Gespräch wurde politisch. Dabei muss ich einschieben, dass meine Frau sich politisch eigentlich wenig interessiert, aber als DDR-Sozialisierte haben wir beide natürlich ein besonderes Sensorium. Daher*

*hat sie wohl geäußert, dass sie sich immer mehr an die Unfreiheit in der DDR erinnert fühlt, an die Gesinnungsschnüffelei, wenn es um die AfD geht, ohne sich selbst überhaupt dazu zu outen, ob sie AfD wählt. Es ging nur um die grundsätzliche Stimmung, die sie wahrnimmt. Das hat wohl ausgereicht, dass ein Elternteil dieser Jugendlichen sich bei der Kirche beschwert hat und meine Frau nun erstmal vom Dienst suspendiert ist.*

*Am Freitagvormittag ist sie zu einem Gespräch geladen, um die Sache zu klären. Was soll man dazu noch sagen? Wenn man nicht auf das Einkommen angewiesen wäre, wäre das ein Grund, sofort auszutreten ... Ich gehe am Freitag mit hin, wobei es dann passieren kann, dass ich gleich mit rausfliege, denn in mir kocht es dermaßen, weil mich diese Situation an meinen einstigen Rausschmiss im Leipziger Literatur-Institut erinnert, wo ich mich auch politisch ‚unkorrekt‘ geäußert hatte. Das besonders perfide an dieser Sache ist, dass, sollte es auf einen Rausschmiss aus der Kirchenanstellung hinauslaufen, es wohl auch tiefe ‚Einschnitte‘ bei unserer freiberuflichen Tätigkeit geben würde. Denn ein Teil unserer Kunden würde sich bestimmt abwenden, wenn das ruchbar würde.“*

Der Ablauf ist nicht ohne bittere Ironie. Die Frau sagt, dass sie sich immer mehr an die DDR erinnert fühlt. Prompt wird sie zu einem Opfer dessen, was sie beklagt. Als wolle man ihr beweisen, wie richtig sie liegt. Im Übrigen arbeitet sie seit Jahrzehnten für die Kirche, und die stellt sie wegen eines vagen Verdachts, auf reines Hörensagen hin, mit sofortiger Wirkung frei. Wohl gemerkt: Da geht es nicht um Unzucht mit Abhängigen, sondern um eine persönliche Meinung zur allgemeinen Lage, beiläufig geäußert im Rahmen eines Gesprächs, von dem sie eigentlich annehmen durfte, dass es vertraulich sei. Doch der Inhalt wurde weitergetragen und stieß auf paranoide Eltern, die sie dafür bei den Kirchenfunktionären anschwärzten. Und die wiederum, statt die Denunzianten daran zu erinnern, dass die betreffende Person seit über zwanzig Jahren ihr Vertrauen genießt, akzeptieren den Vorwurf fraglos, blasen ihn zum politischen Verdacht auf, backen daraus eine Tat und fällen ein Urteil, das sie umgehend vollstrecken.

Die Unschuldsvermutung und das ‚In dubio pro reo‘ entfällt. Auch das ‚Audiatur et altera pars‘ findet höchstens im Nachgang statt, falls

die Beschuldigte beim Kadergespräch genügend Reue zeigt, Selbstkritik übt und Besserung gelobt. So landen zweitausend Jahre alte Rechtsgrundsätze im Klosett politischer Gesinnung und rauschen zur Hölle.

Notabene: Es geht hier um ein reines Gesinnungsverbrechen. Gesinnungsverbrechen existieren in einer liberalen Gesellschaft grundsätzlich nicht, weil dort Meinungsfreiheit herrscht. Niemand darf für seine politischen Anschauungen bestraft werden. Im Westen Deutschlands hat man derlei nach 1945 mit der Gestapo abgeschafft. Ostdeutschland folgte im Frühjahr 1989/1990, als das Ministerium für Staatssicherheit seine Pforten schloss.

Nun führt die evangelische Kirche sie wieder ein.

## Follow the Science

Anlässlich des Internationalen Weltfrauentags 2022 erklärte die Klimaaktivistin Luisa Neubauer in einem Podcast, Sexismus sei der wahre Grund des Übels. ‚Die Wurzeln der Klimakrise‘, so Neubauer in einem Podcast, lägen ‚in den Machthierarchien von Männern über Frauen, von weißen Menschen über People of Color und von Männern über die Natur‘. Vermutlich meinte sie das genauso ernst, wie ihre Mitstreiterin Greta Thunberg davon überzeugt sein dürfte, dass Israel ein ‚verbrecherisches Apartheidregime‘ ist, das in Gaza einen ‚Genozid‘ an unschuldigen Zivilisten verübt.

Ich habe keine Ahnung, ob die höhere Tochter aus Blankenese jemals vom Mufti Amin al-Husseini gehört hat oder sie um die islamische Begeisterung für Adolf Hitler und die nationalsozialistischen Judenmörder weiß. Aber ich bin mir sicher, dass sie es wissen könnte, wenn sie es denn wissen wollte. Zudem hat sie gewiss schon mal von Bjørn Lomborg gehört. Der hat den Think Tank ‚Copenhagen Consensus Center‘ gegründet und sich als ‚skeptischer Umweltschützer‘ den Zorn der Klimakirche zugezogen, weil er vor Hysterie und Panikmache warnt.

Hinsichtlich des Erforschens der Klimaveränderung herrscht bei ‚Aktivisten‘ offenbar ein kardinales Missverständnis. Neubauer postuliert ständig, man solle der Wissenschaft folgen. Aber es gibt da keine homogene ‚Wissenschaft‘, geschweige denn eine in sich geschlossene Wissenschaftsmeinung. Es gibt bloß Fachleute verschiedener Disziplinen, die sich mit dem Thema beschäftigen und mehr oder minder evidenzbasiert Modelle entwickeln, die ihnen relativ intelligente Vermutungen erlauben. Tatsächlich ähneln sich ihre Ergebnisse durchaus. In der medialen Darstellung gelten sie daher als Konsens. So sind 97 Prozent der Fachleute – wie übrigens auch Lomborg – davon überzeugt, dass erhöhter CO<sub>2</sub>-Ausstoß einen Treibhauseffekt bewirkt. Allerdings ziehen die Forscher daraus keineswegs dieselben Schlüsse, sondern streiten heftig darüber, ob und wie sehr dieser Prozess das

Klima verändert und inwieweit er sich überhaupt durch Menschen beeinflussen lässt. Keine der Theorien entfaltet dabei absoluten Wahrheitsanspruch.

Wissenschaft ist ein dynamischer Erkenntnisprozess, der nie abgeschlossen ist und nur vorläufige Ergebnisse liefert. Irgendwann gerinnen manche Einsichten zwar zu allgemein akzeptierten Fakten, weil sie wieder und wieder bestätigt worden sind, aber selbst die können noch nach Jahrhunderten durch neue Erkenntnisse revidiert werden.

Als 1931 das Buch *Hundert Autoren gegen Einstein* erschien, um die damals strittige Relativitätstheorie anzufechten, bemerkte Albert Einstein trocken, ein Autor hätte völlig gereicht. Sofern der ihn denn widerlegte. Denn Wissenschaft gehorcht eben nicht Mehrheitsmeinungen. Insofern ist auch Neubauers Mantra „*Just follow the science*“ kein Appell an den Verstand, sondern an den Herdentrieb.

Bei abstrakten Hypothesen sind konkrete Kontraindikationen schwer zu erbringen. Deshalb reichen plausible Zweifel. Hinsichtlich der vermeintlich unmittelbar bevorstehenden Klimaapokalypse gibt es da viele, auch gut begründete, und die Wissenschaftler, die sie äußern, sind in der Regel deutlich sachkundiger als Neubauer und ihre Adepten. Nur finden sie selten bis gar nicht Gehör, weil Neubauer wohlgesonnene Medien und sogenannte NGOs sie ständig überschreien.

Für Freunde der Apokalypse ist das ‚Intergovernmental Panel on Climate Change‘ (IPCC) eine papstähnliche Instanz, die ‚ex cathedra‘ spricht. Tatsächlich kann auch die Klimakurie sich irren. Unlängst hat Roger A. Pielke Jr., Professor im ‚Environmental Studies Program‘ und Fellow des ‚Cooperative Institute for Research in Environmental Sciences‘ in Boulder, Colorado, schwere Vorwürfe gegen das IPCC erhoben. Pielke ist zwar auch vom schädlichen Einfluss des CO<sub>2</sub> überzeugt, aber er greift die fehlerhafte Berechnungsweise an, die seines Erachtens das Geschehen heillos überdramatisiert.

Dem IPCC sei im fünften Bewertungsbericht von 2013 ein ‚unglaublicher‘ Lapsus bei den Evaluierungsnormen künftiger Szenarien unterlaufen, der völlig falsche Parameter vorgebe. Damit sei ein Großteil der ‚wissenschaftlichen Klimaliteratur und der Klimaberatung der

Regierungen der letzten zehn Jahre' obsolet. Der Schaden für Politik, Wirtschaft und Wissenschaft sei immens. Immerhin geht es da um zentrale Projektionen der globalen Treibhausgas-Emission.

Der IPCC ist eine politische Einrichtung. Seine Weisheit fußt auf Hypothesen, die nicht unumstritten sind. Daraus, dass die CO<sub>2</sub>-Konzentration der Atmosphäre steigt, ergibt sich weder zwangsläufig, dass das CO<sub>2</sub> dort langfristig verbleibt, noch, dass die Freisetzung vorrangig anthropogen ist. So verhielt sich das durch Atombombenversuche in die Lufthülle gelangte CO<sub>2</sub>, das eindeutig zu identifizieren war, anders als erwartet: Eigentlich hätte es sich binnen kurzer Zeit dramatisch steigern müssen. Nur tat es das nie. Stattdessen ging die radioaktive Konzentration binnen weniger Jahre nach dem Ende der Atomtests fast wieder aufs vorherige Niveau zurück. Nur ein Bruchteil des emittierten CO<sub>2</sub> verblieb in der Atmosphäre. An dieser Stelle also spielte das anthropogene CO<sub>2</sub> nicht mal ansatzweise die Rolle, die Klimaprognostiker ihm unterstellen. Das wiederum weckt im Umkehrschluss erhebliche Zweifel daran, ob die von ihnen propagierten Klimarettungsmaßnahmen den Effekt haben, den sie sich davon versprechen.

Marie von Ebner-Eschenbach sagte mal, jeder Mensch habe ein Brett vor dem Kopf. Entscheidend sei bloß die Entfernung. Unsere Klimarettungsreligion ist auf den Ausstoß von Kohlenstoffdioxid fixiert, der mutmaßlich das Erwärmen der Atmosphäre vorantreibt, wodurch dem Leben auf der Erde der Hitzekollaps droht. Diese Deutung hat sich politisch-medial als höhere Wahrheit etabliert und diktiert den Diskurs.

Ich verstehe von der Materie herzlich wenig, aber habe mal gelernt, dass sich das Gasgemisch der Atmosphäre ständig ändert. Aktuell besteht es zu 78,08 Prozent Stickstoff und zu rund 20,95 Prozent aus Sauerstoff. Der Anteil des Kohlenstoffdioxids von derzeit etwa 0,04 Prozent lag zeitweise wohl schon zehnmal so hoch. Zudem gab es zu Lebzeiten der Spezies bereits deutlich wärmere und kältere Perioden, die nicht durch Menschen verursacht gewesen sein können. Daher ist nicht jeder kluge Kopf von der alles entscheidenden Rolle des anthropogenen CO<sub>2</sub> überzeugt.

Der Physiknobelpreisträger John Clauser etwa hält die gängigen Computermodelle für eklatant irreführend. Nach seinen Berechnungen übertreiben sie den wärmenden Effekt des CO<sub>2</sub> um ‚den Faktor 200‘. Zudem blendeten sie aus, dass Hitze zu vermehrter Wolkenbildung führe. Wolken reflektierten die Sonneneinstrahlung. Sie wirkten wie ein Thermostat. Das reguliere das Erdklima seit Jahrmillionen. Clauser sieht die eigentliche Gefahr daher nicht im CO<sub>2</sub>-Ausstoß, sondern in der ideologisch verzerrten Darstellung dieser Veränderung. Die fuße auf falschen Prämissen, produziere Panik, Hysterie und blindwütigen Aktivismus. Er sagt: *„Im gängigen Narrativ zum Klimawandel spiegelt sich eine gefährliche Korruption der Wissenschaft wider, die die Weltwirtschaft und das Wohlergehen von Milliarden Menschen bedroht.“*

Clauser mag sich täuschen. Vielleicht jedoch bestätigt sein Einwand auch nur, was Roger Pielke oder der Klimatologe Richard Lindzen anderswo monieren. Um das zu klären, sollten Mathematiker eventuell erst mal prüfen, ob das IPCC überhaupt richtig rechnet.

Neubauer vertraut den Priestern des Weltklimarats. Ich setze lieber auf Leute, die zwischen Glauben und Wissen trennen, weil ihnen klar ist, dass sie sich täuschen können. Forschung ist Sisyphusarbeit. Doch die sollte man sich frei nach Albert Camus als heiteres Unterfangen vorstellen, gespeist durch Neugierde, ohne Furcht vor der eigenen Ahnungslosigkeit. Forscher rollen den Stein hingebungsvoll wieder und wieder den Berg hinauf. Nur dadurch nähern sie sich dem an, was der relativen und immer nur vorläufigen ‚Wahrheit‘ entspricht. Sie ziehen die Einwände kluger Kollegen in Betracht, obwohl und weil sie die eigene Ansicht erschüttern.

Unlängst sollte Clauser vorm Internationalen Währungsfonds (IWF) sprechen. Kurz davor lud man ihn wieder aus. Der Verdacht liegt nahe, dass die Veranstalter kalte Füße bekamen, einem Kritiker der gängigen Klimadeutung ein Forum zu bieten. Fragt sich, wieso. Der Blogger Hans Hofmann-Reinicke bemerkte dazu: *„Wissenschaft ist ein Marathon in Sachen Selbstkritik. ... Selbstkritik ist in der Klimaszene aber nicht zu finden. Jegliche Wetterlage ist für sie ein weiterer Beweis für den menschengemachten Klimawandel. Da braucht es keine weiteren Analysen.“*

Die Wirklichkeit ist nicht immer das, was der klimaindustrielle Komplex hören möchte. Also muss man sie ausblenden oder verbieten. Nur wer es schafft, den Glauben zu etablieren, dass der Klimawandel eine menschengemachte Apokalypse ist, kann daraus eine moralisch unangreifbare Politik basteln, die die Welt in deutschen Heizungskellern rettet.

## Der Aufstand der Anständigen und die ‚neue Mitte‘

Nachdem Thilo Sarrazins *Deutschland schafft sich ab* erschien, gab die Kanzlerin den Startschuss für eine neue Form von ‚Cancel Culture‘. Obwohl sie einräumte, das Buch gar nicht gelesen zu haben, befand sie, es sei ‚nicht hilfreich‘. So umging sie den Inhalt und lenkte den Fokus auf den Autor, der sich zügig in den hässlichen Deutschen par excellence verwandelte. Auch ich ließ mich damals von den Qualitätsmedien beeindrucken und hüpfte mit auf das Karussell, bis ich den verfernten Text schließlich las und vor Sarrazin innerlich Abbitte leisten musste.

Entscheidender: Als Merkel fünf Jahre später die Grenzen öffnete, war an der Art, wie im Land überhaupt noch über islamische Immigration geredet werden konnte, nicht mehr zu rütteln. Jeglicher Dissens im Diskurs galt als fremdenfeindlich und rechts. Daran hat sich bis heute nichts geändert. Nur, dass der Bannfluch nun nicht mehr nur die Mahner trifft, sondern auch alle, die das sich längst entfaltende Unheil zur Kenntnis nehmen und auf ein Ende des Wahnsinns drängen.

Johann Nestroy, der bissige Spötter des Wiener Biedermeier, meinte mal, Dummheit sei eine furchtbare Stärke, ein unerschütterlicher Fels, der dem Meer von Vernunft trotze, das ihm seine Wogen an die Stirn klatsche, und Hannah Arendt bemerkte, der ‚erschreckendste Aspekt der deutschen Realitätsflucht‘ bestehe darin, Fakten wie Meinungen zu behandeln und umgekehrt. Die Deutschen mögen viele lobenswerte Eigenschaften besitzen. Nüchterner Wirklichkeitssinn zählt nicht dazu.

Im Wahlkampf mobilisierten staatlich gepöppelte NGOs Zigtausende, um ‚gegen rechts‘ zu demonstrieren. Grüne Jugend, Antifa und ‚Omas gegen rechts‘ blockierten Zusammenkünfte der AfD, errichteten Straßensperren und besetzten Büros der CDU. Erstmals bekamen so auch biedere Christdemokraten die volle Wucht des mit Steuermillionen herangezüchteten Zorns zu spüren. Jetzt galten auch die Anhänger von Friedrich Merz als Faschisten. Die sogenannte Zivilgesellschaft ‚leistete Widerstand‘, indem sie Regierungsgegner

einschüchterte und Oppositionelle verhaute. Dabei tat sie so, als stünde die Neuauflage von 1933 unmittelbar bevor. Es sei ‚die Pflicht aller rechtschaffenen Menschen, dafür zu sorgen, dass die Geschichte sich nicht wiederholt‘. Luisa Neubauer forderte ‚keine Sekunde lang‘ aufzuhören, an ‚Christdemokraten mit Anstand‘ zu appellieren. Alle übrigen, so ihre Botschaft, seien moralisch ohnehin verkommen.

Eigen- und Fremdwahrnehmung sind bekanntlich zwei Paar Schuhe. Auch Heinrich Himmler bescheinigte sich beim Massenmord an Juden ‚immer anständig geblieben‘ zu sein, und obwohl die aktuellen Verfechter der deutschen Sittlichkeit nur mittelbar für abgestochene Kinder und gruppenvergewaltigte junge Mädchen verantwortlich sind, finde ich es bezeichnend, dass das Leid der Opfer und ihrer Angehörigen für sie nie ein Thema ist.

Heidi Reichinnek, der 1988 geborene Shooting-Star der Linkspartei, erklärte, dass sie und ihre Genossen die ‚Brandmauer gegen den Faschismus‘ seien. In einer Kampfreden gegen Friedrich Merz und die CDU bemüht sie einen Duktus, der auf mich wie eine für ‚TikTok‘ aktualisierte Sprechblase aus dem spätstalinistischen Politbüro wirkt. Nicht viel anders dürfte sich Hilde Benjamin über Johann Burianek geäußert haben. Den verurteilte sie in einem Schauprozess zum Tode und ließ ihn am 2. August 1952 in Dresden köpfen. Benjamin tütete eine ganz Serie von Justizmorden für das SED-Regime ein, was ihr die Spitznamen ‚blutige Hilde‘ und ‚rote Guillotine‘ einbrachte. Sie starb im Frühjahr 1989 und wurde unter militärischen Ehren in Gegenwart von Erich Mielke und Egon Krenz bestattet.

Mit der ‚demokratischen‘ Mitte verhält es sich ähnlich wie mit der ‚moralischen Mehrheit‘: Sie ist weder demokratisch, noch steht sie für die Mitte. Theoretisch sind Abgeordnete des Bundestags ihrem Gewissen verpflichtet. Weder haben sie sich Fraktionszwängen zu unterwerfen, noch Brandmauern zu sichern. Stimmen sie im Sinne der Wähler ab, tun sie genau das, was die Verfassung von ihnen verlangt.

Missfallen linken Organisationen ihre Entscheidungen, suchen sie die durch die ‚Macht der Straße‘ zu brechen. Tatsächlich offenbart das immer aggressivere Gezeter angeblicher ‚Antifaschisten‘ nur, wie sehr

der herrschende Klüngel um seine Diskursdominanz zittert, und genau deshalb begleiten die öffentlich-rechtlichen Claqueure den vermeintlichen ‚Aufstand der Anständigen‘ mit so viel Applaus.

François Bondy berichtet in *Pfade der Neugier* von einer Begegnung mit dem vor Mussolini geflohenen Schriftsteller Ignazio Silone. Die fand 1944 in Genf statt, kurz bevor Silone aus dem Schweizer Exil ins befreite Italien zurückkehrte. Plötzlich sagte Silone wie aus dem Blauen heraus: „*Wenn der Faschismus wiederkehrt, wird er nicht sagen: ‚Ich bin der Faschismus‘. Nein, er wird sagen: ‚Ich bin der Antifaschismus‘.*“

Silone war ein Freigeist. Als Mitglied der kommunistischen ‚Komintern‘ erlebte er, wie Stalin angebliche Abweichler mundtot machen ließ. Er brach mit der Partei. Die Moskauer Schauprozesse nannte er schon ‚roten Faschismus‘. 1938 bemerkte er in seiner *Schule der Diktatoren*, Faschismus habe viele Gesichter. Er sei an keine Ideologie oder Staatsform gebunden, sondern erfülle die Sehnsucht der Besiegten des Lebens nach nihilistischer Betäubung. Sein wahres Wesen liege in der Vergötterung der Macht.

Dem Dasein gehen die Verlierer nie aus. Ermutigen Demagogen sie, sich als Opfer zu fühlen und andere für ihr Los verantwortlich zu machen, dürfen sie sich im Namen der sozialen Gerechtigkeit an allen rächen, von denen sie meinen, dass sie weniger arm dran seien. Mwafak A., der in Bad Oeynhausen Philippos Tsanis tottrat, dürfte aus ähnlichen Motiven heraus gemordet haben wie der biblische Kain. Ihn trieb der Neid. Nur ist auch das, was den Eifer der ‚Aktivisten‘ gegen Feinstaub, Klimasterben und Atomtod befeuert, davon nicht weit weg. Auf zu kurz gekommene Seelen wirkt Lebensfreude so bedrohlich wie beleidigend. Also vergällen sie anderen den Spaß. Sie reden ihnen Schuldgefühle ein. Wer als ‚Deutsche Umwelthilfe‘ Pendlertrieze und allen übrigen Weihnachtskerzen und Silvesterböller verbieten will, findet es auch notwendig, kleine Kinder unter FFP3-Masken zu stecken und die Größerchen zu Gendersternen, Glottisschlägen und geschlechtsneutralen Pronomen zu verdonnern. Flagellanten sind erst glücklich, wenn alle bluten. Ihr Begriff von ‚Equity‘ bedeutet, dass sich keiner mehr unbefangen freuen darf. Furchtsame lieben Verbote, und Hand in Hand mit der Lust zum

Verboten marschiert die auf Unterwerfung. Wie sich das im Alltag gestaltet, hat uns die sogenannte Pandemie gerade wieder vorgeführt. Als Erinnerung daran, wie dünn der zivilisatorische Firnis ist.

Darum Sorge ich mich auch weit mehr ums gesellschaftliche Klima als um den globalen CO<sub>2</sub>-Ausstoß, zumal wir auf den Umgang miteinander immerhin noch einen gewissen Einfluss haben. Von mir aus dürfen wir zwar gern achtsam und liebevoll mit der Schöpfung umgehen, aber müssen nicht bei jedem Wetterumschwung in Panik verfallen oder warme Sommertage als persönliches Versagen betrachten. Doch mit der menschengemachten Klimakatastrophe ist es so wie mit dem Impfschutz bei Corona: Alle haben daran zu glauben oder müssen zumindest so tun und sonntags in die Kirche gehen. Nichts ist so humorlos wie eine Religion, die sich für Wissenschaft hält. Das ist das Universalgesetz des Historischen Materialismus.

Wer lacht, leugnet, und Leugner sind Frevler. Sie verletzen die heiligen Werte, gefährden die Gefühle der Gläubigen und untergraben die Autorität der Priesterschaft. Moderne Theokraten kreischen ‚Follow the Science!‘. Sie unterwerfen alle ihrer Kontrollneurose. Darunter verbirgt sich eine tiefe Angststörung. Leider ist dieser Wahnsinn ansteckend. Greift er auf die Gesellschaft über, hat das drastische Folgen. Es schlägt auf den Alltag, die Kultur und die Wirtschaft durch.

In der gerade abgewählten Regierung haben sich Ökoideologen mit Migrationsmythen bewaffnet. Ihr Handeln ist nicht an der Realität ausgerichtet, sondern an Konzepten ihrer Erlösungslehre. Die kollidieren zwar irgendwann mit der Wirklichkeit, aber solange alle an einem Strang ziehen und demselben Skript folgen, setzt sich ihre Sicht auf die Welt vorübergehend durch, und dann kappen sie trotz Krieg und Energiekrise eben die letzte billige Stromquelle und zerstören alle Voraussetzungen, um sie je wieder zu betreiben, während sie parallel ‚grünen Stahl‘ und Elektromobilität propagieren. Magisches Denken verleiht Flügel. Es versetzt Berge. Man muss nur fest genug daran glauben.

Wo Kerle mit Hoden als Frauen gelten und Svenja Schulze Hunderte von Millionen für Radwege in Peru spendiert, kann man die ‚neue Mitte‘ auch zwischen Luisa Neubauer und Heidi Reichinnek ansiedeln.

Dann gelten deren Parteigranden Robert Habeck und Gregor Gysi als ‚moderat‘.

In der DDR war Gysi ab 1971 Anwalt einer Reihe verfolgter Regimekritiker. Er vertrat unter anderen Robert Havemann, Rudolf Bahro, Bärbel Bohley, Jürgen Fuchs und Ulrike Poppe. Nach der Wende warfen ihm viele vor, als ‚IM Notar‘ und ‚IM Gregor‘ für die Stasi gearbeitet zu haben. Gysi streitet ab, seine Mandanten jemals verraten zu haben. Er klagt gegen jeden, der das von ihm sagt. Trotz erdrückender Verdachtsmomente gelingt ihm bis heute da juristisch Unterlassungen zu erwirken. Ähnlich bedeckt hält er sich hinsichtlich seiner Rolle beim Verwandeln der SED-Gelder in gesamtdeutsche Valuta. Hubertus Knabe schildert in seinem Essay *Der Milliardenklau*, wie Gysi das riesige Parteivermögen beiseite zu schaffen half, das anschließend zum Kurs von 2:1 in D-Mark konvertiert wurde.

Die SED hatte sich in über 40 Jahren fantastische Werte angeeignet. Sie besaß zig Grundstücke, deren Wert zum Zeitpunkt der Wende auf etwa zehn Milliarden D-Mark taxiert wurden. Zudem gehörten ihr fast alle Zeitungs- und Großdruckereien, *„die DEFA-Filmgesellschaft, mehrere Buchverlage, der Genex Geschenkdienst, das Außenhandelsunternehmen Novum sowie verschiedene Firmen im Ausland, die allein einen Wert von 149 Millionen D-Mark hatten. Last but not least waren die Panzerschränke im Keller des Zentralkomitees vollgestopft mit Dollars, Silberbarren, Münzen, Uhren und Zahngold für die Plomben der Politbüro-Mitglieder.“*

An liquidem Vermögen gab die Partei 6,13 Milliarden DDR-Mark an. Daneben verfügte sie über ‚rund 90 Millionen D-Mark auf ausländischen Konten‘, deren Existenz sie verschwieg. Einen Großteil der Gelder rettete Gysi auf verschlungenen Pfaden in die kapitalistische Zukunft, womit er langfristig künftigen Kadern eine schlagkräftige Kampfkasse sicherte. Denn trotz der kriminellen Energie blieb der beispiellose Finanztransfer fast folgenlos und tat Gysis politischer Karriere keinerlei Abbruch. Heute hilft der einstige Chef der ‚Europäischen Linken‘ die ‚Brandmauer gegen den Faschismus‘ sichern. Gemeinsam mit Heidi Reichinnek und den Grünen legt er die Breite und Höhe

eines Bauwerks fest, das mich vor allem durch seine Flexibilität beeindruckt. Denn bei Bedarf lässt es sich beliebig verschieben, und man kann jeden dahinter verbannen, der einem nicht passt. Ganz im Geiste Erich Mielkes.

Das Fundament der Brandmauer geht auf Angela Merkel zurück. Sarrazin kann sich damit schmücken, ihr erstes Opfer zu sein. Heute ist sie der Grund dafür, weshalb der aktuelle CDU-Chef Friedrich Merz seine Verhandlungsposition nicht nutzt und nicht einmal mit der AfD redet, obwohl die bei den Wahlen ihren Stimmanteil verdoppelt hat und nun die zweitgrößte Fraktion im Bundestag stellt. Die ‚Alternative‘ würde ihm bequem die Mehrheit sichern, um die Kehrtwende in der Zuwanderungspolitik durchzusetzen, die er vor den Wahlen versprochen hat. Aber die AfD befindet sich nun mal hinter der Brandmauer. Nachdem Merz den Versuch unternahm, mit ihren Stimmen einen Fünf-Punkte-Plan zur Migration und ein ‚Zustrom-Begrenzungsgesetz‘ im Bundestag durchzusetzen, fielen Grüne, Sozialdemokraten und die Medien wie hungrige Wölfe über ihn her. Laut dem Berichterstatter des ÖRR hatte er damit einen historischen Tabubruch begangen und der Demokratie einen ‚schwarzen Tag‘ beschert. Für SPD-Fraktionschef Rolf Mützenich stieß er die ‚Tore zur Hölle‘ auf. Das Gekreische war so hohl wie absehbar, aber es wirkte. Merz zuckte panisch zurück. Nichts scheint er mehr zu fürchten als die unsichtbare Mauer.

Dabei raubt er sich damit selbst den Spielraum. Tatsächlich müsste er die Mauer noch nicht einmal einreißen. Er bräuchte sie bloß zu ignorieren. Denn der neue antifaschistische Schutzwall existiert nur in der Fantasie. Er ist der Zauberbann, den die Altkanzlerin und ihre linken Spielgefährten ersonnen haben, um die selbst geschaffene Konkurrenz dauerhaft zu diffamieren und an den Katzentisch verbannen zu können.

Merz unterwirft sich ihrem Fluch, obwohl er sich und das Land damit dazu verdonnert, auf Gedeih und Verderb mit den Verlierern von der SPD zu koalieren. Die sind in als Regierung gerade krachend gescheitert und haben bei den Wahlen eine beeindruckende Ohrfeige kassiert. Tut Merz sich mit ihnen zusammen, ist klar, dass die Wähler

jede Hoffnung aufs Beschränken der Zuwanderung begraben dürfen. Die dringend notwendige Abkehr von der ‚Energiewende‘ bleibt aus, die Korrektur des ‚Bürgergelds‘, die Rücknahme des Lieferkettengesetzes, der staatlichen Petz- und Meldeforen und des Finanzierens linksradikaler NGOs. Nur so lässt sich die heilige Brandmauer retten. Also hat Merz gleich nach der Wahl sein Versprechen auf Grenzkontrollen zurückgenommen und den Sozialdemokraten als Morgengabe der möglichen Verbindung den Volkswillen geopfert.

Theoretisch hätte Merz den unfähigen SPD-Kanzler sofort durch ein konstruktives Misstrauensvotum beerben können. Dann säßen die Liberalen noch im Parlament und die AfD wäre bloß halb so stark. Stattdessen kungelte er lieber mit dem Amtsinhaber und den Grünen. Nun, nach den vorgezogenen Neuwahlen, die gezeigt haben, dass die Mehrheit der Wähler dringend einen drastischen Kurswechsel wünscht, bestärkt er die Kräfte des Beharrens, sabotiert sich selbst und zementiert die herrschenden Verhältnisse. Außer etwas Kosmetik bleibt alles beim Alten und die Nation weiterhin im Würgegriff von unfähigem sozialdemokratischen Fachpersonal. Krasser als Merz hätte kein Politiker vorführen können, wie sich das ‚Altparteienkartell‘ an seine Macht klammert und gegen den Wandel sträubt.

Derweil dürfen die Wähler zusehen, wie sich die ‚neue Mitte‘ in Luftschlössern verschanzt. Das geht auf Kosten der Zukunft, aber die Akteure pfeifen aufs Morgen. Sie kassieren lieber rasch noch die Schuldenbremse. Irgendwann wird die Wirklichkeit sie zwar wieder einholen, doch das dauert, und falls die Wahlerfolge der ‚Populisten‘ sie jemals auf den Boden der Tatsachen zurückzwingen, haben sie dafür gesorgt, dass andere die Härten des Aufpralls abfedern dürfen.

So geht alles weiter wie gehabt und in immer rascherem Tempo abwärts.

# Die Schlacht um die Zukunft

## J. D. Vance oder der Fuchs im Hühnerstall

**M**it Friedrich Merz verweilt Deutschland im Lager der europäischen Schlafwandler. Aus Washington rollt derweil ein Gewitter heran. Wetterleuchten zuckt über dem Atlantik und taucht die maroden Fassaden der Potemkinschen Dörfer in grelles Licht.

Der Kurs der neuen US-Regierung wirbelt die Welt durcheinander. Laut den Politikwissenschaftlern Steven Levitsky und Lucan A. Way will Donald J. Trump die USA autoritär umbauen. In *Foreign Affairs*, der Zeitschrift des ‚Council on Foreign Relations‘, skizzieren sie, wie sein ‚Pfad zu amerikanischem Autoritarismus‘ angeblich aussieht und wie er staatliche Institutionen nutzen wird, um die Opposition zu lähmen und zu zermürben. Das Drehbuch liest sich vertraut. Mich allerdings erinnert es eher an den Ansatz, den die Biden-Regierung über die letzten Jahre verfolgte, um Trump mit Hilfe von Justiz und Medien zu diskreditieren, zu kriminalisieren und so die Wiederwahl des ‚Populisten‘ zu verhindern. Insofern liest es sich unfreiwillig entlarvend.

Es gibt grundlegend verschiedene Vorstellungen von ‚Demokratie‘. Ich beispielsweise verstehe darunter, dass jeder mündige Bürger eine Stimme hat und der Wille der Mehrheit den Kurs bestimmt. Aufgabe der Politik ist es, den Mehrheitswillen umzusetzen. Das ist das klassische angelsächsische Prinzip. Das ‚europäische‘ Modell dagegen legt weit größeren Wert auf Konsens und den Schutz von Minderheiten. Es sieht das Volk als eine volatile Masse, die durch ‚aufgeklärte Eliten‘ auf Kurs gehalten werden muss. Sonst läuft es ständig Gefahr, seinen niederen Instinkten zu gehorchen und falsch zu wählen. Diese Art Demokratieverständnis dürfte bei den meisten deutschen Parteipolitikern und EU-Funktionären vorherrschen. Es unterscheidet sich nicht wesentlich von den Prinzipien des ‚Demokratischen Zentralismus‘, die

Wladimir Iljitsch Lenin entwickelt hat, und neigt stark zu zentralistischen Hierarchien.

Die Crux des Mehrheitsprinzips besteht darin, dass es leicht Minderheiten unterpflügt. Daher braucht es einen starken rechtsstaatlichen Rahmen, der ihren Schutz gewährleistet. Doch der Hund sollte mit dem Schwanz wedeln, nicht umgekehrt. Wenn Elitenprojekte den Willen der Mehrheit ständig im Namen von Minderheiten ignorieren, verkommen sie zwangsläufig zu Diktaturen, unabhängig davon, mit was für Zielen sie sich so schmücken. In der Zuwanderungsfrage, beim Verbot von Verbrenner-Motoren, dem sogenannten Gleichstellungsgesetz oder Lieferkettennachweis verletzen die Vorgaben der Führung ganz erheblich die Interessen der Mehrheit. Sie lassen sich nur durch immer mehr Druck durchsetzen und Brüssel entwickelt da erschreckend viel Ehrgeiz.

Alexander Heiden bemerkt in seinem Essay *„Donald Trump, Mathias Döpfner und das Ende der Welt, wie wir sie kennen“*, Brüssel sei längst nicht mehr das Zentrum eines föderalen Bundes demokratisch verfasster Staaten. Stattdessen herrsche dort die paternalistische Selbstverliebtheit einer zentralistischen Bürokratie, die sich für allwissend halte. In ihrer durch die Bürger nie legitimierten Verfasstheit erinnere die Union ihn inzwischen eher an Russland als an die USA. Bundesstaaten in den USA besäßen mittlerweile mehr Befugnisse als einzelne Länder in der EU. Diese weitgehend dysfunktionale Zentralisierung sei auch der eigentliche Grund dafür, dass Europa im Konzert der Großmächte keine Rolle mehr spiele und nicht mehr mit China, Indien oder Russland konkurrieren könne. Denn nicht nur was betreutes Denken anlangt, leidet der Kontinent inzwischen unter erheblicher Schlagseite.

Gleichwohl meinen die EU-Eliten über höhere und höchste Moral zu verfügen, und bis letzten Herbst harmonisierte ihr Selbstverständnis mit dem der US-Eliten. Doch nun hat die Wahl von Trump dem ein Ende gemacht. Mit Joe Biden verabschiedete sich auch die Identitäts-Ideologie der Obama-Jahre. Die neue Regierung propagiert nicht mehr DEI-Maßnahmen (Diversity, Equity, Inclusion), Transgender-Kult, ‚Postkolonialismus‘ und ‚kritische Rassentheorie‘.

Trumps Motto ‚Make America great again‘ ist das Kontrastprogramm zur ‚woken‘ Agenda von politisch korrekter Selbstverleugnung. Für den Historiker Victor Davis Hanson ist es eine veritable ‚Gegenrevolution‘, die die Rückkehr zur Normalität von zwei Geschlechtern, Gleichheit vor dem Gesetz, ethnischer Farbenblindheit und Meritokratie verspricht, und so großspurig Trump auch daherkommen mag, anders als Barack Obama will er vor der Welt nicht moralische Fleißpunkte sammeln oder besonders tugendhaft dastehen. Er will für sein Land die bestmöglichen Resultate erzielen. Trump denkt nicht global und elitär, er denkt strategisch. Er betreibt Realpolitik. Als gewiefter Geschäftsmann und ‚Dealmaker‘ redet er auch mit der Konkurrenz, und so wie Nixon 1972 nach Peking reiste, um mit dem größten Massenmörder des 20. Jahrhunderts über ein mögliches Ende des Vietnamkrieges zu verhandeln, spricht er mit Wladimir Putin über ein Ende des Tötens in der Ukraine. Aus seiner Sicht haben die USA kein Interesse mehr daran, den Krieg fortzusetzen.

Im Osten der Ukraine liefern sich zwei ungleiche Kontrahenten seit Jahren einen Zermürbungskampf, ohne dass einer entscheidende Geländegewinne erzielt. Der Krieg hat sich fest-gefressen. Täglich leiden und sterben Leute. Die Zahl der Opfer lag im Frühjahr 2025 bei geschätzten anderthalb Millionen. Zig Väter, Söhne und Brüder sind Krähenfraß, verstümmelt, verkrüppelt, verblutet, liegengelassen oder verscharrt. Zahllose Familien sind zerstört, Behausungen in Trümmer verwandelt. Es zählt nicht mehr, wer Angreifer und wer Verteidiger ist. Was vielleicht noch zählt, ist, dass das Töten ein Ende hat.

Die USA liefern der Ukraine den Großteil der Waffen. Ohne sie wäre der Krieg im Handumdrehen vorbei. Die Ukraine ist am Ende ihrer Kräfte. Doch für die USA ist da nichts mehr zu gewinnen. Geostrategisch spielt die Ukraine keine Rolle mehr. Die Europäer mögen das anders sehen, aber die sind eine zu vernachlässigende Größe. Das machte die Karrierediplomatin Victoria Nuland schon 2014 deutlich, als sie sich in einem abgehörten Telefonat wenig respektvoll über die EU-Führung äußerte. Die EU hat sich längst von der Bühne verabschiedet.

Den USA haben die letzten drei Jahre gezeigt, dass die ehemalige Sowjetunion militärisch keine Bedrohung mehr darstellt. Dauert der Krieg noch länger an, treibt er die Russen nur noch weiter in die Arme der Chinesen. Zugleich fördert er ein Bündnis zwischen Moskau und dem Iran. Das beschwört mittelfristig nur neue Risiken herauf, die es zu vermeiden gilt. Angesichts der wachsenden Stärke der BRICS-Staaten und der Rolle Indiens liegt es also im Interesse der USA, sich rasch mit den Russen zu verständigen. Bevor die komplett ins chinesische Lager abdriften.

Die Ukraine hat tapfer gekämpft, aber keine Chancen, das verlorene Territorium zurückzugewinnen. Jedenfalls nicht ohne einen Weltkrieg. Mehr als ein schaler Kompromiss lässt sich kaum für sie herausholen. Wenn die Europäer den Krieg unbedingt fortsetzen wollen, sollen sie das tun, doch ohne die USA.

So ähnlich dürfte Trump das sehen. Und die Europäer, die mindestens elf Jahre lang Zeit hatten, um sich auf dieses Szenario einzustellen und Victoria Nulands ‚Fuck the EU!‘ zu begegnen, machen ein dummes Gesicht. Statt sich zu wappnen, taten sie unter Führung Angela Merkels alles dafür, um ihre Position zu schwächen. Nun sind sie hell empört und fühlen sich von den Amerikanern hintergangen. Sie jaulen, dass die USA sich eigensüchtig verhalten und ‚den Westen‘ verraten, hyperventilieren und sondern hilflose Solidaritätsadressen an Kiew ab. Sie, die sie unermüdlich Ersparnisse und Vermögen ihrer Völker verheizen, um selbstlos Millionen muslimischer Migranten aufzunehmen, das Klima zu retten und Abbitte für die Sünden der Väter zu leisten, sehen sich vom Imperium schnöde im Stich gelassen.

Aber so läuft das eben. Verschieben sich Gewichte, justieren Großmächte ihre Prioritäten. Dabei scheren sie sich selten um anderer Leute Träume, Ideale oder die höhere Moral. Das sollten gerade die Europäer eigentlich wissen. Ein Blick zurück würde helfen: Donald Trump verhält sich nicht kaltschnäuziger als Klemens von Metternich, herzloser als Otto von Bismarck oder rüder als Winston Churchill. Im Gegenteil. Er rettet das Leben von jungen Männern, die sonst jedenfalls im Fleischwolf landen.

Aber zugleich tut er eben das, was die europäische Großmeisterin des Doppelstandards Ursula von der Leyen bei anderen für äußerst unfein hält. Er verfolgt eigene Interessen. Obendrein sagt er das Offensichtliche: Wer für die Musik zahlt, bestimmt die Melodie.

Und die Europäer, wie trotzig Kinder oder kindische Greise, weigern sich, das zu begreifen.

Unlängst war Trumps Vizepräsident J. D. Vance zu Gast in München, um bei der Sicherheitskonferenz zu sprechen. Diese Konferenz ist ein seit 1963 jährlich stattfindendes Rendezvous hochrangiger Militärs, Politiker und Wirtschaftsgrößen. Gastgeber war der langjährige Merkel-Berater und einstige UN-Botschafter Christoph Heusgen. In der UNO hat sich Heusgen dadurch hervorgetan, dass er gemeinsam mit dem Mullah-Regime stringent israelfeindliches Abstimmungsverhalten pflegte. Unvergesslich ist auch sein mokantes Grinsen, als Trump im September 2018 in der UN-Vollversammlung sprach und Deutschland vor der Abhängigkeit von russischem Gas warnte.

Bei der Sicherheitskonferenz tauscht man Höflichkeiten aus und bahnt Waffenverkäufe an. Es ist kein wirklich spektakulärer Event. Doch der Gast aus den USA kam, um aufzurütteln, und das tat er, weil er rhetorisch mit allen möglichen Wassern gewaschen ist und austeilen kann. Er kombiniert die zähe Straßenschläue eines Underdogs mit dem *Juris Doctor* einer Ivy-League-Universität. Der 1984 geborene Vance stammt aus dem ländlichen Ohio. Er hat sich aus bescheidensten Verhältnissen hochgearbeitet und dürfte mit seinen knapp 40 Jahren mehr vielschichtige Lebenserfahrung mitbringen als die allermeisten in der erlauchten Runde. Insofern braucht er sich vor niemandem zu verstecken. Doch natürlich nimmt man ihm übel, dass er für Donald J. Trump arbeitet, eben den Mann, den er 2016 noch attackiert hat. Prinzipienfeste Seelen werfen ihm deshalb Opportunismus vor. Aber Einschätzungen könne sich ändern.

Doch bei uns hat jeder schlechte Karten, der ein gutes Haar an Trump lässt. Schließlich ist Trump der bestgehasste US-Präsident seit Franklin D. Roosevelt. Frank-Walter Steinmeier mag die Mullahs lieber. In der gefühlten Wahrnehmung rangiert Trump zwischen Mussolini

und Hitler, und die Qualitätsmedien werden ihm nie verzeihen, dass er gegen ihren ausdrücklichen Wunsch einen Erdrutsch-Sieg für die Republikaner eingefahren hat, wo sie doch bis zuletzt auf Kamala Harris hofften.

Nun trat sein ungeliebter Stellvertreter in München an. Es war sein Einstand auf europäischem Parkett und zugleich ein Paukenschlag. Ohne jegliche Artigkeit. Vance sang das Hohelied der Demokratie und kritisierte die Arroganz der Mächtigen. Seine Rede war die dringende Ermahnung an die Anwesenden, sich aufs Wesentliche zu besinnen. Gleich eingangs machte er klar, dass er sich weniger vor äußeren Feinden fürchte als davor, dass Europa seine freiheitlichen Traditionen aufgebe. Auch ohne externe Bedrohungen müsse man wissen, wer man sei und wofür man stehe. Das sei grundlegend und die eigentliche Voraussetzung für alles andere. Man müsse seine eigenen Werte leben. Da bereite ihm der derzeitige Zustand Europas Sorgen.

In einer immer komplexer werdenden Welt müssten Demokratien die Wünsche ihrer Bevölkerungen respektieren. Sie bräuchten keine Angst vor der Wahrheit zu haben. Paternalistische Zensur oder falsche Moral seien kein Weg. Die Machthaber könnten Wahlen nicht kurzerhand für ungültig erklären, wenn ihnen die Resultate nicht schmeckten. Wahlen ermöglichten es dem Volk, auf friedliche Weise unfähiges Personal loszuwerden. Politische Kartelle, die das sabotierten, indem sie intransparente Geheimdienstberichte und Gerichtsurteile bemühten oder die Opposition hinter ‚Brandmauern‘ verbannten, zerstörten die Demokratie. Wo Regierungen die freie Rede beschnitten, Bürger für ‚Gedankenverbrechen‘ einsperrten, ihre Häuser durchsuchen ließen, sie wegen stummer Gebete vor Gericht stellten und sie ins Gefängnis steckten, töteten sie mit der Meinungsfreiheit den Geist, der Demokratien stark mache.

Wer über Sicherheit nachdenke, müsse sich fragen, was die Bürger einige und ihnen Mut und Zuversicht schenke. Der Westen zeichne sich durch seinen geistigen Reichtum und seinen Schatz an freiheitlichem Denken aus. Das sei sein Wesen und wahres Alleinstellungsmerkmal. Diesen Schatz gefährdeten Europas Führer, wenn sie abweichendes

Denken bestrafen. Insofern sähe er den Kontinent weniger von außen als von innen bedroht, und zwar durch eine politische Klasse, die das eigene Volk bevormunde und seinem Urteil nicht mehr traue. Denkverbote und Zensur seien Gift.

Konkret griff er die Zuwanderungspolitik an. *„Von allen drängenden Herausforderungen, mit denen die hier vertretenen Nationen konfrontiert sind, gibt es meiner Meinung nach nichts Dringenderes als die Massenmigration.“* Allein zwischen 2021 und 2022 habe sich die Zahl der Menschen aus Nicht-EU-Ländern verdoppelt. Fast jeder fünfte Mensch in Deutschland sei zugewandert. Die Situation sei nicht aus dem Nichts entstanden, sondern die Folge bewusster Entscheidungen, die die Eliten auf dem gesamten Kontinent über einen langen Zeitraum hinweg gefällt hätten. Kein Wähler sei je gefragt worden, ob er die ‚Tore Europas für Millionen von nicht überprüften Einwanderern öffnen‘ wolle. Doch die Verwerfungen und die Schrecken, die das mit sich brächte, müssten sie ausbaden. Das habe man gerade erst gestern wieder in München bewundern dürfen. Dort war tags zuvor ein 24-jähriger Afghane in eine Gruppe von Demonstranten gefahren und hatte Dutzende schwer verletzt.

Wie lange wolle man derlei noch zulassen? Eventuell müsse Europa seinen ‚Kurs ändern und die eigene Zivilisation in eine andere Richtung‘ lenken. Immer mehr Wähler stimmten für Parteien, die die Zuwanderung zu beenden versprächen. Im Gegensatz zu den Herrschaften ‚ein paar Berge weiter in Davos‘ verstehe er das. Menschen sähen sich eben nicht bloß als dressierte Tierchen und ‚austauschbare Rädchen in einer globalen Wirtschaft‘. Sie hätten eigene Ziele. Ihnen sei ihre Heimat wichtig, ihre Alltagssicherheit, die Chance, für sich und ihre Kinder zu sorgen. Insofern sei es wenig überraschend, dass sie von den Eliten nicht übergangen und ignoriert werden wollten.

Demokratien müssten so wesentliche Fragen wie Zuwanderung an der Wahlurne klären. Übergehe man die Sorgen der Menschen und schließe sie aus, indem man Medien abschalte oder Wahlen annulliere, schütze das nichts und niemanden. Tatsächlich begrabe es freie Gesellschaften. Abweichende Meinungen zu äußern, sei keine illegitime

Wahlbeeinflussung. Selbst wenn es Leute von auswärts täten, die mächtig und sehr einflussreich seien. Wörtlich sagte er: *„Wenn die amerikanische Demokratie zehn Jahre lang Greta Thunberg überstehen kann, dann könnt ihr auch ein paar Monate Elon Musk überstehen.“*

Nur was keine Demokratie überstehe, egal ob amerikanisch, deutsch oder europäisch, sei es, Millionen von Wählern auszugrenzen und ihnen zu zeigen, dass ihre Nöte und Hoffnungen es nicht wert seien, überhaupt in Betracht gezogen zu werden.

*„Ich bin zutiefst davon überzeugt, dass es keine Sicherheit gibt, wenn man Angst vor den Stimmen, den Meinungen und dem Gewissen hat, die das eigene Volk leiten. ... Demokratie beruht auf dem heiligen Prinzip, dass die Stimme des Volkes zählt. Es gibt keinen Platz für Brandmauern. Entweder man hält sich an das Prinzip oder nicht ... Der Glaube an Demokratie bedeutet, dass jeder unserer Bürger Weisheit besitzt und eine Stimme hat. Wenn wir uns weigern, auf diese Stimme zu hören, werden selbst unsere erfolgreichsten Kämpfe nur sehr wenig sichern.“*

Vance schloss mit den Worten: *„Wir sollten keine Angst vor unseren Leuten haben, selbst wenn sie Ansichten äußern, die sich nicht mit denen ihrer Führung decken. Ich danke Ihnen allen. Ich wünsche Ihnen viel Glück. Gott segne Sie.“*

Gottes Segen zu bemühen trauen sich europäische Politiker schon lange nicht mehr. Doch der Klartext, den Vance da ablieferte, war für sie ohnehin unerhört. Da sprach einer ohne alle Schnörkel, höflich zwar, doch eindringlich und mit präzisiertem Fokus, weil er genau wusste, was er wollte und keine Lust hatte, um den Brei herumzureden und seine Botschaft befindlichkeitsgerecht aufzuhübschen.

Im *Cicero* nannte Ben Krischke die Rede den ‚transatlantischen Vorschlaghammer‘. Falls Vance denn das Gesicht des neuen Autoritarismus sein solle, sei es ein ‚überaus seltsamer Autoritarismus‘, der sich da anschicke, ‚die liberale Demokratie in ihren Grundfesten zu erschüttern‘. Was Vance gesagt habe, sei ‚radikalliberal und nichts Geringeres als eine Ode an die Meinungsfreiheit‘.

Das sehe ich ähnlich. Mir tat die Rede gut. Weil sie den Finger in die Wunde legte und genau das benannte, woran Deutschland und die

EU seit langem kranken. Sie forderte Mut zur Wahrheit ein und lebte vor, wie befreiend der Mut zur Wahrheit sein kann. Vance benahm sich wie einer, der in einem Raum, wo die Luft längst zu Ersticken ist, die Fenster aufreißt und Sauerstoff hereinlässt. Er vertrieb den mörderischen Mief, rüttelte die Sinne wach und erquickte den Geist. Da redete einer, der wusste, wovon er sprach, kein verhuschter, gebeugter Untertan, sondern ein stolzer Bürger der ältesten demokratischen Republik, der als Bote aus der Neuen Welt die müden, verzagten Europäer daran erinnerte, was das Wort Citoyen bedeutet.

Der selbstbewusste Vance war der wandelnde Gegensatz zu seinem Publikum, dem unschwer anzusehen war, dass es auf diese Art Kopfwäsche nicht eingestellt gewesen war. Indem er aufzeigte, wie zensurbesessenen Brüssel und Berlin mittlerweile sind, zog er den geballten Zorn der Anwesenden auf sich. Er verhalte sich unmöglich, mische sich in den deutschen Wahlkampf ein und kündige das atlantische Bündnis auf, hieß es. Getroffene Hunde jaulen. Seit Merkel ereifert sich die politische Klasse eben nicht mehr über den Inhalt der schlechten Nachricht, sondern köpft lieber den Überbringer.

Nichts ist hierzulande so verpönt wie das Reden mit ‚Rechten‘. Faktisch hat das Ausgrenzen die AfD in eine Märtyrerrolle gedrängt und sie so letztlich gestärkt. Und die grob geschätzte Milliarde an Steuergeldern für den staatlichen ‚Kampf gegen rechts‘ hat die Gesellschaft nicht freier, diverser und toleranter gemacht, sondern die Atmosphäre nachhaltig vergiftet.

Wer es als vaterloser Sohn einer drogensüchtigen Mutter schafft, aus der Verliererzone des ‚White Trash‘ auszubrechen, um mit 39 auf dem Posten des US-Vizepräsidenten zu landen, muss einiges mehr als nur einen flinken Verstand mitbringen. Sonst gelingt eine solche Weltenerwanderung nicht. Bevor Vance über ein Stipendium an der Yale-Law-School landete und in den feinen Kreisen der Ostküste aufstieg, diente er als Gefreiter im Irak. Was er dort erlebte, weiß ich nicht, angeblich war er nur beim Presse-Corps, doch anders als die meisten Politiker und Diplomaten, die in München versammelt waren, um über Leben und Sterben in der Ukraine zu beraten, verfügt er immerhin über Erlebnisse

aus einem Krieg. Entweder weiß er aus erster Hand, wie es riecht, klingt und aussieht, wenn einem Menschen das Gesicht weggeschossen wird oder er mit Lungensteckschuss am eigenen Blut erstickt, oder er vermag es sich vorzustellen. Deshalb, vermute ich, ist sein Verhältnis zu kriegerischen Tugenden und Heroismus deutlich konkreter als das von Annalena Baerbock, Ursula von der Leyen oder Marie-Agnes Strack-Zimmermann.

Theoretisch hätten die Anwesenden Vance dankbar sein können. Er lieferte da eine weitsichtige Analyse ab. Die hätten sie ernst nehmen und durchaus als die wohlwollende Ermahnung auffassen können, die es war.

Doch wer das gefällige Plätschern gefügiger Jasager gewöhnt ist, findet jeden, der Lebenslügen entlarvt, nun mal ungehobelt und brutal. Vance beging das Verbrechen, die Befindlichkeiten seiner Zuhörer zu verletzen. Deshalb mussten anschließend sofort die Kommentatoren ran, um die lädierte Fassade zu kitten. Die empörten sich über den ‚rechtspopulistischen Kraftauftritt‘ und ‚Vulgärliberalismus‘. Man war sich wieder einig. Und letztlich ging es ja auch nur darum, die lästige Irritation abzuwehren, zügig die Reihen zu schließen und wieder zu einem zivilisierten Diskurs zurückzukehren.

Am Hof von Versailles dürfte es im Sommer 1789 nicht viel anders zugegangen sein. Außer, dass das Juste Milieu dort deutlich besser angezogen war.

## Das postfaktische Bullerbü

Laut Esther Vilar zeichnet sich moderne Dummheit durch Grobheit, Gefühlskälte, Einfalls- und Humorlosigkeit aus. Fehlende Rechengewandtheit oder Auffassungsgabe seien nicht unbedingt ausschlaggebend. Das stimmt, aber eben leider nur noch in Grenzen.

Der damalige deutsche Wirtschaftsminister erklärte Anfang April 2023 in Kiew:

*„Die Ukraine wird an der Atomkraft festhalten. Das ist völlig klar – und das ist auch in Ordnung, solange die Dinger sicher laufen. Sie sind ja gebaut.“* Elf Tage später ließ er die drei letzten deutschen Kernkraftwerke abschalten. Diese Kraftwerke waren zwar auch schon gebaut und liefen sicherer als die ukrainischen Anlagen, weil sie neuer waren und in ihrer Nachbarschaft kein Krieg tobte. Sie erzeugten etwa vier Gigawatt Strom und versorgten knapp ein Zehntel aller deutschen Haushalte. Eines der Kraftwerke stand in Baden-Württemberg, wo ein Gutteil der deutschen Automobilindustrie beheimatet ist, von der Abertausende Menschen leben.

Deutschland befand sich in einer akuten Notlage. Wirtschaft und Bevölkerung ächzten nach über einem Jahr Krieg und politisch verordnetem Gasboykott unter eskalierenden Kosten. Fachleute warnten dringend davor, die schwer angeschlagene Stromversorgung ohne Not mutwillig noch mehr zu belasten. Doch der einstige Kinderbuchautor wollte endlich den lang gehegten grünen Traum wahr werden lassen, und der sozialdemokratische Kanzler, der ein Machtwort hätte sprechen und den Irrsinn stoppen können, ließ ihn gewähren.

Unsere Energienöte sind hausgemacht, die Folge der sogenannten Energiewende, die Merkel im März 2011 durch ihren vorgezogenen Atomausstieg und das Ende der Kohleverstromung einleitete. Das bescherte dem Land die weltweit höchsten Strompreise bei gleichzeitiger Abhängigkeit von Russland. Nach dem Überfall auf die Ukraine vollendete die Ampel den energiepolitischen Suizid durch den Boykott russischer Gasimporte und das Abschalten der letzten intakten Atom-

kraftwerke. Deren Leistung muss nun durch teure Stromimporte und erneute Kohleverbrennung aufgefangen werden. Das führt nicht nur zu einer Kostenexplosion, sondern auch zur drastischen Steigerung der CO<sub>2</sub>-Emissionen.

Theoretisch könnte Kernkraft die Probleme abfedern. Das würde den CO<sub>2</sub>-Ausstoß senken, ‚Windparks‘ und Solarflächen obsolet machen, den Industriestandort, Arbeitsplätze und den allgemeinen Wohlstand sichern. Überdies verfügt Deutschland über eigenes Erdgas. Das ist sogar relativ leicht zugänglich. Statt es in Kanada, Katar oder Nigeria einzukaufen und teuer auf dem Seeweg herzuschaffen, bräuchte die Koalition nur das 2017 selbst auferlegte Fracking-Verbot aufzuheben. Zudem kann man das bei der Verstromung anfallende CO<sub>2</sub> im Erdreich verpressen. Damit lassen sich selbst Braunkohlekraftwerke fast emissionsneutral betreiben.

Glaubt man also an den menschengemachten Klimawandel und will das ‚Klima retten‘, gibt es viele Wege, die weit billiger und effektiver sind als sämtliche aktuellen Vorhaben der Regierung – ohne staatlichen Dirigismus, Raubbau an Volksvermögen und Zerstörung der Natur. Doch damit zerplatzte der Hype um die angeblich notwendige Selbstbeschränkung. Verschrumpelt zurück bliebe die Mogelpackung eines Projekts, das allgemeinen Wohlstand durch reglementierten Mangel ersetzt. Davor graut den Grünen aller Fraktionen. Sie hassen pragmatische Lösungen. Denn die entlarven ihre Pläne als eine extrem teure, ökologisch sinnfreie Luftnummer, die nicht das Klima schützt, sondern die gesellschaftliche ‚Transformation‘ vorantreibt. Der Budezauber ihres grandiosen Enteignungs- und Entmündigungsprogramms bräche in sich zusammen. Darum bombardieren sie das Publikum mit immer hysterischerer Propaganda und suchen Skepsis durch Furcht, Lügen und Verbote im Keim zu ersticken.

Für Öko-Ideologen sind die wahren Feinde seit jeher die Normalbürger. Die gilt es zu bezähmen und klein zu halten. In seinem brillanten Beitrag über „Das teure Geheimnis der deutschen Energiewende“ zitiert Axel Bojanowski in der *Welt* deren geistigen Wegbereiter und späteren Bundesverdienstkreuzträger Amory Lovins. Der sagte mal:

„Wenn Sie mich fragen, wäre es fast katastrophal für uns, eine Quelle sauberer, billiger und reichlich vorhandener Energie zu entdecken, wegen dem, was wir damit machen würden.“ Schmetterlingsfreund Paul R. Ehrlich, Öko-Apokalyptiker und Verfasser der 1971 erschienenen *Bevölkerungsbombe*, befand: „Die Gesellschaft mit billiger Energie im Überfluss zu versorgen, wäre tatsächlich so, als würde man einem idiotischen Kind ein Maschinengewehr geben.“

1972 prophezeite der ‚Club of Rome‘ in den *Grenzen des Wachstums* das Erschöpfen der Rohstoffe bis Ende des Jahrhunderts, Hungersnöte und den Kollaps von Volkswirtschaften. Diese Schrecken traten nie ein, aber leben als Horrorvisionen in den Köpfen der Transformierer fort. Und mittlerweile kreieren sie diese Szenarien gezielt selbst.

Geht es nach den Grünen, soll die Welt mal wieder am deutschen Wesen genesen. Obwohl unser CO<sub>2</sub>-Ausstoß global unter 1,8 Prozent liegt und in den drei letzten Jahrzehnten um 40 Prozent geschrumpft ist, wollen sie vorexerzieren, wie man Emissionsfreiheit herstellt. Auf Betreiben der SPD-Politikerin Svenja Schulze, die als Entwicklungshilfeministerin Peru Hunderte Millionen für Radwege schenkt, den S-Bahn-Bau im indischen Bengaluru mitfinanzierte und nach Sturz des Assad-Regimes auch in Syrien tätig wurde, verbietet die EU ab 2035 Verbrennungsmotoren in Kraftwagen. Dank der staatlich geförderten ‚Deutschen Umwelthilfe‘ gilt Diesel als extrem schädlich. Vor wenigen Jahren baute Deutschland noch die weltbesten Dieselfahrzeuge. Die weisen bis zu einer Laufleistung von ungefähr 240.000 Kilometern eine weit bessere Öko-Bilanz auf als alle bisherigen Elektromobile, die ohnehin selten eine solche Gesamtlauflistung erreichen, weil ihre Batterie lange vorher schlapp macht. Nun wird eine der letzten Technologien, in der das Land führend war, eingestampft.

Wegen ihres geringen Verbrauchs nutzen Dieselfahrzeuge vorrangig Pendler und Landbewohner. Bis vor kurzem kostete der Treibstoff weniger als Benzin. Das hat die Regierung auf Drängen der Grünen geändert. Alle sollen fürs Klima Opfer bringen. Mit dem aktiven Opfern fängt man am besten bei denen an, die selten grün wählen und sich nicht wehren können.

Allerdings gibt es inzwischen ein dramaturgisches Problem. Seit Habeck die letzten Kernkraftwerke abgeschaltet hat, wirkt das CO<sub>2</sub>-Lamento hohl. Wenn das Klima tatsächlich zu kippen droht und wir alle Opfer zu bringen haben, wieso opfert er dann nicht etwas Ideologie, sondern nimmt drei reibungslos funktionierende, CO<sub>2</sub>-neutrale Atommeiler vom Netz? Mitten im Krieg, während das russische Gas wegfällt?

Bei Ende ihres Betriebs erzeugten die Kraftwerke Isar II, Emsland und Neckarwestheim vier Milliarden Kilowattstunden Strom. Um die Lücke zu schließen, benötigen konventionelle Kraftwerke geschätzte 13.870.000 Tonnen Kohle oder das Äquivalent in Gas und Öl. Das sind 38.000 Tonnen Kohle täglich. Was es kostet, um diese Energieträger im Inland zu transportieren, weiß ich nicht. Aber wie viel Schweröl man braucht, um Flüssiggas, Öl oder Kohle aus Übersee herzuschaffen, lässt sich grob überschlagen: Die Strecke von Montreal bis Bremerhaven beträgt rund 6.000 Kilometer. Tanker und Massengutfrachter verbrauchen bei einem Durchschnittstempo von 14 Knoten etwa 10.000 Liter Diesel stündlich, also 240.000 Liter am Tag. 14 Knoten entsprechen 26 Stundenkilometern. So landet man bei einer Reisezeit von knapp zehn Tagen und einem Dieserverbrauch von 2.400.000 Litern. Für eine einfache Fahrt. Nur deckt die eben bloß den Bruchteil des Bedarfs. Um 14 Millionen Tonnen Kohle von Kanada nach Deutschland zu schaffen, sind 210 Hin- und Rückfahrten nötig. Dabei werden rund eine Milliarde Liter schwefelhaltiges Schweröl verbrannt. Das entspricht etwa der Menge an Sprit, die 600.000 PKW im Jahr verbrauchen.

Letztendlich jedoch will die Kohle nicht nur transportiert sein. Um sie in Energie zu verwandeln, muss man sie verfeuern. Erst das setzt den Löwenhappen an Kohlendioxid frei. Beim Herstellen einer Kilowattstunde Strom im Kohlekraftwerk fällt ein Ausstoß von 1.000 bis 1.200 Gramm CO<sub>2</sub> an. Bei vier Milliarden Kilowattstunden vervielfacht sich das auf knapp fünf Millionen Tonnen.

Mittlerweile produzieren wir im Sommer tagsüber Überschüsse an Öko-Strom, die wir nicht speichern können und an unsere Nachbarn

verschenken, während wir nachts und in kalten Jahreszeiten, wo hoher Strombedarf herrscht, teuer Strom importieren müssen, vorrangig französischen Atomstrom und Kohlestrom aus slowakischen Kraftwerken, die deutlich dreckiger sind als die erst 2015 in Betrieb gegangene steinkohlebefeuerte Anlage Moorburg bei Hamburg. Die hätte theoretisch bis zu 11,5 Terawattstunden jährlich liefern können, aber wurde im Dezember 2021 stillgelegt.

Um von dieser Art Klimarettung begeistert zu sein, muss man Genderstudien betreiben.

In *Politik als Beruf* sagt Max Weber 1919, Politik stehe grundsätzlich unter zwei einander widersprechenden Maximen. Sie könne ‚gesinnungsethisch‘ oder ‚verantwortungsethisch‘ begründet sein. Verantwortungsethik zöge die Folgen des eigenen Handelns in Betracht. Gesinnungsethik orientiere sich am hehren Ideal, ohne die Konsequenzen zu bedenken. Darin sieht Weber einen ‚abgrundtiefen Gegensatz‘. Er merkt an, dass das Erreichen guter Ziele oft dazu zwingt, garstige Nebenwirkungen in Kauf zu nehmen, womit die Gesinnungsethiker über ihre inneren Widersprüche stolperten. *„Keine Ethik der Welt kann ergeben: wann und in welchem Umfang der ethisch gute Zweck die ethisch gefährlichen Mittel und Nebenfolgen ‚heiligt‘.“*

Weber unterschätzte die Lust auf Selbstbetrug. Jede Utopie verlangt Opfer, und ihr erstes Opfer ist der gesunde Menschenverstand. Also siegt der Wunsch über die Wirklichkeit, egal, wie desaströs die Folgen auch sind. Gesinnungsethiker gehorchen ihren Idealen. Höhere Moral kennt keine Schmerzgrenzen oder Skrupel. Vom Effekt her ist das dann tatsächlich so, als ob man einem idiotischen Kind ein entsichertes Maschinengewehr in die Hand drückt.

Gesinnungsethik schafft eine Realität, in der die Vorstellung von der Welt über deren Willen triumphiert. Arthur Schopenhauer sah das genau andersherum. Darum besticht Gesinnungsethik rationale Leute oft als irrational, exzessiv schwärmerisch, narzisstisch oder infantil. Barfußige Geister nennen das schlicht dumm.

Dummheit sei weit gefährlicher als Bosheit, fand der von den Nazis ermordete Theologe Dietrich Bonhoeffer. Das Böse lasse sich entlarven

und notfalls mit Gewalt verhindern. Gegen Dummheit sei kein Kraut gewachsen. Der Dumme kenne keine Selbstzweifel. Er halte sich für gut. Darum schade er sich und anderen mit reinstem Gewissen. Fakten, die seiner Meinung widersprächen, ignoriere er. Er weigere sich schlicht, sie zu glauben.

Dummheit hat nichts mit fehlender Intelligenz zu tun. Sie ist antrainiert. Bonhoeffer sieht darin *„eine besondere Form der Einwirkung geschichtlicher Umstände auf den Menschen, eine psychologische Begleiterscheinung bestimmter äußerer Verhältnisse. Bei genauerem Zusehen zeigt sich, daß jede starke äußere Machtentfaltung, sei sie politischer oder religiöser Art, einen großen Teil der Menschen mit Dummheit schlägt. ... Die Macht der einen braucht die Dummheit der anderen.“*

Dumme verzichten unterm Eindruck starker Führung auf ihre innere Autonomie. Sie unterwerfen sich freiwillig. Spricht man mit ihnen, hat man es mit über sie mächtig gewordenen Phrasen zu tun. Die geben ihnen Halt. Dergestalt verblendet sind sie zu allem fähig. Mit höherer Moral bewaffnet bemühen sie hehrste Ziele, sprechen im Namen Gottes, der Revolution oder des Klimas. Ihre Warte ist die einzig wahre und ihre Unmenschlichkeit stets so vorbildlich wie tugendhaft.

Neu ist das nicht. Friedrich Schiller dichtete einst: *„Gefährlich ist’s, den Leu zu wecken, verderblich ist des Tigers Zahn, jedoch der schrecklichste der Schrecken, das ist der Mensch in seinem Wahn.“* Das reimte Franz Burkhardt, mein liebenswerter Grundschullehrer, der im Unterricht noch gelegentlich an einer Zigarre kaute, in ‚ein Bierfass ohne Hahn‘ um.

Der Mathematiker Carlo Maria Cipolla definiert Dummheit als negative Synergie. Laut Cipolla verhalten Dumme sich stringent anti-rational, was sie durch Expertentum, Eloquenz und Status tarnen. Als geborene Alleskönner treten sie mit unerschütterlichem Selbstvertrauen auf. Auch durch krasseste Kollisionen mit der Wirklichkeit sind sie nicht von ihrem Holzweg abzubringen. Tragischerweise deuten andere ihren Starrsinn oft als Willensstärke. Deswegen vermögen es hartnäckig Dumme dem Peter-Prinzip zum Trotz oft schwindelerregend hoch aufzusteigen und Schneisen der Verwüstung zu legen.

Martin Sonneborn ordnet das Wirken der EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen so ein. Die habe die Union in ein autoritäres ‚Hybridsystem‘ verwandelt und quäle die Europäer mit ‚Hassrede-Gesetzen‘, die ihn an Orwell erinnerten.

Von der Leyen ist durch Angela Merkel auf ihrem Posten gelandet, einer Frau, die gern bekundete, die Dinge vom Ende her zu denken. Das wirft kein gutes Licht auf Merkel. Lässt man die lange Serie ihrer einsamen Entscheidungen Revue passieren, so weisen die alle bestechende Beharrlichkeit im Verleugnen der Realität auf, sei es bei der Bankenrettung, dem Atomausstieg oder der Grenzöffnung. Auch in ihrer Haltung gegenüber Russland blieb sie unbeirrbar. Untrüglich entschied sie sich stets für den größtmöglichen Fehler.

Inzwischen regieren ihre einstigen Helfer, Mitläufer und Nacheiferer. Die haben es geschafft, ihr beeindruckendes Wirken binnen kürzester Zeit sogar noch zu übertrumpfen. Das dürfte in ihrem Sinne sein, weil es sie aus der Rückschau vergleichsweise glänzen lässt.

Grundsätzlich gilt: Einzelne Dumme sind harmlos. Rotten sie sich zusammen und schanzen einander Posten zu, wird es ungemütlich. Wappnen sie sich mit Ideologie und höherer Moral, ist die Katastrophe unausweichlich.

## „Es grünt so grün, wenn Spaniens Blumen blühen ...“

Deutschland ist die Heimat von Romantik, Biedermeier und Sparpülung. 1928 bemerkte Erich Kästner: *„Es könnte glücklich sein. / Es könnte glücklich sein und glücklich machen. / Dort gibt es Äcker, Kohle, Stahl und Stein / und Fleiß und Kraft und viele andere schöne Sachen. / Selbst Geist und Güte gibt's dort, dann und wann, / und wahres Heldentum. Doch nicht bei vielen. / Dort steckt ein Kind in jedem zweiten Mann, / das will mit Zinnsoldaten spielen.“*

Heute sind es keine Zinnsoldaten mehr, sondern Wärmepumpen und Windkrafträder bei grenzenloser Migration im Geiste feministischer Außenpolitik. Denn Maßhalten konnten wir noch nie. Wo andere sich bremsen, weil ihnen dämmert, dass ihre Visionen in die Hose zu gehen drohen, entwickeln wir erst so richtig Ehrgeiz und drehen auf.

Schöngeister würden das auf unsere innere Unwucht zurückführen, die Kluft zwischen der apollinischen und dionysischen Seite unserer Seele. Andere fühlen sich da an einen Quartalssäufer erinnert, der gegen das Zwangskorsett nüchterner Rationalität rebelliert und sich immer wieder in Vollräusche flüchten muss. Das beschert dann allen, die das gemischte Glück haben, anschließend aus den Trümmern des Gelages wieder hervorzukriechen, bestenfalls einen höllischen Kater.

Wer glaubt, unser Hang zu Abgründigem sei mit dem Nazireich verglüht, irrt. Die Lust auf Götterdämmerungen hält sich hartnäckig. Nur der Fokus wechselt. Nach Atomtod, Waldsterben und Ozonloch droht uns nun die Klimaapokalypse. Die ist noch fürchterlicher als alle vorherigen Horrorszenerarien und gleichsam die Mutter aller Untergangsängste.

Deswegen reicht es nicht, dass wir unseren CO<sub>2</sub>-Ausstoß nahezu halbiert haben und pro Kopf inzwischen weit weniger Kohlendioxid in die Atmosphäre blasen als ein Durchschnittschinese. Wollen wir das Klima retten, müssen wir radikal vorgehen, ‚totaler und radikaler, als wir es uns heute überhaupt vorstellen können‘. Wir müssen das Übel

an der Wurzel packen und erbarmungslos reinen Tisch machen. Das ist unsere heilige Mission, die neue nationale Herausforderung, unser Vermächtnis für den Rest der Welt.

Die Klimagöttin ist gefräßig. Durch Habecks Gebäudeenergiegesetz sollten bis 2030 insgesamt 44 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> eingespart werden. Das klingt nach viel. Tatsächlich entspricht es etwa der Menge an Kohlendioxid, die China bei einem jährlichen Ausstoß von zwölf-einhalb Milliarden Tonnen binnen dreißig Stunden in die Luft bläst. Es wäre also nicht mehr als der sprichwörtliche Tropfen auf den heißen Stein. Dafür sollten Wirtschaft, Wohlstand und inneren Zusammenhalt geopfert werden. Das focht Habeck nicht an. Der ließ dazu erklären: *„Ganz egal, wie groß oder klein der Beitrag eines Landes zum globalen Ausstoß an Treibhausgasen ist: Jedes Land muss seinen Beitrag leisten. Denn wir alle tragen zum Klimawandel bei und müssen ihn gemeinsam stoppen.“*

Das ist Metamoral. Eigentlich ist da nur kollektiver Freitod effektiver. Luisa Neubauer, fernsehgestählte Fachkraft für Klimagedöns, weiß, *„fossile Brennstoffe bringen uns nicht nur um und zerstören unsere Lebensgrundlagen, unser Leben und das Klima“*. Sie *„ermöglichen es Autokraten weltweit, Kriege zu beginnen, Demokratien und Energiesysteme zu bedrohen und zwingen Orte wie Deutschland in die Knie. Die Wahrheit ist: im 21. Jahrhundert müssen wir fossile Energien als Bedrohung für Demokratie und Frieden verstehen“*.

Die Mächte des Lichts und der Finsternis ringen nicht etwa in Bachmut, Karabach oder Kfar Aza, wo Wehrlose dafür abgeschlachtet werden, Ukrainer, Armenier oder Juden zu sein, nein, sie wüten in deutschen Heizungskellern. Das verstört jeden, der mal Zeuge eines Krieges geworden ist, nur sind die meisten Deutsche eben friedensverwöhnt und gewaltsam gewaltfrei erzogen. Darum bleibt die Tabakkonzern-Erbin mit ihrer Deutung der Dinge nicht allein. Der öffentlich-rechtliche Komplex und die Qualitätsmedien stehen geschlossen hinter ihr. Um das CO<sub>2</sub> zu besiegen, muss die Gesellschaft Verzicht üben, finden sie. Dass der Pöbel da zuerst verzichten darf, versteht sich von selbst.

Wer im Auto zur Arbeit reist, als Rentner im hart ersparten Eigenheim wohnt, bei BASF knufft oder bis vor kurzem für VW Dieselmotoren bauen half, darf sich umstellen. Verbrenner werden untersagt. Öl- und Gasheizungen in Neubauten verboten. Holzfeuerung sowieso. Altbauten müssen umgerüstet oder abgerissen werden. Deutsche sollen sich künftig an Wärmepumpen ergötzen und ihre Mobilität aufgeben. Oder eben Elektromobile bewegen, die mit Strom aus slowakischen Kohlekraftwerken und französischen Kernreaktoren rollen. Die besitzen Batterien, deren Zutaten Kinder in Afrika aus dem Erdreich schürfen. Der smarte Lebensstil der Grünen giert nach Coltan und Lithium wie einst der belgische König Leopold II. nach Elfenbein und Kautschuk. Das macht den Besitz von E-Mobilen für die breite Masse ähnlich unerschwinglich wie das traute Eigenheim, wobei die Öko-Gesamtbilanz der E-Mobilität trotzdem bestenfalls Augenwischerei ist.

Doch all das ist noch nicht genug. Geht es nach Ulrike Herrmann, der journalistischen Wirtschaftsfachfrau bei der *taz*, schaffen wir zur Rettung des Klimas den Kapitalismus besser gleich ab und kehren zur mittelalterlichen Subsistenzwirtschaft zurück. Herrmanns Ideal ist die britische Kriegswirtschaft ab 1940. Die habe blendend funktioniert, meint sie, so blendend, dass man sie freiwillig sogar bis 1954 beibehalten habe. Deshalb will sie sie nun kopieren.

Was im England jener Tage fraglos blühte, war der Schwarzmarkt. Liest man heute die Höchstzuteilungen für Butter, Tee, Zucker, Käse oder Fleisch und macht sich klar, dass nach dem Sieg 1945 zusätzlich noch Brot und Kartoffeln rationiert wurden, weiß man, weshalb die meisten Briten damals deutlich schlanker waren. Textilien und Sprit gab es nur auf Bezugsschein. Das Nutzen motorisierter Vehikel ohne Sondergenehmigung war streng verboten. Um Missbrauch vorzubeugen, wurde das Benzin gefärbt.

Herrmann hat Geschichte und Philosophie studiert. Vor einer Weile stellte sie bei Markus Lanz ihr Buch vor: *Das Ende des Kapitalismus. Warum Wachstum und Klimaschutz nicht vereinbar sind – und wie wir in Zukunft leben werden*. Grünes Wachstum sei eine Illusion, sagt sie. Um die Klimaziele zu erreichen, müssten wir unserer Industrie eine

drastische Schrumpfkur verordnen. Strom aus Windkraft und Solarzellen werde nie ausreichen. Wir müssten uns von unserem bisherigen Leben verabschieden und in eine Kreislaufwirtschaft wechseln, die bloß verbrauche, was sich recyceln lasse.

Herrmann schwebt nichts weniger vor als die Komplett-Demontage der industriellen Infrastruktur, eine gigantische Rolle rückwärts, quasi als Negativkopie von Maos ‚Großem Sprung nach vorn‘, der in China mit Zwang, Folter und Massenmorden einherging, die größte Hungersnot der Geschichte auslöste und geschätzte 45 Millionen Menschen das Leben kostete.

Herrmann ist bewusst, dass ihre Pläne zig Branchen killen und Abermillionen die Existenz kosten. Das schreckt sie nicht. Arbeit werde es genug geben, verspricht sie, allerdings ohne Luxus. Grafikdesigner müssten halt auf Ökobauer umsatteln. Fragt sich, was Genderforscherinnen und Gleichstellungsbeauftragte dann so treiben. Schwingen sie Mistforken oder überwachen sie andere dabei?

Geht es nach Herrmann, soll künftig jeder mit maximal 40 Quadratmetern Wohnfläche auskommen und darf nur noch Bus und Bahn fahren. Nahrungsmittel und Elektrizität werden zugeteilt, Privatautos und Flugverkehr abgeschafft. ‚Netflix‘ oder Bloggen nach Feierabend? Reaktionäre Vergnügungen aus der Schlaraffenzeit.

Ich kenne Kuba ein wenig. Die Insel ist bezaubernd und die meisten Menschen sind liebenswert. Der verrottenden Pracht von Havanna sieht man ihren einstigen Glanz noch an. Aber einen halben Tag lang nach rationierter Milch für die Kinder anzustehen, um am Ende leer auszugehen, macht auf die Dauer wenig Spaß. Wenn Fidel Castros gescheiterter sozialistischer Traum irgendetwas beweist, so, dass das kapitalistische Detroit früher extrem haltbare Autos gebaut hat.

Als der gleichfalls zu Markus Lanz geladene Frank Thelen es wagte, Hermann auf Erfindungen hinzuweisen, die den ökologischen Umbau der Gesellschaft eventuell auch ohne Diktatur ermöglichen, wie Nullenergiehäuser, Mini-Reaktoren und Kernfusion, blieb sie unbeeindruckt. Das könne man sich alles abschminken. Häuser verbrauchten Fläche. Sie versiegelten Böden, und Böden versiegeln

dürfen bei ihr nur Windkraft- und Solaranlagen. Als Thelen einwarf, das ständige Drucken von Geld heize die Inflation an, gönnte sie ihm ein schmales Lächeln. Das sei ‚Milton Friedman‘ und ‚längst widerlegt‘.

Friedman wurde 1976 mit dem Nobelpreis für seine Leistungen auf dem Gebiet der Makroökonomie geehrt, unter anderem für seine Analyse des Geldes im Kontext komplexer Stabilitätspolitik. Ich wage zu bezweifeln, dass Herrmann auch nur ansatzweise erfasst hat, worum es ihm dabei ging. Aber ähnlich wie Neubauer und Habeck weiß sie halt, wie der Hase läuft. Lebensmüde begehen Selbstmord aus Angst vor dem Tod. Der erscheint ihnen immer alternativlos. Da kennen sie keinen Zweifel und kein Erbarmen. Schon Karl Marx wusste: *„Jeder provisorische Staatszustand nach einer Revolution erfordert eine Diktatur, und zwar eine energische Diktatur.“*

Als Pol Pots Horrorregime in Kambodscha kollabierte, war ich 21. Ich entsinne die Farbabbildungen seiner ‚Killing Fields‘. Wie Herrmann und Neubauer kam Pol Pot aus gehobenen Verhältnissen. Er hatte in Paris studiert, hasste ethnische Minderheiten und träumte von einer kommunistischen Urgesellschaft am Busen der Natur. Also ließ er Phnom Pen entvölkern und alle Brillenträger totschiessen. Kurzsichtige hatten schlechte Karten. Herrmann, wie Neubauer eine höhere Tochter aus Hamburgs Elbvororten, trägt Brille. Doch sie plaudert frei weg von der Leber. Wer ihrem Hohelied auf die staatlich organisierte Mangelwirtschaft lauschte, dem dämmerte, wovon der damals noch amtierende, schlecht rasierte Wirtschaftsminister so träumte.

Markus Lanz ist zu verdanken, Herrmann eine Bühne geboten zu haben. Nie zuvor war das ökosozialistische Utopia so unverblümt im Staatsfernsehen zu bestaunen.

In mir beschwören ihre Visionen die Welt von Winston Smith herauf, des tragischen Helden aus Orwells *1984*. Dessen Kosmos ist so grau und trist wie Städte des Ostblocks es vor 1989 waren und das waidwunde Havanna es bis heute ist. In einer E-Mail von dort schrieb eine Bekannte vor einer Weile: *„Was kann ich dir über die sozialen Probleme und die Inflation sagen? Ein Dollar ist auf 250 kubanische Pesos*

*gestiegen und jetzt geht es sehr schnell bergab. Alles ist sehr unsicher, aber irgendwie schaffen wir es zurechtzukommen.“*

Fragt sich, wie. Oder wie lange noch. Ich entsinne mich, was auf Kuba los war, hinter der adretten Fassade für die Valuta-Touristen, lange vor COVID, als es den Leuten dort vergleichsweise goldig ging. Herrmanns Traum eines klimagerechten Gulags beschert mir Schüttelfrost.

In New York, um 1982 herum, bei einer Feier in Harlem, sang mir ein Exil-Russe mal das Lied von der ‚Legion Condor‘ vor. Das hatte er angeblich als Jugendlicher im Lager von Mithäftlingen gelernt. Er war noch weit unter 40 und eigentlich viel zu jung, um schon nach Sibirien verschleppt gewesen zu sein, bevor man die letzten deutschen Kriegsgefangenen offiziell entlassen hatte. Aber sein betrunkenes *„Wir flogen jenseits der Grenzen mit Bomben gegen den Feind, hoch über der spanischen Erde mit Fliegern Italiens vereint ...“* klang wie aus erster Hand. Seither rätsele ich, ob Konrad Adenauer damals wirklich all ‚unsere Jungs‘ nach Deutschland zurückgeholt hat. Gut eine Million von ihnen sind bis heute vermisst.

Herrmann glaubt, was sie sagt. Sie dürfte sich die Umsetzung ähnlich locker vorstellen wie der Migrationsenthusiast Yascha Mounk die Transformation der Republik in eine ‚multikulturelle Demokratie‘. Wie Mounk träumt auch Herrmann von einem ‚historisch einzigartigen Experiment‘, das sie für ‚alternativlos‘ hält und auf Biegen und Brechen umgesetzt sehen will.

Notfalls eben in Erbkönig-Manier: *„Und bist du nicht willig, so brauch’ ich Gewalt.“* Herrmann weiß vermutlich auch schon, wer sich dann um die Widerspenstigen kümmern darf. Glücklicherweise sind Guillotine, Garotte und Galgen ja weitgehend CO<sub>2</sub>-frei.

## Tempora mutantur – Demolition Decorators

Im Sommer 1982 durfte ich in Avignon eine britische Band bewundern, die mich weniger durch musikalische Raffinesse als ihren sprechenden Namen beeindruckte. Die Jungs nannten sich ‚Demolition Decorators‘ und spielten auch so. Ihr ehrlicher Ansatz gefiel mir. Doch das Motto passt besser zu den Abriss-Artisten des Politzirkus, zu deren versierteste Größe die Dauerkanzlerin avancierte. Lange tröstete ich mich damit, dass ihr Treiben irgendwann ein Ende haben würde.

Menschen sind eben Tiere mit Hoffnung. Deshalb kann man ihnen so viel zumuten. Hoffnung ist ein zähes Luder. Nur schlimmer geht es eben auch immer, und wo das Treiben der Ampel die Merkel-Ära aus der Rückschau in ein fast güldenes Licht taucht, droht nun Friedrich Merz das Grauen der Ampel zu toppen. Aber vermutlich liegt der Fehler bei mir. Ich klebe eben noch an der Vorstellung, Regierenden müsse theoretisch daran liegen, den Wählern zu gefallen. Stattdessen sagen sie nach krachenden Wahlniederlagen, sie müssten ihre Politik besser erläutern.

Tatsächlich ist ihr Vorgehen selbsterklärend. Sie transformieren Land und Leute, was weder noch sonderlich gut bekommt. Doch das soll es vermutlich auch gar nicht. Wer dafür sorgen will, dass die Nation keinen üblen Einfluss mehr aufs Klima nimmt, darf auf die menschlichen Relikte aus der fossilen Ära keine Rücksicht nehmen. Will man den Sumpf trockenlegen, fragt man nicht die Frösche. Wo gehobelt wird, fallen Späne. Letztlich geht es ja vor allem darum, das Bewusstsein umzuformen. Dazu muss man die soziale, kulturelle und ideengeschichtliche Basis ‚dekonstruieren‘, also all das, was die Vorväter einst dazu befähigt hat, sich aus der feudalen Agrarwirtschaft zu verabschieden. Das verlangt gründliches Vorgehen. Man muss das kulturelle Gedächtnis löschen und die geistigen Voraussetzungen für rationales Denken demolieren. Zu dem Zweck schreibt man die Geschichte um, entkernt das Bildungssystem und deutet die Vergangenheit neu. Flankierend propagiert man kulturelle Beliebigkeit und importiert

Millionen von Menschen, denen lokale Sitten und Gebräuche garantiert fremd sind und die mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit wenig bis gar nichts mit christlichen Tugenden und westlichen Werten anfangen können.

Adolf Hitler sagte am 24. März 1933: „*Gebt mir zehn Jahre Zeit, und ihr werdet Deutschland nicht wiedererkennen!*“ Das war anlässlich der Verabschiedung des oben erwähnten ‚Ermächtigungsgesetzes‘. Hitler hielt Wort. Bis Anfang August 1943 war ein Drittel meiner späteren Heimatstadt Hamburg in Schutt und Asche gelegt.

Angela Merkels ‚Wir schaffen das!‘ ist fast zehn Jahre her. Vielleicht sollten die Deutschen aufhören, die Regierenden daran zu messen, ob sie der Bevölkerung guttun, sondern daran, ob ihnen die angepeilte Umgestaltung gelingt. Denn da haben sie echte Erfolge vorzuweisen, nicht zuletzt wegen des grandiosen EU-Rechts.

Das sieht vor, dass EU-Länder alle Personen einreisen lassen müssen, die Asyl begehren, selbst wenn ihre Gesuche offensichtlich aussichtslos sind. So gelangt fast jeder ins Land, der will, und er darf bleiben, weil man ihn oder sie nicht wieder loswird, selbst wenn er oder sie ein ‚islamistischer Gefährder‘ ist. Schließlich könnte ihm ja anderswo Ungemach drohen. Derweil ließ die feministische Außenministerin eigens Menschen aus Afghanistan einfliegen. Das rechtfertigte sie mit geltendem EU-Recht.

Theoretisch kann man dysfunktionale Rechtsnormen ändern. Unser Asylrecht sieht vor, dass Menschen, die aus sogenannten sicheren Drittstaaten einreisen, keinen Anspruch auf Schutz genießen. Laut dem Staatsrechtler Hans-Jürgen Papier hat europäisches Recht zwar Vorrang vor nationalem Recht, doch dazu zählen eben nicht die im Grundgesetz verankerten Prinzipien. In der *Welt* vom 22. 10. 2024 sagt er: „*Die Wahrung der Identität unserer verfassungsmäßigen Demokratie darf nicht preisgegeben werden. Zu diesem Identitätsvorbehalt gehört das Recht der Mitgliedstaaten, dass seine demokratisch legitimierten gewählten Organe darüber entscheiden dürfen, ob und unter welchen Voraussetzungen Drittstaatsangehörige in Deutschland einreisen und Aufenthalt nehmen dürfen.*“

Das Souveränitätsrecht gilt für alle Mitgliedstaaten der EU. Gibt der Europäische Gerichtshof vor, dass Länder jeden voraussetzungslos einreisen lassen müssen, der ein Asylbegehren geltend macht, überschreitet er seine Kompetenzen. Er handelt ‚ultra vires‘ – also jenseits seiner Befugnisse. Das kleine, aber entscheidende Problem ist nur: Faktisch tut das die EU laufend.

Jean-Claude Juncker bemerkte Ende 1999: *„Wir beschließen etwas, stellen das dann in den Raum und warten einige Zeit ab, was passiert. Wenn es dann kein großes Geschrei gibt und keine Aufstände, weil die meisten gar nicht begreifen, was da beschlossen wurde, dann machen wir weiter – Schritt für Schritt, bis es kein Zurück mehr gibt.“*

Eben das ist die Crux. Nimmt man den ‚Digital Services Act‘, so ermächtigt sich die EU damit, die Meinungsfreiheit auszusetzen. Das verletzt das Grundgesetz. Theoretisch müsste die Regierung derlei sofort zurückweisen, um die Souveränität ihrer Bürger zu verteidigen. Oder die Parlamentarier müssten in die Bresche springen. Verpassen die das jedoch und nicken die Vorgaben im Rahmen eines nationalen Gesetzes ab, beugen sie sich dem Machtanspruch der EU. Ursula von der Leyen findet das großartig, weil es ihr ‚europäisches Projekt‘ vorantreibt und der Brüsseler Konzernzentrale immer mehr Kontrolle über systematisch entmündigte EU-Bewohner sichert.

Von der Leyen ist Merkels Mädchen, ein großer Fan von Klaus Schwab und blendend in Deutschland vernetzt. Deshalb klappt das Umsetzen der Brüsseler Vorgaben bei uns auch so vorzüglich. Aber nicht alle Europäer sind davon begeistert. Faktisch ist Deutschland für viele seiner Nachbarn längst ein abschreckendes Beispiel. Nicht nur die Dänen und Schweden, auch die Niederländer und Italiener spielen nicht mehr mit. Polen, Ungarn, Tschechien und die Slowakei machen als Visegrád-Gruppe ohnehin ihr Ding.

2024 fanden in Österreich Nationalratswahlen statt. Daraufhin stand Wien Kopf, weil die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) erstmals zur stärksten Kraft geworden war. Herbert Kickl, der Gottseibeius der grünen Bourgeoisie, konnte erstmals das Kanzleramt für sich beanspruchen. Umgehend hieß es, jetzt drohe die ‚Orbanisierung‘

Österreichs. Viktor Orbán sträubt sich gegen den migrationspolitischen Ehrgeiz der EU, was ihm in Berlin und Brüssel zwar eine extrem negative Presse beschert, doch den meisten Ungarn zu gefallen scheint.

Auch das österreichische Votum ist unschwer zu deuten. Die große Mehrheit hat für die FPÖ und die von Haus aus eher konservative Österreichische Volkspartei (ÖVP) optiert. Die Sozialisten der SPÖ, die Grünen und Kommunisten kamen zusammen gerade mal auf 30 Prozent. Damit sind sie ähnlich unbeliebt wie bei uns. Doch obschon es in Wien keine offizielle Brandmauer gibt und die FPÖ bereits an mehreren Regierungen beteiligt war, begann sofort die Exegese des Wählerwillens. Die kam wenig überraschend zu dem Schluss, dass es eine ÖVP/SPÖ-Regierung geben müsse, zusammen mit einem dritten Partner, etwa den liberalen ‚Neos‘.

Zu dieser Koalition kam es mittlerweile. Faktisch läuft sie auf eine Fortsetzung der Pattsituation hinaus. Man darf rätseln, ob und wie sich die Allianz auf irgendetwas einigen soll, das übers Umverteilen knapper Mittel hinausgeht. Sozialisten und ÖVP haben weit weniger gemein als ÖVP und FPÖ. Doch wegen des medialen Drucks und der dringenden Versuchung, den Kanzler zu stellen, hat die ÖVP die Verhandlungen mit der FPÖ platzen lassen. Nun steckt das Land zwischen Baum und Borke. Alle wissen, dringend notwendig wären mutige Reformen. Doch dazu sind ÖVP und SPÖ außerstande.

In Deutschland entfaltet sich gerade ein nahezu identisches Szenario. Mittelfristig dürfte das Gezerre die FPÖ und AfD nur stärken, denn so landet der Wille der Mehrheit wieder im Nirgendwo. Wo die ‚Etablierten‘ die Frage der Zuwanderung ignorieren, befeuern sie den Zuspruch der verfeimten ‚Populisten‘. Das ist nicht wirklich schwer zu begreifen. Aber statt die Wünsche der Menschen ernst zu nehmen, deuten die Medien und das Parteienkartell die Stimmzuwächse der Opposition als klassischen Rechts-Links-Konflikt. In Österreich treten die vermeintlich Guten nun als Volksfront gegen die angeblichen ‚Austrofaschisten‘ an, in Deutschland verbünden sich CDU und SPD gegen die angeblichen ‚Nazis‘.

Tatsächlich verlaufen die wahren Konfliktlinien anderswo, nämlich zwischen der Macht der EU-Granden und dem Souverän, obwohl Kickl gewiss kein Linker ist und es auch in der AfD viele fragwürdige Gestalten gibt. Aber angesichts der Anmaßungen migrationsaffiner Juristen, die etwa in Italien die Maßnahmen ihrer Regierung torpedieren und sich dabei auf ‚übergeordnetes‘ EU-Recht berufen, geht es letztlich darum, ob die betroffenen Bevölkerungen noch selbst über ihr Schicksal entscheiden dürfen oder Bürokraten in Brüssel es ihnen diktieren können.

In Demokratien sollten mündige Menschen in der Lage sein, Fehlentscheidungen, die sie unmittelbar betreffen, friedlich wieder rückgängig zu machen. Besteht die Möglichkeit zu dieser Korrektur nicht mehr, weil das EU-Recht dem im Wege steht, gehört dieses Recht entweder geändert oder abgeschafft, weil es die Bürger entmündigt und sie vergewaltigt.

Es geht hier also nicht um ‚rechts‘ oder ‚links‘, sondern um Eigen- oder Fremdbestimmung. Vielleicht haben immer mehr Bürger einfach keine Lust mehr, sich einem übergriffigen Hyperstaat zu unterwerfen, der ihre Regierungen juristisch an die Kette legt und sie dazu zwingt, systematisch gegen ihre Interessen zu handeln.

Thomas Glavinic wies in der *Welt* darauf hin, dass die österreichischen Wahlen kaum Einfluss darauf hätten, wie sich die Politik im Lande konkret gestalte. Das entscheide die EU. Alle wichtigen Fragen, von Zuwandererquoten über Zinssätze bis hin zum Verbot von sogenannter Hassrede, legten Leute in Brüssel fest. Die bestimmten über den Zuzug von Migrant\*innen, die Wirtschaft oder die Massenüberwachung der Bevölkerung, und ihre Kommissare würden nicht gewählt, sondern durch die Regierungen der Mitgliedsstaaten ernannt. Zumindest formal. In Wahrheit würden die Personalentscheidungen in den Hinterzimmern der Apparate ausgekungelt.

Glavinic nennt Wahlen eine ‚kollektive Halluzination‘, weil die Menschen nicht mehr wirklich eine Wahl hätten. Das Ereignis selbst sei nur eine Farce. Alle paar Jahre gebe es eine „*Porträtgalerie von Soziopathen im öffentlichen Raum*“, die die „*entschlossenen Gesichter*

*uninteressanter Menschen zeigt, die absolut geistig leer sind und dem Wahn unterliegen, dass sie das Monopol haben, unser Glück zu definieren, trotz ihrer intellektuellen Fragilität und egomorpher Moral“.*

Er und der Rest der Öffentlichkeit seien gezwungen, die visuelle Folter zu ertragen und obendrein noch zu finanzieren. Faktisch hätten individuelle Wahlberechtigte gerade mal einen Einfluss von 0,00001575 Prozent auf das Ergebnis.

Doch obschon diese Art Demokratie kaum noch demokratisch sei, sei sie den ‚Eliten‘ immer noch zu viel. Also hätten sie durch die EU einen ‚Bypass‘ geschaffen und verfügten über den nahezu allmächtigen Apparat der Kommission. Dergestalt sei der EU das ‚machiavellistische‘ Meisterwerk gelungen, über 450 Millionen Einwohner mit einem demokratischen Trugbild in Schach zu halten. Um zu gewährleisten, dass das auch so bleibe, stelle sie immer raffiniertere Regeln auf, um die Meinungsfreiheit zu kastrieren und verpflichte digitale Plattformen dazu, gegen vermeintliche ‚Desinformation‘ und ‚Hassrede‘ vorzugehen. Was als Desinformation oder Hassrede gelte, liege im alleinigen Ermessen der Kommission. Komme sie zu dem Schluss, dass Elon Musk gegen ihre Regeln verstoße, könne sie X im gesamten Gebiet der EU sperren lassen.

Glavinic schreibt: *„Hätte mein Social-Credit-Score nicht bereits das Quantum erreicht, bei dem negative Werte ein Eigenleben entwickeln, würde ich einwenden, dass die EU-Kommission selbst unübertroffen in der Verbreitung von Desinformation ist.“*

Der Aufstieg populistischer Bewegungen ab den 1990ern sei für die transnationalen Eliten in Davos und Brüssel ein Gottesgeschenk gewesen. So hätten sie den Verdross der Bevölkerung über die wachsende Bevormundung stets delegitimieren können. In Österreich habe Jörg Haiders befreundliche Nostalgie für die österreichische NS-Zeit die Vorlage geboten, ihn als Rechtsextremisten zu rahmen. Zugleich hätten die Migration und die Dauerherrschaft von SPÖ und ÖVP ihm immer mehr Wähler in die Arme getrieben. Statt auf seine berechnete Kritik einzugehen, habe das Establishment ihn zum neuen Hitler stilisiert und das Ende der Demokratie beschworen. So habe es zentrale, drängende gesellschaftliche Fragen moralisch aufgeladen,

ihr Erwähnen tabuisiert und in eine Schlacht zwischen Gut und Böse verwandelt. Die Taktik habe blendend funktioniert und sei zur Matrix im Umgang mit anderen ‚Populisten‘ geworden. Mittlerweile sei der ‚Kampf gegen rechts‘ die europaweite Spielwiese, um Skepsis an der EU, dem Weltwirtschaftsforum oder Impfwängen als protofaschistisch zu brandmarken und die liberalen Teile der Gesellschaft ideologisch in Geiselnhaft zu nehmen.

Gäbe es den Buhmann ‚rechter Parteien‘ nicht, hätte das Machtkartell sie erfinden müssen, schreibt er. Sie böten das ideale Feindbild, um ihre bürgerfeindliche Agenda zu legitimieren und als ‚Allianz der Demokraten‘ gegen den Willen der Mehrheit durchzusetzen.

Im Gegensatz zu Glavinic halte ich Wahlen für keine Farce. Im Übrigen liegt er nicht falsch. Die Folgen der systematischen Ausgrenzungsstrategie sind europaweit zu besichtigen. Mittlerweile verortet der journalistische Mainstream alles, was auch nur ansatzweise klassisch liberal oder konservativ ist, als gemeingefährlich rechts. Parallel verharmlost er linksextreme Positionen als ‚progressiv‘ und zelebriert sie als zeitgemäßen Konsens. Antonio Gramsci wäre entzückt. Die Medien sichern dem linken Lager die nahezu absolute Deutungshoheit. Nur hat diese Gleichschaltung mit Meinungsvielfalt und mündiger Willensbildung nichts mehr zu tun.

Natürlich geht es bei der Wahl in Österreich auch um ‚rechts‘ oder links‘. Aber das ist nicht das Eigentliche. Denn die Debatte um den ‚austrofaschistischen Charakter‘ der FPÖ lenkt davon ab, dass die transnationale Zukunft, die den Spitzen der EU vorschwebt, den Widerwillen der Wähler weckt. Offenbar sind die meisten Österreicher die Bevormundung leid und wollen die Zukunft ihres Landes lieber wieder selbst bestimmen. Nun haben sie erstmals ernsthaft rebelliert. Deshalb ist der Wahlsieg der FPÖ angeblich ein ‚Erdbeben‘.

Die FPÖ war nie mein Fall, weil ich Jörg Haider stets gruselig fand. Trotzdem ist die FPÖ derzeit offenbar die einzige Partei in Österreich, die die Migrationspolitik der EU ernsthaft in Frage stellt, die die obrigkeitstaatlichen Exzesse während der ‚Pandemie‘ aufarbeiten will, das Recht der Bürger auf Bargeld verteidigt und im Ukraine-Krieg nicht

nur ausschließlich auf Konfrontation setzt, sondern parallel für Diplomatie plädiert. Das sind Ansätze, die niemand teilen muss, aber die sämtlich in den Diskurs einer intakten Demokratie gehören. Ähnliches gilt übrigens für die AfD in Deutschland.

Hätte man mich vor 25 Jahren gefragt, wer solche Themen wohl aufs Tapet bringt, hätte ich auf alle möglichen fortschrittlichen Kräfte getippt, vielleicht sogar auf die Grünen. Heute ist es ausgerechnet die FPÖ. Die übrigen Spieler haben sich ins post-demokratische Nirwana verabschiedet.

## Progressive Entheimung

Seit 2016 findet ein spürbarer Wandel statt, kulturell, wirtschaftlich und demografisch. Jährlich verlassen etwa eine Viertelmillion Deutsche ihre Heimat. Tendenz steigend. Oft sind es junge Leute, die bei uns keine Zukunft mehr für sich sehen. Vordergründig sind ihre Motive ökonomisch. Sie haben keine Lust mehr, die ihnen aufgezwungene ‚Transformation‘ zu bezahlen. Parallel zur erstickenden Überregulierung der Wirtschaft und Klimaklimmzügen halst die Regierung ihnen Millionen kulturfremder Migranten auf, und anders als die Zuwanderer der Frühphase der Bundesrepublik, die überwiegend aus dem damaligen Ostblock kamen, sich selbst eingliederten und niemandem zur Last fielen, bringen diese Menschen wenig mit, was sie zur Eigenständigkeit befähigt.

Am 22. September 2019 meldete *Zeit online*: „Drei von vier Syrern leben von Hartz IV“. 2022 registrierte das statistische Bundesamt rund 1.462.000 mehr Zuzüge als Abgänge aus dem Land. Nur tragen die allermeisten dieser Neuzugänge nichts zum Bruttosozialprodukt bei und werden es in absehbarer Zeit auch nicht tun. 2019 lag die durchschnittliche Rente anspruchsberechtigter Frauen in den alten Bundesländern bei 710 Euro. Deutsche arbeiten nicht nur länger als andere Europäer, sie erhalten im Ruhestand auch deutlich weniger vom letzten Nettogehalt. Italiener lagen zum Zeitpunkt der Erhebung bei 92 Prozent, Österreicher bei 90 Prozent und Niederländer immerhin noch bei 80 Prozent. Bei uns waren es gerade mal 52 Prozent. Da braucht keiner mehr zu rätseln, wieso es so viel Altersarmut gibt.

Muss von den seit 2015 Zugewanderten weit mehr als die Hälfte bis heute voll alimentiert werden und kann ein Großteil der Übrigen überhaupt nur öffentlich gefördert arbeiten, belastet das die Gesellschaft erheblich. Zudem ist die ‚Integration‘ offenbar rückläufig. Viele, auch gerade der Jüngeren, haben ein aversives Verhältnis zu westlichen Werten. Den Alteingesessenen wiederum macht es wenig Spaß, Hamas-Anhänger und Kalifats-Liebhaber zu subventionieren, die offen

bekunden, sie zu verachten. Alle leiden unter wachsender Wohnungsnot, überforderten Behörden und überfüllten Arztpraxen.

Insofern nähern wir uns in rasantem Tempo dem Zustand, den sich Peter Denis Sutherland erträumte. Entweder stoppt man den Zuzug kulturfremder Transferempfänger, oder man verabschiedet sich vom Wohlfahrtsstaat und dem demokratischen Gesellschaftsmodell. Weder noch vertragen sich mit grenzenloser Massenzuwanderung. Deutschlands Führung ignoriert diese Einsicht, und darum ist das Land in dem Zustand, in dem es jetzt ist. Doch genau so und nicht anders beschwört man ethnische Gewalt herauf. Aber eventuell haben Eingeborene grundsätzlich das Recht, in Frieden in der Heimat ihrer Vorfahren zu leben, sich dort zu Hause zu fühlen und selbstbestimmt zu entscheiden, mit wem und wie sie das Leben auf ihrem Territorium teilen möchten.

Am 21. Dezember 2022 meldete die *Welt*, Experten rechneten damit, dass die 2020er zu einem ‚Jahrzehnt der Einbürgerung‘ würden. Besonders Türken gedächten das neue Staatsbürgerschaftsrecht zu nutzen, da sie dafür nun nicht mehr ihre alte Staatsangehörigkeit aufgeben müssten.

Obwohl die Deutschtürken mehrheitlich Erdogans AKP wählen, favorisieren sie hierzulande überwiegend die SPD oder die Grünen. Die geben sich entschieden islamfreundlich und punkten durch Frauen wie Aydan Özoğuz, Sawsan Chebli, Reem Alabali-Radovan oder Ferda Ataman auch in ultrakonservativen und israelfeindlichen Kreisen.

Für ihre Einbürgerung brauchen Kandidaten nun nicht mal mehr zwangsläufig die Landessprache zu beherrschen oder auf eigenen Füßen zu stehen. Überdies genießen sie das Privileg doppelter Staatsbürgerschaft. Sie bleiben also weiterhin Türken, Afghanen, Iraner, Syrer oder Sudanesen. Trotzdem dürfen sie über das Schicksal des Landes entscheiden und genießen alle Vorzüge, die ein deutscher Pass mit sich bringt. Bei Bedarf jedoch können sie sich jederzeit wieder aus der Gemeinschaft ausklinken. Das garantiert ihnen ein größtmögliches Maß an Unverbindlichkeit. So landet die Staatsbürgerschaft im Schoß von Leuten, die dank Merkels Grenzöffnung hierher gelangt sind und sich mit Sozialhilfe über Wasser halten. Es bleibt das Geheimnis der

Grünen und der SPD, wie ihre Beutedeutschen gleichzeitig für die Scharia und das Grundgesetz einstehen sollen. Ein nicht minder großes Rätsel ist, wer sich angesichts der immer unübersichtlicheren politischen Großwetterlage noch für die Landesverteidigung erwärmen soll.

Die Integration religiöser Muslime ist überall in Westeuropa gescheitert, egal, ob in Brüssel, Birmingham, Malmö oder Marseille. Strenggläubige schotten sich ab und bilden Parallelwelten, wo sie nach eigenen Regeln und Gesetzen leben. Sie verachten die christlich-westliche Kultur und betrachten Toleranz als Schwäche. Eingeborene halten sie für dekadent und gottlos. Insofern sind ihre Viertel keine ‚Schleusen‘, wo Neuankömmlinge sich assimilieren und an die fremde Welt gewöhnen, sondern Rückzugsräume, Fluchtburgen oder strategische Vorposten. Darum sind die Religiösen auch in der vierten Generation noch nicht integriert.

Wie gesagt, ich bin herzensguten Muslimen begegnet, voller Großmut, Wärme und Witz. Mein russischer Freund Leo berichtete, wie tatarische Häftlinge in deutschen Gefangenenlagern Juden unter sich versteckten und sie als ihre Leute ausgaben, um sie vorm Erschießen zu bewahren. Aber ich weiß eben auch, wie es Christen in Ägypten ergeht. Oder was dem weltoffenen Farag Foda widerfuhr, nachdem sich die Gelehrten der al-Azhar Universität durch ihn beleidigt fühlten. Einzelne Muslime sind tolerant. Der Islam als Ideologie will die Welt erobern. Die Stadt Köln gestattete der türkischen Religionsbehörde das Errichten einer prächtigen DITIB-Moschee, die im September 2018 vom Diyanetpräsidenten Ali Erbaş und Staatspräsident Erdoğan eingeweiht wurde. Mittlerweile darf dort auch ein Muezzin Gläubige zum Gebet rufen. In der Türkei ist der Neubau von Kirchen verboten. Findet an der deutschen Schule in Istanbul eine Weihnachtsfeier statt, mischt sich die Religionsbehörde ein und verbietet die Veranstaltung. Im Jahr 2020 hat Erdoğan die Hagia Sophia wieder zur Moschee widmen lassen.

Die Hagia Sophia ist eine der ältesten spätantiken Kirchen Konstantinopels. Sie war 920 Jahre lang ein byzantinisches Gotteshaus und das spirituelle Zentrum der orthodoxen Christenheit, bevor die türkischen Eroberer sie zur Moschee machten. Kemal Atatürk verwandelte den Bau 1935 in ein religionsneutrales Museum. Erdogans

klerikale Rückabwicklung war eine krachende Ohrfeige für die interreligiöse Ökumene. Angesichts dieses bewussten Affronts wäre es nicht überzogen gewesen, wenn die Stadt Köln sein Propaganda-Zentrum geschlossen hätte. Stattdessen erlaubt Henriette Reker, dass sich christliche Kölner nun laufend auf Arabisch vorwerfen lassen müssen, dass sie Götzendiener sind. Vermutlich hält Frau Reker sich für tolerant, und im Zweifelsfall weiß sie nicht, dass etwa in Saudi-Arabien bereits der Besitz einer Bibel strafbar ist. Aber auch für Leute, die nicht wissen, wie schlecht Christen in islamischen Ländern behandelt werden, sollte Toleranz keine Einbahnstraße sein.

Weltliche Muslime passen wunderbar nach Europa. Religiöse Muslime sind in einem der über fünfzig Länder, wo islamisches Recht herrscht, besser aufgehoben. Seit dem Ende der Weimarer Republik wissen wir, dass eine edle Verfassung und rechtsstaatliche Institutionen nicht den Bestand der freien Gesellschaft garantieren. Dazu bedarf es einer kritischen Masse an Demokraten. Gerade in Krisenzeiten. Wie und zu wem die beten, ist drittrangig. Doch sie sollten einig sein, in einem Gemeinwesen leben zu wollen, wo unabhängig vom Glauben vor dem Gesetz alle gleich sind, weil Glaube und Justiz zweierlei sind und die freie Ausübung der eigenen Religion grundsätzlich beinhaltet, dass man den Glauben anderer Leute respektiert und ihre Glaubensausübung gewährleisten hilft. Alle müssen dieselben übergeordneten Regeln zur Konfliktlösung beherzigen. Sonst geht der Laden in die Brüche. Darum schließen Scharia und Grundgesetz einander gegenseitig aus. Wer etwas anderes behauptet, lügt.

Als John F. Kennedy am 26. Juni 1963 vom Balkon des Schöneberger Rathauses aus den Westberlinern sagte „*Two thousand years ago the proudest boast was ‚Civis romanus sum‘. Today, in the world of freedom, the proudest boast is ‚Ich bin ein Berliner‘*“, verstanden das auch die, die weder Englisch noch Latein sprachen. Kennedy stellte sie unter den Schutz des US-Imperiums.

Wer in der Antike „*civis romanus sum*“ sagte, berief sich auf seine Rechte als römischer Bürger. Er durfte nicht erniedrigt, gequält oder gefoltert werden und hatte Anspruch auf ein Verfahren vor einem

ordentlichen Gericht. Zwangsarbeit und Todesstrafe blieben ihm erspart. Selbst wenn er Hochverrat begangen hatte, richtete man ihn ehrenhaft mit dem Schwert hin. Römer zu kreuzigen, war verboten. Für Nicht-Römer sah die Welt anders aus.

Bürgerrechte waren immer exklusiv. Sie galten nur für Leute, die aus einem bestimmten Territorium kamen und demselben Gesetz gehorchten. Das zeichnete sie aus. Was sie verband, war das gemeinsame Gesetz. Das war wichtiger als ihre Herkunft, Religion oder Ethnie. Ohne Staatsbürgerschaft war man rechtlos. Dagegen war der richtige Pass das große Los. Meine Patentante Irene, die von den Nazis ausgebürgert worden war, schleppte ihren blauen US-Pass ständig mit sich herum. Davor hatten deutsche Nachkriegs-Behörden Respekt.

Als sie es nach einem langen Irrweg in die Vereinigten Staaten geschafft hatte, war sie dort keine verfluchte Staatenlose mehr, sondern genoss den geschützten Status eines ‚Resident‘. Später durfte sie sich sogar ‚Citizen‘ nennen. Das gab ihr ihre Würde wieder. Es erfüllte sie mit ebenso viel Dankbarkeit wie Stolz. Darum diente sie in der US-Armee und blieb zeitlebens Amerikanerin.

Ich bin vielen einstigen Deutschen begegnet, die aus ihrer Heimat fliehen mussten. Nicht wenige davon hatten Väter, die im Weltkrieg für Kaiser und Vaterland gekämpft hatten. Die irrten ähnlich verzweifelt durch die Fremde, bis sich irgendein Land ihrer erbarmte und sie aufnahm. Doch um dort halbwegs anzukommen und dazuzugehören, mussten sie die Sprache lernen, sich anpassen und zeigen, dass sie keinem zur Last fallen würden. Dass sie die Regeln und Gesetze achteten, war selbstverständlich. Taten sie das nicht, wies man sie aus oder schob sie ab. Wer von vornherein nur Ansprüche mitbrachte oder das Rechtssystem auf den Kopf stellen wollte, blieb draußen. Niemand warf ihnen den Pass hinterher. Sie hatten ihn sich zu verdienen, indem sie sich für ihr Bürgerrecht qualifizierten. Dazu mussten sie sich nicht nur selbst versorgen können und auf eigenen Füßen stehen, sondern sich mit der Verfassung beschäftigen haben und zeigen, dass sie sich für das neue Gemeinwesen einsetzen würden. Das galt zumindest für die USA.

Unsere Funktionseliten träumen offenbar von einer neofeudalen

Klientelstruktur. Sie wollen ihre Kakistokratie durch Bevormundung und Verbote sichern. Statt Bürgern wünschen sie sich ökonomisch abhängige, öffentlich alimentierte Mündel. Freie Bürger gibt es nur dort, wo die Willkür des Staates begrenzt ist, und Eigenverantwortung, Meinungsfreiheit, Chancengleichheit und Schutz des Eigentums herrschen. Rechtssicherheit muss garantieren, dass jeder es selbst in der Hand hat, etwas aus sich zu machen. Wo immer die Macht von Fürsten und Klerus, Konzernen, Bürokratie oder Parteikartellen zu groß wird, ist dafür kein Platz mehr.

## Die Schlacht um die Zukunft

Der indische Regisseur Saeed Akhtar Mirza sagt, wir lebten im ‚Zeitalter der Amnesie‘. An Schulen und Universitäten habe die große Vergesslichkeit Einzug gehalten. Vergangenheit sei bloß noch Gerümpel und jahrhundertealte Erkenntnisse Tand. Der Grund dafür ist erschreckend einfach: Gewissensfreiheit und der individuelle Selbstwert sind Identitätsideologen zutiefst zuwider, doch die entstehen nun mal aus der Vorstellung, wer man selbst ist und woher man kommt. Nimmt man Menschen das Wissen um die eigene Herkunft, sind sie orientierungslos. Dann kann man sie leichter formen. Folglich beschränkt sich ihr Krieg gegen die tradierte Ordnung nicht auf Gegenwart. Wirklich ‚dekonstruiert‘ ist der verhasste Westen erst, wenn auch die Erinnerung an seine gestrige Größe ausgelöscht oder entwertet ist. Anders kriegt man das Erbe der Aufklärung und des Christentums nicht kaputt.

In *The War Against the Past* zeichnet Frank Furedi diesen Krieg nach. „Wir beobachten seit Jahren, wie Aktivisten historische Symbole der westlichen Kultur ins Visier nehmen“, sagt er in einem Gespräch mit dem Cicero. Ihr Ziel sei es, die westliche Zivilisation zu annullieren. Ideale und Errungenschaften, die bis vor kurzem noch als ehrbar galten, würden angefochten und delegitimiert. „Dazu gehört auch die Neuordnung des gesellschaftlichen Geschichtsbewusstseins. Dies geschieht, indem die Unterscheidung zwischen Gegenwart und Vergangenheit verwischt wird.“ Größen wie David Hume, Immanuel Kant oder Charles Darwin würden gecancelt, als seien sie moderne Zeitgenossen. Das Projekt der Entfremdung vom historischen Erbe sei ‚bemerkenswert erfolgreich‘. An britischen Schulen würden Lehrer angewiesen, die Geschichte des Empires als negativ zu präsentieren. „Eine ausgewogenere Sichtweise – eine Mischung aus Gut und Böse – ist nicht erwünscht. Den Lehrern wird gesagt, sie sollten das alte Empire wie jede andere Macht, die Gräueltaten begangen hat, behandeln. Die Richtlinien für den Lehrplan suggerieren gar, dass die Taten mit denen von Nazi-Deutschland vergleichbar sind.“

*Die Kinder sollen dazu gebracht werden, sich für die Vergangenheit ihrer Nation zu schämen.“*

So würden junge Menschen von ihrer Vergangenheit entfremdet und lernten tradierte Werte als toxisch zu verstehen. Das Phänomen durchziehe nicht nur Schulen und Universitäten, sondern die gesamte Gesellschaft. Medien entwerteten die Symbole der eigenen Kultur. Sie stellten Leute, die die britische Flagge zeigten, durchweg als rechten Abschaum dar und machten aus Shakespeare und Churchill Verfechter weißer Vorherrschaft. *„Die Absurdität, jede große Persönlichkeit der britischen Vergangenheit zu verteufeln, zeigt sich immer wieder. So versuchen Journalisten und Kulturschaffende seit Jahren, Shakespeares Helden Heinrich V. in einen Kriegsverbrecher zu verwandeln. Oder nehmen Sie das berühmte Gemälde von John Constable, ‚The Hay Wain‘, aus dem frühen 19. Jahrhundert. Es ein Bild, das wohl jeder Brite kennt und Generationen erfreut hat. Nun will die National Gallery eine Ausstellung organisieren, in der es nicht darum geht, was Constable gemalt hat, sondern darum, was er angeblich ausgeblendet hat: die Armut und Unterdrückung der Landbevölkerung. Man gibt sich alle Mühe, das Bild und die positiven Assoziationen, die es hervorruft, zu vergiften.“*

Das Misstrauen gegenüber Älteren ginge so weit, dass Erziehungsexperten Eltern vor den Tipps vorheriger Generationen warnten. Die seien schlecht für die Entwicklung der Kinder. So würde deren Erfahrungsschatz entwertet und die Jüngeren von ihnen abgekoppelt. Konsequenz umgesetzt, kämen Kinder nun gar nicht mehr mit den Werten ihrer Großeltern in Berührung.

Im dem Verminen der Vergangenheit sieht Furedi das Projekt, Leuten ihre individuelle Identität zu nehmen und den sozialen Zusammenhalt zu zerstören. Parallel sichere es den Feinden des Westens die moralische und politische Überlegenheit. Die Folgen seien fatal. *„Eine Gesellschaft, die sich für ihr historisches Erbe schämt, verliert unweigerlich die Orientierung. Ihre Fähigkeit, Kinder zu sozialisieren und ihnen den Weg zu weisen, wird untergraben. Die Konsequenz ist eine permanente Identitätskrise, in die vor allem junge Menschen gezwungen werden.“* Furedi plädiert dafür, Geschichte nicht mehr Ideologen zu überlassen, die sie ausschließlich als

eine Serie verwerflicher Sünden präsentieren. *„Es ist unsere Verantwortung gegenüber der Jugend, dafür zu sorgen, dass sie Zugang zum Erbe der Vergangenheit hat.“*

Furedi hat Recht. Geschichte ist kein Schandmal, sondern eine Fundgrube, nicht nur die Quelle für Selbsthass und Scham, sondern auch für Staunen und Bewunderung. Sie kann ermutigen, belehren und beispielhaft sein. Erziehen Universitäten Studenten zur Abscheu vor der eigenen Herkunft, verwüsten sie weit mehr als die Substanz von Bildung. Sie zerstören die emotionalen und ethischen Grundlagen eines gesunden Selbstbewusstseins.

Furedi liefert zig Beispiele dafür, wie dieser Art Gesinnung Fakten verdrängt und durch Propaganda ersetzt. In einem Glasgower Kunstmuseum stolperte er neben einer antiken Bronzestatue über die Trigger-Warnung vor den üblen Einflüssen antiker Schönheitsideale: *„Römische Künstler kopierten griechische Bildhauer, die mathematische Formeln verwendeten, um die ihrer Meinung nach perfekten Proportionen der Menschen zu ermitteln. Dies wurde fälschlicherweise dazu verwendet, rassistische Vorstellungen über die idealen Proportionen von Gesichtern zu fördern.“*

Nicht allzu lange vor meiner Geburt galt Harmonie noch als göttlich inspiriert. Man durfte das Ebenmaß klassischer Formen loben und Schönes wie Gutes in einem Atemzug nennen. Das Ideal höherer Wahrheit spiegelte sich im Zusammenspiel von Form und Inhalt. Gutes Design beherzigt dieses Prinzip seit jeher. Ethik und Ästhetik sind kein Widerspruch. Sie ergänzen einander. Wirklich Schönes birgt immer Wahrhaftigkeit, was nebenbei auch seinen eigentlichen Unterschied zum Kitsch ausmacht. Dieser Haltung dürften wir Bachs ‚Wohltemperiertes Klavier‘ verdanken. Dass das für die Verfechter ideologisch verordneter Hässlichkeit ein kardinales Problem ist, liegt auf der Hand. Darum dichten sie dem einstigen Ideal ihre eigene Armseligkeit an und versehen es mit dem größtmöglichen Tabu: Rassismus.

Im selben Glasgower Museum stieß Furedi auf eine Skulptur der chinesischen Göttin Guanyin. Die ist aus der Qing-Dynastie, also der letzten Phase des chinesischen Kaiserreichs. Guanyin steht

für Mitgefühl und Barmherzigkeit. Dem Kurator fiel dazu nur ein: „*Transsexuelle Menschen hat es schon immer gegeben und sie sind in der Geschichte verwurzelt.*“ Guanyin stammt ursprünglich aus Indien, wo sie als männlicher Bodhisattva Avalokiteśvara verehrt wurde. Unterwegs nach China wandelte sie Gestalt, Geschlecht und Bedeutung. Ihre Wanderung durch Zeit, Raum und Kulturen mag manche modernen Europäer an Virginia Woolfs *Orlando* erinnern. Eine Transgender-Göttin im Geiste Judith Butlers war Guanyin dennoch nie.

Ferenc Furedi kam 1947 in Budapest zur Welt. 1956 flohen seine Eltern nach Kanada, wo Ferenc zu Frank wurde und in Montreal studierte. Ende der 1960er ging er nach England und promovierte an der ‚School of Oriental and African Studies‘ über den Mau-Mau-Krieg in Kenia. Einst ein radikaler Trotzkiist, verteidigt er nun die christlichen Quellen und den Humanismus des Westens. „*Der Mensch ist ein historisches Wesen, und die Vergangenheit lebt durch uns hindurch. Der Besitz eines Gefühls für die Vergangenheit ist ein wesentlicher Bestandteil des Menschseins. Wenn dieses Bewusstsein kulturell abgewertet wird, dann gerät das öffentliche Leben in den Bann der sozialen Amnesie. Wir vergessen, wer und was wir sind. Durch unsere Verbindung mit den Traditionen der Vergangenheit und dem kulturellen Erbe lernen die Menschen, ihren Platz in der Welt zu verstehen. Ohne eine solche Verbindung verliert unsere Identität als Teil einer bestimmten Gemeinschaft und Nation an Bedeutung.*“

Der Flurschaden, den die Dämonisierung der Geschichte ange richtet hat, lässt sich nicht nur in Großbritannien bewundern. Seine Echos hallen durch die Büros der EU-Kommissionspräsidentin und die Stuhlreihen des Bundestags, durch Akademikerköpfe und den Kulturbetrieb. Es offenbart sich in der wachsenden Distanz zwischen den vermeintlichen Eliten und dem ‚einfachen Volk‘, der zerfallenden Autorität einst einender Institutionen, dem Rückgang an christlicher Religiosität und der Fragmentierung sozialer Milieus. Churchill meinte mal, dass ‚eine Nation, die ihre Vergangenheit vergisst, keine Zukunft‘ mehr hat. Das trifft auch auf ganze Kulturkreise zu.

Frank Furedis Buch ist ein Appell zur Gegenoffensive. Es erinnert uns daran, was da verloren zu gehen droht, wenn wir den Bilder-

stürmern weiterhin das Feld überlassen. Die Vielfalt und Komplexität unserer Geschichte ist ein Schatz, den wir nicht der Zerstörungslust ignoranter Barbaren überlassen dürfen. ‚Postkolonialisten‘ klittern Geschichte, um unsere Selbstverachtung zu befeuern. Edward Said beneidete und hasste Europa, aber von der Größe und Schönheit des Orients hatte er eben auch keine Ahnung.

## Vergangenheit als Chance

Postmoderne Menschen halten sich für die Krone der Schöpfung auf der Höhe der Zeit. Wie Kleinkinder machen sie sich zum Maßstab von allem und jedem. Doch die vermeintlichen Wahrheiten einer jeder Epoche sind flüchtig. Morgen spätestens lachen andere darüber. Dagegen helfen nur Demut und die Einsichten der Alten. Denn natürlich gibt es historische Erfahrungswerte. Die sind so kostbar wie unbequem und meist teuer erkaufte. Wer sie ignoriert, der scheitert daran. Das ist eine historische Konstante.

Wir sind Wesen, die sich ihr Sein erklären, indem sie sich Geschichten darüber erzählen. Das macht uns zu dem, was wir sind, aber auch zu dem, was wir sein können, weil wir es einmal waren oder davon träumten, es einmal zu sein. Eben das dürfte Friedrich Nietzsche mit seinem ‚Werde der, der du bist‘ gemeint haben. Für Aristoteles war ein ‚geglücktes Leben‘ eines, in dem der jeweilige Sterbliche die ihm von den Göttern geschenkten Potentiale ausschöpft. Der erste Schritt zu dieser inneren Wahrheit ist Selbsterkenntnis. Dabei weisen uns unsere Altvorderen seit jeher den Weg.

Wer Denkmäler von Cervantes, Lincoln und Churchill schändet, Schulen, Straßen und Speisen umbenennt, und alles, was vor ihm war, für nutzlos und nichtig erklärt, ist im Zweifelsfall selbst nutzlos und nichtig. Das weiß er auch. Der ‚erweckte‘ Mob, der Sprache zerstört, Eigenart vernichtet, Kultur abwickelt und die Vergangenheit bekriegt, will Europas Seele und Schönheit auslöschen, weil deren Spiegelung ihn als so hohl wie erbärmlich entlarvt. Darum muss er der Schönheit den Stempel seiner Hässlichkeit aufdrücken und das Andenken der Vorherigen zertrampeln. Nur so vermag er, von der eigenen Nichtswürdigkeit abzulenken.

Wer sich ansatzweise verdeutlicht, welchen Erfahrungshorizont Winston Churchill mitbrachte, als er im Mai 1940 in der schwersten Krise seines Landes zum britischen Kriegspremier berufen wurde, und es mit dem abgleicht, was die aktuellen Akteure des Politzirkus so

mitbringen, ist bestenfalls erschüttert. Ins Schaudern gerät er, wenn eine geltungssüchtige Außenministerin, die ignorant genug ist, um Panzereinsätze ins 19. Jahrhundert zu verlegen, sich am Andenken ihres bedeutendsten Vorgängers vergreift. Parallel zum frisch entfesselten Ukraine-Krieg benannte Annalena Baerbock das Bismarck-Zimmer im Auswärtigen Amt um, weil sie den 1815 geborenen Fürsten nicht mehr für zeitgemäß hielt. Spätestens damit bescheinigte sie sich selbst, um ein Vielfaches bornierter zu sein als der letzte deutsche Kaiser. Der legte im März 1890 bekanntlich einen Samen für die Katastrophe von 1914, indem er mit Otto von Bismarck den ‚Lotsen‘ von Bord schickte, der bislang das Reich durch kluge Bündnispolitik aus Konflikten mit dem Zaren und dem britischen Empire herausgehalten hatte.

Friedrich Hebbel bemerkte mal, es gebe nur eine einzige Sünde, die man gegen die Menschheit als Ganzes begehen könne. Das sei das Verfälschen der Geschichte. Hebbel lebte in einer Zeit, als man noch von gemeinsamer Geschichte reden durfte. Nicht nur für Furedi ist das Negieren des Reichtums an Weisheit und Erfahrung, den das europäische Erbe bereithält, ein Verrat an der Spezies. Über das letzte halbe Jahrtausend war unser Kontinent der Katalysator immenser Umwälzungen, die die gesamte Menschheit geprägt haben. So hat Europa unter anderem dafür gesorgt, dass die Sklaverei abgeschafft wurde und sich die durchschnittliche Lebenserwartung weltweit mehr als verdoppelt hat. Hungern heute weniger Menschen als noch vor fünfzig Jahren, obwohl es statt vier Milliarden nun acht Milliarden Artgenossen gibt, ist das nicht zuletzt Errungenschaften zu verdanken, die von Europäern entwickelt wurden.

Wollen wir unser Heute begreifen, müssen wir versuchen das Gestern und Vorgestern zu verstehen und uns klarmachen, was unsere Vorgänger begeistert, getrieben, beglückt und beschädigt hat. Vergangenheit ist der Schlüssel zur Gegenwart.

Zwischen 1958 und 1968 entstand *Der Archipel Gulag*, eines der wichtigsten Bücher des letzten Jahrhunderts, um verdrängte Geschichte zu retten. Verfasst hat es Alexander Solschenizyn. Der kam kurz nach der Oktoberrevolution zur Welt, studierte Physik und Mathematik und

diente im Januar 1945 als Hauptmann an der Front. Der militärische Geheimdienst verhaftete ihn, weil er sich kritisch über Stalin geäußert hatte. Dafür wurde er nach Artikel 58 des sowjetischen Strafgesetzbuches zu acht Jahren Straflager und ewiger Verbannung verurteilt. Erst der Tod des Diktators und seine eigene Krebserkrankung führten dazu, dass er 1957 freikam. In den folgenden zehn Jahren schrieb er am *Archipel Gulag*.

Solschenizyns Monumentalwerk war die Frucht einer zähen, gefährlichen und immer wieder gefährdeten Arbeit. Als das Skript schließlich in den Westen geschmuggelt war und fünf Jahre nach seiner Fertigstellung in Frankreich als Buch erschien, zitterte das sowjetische Politbüro. Denn Solschenizyn dokumentierte darin minutiös die totesgeschwiegene Geschichte der sozialistischen Sklaverei. Er fegte die Lügen über Lenin beiseite und begrub den Mythos, dass die Schreckensherrschaft der Geheimpolizei und der Terror in den Lagern erst unter Stalin begonnen hätten.

Sein Buch widmete er all jenen, *„die nicht genug Leben hatten, um dies zu erzählen. Sie mögen mir verzeihen, dass ich nicht alles gesehen, nicht an alles mich erinnert, nicht alles erraten habe“*. So gab er den gewaltsam zum Verstummen Gebrachten wieder eine Stimme. Vordergründig ging es ihm um die Würde der Opfer, deren Andenken durch das verordnete Vergessen im Tod weiterhin geschändet wurde. Zugleich jedoch rettete er auch das Bewusstsein der Nachfahren, denen das Regime durch das Unterdrücken der Vergangenheit ihre Geschichte gestohlen hatte. Die Rache des Apparats ließ nicht lange auf sich warten. Solschenizyn wurde zur Unperson erklärt und 1974 ausgebürgert.

Die Irrtümer und Schrecken der Vergangenheit prägen uns in der Gegenwart. Aber sie lösen auch das eine oder andere Rätsel. Ich habe mich nicht zuletzt deshalb für Geschichte interessiert, weil ich ratlos vor den Trümmern der deutschen Kultur stand. Zugleich ahnte ich, dass in der Beschäftigung damit sowohl Fluch als auch Segen lag. Denn seinen Dämonen entkommt man nicht durch Flucht. Man muss sich ihnen stellen. Nur dann erteilen sie einem eventuell die eine oder andere Lektion.

Geschichte hat jeder, ob er will oder nicht. Die Gespenster der Ahnen reisen mit, und sie sind nie nur edel, rein und makellos. Nirgendwo. Das mag für die binäre Weltsicht politisch Erweckter bitter sein, aber nur infantile Seelen bilden sich ein, Historie sei ein Delikatessensladen, aus dem sie sich bloß die schmackhaften Bissen herauszupicken brauchen. Vergangenheit ist nachtragend und fordert ihren Tribut. Doch zwei Dinge sind gewiss: Wer seine Geschichte vergisst, ist verdammt, sie zu wiederholen, und wer einer Kultur das Wissen um ihre eigene Vergangenheit raubt, der will sie vernichten.

Ich habe die, die vor uns lebten, nie für dümmer oder klüger gehalten als uns. Sie waren Kinder anderer Zeiten. Die formten ihre Weltsicht, Moral, Gottesbilder, ihren Glauben und ihr Verständnis vom Dasein. „*The past is a foreign country*“, schrieb Leslie Poles Hartley vor etwas über 70 Jahren. Stimmt. Darum sollte man sich der Vergangenheit respektvoll nähern, so achtsam und neugierig, wie man sich einer fremden Kultur nähert. Nur dann vermag man vielleicht zu erahnen, warum die Leute früher so handelten, wie sie es taten. Denn dabei waren sie mit Sicherheit nie nur böseartig, feige und kleinherzig, sondern besaßen Witz, Geist und Tatkraft, waren zäh, mutig, tapfer und gelegentlich großartig. Sonst gäbe es uns gar nicht. Werden wir heute satt und geht es uns relativ gut, so verdanken wir das entscheidend ihnen. Statt sie also ständig zu verdammen, sollten wir eher dafür dankbar sein, nicht in der Epoche leben zu müssen, in der sie zu leben hatten. Schließlich gibt es nicht nur den Fluch des historischen Erbes, der uns dazu zwingt, die Suppe auszulöffeln, die andere uns eingebrockt haben, sondern auch die Gnade der späten Geburt, die es uns erlaubt, die Dinge anders zu machen.

## Variationen von Erinnerung

Im Oktober 2024, anlässlich des Jahrestages des Hamas-Pogroms, riefen weltweit Tausende Intellektuelle und Schriftsteller zur Ächtung von Kultureinrichtungen auf, die sich an der ‚Unterdrückung der Palästinenser beteiligen oder ihr gegenüber Schweigen bewahren‘. Die Liste der Unterzeichner liest sich wie ein Who’s Who politisch erweckter Geister. Auffällig ist die Zahl der Frauen, die sich als Feministinnen bezeichnen, aber sämtlich stumm blieben, als ihre palästinensischen Geschlechtsgenossinnen in Gaza das Vergewaltigen jüdischer Mädchen bejubelten und auf den leblosen Leib von Shani Louk spuckten. Darunter sind Michelle Alexander, Naomi Klein, Rachel Kushner, Sally Rooney und Annie Ernaux, aber auch Nan Goldin und Françoise Vergès.

Bari Weiss bemerkte mal, der Umgang mit Juden sei eine Art Lackmustest für die Freiheit einer Gesellschaft. Erstarke der Antisemitismus, sei das stets ein Symptom für üble Entwicklungen, die über kurz oder lang alle betreffen. Wo man Juden angreife, würden bald auch andere verfolgt. Jagen junge Migranten heute in Amsterdam israelische Fußballfans, sind morgen calvinistische Christen dran.

Vor knapp 35 Jahren ging ich mit einer New Yorkerin im sogenannten Berliner Scheunenviertel spazieren. Sie war dort geboren und aufgewachsen, bis ihre Eltern 1938 mit ihr und ihrem jüngeren Bruder in die USA flohen. Sie zeigte mir das Haus in der Alten Schönhauser Straße, wo sie die ersten 13 Jahre ihres Lebens gewohnt hatte und den Rotklinkerbau in der Auguststraße, wo sie eingeschult worden war. Sie entsann sogar noch die Hauseingänge, wo sie sich vor der aufmarschierenden SA versteckt hatte. Ihr Vater hatte ein paar Straßen weiter koscheres Geflügel verkauft. Eines Abends im Winter 1933 sei er blutüberströmt nach Hause gekommen. Beim Abschließen des Geschäfts hatte ihn ein Trupp der Hitler-Jugend abgepasst. Sie war damals auf sein Klingeln hin an die Wohnungstür gelaufen. Ihr Schreien habe die Mutter alarmiert. Auch an den ‚Boykott‘ vom 1. April erinnerte sie sich noch lebhaft. Das sei an einem Sonnabend gewesen. Schon seit

Wochen hätten Parolen und Plakate überall gegen Juden gehetzt. Die meisten Geschäfte seien an dem Tag geschlossen geblieben. Die Alte Schönhauser habe wie ausgestorben dagelegen, weil niemand ausging. Außer ihrem Vater. Der ergriff morgens Hut und Mantel und erklärte, er wolle sich kurz mal umsehen. Bis zum Mittag war er noch nicht zurück. Sie habe am Fenster auf ihn gewartet. Stundenlang. Irgendwann näherte sich vom Schönhauser Tor kommend ein einzelner Mann. Er ging rasch und sah sich alle paar Schritte um. Erst habe sie gedacht, es sei ihr Vater. Dann sah sie das dunkle Auto, das wie ein übergroßes Insekt den Kantstein entlang kroch und dem Mann folgte. Es glitt hinter ihm her, holte auf, fiel wieder zurück, holte erneut auf, bis der Mann schließlich zu rennen begann und in der Panik seinen Hut verlor. Da beschleunigte der Wagen, zog auf den Bürgersteig und schnitt ihm den Weg ab. Drei Gestalten sprangen heraus, packten den Mann und stießen ihn ins Innere. Der Motor jaulte auf und einen Moment später lag nur noch der Hut auf dem Gehweg. Falsch herum. Als mache sein unsichtbarer Träger Kopfstand.

Ihr Vater tauchte später wieder auf. Aber als sie montags in die Schule kam, waren die Väter einer ganzen Reihe anderer Mädchen verschwunden. Man hatte wahllos jüdisch aussehende Männer verhaftet und alle ohne deutschen Pass nach Polen abgeschoben.

Knapp neuneinhalb Jahre danach, im Spätsommer 1942, hielt ein Transport mit Deportierten aus Lemberg an einer kleinen Bahnstation im Westen der Ukraine. Soldaten öffneten die Türen der Waggons und befahlen allen Männern auszusteigen. Darunter war auch einer, der sich nicht von seiner Familie trennen wollte. Die Soldaten prügeln mit ihren Gewehrkolben auf ihn ein, bis seine Töchter ihn anflehten, zu gehorchen. Draußen mussten sich alle Männer neben den Gleisen aufstellen. An dem Tag goss es in Strömen. Der befehlerteilende Offizier trug eine Pelerine, so dass er seinen Rang nicht erkennen konnte. Also sprach er ihn mit ‚Herr Oberst‘ an. Was denn nun mit ihren Frauen und Kindern geschähe? Die kämen auf die Felder zum Ernteeinsatz. Als er nachhakte, was kleine Kinder auf einem Acker ausrichten sollten, wandte der Offizier sich wortlos ab.

Kurz darauf war er in einem Lager. Er musste die Bekleidung von Ermordeten sortieren. Die kamen ins Deutsche Reich, zu einer Spinnstoffsammlung oder zur NS-Volkswohlfahrt. Sie stammten von den Leuten, die man in Belzec vergast hatte. Eines Tages hielt er das Kleid seiner jüngeren Tochter in den Händen. Da wusste er, was aus seiner Familie geworden war. Er verzieh sich nie, sie damals im Zug zurückgelassen zu haben. Noch vierzig Jahre später in New York zündete er jeden Abend eine Kerze für sie an.

Mir hat er das nicht erzählt. Das weiß ich von der Enkelin der Frau, mit der er 1947 über Bremerhaven in die USA gegangen war. Mir erzählte er bloß von seiner Kindheit in Galizien, wo er als ältester Sohn eines Müllers aufwuchs. Wenn er von den Ausflügen mit seinem Vater zum Markt ins nahe gelegene Lemberg sprach, klang das beschaulich und idyllisch. Doch sein Vater war 1914, gleich nach Beginn des Weltkriegs, als die Schlachten um Lemberg stattfanden, von Kosaken totgeschlagen worden. Danach hatte er für seine sechs jüngeren Geschwister sorgen müssen. Nur einmal sagte er mir, er habe seine beiden kleinen Mädchen verloren. Die Details erfuhr ich erst Jahre später, als ich längst wieder in Deutschland lebte.

Eine Frau, die ein Buch über Kinder in Konzentrationslagern schrieb, war bei Gesprächen immer wieder auf seinen Namen gestoßen. Kurz vor Kriegsende hatte er in Mauthausen mal einen Haufen Kinder vor dem Verhungern gerettet, die die SS in eine Baracke gesperrt und ihrem Schicksal überlassen hatte. Er hatte eines der zugenagelten Fenster der Baracke aufgebrochen und die Kinder heimlich mit gestohlenen Rüben und Getreide versorgt. Bis zur Befreiung. Die Frau hatte gerätselt, ob er noch lebte und ihn gesucht. Schließlich fand sie ihn in New York. Sie bat ihn, ihr seine Erlebnisse zu schildern. Wir bekamen den Text zugesandt. Ich übertrug ihn ins Deutsche und veröffentlichte ihn mit seiner Erlaubnis in einer kleinen Hamburger Zeitung.

Jahre später reiste ich durch Ostpolen. Dabei kam ich auch durch den Ort an der Bahnlinie nach Lublin, wo die Todesfabrik gestanden hatte, in der seine Familie ermordet worden war, zusammen mit den 434.505 anderen, die die SS dort nach eigenen Angaben zwischen März und

Dezember 1942 im Zuge der ‚Aktion Reinhard‘ tötete. Später hatten jüdische ‚Sonderkommandos‘ die Leichen aus den Massengräbern holen und auf dem Lagergelände verbrennen müssen. Die Feuer loderten drei Monate lang, Tag und Nacht. Der Gestank soll kilometerweit zu riechen gewesen sein. Anschließend wurde die Fläche eingeebnet. Die letzten noch Lebenden aus dem Sonderkommando kamen nach Sobibor, um sie dort zu töten. So wurden die Spuren beseitigt. Jahrzehnte nach dem Krieg errichtete man auf der Stätte ein etwa drei Hektar großes Steinfeld, über der Asche der Toten. An den Rändern der Fläche waren die Daten der eingehenden Transporte festgehalten. Neben die des fraglichen aus Lemberg vom August 1942 legte ich einen Stein.

Wer heute in Deutschland das Boykottieren von Juden fordert, reiht sich in die Tradition vom 1. April 1933 ein, und die führt in letzter Konsequenz an Orte wie Belżec. Unschuld und Ahnungslosigkeit kann keiner mehr beanspruchen. Das gilt auch für die, die von sich behaupten, postkolonial erweckte Antifaschisten zu sein, und es gilt auch für Boykottfans wie Judith Butler, Naomi Klein, Rachel Kushner und Nan Goldin.

So wie es unter Deutschen viele Deutschenhasser gibt, mangelt es nicht an jüdischen Israelfeinden. Das ist nichts Neues. Sammy Gronemann bringt es in seinem *Tobuwabohu* trefflich auf den Punkt, wo er die Nöte assimilierter preußischer Juden und ihrer pogromgeplagten polnischen Vettern schildert. Der Roman erschien 1920 und ist gespenstisch aktuell. Neulich las ich, dass im hippen Berlin bereits das Ablehnen der BDS-Rhetorik ausreicht, um in der Club-Szene ‚gencancel‘ zu werden. Wer nicht Front gegen Israel macht, gilt als Zionistenfreund und wird zum Ziel der Antifa.

Wo bei uns verwirrte Seelen als ‚Queers for Palestine‘ auf die Straße gehen, suchen andere eben als linke Juden im Kampf für Hamas-Anhänger zu punkten. Die revolutionäre Avantgarde hatte noch nie etwas gegen das Vernichten von Juden, sofern die Juden auf der vermeintlich falschen Seite standen. Sie hat bis heute kein Problem damit, und dabei stets lilienweißes, lupenreines Gewissen, weil sie sich gegen jede Form von Rassismus gefeit wähnt.

So überlappen sich vorgestrige und neue Feindbilder, ergänzen einander und stiften Synergien, selbst wenn ihre Verfechter schwören, dass sie nichts miteinander zu tun haben. Der Sexappeal des Islam fußt auf demselben Zauber von Macht und Unterwerfung wie die ‚Cancel-Cuisine‘, und die Erzfeinde SA und Antifa kochen ihre Suppe nach dem gleichen Rezept.

Die äußere Verpackung wechselt. Heutige Tugendbolde tragen nicht mehr die Kostüme des Ku-Klux-Klans oder die Halstücher der Hitlerjugend, sondern trendige ‚Kuffiyas‘ und Kapuzen, aber sie führen denselben Krieg: Mehrheit gegen Minderheit, Gruppe gegen Außen-seiter, Herde gegen Einzelgänger.

Wer den Mief der Horde nicht mag oder bloß beim Fußball erträglich findet, hat damit ein Problem. Ich etwa kann als nachgeborener Deutscher deutlich mehr mit lebendigen Juden anfangen als mit toten. So hübsch offizielle Gedenkfeiern sein mögen, Gedächtnis dient der Gegenwart. Wem nutzt all das Gerede zum 9. November, wenn wieder ein unsichtbarer Bann über zig Städten liegt, und jeder, der Kippa oder Davidstern trägt, es riskiert, angepöbelt, bespuckt und verprügelt zu werden?

Dass Juden wieder freiwillig hier leben, so wie ihre Vorväter es seit der Römerzeit getan haben, sehe ich als zarten Ansatz einer möglichen Rückkehr zur Normalität. Höre ich dann, dass ein Schild mit ‚Wir schützen jüdisches Leben‘ beim Gedenken an die Pogromnacht als so provokant erachtet wird, dass man die Frau, die es hochhält, auffordert, es zu verstecken, wird mir übel. Ich war zeitlebens ein Freund des Asylrechts. Aber keine Gesellschaft braucht Menschen aufzunehmen, die sich gegenüber Einheimischen feindselig verhalten.

Früher stießen mich die verbitterten, alten Kerle, die dem Herrenmenschenwahn ihrer Jugendtage nachtrauerten und beim dritten Bier anfangen, Judenwitze zu reißen, ab. Heute wecken all jene, die kreischen, dass ‚Palästina‘ befreit und der ‚Apartheidstaat‘ zerschlagen gehört, ähnliche Gefühle in mir. Nur sind die nun eben oft weiblich, bemühen antikapitalistische Rhetorik und sind angetan mit allen Insignien ökologisch stubenreiner Erweckung.

Ich weiß nicht, wo die Linke falsch abgebogen ist. Vermutlich schon mit Marx. Nur war der unter deutschen Denkern eben nicht allein. Herder, Fichte und Brentano prägten Jahn und Arndt und zig andere. Bis Mitte des 19. Jahrhunderts kam es immer wieder zu blutigen antijüdischen Krawallen. Stoecker und Treitschke fielen nicht vom Himmel. Wilhelm Liebknecht setzte 1893 darauf, dass die ‚Antisemiten ackern und säen und wir Sozialdemokraten ernten‘. Stattdessen erntete Hitler.

Heute will die SPD ihr schwindendes Wählerpolster mit muslimischen Zuwanderern aufpeppen. Dazu spannt sie Integrationsfachfrauen wie Aydan Özoğuz, Ferda Ataman, Sawsan Chebli oder Reem Alabali-Radovan ein. Die vermitteln den neuen Beutedeutschen gleich die richtige Anspruchshaltung und stiften Heimatgefühle. Laut der *Welt* vom 13.03.2025 fordert die ‚Arbeitsgruppe Migration und Vielfalt der SPD‘, jährlich eine halbe Million Menschen zuwandern zu lassen. Zusätzlich zu denen, die ‚hierzulande bereits Schutz suchen‘. *„Wir fordern die Einführung eines Bundesfachkräfte-Programms für jährlich 500.000 Personen, um den demografischen Wandel zu bewältigen und den Fachkräftebedarf zu decken. Dieser kann/soll auch flüchtende Menschen beinhalten, die Qualifikationen mitbringen oder ein nachvollziehbares Potenzial haben, eine Qualifikation in Deutschland zu erlangen.“* Daneben sollen nun auch ‚ausreisepflichtige Personen‘ eine ‚Perspektive‘ in Deutschland erhalten, Abschiebungen ausgesetzt werden und alle, die sich langfristig im Land aufhalten, das Wahlrecht erhalten, unabhängig von der Staatsbürgerschaft.

Nach einer Meldung der Münchner *Abendzeitung* vom 10. März 2025 besuchten drei in Österreich lebende Syrer die Synagoge in der bayrischen Hauptstadt. Dort wurde mit Fotos und Kerzen an die Hamas-Geiseln und die in Gaza getöteten Soldaten erinnert. Das missfiel den Herren, also bespuckten sie die Bilder der Toten und randalierten. Sicherheitsleute eilten herbei. Die bedachten die Syrer mit garstigen Worten, Tritten und gezückten Messern. Erst als die Polizei erschien und ihrerseits mit Schusswaffeneinsatz drohte, beruhigten sie sich. Doch statt sie einzusperrn oder sofort an die Grenze zu schaffen, nah-

men die Beamten bloß ihre Personalien auf und erteilten ihnen eine Anzeige. Dann kommen sie wieder auf freien Fuß. Keine drei Wochen zuvor hatte sich ein schutzsuchender Afghane eine islamistische Spritztour gegönnt, die ein totes Kind, eine tote Mutter und Dutzende Schwerverletzte produzierte. Im September war der Anschlag eines aus Österreich zugereisten Muslims auf das israelische Generalkonsulat vereitelt worden, mit dem der Täter den Terrorjahrestag von 1972 hatte begehen wollen. Das wiederum geschah vierzehn Tage nach der Messerattacke eines syrischen ‚Schutzsuchenden‘ in Solingen, der drei Menschen tötete und acht weitere schwer verletzte.

Leitet ein Rentner den eventuell nicht ganz unverdienten Spott an einem Wirtschaftsminister in sozialen Medien weiter, taucht frühmorgens die Polizei bei ihm auf und beschlagnahmt sämtliche elektronischen Geräte. Schänden drei Syrer in einem jüdischen Gotteshaus das Andenken gefolterter und getöteter Juden, beschimpfen und bedrohen sie die Wachleute, die dagegen einschreiten, sieht der Staat keinen ernsthaften Handlungsbedarf.

## Zwischenbilanz

Nicht jeder geht mit den Vexierbildern der Geschichte so lax um wie wir, hält vernichtende Kritik an seinen Vorfahren für löblich und attestiert der eigenen Kultur laufend ethischen Bankrott. 2019 veröffentlichte der katholische Theologe Russell Ronald Reno *The Return of the Strong Gods: Nationalism, Populism, and the Future of the West*. Darin zeigt er auf, dass das Modell der globalisierten, offenen Gesellschaft, die sich selbst laufend dekonstruiert, ins Nirgendwo führt.

Nach dem Gemetzel zweier Weltkriege, unter dem Eindruck der traumatischen Katastrophe von 1914 bis 1945, habe sich der Westen den Idealen Karl Poppers verschrieben, um prosperierende Gemeinwesen ohne Grenzen und tradierte Identitäten zu schaffen, befreit von Bindungen an Nation, Clan oder Religion, losgelöst von Dogmen, regiert durch Experten. So sollten die ‚starken Götter‘, die jahrhundertlang Krieg und Gewalt geschürt hatten, neutralisiert und verdrängt werden. Die Eliten hätten offene Grenzen, offene Märkte und kulturelle Vielfalt propagiert. Doch ihr nie endendes Projekt sei in Beliebigkeit entgleist und zum Selbstzweck geworden. Es habe selbst dogmatische Züge angenommen, umso mehr, je spürbarer das spirituelle Vakuum geworden sei, dass es geschaffen habe. Denn die ausufernde Dekonstruktion zerstöre Familie, Glauben und Heimat, also all das, was soziale Zugehörigkeit, Verantwortung und Solidarität ermögliche. So löse es letztlich das auf, was Menschen zusammenhielte. Die offene Gesellschaft habe sich zu Tode gesiegt.

Während die Eliten die Rückkehr des Faschismus befürchteten, zerfalle die kulturelle Substanz. Langfristig jedoch nähmen die meisten Menschen diesen Prozess nicht hin. Sie sehnten sich danach, nicht nur atomisierte Einzelne zu sein, sondern Teil eines ‚Wir‘, einer kollektiven Größe, die ihrem Leben Sinn gäbe. Reno argumentiert, dass der Vormarsch des Populismus und Wiederbeleben nationaler Gefühle kein Drang nach Diktatur und Faschismus sind, sondern die Sehnsucht nach Identität, Sinn und Zugehörigkeit spiegeln. Die starken

Götter werden zurückkehren, warnt er, so oder so, entweder als zerstörerische Kräfte oder als Inspiration. Blockierten die Epigonen der ‚Offenheit‘ diesen Prozess mit Gewalt, würden sie selbst die Rückkehr der düsteren Götter heraufbeschwören, die sie verhindern wollten.

Unlängst skizzierte Oliver Zimski auf der *Achse des Guten* die Tragik dieses Treppenwitzes. Sein Essay ‚Hitlers Fluch‘ zeigt auf, wie die Linke dabei ist, den letzten Willen des großen Verführers zu vollstrecken. Als im Frühjahr 1945 das ‚Dritte Reich‘ in Leichenbergen und Trümmern versank, befahl er Albert Speer die Reste der Infrastruktur zu zerstören. Ginge der Krieg verloren, brauche er aufs Überleben der Bevölkerung keine Rücksicht zu nehmen. Sie hätten sich im Kampf mit den ‚Ostvölkern‘ eben als schwächer erwiesen. Schon im November 1941 hatte Hitler gesagt, wenn das Volk nicht ‚opferbereit genug sei, sein Blut für seine Existenz einzusetzen‘, solle es durch eine ‚stärkere Macht vernichtet‘ werden. Er werde ihm ‚keine Träne nachweinen‘. Vier Jahre später verfluchte er die Menschen, die sich seiner Genialität und der ‚Vorsehung‘ nicht würdig erwiesen hatten.

Damit nahm er das ‚Deutschland verreckel!‘ der Antifa-Demos vorweg, das führende Köpfe Grünen in verschiedenen Variationen vertreten. Die Journalistin Miriam Lau skizzierte die Nöte des damaligen Außenministers Joschka Fischer mit dem von ihm als ‚Risiko Deutschland‘ definierten Gemeinwesen im Februar 2005 wie folgt: Das Land müsse von außen ‚engehegt‘ und im Inneren durch Zuwanderung ‚heterogenisiert‘ und ‚quasi verdünnt‘ werden. Entsprechend freute sich Katrin Göring-Eckardt 2015 auf ein deutlich weniger hellhäutiges und religiöseres Land, und das Wirtschaftsgenie Habeck, das Vaterlandsliebe stets zum Speien fand und mit Deutschland noch nie etwas anfangen können, erklärte 2018 sogar, es gäbe gar kein Volk. Volk sei ein Nazibegriff. Folglich könne es auch keinen Verrat am Volk geben.

Zimski schreibt: *„War für Hitler das deutsche Volk das auserwählte, bestehend aus Übermenschen, die Juden und slawische ‚Untermenschen‘ auslöschen oder versklaven sollten, um die Welt beherrschen zu können, drehte die vereinigte ‚Linke‘ diese irrsinnige Zuschreibung einfach ins Negative und übernahm sie damit. Auch für sie sind die Deutschen etwas*

*Besonderes, quasi mit einem Nazi-Gen behaftet, jederzeit in Gefahr, wieder rückfällig zu werden. Deshalb muss sie, die ‚Linke‘, die Wächter- und Aufpasserrolle über dieses politisch unzuverlässige Volk übernehmen, in dessen Mitte (und zumeist von dessen Steuergeldern) sie lebt.“*

Die Linke habe Stalins Satz: ‚Die Hitler kommen und gehen, doch das deutsche Volk bleibt bestehen‘ ins Gegenteil verkehrt: Die Sünden Hitlers blieben ewig bestehen, also sollten besser die Deutschen vergehen. Frei nach Brecht sei schließlich ‚der Schoß fruchtbar noch, aus dem das kroch‘ und es wüchsen immer neue Rechte nach. Insofern höre ihr Kampf gegen den ‚Faschismus‘ nie auf. Die braune Gefahr sei ihr Lebenselixier, das drohende Böse, das ihnen Daseinsberechtigung und moralische Überlegenheit sichere.

Ironischerweise stammen viele der Linken, die Abscheu für ihr Land an den Tag legen, aus Täter-Familien. Ihre Großväter haben in der Nazizeit persönlich Schuld auf sich geladen. Davon suchen die Erben sich zu entlasten, indem sie als geläuterte Saubermänner nun entschlossen antideutsch und deutschfeindlich sind. Sich selbst halten sie dabei für unübertrefflich weltoffen und tolerant. Sie heißen alles und jeden willkommen, außer er sei ‚rechts‘. Wobei ‚deutsch‘ und ‚rechts‘ bei ihnen deckungsgleich ist. Darum nehmen sie weder an Muslimbrüdern noch an ‚Grauen Wölfen‘ Anstoß, sondern verbünden sich begeistert mit zugereisten Judenhassern, die Israel den Genozid an kleinen Kindern vorwerfen, wozu die nationalsozialistisch-islamische Hamas dann auf Hochglanz die Propagandabilder liefert.

Nochmal O-Ton Zimski: *„Merkel übertraf 2015 mit ihrer Grenzöffnung für eine unkontrollierte Masseneinwanderung in die deutschen Sozialsysteme die kühnsten Träume rot-grüner Ideologen, und die Ampelregierung setzte Merkels Politik nahtlos fort. Unter dem Deckmantel des Asylrechts strömen jedes Jahr Hunderttausende nach Deutschland und dürfen, auch wenn ihr Antrag abgelehnt wird, in der Regel bleiben, vollversorgt auf Kosten der deutschen Steuerzahler.“*

Das wahllose Aufnehmen von Fremden und die systematische Weigerung der Regierung, zwischen Verfolgten und Wirtschaftsflüchtlingen zu unterscheiden, hat sich das einst christliche Land binnen kürzester

Zeit in einen islamisierten Vielvölkerstaat verwandelt, der zig nahöstliche Krisenherde im Kleinen reproduziert. So prallen verfeindete Kurden auf Türken, syrische Sunniten auf Alewiten, Christenmörder auf Christen, Taliban auf afghanische Frauen, Jesiden auf IS-Anhänger. Judenhasser aus Nahost und tschetschenische Gotteskrieger geben sich ein Stelldichein mit ukrainischen Müttern und russischen Juden.

*„Sie alle wurden und werden von der ‚Linken‘ und ihren Vorfeldorganisationen unterschiedslos willkommen geheißen. Diese Unfähigkeit zu differenzieren entspringt jenem manichäischen, von Hitler spiegelbildlich übernommenen Weltbild: Für die ‚Linke‘ ist alles Deutsche per se verdächtig, während alle hereinströmenden Ausländer – egal, was sie in ihren Herkunftsländern getan haben, welche Weltanschauung sie vertraten und aus welchen Gründen sie ihre Heimat verließen – sich wie von Zauberhand in arme ‚Schutzsuchende‘ oder diskriminierte Opfer verwandeln, sobald sie nur einen Fuß auf deutsches Staatsgebiet setzen.“*

Obschon fast ein Drittel der im Land Lebenden einen ‚Migrationshintergrund‘ hat, tun die meisten Medien und Parteien noch immer so, als seien Migranten laufend Übergriffen durch die ‚Altbevölkerung‘ ausgesetzt. Egal, wie sie politisch stehen, ob sie Dschihad und Scharia predigen, Juden und Christen hassen, Frauen verachten und Schwule bedrängen, Zuwanderer genießen Narrenfreiheit. Rechts, rassistisch, reaktionär, intolerant, antisemitisch und ‚völkisch‘ sind nur ethnische Deutsche. Darin offenbart sich, so Zimski, dass der ‚Kampf gegen rechts‘ tatsächlich ein Kampf gegen die eigene Kultur ist.

Wollte Hitler einst den Osten Europas gewaltsam kolonisieren und in ‚germanischen Lebensraum‘ verwandeln, so geben Linke heute den Lebensraum der Nazinachfahren zur Fremdbesiedlung frei. Künftig soll es kein Deutschland mehr geben, jedenfalls keines, das noch über eine spezifisch deutsche Identität mit gemeinsamer Geschichte, Traditionen und Bräuchen verfügt. So landet die über tausend Jahre alte Erfahrung christianisierter Germanen, Slawen und Kelten auf der Müllhalde, und das alte Herz Europas, das immer wieder Anstöße zu bahnbrechenden Entwicklungen und Innovationen gab, hört zu schlagen auf.

So wird die postmoderne Linke zum Wegbereiter des Dschihad. Im Namen vermeintlich christlicher Tugend hilft sie dem Islam, seinen alten Traum zu erfüllen und das obstinate Abendland endlich in Besitz zu nehmen. Die feine Ironie daran: Heinrich Himmler, SS-Chef und Vollstrecker von Hitlers Rassenwahn, war als gebürtiger Katholik und runenverliebter Heide ein großer Fan des Islam. Seine Waffen-SS rekrutierte ab 1941 Abertausende muslimischer Freiwilliger, ob Bosnier, Albaner, Krimtataren oder Aserbeidschaner. Für die gab es eigene Imame, und er hab das auf Juden gemünzte Verbot des Schächtens auf. Himmler erklärte: Nachdem Amin al-Husseini ihm geholfen hatte, eine bosnische SS-Einheit aufzustellen, erklärte er: *„Ich muss sagen, ich habe gegen den Islam gar nichts, denn er erzieht mir in dieser Division seine Menschen und verspricht ihnen den Himmel, wenn sie gekämpft haben und im Kampf gefallen sind. Eine für Soldaten praktische und sympathische Religion!“*

Lässt eine grüne Außenministerin acht Jahrzehnte später ohne jede Not Tausende wehrtüchtige, junge Männer aus Afghanistan einfliegen, toben da die Dämonen der Verdrängung. Wird jegliche Kritik daran dann auch noch als ‚islamophob‘ abgetan, und die ‚Antifa‘ tritt in schwarzer Kluft unter Totenkopffemblemen Seite an Seite mit zugereisten Judenhassern dagegen an, gebe ich Oliver Zimski Recht: Nicht nur der Islam, auch die Linke verweigert sich hartnäckig der Aufklärung.

Um zu wissen, was man will, muss man wissen, wer man ist. Definiert sich ein antikerikaler Atheist wie Richard Dawkins inzwischen als ‚kultureller Christ‘, hat das Gründe. In einer Epoche gesteigerter islamischer Religiosität ist blindwütiger Kulturrelativismus nur noch selbstzerstörerisch. Postkolonialisten verabscheuen Renaissance, Humanismus und Rationalität. Also all das, was das ‚moderne‘ Europa ausmacht.

Am meisten jedoch hassen sie das jüdisch-christliche Erbe, weil es die Basis für die persönliche Beziehung zu Gott, Gewissensfreiheit und die Würde des Einzelnen ist.

Laut Bundesagentur für Arbeit bezogen im Oktober 2024 vier Millionen theoretisch Erwerbsfähige ‚Bürgergeld‘. Davon hatten 2,543

Millionen oder 63,5 Prozent einen ‚Migrationshintergrund‘. 1,88 Millionen waren Ausländer. Die übrigen besaßen deutsche Erst- oder Zweitpässe. Um die 30 Prozent der aktuell in Deutschland Lebenden hat einen ‚Migrationshintergrund‘. Sie sind eingewandert oder Kinder von Einwanderern. In vielen Städten ist der häufigste Vorname für männliche Neugeborene eine Variation von ‚Mohammed‘.

Die kulturfremde Zuwanderung, die das Genfer Weltwirtschaftsforum, die Vereinten Nationen und die Europäische Union vorantreiben, schlägt sich in gesteigerten Sozialabgaben, Steuern und Inflation nieder. Sie lässt die Mittelschicht verarmen und lähmt den produktiven Sektor. Im Alltag hat sie nicht nur für jüdische Deutsche üble Folgen. Sie strahlt in den öffentlichen Raum aus, zeigt sich an Schulen, Universitäten, im Gesundheitswesen und Mangel an bezahlbarem Wohnraum. Sie beschert Alteinwohnern ständig schwindende Lebensqualität und geht mit ständigen Attacken auf ihre Kultur einher. Während die Berliner Grünen offizielle Ramadan-Beleuchtung und Kopftücher für muslimische Polizistinnen fordern, zensiert mittlerweile selbst die Kirche Berichte über islamische Christenverfolgungen.

Kurz vor Heiligabend 2024 raste ein saudischer Migrant mit einem Auto über den Weihnachtsmarkt in Magdeburg. Er tötete sechs Menschen und verletzte Hunderte andere. Über seine Motive wird noch spekuliert. Letztlich sind sie drittrangig. Trotz eindeutiger Hinweise, dass der Mann eine Gefahr für die Allgemeinheit darstellte, reagierten die Behörden nicht. Nun sind zig Familien zerstört.

Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* meldete, an Sylvester habe es allein in Berlin 400 Festnahmen gegeben. Nach Mitternacht sei die Lage eskaliert, Rettungskräfte seien gezielt angegriffen worden, 37 Polizisten und ein Feuerwehrmann wären teils schwer verletzt. Gewaltexzesse in der Nacht zum neuen Jahr sind Teil der neuen deutschen Folklore, seit ‚erlebnisorientierte Jugendliche‘ aus Nahost bei uns Randalen machen.

Offiziell wurden zum Jahreswechsel in der Hauptstadt 1.453 Straftaten erfasst. Nachdem die Medien meldeten, bei den mutmaßlichen Tätern handele es sich vor allem um deutsche Staatsbürger, stach ein Polizeimitarbeiter eine Liste ihrer Vornamen an *Nius* durch. Die lasen

sich durchweg muslimisch. Das führte zu einem polizeiinternen Skandal. Die notorisch unterbesetzte Behörde richtete sofort eine 15-köpfige Sonderkommission ein, um den Whistleblower aufzuspüren. Die Öffentlichkeit soll keinen Zusammenhang zwischen den Gewaltexzessen und der Ethnie der Täter herstellen.

Als Innenminister Thomas de Maizière im November 2015 nach den Terroranschlägen von Paris ein Fußballspiel in Hannover absagen ließ, verriet er auch nicht, weshalb. Stattdessen erklärte er bei der anschließenden Pressekonferenz, das könne die Bevölkerung verunsichern.

Das Vertuschen zugewanderter Gewalt findet nicht nur in Rotherham statt. Tatsächlich ist Transparenz sinnvoll, weil Gruppenvergewaltigungen selten durch alte Damen verübt werden. Die Täter stammen in der Regel auch nicht aus Vietnam, Island oder Australien. Meist sind es Männer mit muslimischem Hintergrund. Das hat kulturspezifische Gründe. Schließlich behauptet der Islam die Überlegenheit gegenüber allen ‚Ungläubigen‘ und betrachtet Frauen als minderwertige Geschöpfe.

Der ‚Hauptfeind‘ des Islam ist das Christentum. In der islamischen Welt werden Menschen täglich dafür verfolgt, Christen zu sein. Von Europa lassen sich Boko Haram, Mullahs und Muslimbrüder zwar nicht beseitigen, doch hier herrschen sie bislang nicht. Wer will, dass das so bleibt, nimmt nicht wahllos die Unterstützer der Taliban, Hisbollah oder Hamas auf und heißt religiöse Muslime willkommen. Denn damit raubt er nicht nur Verfolgten den Rückzugsraum, er macht den Kontinent langfristig für Juden, Christen und aufgeklärte Muslime unbewohnbar.

Das Dilemma ist seit der ‚Fatwa‘ gegen Salman Rushdie bekannt. Wird der Schriftsteller Boualem Sansal bei seiner Ankunft in Algiers arretiert, nimmt das türkische Regime den Journalisten Deniz Yücel wegen angeblicher ‚Terrorpropaganda‘ in Geiselhaft oder sperrt das Mullah-Regime die Deutsch-Iranerin Nahid Taghavi jahrelang ins Ewin-Gefängnis, liegt das an der grundsätzlichen Unvereinbarkeit westlicher und islamischer Werte.

Doch auch unsere Werte verdienen es, verteidigt zu werden. Karl Popper gab einst zu bedenken, dass tolerante Gemeinwesen nur so lange

tolerant bleiben, wie sie nicht zu viel Intoleranz dulden. Für Popper waren Kommunismus, Kollektivismus, Faschismus und Utopismus sämtlich Spielformen der ‚geschlossenen Gesellschaft‘. Sich selbst sah er als ‚kritischer Rationalist‘. Statt des Himmelreichs auf Erden schwebte ihm das Mindern von Leid vor. Das ist bis heute keine schlechte Maxime.

Das Asylrecht dient dem Schutz bedrohter Einzelner. Jesiden, Bahai, Zoroaster und Christen können im Nahen Osten nirgendwo hin. Juden bleibt bloß Israel. Wer schwul ist oder gegen den Tschador, hat schlechte Karten. Alle Übrigen haben kein Problem, etwaiger Verfolgung auszuweichen. Kein Muslim muss nach Europa, solange ihm oder ihr nicht wegen Ketzerei der Tod droht.

Die Attacken auf Frauen in Köln und Hamburg an Silvester 2015 zeigten, welchen Preis die freie Gesellschaft für ihre grenzenlose Offenheit würde zahlen müssen. Sie verdeutlichten, wie leichtfertig die staatlich verordnete Fremdenfreundlichkeit war und wohin die Pläne des UN-Migrationschefs, des WEF und der EU-Spitze führten. Damals hätte die Kanzlerin noch umlenken können. Stattdessen trieb sie den ‚Global Compact on Migration‘ voran. So lieferte sie das Land solch Kräften mutwillig aus. Politiker vertuschten den Verfassungsbruch, Ämter duldeten den Missbrauch, Medien redeten ihn klein. Wer die längst nicht mehr schleichende Islamisierung ansprach, wurde ausgegrenzt, stumm geschaltet oder als rechter Rattenfänger gebrandmarkt.

Justizminister Heiko Maas schuf die Basis für Zensur im Internet. Parallel finanzierte die Koalition scheinunabhängige NGO und brachte angebliche Fakten-Checker als Überwacher in Stellung. ÖRR-Komplex, Parlament und professorale Intelligenzia zogen mit. Dergestalt kreierten Parteien, Medien und ‚zivilgesellschaftliche Gruppen‘ eine selbstreferenzielle Echokammer, die mit destruktiver Schwarmintelligenz über die Mehrheit hinweg einen scheinbar alles beherrschenden Konsens herstellte.

Was dieses Machtgefüge eint, so der Kulturtheoretiker Florian Friedman, sei die Illusion, nicht ideologisch, sondern ‚wissenschaftlich fundiert‘ zu handeln. In ihrer Welt gibt es keine alternativen Konzepte mehr, sondern nur noch richtige und falsche Ansichten. Experten

werden zu Gralshütern der Wahrheit. Wer sie kritisiert, vertritt keine andere Meinung, sondern verhält sich ‚anti-rational‘. Darum sind Lockdowns zwingend notwendig, Klimawandel treibt den Globus in den Hitzetod, und australische Austauschstudenten sind genauso gewaltaffin wie muslimische Jungmänner.

Derzeit erleben wir, wie dieses Kartell den Wählerwillen unterpflügt. Obwohl sich mindestens zwei Drittel der Bevölkerung einen ‚Umkehrschub‘ in der Migrationspolitik wünschen, hat Friedrich Merz binnen kürzester Zeit fast alle seine Wahlversprechen in ihr Gegenteil verkehrt. Gemeinsam mit der SPD setzt er die Merkel-Agenda fort. Trotz wachsendem Leidensdruck bleibt alles wie gehabt. Parallel wird hysterisch die letzte Chance der ‚Parteien der Mitte‘ beschworen, das Ruder für ‚unsere Demokratie‘ noch einmal herumzureißen. Das verheißt nichts Gutes. Das besitzanzeigende Fürwort ist ernst gemeint, aber die Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit wächst rasant.

Regieren solche Eliten gegen das Volk, gehört das Unterdrücken freier Rede zum guten Ton. Dabei sind Journalisten die ‚Torhüter‘ des Sagbaren. Unlängst schmiss die Chefin des Meinungsressorts bei der Welt unter Protest hin, weil ihr missfiel, dass Elon Musk sich in der Sonntagsausgabe für die AfD aussprechen durfte. Die Dame heißt Eva Marie Kogel. Sie ist promovierte Islamwissenschaftlerin. Ihre Doktorarbeit trägt den Titel *„Zwischen Gotteslob und religiöser Debatte: Eine formenkritische Untersuchung hymnischer Passagen im Koran“*.

Theoretisch hätte Kogel auch Anstoß daran nehmen können, dass die abgewählte Außenministerin kurz vor ihrem Ausscheiden mit Hilfe des notorischen Axel Steier noch rasch Hunderte von Afghanen einfliegen ließ, die niemals Ortskräfte gewesen waren. Stattdessen echauffierte sie sich darüber, dass Musks Meinung auf einer klassischen Debatenseite erschien, zusammen mit einer Gegenrede von Jan Philipp Burgard. Pikanterweise kündigte sie ihren Abgang auf ‚X‘ an, also der Plattform von Musk, der sein Forum bekanntlich auch Gegnern zur Verfügung stellt. Neben Kogel nutzen übrigens auch Robert Habeck, Thierry Breton oder Luisa Neubauer ‚X‘, was sie allesamt nicht davon abhält zu tönen, dass Musk der Mund verboten gehört, wenn ‚er sich

ungebeten in den deutschen Wahlkampf einmischt'. Fliegt Neubauer nach Pennsylvania, um dort als deutsche Grüne im US-Wahlkampf für Kamala Harris zu werben, stört es keinen. Ich kann mich auch nicht entsinnen, dass die Grünen sich jemals über George Soros ereifert hätten oder moniert, dass *die tagessthemen* Bill Gates bei einem Interview extra Zeit einräumten, um eigennützig Impfwerbung zu betreiben. Nur Musk soll seine Gedanken den Deutschen nicht mitteilen. Ihm wollen sie verwehren, was sie ganz selbstverständlich für sich beanspruchen.

Musk hat die Zensur auf 'Twitter' abgeschafft. Er greift die Hass- und Hetze-Gesetze in England an, die zur Einkerkierung von Tommy Robinson geführt haben. Parallel attackiert er die sogenannte Brandmauer. Im Januar 2025 plauderte er mit Alice Weidel. So bot er der Politikerin die Bühne, um die der ÖRR sie und die Wähler zu betrügen suchte. 150 offizielle EU-Kontrollreue hörten mit, um etwaige Entgleisungen festzuhalten.

Für Elon Musk ist freie Rede die Basis der Demokratie. Also stellt er ‚X‘ sogar dem zensurfreudigen Habeck zur Verfügung. Niemand braucht seine Ansichten zu teilen, um ihm für das Offenlegen der ‚Twitter-Files‘ dankbar zu sein. Zugleich bekommt der hochmütige Gesinnungsadel durch ihn nun endlich die Medizin serviert, die er anderen seit Jahren verabreicht, und die ‚unparteiische Gerechtigkeit die Zutaten des vergifteten Kelches‘ auf seine ‚eigenen Lippen‘ legt.

Gewinnen immer mehr Menschen den Eindruck, dass Staat, Justiz und Behörden systematisch gegen ihre Interessen handeln, ist es um die Zukunft eines Gemeinwesens schlecht bestellt. In Westeuropa treiben Regierungen und EU die kulturfremde Einwanderung trotz wachsender Widerstände weiter voran. Doch auch mit massivstem finanziellem Aufwand und propagandistischem Eifer lassen sich die wachsenden Probleme nicht länger zudecken. Das Projekt ist gescheitert. Dieses Scheitern wird moralisiert, den Einheimischen angelastet und unter Rassismus verbucht.

Ich sehe das wertneutraler. Manche Einwanderer tun sich mit der für sie fremden Kultur eben besonders schwer. Alle Beteiligten sind mit

dem Zusammenleben überfordert. Ihre jeweiligen Eigenarten sind zu unterschiedlich. Der Wunschtraum der Kulturrelativisten zerschellt an den Klippen der Wirklichkeit. Das darf man zur Kenntnis nehmen. Gehen grandiose Großprojekte in die Hose, fällt es immer schwer, sich ihr Misslingen einzugestehen. Von nichts verabschieden sich kluge Köpfe so ungern wie von eigenen Lebenslügen. Trotzdem braucht man an der Stelle nicht moralisch zu werden und nach Schuldigen zu suchen, sondern darf pragmatisch nach Lösungen suchen.

Produziert die islamische Massenzuwanderung unlösbare gesellschaftliche Konflikte, muss man sie einschränken und revidieren. Statt zwecks Klimarettung Radwege in Peru anzulegen oder sich um die Energieeffizienz von Moscheen in Marokko zu sorgen, sollten unsere Führungskräfte eventuell das soziokulturelle Klima daheim in den Fokus nehmen, zumal es das einzige Klima ist, auf das sie gewissen Einfluss haben. Die Migration überfordert Land und Leute. Das ist nicht dem ethischen Versagen der bio-deutschen Mehrheit geschuldet und man muss es genauso wenig den muslimischen Zuwanderern anlasten. Es liegt in der Natur der Sache. Orthodoxer Islam ist mit einer säkular verweltlichten Gesellschaft eben nicht vereinbar. Doch auch bleichgesichtige Deutsche haben das Recht, im Land ihrer Mütter und Väter nach eigener Fassung glücklich zu werden. Trotz und wegen Hitler.

Wer will, dass Deutsch auch in drei oder vier Generationen noch die Landessprache ist, Männer und Frauen vor dem Gesetz gleich sind, Rechtsstaatlichkeit herrscht und Leute nach Belieben christlich, jüdisch, buddhistisch oder wie auch immer beten können, muss dafür sorgen, dass die Zuwanderung aus islamischen Ländern aufhört. Das Einbürgerungsrecht gehört geändert. Wer Staatsbürger werden will, muss erst nachweisen, dass er die Gesetze der Republik achtet und der Gemeinschaft nicht auf der Tasche liegt. Will man den Kollaps der Sozialsysteme vermeiden, dürfen Zugereiste nicht länger der beitragspflichtigen Allgemeinheit zur Last fallen. Wer gesund ist und trotz Arbeitserlaubnis nicht selbst für seinen Unterhalt sorgt, muss gehen. Dasselbe gilt für Straftäter, Islamisten und andere Feinde der freiheitlichen Gesellschaft.

Das ist ein Gebot des Selbstrespekts. Man darf es Bürgern nicht länger zumuten das Lebendbegräbnis ihrer Kultur zu bezahlen. Doch das setzt voraus, dass man ihre Lebensweise überhaupt erhalten will. Weite Teile der aktuellen ‚Elite‘ halten das für rassistisch, völkisch oder schlicht unmöglich, weil der Sog, den Angela Merkel ausgelöst hat, angeblich unumkehrbar ist. Also versuchen sie es gar nicht erst.

Mich besticht das als so feige wie fantasielos. Ich möchte meine Kultur zumindest in Teilen für künftige Generationen bewahrt wissen. Nur weil dem Weltwirtschaftsforum, den UN-Migrationschefs und EU-Kommissaren nichts Besseres einfällt, braucht Europa sich nicht selbst aufzugeben.

Die Entscheidung über die Zukunft ihrer Länder gehört in die Hände der Betroffenen. Es ist keine gute Idee, wenn man sie Aydan Özoğuz, Ferda Ataman oder Reem Alabali-Radovan anvertraut. Die Damen vertreten nachweislich nicht die Interessen der Ureinwohner. Über das Schicksal des einst und teilweise immer noch christlichen Kontinents sollten weder die Kinder der Kolonisatoren noch irgendwelche Technokraten in Genf, Brüssel oder New York entscheiden. Das ist die Sache der Betroffenen.

Wünschen sich 77 Prozent der Alteinwohner eine andere Einwanderungspolitik, muss die Politik in der Lage sein, den Wunsch umzusetzen. Halten lernresistente Parteien und Meinungsmacher an der Migrations-Agenda fest, beschimpfen Oppositionelle als ‚Populisten‘ und verfolgen sie, beflügelt das eine extrem destruktive Dynamik. Es zerstört das Vertrauen in die friedliche Wandelbarkeit der Gesellschaft und die Demokratie solches. Koppeln sich Eliten derart von der Bevölkerung ab, verspielen sie ihre Legitimität und verwirken ihren Führungsanspruch.

Handeln Machthaber offen gegen den Willen der Mehrheit, droht alles zu kippen. Früher oder später können sie ihr Regime nur noch gewaltsam aufrechterhalten. Wir erleben dieser Tage den Bankrott der Parteienoligarchie. Trotzdem bin ich ganz optimistisch. Noch hat sich der gesellschaftliche Zusammenhalt nicht völlig aufgelöst. Manche Politiker besitzen sogar Menschenverstand. Insofern sollten sie sich

fragen, ob es nicht eventuell klüger wäre, zur Abwechslung mal aufs Volk zu hören.

Die meisten Europäer sind gern Europäer. Sie wissen, was sie mit anderen Europäern verbindet. Doch die wenigsten Franzosen träumen davon, Deutsche zu werden, und nicht alle Deutschen finden ihr Land gruselig. Viele Polen sind zu Recht stolz darauf Polen zu sein, und die Dänen legen auf importierte Diversität nur noch bedingt Wert. Selbst das liberale Schweden hat sich von seiner Grenzoffenheit verabschiedet. Italien optiert für eine behutsamere Zuwanderungspolitik. Die kosmopolitischen Niederländer folgen ihrem Beispiel. Das hat Gründe. Die ‚populistische Rebellion‘ ist längst nicht mehr nur in Budapest oder Wien zu Hause, und sie ist bislang auch noch nicht ‚faschistisch‘ und ‚rassistisch‘. Bevor sie das wird, sollten die Erwachsenen im Raum die identitätspolitischen Träumer endlich wieder in die ideologische Sandkiste schicken.

Denn ja, die ‚populistische Rebellion‘ ist im Wortsinn ‚konservativ‘. Sie entspricht dem Bedürfnis der meisten Europäer, ihre Kultur zu bewahren, Europäer zu bleiben, in aller Verschiedenartigkeit. Sie wollen, dass ihre Urenkel noch eine ähnliche Sprache sprechen wie sie, denselben Göttern huldigen, die Stätten der Ahnen erinnern und sie mit ihrem Atem erfüllen. Sie wünschen sich für sich selbst und ihre Nachkommen eine Zukunft. Das ist der Antrieb, der Menschen dazu bewegt, Gebäude zu errichten, deren Fertigstellung sie nie erleben werden. Der hat sie dazu gebracht, über 600 Jahre lang am Kölner Dom zu bauen, womit sie ihren Nachfahren ein beeindruckendes Zeugnis ihres Gottvertrauens und ihrer Zuversicht hinterlassen haben, als spirituellen Ausdruck einer Kultur, die das Schicksal der Künftigen mitdenkt. Wozu sollte man sich um derlei überhaupt noch kümmern, wenn man jetzt schon weiß, dass die Kölner Kathedrale in 50 oder 100 Jahren nur noch als Lagerhalle dient oder zur Moschee umgewidmet ist?

Ich mag mein Land. Ich liebe meine Sprache und Kultur. Die teile ich gern mit anderen, sofern sie friedlich und achtsam damit umgehen. Aber ich weiß eben auch, was den Lenape widerfahren ist. Solch ein Los würde ich meinen Landsleuten gern ersparen. Von den Lenape ist

heute kaum noch etwas übrig, außer dem Namen der Insel, auf der sie lebten, als die Holländer in der Bucht anlegten, die nun New York Bay heißt. Darum geht es letzten Endes, und bevor das alles allzu verbissen und blutig wird und völlig entgleist, sollten wir uns endlich darüber verständigen, ob und welche Art von Zukunft wir uns für unsere Enkel wünschen.

Das wird kein Spaziergang und für einige schmerzlich. Aber immerhin haben wir noch die Wahl. Wenn wir das nicht tun, haben die, die nach uns kommen, dazu keine Chance mehr.

